DIE DEUTSCHE FRAGE · „Von Hitler bis H

Die Deutschen in Osteuropa

Deutsche Sprachgebiete (Stand 1910) | Verlorene Siedlungsgebiete

SKIZZE NACH ATLAS ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN OSTSIEDLUNG BIELEFELD 1958

DIE DEUTSCHE FRAGE

Von Hitler bis heute

DIE DEUTSCHE FRAGE

Von Hitler bis heute

Texte und Hinweise

herausgegeben von Helmut Sündermann

DRUFFEL-VERLAG

Leoni am Starnberger See

Kartenskizze: Hasso Freischlad

Alle Rechte vorbehalten — © Copyright 1969 by Druffel-Verlag
Gesamtherstellung: Freisinger Tagblatt Dr. Franz Paul Datterer OHG
Freising — Printed in Germany

INHALTSÜBERSICHT

Erläuterungen des Herausgebers 6

Deutsche Frage — deutsche Antwort? 7

Hitler 9

Die Revision von Versailles und Saint Germain 26

Nach München: der zweite Deutschlandkrieg 122

Rußland-USA im Hintergrund 187

Vernichtungskrieg 220

Unterwerfung 267

Auf ewig geteilt? 300

Verzeichnis der Texte 327

Namensverzeichnis 330

Bibliographisches Verzeichnis der Druffel-Bücher 1—43 . 333

ERLÄUTERUNG DES HERAUSGEBERS

Die in diesem Sammelband dem Leser vorgelegten Texte und Hinweise zur deutschen Frage sind ausnahmslos aus den im Druffel-Verlag in den Jahren 1952 bis 1967 erschienenen Büchern zusammengestellt. Ein bibliographisches Verzeichnis dieser 43 Titel mit ihren nach der Erscheinungszeit der jeweiligen Erstauflage geordneten Verlagsnummern bildet auf den Seiten 333 bis 336 den Schluß des Buches.

Die Fundstellen zu den Texten und Hinweisen sind durchwegs verkürzt wiedergegeben: die Verlagsnummer v o r , die Seitenzahl n a c h einem Schrägstrich. So verweist z. B. die Fundstellenangabe „21/103" auf die Seite 103 des Verlagswerkes 21 (Dr. Rütger Essén: Sven Hedin — Ein großes Leben).

Die ergänzenden Hinweise — sie sind zwischen die Texte an den zeitlich bzw. sachlich zweckmäßigen Stellen eingefügt und mit ● gekennzeichnet — hat der Herausgeber trotz der gebotenen Kürze informativ zu formulieren sich bemüht, eine volle Kenntnis des jeweiligen Sachverhaltes bzw. Zitates kann nur das Nachschlagen an den Fundstellen vermitteln.

Um ein Übergewicht der unvermeidlich knappen Hinweise über die ausführlichen Texte zu vermeiden, wurde von der zunächst vorgesehenen Zusammenfassung des Gesamtstoffes in einem Band abgesehen. Im Frühjahr 1968 erschien in gleicher Gestaltung ein zeitlich vorausgehender Band:

DIE DEUTSCHE FRAGE

Von den Anfängen bis 1933

In der Einleitung dazu formulierte der Herausgeber die auch für den vorliegenden Band geltende Charakterisierung:

„Diese Sammlung von Texten und Hinweisen ist in ungewohnter Form zusammengestellt; die Erinnerung an das ‚Lesebuch' hat mitgewirkt, mit dem wir alle einst unsere ersten festen Schritte in die geistige Welt des Deutschtums getan haben. Das hier vorgelegte p o l i t i s c h e ‚Lesebuch' soll uns ähnlich einfach und sicher an die Umstände und Schicksale heranführen, die für uns, die Deutschen, bestimmend waren und sind."

DEUTSCHE FRAGE — DEUTSCHE ANTWORT?

Versuchen wir zu begreifen, was in diesem 20. Jahrhundert in Europa, was hier mit uns Deutschen, was gegen uns und durch uns geschah. Begreifen: das heißt Suche nach der Wahrheit, Einsicht in die Wirklichkeit, Verständnis für Zusammenhänge, für Ursachen und Wirkungen. Begreifen heißt schließlich: Ausblick nach vorne.

Draußen sagt man immer noch und immer wieder, es sei rechtens und notwendig gewesen, zuerst den deutschen Kaiser Wilhelm und dann den deutschen Volkstribun Adolf Hitler niederzukämpfen. Und immer noch gibt es auch gedankenlose Deutsche, die das ebenso leichtfertig dahinreden, obwohl sie es besser wissen müßten, weil sie am eigenen Leibe erlebt haben, was wirklich geschehen ist: als die Deutschen zusammenbrachen unter dem Ansturm der Übermacht, da trat zweimal innerhalb nur dreier Jahrzehnte die gleiche Wahrheit zutage, daß nicht gegen zwei Männer und ihre Regierungssysteme sondern gegen das deutsche Volk ohne Ausnahme und ohne Unterscheidung gekämpft worden war. Diese große Nation, die aus der Weltvergangenheit und aus der Weltzukunft nicht fortgedacht werden kann, trotzdem in Acht zu tun und in Schach zu halten — darin suchten und suchen verblendete Siegermächte immer noch den Profit ihres vermeintlichen Triumphes.

Mit ruhiger Bestimmtheit läßt sich freilich schon heute sagen, daß es ein Pyrrhus-Sieg war, den die Feinde Deutschlands erfochten haben. Ihr mutwilliger Riß durch Deutschland hat sich über die ganze Welt fortgesetzt, und das in einer Epoche, in der wie niemals zuvor sichtbar und greifbar wurde, wie sehr für alle weißen Völker ein zusammenfassendes Lebensinteresse gilt.

Jeder Nachdenkliche ahnt es, noch freilich sprechen nur die wenigsten es aus: die Krise der modernen Welt fordert gebieterisch ein Wiederfinden des festen Weges, ein Neu-Bedenken alles dessen was in Europa und mit Europa geschehen ist. Beides ist unerträglich geworden: die verlogene Rechtfertigung der Siegerlaune ebenso wie die selbsttäuschende Unterwerfung unter Diktate, denen nicht nur das Recht sondern auch die Vernunft mangelt.

Die Forderung der Zeit sind neue dauerhafte Formen des Völkerzusammenlebens. Weil sie nur in einer rückhaltlosen Anerkennung des Naturrechts- also des Volksstaats-Verlangens gefunden werden können, tritt die ungelöste deutsche Frage immer wieder zwingend

in den Vordergrund. Sie fordert nicht Anerkennung und Verlängerung, sondern verständige, in hohem Sinn gerechte Änderung des wahnwitzigen „status quo" von heute.

Die so bunte und unterschiedliche, aber unter sich doch ebenbürtige europäische Völkergruppe bedarf einer Friedensordnung, die die Spannungen der Vergangenheit nicht leugnet, aber auch nicht verewigt, sondern sie bewußt überbrückt und dadurch den Weg freimacht zu der lebensnotwendig gewordenen Zusammenfassung aller Kräfte für die gemeinsamen Interessen.

Die kontinentale Allianz, die das offenkundige Gebot der Stunde ist, zwingt zur Wahrheit, zur Ordung durch Recht; der Schutt von Jahrhunderten muß aus dem Wege geräumt werden. „Europa" kann sich politisch nur nach den Maximen einer 1918 zwar verkündeten, aber sofort wieder verratenen, 1945 erneut brutal verweigerten nationalen Selbstbestimmung aller seiner Völker konstituieren. Nur in der Durchsetzung der freiheitlichen Volksstaatsordnung — nach dem Satz „Jedem Volk seinen Staat" —, nur durch die Beseitigung aller widernatürlichen Zwangsverhältnisse wird das geistige und politische Erbe der jahrhundertelangen Bruderkämpfe überwunden.

Diese nationaleuropäische Ordnung — für viele Völker bedeutet sie Befreiung, für uns Deutsche auch Wiedervereinigung — ist nach der furiosen Verwirrung zweier Kriegs- und Nachkriegsepochen ein gewiß revolutionärer und dennoch unvermeidlicher Schritt zu dem, was jeder Nachdenkliche als das künftig geeinte Europa verwirklicht wissen will, weil es im Menschheitsinteresse geschaffen werden muß.

Die weiße Völkerwelt — nach den Zusammenstößen dieses Jahrhunderts bedroht von allen Geistern, die sie einst gerufen hat — wird nur bestehen, wenn sie zusammenfindet, und sie kann nur zusammenfinden, wenn sie den neuen Anfang meistert, zu dem vor allem anderen die deutsche Frage drängt.

Nach der Zerstörung des Deutschlands von gestern gründet sich unser ahnendes Wissen vom Deutschland von morgen nicht zuletzt auf diesen höheren Zwang des Weltgeschehens, zunächst freilich auf die näherliegende Einsicht: ein Volk, das weiterlebt, trägt seine Kräfte in die kommenden Generationen fort. Wir sind das große Volk der europäischen Mitte geblieben — sorgen wir dafür, daß die Fragezeichen der Unterwerfung gestrichen werden, daß der gedrosselte Wille sich wieder belebt; tun wir das Unsere, um den Bann zu lösen, der mit den Besiegten auch die Sieger gelähmt hat.

Auf die jahrhundertealte deutsche Frage eine zukunftweisende deutsche Antwort: sie ist immer noch das Thema von morgen. H. S.

HITLER

Frühe Begegnungen

Cordt von Brandis berichtet aus dem Februar 1919 von der Aufstellung seines Freikorps:

Verladung und Abtransport vollzogen sich planmäßig. Aber am Abend gab es auf der Durchfahrt im pommerschen Pasewalk einen Zwischenfall, in den wieder einmal mein Freund von Oertzen verwickelt war. Er verhaftete kurzerhand die Bahnhofswache des dortigen Soldatenrates. Sie wollte die Weiterfahrt unseres Zuges hindern unter der Behauptung, wir hätten Heu geklaut. Nun war es Oertzen, dem ich alle Pferde unterstellt hatte, durchaus zuzutrauen, daß er und seine Futtermeister Heu hatten mitgehen heißen, aber die Wache des Soldatenrates hatte kein Recht einen Transport anzuhalten, und ich hieß Oertzens Maßnahme gut, trotzdem der bedächtige Delbrück die Lippen aufeinanderpreßte und den Kopf bedenklich hin und her wiegte ...

Ich erwähne den kleinen Zwischenfall, weil ich mehrere Jahre später noch einmal darauf angesprochen wurde. Des Oberleutnants von Oertzen entschlossenes Vorgehen hatte sich in Pasewalk wie ein Lauffeuer herumgesprochen und war im dortigen Lazarett auch einem gasverwundeten Gefreiten zu Ohren gekommen. Das Ereignis hat ihn als ein erstes Zeichen neuen soldatischen Widerstandsgeistes ermuntert und ist ihm deshalb im Gedächtnis geblieben. Er hat mir das im Februar 1924 selbst erzählt. Sein Name: Adolf Hitler.

39/197

Im Nachwort zu Brandis' „Vor uns der Douaumont" wird berichtet:

Von der unmittelbaren Politik hatte der alte und doch noch junge Hauptmann von Brandis „die Nase voll". Immerhin wurde und blieb er der Führer des „Stahlhelm — Bund der Frontsoldaten" für die Grafschaft Neuruppin.

Im Herbst 1923 kam die Kunde von einem „gewissen Hitler" nach dort, der in München rebellierte und einen „Marsch auf Berlin" versucht hatte. Seine Partei und die mit ihm sympathisierenden Verbände hatte man daraufhin verboten. Als „Völkischer Bildungsverein" schlossen die Verbotenen sich wieder zusammen. Und um etwas für die Bildung zu tun, lud man Brandis ein, eine Vortragsreise durch Bayern zu unternehmen. Schließlich sprach er im berühmt gewordenen Münchner „Bürgerbräukeller" unter dem brausenden

Beifall der dicht gedrängten Zuhörerschaft über seine Weltkriegserlebnisse und wurde daraufhin eingeladen, den verhafteten Parteiführer Hitler in der Haftanstalt zu besuchen. Dieses seltsame Treffen fand an einem Februartag 1924 in einem Hof statt, in dem Hitler gerade einen Spaziergang unternahm. Er begrüßte Brandis als „den ersten weißen Raben, der aus Norddeutschland zu uns kommt". In dem halbstündigen Gespräch wurde auch die Pasewalk-Szene erwähnt, von der Brandis in seiner Erzählung berichtet. Politisch haben sich die beiden freilich nicht verständigt — der skeptische Brandis fand: „Herr Hitler, Ihre Gedanken sind gut, aber das Volk ist nicht danach. ‚Gemeinnutz geht vor Eigennutz' steht schon seit 2000 Jahren in der Bibel — und der Erfolg?" Immerhin trennte man sich nicht unfreundlich — für die Norddeutschen sei der „Stahlhelm" das Richtige, für die Süddeutschen möge es Hitler sein.

Sieben Jahre später sprachen sie sich wieder — in Berlin fanden im Frühjahr 1932 bei Hitler, der sich damals schon auf seine Machtergreifung vorbereitete, Besprechungen über den beabsichtigten Aufbau eines Reichsarbeitsdienstes statt, und Brandis wurde auf Grund seiner Rhin-Luch-Erfahrungen in der Urbarmachung von Ödland dazu eingeladen.

Hitler begrüßte Brandis wie einen alten Bekannten: „Sie sind alter Soldat und jetzt zehn Jahre Moorsiedler. Haben Sie sich Gedanken über einen Arbeitsdienst gemacht? Umschulung Freiwilliger auf Landarbeit? Wie kann man das organisieren?"

Brandis begann: „Ich denke, man muß es gemäßigt militärisch . . ."

Hitler unterbrach ihn begeistert: „Das ist das Wort! Gemäßigt militärisch . . ."

Im Verlauf des Gespräches ergab sich, daß Brandis Monarchist und nicht Nationalsozialist sei und es auch nicht zu werden beabsichtigte. Dennoch wurde er kurz darauf zu einer Sitzung eingeladen, bei der sich die Spitzen des künftigen Arbeitsdienstes versammelten.

Hitler sah ihn, zog ihn neben sich an den Tisch und entwickelte in fließender Rede den Kerngedanken, zu dem ihm Brandis das Stichwort gegeben hatte: „Gemäßigt militärisch — gemäßigt militärisch wünsche ich den Arbeitsdienst. Nehmen Sie die Jugend von der Straße, bilden Sie sie in der freien Natur zu zielbewußten Menschen heran . . ."

39/220f.

Friedrich Christian Prinz zu Schaumburg-Lippe berichtet aus dem Winter 1928/1929:

Seit einigen Jahren bereits stand im Hintergrund all meines politischen Denkens ein bestimmter Mann. Immer und immer wieder hatte

ich von ihm gelesen. Sein seltsamer Weg erschien mir faszinierend. So etwas hatte es niemals auch nur ähnlich gegeben. Die Nationalen sagten kritisch, er sei „auch Sozialist". Und die Sozialisten sagten ebenso ablehnend, er sei „national". Fast jedem imponierte es, daß dieser einfache Arbeiter und Soldat sich aus nichts heraus einen Namen gemacht und immerhin schon eine politische Bewegung geschaffen hatte, die offenkundig revolutionär war und nicht mehr übersehen werden konnte. Nicht zu leugnen war auch, daß diese Bewegung deutsche Menschen aus allen Klassen und Ständen des Volkes umfaßte. Schon allein dies war eine Tatsache, die aufhorchen ließ ... Mir kam es darauf an zu erfahren, ob man dem Führer dieser neuartigen Partei vertrauen kann, denn Vertrauen ist die Vorstufe des Glaubens. Ich mußte ihn persönlich erleben.

In München eingetroffen, rief ich vom Hotel aus Rudolf Hess an, Hitlers Privatsekretär — er bat mich, in die Parteileitung zu kommen. Die war damals im Hause Schellingstraße 50 untergebracht. Im Rückgebäude eines grauen, eintönigen Etagenhauses, wie es in München viele gibt.

Zunächst empfing mich Hess: Groß, schlank, dunkel — etwas träumende, tiefliegende Augen, aus denen eine gute Seele zu sprechen schien. Er war im Krieg Fliegeroffizier gewesen — das sah man ihm an. Ein „Herr" vom Scheitel bis zur Sohle. Diesen Eindruck hatte ich sofort und ich behielt ihn bis auf den heutigen Tag.

Ich dachte: es ist sehr geschickt von dem Arbeiter Hitler, diesen Mann als Privatsekretär zu haben. Hitler — dachte ich — scheint zu wissen, was ihm fehlt. Aber ich kannte Hitler ja noch nicht.

Gleich darauf traten wir in einen kleinen, etwas dunklen Raum ein, in dem mir — zwischen einigen Ledersesseln — Hitler wartend gegenüberstand. Ich sehe dieses Bild jetzt nach fast vier Jahrzehnten noch so deutlich, als hätte ich die Stunde gestern erlebt.

Er schien mir mit den Augen entgegenzukommen, ich sah zunächst nur diese. Es waren große Augen, ein wenig hervorstehend, weit geöffnet. Auffallend ruhig ...

Eine große Hand hielt die meine fest. Für einen Augenblick verharrten wir so. Dann bot er mir mit einer Handbewegung, ohne ein Wort dazu zu sagen, einen Sessel an ...

Ob die Pause zwischen der Begrüßung und dem ersten Satz der Unterhaltung wirklich so lang war wie sie mir damals vorkam, weiß ich nicht. Es war mir peinlich, daß Hitler es mir überließ, das Gespräch zu beginnen. Seine Gegner würden sagen: das war raffiniert. Ich glaube, es sollte höflich sein. Für einen 22jährigen Prinzen brauchte dieser Mann sich keine Taktik zurechtzulegen. Aber mich

verwirrte die Pause, ich sprach daher anfangs so unsicher, daß mir alles albern und töricht vorkam, was ich sagte ...

Er überließ es weiterhin mir, zu sprechen. Seine Augen blieben auf mich gerichtet und schienen zu sagen: Sprich Du nur, Du bist bald am Ende und wirst dann froh sein, wenn ich Dir helfe ...

Ich mußte weiterreden, denn wir konnten uns doch nicht stumm gegenübersitzen ...

Sollte er meine Gedanken erfahren — oder war ich gekommen, die seinigen kennenzulernen? Ich schwieg, und war nun entschlossen abzuwarten bis er spricht. Endlich sollte er etwas sagen.

Und nun tat er es auch: „Sie gehören zu den Menschen, Durchlaucht, die von Haus aus Monarchisten sind. Das ist recht so. Die Frage der Staatsform ist für mich nicht von ausschlaggebender Bedeutung. — Mein Ziel ist, Deutschland von den Fesseln des Versailler Vertrages zu befreien und einen sauberen Staat hinzustellen. Dazu muß ich an die Macht kommen. — Wenn das einmal geschafft ist, dann werden wir sehen, welche Staatsform sich als am zweckmäßigsten erweist. Das deutsche Volk muß selbst darüber entscheiden. Ich kann mir vorstellen, daß ich einmal für einen Monarchen Platz mache. Warum nicht? Ich bin grundsätzlich nicht dagegen. Vorausgesetzt, daß sich eine geeignete Persönlichkeit findet. — Aber das steht jetzt nicht zur Debatte. Jetzt geht es nicht um die Staatsform, sondern um Sein oder Nichtsein der Nation. — Auf jeden Fall haben die Anhänger der Monarchie in meiner Bewegung genau so ihr Recht wie die Republikaner — alle können gute Deutsche sein und darauf kommt es an. Nur darauf! "

Er machte eine kurze Pause, es war totenstill im Raum: Dann fuhr er fort, seine Worte blieben mir gut im Sinn:

„Ich unterscheide mich von jedem Marxisten im vorhinein schon grundsätzlich dadurch, daß mein Programm und meine gesamte Zielsetzung sich ausschließlich auf mein Volk beziehen — einzig und allein darauf zugeschnitten sind — und ich nicht im mindesten den Ehrgeiz habe, andere Völker damit zu beglücken. Wir gehören nicht zu jenen, die vorgeben, der ganzen Welt die Freiheit bringen zu wollen und in Wahrheit damit lediglich ihre rein imperialistischen Absichten verdecken. Ich bin kein Menschheitsbeglücker, sondern ich will mein Volk befreien — und zwar gerade von diesen angeblichen Menschheitsbeglückern, mögen sie sich Marxisten, Sozialisten oder Demokraten nennen."

Jetzt war er in seinem Fahrwasser. Er holte aus bis zur französischen Revolution. Er sprach vom Zusammenbruch des Mittelalters und dem Schicksal des Abendlandes. Wobei er erwähnte, daß das Abendland solange nicht untergehen werde, wie es Menschen gäbe,

die bereit seien dafür zu kämpfen und die eigentlichen, ewigen Werte abendländischen Denkens immer wieder mit neuem Leben zu erfüllen. Er zitierte dabei mehrmals Oswald Spengler, dessen Werke er gut zu kennen schien.

Aus der Betrachtung abendländischer Geschichte kehrte er dann wieder zurück ins Reich. Wenn er vom Tausendjährigen Reich spreche, so beziehe sich das auf die Tatsache, daß dieses Reich als solches über tausend Jahre bestehe — nicht, wie seine Gegner es auslegen, daß er einen tausendjährigen Bestand seines geplanten Reiches prophezeien wolle. Es sei aber gut, auf die Geschichte des Reiches hinzuweisen, denn nur daraus seien seine Forderungen zu verstehen. Er sprach von all dem Trennenden, das bislang dem Reich und Volk die Stellung in der Welt blockierte. „Ich handle nicht aus Liebe zu einer Klasse oder einem Stand oder irgendeiner anderen Kategorie von Deutschen, sondern einzig und allein für unser gesamtes Volk. Ohne die Gemeinschaft der Deutschen können wir nie und nimmer frei werden — und wenn wir dieses Versailles nicht überwinden, dann können wir nicht leben. Die Gemeinschaft unseres Volkes fordert in gleicher Weise sowohl unseren sozialistischen Opferwillen als auch unsere nationalistische Bereitschaft."

Er gebrauchte viele, ganz klare Beispiele aus dem täglichen Leben. Das Faszinierende an seiner Art zu erklären war die Unkompliziertheit, mit der er auch schwierigste Probleme behandelte . . .

Ich war jetzt nicht wenig davon beeindruckt, daß er sich so sehr bemühte, mir sein ganzes Denken und Planen ausführlich und präzise klarzumachen . . .

41/146—152

In der Biographie des Völkerrechtlers Professor Dr. Friedrich Grimm wird berichtet:

Als Grimm im Frühjahr 1932 über die krisenhafte Lage, in der sich Deutschland damals befand, eine Denkschrift ausgearbeitet hatte, die er nicht nur dem Auswärtigen Amt in Berlin übersandte, sondern auch Freunden zu lesen gab, wurde das der Anlaß, daß er im Mai 1932 — es war wenige Wochen nach den beiden Reichspräsidenten-Wahlkämpfen, in denen Hitler bereits kandidiert hatte, — durch die Mitteilung überrascht wurde, der nationalsozialistische Parteiführer wolle ihn besuchen. Hitler interessiere sich sowohl für Grimms Aktensammlung aus der Ruhrkampfzeit, wie für seine Gedankengänge über Versailles.

Grimm empfing Hitler, der u. a. von Walter Funk, dem späteren Reichswirtschaftsminister, begleitet war, in seiner Wohnung in der Bismarckstraße in Essen. Vor dem kleinen Kreis hielt Grimm anhand

seiner Unterlagen eine Art Vortrag über den Versailler Vertrag und die nach seiner Auffassung gegebenen Revisionsmöglichkeiten. Hitler zeigte sich als interessierter Zuhörer an diesen Darlegungen, die sich auch auf die klassische französische Politik gegenüber Deutschland erstreckten. Manche Gedanken, die Grimm vortrug, schienen Hitler neu zu sein. Nur einmal gab es eine Unterbrechung:

„In irgendeinem Zusammenhang hatte ich den Marxismus erwähnt: Marxismus? Den werde er vernichten; das war seine Mission! Hier sah er ‚rot', und es kam ein Zug wilder Leidenschaft in seinen Blick."

Die Szene blieb ein kleines Intermezzo; Grimms Vortrag wurde sachlich fortgesetzt und dauerte noch mehrere Stunden.

Zum Schluß kam die Rede noch auf Grimms Verhältnis zur Nationalsozialistischen Partei. Er sagte Hitler offen, daß er kein Parteimann sei und in seinem Arbeitsbereich keine anderen als allgemein deutsche Interessen wahrnehmen wolle. Er habe auch Bedenken gegen einzelne Punkte des Parteiprogramms und könne sich deshalb nicht entschließen, aus der „Deutschen Volkspartei" auszuscheiden und zur NSDAP überzutreten. Hitler meinte dazu, daß er für diesen Standpunkt volles Verständnis habe, er achte Grimm als Fachmann und deutschen Menschen, und es scheine ihm durchaus nicht nötig, daß jedermann seiner Partei beitrete.

Einige Monate später wurde das Gespräch fortgesetzt.

Mit seiner Familie befand sich Grimm im August 1932 mehrere Wochen im Berchtesgadener Land ...

Hitler bewohnte damals auf dem Obersalzberg noch nicht den erst später erbauten „Berghof", sondern ein kleines Bauernhaus, das an der Bergstraße lag und von einem Garten umgeben war. Er empfing seine Besucher im Freien, von einem großen Schäferhund begleitet, und leitete das Gespräch sofort mit einer Reihe von Fragen ein, die sich auf Grimms Essener Ausführungen bezogen. Offenbar hatte sich Hitler in der Zwischenzeit noch mehr mit dem deutsch-französischen Problem beschäftigt und auch die Denkschrift nochmals gelesen, denn er kam wiederholt darauf zurück. In den Mittelpunkt seiner Betrachtungen hatte Grimm die friedliche Revision des Versailler Vertrages gestellt und gefordert, daß dessen Artikel 19 zum Hauptansatzpunkt der deutschen Politik gemacht werden sollte. Das war die Klausel, in der der Völkerbund als das Organ bezeichnet wurde, das unhaltbar gewordene Verträge von Zeit zu Zeit einer Revision unterziehen sollte. Von dieser Klausel hatte der amerikanische Präsident Wilson sich einen neuen, wirklichen Frieden erhofft, nachdem es auch für ihn klar geworden war, daß Versailles keinen Frieden gebracht hatte. Die Politiker der Weststaaten hatten sich seither

ganz besonders geartete Gedankengänge zurechtgelegt; sie sprachen immer vom „unteilbaren Frieden", von einer „kollektiven Sicherheit" und sie machten dadurch den Völkerbund zu einem Hüter des „status quo", statt ihn zu dem Sicherheitsventil werden zu lassen, das er nach Wilsons ursprünglicher Idee hätte werden können.

Grimms Auffassung ging dahin, daß die deutsche Politik die Wilsonsche Konzeption vom Völkerbund wieder aufgreifen und zum Angelpunkt einer gerechten Revision des Versailler Vertrages machen sollte.

Jetzt — in der Sonne vor seinem kleinen Berghaus — sprach Hitler mit ihm jedes einzelne Problem von Versailles durch: Die Reparationen und die Abrüstung, die Saarfrage, Eupen-Malmedy, Oberschlesien und Memel.

„Zuletzt sprachen wir von Danzig und dem Korridor. Am Schluß der Erörterung jeden Punktes stellte Hitler die Frage: ‚Geht das, d. h. die Revision, ohne neuen Krieg?' Ich habe die Fragen immer bejaht, bis auf die letzte: Danzig und der Korridor. Da konnte ich nicht gut ja sagen. Hatte doch Lloyd George in Paris 1919 selbst erklärt: ‚Wenn Ihr den Polen nachgebt, wird dies der Grund zum neuen Krieg sein.' Das habe ich Hitler damals gesagt, und es beeindruckte ihn sichtlich."

Grimms Aufzeichnungen berichten weiter:

„Wir wurden dann zum Kaffee gebeten, den wir auf der Veranda einnahmen. Wir hatten von dort eine umfassende Fernsicht auf Salzburg, auf Österreich, das die engere Heimat Hitlers war, und von dem wir alle wußten, daß es kein Ausland, sondern ein Stück Deutschland war, genau so gut, wie all die anderen deutschen Länder, Bayern oder Württemberg, Preußen oder das Rheinland.

Der Kaffeetisch war in ländlich oberbayerischer Art gedeckt. Die Hausfrau machte Hitlers Schwester. Das Ehepaar Goebbels war noch mit zu Gast und es ging einfach und herzlich zu. Hitler bat mich dann zu einer Fortsetzung unseres Gesprächs in sein Wohnzimmer. Nun erörterte er allgemeine Probleme: Die Notwendigkeit, dem deutschen Volk einen gerechten Lebensstandard zu schaffen und die Möglichkeit und Methode, dieses Ziel auf dem Wege friedlicher Revision zu erreichen. Damit waren wir wieder beim alten Thema. Ich sagte Hitler, daß Versailles mit einem Gefängnis zu vergleichen sei, einer Zwingburg, die auf vielen Säulen ruhe, die so raffiniert zusammengefügt seien, daß wenn man eine Säule zerbrochen das ganze Gebäude zusammenstürzen könne und Deutschland unter sich begrabe. Man müsse also die Säulen dieses Gefängnisses einzeln zerbrechen und dabei so vorsichtig verfahren, daß es nicht zu einer neuen Katastrophe komme. Die Schöpfer von Versailles hätten rings um Deutschland Grenzprobleme geschaffen, so daß an der Aufrechterhaltung des Status quo eine Vielheit von Interessenten beteiligt sei und bei Aufrührung jedes Pro-

blems Deutschland als der Störenfried erscheine. Man müsse so verfahren, daß nicht immer wieder gleich die ganze Koalition der Interessenten des Sieges von 1918 auf den Plan gegen Deutschland gerufen werde. Man müsse daher sorgfältig prüfen, welches Problem zur Lösung reif sei und die richtige Stunde zu einer Lösung wählen. Auf die ‚consecutio temporum' die richtige zeitliche Reihenfolge, komme alles an. ‚Wehe dem Staatsmann', so schloß ich, ‚der einen Schritt zu früh macht, wehe aber auch dem Staatsmann, der seine Stunde versäumt'."

Wie schon in Essen, so hatte Grimm auch hier das Gefühl, daß Hitler sich ernstlich für seine Ansichten interessierte und ihm gern zuhörte. Die Kunst des Zuhörens wurde Hitler sonst nicht nachgerühmt. Grimm hatte aber von dieser und auch bei manchen weiteren Begegnungen einen anderen Eindruck gewonnen, hier hatte offenkundig der Anwalt das Wort. 27/117—121

Joachim von Ribbentrop berichtet in seinen Erinnerungen:

Mitte August 1932 habe ich Adolf Hitler zum erstenmal gesehen. Es war nach seinen Berliner Verhandlungen mit der Regierung Papen-Schleicher, die mit einem Fiasko geendet hatten. Man hatte Adolf Hitler das Amt des Reichskanzlers in Aussicht gestellt, ihm aber dann tatsächlich den Vizekanzlerposten angeboten. Das hatte Hitler abgelehnt und sich auf den Obersalzberg zurückgezogen. Freunde aus dem nationalsozialistischen Lager hatten mich gebeten, mit Adolf Hitler zu sprechen, und zwischen ihm und Herrn von Papen, den ich kannte, zu vermitteln. Ich traf Adolf Hitler in Berchtesgaden in heftigem Groll auf Herrn von Papen und die ganze Berliner Regierung an.

Adolf Hitler hat mir bei dieser Gelegenheit seine Absichten über die Bildung einer Koalitions-Regierung mitgeteilt. Er war bereit, mit anderen politischen Kräften zusammenzuarbeiten, aber er bestand auf der Berufung zum Reichskanzler.

Schon bei dieser ersten Begegnung gewann ich einen so starken Eindruck von Adolf Hitler, daß ich überzeugt war, nur er mit seiner Partei könne Deutschland vor dem Kommunismus retten. 4/367

- Wie Rudolf Hess zu Hitler kam 9/25f.; 42/21f.
- Hess über Hitler 1921 42/24
- Kaiser Wilhelm II. im Exil, Äußerungen über Hitler 41/210—214
- Hitler und Frankreich, Gespräch mit Freiherrn von Lersner 41/237—244
- Hitlers Persönlichkeit, Urteil Ribbentrops 4/45f.
- Hitlers Arbeitsweise, Schilderung Ribbentrops 4/125f.
- Das Programm der NSDAP und Hitlers Zielsetzung 34/23—26, 41f., 72f., 78f.

Es war kein Streit um die Staatsform, der damals die deutsche Öffentlichkeit bewegte, sondern es war die Erbitterung über die Behandlung, die Deutschland seit 1919 erfahren hatte! Das Geheimnis des innenpolitischen Aufstieges Hitlers in den Jahren 1928 bis 1933 liegt keineswegs darin, daß er etwa gegen die Republik als Institution, sondern ausschließlich darin, daß er gegen die „Erfüllungspolitik" aufgetreten ist. Als es vorher in dem Jahrfünft von 1924 bis 1929 den Anschein hatte, als ob die deutschen Verhältnisse sich trotz der Versailler Verpflichtungen normalisieren ließen, war Hitlers innenpolitische Bedeutung gering. Daß er freilich bereits damals die kommende Krise vorhersagte, hat seiner Argumentation später genützt, obwohl es nicht schwierig war, diesen Gang der Entwicklung zu prophezeien. Zu ungesund war das damalige Verfahren, durch Dollaranleihen beträchtliche Beträge nach Deutschland hereinzuholen, um sie dann anschließend als Wiedergutmachungszahlungen an die Versailler Mächte wieder zu verausgaben. Als dann ab Oktober 1929 — nach dem New Yorker „schwarzen Freitag" — eine Weltfinanzkrise sich entwickelte, war Deutschland natürlich am schwersten betroffen; schon im Sommer 1930 mußte die damalige Reichsregierung zum System der „Notverordnungen" übergehen, durch das in den Folgejahren der Einfluß des Reichstages auf die Politik lange vor Hitlers Ernennung zum Reichskanzler ausgeschaltet wurde. Schließlich wurde der Gedanke, von diesem an Illegalität grenzenden Gebrauch des Notverordnungsrechtes endlich wieder freizukommen, einer der wesentlichen Gründe, die den Reichspräsidenten von Hindenburg bewogen, seinen zunächst sehr zähen Widerstand gegen die Berufung des Führers der inzwischen größten deutschen Partei aufzugeben.

34/20f.

Das innenpolitische Problem jener Jahre drückte sich keineswegs darin aus, die Weimarer Verfassung vor Hitler zu retten. Dieser hatte sich seit 1925 zur Legalität entschieden und niemand — wahrscheinlich auch er selbst nicht — hat damals an einen „Führer-Staat" gedacht. In Wirklichkeit mußten der Reichspräsident und seine Berater schon seit dem überraschenden Wahlsieg der NSDAP vom 14. September 1930 und der anschließenden innenpolitischen Entwicklung in gleicher Richtung die „Öffnung nach rechts" als die ihnen vorgezeichnete Richtlinie erkennen. Das demokratische Prinzip — gleich welcher Verfahrensart — gilt nicht der Konservierung der jeweils an der Macht befindlichen Parteien, es findet seinen Sinn in der Ermöglichung auch ernsthafter außen- oder innenpolitischer Kurs-

änderungen. Die Politik Brünings, die politischen Konsequenzen des sich deutlich genug abzeichnenden innerdeutschen Meinungswandels mit Hilfe des Notstands-Artikels 48 der Weimarer Verfassung aufzuhalten, konnte — wenn überhaupt — nur kurzfristig zulässig und jedenfalls nur dann erfolgreich sein, wenn es ihm in dieser Frist gelang, die Wirtschaftskrise zu meistern und die Versailles-Revision durchzusetzen: das waren die beiden Themen, mit denen Hitler in zunehmendem Ausmaß die Zustimmung der deutschen Öffentlichkeit gewann ...

Hitler war zwar ganz gewiß zu einer ernsthaften Änderung der Reichspolitik, aber noch keineswegs zum „Umsturz gesinnt" wie heute die Formel der Zeitgeschichte lautet. Es wäre angezeigt gewesen, ihm die Durchsetzung seiner politischen Ziele im Rahmen der Weimarer Verfassung zu ermöglichen, statt ihn in eine so krasse Oppositionsstellung zu manövrieren, wie es schließlich geschehen ist.

Brüning hat dann im Frühjahr 1932 dem Reichspräsidenten den Gedanken vorgetragen, nach den preußischen Landtagswahlen des 24. April 1932 werde der geeignete Moment kommen, „im Reich und in Preußen homogene Regierungen vom Zentrum bis zur Rechten zu bilden".

Im Falle einer ernsthaften Bereitwilligkeit dieser Art hätte Brüning dem Reichspräsidenten, dem deutschen Volk und auch Hitler die unerquicklichen beiden Reichspräsidenten-Wahlen des März und April 1932 von vornherein ersparen können. 34/160f.

Hindenburg

Dem Reichskanzler Brüning war es nicht gelungen, die Wirtschaftskatastrophe zu überwinden und das Massenelend wirksam zu bekämpfen — vom Beginn bis zum Ende seiner Kanzlerschaft hat sich die durchschnittliche Arbeitslosenzahl verdoppelt und damit natürlich die finanzielle und politische Staatskrise weiter verschärft.

Der Dauergebrauch des Notverordnungsrechtes durch den Reichspräsidenten widersprach zweifellos dem Sinn der Verfassung, Hindenburg war sich seines Eides zu bewußt, um nicht darüber nachzudenken, wie diesem Zustand ein Ende zu bereiten war.

Und schließlich: durfte der Präsident einer Republik die großen Signale einer tiefgreifenden Veränderung des Volkswillens übersehen, wie sie sich in den Wahlen des Jahres 1932 deutlich genug ausdrückten?!

Als Brünings Nachfolger, der mehr rechts stehende Zentrums-Abgeordnete Franz von Papen — in der Absicht, die NSDAP an die

Regierungsverantwortung heranzuführen — der Forderung Hitlers nachgab und für den 31. Juli 1932 wieder Reichstagswahlen ausschrieb, erreichte die NSDAP mit 230 Mandaten eine Stärke, wie vorher keine andere politische Partei in Deutschland.

Wenn Hitler daraufhin erwartete, zum Reichskanzler ernannt und mit der Regierungsbildung betraut zu werden, dann fand diese Forderung ihre Begründung in der bisherigen staatspolitischen Praxis. Daß Hindenburg am 13. August 1932 Hitler nur den Vizekanzlerposten in der „Präsidialregierung" Papens anbot, war ein Schritt, mit dem er sich nicht unwesentlich von der Verfassungs-Richtlinie entfernte.

Die von Papen nochmals geforderte Reichstags-Auflösung und die darauf folgende Neuwahl machte die Lage nicht besser.

Am 6. November verlor die NSDAP zwar 34 von ihren 230 Abgeordneten, sie blieb aber stärkste Partei. Dafür schnellte die Zahl der kommunistischen Wähler hinauf: 16,8 Prozent der Wähler entschieden sich für die KPD, 100 bolschewistische Abgeordnete zogen in den Reichstag. Gab es einen Ausweg? Papen entwickelte einen Plan, den er Hindenburg unterbreitete: der Reichstag möge für einige Monate beurlaubt werden, damit inzwischen eine neue Verfassung ausgearbeitet werden könne. Gegen die NSDAP sei die Reichswehr einzusetzen. Das bedeutete Verfassungsbruch, aber der Staatsnotstand schien diese Maßnahme zu rechtfertigen.

Der Reichswehrminister General von Schleicher entwickelte einen Gegenplan: der Reichspräsident möge ihn zum Reichskanzler ernennen; er sehe in diesem Fall eine Möglichkeit, die NSDAP zu spalten. Überdies erklärte er: die Reichswehr habe in einem Planspiel erprobt, ob sie sich durchsetzen könnte, falls sie gegen die NSDAP eingesetzt werde. In diesem Falle sei auch mit einem Aufstand der Kommunisten und dem Generalstreik zu rechnen. Es sei äußerst unwahrscheinlich, daß die durch den Versailler Vertrag auf 100 000 Mann begrenzte Reichswehr beiden Gegnern gewachsen sei. Zudem müsse befürchtet werden, daß die Polen die Gelegenheit nutzen würden, ins Reich einzufallen. Deutschland würde, falls die Regierung sich auf eine innenpolitische bewaffnete Auseinandersetzung einließe, in ein Chaos stürzen.

Hindenburg konnte nichts anderes sagen: „Ich bin zu alt geworden, um am Ende meines Lebens noch die Verantwortung für einen Bürgerkrieg zu übernehmen. Dann müssen wir in Gottes Namen Herrn von Schleicher sein Glück versuchen lassen.

Schleicher übernahm Anfang Dezember 1932 das Amt des Reichskanzlers. Sofort bemühte er sich, seinen Plan in die Tat umzusetzen. Er wußte, daß Gregor Strasser, der Organisationsleiter der NSDAP,

mit Hitlers Ablehnung des Vizekanzlerpostens nicht einverstanden war. Ihn hoffte Schleicher von der NSDAP zu trennen und damit die Partei zu spalten. Außerdem meinte er, durch seine guten Verbindungen zu den Gewerkschaften zu erreichen, daß auch die SPD in die Regierungsbildung eingeschlossen würde. Beide Versuche schlugen fehl: Hitler hatte seine Partei so fest in der Hand, daß Strasser ohne Gefolgschaft blieb; und der Gewerkschaftsführer Leipart war zwar bereit, mit Schleicher zusammenzuarbeiten, um einen Regierungsantritt Hitlers zu verhindern, doch verbot ihm am 6. Januar 1933 der Vorstand der SPD, sich mit dem „reaktionären General" einzulassen.

Am 23. Januar 1933 waren Schleichers politische Träume ausgeträumt. Er forderte nun vom Reichspräsidenten die Vollmacht, den Reichstag aufzulösen, ohne eine Neuwahl auszuschreiben, mit Hilfe der Reichswehr zu regieren und gegen NSDAP und KPD mit Gewalt vorzugehen.

Hindenburg freilich erinnerte sich: hatte nicht Schleicher selbst vor noch nicht zwei Monaten erklärt, die Reichswehr sei einer solchen Auseinandersetzung nicht gewachsen?

Nach Schleichers Rücktritt empfing Hindenburg Ende Januar 1933 wie bei jedem Regierungswechsel nacheinander führende Abgeordnete der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei und

„ersuchte sie um ihren Rat zur Lösung der politischen Krise . . . Mehr oder minder deutlich gaben die Befragten dem Reichspräsidenten den Rat, Hitler mit der Bildung einer Rechtsregierung zu betrauen . . .; er würde bald abwirtschaften, und seine Wähler würden wieder zu den alten Parteien zurückfinden. Besonders nachdrücklich warnten der Führer der Sozialdemokraten, Wels, und der des Zentrums, Dr. Kaas, den Reichspräsidenten davor, auf die Pläne Schleichers einzugehen, die einen glatten Verfassungsbruch bedeuteten und sehr gefährlich seien . . ."

Die Dramatik der entscheidenden Tage erreichte noch einen weiteren Höhepunkt. General Freiherr von dem Bussche berichtete 1952, er sei am 29. Januar 1933 zum damaligen Chef der Heeresleitung, General von Hammerstein, gerufen worden und habe dort auch den bisherigen Reichskanzler von Schleicher angetroffen. Es sei erwogen worden, einen Militärputsch zu organisieren und „den Feldmarschall zu verhaften".

Gerüchte dieser Art hatten schon damals das Reichspräsidenten-Palais erreicht, und es ist eine Tatsache, daß der als Reichswehrminister vorgesehene und aus Ostpreußen herbeigerufene General von Blomberg am Morgen des 30. Januar 1933 bei seiner Ankunft am

Bahnhof sowohl von einem Adjutanten Hammersteins, der ihn zuerst zur Heeresleitung bringen wollte, wie auch von Oberst von Hindenburg erwartet wurde, der den General direkt zum Reichspräsidenten geleitete. Dort wurde Blomberg bereits am Vormittag zum Reichswehrminister ernannt — noch vor dem Zusammentritt und der Vereidigung der neuen Regierung ...

Von Hindenburg selbst ist aus jenen Tagen eine ernste Szene überliefert:

Als der bisherige Reichskanzler von Schleicher sich bei ihm abmeldete, sagte ihm der Reichspräsident: „Ob das, was ich jetzt tue, richtig ist, weiß ich nicht; ich werde es aber bald wissen, wenn ich da oben bin" — und er machte die Geste des Greises, der seine Frist kennt.

26/231—237

- Die Vorverhandlungen zur Regierungsbildung im Januar 1933 (Ribbentrop-Tagebuch) 4/38—42
- Der Reichstagsbrand, das Verbot der KPD und die Notverordnungen der Reichspräsidenten vom 28. Februar 1933 27/143—151; 34/27, 174—182

Das Ermächtigungsgesetz

Mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler hatte der Reichspräsident zum ersten Male seit dem 27. März 1930 wieder eine Regierung mit parlamentarischer Mehrheit gebildet — jedenfalls besetzten die beiden Regierungsparteien nach den erneut ausgeschriebenen Reichstagswahlen vom 5. März 1933 mit 340 von 647 Mandaten mehr als die Hälfte des Reichstages.

Nur einmal noch — freilich in drastischer Weise — ist vom Notverordnungsrecht des Reichspräsidenten Gebrauch gemacht worden: als am 28. Februar das Reichstagsgebäude in Flammen aufgeht und ein kommunistischer Umsturz befürchtet wird, verfügt Hindenburg in drei Notverordnungen nicht nur das Verbot der kommunistischen Partei, sondern auch die Aufhebung der Presse- und Versammlungsfreiheit.

Als drei Wochen später der neugewählte Reichstag zusammentritt, in dem immerhin noch eine beträchtliche Opposition vertreten ist, wird nicht einmal ein Antrag eingebracht, diese Notverordnung wieder aufzuheben — sie bleiben bis 1945 geltendes Recht, was freilich auch Hindenburg nicht ahnen konnte.

Der neugewählte Reichstag bestätigt durch sein Schweigen nicht nur die bisherige Notverordnungs-Gesetzgebung, er geht noch einen

beträchtlichen Schritt weiter, indem er mit verfassungsändernder Zweidrittel-Mehrheit der neuen Reichsregierung Vollmachten erteilt, wie sie bis dahin keine andere Regierung jemals erhalten hat. Das berühmt gewordene „Ermächtigungsgesetz" bestimmt nicht nur, daß in Zukunft Reichsgesetze durch einfachen Regierungsbeschluß zustandekommen können, sondern auch, daß sie von der Reichsverfassung abweichen dürfen.

Als der Reichstag am 23. März 1933 dieses Gesetz beschließt — nur die Sozialdemokraten stimmen dagegen — ist nicht nur Hindenburgs Entschluß vom 30. Januar in dramatischer Weise bestätigt, auch seine eigene Stellung im Staatswesen ist von diesem Tage an wieder die alte geworden; die „Notverordnungszeit" ist beendet.

26/238f.

Dieser historische Reichstagsbeschluß verdient beträchtliche Beachtung. Die Wahlen vom 5. März 1933 hatten für die Regierungskoalition NSDAP-DNVP nur eine knappe Mehrheit erbracht. Es erhielten: die NSDAP 17,26 Millionen Stimmen (43,7 Prozent) und 288 Mandate, die Deutschnationale Volkspartei 3,11 Millionen Stimmen (8 Prozent) und 52 Mandate. Die übrige Sitzeverteilung war: SPD 119, KPD 81, Zentrum 73, Bayerische Volkspartei 19, Staatspartei 6, Splitterparteien 9 Sitze.

Für einen verfassungsändernden Reichstagsbeschluß, wie die Regierung Hitler ihn wünschte, blieb die Koalition auf die Unterstützung der sog. „bürgerlichen Mitte" angewiesen. Auch die auf Grund des Reichstagsbrandes (drastisch widerlegt ist heute die Propaganda-Behauptung, die „Nazis" hätten den Reichstag „selbst angezündet") verfügte Nichtanerkennung der kommunistischen Mandate verschob die Mehrheitsverhältnisse nicht ausreichend, um Hitler Verfassungsänderungen mit Hilfe seiner eigenen Partei einschließlich der Deutschnationalen zu gestatten.

Unerbittlich stellt sich die Schlüsselfrage: Welche Motive und Überlegungen haben insbesondere die zahlenmäßig entscheidende Zentrumspartei veranlaßt, Hitler ihre ausdrückliche Zustimmung zu einem Gesetz zu geben, dessen umwälzende Bedeutung für die künftige Entwicklung gerade im Lichte jener Notverordnungen nicht zweifelhaft sein konnte?

Nicht nur weil die hier erwähnte politische Entscheidung von weittragender Bedeutung war, sondern weil es sich um einen Kreis von gewiß nüchternen, erfahrenen, durch Propaganda nicht beeinflußbaren Politikern, handelte, darf diese Frage nicht einfach beseitegesetzt werden.

Bei der Reichstagsabstimmung vom 23. März 1933 stimmten 441 Reichstagsabgeordnete (also außer der Regierungskoalition noch weitere 101 Abgeordnete, unter ihnen der spätere westdeutsche Bundespräsident Theodor Heuss) für und 94 gegen die Annahme des Ermächtigungsgesetzes. Bei einer Gesamtabgeordnetenzahl von 647 (einschließlich der nicht mehr anwesenden kommunistischen Abgeordneten) war die bei 431 Stimmen liegende verfassungsändernde Zweidrittel-Mehrheit knapp, aber klar überschritten.

Alle diejenigen Reichstagsabgeordneten, die am 23. März 1933 ihre Stimme für das „Ermächtigungsgesetz" abgaben, ohne als Angehörige einer der beiden damaligen Regierungsparteien dazu von ihren Wählern beauftragt zu sein, kannten nicht nur Hitlers Nah-, sondern auch seine Fernziele; es handelte sich auch keineswegs um ihre erste Begegnung mit diesem Mann und seiner Partei. Seit mindestens zehn Jahren hatte jeder dieser Abgeordneten sich in fast allen öffentlichen Diskussionen mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzen müssen. Wohl nicht einer von ihnen hat jemals mit Hitler auch nur sympathisiert.

Trotzdem erteilten sie nun diesem Reichskanzler Vollmachten, wie sie kein deutscher Regierungschef vor ihm — auch Bismarck nicht — jemals erhalten hatte!

Hitler konnte nun — allerdings mit zeitlicher Begrenzung auf vier Jahre (er achtete sorgfältig darauf, jeweils rechtzeitig vor Ablauf der Ermächtigung den Reichstag einzuberufen und die Verlängerung des Gesetzes beschließen zu lassen!) — von sich aus Gesetze erlassen, ohne außer dem Reichskabinett irgendeine Instanz auch nur zu Rate ziehen zu müssen!

Gewiß gab es noch den Reichspräsidenten — aber dieser war nach der Verfassung, die ja in Kraft blieb, an die Gegenzeichnung des Reichskanzlers gebunden. Und ebenso klar war, daß das Reichskabinett nur fachliche Funktion hatte, denn der Reichskanzler bestimmte verfassungsgemäß die Richtlinien der Politik!

Wie immer man die Lage betrachtet: Hitler ist nicht durch Putsch oder Umsturz, sondern durch Beschluß von demokratischen Politikern, über deren persönliche Integrität und Urteilskraft ein Zweifel nicht obwalten kann, in eine staatsrechtliche Position versetzt worden, wie sie in der modernen europäischen Geschichte einmalig ist.

Auch die Stellung des damaligen italienischen Ministerpräsidenten Mussolini in dem von ihm geschaffenen „Korporationsstaat" war — wie sich später erweisen sollte — staatsrechtlich keineswegs so stark, wie die Hitlers nach dem 23. März 1933.

Wir müssen und dürfen ohne weiteres abstrahieren, was etwa an unerfreulicher Anpassung an sichtbare Machtverhältnisse oder an

oberflächlichem Irrtum („Hitler wird in einigen Monaten gescheitert sein") bei jenen Entscheidungen der Oppositionsparteien mitgewirkt haben mag — solche Motive können bei den meisten der beteiligten Persönlichkeiten nicht den Ausschlag gegeben haben. Leider liegt trotz aller Memoirenfreude unserer Zeit bisher keine ernsthafte Äußerung eines Beteiligten über die wirklichen Erwägungen — aus damaliger Sicht gesehen — vor, die in jenen Monaten die Politiker der Weimarer Epoche bewegt haben.

Es waren wohl vor allem die zurückliegenden außenpolitischen Erfahrungen der betroffenen Parteien gewesen, die sie veranlaßt haben, Hitler „den Rubikon überschreiten" zu lassen ...

Auch für einen nüchtern denkenden Politiker, dem die Geschichte des vorhergegangenen Jahrzehnts deutlich vor Augen stand, konnte der Schluß naheliegen: Alle anderen Mittel sind erschöpft, ohne Erfolg zu bringen; also ist die Stunde neuer Methoden gekommen, geben wir Hitler die Chance!

Im Hinblick auf die noch radikalere Ausschaltung des Reichstages als sie bereits seit 1930 üblich geworden war, mochte auch die Erwägung mitgewirkt haben, daß eine Reihe von Versailler Vertragsbestimmungen — insbesondere jene militärischer Art — nur unter Ausschluß der Öffentlichkeit unwirksam gemacht werden konnten, und daß es auch von einem strikt demokratischen Standpunkt aus vielleicht rätlich war, auf parlamentarische Mitwirkung und Mitverantwortung bei so prekären Experimenten zu verzichten, wie sie unzweifelhaft bevorstanden. 34/27—30

Hitlers Machtergreifung war eine unmittelbare Folge des Scheiterns der letzten Weimarer Regierungen — sie alle hatten weder außen- noch innenpolitisch die aus dem Versailler Erbe entstandenen Probleme zu meistern, noch eine ernstliche Revision des Diktats durchzusetzen vermocht. Im klaren Bewußtsein dieses Scheiterns haben denn ja auch die Parteien des Reichstags Hitler die Zwei-Drittel-Mehrheit für sein Ermächtigungsgesetz gegeben, das realpolitisch den Augenblick seiner „Machtergreifung" bezeichnet hat. Niemand ist berechtigt, gegen die Politiker von damals wegen dieser Stimmabgabe einen Vorwurf zu erheben — am wenigsten die ausländischen Mächte, die es den Weimarer Regierungen immer wieder engherzig versagt haben, die deutsche Situation zu normalisieren und damit Europa zu befrieden. Auch die deutschen Sozialdemokraten, die am 21. März 1933 noch gegen Hitler stimmten, haben am 17. Mai 1933 Hitlers außenpolitische Regierungserklärung gebilligt, obwohl — oder: weil er darin Versailles den Kampf ansagte.

Diese damalige Haltung der Sozialdemokraten zeigt geradezu das Leitmotiv der Einstellung des deutschen Volkes zu Hitler in den nun folgenden Jahren: sie haben sich zu ihm bekannt, weil er

erstens: die Unterwerfungsbestimmungen des Diktates von 1919 Zug um Zug zerrissen und weil er

zweitens: den „großdeutschen" Staatsanspruch von 1848 wieder aufgegriffen und schließlich auch kurzfristig verwirklicht hat.

Dazu — und zu nichts anderem — hat das deutsche Volk „Ja" gesagt, und das war sein gutes Recht. **43/81f.**

- Übernahme der Gewerkschaften und Bildung der „Deutschen Arbeitsfront" 34/34—36
- Hitler und die Kirchen 34/68f.; 41/251f., 254—257
- Die Parteienauflösung 43/137f.
- Politische Propaganda und Schriftleitergesetz 4. 10. 1933 34/7, 12, 15, 95f., 244; 38/12f.
- Wiederherstellung der Hohenzollern-Monarchie? 4/23; 41/210f.
- Deutsche Wirtschaftsentwicklung 1933/34 34/39f., 244f.
- Zur Geschichte und Problematik des 30. Juni 1934 26/144; 27/138—142; 34/36—39, 185—190
- Jüdischer Boykott gegen deutsche Waren, antisemitische Maßnahmen und Auswanderung aus Deutschland 1933—1938 21/200f.; 27/124, 127, 145, 153, 158; 32/41f., 109f.; 34/25f.; 183f.
- Hindenburgs Testamente und letzte Lebenstage Juli/August 1934 26/245f., 253—255 (Texte)
- Hindenburgs Tod und Volksabstimmung vom 19. 8. 1934 26/147f.; 34/38f.
- Volksabstimmungen 1933—1938, Bedeutung der „Nein"-Stimmen 43/80f., 95f.

DIE REVISION VON VERSAILLES UND SAINT GERMAIN

Nach der Machtergreifung

Joachim von Ribbentrop berichtet in seinen Erinnerungen:

Einige Wochen nach der Regierungsbildung sagte sich Hitler bei uns in Dahlem zum Abendessen an. Nur einige Freunde und mein alter Vater waren anwesend. Adolf Hitler war sehr aufgeschlossen, als er nach Tisch das Gespräch auf die Außenpolitik brachte. Ich hörte ihn hier zum ersten Male über seine außenpolitischen Gedanken sprechen.

Adolf Hitler sagte mir bei dieser ersten Aussprache, daß er unbedingt den F r i e d e n wolle. Deutschland habe an e i n e m Weltkrieg genug gehabt, dazu dürfe es nicht wieder kommen. Aber die deutsche Gleichberechtigung müsse er durchsetzen. Ein so großes Volk wie das deutsche, könne nicht in einem Zustand der dauernden Diskriminierung leben. Eine Revision gewisser Versailler Bestimmungen müsse erzielt werden. Auch der unmögliche Zustand, daß Deutschland — umgeben von höchstgerüsteten Staaten — wehrunfähig sei, könne nicht bestehen bleiben. Aber er habe Zeit und wolle diese Revision allmählich erreichen.

Sein Hauptziel sei, in ein dauerndes klares Verhältnis mit England zu kommen. Dieses Ziel habe er bereits in seinem Buch „Mein Kampf" aufgestellt und die Vorsehung habe ihn nunmehr auf den Platz gewiesen, an dem er es auch praktisch erreichen könne. Ebenfalls wolle er das Verhältnis zu Italien freundschaftlich gestalten, wofür die Gleichartigkeit der nationalsozialistischen und faschistischen Weltanschauung eine gute Ausgangsbasis bilde. Über Frankreich äußerte sich Hitler ablehnend. Ich machte ihn deshalb schon damals darauf aufmerksam, daß es auch in diesem Lande viele Kreise gäbe, die eine Verständigung mit Deutschland wünschten.

Seine Einstellung zu Sowjetrußland war von schärfster Gegensätzlichkeit. Hier merkte man Adolf Hitler den vierzehn Jahre dauernden innerpolitischen Kampf gegen die Parolen von Moskau an. Bei diesem Thema wurde sein Gesichtsausdruck hart und unerbittlich. In diesem Punkt — das fiel mir schon damals auf — war Adolf Hitler von einer fanatischen Entschlossenheit: den Kommunismus restlos zu beseitigen. Ich habe damals und auch später immer das Empfinden gehabt, daß sich bei solchen inneren Erregungen seine Augen ver-

dunkelten und eine erstaunliche Schärfe in seine Rede kam. Die Judenfrage hat Adolf Hitler bei dieser ersten Aussprache nicht erwähnt.

Sehr interessiert zeigte sich Adolf Hitler, als ich ihm im Laufe des Gespräches einiges über meine politischen Eindrücke und Gespräche während der Nachkriegsjahre in Berlin und auf meinen Reisen durch England und Frankreich erzählte. Wir saßen sehr lange in unserem kleinen Bibliothekzimmer im Dahlemer Haus zusammen. Adolf Hitler wollte immer mehr von meinen Erfahrungen hören, und ich habe ihm sehr offen von meinen Erlebnissen berichtet, auch von meinen Sympathien für die Deutsche Volkspartei und von meiner Bekanntschaft mit Gustav Stresemann, den er jahrelang so hartnäckig bekämpft hatte.

Über Stresemann sprach sich Adolf Hitler durchaus freundlich aus: er hätte in der damaligen Lage außenpolitisch auch nicht mehr erreichen können. „Deutschland muß wieder ein Machtfaktor werden, sonst bekommt es nie Freunde, und die Voraussetzung dafür muß ich schaffen." 4/42—44

Adolf Hitler wollte ein starkes Reich, im Innern einig durch den Nationalsozialismus gegen den Bolschewismus, nach Außen gewappnet gegen alle Eventualitäten einer militärischen Machtentfaltung des Ostens. Wiederholt hat er mir gegenüber von der gefährlichen Ideologie des Kommunismus mit seiner entschlossenen Führung gesprochen, die über Menschen und Material von schwer schätzbarem Ausmaße verfüge. Hiergegen wollte er in Zentraleuropa durch ein starkes Deutschland ein Bollwerk schaffen. Unmögliche Versailler Grenzen wie Danzig und den Korridor wollte er revidieren, dabei durch eventuelle Rückgewinnung landwirtschaftlicher Gebiete die deutsche Ernährungslage verbessern, eine Lösung für Österreich und Sudetenland finden, den Balkan als Absatzmarkt und Getreideimportgebiet gewinnen, Freundschaft mit Italien schaffen, die Integrität der westlichen Länder garantieren, insbesondere mit Frankreich ein Übereinkommen unter Verzicht auf Elsaß-Lothringen treffen und ein Bündnis mit England unter Verzicht auf Flotten- und Luftrivalität abschließen. Das waren in großen Zügen die damaligen außenpolitischen Grundgedanken Adolf Hitlers. 4/68f.

Der Völkerbund und das Versailler System

Der Völkerbund sollte eigentlich einmal zum Instrument einer vernünftigen Revision untragbar gewordener Versailler Bestimmungen werden — das hatte wohl auch Wilson vorgeschwebt, als aber

aus der Theorie Wirklichkeit werden sollte, zogen sich die USA schnell zurück. Statt dessen entwickelte sich der Völkerbund gerade in umgekehrter Richtung. Er wurde zum Instrument des Festhaltens, zur „Verewigung von Versailles". Mit anderen Worten: er wurde zum Instrument der Niederhaltung der 1918 besiegten Nationen und damit zur Ursache für ihren weiteren Verfall. Die Revision stand nur auf dem Papier, denn es fehlte die Einrichtung und der gute Wille der Sieger, um Änderungen des Vertrages gegen den Egoismus der Einzelstaaten in der Praxis zu erzwingen. Die Völker aber lassen sich auf die Dauer nicht in Statuten pressen, sie wollen leben. Und wenn die Statuten dieses Leben nicht sicherstellen können, dann nehmen sich diese Völker ihr Recht über alle Statuten und Paragraphen hinweg. 4/68

Die Abrüstungskonferenz

In Genf tagte in jenen Monaten die internationale Abrüstungskonferenz* mit dem Ziel, die Rüstungen der Welt so weit wie möglich herabzusetzen und einen Rüstungsausgleich zwischen Staaten, die bereits abgerüstet hatten, und solchen, die hoch gerüstet waren, herbeizuführen. Das einzige Land freilich, das wirklich abgerüstet hatte, war Deutschland. Seine militärische Lage war geradezu grotesk geworden; den 100 000 deutschen Reichswehr-Soldaten ohne ausgebildete Reserven, ohne schwere Waffen und ohne Luftwaffe stand eine französische Armee von über 612 000 Mann, die im Kriegsfall auf über 4 Millionen verstärkt werden konnte, ein polnisches Heer mit über 260 000 Mann (Kriegsstärke 3,2 Milionen), die tschecho-slowakische Armee mit 140 000 Mann (Kriegsstärke 1 Milion) gegenüber. Außerdem drohte im Hintergrund als übermächtiger möglicher Gegner die Sowjet-Union!

Nun hatte der britische Ministerpräsident MacDonald einen Plan entwickelt, der darauf hinauslief, die übergroßen Rüstungen der Nachbarn Deutschlands zu vermindern, während die deutsche Wehrmacht auf einen Stand von 200 000 Mann gebracht werden sollte. Als Hitler vor seiner Reichstagsrede Vortrag bei Hindenburg hielt, erörterte er seine Absicht, diesem Plane zuzustimmen, wobei er allerdings hoffte, durch Verhandlungen einen Ausbau des deutschen Heeres auf 300 0000 Mann zu erreichen. 26/241f.

Die Abrüstungskonferenz scheitert an diesem Problem: Der MacDonald-Plan zur Begrenzung der Rüstungen (Abschaffung aller

*Vergl. dazu DIE DEUTSCHE FRAGE — Von den Anfängen bis 1933, Seiten 206—208

Offensivwaffen: Bomber, Panzer, schwere Artillerie usw.) wird von Frankreich nicht angenommen. Am 16. Mai 1933 richtet Präsident Roosevelt an 44 Staatsoberhäupter eine Botschaft, die den MacDonald-Plan erneut zur Diskussion stellt. Am 17. Mai hält Hitler vor dem Reichstag eine Rede, in der er den Plan annimmt. Frankreich gibt nicht nach, der Völkerbund versucht nicht einmal, es zum Nachgeben zu zwingen und bleibt sogar bei seiner Haltung, Deutschland die Gleichberechtigung zu verweigern. Die deutsche Meinung ist: Entweder Frankreich und die anderen Nationen halten, wie wir, die in Versailles übernommenen Verpflichtungen ein und rüsten ab, oder wir rüsten auf. 32/79

Hitlers erste außenpolitische Rede

Es war nicht nur Hindenburg, der Hitlers Forderung nach deutscher Rüstungs-Gleichberechtigung zustimmte, sondern es ergab sich am 17. Mai 1933, daß auch der Reichstag diese Regierungserklärung einstimmig billigte — „ein bisher in Deutschland kaum erlebtes Ereignis" (wie der damalige Staatssekretär Meißner sich ausdrückt). Bei dieser Gelegenheit stimmten auch die Sozialdemokraten für Hitler, obwohl er schon damals den Austritt aus dem Völkerbund androhte, falls die berechtigten deutschen Forderungen nicht anerkannt würden. 26/24

Die Sozialdemokratische Partei hatte am 23. März zwar g e g e n das sog. Ermächtigungsgesetz gestimmt, bei der nächsten Reichstagssitzung, in der Hitler seine außenpolitische Programmrede hielt, stimmte sie aber f ü r Annahme der folgenden Erklärung:

„Die Fraktionen der NSDAP, der DNVP, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei haben folgende Entschließung eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: Der Deutsche Reichstag als die Vertretung des Deutschen Volkes billigt die Erklärung der Reichsregierung und stellt sich in dieser für das Leben der Nation entscheidenden Frage der Gleichberechtigung des Deutschen Volkes geschlossen hinter die Reichsregierung." 32/29

Der Austritt aus dem Völkerbund

Zu diesem, am 14. 10. 1933 vollzogenen Schritt genügt es zu berichten, was Lloyd George, einst Englands Kriegs-Premierminister und einer der „großen Vier" von Versailles dazu im englischen

Unterhaus am 29. November 1934 rückblickend gesagt hat. Lloyd George erklärte:

„. . . und was sind die Beschwerden Deutschlands? Sie bestehen darin, daß die Signatarmächte des Vertrages von Versailles den Deutschen feierlich versprachen, man würde abrüsten, wenn Deutschland mit der Abrüstung vorangehe. Vierzehn Jahre lang hat Deutschland auf die Einhaltung dieses Versprechens gewartet. In dieser Zeit ist eine Reihe ausgesprochen friedfertiger Minister in Deutschland tätig gewesen. Minister, die nicht aufgehört haben, die großen Mächte zu beschwören, endlich mit der Einlösung des gegebenen Versprechens ernst zu machen. Man hat sich über diese deutschen Minister in einer Reihe von Pakten — davon einer ein ausgesprochener Anti-Kriegs-Pakt — lustig gemacht. In der Zwischenzeit haben alle Länder, mit Ausnahme Englands, ihre Kriegsbewaffnungen gesteigert und sogar den Nachbarn Deutschlands Geldanleihen zugestanden, mit denen diese wiederum gewaltige Militär-Organisationen dicht an Deutschlands Grenzen aufbauten. Können wir uns denn wundern, daß die Deutschen zu guter Letzt zu einer Revolution und Revolte gegen diese chronische Betrügerei der großen Mächte getrieben wurden? Diesem Zustande muß abgeholfen werden. England wird niemals eine Entwaffnung in Europa durchsetzen, bis das getan ist . . ."

Es ging freilich nicht nur um mitteleuropäische Fragen — als die Versailler Abrüstungsbestimmungen festgelegt wurden, war Rußland ein vom Bürgerkrieg geschüttelter fieberkranker Staat ohne jegliche militärische Bedeutung. Inzwischen hatten sich die dortigen Verhältnisse im Großmachtstil konsolidiert; ein ganzer Fünfjahresplan zur Wiederaufrüstung war bereits abgewickelt worden!

Wer immer sich nur kurz mit Hitler, seinen Zielen und seiner in „Mein Kampf" vor aller Welt ausgebreiteten Denkweise beschäftigt hatte, wußte, gegen wen er rüsten wollte, als er die Abrüstungskonferenz verließ. 34/41f.

Als die „Abrüstungs-Konferenz" an der französischen Weigerung, irgendwelche Zugeständnisse zu machen, praktisch scheiterte, Hitler die deutsche Delegation zurückberief und gleichzeitig den Austritt des Reiches aus dem Völkerbund verkündete, hat sich Hindenburg — zum letzten Male — in einer politischen Ansprache an das deutsche Volk gewandt, das aufgerufen war, in einer Volksabstimmung den Schritt der Reichsregierung zu bestätigen:

„Wir haben die Abrüstungskonferenz und den Völkerbund verlassen, nicht um damit gegen den Gedanken der friedlichen Verständigung unter den Völkern zu demonstrieren, sondern um der Welt zu zeigen, daß es mit der bisherigen Methode der Unterscheidung zwischen Siegern und Besiegten, zwischen gerüsteten und abgerüsteten Staaten, zwischen freien und un-

freien Völkern nicht weitergehen kann, und um zu bekunden, daß eine wirkliche Verständigung und ein wahrer Frieden nur auf dem Boden der Gleichberechtigung möglich ist... Morgen soll das ganze deutsche Volk das Bekenntnis ablegen, daß es einig ist in dem Gefühl der nationalen Ehre, der Forderung nach gleichem Recht und zugleich nach einem wahren wirklichen und dauerhaften Frieden. Laut und eindringlich sollen morgen alle Deutschen, in einem Willen zusammengeschlossen, bekunden, daß Deutschland künftig niemals mehr als Nation zweiter Klasse behandelt werden darf!"

96,3 Prozent aller Wahlbeteiligten gingen am 12. November 1933 zur Volksabstimmung, und auf die Frage „Billigst Du, deutscher Mann, und Du, deutsche Frau, die Politik der Reichsregierung, und bist Du bereit, sie als den Ausdruck Deiner eigenen Auffassung und Deines eigenen Willens zu erklären?" antworteten 40 588 804 Wähler mit „Ja", und 2 100 181 Wähler mit „Nein". 26/242f.

Vor dem Unterhaus machte Lloyd George mit folgenden Worten Frankreich verantwortlich:

„Während vieler Jahre hat sich Frankreich geweigert, seinen Abrüstungs-Verpflichtungen nachzukommen, ja es hat sogar nach Locarno nicht aufgehört, noch weiter aufzurüsten."

Man hätte hinzufügen können, daß es nach dem Versailler Vertrag auch noch dem Geist von Locarno zuwidergehandelt hatte. In seinem Buch „La France a sauvé l'Europe" gibt Paul Reynaud zu, daß diese Haltung Frankreich „in den Augen der Welt für das Wettrüsten verantwortlich machte, das zwangsläufig zum Kriege führen mußte".

32/79

- Ribbentrop über Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund 4/54
- Sowjetisch-amerikanische Annäherung: Außenminister Litwinow in Washington 7.—25. 11. 1933, Verhandlungen mit Präsident Roosevelt 14/188f.; 24/138f; 30/125

Der deutsch-polnische Pakt

Auf Mussolinis im April 1933 an den früheren polnischen Ministerpräsidenten und berühmten Pianisten Paderewski erteilten Rat, „den deutschen Korridor zurückzugeben, damit ein militärischer Konflikt vermieden werde", antwortete die offiziöse „Gazeta Polska" am 15. April 1933 kategorisch:

„Über das Küstengebiet kann Polen nur die Kanonen sprechen lassen. Niemals wird irgendeine polnische Regierung irgendwelche Verhandlungen in irgendwelcher Form über irgendwelche polnische Grenzen mit irgendwem führen."

Als Pilsudski 1933, beunruhigt über die Zukunft seines Landes, versuchte, Frankreich zu einem Präventivkrieg gegen Deutschland zu bewegen, ließ sich Hitler weder durch die Besetzung der Danziger Westerplatte, noch durch Pilsudskis aggressive Einstellung gegenüber der deutschen Forderung auf Gleichberechtigung provozieren, sondern war entschlossen, eine beschleunigte Entspannung der deutsch-polnischen Beziehungen zu erreichen. Pilsudski, enttäuscht über die Absage der Westmächte, die damals wegen Polen noch keinen Krieg gegen Deutschland führen wollten, ging auf den Hinweis in einer Rede Hitlers ein, in der dieser erklärte, mit allen Nachbarn einen „Ausgleich" finden zu wollen. Pilsudski ließ seinen Botschafter Wysocki bereits am 2. Mai 1933 die erste Unterredung mit dem Reichskanzler führen und dabei auch das kritische Danziger Problem anschneiden. Hitler entgegnete u. a., „daß er zunächst ein besonderes Recht Polens auf Danzig zurückweisen müsse" und daß sich Deutschland durch die „Vorgänge in Oberschlesien, durch Zusammenziehung von Militär an der Grenze und durch die Besetzung der Westerplatte in Danzig" „dauernd bedroht" fühle. Anschließend erklärte Hitler dem polnischen Gesandten jedoch:

„Die Grenze zwischen Polen und Deutschland sei durch die Kurzsichtigkeit der Staatsmänner, durch Unverstand und durch Übelwollen in einer Weise gezogen, daß ein ruhiges Nebeneinanderleben der zwei Nationen, solange diese Grenzziehung bestehe, so gut wie undenkbar sei. Er achte jede Nationalität und er betrachte Polen als eine Realität, die er als solche berücksichtige. Allerdings verlange er, daß auch polnischerseits Deutschland als eine Realität behandelt würde. Wenn zur Zeit des Abschlusses des Vertrages von Versailles die Gemüter nicht völlig verwirrt gewesen wären, so hätte polnischerseits der Errichtung eines Korridors durch das deutsche Gebiet niemals zugestimmt werden dürfen, denn es sei klar, daß dadurch eine dauernde Spannung zwischen Deutschland und Polen entstehen mußte. Es wäre wesentlich klüger gewesen, den Zugang zum Meer, von dem der Gesandte als von einem unerläßlichen Recht der Polen gesprochen habe, auf der anderen Seite von Ostpreußen zu suchen. In diesem Falle würde wohl schon längst ein gutes Verhältnis zwischen Deutschland und Polen bestehen und auch die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Verständigung gegeben sein."

In seiner Reichstagsrede vom 17. Mai 1933 wandte sich Hitler wiederum in verständnisvollem Ton an Polen und sagte:

„Die geistige Mentalität des vergangenen Jahrhunderts, aus der man glaubte, vielleicht aus Polen oder Franzosen Deutsche machen zu können, ist uns genau so fremd, wie wir uns leidenschaftlich gegen jeden umgekehrten Versuch wenden."

Zweifellos belastete Danzig die deutsch-polnischen Beziehungen noch schwer. Anfang 1933 lagen dem Völkerbund nicht weniger als 35 unerledigte Streitfälle der Freien Stadt vor und in der nächsten Sitzung des Völkerbundesrates sollte das Thema Danzig zum 106ten Male behandelt werden. Die Schwierigkeiten bestanden also schon vor der nationalsozialistischen Regierung. In Danzig erbrachten dann die Wahlen vom 27. September 1933 über 50 Prozent nationalsozialistische Stimmen; 38 der 72 Mandate des Danziger Volkstages fielen der NSDAP zu...

Im Herbst 1933 erklärte der polnische Außenminister Beck während der Genfer Völkerbundstagung in einem Interview, daß die abstrakten Methoden des Völkerbundes durch den persönlichen Kontakt der verantwortlichen Politiker ersetzt werden müßten. Der neue polnische Botschafter in Berlin, Lipski, wurde von Pilsudski persönlich instruiert, Hitler mitzuteilen, daß er einen Weg suche, um die Sicherungen des Völkerbundes, den Deutschland gerade verlassen habe, durch andere Wege auszugleichen. Hitler betonte in seinem ersten Gespräch mit dem neuen Botschafter, Polen sei für ihn ein „Vorposten gegen Asien". Am 28. November 1933 trug der deutsche Botschafter in Warschau dem Marschall Pilsudski den Entwurf eines Nichtangriffspaktes vor.

Oberst Beck gibt in seinem Erinnerungsbuch „Dernier rapport" die Gedankengänge des Marschalls wieder, die ihn schließlich zum Abschluß dieses Vertrages mit Deutschland bewegten:

„Hitler selbst ist ganz und gar Österreicher und in keinem Falle Preuße. Es ist frappierend, festzustellen, daß unter seinen Mitarbeitern sich kein Preuße befindet. Das schafft eine neue Lage. Denn die preußischen Traditionen waren immer ganz entschieden antipolnisch. Die Hitler-Bewegung ist der letzte Akt in der nationalen Einigung des deutschen Volkes, die aber nicht wie seine Vorstufe, die Bismarcksche Einigung, eine preußische Hegemonie zur Folge hatte."

In einem Presseinterview vom 6. Januar 1934 erklärte Beck, er bedauere

„den bisherigen Standpunkt der Weltöffentlichkeit, welche die deutsch-polnischen Streitigkeiten als unabdingbares Programm jeder internationalen Zusammenkunft betrachtet hatte".

Ehe sich Pilsudski aber endgültig entschloß, den vorgeschlagenen Vertrag am 26. Januar 1934 abzuschließen, ließ er während der

Tagung des Völkerbundsrates vom 15. bis 20. Januar durch Beck dem damaligen französischen Außenminister Paul-Boncour noch einmal die Frage vorlegen, „ob Frankreich zu einer Intervention gegenüber Deutschland bereit sei". Erst nach dessen ablehnendem Bescheid wurde der deutsch-polnische „Nichtangriffspakt" in Form einer „Erklärung" unterzeichnet. 29/231—234

- Text des deutsch-polnischen Abkommens vom 26. 4. 1934 29/235f.
- Internationales Echo zum deutsch-polnischen Nichtangriffspakt 29/136
- Innenpolitische Entwicklung in Danzig 1934—1937 29/172

Widerstände gegen die Hitler-Pilsudski-Politik

Pilsudskis antisowjetische Einstellung war eine Tatsache, ebenso wie Hitler eine grundsätzlich sowjetfeindliche Haltung einnahm. Gemeinsam mit Polen wollte er dem russischen Drängen nach Westeuropa Einhalt gebieten. Sowohl Pilsudski wie Hitler sahen schon allein in der Existenz ihres Bündnisses die Möglichkeit, das bolschewistische Rußland von Europa zurückzuhalten.

Trotz der starken Stellung in ihren Ländern hatten sich die beiden Staatsmänner doch mit ernsten innerpolitischen Widerständen auseinanderzusetzen.

In Polen gab es einflußreiche Gruppen, die schon immer antideutsch und frankophil eingestellt waren, vor allem in der Armee und in der Beamtenschaft. Hier rechnete man stets mit französischen, englischen und amerikanischen Hilfeleistungen und hatte niemals aufgehört, sich auf einen Krieg gegen Deutschland einzustellen.

Wie die polnischen Chauvinisten Pilsudskis Konzeption bekämpften, so hatten auch in Deutschland konservative Kreise Hitlers Politik zu durchkreuzen versucht. Sachkenner berichten, daß „der Widerstand" gegen die Polenpolitik Hitlers in diesen Gruppen „sehr stark war".

Insbesondere lehnte der damalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt, von Bülow, Hitlers Kompromißpolitik ab und sprach von dem „Phantom" einer Verständigung mit Polen. Der als Widerstandspolitiker bekanntgewordene damalige Legationsrat Kordt berichtet von einer „beachtlichen Minderheit" im Auswärtigen Amt, bei der „wohl mehr oder weniger klar der Gedanke, daß eine Beseitigung des polnischen Korridors gegebenenfalls auch mit Gewalt herbeigeführt werden sollte, eine Rolle gespielt" habe.

Der damalige polnische Vizeaußenminister Graf Szembek weiß im Zusammenhang mit Wirtschaftsverhandlungen, bei denen es im

August 1935 zu Schwierigkeiten gekommen war, von einer „großen Intrige" zu berichten.

„orchestriert durch den Kreis um Bülow, der sich Hitlers Polenpolitik widersetzt. Diese Kreise haben die Abwesenheit Hitlers und Görings dazu ausgenützt, um zu handeln. Man hat Hitler einen gefälschten Bericht des Lipski-Bülow-Gesprächs gegeben und sogar gesagt, der Botschafter habe im Laufe der Unterhaltung Drohungen gebraucht. Die Unterhaltungen Lipskis in Berchtesgaden haben erwiesen, daß hochstehende deutsche Persönlichkeiten ihre Haltung in bezug auf Polen nicht geändert haben; nur in untergeordneten Zirkeln versucht man die guten polnisch-deutschen Beziehungen zu stören." 29/244f.

- Französisch-tschechischer Bündnisvertrag 25. 1. 1934 29/147
- Deutsch-englische Kontakte im Frühjahr 1934, Baldwin für deutsche Gleichberechtigung 4/54—57
- Ernennung Ribbentrops zum deutschen Bevollmächtigten für Abrüstungsfragen 24. 4. 1934 4/57
- Plan eines Hitler-Daladier-Treffens im Frühjahr 1934, 4/52

Dullfus-Schuschnigg und Mussolini

Daß die nationalsozialistische Flut vor Österreich nicht Halt machte, zeigte sich bereits im April 1932 bei den Wiener Landtagswahlen; dort wurde die NSDAP zur drittstärksten Partei und lag mit ihrer Stimmenzahl knapp hinter den Christlich-Sozialen.

In dieser Lage trat eine junge Politikergruppe in den Vordergrund der christlich-sozialen Partei und löste die „alte Garde" in reichlich stürmischem Vordringen ab: schon in den Märztagen 1931 wurde der damals 39jährige Dr. Engelbert Dollfuss als Landwirtschaftsminister Mitglied der Regierung; vierzehn Monate später — am 20. Mai 1932, also wenige Wochen nach dem ersten parlamentarischen Erfolg der Nationalsozialisten — ist er bereits Bundeskanzler, seit Januar 1932 hat auch der erst 34jährige Dr. Schuschnigg, Dollfuss späterer Nachfolger, ein Portefeuille.

Beide sind das, was man unter dem Begriff eines „militanten Politikers" versteht, wobei Dollfuss als etwas konzilianter zu deuten ist, als Schuschnigg. Das Motiv des damaligen und späteren Handelns dieser beiden Politiker läßt sich vielleicht in den Satz fassen: sie wollten um jeden Preis ein nationalsozialistisches Österreich verhindern, aber auch um keinen Preis dafür ein rotes Österreich in Kauf nehmen.

Da sie das Ende des Brüning-Kurses vorhersahen, mit dem allein sie in ihren politischen Ansichten harmonierten, erhoben sie die

Unabhängigkeit Österreichs vom Reich zu ihrer Parole, andere Abhängigkeiten störten sie weniger.

Ihre innenpolitischen Rezepte entnahmen sie dem Vorbild des italienischen Faschismus, der für sie akzeptabel war seit er durch die Lateran-Verträge 1929 seinen Frieden mit der katholischen Kirche geschlossen hatte. Das wirklich Wichtige an Mussolini war ihnen freilich nur die Ausschaltung des Parlaments und die Vermeidung von Wahlen: es war schon 1932 klargeworden, daß Hitler durchaus im Wege der populären Zustimmung zum Erfolge kommen konnte und daß er keines antiparlamentarischen Gewaltstreiches bedurfte, um die Macht an sich zu bringen. Das „faschistische" Programm der Dollfuss und Schuschnigg erschöpfte sich entsprechend darin, Wahlen zu verhindern. Die sozialreformerischen Ideen Mussolinis wurden nicht übernommen; auch seine kühnen national-italienischen Zielsetzungen mußten natürlich außer Betracht bleiben, sie konnten für keinen Staatsbürger Österreichs irgend einen verlockenden Ausblick eröffnen ...

Das außenpolitische Programm der Dollfuss-Schuschnigg-Linie knüpfte an die alten, sogar in den Kriegsjahren 1917/18 nicht realisierbaren Träume der französischen Politik an, Österreich gegen Deutschland zu mobilisieren ...

Als Hitler am 30. Januar 1933 zum deutschen Reichskanzler ernannt wurde, hatte Dollfuss sich bereits seit fast einem Jahr in Wien energisch eingerichtet und als die NSDAP Mitte März 1933 in Berlin erst das Ermächtigungsgesetz vorbereitete und darüber mit den Parteien der Mitte und der Rechten verhandelte, ließ Dollfuss die letzte Wiener Parlamentssitzung durch Polizeibeamte auflösen, die erklärten, daß es sich um eine „verbotene Versammlung" handle.

Da kein Nationalsozialist Abgeordneter war, traf dieser erste Schlag vom 15. März 1933 zunächst nur die sozialdemokratische Opposition. Sie konnte nun nicht mehr gegen die Gesetzesvorlagen der Regierung stimmen, die in Zukunft mit Hilfe eines kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes aus der Zeit der K. und K.-Monarchie fungierte.

Verfassungsparagraphen waren für Dollfuss keinerlei Hindernis: Am 19. Juni 1933 wurde die NSDAP verboten, im Februar 1934 folgte — nach einem erfolglosen Aufstandsversuch — das Verbot der sozialdemokratischen und aller anderen Parteien.

Nach dieser politischen „Aufräumungsarbeit" schloß Dollfuss unverzüglich einen Pakt mit Italien, dem auch Ungarn beitrat: die „Römischen Protokolle" vom 17. März 1934.

Am 25. Juli 1934 unternahmen dann auch die österreichischen Nationalsozialisten einen Putschversuch. Sie besetzten das Bundeskanz-

leramt; in der Verwirrung wurde Bundeskanzler Dollfuss niedergeschossen — er fand ein tragisches Ende.

Für die Hintergründe dieses Putsches ist der Hinweis eines damals führenden österreichischen Nationalsozialisten interessant: er hatte Ende Juni 1934 eine Rücksprache mit Hitler, der damals gerade von seiner ersten Zusammenkunft mit Mussolini aus Venedig zurückgekehrt war. Hitler lehnte es damals ab, sich zu den in der österreichischen NSDAP nach deren Verbot entstandenen verworrenen Führungsverhältnissen zu äußern: er habe mit Mussolini vereinbart, daß sie beide sich in die innerösterreichischen Verhältnisse nicht einmischen wollten und er sei entschlossen, sich an diese Vereinbarung zu halten. Wörtlich habe Hitler erklärt: „Seht zu, wie Ihr mit diesen Zuständen selbst fertig werdet". Der gleiche Gewährsmann erinnerte sich auch, daß Dollfuss von den Spannungen, die im Reich am 30. Juni 1934 zur Röhm-Krise führten, unterrichtet und sehr beunruhigt war, als sie so rasch überwunden wurde.

Dollfuss' Nachfolger Schuschnigg setzt den radikalen Kurs nicht nur fort, er verschärft ihn noch, läßt sofort mehrere Putschteilnehmer zum Tode verurteilen und durch den Strang hinrichten ... 34/115—117

Zwei Umstände sind für die Beurteilung der Wiener Geschehnisse von Bedeutung:

Erstens: zu den von dem Wiener Putsch völlig Überraschten gehörten auch Hitler und die deutsche Reichsregierung. Es war ein Beamter der Presseabteilung, der am 25. Juli 1934 mittags, als eine österreichische Rundfunkansage den angeblichen „Sieg" der Putschisten meldete, vorsichtigerweise in Bayreuth anrief, wo Hitler sich zu den Festspielen aufhielt. Die Übernahme der Nachricht wurde von dort aus sofort verhindert; nichts konnte für Hitler, der fünf Wochen vorher mit Mussolini ein „Stillhalten" in der Österreichfrage vereinbart hatte, unerfreulicher und international gefährlicher sein, als diese Wiener Überraschung.

Zweitens: Der Tod von Dollfuss war von den Putschisten nicht geplant gewesen. Die schwere Verwundung des österreichischen Bundeskanzlers erfolgte in der Aufregung und nach glaubwürdiger Angabe des Täters Planetta versehentlich. Im Gegensatz zur späteren Propagandadarstellung der Schuschnigg-Regierung haben sich die ins Wiener Bundeskanzleramt eingedrungenen Aufständischen auch unverzüglich um den Schwerverwundeten bemüht. Im Wissen um das Geschehene hat die Regierung ihnen freien Abzug versprochen, was sie nicht hinderte, anschließend trotzdem brutale Henkerjustiz üben zu lassen.

Das abenteuerliche Ereignis war von den Putschisten als eine „politische Aktion" geplant, dann allerdings so verzögert und verworren durchgeführt worden, daß der Mißerfolg von vornherein unausweichlich war. Der tragische Zwischenfall des Dollfuss-Todes wurde mit Maßnahmen beantwortet, die viel überlegter gezielt waren: Hitler sollte vor seinen Anhängern gedemütigt, ein tiefer Graben aufgerissen und eine gesamteuropäische Krise herbeigeführt werden. Der letzteren konnte Hitler durch blitzartiges Reagieren entgegenwirken, und der am 26. Juli 1934 in Rom amtlich verkündete Aufmarsch italienischer Truppen an der Brennergrenze blieb eine Demonstration, die später wieder vergessen wurde. Aber das tapfere Sterben der Planetta und Holzweber, die am 31. Juli 1934 drei Stunden nach einem eiligen Militärgerichts-Prozeß im Wiener Gefängnishof unter gellenden und schließlich röchelnden „Heil Hitler"-Rufen erwürgt wurden, hat damals nicht nur auf Hitler Eindruck gemacht.

38/74—76

Die österreichischen Nationalsozialisten schritten zu ihrer unglücklichen Aktion gegen Dollfuss in einem Augenblick, in dem sich der Bundeskanzler bereits zu einer Übergangslösung entschlossen hatte. Der Ingenieur Reinthaller befand sich „just am gleichen Tage mit einem Kompromißvorschlag Dollfuss'" auf dem Wege zu Hitler. „In dem Kompromiß war vorgeschlagen, die NS-Partei wieder zu legalisieren unter der Bedingung, daß sie temporär (also nicht prinzipiell) auf das Vortreiben des Anschlusses verzichten wolle, bis die europäische Lage für die Lösung der Frage günstiger geworden sei" (so berichtet Papen in seinen Erinnerungen). Hitler enthob sowohl den Landesleiter der NSDAP in Österreich, Theo Habicht, seines Postens, da seine Haltung zweideutig gewesen war, wie auch den deutschen Gesandten in Wien Dr. Rieth. Dieser hatte auf Aufforderung österreichischer Bundesminister sich ohne Rückfrage bei der deutschen Reichsregierung in Verhandlungen mit den Aufständischen eingelassen. Als Nachfolger wurde der bisherige deutsche Vizekanzler von Papen in Sondermission auf den Posten des deutschen Gesandten in Wien berufen mit unmittelbarer Unterstellung unter Hitler ...

Da sich vor allem Italien für die Österreich-Frage interessierte und gegen den Ausschlußgedanken Stellung nahm, was insbesondere bei der Konferenz von Stresa 1934 zum Ausdruck kam, wurde dieses Problem in jenen Jahren zu einer Schlüsselfrage europäischer Politik.

Als trotzdem infolge des Abessinien-Konfliktes ab 1935—36 eine Annäherung zwischen Berlin und Rom erfolgte, blieb die Österreich-Frage ein wunder Punkt der „Achse". 29/150f.

Antideutsche „Stresa"-Front

Die Sommerereignisse des Jahres 1934 und der damit verbundene fast völlige Bruch zwischen der deutschen und der österreichischen Regierung gaben Anlaß zu sehr weitreichenden internationalen Spekulationen: im September 1934 wurde Bundeskanzler Schuschnigg in Genf beim Völkerbund warm empfangen und überdies diesem Gremium durch die auf der gleichen Herbsttagung vollzogene Aufnahme der Sowjetunion neue Bedeutung gegeben: eine machtvolle Front gegen Deutschland, das ein knappes Jahr vorher Genf verlassen hatte. Schon damals wurde in Diplomatenkreisen die Idee einer „Garantie" Österreichs viel besprochen; man hat sie dann im Frühjahr 1939 wieder hervorgeholt und auf Polen angewandt. Im September 1934 war die italienische Delegation in Genf die besondere Befürworterin einer solchen internationalen Festlegung der Trennungslinie zwischen dem Reich und Österreich. Die „Garantie" kam nicht zustande; auf englischer und französischer Seite hielt man eine Deklaration zur „auswärtigen Lage Österreichs" für ausreichend: die Vertreter Frankreichs, England und Italiens namens ihrer Regierungen, bekannten sich am 27. September 1934 in Genf „mit voller Kraft" erneut zu der „Notwendigkeit, die Unabhängigkeit und Integrität Österreichs den bestehenden Verträgen gemäß zu erhalten."

Die in der österreichischen Frage erneuerte „Entente" Englands und Frankreichs mit Italien führte im April 1935 zu einer gemeinsamen Konferenz in Stresa und zu einer dramatischen Erklärung gegen Hitler, (der damals gerade die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland eingeführt hatte):

„Die drei Mächte, deren Politik die gemeinsame Aufrechterhaltung des Friedens im Rahmen des Völkerbundes zum Ziele hat, stellen ihre volle Übereinstimmung fest in dem Willen, sich mit allen geeigneten Mitteln jeder einseitigen Aufkündigung von Verträgen zu widersetzen, durch die der Friede in Europa gefährdet werden könnte. Sie werden zu diesem Zweck in enger und freundschaftlicher Zusammenarbeit handeln."

Zum Glück für Hitler zerbrach diese „Stresa-Front" noch im Herbst des gleichen Jahres am italienischen Abessinien-Abenteuer. Die britische Regierung fürchtete damals für die Suez-Route, die ihr wichtiger war als Mitteleuropa und der Völkerbund. Deshalb kam es zu den berüchtigten „Sanktionen" gegen Italien und in deren Gefolge zur deutsch-italienischen Annäherung.

Die Erinnerung, daß das Thema „Österreich" ein neuralgischer Punkt insbesondere für das Verhältnis in Berlin und Rom sei, blieb freilich in den folgenden Jahren frisch im Gedächtnis sowohl Hitlers wie aller seiner Gegner. 34/119f.

Joachim von Ribbentrop berichtet in seinen Erinnerungen:

Unser Ziel war es damals nach wie vor, zu einer möglichst baldigen Vereinbarung über die Rüstungsgleichberechtigung zu kommen ... In der französischen Hauptstadt verhandelte ich mit dem damaligen Außenminister Louis Barthou, der mit mir allerdings zunächst mehr über seine herrliche Büchersammlung und über Richard Wagner als über Politik sprach. Barthou, der köstliche Anekdoten aus seinem bewegten Leben erzählen konnte, war ein ausgesprochen geistreicher Mann, mit dem sich gut plaudern ließ. Aber er war ein unverbesserlicher Feind Deutschlands und wenn die Rede auf die Politik kam, konnten seine Bemerkungen — zwar immer liebenswürdig — von ätzender Schärfe sein. Die geistige Schule Poincarés und seiner Zeit war unverkennbar. Anscheinend hatte Barthou meine Unzufriedenheit über sein unablässiges Abweichen bemerkt, denn abends schickte er mir ein schönes Buch über das Liebesleben Richard Wagners mit der Widmung „en memoire d'une conversation, dans laquelle Richard Wagner a joué le rôle de rapprochement" (Zur Erinnerung an eine Unterhaltung, in der Richard Wagner die Rolle eines Vermittlers gespielt hat), typisch Barthou, hatte er doch geschickt mit Erzählungen über das Liebesleben berühmter Leute — ein Thema, über das er außerordentlich informiert war — die Klippe irgendeiner Festlegung auf Rüstungsgleichheit mit Deutschland umgangen!

Einige Zeit später sah ich Barthou wieder in dem schönen Chateau d'Orsay des alten Herrn Buneau-Varilla, des Besitzers des „Matin" bei einem Abendessen mit Damen — auch meine Frau war diesmal mit mir gekommen. Barthou sprühte von Geist und Aufgeräumtheit und es wurde ein äußerst interessanter und charmanter Abend. Als ich schon befürchtete, daß Barthou politische Gespräche, derentwegen ich gekommen war, wiederum vermeiden wolle, bat er mich in den Garten.

Hier hatten wir dann eine lange, diesmal sehr ernste Unterredung. Der französische Außenminister stand kurz vor seiner Reise nach Osteuropa, er wollte einen neuen Bündnisring um Deutschland schmieden. Ich habe ihn vergeblich beschworen, anstatt nach Warschau, Prag, Bukarest und Belgrad zu gehen, doch zuerst nach Berlin zu kommen. Man könne mit dem Deutschland Adolf Hitlers nicht erfolgreich verhandeln, wenn man die eine Hand zur Freundschaft ausstrecke, in der anderen aber den Revolver halte. Der französische Außenminister war nicht umzustimmen. Seine stets gleichbleibende

Antwort war: bevor er mit uns über Rüstungsfragen verhandeln könne, müsse er seine östlichen Bündnisse in Ordnung bringen...

Nach Barthous Rückkehr aus dem Osten, wo er die Militärbündnisse gegen Deutschland erneuert hatte, wurde er zusammen mit König Alexander von Jugoslawien in Marseille ermordet (9. 10. 1934). Mit Barthous Nachfolger, dem Außenminister Laval, habe ich noch einige Male verhandelt. Ich versuchte, die von Adolf Hitler inzwischen begonnene selbständige Aufrüstung, die auf dem diplomatischen Feld erhebliche Unruhe verursacht hatte, in einen vertraglichen Rahmen mit England und Frankreich zu bringen. Leider aber blieben diese Bemühungen während des Winters 1934/35 ergebnislos und wir mußten feststellen, daß es unendlich schwierig war, auf dem Verhandlungswege zu einer Revision der Versailler Rüstungsbestimmungen zu kommen. Diese ganze Entwicklung war für Adolf Hitler im März 1935 der Grund gewesen, die allgemeine Wehrpflicht und die Aufstellung der deutschen Wehrmacht zu verkünden. 4/57f., 60

Die Sowjetunion in Genf

Was Rußland betrifft, so ändert es seine Meinung über den Versailler Vertrag am 18. September 1934, als Litwinow in Genf den Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund stellte, welcher Antrag von Yvon Delbos und Barthou befürwortet wurde. Bis zu jenem 18. September 1934 hatte es den Versailler Vertrag als ein „Diktat aus Haß und Raubgier" bezeichnet und den Völkerbund als eine „Liga von Banditen". Diese Gedanken beherrschten Rußland, als es am 17. April 1922 mit Deutschland den Rapallo-Vertrag unterzeichnete (der später durch den ersten Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffspakt vom 24. April 1926 ergänzt wurde); es war der erste Versuch einer russischen Außenpolitik, die darauf abzielte, alle 1914—18 besiegten, durch das „Banditendiktat" unterdrückten Länder in einem Block zu sammeln. 32/75

Um den status quo von Versailles aufrechterhalten zu können, hatten Frankreich und die Tschechoslowakei . . . Militärbündnisse mit Rußland geschlossen und damit die Einkreisung Deutschlands begonnen. In der französischen Kammer stellte der Berichterstatter des Heeresausschusses am 23. November 1934 fest:

„Rußland verfügt zur Wahrung seiner Sicherheit über ein ansehnliches, gut ausgerüstetes und gut ausgebildetes Heer, das es Frankreich im Falle eines Konfliktes mit Deutschland anbietet."

Auch England sanktionierte die Hereinziehung Rußlands nach Europa und Sir John Simon, der britische Außenminister, erklärte im Juli 1934: „Wir sind bereit, Rußland wärmstens im Völkerbund willkommen zu heißen". Gegen die Aufnahme der bolschewistischen Großmacht in den Völkerbund wandte sich nur der Repräsentant der Schweiz, Bundesrat Motta, in einem leidenschaftlichen Protest:

„Heute unternimmt der Völkerbund etwas Gefährliches, wenn er Wasser und Feuer versöhnen will. Wenn Sowjetrußland plötzlich aufhört, den Völkerbund zu bekämpfen, während ihn Lenin als Räubergesellschaft definierte, so kann man sich das mit dem Wetterleuchten im Fernen Osten erklären. Aber vertrauen können wir der Sowjetunion deshalb noch nicht... Der Kommunismus bedeutet auf jedem Gebiet — auf dem der Religion, der Moral, der Gesellschaft, der Politik, der Wirtschaft — die gründlichste Verneinung aller Ideen, auf denen unser Wesen und unser Leben beruht"

Auch der Biograph des britischen Ministerpräsidenten Chamberlain, Keith Feiling, läßt keinen Zweifel daran, daß seit Frankreichs Zusammengehen mit der Sowjetunion der „riesige Schatten Rußlands" die gesamte europäische Politik verdunkelte. 29/24f.

● Hitlers Elsaß-Verzicht 1934 4/54; 27/168

„Status quo" im Saargebiet?

Daß die Krisen des Jahres 1934 rasch überwunden wurden, war außenpolitisch von großer Bedeutung. Wenige Monate später, im Januar 1935, war nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages die Abstimmung fällig, in der sich die Saarbevölkerung darüber aussprechen sollte, ob sie in Zukunft zu Deutschland oder zu Frankreich gehören oder einen selbständigen Staat bilden wolle — die Formel für die letztere Lösung lautete: „Status quo" (erg. „ante" — wörtlich: „Zustand wie bisher")...

Durch die innerdeutschen Ereignisse wurde das Ergebnis der bevorstehenden Saarabstimmung eine Zeitlang ernstlich in Frage gestellt. Die paar unbelehrbaren Verräter im Saargebiet, die sich im Laufe der fünfzehn Jahre von der französischen Politik hatten anwerben lassen, konnte man ignorieren, sie spielten für die Abstimmung keine Rolle.

Aber es gab nicht unbeträchtliche Teile der Saarbevölkerung, die durch die Vorgänge im Reich verwirrt waren — und noch weiter verwirrt wurden durch die propagandistische Tätigkeit einiger aus dem Reich in das Saargebiet emigrierter Politiker. 27/164f.

Hitler war nicht wegen der Saarfrage Reichskanzler geworden, und die Saarabstimmung von 1935 fiel auch nicht wegen Hitler so aus, wie es schließlich der Fall war.

Und doch war es nicht zu übersehen, daß das aus dem Versailler Vertrag noch offene Problem der Zugehörigkeit des Saargebietes zum Reich nun plötzlich eine neue Beleuchtung erfuhr.

Von den verschiedensten Seiten her sah die Saarangelegenheit nun auf einmal ganz anders aus:

Für die in Deutschland aufgelösten Parteien, insbesondere das Zentrum und die Sozialdemokraten, die im Saargebiet noch weiter bestanden, bedeutete ein Anschluß an Deutschland nun auch einen Verzicht auf die weitere politische Existenz.

Andererseits lag für die im Reich siegreiche NSDAP die Versuchung nahe, das Saarplebiszit unter nationalsozialistische Vorzeichen zu stellen, also dort ähnlich im „Alleingang" zur Macht zu kommen wie im Reich.

Und drittens, aber keineswegs letztens: die am Saarproblem interessierten Pariser Kreise sahen eine bisher ungeahnte Möglichkeit auftauchen, wenn schon nicht den unmittelbaren Anschluß des Gebietes an Frankreich, so doch wenigstens die fernere Trennung von Deutschland zu erzielen; im Versailler Statut war davon die Rede, daß die Saarbevölkerung sich auch für die Beibehaltung der Völkerbundsregierung entscheiden könne, eine Regelung, die man mit dem lateinischen Ausdruck „status quo" (Zustand wie bisher) zu bezeichnen pflegte . . . 11/120f.

- Innenpolitische Entwicklung im Saarland: Kommunisten und Sozialdemokraten für „status quo", Zentrum und Nationalsozialisten in der gemeinsamen „Deutschen Front" 11/121—131

Saarabstimmung mit Fragezeichen

Die im Saarland eingetretene innenpolitische Lage konnte Clemenceau auch in seinen phantasiereichsten Träumen nicht vorhergesehen haben und es wundert uns nicht, daß in diesem Winter 1933—34 die Pariser Saarinteressenten ihre Aufmerksamkeit ganz entschieden der kommenden Auseinandersetzung zuwandten und auch ihre finanziellen Dispositionen entsprechend ausrichteten; in kurzer Frist wurde dem Saargebiet eine ungeahnte Vielfalt von Presse-Organen beschert, die dem Abstimmungskampf unerwartete Würze und internationale Spannung verliehen . . .

Das Bild der Lage im Saarland des Abstimmungsjahres wäre unvollständig, würde nicht auch noch die seltsame Politik der Regierungskommission des Völkerbundes unter dem Engländer Knox in die Erinnerung zurückgerufen werden.

Überblickt man die ganze Welle der Verbote, der Beschlagnahmen, Hausdurchsuchungen, der leidenschaftlichen Berichterstattung an den Völkerbundsrat, die in den letzten zwölf Monaten vor der Abstimmung vom Hause der Regierungskommission ausgegangen ist, so zwingen sich auch dem nüchternen Beobachter manche Zweifel auf: Wollte Knox etwa durch die Verschiebung der Abstimmung den „status quo" gewissermaßen auf kaltem Wege erzwingen? Vielleicht werden die Historiker in späteren Jahrzehnten Genaueres wissen, wenn einmal die Archive geöffnet sind. Wir haben nur die erstaunliche Hartnäckigkeit zu registrieren, mit der Präsident Knox immer wieder versuchte, der „Deutschen Front" Putschabsichten zu unterschieben, die — wenn überhaupt jemand — sie am wenigsten zu hegen brauchte, denn trotz aller Gegenströmungen hatte doch offensichtlich sie die meisten Erfolgsaussichten.

Neben seiner Vorliebe für Voltaire muß Knox noch eine Leidenschaft für Kriminalromane gehabt haben, denn sein Umgang mit der „Deutschen Front" vollzog sich in solchem Stil. Sein Hauptaugenmerk richtete er auf den „Terror", auf die „Spionage", auf die „Attentatsvorbereitungen", die alle angeblich aus dem Bereich der „Deutschen Front" gegen das Saarland, die Regierungskommission und gegen ihn persönlich inszeniert wurden. Die Leitung der „Deutschen Front" war in all den Monaten häufig damit beschäftigt, Anordnungen gegen die unwahrscheinlichsten Möglichkeiten zu treffen, nur um den stetigen Behauptungen des Präsidenten Knox von einem „unmittelbar bevorstehenden Gewaltstreich" den Wind aus den Segeln zu nehmen. Schließlich wurde sogar die reichsdeutsche NSDAP durch einen Befehl des Saarkommissars Bürckel in Erstaunen gesetzt, der ein generelles Uniform-Verbot auch auf reichsdeutschem Boden in einer Zone von 40 Kilometern längs der Grenzen des Saargebietes aussprach — alles nur, um zu beweisen, daß keineswegs ein angesichts der Lage völlig sinnloser „Überfall" auf das Saargebiet vorbereitet werde!

Die Gefahr lag in diesem Fall wirklich nicht auf der deutschen, sondern auf der französischen Seite: in seiner Rede in Genf hatte der französische Außenminister Barthou am 27. September 1934 sehr beziehungsreich erklärt, Frankreich sei bereit, jederzeit Truppen in das Saargebiet einmarschieren zu lassen, wenn die Regierungskommission es für erforderlich halte. In der Tat sind damals auf französischer Seite Verstärkungen der Grenzgarnisonen vorgenommen

worden, um für diesen Fall Truppen an Ort und Stelle zu haben. Präsident Knox brauchte nur den Telefonhörer in die Hand zu nehmen — eine Stunde später konnten französische Panzerwagen durch Saarbrücken rollen!

Am 30. Oktober 1934 setzte der französische Botschafter in London den britischen Außenminister offiziell von den technischen Vorbereitungen in Kenntnis, die die französische Regierung getroffen habe, um den Präsidenten Knox „in eine solche Lage zu versetzen, daß er die erforderlichen Streitkräfte zur Verfügung habe, um jede aufrührerische Betätigung der nationalsozialistischen Organisation im Saargebiet im Augenblick der Volksabstimmung zu verhindern" ...

Die Saarfrage war ein internationales Problem ersten Ranges geworden: wenn die französischen Truppen in jenen Monaten unter irgend einem Vorwand, den zu liefern der Präsident Knox offenbar bereit gewesen ist, in das Saargebiet einmarschiert wären, die „Deutsche Front" verboten, die Abstimmung verhindert hätten — es genügt die Andeutung dieser Möglichkeiten, um zu erkennen, daß auch an der Saar der Zweite Weltkrieg sich hätte entzünden können!

Man war in Paris zu deutlich geworden: Knox' düstere Berichte über die angebliche Gefährdung des Saargebietes von deutscher Seite führten schließlich doch nicht zum Einmarsch der bereitgestellten französischen Verbände, sondern zur Aufstellung und Entsendung einer internationalen Polizeitruppe, die von England, Schweden, Holland und Italien gestellt wurde. Zwar mißbilligte die „Deutsche Front" diese Maßnahme als unnötig und ungerechtfertigt, sie sollte sich aber dennoch für später als richtig und nützlich erweisen: als ein wichtiger Umstand, der die völlige Unabhängigkeit der Stimmabgabe am 13. Januar 1935 vor aller Welt bewies. 11/132f.

Das Plebiszit

Wohl kaum jemals in der bisherigen Geschichte demokratischer Verfahrensweisen hat es einen Abstimmungsvorgang gegeben, der so sorgfältig vorbereitet und so peinlich durchgeführt wurde, wie das Saarplebiszit vom 13. Januar 1935.

Schon ab 10. Januar durften im ganzen Saargebiet nach einer Verfügung der Regierungskommission keinerlei Versammlungen — nicht einmal zu geselligen Zwecken — abgehalten werden; es durften keine Fahnen gezeigt werden, vor und in den Abstimmungslokalen war jegliche Beeinflussung der Stimmabgabe verboten.

Die „Deutsche Front" ließ überall Warnplakate aufstellen, die die Wähler vor Meinungsäußerungen zurückhielt: „Tue schweigend Deine Pflicht" hieß es da, und „Schweigend kommen! Schweigend

stimmen! Schweigend gehen!" Und derber: „Nicht grüßen! Maul halten!"

Diese energischen Warnungen hatten eine Vorgeschichte, die sogar die Runde durch die Weltpresse machte: Am 7. und 8. Januar konnten nach den festgelegten Bestimmungen bereits Eisenbahner, Straßenbahner und auch hochbetagte Kranke in den Hospitälern ihr Votum abgeben. Bei einem solchen Wahlvorgang äußerte sich die 88jährige Frau Schamper nach ihrer Stimmabgabe: „Ich bin deutsch geboren und ich will auch deutsch sterben!" Wegen dieser Worte wurde ihre Stimme für ungültig erklärt, da sie, was untersagt war, hierdurch zu erkennen gegeben habe, wofür sie eingetreten sei.

Nicht weniger strikt wurde die Prüfung der Stimmzettel überwacht: es gab keine Einzelauszählung, sondern sämtliche Wahlurnen wurden sofort nach dem Abschluß des Wahlaktes in nächtlichen, durch die internationale Truppe gesicherten Transporten nach Saarbrücken gebracht.

Von 526 857 Stimmen lauteten 478 121, das waren 90,8 Prozent auf „Vereinigung mit Deutschland".

Für „Vereinigung mit Frankreich" stimmten 2124 (0,4 Prozent) Abstimmungsberechtigte, für die von Sozialdemokraten, Kommunisten und dem „Volksbund für Christlich-Soziale Gemeinschaft" des Johannes Hoffmann ausgegebene „status-quo"-Parole insgesamt 46 612 (8,8 Prozent) ...

Hinsichtlich all der Behauptungen und Meinungen, die im Laufe von zweieinhalb Jahrhunderten über das Saargebiet in der Welt verbreitet worden sind, war die Entscheidung des 13. Januar 1935 von klassischer Klarheit.

Man hätte meinen sollen, daß es nun für niemand und niemals mehr eine Saar f r a g e geben könnte. 11/134—136

- Stellungnahme der katholischen Geistlichkeit im Abstimmungskampf 11/129—131; 27/165—167
- Saarabstimmung 1935: Vorbildhafte Bedeutung, befriedende Wirkung 40/193

Die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht

Während die Siegermächte des Ersten Weltkrieges nach 1918 niemals tatsächlich abgerüstet, sondern ihre Heere bestenfalls auf den Friedensstand reduziert hatten, mußte sich Deutschland nach dem Versailler Vertrag auf ein Heer von 100 000 Mann beschränken. Militärischer Flugzeugbau war Deutschland völlig verboten, im Kriegs-

schiffbau bestanden sehr einengende Bestimmungen. In den Jahren 1933—35 versuchte Hitler vergebens, die Siegermächte zu dem Zugeständnis eines 200 000-Mann- bzw. 300 000-Mann-Heeres zu bewegen; alle diese Kompromißvorschläge wurden abgelehnt. 29/74

Paul Rassinier urteilt:

Am 6. Februar 1934 ist in Frankreich die Regierung Doumergue an die Macht gekommen. Barthou ist ihr Außenminister. Seine erste Maßnahme ist, daß er die Politik von Locarno über den Haufen wirft und sie durch die der Einkreisung Deutschlands ersetzt, indem er eine Annäherung an Sowjet-Rußland betreibt, dessen Aufnahme in den Völkerbund er am 18. September erreicht. März 1935 laufen die Gespräche, die am 2. Mai zum Abschluß des französisch-sowjetischen Paktes führen, auf vollen Touren. Stalin erklärt, daß Frankreich „das Recht hat, seine Rüstung seinem Bedürfnis nach Sicherheit anzupassen". Dann wird die Militärdienstzeit in Frankreich verlängert usw. usw. Auf diese Verletzung der Verträge von Versailles und Locarno hin kündigt Hitler offiziell alle Militärklauseln des Versailler Vertrages, beschließt die Schaffung einer Luftflotte und führt die Militärdienstpflicht wieder ein.

Wenn die Sicherheit Frankreichs einen Schutz braucht, das von nun an eingekreiste Deutschland benötigt ihn auch. 32/80

Professor Dr. Friedrich Grimm erzählt, wie er Anfang März 1935 von Hitler empfangen wurde, als dieser sich auf seine Reichstagsrede zur Begründung der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht vorbereitete:

Ich sah bei diesem Empfang in der Reichskanzlei, wie Hitler seine Rede ausarbeitete. Er vernachlässigte die Entwürfe keineswegs, die ihm von den Ministern dafür zugingen, versuchte aber, sich noch zusätzlich zu unterrichten und gab dann dem Text immer selbst die eigene persönliche Fassung, die ja für alle seine Reden charakteristisch war. Er erklärte mir diese Arbeitsweise und fügte hinzu, daß er gerne meine Ansicht über die Rechtslage hören möchte: „Wie würden Sie, wenn Sie an meiner Stelle wären, die Rechtsfrage darstellen?" Die Antwort war nicht schwierig zu geben: „So einfach, wie möglich; denn sie ist einfach und klar. Wir sind im Recht. Nach dem Versailler Vertrag ist die Abrüstungsverpflichtung eine gegenseitige Rechtsverpflichtung. Wir haben vorgeleistet. Wir haben abgerüstet. Das haben die Gegner offiziell anerkannt.Aber sie sind mit ihrer Abrüstung nicht gefolgt. Sie sind in Schuldnerverzug. Damit hat Deutschland die Handlungsfreiheit wiedererlangt. Das Erstaunliche ist, daß die Reichsregierung so langmütig war und über fünfzehn

Jahre diesen Zustand ertrug." Ich machte den Führer auf die einzelnen Bestimmungen des Versailler Vertrages, besonders auf die Präambel zu den Abrüstungsbestimmungen aufmerksam und schloß meinen Vortrag damit, daß ich auf die zahlreichen Zitate verwies, in denen von gegnerischer Seite selbst unser Standpunkt unterstrichen wurde. Es gab dazu sehr bemerkenswerte Äußerungen von Lord Cecil, dem englischen Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz, von Paul Boncour, von Briand, von dem Belgier Vandervelde und anderen. Hitler forderte: „Sie müssen mir das alles schriftlich geben, binnen 24 Stunden, aber nicht mehr als sechs Seiten!" Ich erwiderte: „Gern, sechs Seiten Text und die Anlagen!" Hitler lachte: „Es ist gut!"

27/169f.

Aus „Zwischen London und Moskau" von Joachim von Ribbentrop:

Unmittelbare Veranlassung war die am 6. März 1935 verkündete Wiedereinführung der zweijährigen Militärdienstzeit in Frankreich. Damit hatte die französische Regierung den Abrüstungsgedanken fallen gelassen.

Es besteht für mich kein Zweifel, daß der Schock, der durch diese einseitige Verkündung Adolf Hitlers der Welt versetzt wurde, vermeidbar gewesen wäre, wenn damals eine unmittelbare Verbindung Adolf Hitlers mit den französischen Staatsmännern hätte hergestellt werden können. Der Hauptwiderstand gegen jede deutsche Aufrüstung ging damals zweifellos von Frankreich aus.

Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht hatte zur Folge, daß Sir John Simon und Mr. Eden zu einem Besuch des Führers nach Berlin kamen. Der Besuch verlief in durchaus harmonischer Atmosphäre, wie aus den Gesprächen, zu denen ich zugezogen wurde, hervorging. Adolf Hitler erläuterte den britischen Staatsmännern die Notwendigkeit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Er habe diesen Schritt unternommen, um endlich klare Verhältnisse zu schaffen. Nach wie vor erklärte er seine Bereitschaft, mit fremden Staaten Abmachungen über eine Einschränkung der Flotten- und Luftrüstung zu treffen. Außerdem betonte er seinen aufrichtigen Wunsch, zu einem großzügigen Arrangement mit Großbritannien zu gelangen. Es wurde verabredet, daß man auf diplomatischem Wege über die Frage einer Verständigung auf dem Flottengebiet in Verbindung bleiben wolle. Im Laufe der nächsten Wochen haben dann verschiedene Fühlungnahmen stattgefunden und Ende Mai 1935 kam die Einladung, einen Bevollmächtigten zu Verhandlungen in der Flottenfrage nach London zu entsenden.

Der Führer wünschte, daß ich diese Verhandlungen führe und ernannte mich am 31. 5. 1935 zum Botschafter z. b. V.

4/61

Das bisherige britische Desinteressement an Polen wurde bereits im Frühjahr 1935 revidiert. Damals unterließ es der britische Minister Eden nicht, auch Polen in sein Programm aufzunehmen, als er eine europäische „Erkundungsreise" unternahm; Eden war zuerst in Berlin und Moskau gewesen und gab nun in Warschau seine Urteile ab.

Obwohl in diesem April 1935 Deutschland mit seiner Aufrüstung noch kaum begonnen hatte, das Rheinland noch entmilitarisiert und jeder einzelne Nachbar dem Reich militärisch weit überlegen war, machte Eden bereits Hitler, wenn er so „weiter rüste", für den zukünftigen Krieg verantwortlich... Die Sowjetunion dagegen habe ihm — so versicherte Eden dem polnischen Außenminister — den Eindruck eines „sehr schwachen Organismus" erweckt, von dem „zumindest für die nächsten fünfzig Jahre kein Angriff zu befürchten sei".

Auch Marschall Pilsudski empfing den englischen Minister im Beisein von Beck und Vizeaußenminister Szembek; dieser berichtet darüber:

„in erster Linie wollte er (Pilsudski) Eden klarmachen, daß man sich über Rußland kein Urteil erlauben könne, ohne es von Grund auf und in seinem innersten Wesen zu kennen. Andererseits zeigte er eine gewisse Überraschung darüber, daß Großbritannien, das so ausgedehnte und weitzerstreute Interessen auf der ganzen Erde habe, sich auch direkt in Angelegenheiten mische, die einzig und allein Osteuropa betreffen. Die Skepsis des Marschalls gegenüber der aktiven Rolle Englands in diesem Teil Europas hat auf seiten Edens eine Reaktion ausgelöst, die ihn zu folgender in nachlässigem Ton gestellten Frage veranlaßte: ‚Glauben Sie, monsieur le maréchal, wir müßten auf unserer kleinen Insel bleiben?'" (so berichtet Szembek in seinem „Journal 1933—1939").

Auf Edens Angebot, die Sicherheit Osteuropas garantieren zu wollen, erklärte Pilsudski dem englischen Besucher mit aller Deutlichkeit: „Auf keinen Fall will ich Ihnen dabei helfen". Seine eigene damalige Stellungnahme gegenüber Eden beschreibt Szembek präzise:

„Jedenfalls stimmen wir den Versicherungen Edens nicht zu, der vorgibt, Sowjetrußland werde mindestens in den nächsten 50 Jahren ganz von seinen inneren Schwierigkeiten absorbiert sein, und daß dadurch von seiner Seite für lange Zeit kein Angriff zu befürchten wäre. Wir stimmen mit Eden ebensowenig überein in seiner Beurteilung des sowjetischen Heeres. Entgegen seiner Auffassung stellten wir, nach einer sehr eingehenden Untersuchung fest, daß diese Armee sehr stark ist und potentiell eine große Macht verkörpert"...

Auch der wenige Jahre später so gewichtige amerikanische Botschafter in Paris, William C. Bullitt, meldete sich schon frühzeitig zu Wort und führte am 14. Mai 1935 mit Szembek ein energisches Gespräch:

„Die politische Situation ist seiner Ansicht nach augenblicklich schlecht und muß deshalb in einem Krieg enden. Die politische Konstellation in Europa erinnert an jene von 1914. Heute wie damals besteht eine französisch-russische Allianz und die Gewißheit, daß England Frankreich in jedem Falle folgen wird. Was Italien anbetrifft, wird es England folgen, da es vollständig von diesem abhängt."

Im Gegensatz zu Eden hielt Bullitt aber Sowjetrußland damals schon für „sehr stark" und betonte dessen „große Entwicklungsmöglichkeiten", da man nicht vergessen dürfe,

„daß die russische Bevölkerung sich in jedem Jahr um 4 Millionen vermehrt, und das bedeutet, daß sie in zwanzig Jahren die imponierende Zahl von 250 Millionen erreicht haben wird ..." 29/241—243

Pilsudskis Tod

Anfang Mai 1935 näherte sich Marschall Pilsudskis Leben dem Ende. Er wußte, wie gefährdet die deutsch-polnische Verständigung war. Seine letzte Direktive soll gelautet haben:

„Ich sterbe, und nach meinem Tode wird es von allen Seiten einen ungeheuren Druck gegen Euch geben, um unseren Nichtangriffspakt mit Deutschland zu vernichten. Sie werden weder vor Verächtlichmachung noch selbst vor Anschlägen auf Euer Leben zurückschrecken. Ihr müßt Euch solchem Druck unbedingt widersetzen . . . Bemüht Euch um jeden Preis, den Pakt mit Deutschland so lange wie möglich zu erhalten. Vertieft aber gleichzeitig stetig unsere Beziehungen mit dem Westen, nicht nur mit Frankreich, sondern auch mit England."

Pilsudski wollte sich im Westen vor allem deshalb rückversichern, weil seine Hauptsorge der Gefahr aus dem Osten galt — und vor allem dem französischen Bündnis mit Rußland. Gerade in den Tagen vor Pilsudskis Tod war Laval nach Moskau gefahren, um den Ostpakt zu festigen.

Eine der letzten Fragen Pilsudskis an Beck war: „Habt Ihr dieses Schaf Laval gefragt, warum er nach Moskau gefahren ist? Habt Ihr ihm gesagt, daß das nicht gut enden wird?"

Beck antwortete: „Ja, sicherlich, mein Kommandant. Ich habe es ihm gesagt und mich klar und formell von dieser ungesunden Allianz

distanziert. Wir werden es in einem offiziellen Kommuniqué bekanntgeben."

Pilsudski: „Und nun, mein Sohn, wäre es am besten, eine Zeitlang die Arme zu kreuzen und zu sehen, was sie alle machen werden."

Beck: „Ich werde sicher alle wesentlichen Instruktionen ausführen."

Darauf sagte der Marschall: „Ich danke Euch, dann ist alles in Ordnung."

Am 12. Mai 1935 starb Pilsudski; Lipski berichtete aus Berlin, „daß der Tod des Marschalls Hitler ernstlich beunruhigt, aber auch tief bewegt habe". In Polen wurde der Tod Pilsudskis als ein großes Unglück empfunden und man sprach von der „kaiserlosen Zeit", die der spätere Ministerpräsident Slawoj mit den Worten beschreibt:

„Es entstand eine Verwirrung, als der Marschall fehlte, wie auf dem Meere ein gefährlicher Strudel entsteht, wenn ein gewaltiges Schiff versinkt."

29/246f.

- Veränderte Einstellung der polnischen Führung nach Pilsudskis Tod 29/248—255
- Französisch-sowjetischer Pakt 2. 5. 1935 29/23
- Sowjetisch-tschechischer Pakt 16. 5. 1935 29/23, 108
- Außenpolitische Auswirkungen des französisch-sowjetischen Paktes 29/25—27

Englische und deutsche Rüstungspolitik

Schon Deutschlands Nichtangriffspakt mit Polen im Jahre 1934 erschien dem damaligen britischen Schatzkanzler und späteren Premierminister Chamberlain als eine Bedrohung der britischen Inseln, und er bezeichnete bereits in dieser Zeit Deutschland als den Feind, den man aufmerksam beobachten müsse. Am 1. Juli 1934 schrieb er in sein Tagebuch:

„Bei mangelnder Sicherheit würden andere Völker nicht auf ihre Flugzeuge und Bomben verzichten, und wir werden Deutschland mit größter Wahrscheinlichkeit von einem verrückten Umsichbeißen (maddogging) abschrecken, wenn wir eine Luftwaffe haben, die notfalls das Ruhrgebiet von Belgien aus bombardieren kann."

Sowohl die in dieser Bemerkung ausgedrückte Absicht, das neutrale Belgien zu überfliegen, wie das Bekenntnis zur aggressiven Luftstrategie zeigen einen anderen Chamberlain als den „guten, alten Mann mit dem Regenschirm".

Die für England „lebenswichtigste" Frage war nach Chamberlains Überzeugung die Schaffung einer starken Luftkampfflotte, auf die „er sich seit 1934 versteift hatte" und bei der „der Zeitfaktor den Unterschied zwischen Leben und Tod ausmachen konnte".

Lange bestanden bereits britische Pläne, „Seite an Seite mit der französischen Luftwaffe zu kämpfen und von französischen Flughäfen aus einen deutschen Angriff abzuwehren". Die englisch-französischen Generalstabsbesprechungen begannen offiziell im Jahre 1936, während ein deutscher Generalstabsplan zum Angriff im Westen noch nicht einmal bei Kriegsausbruch vorgelegen hat und erst nach dem Polenfeldzug sowie nach der britischen Ablehnung des deutschen Friedensangebots vom 9. Oktober 1939 durch Hitler angeordnet wurde ...

Chamberlain entwickelte die englische Aufrüstung nach einem wohldurchdachten Programm; es sah vor:

„den Wiederaufbau der Kampfflotte, eine Vergrößerung der Kreuzer-Flotte bis zu 70, Verbesserung der Zerstörerstärke, eine Verstärkung der einsatzbereiten Home Air Force von 1500 im Jahre 1935 auf 1750, zusätzlich der bewaffneten Luftflotte. Modernisierung der Armee und Rekrutierung von vier neuen Bataillonen. Der Schiffsbau schloß 7 Kriegsschiffe, 5 Flugzeugträger, 24 Kreuzer und 40 Zerstörer ein.

Das Luftprogramm von 1935 war schon seit einiger Zeit überschritten worden ... Im Mai bemühte man sich, die einsatzbereiten Kräfte für die Heimat auf 2370 zu erhöhen, während man die Jahresproduktion aller Flugzeugtypen ungefähr verdoppelt. Die Territorialkräfte rekrutierten 1937 45 000 Mann und im Jahre 1938 77 000 Mann" (so berichtet Chamberlains Biograph Keith Feiling).

Das Chamberlainsche Luftwaffenprogramm verlangte den Aufbau einer „defensiven wie auch offensiven" Luftwaffe ...

Rückblickend schrieb Chamberlain an seine Schwestern:

„Aber erst 1935 wußten wir, was wir tun wollten. Wenn ich mich richtig erinnere, begannen wir dann mit dem Programm. Wir sagten jedoch der Öffentlichkeit nichts außer einigen allgemeinen Redensarten bis nach der Wahl."

Diese Wahl wäre nach Ansicht des damaligen Premierministers Baldwin von den Konservativen verloren worden, wenn man dem englischen Volk das Rüstungsprogramm bekanntgegeben hätte. Die Wahl wurde deshalb für die „Verteidigung" statt für die „Wiederaufrüstung" geführt.

In den Jahren 1935/37 wurde die britische Regierung von der Labour-Opposition „als Kriegshetzer scharf kritisiert", das „Rennen um die Rüstung gebrandmarkt" und immer wieder gegen das „White Paper" (Rüstungsbudget) von 1936 gestimmt ...

Am 31. Mai 1937 bestätigte Churchill auf dem Parteikongreß der Konservativen:

„Als die frühere Regierung endlich von der Notwendigkeit einer beschleunigten Aufrüstung überzeugt war, war niemand aktiver als Mr. Chamberlain."

29/69—71

Am 15. März 1935 wurde in Deutschland das Gesetz für den Aufbau der Wehrmacht verkündet. Damit wurde die stärkste Versailler Fessel zerrissen.

Die Reichswehr hatte nur über 3797 Offiziere, 1407 Beamte und 94 796 Unteroffiziere und Mannschaften verfügen dürfen; sie war in sieben Infanterie- und drei Kavalleriedivisionen gegliedert, deren Bewaffnung veraltet und durch den Versailler Vertrag genau vorgeschrieben war.

Die neue deutsche Wehrmacht wurde in drei Wehrmachtteile — Heer, Luftwaffe, Marine — gegliedert. Das „Wunder der deutschen Aufrüstung" begann; diese war zwar durch vorbereitende Maßnahmen bereits eingeleitet worden, aber nun, da sie mit voller Kraft einsetzte, stieß sie sich an allen Ecken an der beschränkten Industriekapazität...

Das Aufrüstungsprogramm der Luftwaffe war auf das Jahr 1942 abgestellt, bis zu diesem Zeitpunkt sollten 1000 Bomber, 1000 Stukas, Aufklärer und Zerstörer und 1000 Jagdmaschinen verfügbar sein, dazu eine nicht geringe Anzahl von Schul- und Transportmaschinen. Das Heer sollte erst 1944 seinen Rüstungshöchststand erreichen.

5/20f.

Der deutsch-englische Flottenvertrag

Paul Rassinier urteilt:

England, das Frankreich immer wieder — und zwar mit gutem Recht, das steht unzweifelhaft fest — die Verantwortung für das sich ständig verstärkende Wettrüsten zuschob, war selbst auch nicht konsequent gewesen. Denn im Juni 1935 schloß es mit Deutschland einen Flottenvertrag, der dessen Seekriegstonnage im Vergleich zu der in Versailles vorgesehenen nicht unbeträchtlich vergrößerte, und zwar sowohl über, wie unter Wasser. Trotzdem erhob England in Nürnberg Klage gegen Deutschland, den Versailler Vertrag gebrochen zu haben.

32/80

Joachim von Ribbentrop berichtet:

Anfang Juni 1935 fuhr ich nach London, um mit der britischen Regierung eine Vereinbarung über die Flottenrüstung zustande zu bringen. Bei den Verhandlungen, zu denen ich nur einen kleinen Kreis von Mitarbeitern mitgenommen hatte, wurde ich von Admiral Schuster und unserem Marineattaché in London, Kapitän z. S. Waßner und einigen anderen Herren geschickt unterstützt.

Die Eröffnungssitzung am 4. 6. 1935 leitete Sir John Simon. Nach den bisherigen Erfahrungen bei Verhandlungen mit den Briten schien es mir richtig, gleich von Anfang an die vom Führer gewünschte Relation von 100 : 35 für die englisch-deutsche Flottenstärke als eine „conditio sine qua non" aufzustellen. Ferner hielt ich es für notwendig, daß wir zu einem sofort gültigen festen Vertrag mit England kämen. Geschah dies nicht, so sah ich ernsteste Schwierigkeiten voraus. Selbst wenn England die deutschen Wünsche zu akzeptieren bereit war, mußte es bei einer etwaigen vorherigen Rückfrage in Paris — angesichts des damaligen Bündnisverhältnisses mit Frankreich — auf entschiedenen Widerspruch stoßen. Ich habe deshalb unsere Forderungen gleich eingangs der Verhandlungen aufgestellt.

Sir John Simon erwiderte, daß eine solche Forderung wohl erst am Ende der Verhandlungen als Ergebnis vielleicht zugestanden werden könne, daß es aber kaum möglich sei, ein derartiges Verlangen gleich zu Beginn als Verhandlungsgrundlage anzunehmen.

Die weiteren Besprechungen fanden in dem berühmten Raum der Admiralität mit der historischen Winduhr statt. Diese Uhr wurde zu Nelsons Zeit angebracht, um dem kommandierenden Admiral die Windrichtung anzuzeigen, damit er jeden Augenblick wissen konnte, ob die französische Flotte aus dem Hafen von Boulogne auslaufen könne oder nicht.

Nach einigen Schwierigkeiten wurden meine Forderungen von englischer Seite angenommen. Die Verhandlungen, die vor allem von dem damaligen Unterstaatssekretär in Foreign Office und späteren Botschafter in Tokio Sir Robert Craigie und dem britischen Admiral Liddle geführt wurden, endeten mit dem Abschluß des bekannten deutsch-britischen Flottenabkommens vom 18. Juni 1935.

Einen Tag vor Abschluß des Vertrages gab es noch einen ernsten Aufschub, als das Foreign Office überraschend einen Vertragsentwurf schickte, der zwar die Relation 100 : 35 grundsätzlich festlegte, die Gültigkeit des Vertrages aber von der Zustimmung aller Versailler Mächte abhängig machen wollte und noch einige weitere retardierende Bestimmungen enthielt. Das war gegen unsere Verabredung. Ich hatte mit Sir Robert Craigie im Carlton-Hotel eine

ernste Auseinandersetzung, bei der ich ihm sagte, daß ich es sehr bedauern würde, in der Erkenntnis nach Hause fahren zu müssen, man habe mir gegenüber nicht Wort gehalten.

Der Entwurf wurde dann entsprechend geändert, wobei — wie überhaupt bei den Flottenverhandlungen — der Erste Lord der Admiralität, der spätere Lord Monsell, eine sachlich großzügige Einstellung im Interesse seines Landes bewies.

Unterschrieben wurde das Abkommen von Außenminister Sir Samuel Hoare und mir. In meiner Schlußansprache brachte ich mit aller Wärme zum Ausdruck, daß der Führer durch die freiwillige Begrenzung der deutschen Stärke jede Flottenrivalität zwischen den beiden Ländern ein für allemal beseitigen und damit das Fundament für eine dauerhafte deutsch-englische Freundschaft schaffen wolle. Nach mir sprach Sir Samuel Hoare, allerdings in wesentlich kühlerer Form, was mir auffiel. Für mich aber war die Hauptsache, daß mit dem Vertrag die Grundlage für die von uns erstrebte englisch-deutsche Zusammenarbeit gelegt schien und eine Ursache, die zum Ersten Weltkrieg geführt hatte, ausgeschaltet war.

Ich war von diesem Ergebnis meiner Londoner Mission sehr befriedigt, Adolf Hitler, dem ich die Unterzeichnung telefonisch meldete, war es nicht minder — er nannte diesen Tag den glücklichsten seines Lebens. Daß damit auch die Rüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages und zwar mit Englands Zustimmung offiziell aufgehoben wurden, war bedeutsam, aber die deutsch-englische Verständigung auf dem Flottengebiet schien mir unendlich wichtiger.

4/61—63

Die Wilhelmstraßen-Opposition und das Flottenabkommen

Die Oppositionellen in der Wilhelmstraße waren weder mit dem Abschluß des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes 1934 einverstanden*, noch begrüßten sie das deutsch-englische Flottenabkommen von 1935. Über den „Scheinerfolg", wie dieser Vertragsabschluß vom Staatssekretär von Bülow genannt wurde, schreibt Erich Kordt:

„Am Abschluß des Flottenvertrages hatte ich teilgenommen. Sachlich entsprach das Abkommen wohl einer Tendenz des Ausgleichs und der Verständigung, die, wenn sie vom kaiserlichen Deutschland verfolgt worden wäre, vielleicht einen Weltkrieg verhindert hätte. Aber waren diese Erwägungen nicht vollkommen wertlos, weil das an sich lobenswerte Resultat eben einem Manne wie Hitler zugute kam?"

*Vergl. Seite 34f.

Diese und ähnliche Überlegungen haben offensichtlich bei Kordt und seinen Freunden schließlich dazu geführt, jedem möglichen Erfolg der Reichsregierung entgegenzuarbeiten, nur weil er „eben einem Manne wie Hitler zugute kam". So war Kordt z. B. durchaus der Auffassung, daß Deutschland die Rüstungsgleichheit zustand, da die Westmächte ihre Abrüstungsverpflichtungen nicht erfüllt hatten. Als Deutschland 1933 wegen der wiederum verweigerten Gleichberechtigung aus dem Völkerbund austrat, warnte er einen englischen Freund vor der deutschen Regierung, daß diese niemals nachgeben werde, „wenn man in Berlin das Gefühl bekommt, sich unbedenklich nehmen zu können, was gefällt". Mit einem Angehörigen der französischen Presseagentur Havas besprach Kordt regelmäßig politische Fragen und beide waren sich schon 1935 einig, daß „nur ein Regimewechsel in Deutschland den Frieden auf die Dauer sichern könne". Um dieses Ziel zu erreichen, gab Kordt „alles Wichtige" an seine Freunde, in die er „Vertrauen setzen konnte", weiter und hielt auch damals schon stetig Fühlung mit dem Admiral Canaris, dem Leiter der deutschen Abwehr seit 1935. 29/79

Vansittart

Joachim von Ribbentrop berichtet:

Auch den damaligen Permanent Secretary im englischen Außenministerium Sir Robert Vansittart besuchte ich nach Abschluß des Vertrages. Ich konnte aber nicht feststellen, was seine eigentliche Meinung war. Er äußerte sich zwar in allgemeinen Wendungen positiv über das Abkommen, aber er war außerordentlich nervös und ich hatte den Eindruck, daß der Gang der Dinge nicht nach seinem Geschmack war. Ich kannte Vansittart nur oberflächlich, hatte ihn in früheren Jahren ein- oder zweimal besucht, wobei ich immer eine starke Reserve bei ihm festgestellt hatte. Ich konnte mich dem Eindruck nicht entziehen, daß ihm an einem besseren deutsch-englischen Verhältnis sehr viel weniger gelegen war als mir. Ich frage mich, ob seine stark frankophile Einstellung der Grund dazu war. Vansittart schrieb französische Gedichte und Theaterstücke. Aber das wäre doch kein Grund für seine negative Haltung gewesen, denn frankophil war ich ja auch.

Entscheidend war es, daß Vansittart von Anfang an die These im Foreign Office vertrat, die seinerzeit von Sir Eyre Crowe* — dem Engländer mit der deutschen Mutter — aufgestellt worden war: „Eng-

*Vergl. dazu DIE DEUTSCHE FRAGE — Von den Anfängen bis 1933, Seite 89—91.

land darf niemals mit Deutschland paktieren." Sir Robert hat diesen Kurs bis zur Vernichtung Deutschlands, seinem großen Triumph des Augenblicks, durchgehalten. Alle Versuche von mir und anderen, ihn umzustimmen, schlugen fehl. Er war in diesen Jahren zweifellos in England der große Gegenspieler gegen alle Bestrebungen der deutschen Politik. In der ganzen Welt ist der „Vansittartismus" zum Symbol des Deutschenhasses geworden. Wird aber die Politik Vansittarts vor der Geschichte Bestand haben?

Das Mißbehagen, das Vansittart über die Unterzeichnung des Flottenvertrages empfand, zeigte er deutlich. Schon die Tatsache, daß Mr. Craigie mich nach der Unterzeichnung beiseite nahm und mich bat, doch Sir Robert n i c h t aufzusuchen, hatte für sich selbst gesprochen. Von befreundeter Seite wurde ich darüber informiert, daß Vansittart gegen die sofortige Gültigkeit des Flottenvertrages Einspruch erhoben hatte und daß die Schwierigkeiten am Tage vor der Unterzeichnung von ihm persönlich stammten. Mag das nun zutreffen oder nicht, der sonst so selbstsichere Vansittart zeigte jedenfalls bei meinem Besuch eine ausgesprochene Beklommenheit und mir gegenüber besondere Höflichkeit, die auch dadurch zum Ausdruck kam, daß er mich — wohl ein höchst seltenes Vorkommnis — persönlich die Treppe des Foreign Office hinunterbegleitete und an mein Auto in der Downing-Street brachte. Ich nahm mir damals vor, alles zu tun, um mit diesem wichtigen Mann einem freundlichen Kontakt herzustellen. Das ist mir leider auch später nicht gelungen.

Es waren schon zu jener Zeit in England Kräfte am Werk, die jeden deutschen Vorschlag von vorneherein ablehnten, wenn er auch noch so vernünftig war, wie der Flottenvertrag. Im Gegensatz zur Tirpitz-Zeit garantierte dieser Vertrag mit seiner Relation 100 : 35 einem England, das den Frieden ehrlich wollte, seine maritime Vorrangstellung. Aber Vansittart und die Kreise um ihn klammerten sich an das Versailler System und tragen damit eine entscheidende Verantwortung für die weitere Entwicklung, durch die Deutschland und England wieder auseinandergetrieben wurden.

4/65f.

Im Gegensatz zum Secretary of State for Foreign Affairs, dem britischen Außenminister, der von einer Parlamentspartei gestellt wird und natürlich mit jeder Regierungsveränderung wechselt, ist der „Permanent Undersecretary" nicht Parteipolitiker, sondern Berufsbeamter und er verbleibt auf seinem Posten, auch wenn die Minister wechseln. Allein schon durch diese ununterbrochene Kenntnis all der vielen Vorgänge, mit denen sich eine so bedeutende Behörde zu befassen hat, ist der „Permanent Undersecretary" der ungekrönte

König des Auswärtigen Amtes. Er ist der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht.

Sir Eyre Crowe leitete das Foreign Office unter den Regierungen Lloyd Georges, Bonar Laws, Stanley Baldwins, Macdonalds und nochmals Baldwins. Und Vansittart hatte die Stellung des Permanent Undersecretary unter den Außenministern Arthur Henderson, Lord Reading, Sir John Simon, Sir Samuel Hoare, Anthony Eden und Lord Halifax inne — die Minister kamen und gingen, Vansittart blieb! Er blieb von den Tagen, in denen Stresemann gerade gestorben war, bis mitten hinein in den Zweiten Weltkrieg und über die Art und Weise, wie er sein so einflußreiches Amt ausübte, sprach er sich einige Zeit nach seinem Ausscheiden aus dem Foreign Office und seinem Einzug ins Oberhaus klipp und klar aus. In einer nach Moskau gerichteten Botschaft (November 1943) hat Vansittart gesagt, worauf es ihm ankam:

„Ich sah und sagte den gegenwärtigen Kampf voraus, sogar b e v o r die Nazis an die Macht gekommen waren und ich wußte, daß England und die Sowjetunion einmal gemeinsam den Deutschen gegenüberstehen würden."

8/50f.

Vansittarts Glaubensbekenntnis gegenüber Deutschland war das seines Vorgängers im Foreign Office, Sir Eyre Crowe (gestorben 1925). In seinen Erinnerungen nennt er ihn den „größten Staatsdiener seines Zeitalters". Crowe hatte 1907 als junger Beamter im Foreign Office ein berühmt gewordenes „Memorandum" g e g e n Deutschland geschrieben, das der Außenminister Sir Edward Grey „als Richtschnur für die Politik sehr nützlich" bezeichnete und in einem „engeren Kreise des Kabinetts umlaufen ließ". Crowes einfache Formel war es: „England darf niemals mit Deutschland paktieren."

Die Warnung vor dem angeblichen deutschen Streben nach Weltherrschaft verbindet Crowe freilich noch mit der Warnung vor einer übertriebenen Schwächung Deutschlands — Vansittart hatte d a s vergessen:

„Solange England dem allgemeinen Grundsatz der Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der Macht treu bleibt, wäre seinen Interessen nicht damit gedient, wenn Deutschland auf den Rang einer schwachen Macht herabgedrückt würde, da dies leicht zu einem französisch-russischen Übergewicht führen könnte, was für das Britische Reich ebenso furchtbar, wenn nicht noch furchtbarer wäre."

Crowe hatte noch den Deutschen positive Eigenschaften zuerkannt und war von der geistigen Sendung des Volkes der Dichter und

Denker überzeugt; Vansittart aber glaubte, zur Erhaltung des englischen Empires auf maßlose Beschimpfungen des deutschen Volkes nicht verzichten zu können. 1933 hat er ein Memorandum verfaßt, aus dem sich nur die eine Konsequenz ergab: Germaniam esse delendam! Diese Auffassung Vansittarts zerstörte jede Möglichkeit eines wirklichen europäischen Gleichgewichts. Darüber hinaus unterwarf die Erfüllung seiner Forderung auch das Empire einem Weltgleichgewicht, das heute von den USA und der UdSSR bestimmt wird.

29/133f.

Wenn man heute behauptet, der Vansittartismus und der ganze in diesem Wort enthaltene Deutschenhaß sei eine Folge von Hitlers Politik, so halte ich dem entgegen — und ich glaube mit mehr Recht: Die Hitlersche Politik war eine Folge der Politik Vansittarts von 1936!

4/98

● Ribbentrop-Gespräche mit Vansittart 4/85f., 95—99

Ein Treffen Hitler—Baldwin?

Joachim von Ribbentrop berichtet:

Schon bald nach dem Flottenabkommen konzentrierte ich meine Tätigkeit darauf, auf diesem Fundament zu einem noch engeren Verhältnis, womöglich zu einem Bündnis mit England zu gelangen. Das war der große Wunsch Adolf Hitlers und ebenso mein eigener. Der Führer hatte mir erklärt, daß er bereit sei, im Rahmen eines Bündnisses mit England außer dem Flottenabkommen auch die Integrität der zwischen Deutschland und England liegenden Länder Holland, Belgien und Frankreich zu garantieren und ferner England für die Zwecke der Erhaltung seines Imperiums bis zu zwölf Divisionen zur Verfügung zu stellen, wo immer dies notwendig sein sollte.

Vor allem dachte ich damals an den Abschluß eines Luftpaktes, zu dem Adolf Hitler positiv eingestellt war. England sollte als Gegenleistung Deutschland als stärkste Kontinentalmacht anerkennen und sich gewissen Revisionsforderungen in Mitteleuropa nicht verschließen, über die sich der Führer damals noch nicht näher äußerte und von denen er nur das eine sagte, daß er sich darüber jeweils mit England freundschaftlich verständigen wolle. Als Rohstoffquelle wollte er eine oder zwei ehemalige deutsche Kolonien zurückerhalten. Diese Forderung sollte aber keine „conditio sine qua non" für ein Bündnis sein. Ich habe diese Bündnisgedanken Hitlers damals und in den folgenden Jahren bei den verschiedensten Gelegenheiten

in London zur Sprache gebracht. Sie wurden teils positiv, meist aber reserviert aufgenommen.

Um die Dinge zu fördern, schien mir eines entscheidend: Ein Zusammentreffen des britischen Regierungschefs mit dem Führer, um auf der Basis der Ausschaltung der Flottenrivalität zunächst das Vertrauen zu vertiefen. Adolf Hitler war sofort einverstanden. Baldwin aber war schwer für den Gedanken zu gewinnen. Ich wurde damals durch alle meine englischen Freunde unterstützt, um diese Begegnung zustandezubringen. Mr. Baldwin zögerte. Hitler schlug daraufhin ein Zusammentreffen auf einem Schiff in der Nordsee vor und erklärte sich sogar bereit, zu dem englischen Premierminister nach Chequers zu fliegen. Ich hörte, Mr. Baldwin sei nicht abgeneigt, aber er sei nun einmal langsam von Entschluß. Dann erfuhr ich, daß Baldwin geäußert habe, er müsse erst mit „Van" sprechen, gemeint war Vansittart. Ich war besorgt, da ich von Vansittart keinen positiven Zuspruch erwartete. Schließlich ließ mir Baldwin durch seinen Freund Mr. T. J. Jones sagen, ein solches Treffen müsse „noch mehr vorbereitet werden" — praktisch eine Absage. Etwas später hörte ich, daß Baldwin geäußert habe, er wisse nicht, „wie man mit Diktatoren spreche".

Nach dem vielversprechenden Beginn mit dem Flottenabkommen war die Absage Baldwins enttäuschend. Als ich sie Adolf Hitler mitteilen mußte — er erwartete mich im Garten der Reichskanzlei — war s e i n e Enttäuschung vielleicht noch größer als die meine. Lange Zeit äußerte er gar nichts und sah mich dann ernst an. Schließlich sagte er, er sei nun seit so vielen Jahren immer wieder und wieder für die deutsch-englische Verständigung eingetreten, er habe die Flotten-Frage in einem für England so günstigen Sinne gelöst, er sei bereit, alles gemeinsam mit England zu machen, aber anscheinend wolle man ihn in seiner Einstellung, die für Generationen Bestand haben solle, nicht verstehen.

Mir war klar, daß eine wichtige Gelegenheit verpaßt war. Zum Nachteil Deutschlands und Englands, mehr noch zu Ungunsten Europas und der ganzen Welt war ein günstiger Augenblick ungenutzt vorübergegangen. Würde er je wiederkehren? Er ist n i c h t wiedergekommen!

4/66—68

Der französisch-sowjetische Pakt und die Rheinland-Besetzung

7. März 1936. Deutschland besetzt „symbolisch" die entmilitarisierte Zone des Rheinlands: Dies ist eine eindeutige Verletzung des Versailler Vertrages. Sie ist die Antwort Deutschlands auf die Unter-

zeichnung des französisch-sowjetischen Pakts. Am 2. Mai 1935 unterschrieben, wurde dieser Vertrag vom französischen Parlament erst am 27. Februar 1936 ratifiziert. Hitler hatte eine Ablehnung erwartet, aber die Ratifizierung erfolgte mit 353 gegen 164 Stimmen. Am 21. Februar hatte Hitler Bertrand de Jouvenel, der ihn für die Zeitung „Paris-Midi" interviewte, erklärt:

„Sie haben ein Deutschland vor sich, von dem 9/10 ihrem Führer vertrauen, und dieser Führer ruft ihnen zu: Seien wir Freunde! Ja, ich weiß, was Sie alle denken. Sie sagen: Hitler gibt uns Friedens-Erklärungen, aber sind die ehrlich gemeint, ist er ehrlich? Überlegen Sie doch! Wäre es für unsere beiden Länder nicht vernichtend, wenn wir uns noch einmal auf neuen Schlachtfeldern zerfleischen würden? Meine persönlichen Bemühungen um eine solche Annäherung werden fortdauern; sachlich gesehen würde dieser mehr als bedauerliche Vertrag natürlich eine neue Lage schaffen ... Sie lassen sich in das diplomatische Spiel einer Macht hineinziehen, die nichts sehnlicher wünscht, als die großen europäischen Nationen in ein Chaos zu stürzen, deren Nutznießer sie sein würde ... Es gibt im Leben der Völker entscheidende Augenblicke. Heute kann Frankreich, wenn es will, für immer einen Schlußstrich unter das Kapitel ‚Deutsche Gefahr' ziehen, die Ihre Kinder von Generation zu Generation fürchten lernen, und Sie können die fürchterliche Hypothek löschen, die auf der Geschichte Frankreichs liegt: Die Chance ist Ihnen allen gegeben. Wenn Sie sie nicht ergreifen, so denken Sie an Ihre Verantwortlichkeit gegenüber Ihren Kindern."

Die französische Regierung veranlaßte die Direktion von „Paris-Midi" dieses Interview, das am 23. Februar erscheinen sollte, erst am Tage n a c h der Parlaments-Abstimmung, am 28. Februar 1936, zu veröffentlichen, und zwar aus Furcht, es könne das Ergebnis der Abstimmung, auf die Hitler so große Erwartungen setzte, beeinflussen. Es bestand aber von vornherein wenig Wahrscheinlichkeit, daß es Einfluß haben würde. Die Antwort Hitlers auf die Machenschaften der französischen Regierung und die Abstimmung des Parlaments ließ nicht lange auf sich warten. 32/80f.

Deutsche Truppen besetzten „neutralisiertes" deutsches Reichsgebiet — es handelte sich um eine ganz einseitige Neutralisierung, denn in Versailles war nicht etwa eine ähnliche entmilitarisierte Zone jenseits der französischen Grenze festgelegt worden ...

Es ging in der Tat um „Abschirmung" und „Sicherung" und schon hier drängt sich dem nüchternen Beurteiler die Frage auf: Welches f r a n z ö s i s c h e Interesse war damals und erst recht dreieinhalb Jahre später zu vertreten, als der französische Botschafter am 3. September 1939 in Berlin dann wirklich die Kriegserklärung überbrachte? 34/43f.

Joachim von Ribbentrop berichtet:

Ich hatte im Laufe des Winters 1935/36 in Paris und London Fühlung mit einer großen Anzahl maßgebender Personen. Bei diesen Gesprächen brachte ich offen und unmißverständlich zum Ausdruck, daß entweder eine Verständigung zwischen den Westmächten und Deutschland durch ein gemeinsam vereinbartes Revisionsprogramm erreicht werden müsse oder Deutschland werde den Schutz seines eigenen Landes wieder selbst in die Hand nehmen, d. h. also der Locarno-Vertrag müsse in irgendeiner Form revidiert werden.

Aus verschiedenen Gesprächen mit einsichtsvollen Engländern hatte ich den Eindruck gewonnen, daß sie die Berechtigung meiner Argumente anerkannten und bei einigen sehr maßgebenden Persönlichkeiten habe ich sogar Zustimmung gefunden. Nicht selten wurde mir gesagt: „Engländer würden in der Lage Adolf Hitlers auch dieselbe Haltung einnehmen wie er."

Von der Absicht einer Wiederbesetzung des Rheinlandes sprach Adolf Hitler damals allerdings noch nicht. Zu dieser Maßnahme hat er sich ganz kurzfristig entschlossen, als er die Nachricht von der Ratifizierung des französisch-sowjetischen Beistandspaktes erhielt. Ich habe ihm auf seine Frage gesagt, daß ich glaube, er werde die Besetzung des Rheinlandes ohne Krieg durchführen können.

Es waren aufregende Stunden, die der Besetzung vorausgingen. Es verlautete, daß auf französischer Seite eine motorisierte Armee in Stärke von etwa 250 000 Mann aufmarschiert sei und es war klar, daß bei unserer kleinen Wehrmacht die Besetzung eigentlich nur eine symbolische sein konnte. Auch für mich waren es schwere Stunden, hatte ich doch den Führer dahin beraten, daß man sich in England mit der Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit im Rheinland letzten Endes wohl abfinden werde. Allerdings hielten weite englische Kreise am Versailler System und an Locarno fest und man könne natürlich nicht genau wissen, wie groß der Einfluß dieser Kreise sei. Wenn auch — wie ich wußte — in England starke Kräfte konstant an der Linie einer deutsch-englischen Verständigung arbeiteten und Verständnis für unseren Standpunkt hatten, war der Entschluß Hitlers immerhin ein großes Risiko.

Eines stand sowohl für Adolf Hitler als auch für mich fest: wenn die Wehrhoheit wiederhergestellt werden mußte — nach dem französisch-sowjetischen Bündnis war Hitler dieser Auffassung — dann war sie auf dem Wege der Verhandlungen nicht zu erreichen. Im Gegenteil, es bestand die Gefahr, daß im Falle von langen Diskussionen über dieses Problem sich eine ultimative Situation ergeben könnte, die dann vielleicht leichter zu einer wirklichen Krise und

zum Konflikt führen würde, als wenn das Ausland vor ein fait accompli gestellt wurde. Dies waren die Gedanken, die uns damals bewegten und die Adolf Hitler endgültig veranlaßten, den Schritt zu unternehmen.. 4/78f.

● Professor Grimms Erlebnisse in Paris März 1936 27/172—175

Hitlers Verständigungsvorschläge — Wiedereintritt in den Völkerbund?

Hitler ließ nach der Ratifizierung des französisch-russischen Militärpaktes nicht nur das Rheinland wiederbesetzen, er machte auch konstruktive Verständigungsvorschläge. Durch den Außenminister von Neurath ließ er am 7. März 1936 den Botschaftern Englands, Frankreichs und Italiens ein Memorandum übermitteln, in dem ein neues poiltisches System in Europa vorgeschlagen wurde, um die „von Rußland drohende rote Flut" einzudämmen. Außer dem Wiedereintritt Deutschlands in den Völkerbund schlug Hitler vor:

1. einen Vertrag über eine neue beiderseitige entmilitarisierte Zone entlang den Grenzen Belgiens, Frankreichs und Deutschlands,
2. einen auf 25 Jahre abzuschließenden Nichtangriffspakt zwischen Belgien, Frankreich, Deutschland und den Niederlanden,
3. einen Luftpakt, der Westeuropa gegen einen Überraschungsangriff sichern würde,
4. eine Reihe zweiseitiger Nichtangriffsverträge mit den Ländern an der deutschen Ostgrenze.

Mit diesen Vorschlägen führte Hitler seine von ihm oft angegebene Linie fort. Seit dem Jahre 1933 hatte er immer wieder Vorschläge für eine friedliche Bereinigung der europäischen Lage gemacht. Ribbentrop wiederholte sie in seiner Rede am 27. März 1936 vor dem Völkerbundsrat in London:

„Das Angebot zur absoluten Abrüstung: Es wurde abgelehnt. Das Angebot eines allgemein gleichen 200 000-Mann-Heeres: Es wurde abgelehnt.

Das Angebot eines 300 000-Mann-Heeres: Es wurde abgelehnt. Das Angebot eines Luftpaktes wurde abgelehnt mit der Begründung, es könne ein solcher Pakt nur im Zusammenhang mit der von Deutschland geforderten Unterzeichnung eines Ostpaktes stattfinden.

Das Angebot zu einer großzügigen Befriedung Europas vom 21. Mai 1935: Es wurde einfach übergangen, ausgenommen jene Proposition, die dann später der englisch-deutschen Flottenabmachung zugrunde gelegt wurde."

Das Memorandum vom 7. März 1936 wurde ebenso unbeachtet gelassen wie der deutsche Friedensplan vom 31. März 1936, der den Wunsch ausdrückte,

„durch eine neue Völkerordnung einen besseren und dauerhaften Frieden aufzubauen. Er sollte im weitesten Umfange dem Selbstbestimmungsrecht gerecht werden und zwar ohne Rücksicht auf Sieger oder Besiegte."

Als wichtigsten Punkt erörterte die Reichsregierung die Regelung eines zukünftigen Luftkrieges und schlug zunächst vor:

„1. Verbot des Abwurfes von Gas-, Gift- und Brandbomben.

2. Verbot des Abwurfes von Bomben jeglicher Art auf offene Ortschaften, die sich außerhalb der Reichweite der mittleren schweren Artillerie der kämpfenden Fronten befinden.

3. Verbot der Beschießung von Ortschaften mit weittragenden Kanonen außerhalb einer Gefechtszone von 20 Kilometern.

4. Abschaffung und Verbot des Baues von Tanks schwerster Art.

5. Abschaffung und Verbot schwerster Artillerie.

Sowie sich aus solchen Besprechungen und Abmachungen die Möglichkeiten der weiteren Begrenzung der Rüstung ergeben, sind diese wahrzunehmen.

Die deutsche Regierung erklärt sich schon jetzt bereit, jeder solchen Regelung, soweit sie international gültig wird, beizutreten." 29/256—258

Joachim von Ribbentrop berichtet:

Nach der Besetzung des Rheinlandes kam von London die Aufforderung an Deutschland, vor dem Völkerbund den deutschen Standpunkt zu vertreten. Der Führer überlegte zunächst, ob er nicht selbst nach London fliegen und vor dem Völkerbund sprechen sollte. Auf Einspruch des Außenministers von Neurath und auch von mir, sah er aber davon ab, und ich wurde nach London geschickt. Zuvor war uns mitgeteilt worden, daß Deutschland dort seinen Standpunkt frei und ungehindert vertreten könne. Am Tage vor meiner Abreise legte Hitler mit mir zusammen alle Einzelheiten unserer Beweisführung fest. Sein großer Friedensplan sollte die Grundlage für eine neue Zusammenarbeit mit den anderen Nationen bilden. Das Entscheidende war, daß die Bereitwilligkeit Deutschlands zur Rückkehr in den Völkerbund bekannt gegeben wurde.

Mit diesem Entschluß verbindet sich eine kleine persönliche Erinnerung. Als die Nachricht vom französisch-sowjetischen Pakt eintraf und Adolf Hitler seinen Entschluß zur Rheinlandbesetzung faßte, befanden wir uns in München. Ich hatte ihm in einem längeren Ge-

spräch den Gedanken des großen Friedensplanes nahegelegt, um nach der Besetzung auf völlig gleichberechtigter Basis die Zusammenarbeit mit den anderen Nationen aufzubauen. Als ich in das Hotel „Vier Jahreszeiten" zurückkehrte, kam mir der Gedanke, es könnte vielleicht zu einer ruhigen Abwicklung entscheidend beitragen, wenn wir uns bereit erklären, wieder in den Völkerbund einzutreten. Ich machte mir eine Notiz und legte den Zettel auf den Tisch. Früh morgens rief mich der Führer ganz unerwartet an: er wolle mich sogleich besuchen, um etwas sehr Wichtiges mit mir zu besprechen. Als Hitler kam, sagte er mir: „Ribbentrop, mir ist heute Nacht etwas eingefallen, wie wir die Rheinlandbesetzung reibungslos durchführen können. Wir gehen zurück in den Völkerbund! Dort haben wir jetzt eine ganz andere Position als früher." Ich nahm meinen Zettel vom Tisch und zeigte ihm die Notiz, die genau dasselbe besagte. Gibt es nicht doch so etwas wie Gedankenübertragung? 4/79f.

England beantwortete die deutschen Vorschläge mit dem sogenannten „Fragebogen". Die britische Regierung, die im Jahre zuvor mit Deutschland den Flottenvertrag abgeschlossen hatte, hielt es z. B. für angebracht, als ersten „Punkt, dessen Klarstellung wünschenswert sei", die Frage zu stellen,

„ob sich nunmehr das Deutsche Reich in der Lage sieht, ‚wirkliche Verträge' abzuschließen".

Der amerikanische Historiker Tansill urteilt kurz und bündig:

„Die britische Politik hatte sich plötzlich von der Verständigung zur Drohung gewendet. Eine baldige Antwort auf diese Herausforderung wurde nicht erwartet. ... Eden vollzog die politische Wendung gegen Deutschland trotz der wohlbekannten Tatsache, daß die deutsche militärische Stärke das Hauptbollwerk gegen den Bolschewismus war, der dauernd Europa zu überfluten drohte." 29/257f.

Aus den Julitagen 1936 — nach seiner Ernennung zum deutschen Botschafter in London — berichtet Joachim von Ribbentrop:

Ich habe Adolf Hitler damals noch einmal ausdrücklich gesagt, daß die Chancen für ein Bündnis mit England nicht groß seien, eher müsse mit dem Gegenteil gerechnet werden, aber ich wollte trotzdem noch einmal alles versuchen. Ich kenne die Engländer gut genug, um ihm ganz nüchtern und objektiv über die britische Einstellung berichten zu können. Im übrigen hinge natürlich vieles von der weiteren deutschen Politik ab. Auch damals habe ich unzweideutig zum Ausdruck gebracht, daß England — jedenfalls nach den bisherigen Erfah-

rungen — auf seiner Gleichgewichtsthese bestehen und uns entgegentreten werde, wenn es fürchte, Deutschland werde zu stark.

4/92f.

- Polnischer Außenminister Beck schlägt der französischen Regierung gemeinsames Vorgehen gegen Deutschland vor 29/252—255
- Ribbentrop vor der Völkerbundsversammlung im März 1936: Darlegung des deutschen Standpunktes 4/80—83
- Ab 1936: Aufstellung deutscher Fallschirmjäger-Einheiten 5/23—25
- Deutsch-französische Frontkämpfer-Verständigung: 20-Jahrfeier Verdun-Douaumont; Bericht Cordt von Brandis' 39/222—229

Olympische Spiele 1936 — im Zeichen des Friedens

Friedrich Christian Prinz zu Schaumburg-Lippe berichtet:

Zur Zeit des „Reichsbundes für Leibesübungen" befreite man den Sport von materiellen Vorbedingungen und Abhängigkeiten und brachte ihn — nach dem Beispiel des alten Hellas — zu seiner eigentlichen Bestimmung zurück. Die körperliche Leistung wurde in Verbindung mit einer menschlich vorbildlichen Haltung verlangt — und dementsprechend nicht prämiiert, sondern geehrt. Nur auf diese Weise war es möglich, auch auf dem Sportplatz die Klassengegensätze zu beseitigen und den Menschen als solchen, nicht in Abhängigkeit von seinem Gelde, zu bewerten. Solche Fairneß unter Menschen wirkte sich auch auf den Sport selbst aus und führte zur Entwicklung echter Kameradschaft im Sport. Den höchsten Ausdruck fand diese Gesinnung und Sportauffassung in den Berliner Olympischen Spielen im Jahr 1936, als alle Nationen der Welt sich einmütig dazu bekannten.

Ich arbeitete zu jener Zeit in der Abteilung Ausland des Reichspropagandaministeriums. Aus dem Volk und aus der Partei waren viele Vorschläge an uns gekommen, dieses Ereignis politisch auszuwerten. Da versammelte Dr. Goebbels als Minister alle mit der Vorbereitung der Spiele beschäftigten Dienststellen und erklärte ihnen: „Ich verbiete Ihnen ausdrücklich bei den Olympischen Spielen politische Propaganda zu betreiben — wir wollen allen Ehrgeiz und alle Liebe daran setzen, möglichst gute Gastgeber zu sein — das ist alles!" Der deutsche Sport hat damals in Garmisch und Berlin der Welt gezeigt, daß die Menschheit in Frieden leben könnte, wenn sie nur will ...

6/38

Die Reichsregierung hatte Sven Hedin eingeladen, als ihr Gast an den vom 1. bis 16. August in Berlin stattfindenden Olympischen

Sommerfestspielen teilzunehmen und einen feierlichen Appell an die Jugend zu richten. Sven Hedin hatte seinen Platz auf der Ehrentribüne an der Seite des 87jährigen Feldmarschalls von Mackensen.

Am 4. August 1936 erscholl in einer Pause zwischen den Wettkämpfen Sven Hedins Stimme vor einem hunderttausendköpfigen Publikum in Berlins neuem Stadion. Sein Thema war: „Ich rufe die Jugend der Welt!" Und an diese Jugend wendete er sich in ergreifenden Worten, wie sie die einzigartige Gelegenheit bot:

„Es genügt nicht, in den flüchtigen Wettkämpfen des Tages zu siegen — euer Ziel sei ein höheres! ... Laßt die Gesetze der Olympischen Spiele, die Ausdauer, unermüdliche Arbeit und Ritterlichkeit gebieten, auch das Vorbild und den Grundgedanken in einem neuen Völkerbund sein, einem weltumspannenden Verband, dessen Mitglieder im Glauben an Gott und die eigene Stärke für gegenseitiges Vertrauen, Wahrheit und Frieden zwischen allen Völkern der Erde kämpfen ..."

Nicht nur für Sven Hedin waren diese olympischen Tage im August 1936 in dem sommerwarmen Berlin ein vielversprechendes Ereignis. Auch dem nationalsozialistischen Regime bot die Olympia eine wohlgenutzte Gelegenheit zu großem internationalen Erfolg. Niemals, weder vorher noch nachher in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen erschien das Ziel so nahe und so lockend: Das Vertrauen der Welt zu gewinnen und Deutschlands Wiederaufrichtung zu ermöglichen, das System von Versailles zu beseitigen und eine tatsächliche europäische Zusammenarbeit zu beginnen, ohne — wie früher stets in der tragischen Geschichte des Abendlandes — den Weg der Gewalt beschreiten zu müssen.

Die übliche Weltfront gegen Deutschland hatte sich damals gelokkert, die Journalistik in Skandinavien, England, ja sogar in Amerika war nicht mehr so ausschließlich deutschfeindlich, wie in den Jahren vorher. Die halb kommunistische „Volksfront" Leon Blums in Frankreich, der Ausbruch des spanischen Bürgerkrieges und die gerade in diesen Jahren mehr denn je in grausam-blutigem Terrorismus schwelgende Despotie Stalins in Rußland ergaben einen effektvollen Hintergrund für die unleugbaren Erfolge des Dritten Reiches auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet.

Die ersten größeren außenpolitischen Erfolge Hitlers: Wiedereinführung der 1919 verbotenen Allgemeinen Wehrpflicht, die Wiederherstellung der uneingeschränkten deutschen Souveränität über das Rheinland, die Flottenvereinbarung mit England u. a. wurden allgemein als eine Rückkehr zu normalen Zuständen hingenommen und die festliche Olympia in Berlin erschien als eine feierliche Bekräftigung dieser Erfolge. 21/193f.

Teodoro Palacios Cueto erzählt:

Als ich im Sommer 1936 in Potes war, kam die Nachricht, daß Calvo Sotelo, der Führer der monarchistischen Parlamentsminderheit, im Auftrag der prokommunistischen Regierung ermordet worden war. Man munkelte, daß das Heer auf dem Sprung stünde, gegen den Zustand der Anarchie anzutreten, den Spanien durchlebte.

Wir hörten die Garnison von Santander habe sich erhoben, und sei niedergeschlagen worden; die Regierung bewaffne das Volk; kommunistische und sozialistische Stoßtrupps würden nicht zögern, alle Dörfer der Provinz zu besetzen.

„Wenn sie herkommen ..."

„Um so schlimmer für sie", sagte einer meiner Brüder, „wenn sie herkommen ..."

Und sie kamen! Ich stand gerade unter dem Brückenbogen des Dorfes, als zwei Lastautos mit asturischen Bergleuten, mit Gewehren und Handgranaten bewaffnet, an der Einfahrt zum Platz haltmachten. Ich lief nach Hause zurück, um eine Pistole zu suchen. Dort traf ich meine Brüder Tomás, Felipe und Carlos und meinen Schwager Ramón Bustillo, die ebenfalls auf Waffensuche waren. Wir teilten uns in den Bestand: drei Pistolen Kaliber 6,35, eine „Parabellum" und eine Jagdflinte. „Waffen haben wir im Überfluß", sagten wir ... Ohne irgendeinen Befehl begannen wir, hinter den Säulenbogen gedeckt, auf die Eindringlinge zu schießen. Die zogen sich zurück, ahnten nicht, wie wenige wir waren. Wir nahmen schließlich den ganzen Platz und die Arkaden ... Wir brachten den Gegnern empfindliche Verluste bei und sperrten, was nicht geflohen war, schließlich ins Gefängnis. Außerdem verhafteten wir den Sekretär der Kommunistischen Partei der Provinz Santander, den wir unter einem Bett aufstöberten, wohin er sich geflüchtet hatte, als die Schießerei begann. Einige seiner Gesinnungsfreunde sperrten wir dazu. So machten wir uns tatsächlich für einige Stunden zu Herren des Dorfes, das mit seinen knapp zweitausend Einwohnern dafür Zeuge ist.

Als wir Nachricht erhielten, daß von Asturien her rote Verstärkungen anrollten, riefen wir die eingesperrten kommunistischen Rädelsführer zusammen und sagten ihnen, daß wir nun fortgingen und daß sich schon ihre eigenen Leute damit abgeben würden, sie in Freiheit zu setzen; sie möchten aber genau in Betracht ziehen, daß sie es mit ihrem Leben büßen würden, wenn auch nur einem einzigen der Unseren ein Leids geschähe. Und wir Brüder ... schlugen uns in die Berge.

Der Pfarrer von Potes, Cecilio Fernández, schloß sich uns an, und zu Fuß erreichten wir, nachdem wir den Paß von San Glorio und Piedrasluengas überschritten hatten, nach sieben Tagen Palencia, wo wir uns den Truppen des nationalen Generals Mola anschlossen.

*

Der spanische Bürgerkrieg hatte am 18. Juli 1936 mit der Erhebung zahlreicher Garnisonen begonnen und am 30. Juli 1936 zur Bildung einer nationalen Gegenregierung in Burgos geführt. Die Kämpfe wurden am 28. März 1939 mit dem endgültigen Sieg General Francos und dem Einzug der nationalen Truppen in Madrid beendet.

37/36f.

Deutsche Hilfeleistung für Franco

Joachim von Ribbentrop berichtet:

Im Juli 1936 in Bayreuth angekommen, erhielt ich Kenntnis von der in Spanien eingetretenen ernsten Lage und hörte von der Absicht Adolf Hitlers, für General Franco, der sich gegen die damalige Madrider Linksregierung erhoben hatte, Partei zu ergreifen. Am nächsten Tage meldete ich mich beim Führer, der in einer Dependence der Villa Wahnfried wohnte. Er empfing mich ziemlich präokkupiert, kam gleich auf Spanien zu sprechen und sagte mir, daß Franco eine Anzahl Flugzeuge erbeten habe, um auf dem Luftwege Truppen von Afrika nach Spanien herüberzubringen und sie gegen die Kommunisten einzusetzen. Spontan äußerte ich, wir täten besser, uns aus den spanischen Dingen herauszuhalten. Dort seien für uns keine Lorbeeren zu ernten und nach meiner Überzeugung sei Spanien für uns ein sehr heißes Eisen. Ich befürchte neue Komplikationen mit England, da dort ein deutsches Eingreifen zweifellos sehr ungern gesehen werde. Hitler hielt mit Nachdruck an seiner gegenteiligen Meinung fest. Er erläuterte mir — und hier sah ich wieder, daß die weltanschauliche Komponente in seinem ganzen Denken doch die entscheidende war —, daß Deutschland ein kommunistisches Spanien unter keinen Umständen dulden dürfe. Er habe als Nationalsozialist die Pflicht, alles dagegen zu tun. Er habe bereits angeordnet, daß Franco Flugzeuge zur Verfügung gestellt würden.

Adolf Hitler wies meine wiederholten Einwürfe zurück und erklärte, daß es sich beim spanischen Bürgerkrieg letzten Endes darum handle, ob es den Sowjets gelingen werde, eines der westlichen Länder fest in ihre Hand zu bekommen; der Madrider Regierungschef sei ein Mann Moskaus, und es lägen Nachrichten von Franco vor, wo-

nach der größte Teil der Waffen Negrins aus Moskau stammten. Auch Mussolini stände positiv zu Franco. Engste Bindungen bestünden zwischen der Madrider Regierung Negrin und der französischen Volksfront-Regierung Léon Blums. Wörtlich sagte der Führer: „Gelingt es wirklich, ein kommunistisches Spanien zu schaffen, so ist bei der derzeitigen Lage in Frankreich die Bolschewisierung auch dieses Landes nur eine Frage kurzer Zeit und dann kann Deutschland ‚einpacken'. Eingekeilt zwischen dem gewaltigen Sowjetblock im Osten und einem starken kommunistischen französisch-spanischen Block im Westen könnten wir kaum noch etwas ausrichten, falls es Moskau gefällt, gegen Deutschland vorzugehen."

Ich sah die Dinge anders. Besonders was Frankreich anbetraf, schien mir die französische Bourgeoisie doch eine starke Garantie gegen eine endgültige Bolschewisierung dieses Landes zu sein. Ich sagte das dem Führer, aber es war unendlich schwer für mich gegenüber seinen ideologischen Grundsätzen, die ich nach seiner Auffassung nicht verstände, Entscheidendes vorzubringen. Auf meine Einwände reagierte er ziemlich nervös und schnitt das Gespräch ab, indem er sagte, er habe bereits entschieden. Es handle sich hier um eine ganz grundsätzliche Frage, in der mein rein real-außenpolitisches Denken nicht genüge. Seit Auftauchen der großen sozialen Frage unseres Jahrhunderts müsse man die Tagespolitik diesem grundsätzlichen Problem unterordnen, sonst werde man eines Tages mit der Außenpolitik doch noch in eine Sackgasse geraten. 4/88f.

Am 26. Juli 1936 wurde der General der Flieger Willberg für 20.30 Uhr zum Staatssekretär Milch beordert. Im Reichsluftfahrtministerium erfährt er, daß der spanische General Franco, der Führer einer nationalen Erhebung, Hitler um Hilfe gebeten hätte. Die Lage Francos sei nicht gerade rosig. Die spanische Flotte sei nach Ermordung der Offiziere in Händen der Roten, sie beherrsche den Seeweg zwischen Spanien und Spanisch-Marokko. Der nationalspanische General Queipo de Llano habe nach Einnahme Sevillas eine kleine Operationsbasis geschaffen, die als Versammlungsraum der marokkanischen Divisonen vorgesehen sei. Diese müßten auf dem Luftwege überführt werden, eine andere Möglichkeit gebe es nicht. Hitler habe Hilfe zugesagt und Willberg mit dieser Aufgabe betraut.

Schon am 31. Juli startet das erste Kommando nach Spanien. Im Ohne-Halt-Flug ging es nach Tetuan, von wo aus — unter Führung des Oberleutnants von Moreau — zehn Ju 52 mit der Überführung der Francotruppen nach den Flugplätzen Sevilla und Xerez de la Frontera beginnen.

Die „Morros" traten hier zum ersten Male in ihrem Leben eine Luftreise an. Die Zeit drängte, den schwer kämpfenden Nationalen Truppen in Spanien mußte rasche Hilfe gebracht werden. Die „Fluggesellschaft von Moreau" konnte daher keine Rücksicht auf die Bequemlichkeit und den Komfort der Fluggäste nehmen, und fliegen sonst 12 bis 14 Fluggäste in einer Ju, so wurden hier durch Zusammenrücken bis zu 42 Mann mitgenommen. Die Knie bis ans Kinn angezogen, das Gewehr zwischen den Füßen, so hockten die „Morros" auf Munitionskisten und Gerät im engen Frachtraum der Maschine. In 3000 m Höhe wurde die Straße von Gibraltar überflogen und nach einstündiger Flugzeit in Spanien gelandet. In den ersten Tagen versuchte die rotspanische Flotte den Transport zu stören, aber nachdem Oberleutnant Graf Hoyos am 13. August dem Kreuzer Jaime zwei Bombenvolltreffer aus der Ju 52 beibrachte, hörte diese Bedrohung auf. Am 15. September 1936 waren auf dem Luftwege — der ersten „Luftbrücke" — 12 500 Mann, 35 Feldgeschütze, 100 schwere Maschinengewehre und 134 t Munition überführt und damit die Voraussetzung für Francos Kampfführung in Spanien geschaffen worden. 5/26f.

- Englands Haltung zum spanischen Bürgerkrieg 4/105; 29/62f.
- Ernennung Ribbentrops zum deutschen Botschafter in London, August 1936 4/91—93; 29/127

König Eduard VIII. und die deutsch-englische Verständigung

Joachim von Ribbentrop berichtet:

Der Führer wollte wissen, wie ich die Chancen, noch zu einer Verständigung mit England zu kommen, beurteile; ich erwiderte, daß zweifellos von englischer Seite manche Gelegenheiten nicht ergriffen worden seien. Ich sähe daher die Aussichten nach ganz nüchternen Erwägungen zur Zeit für nicht gut an. Immerhin sei König Eduard VIII., nach allem was ich gehört hätte, Deutschland gegenüber nicht unfreundlich gesinnt. Bei seiner großen Beliebtheit im englischen Volke wäre es denkbar, daß man doch noch zu einer Verständigung kommen könnte, wenn der König den Gedanken der deutsch-englischen Freundschaft unterstütze, obwohl ein englischer Souverän normalerweise wenig Einfluß auf die Politiker seiner Regierung besitzt. 4/91

Bei der Überreichung meines Beglaubigungsschreibens zeigte sich der König, der Admiralsuniform trug und nur von Außenminister

Eden begleitet war, von der liebenswürdigsten Seite. Er fragte mich nach dem Führer und wiederholte mir in klarer Form seinen Wunsch nach guten deutsch-englischen Beziehungen, den er mir schon bei einem Empfang gelegentlich eines früheren Besuches in London zum Ausdruck gebracht hatte. Niemand von uns ahnte damals, daß dieser populäre Fürst schon bald darauf den Thron entsagen werde. Man hörte zwar gelegentlich, daß er durch eine Rede, die er in Wales vor der Arbeiterschaft gehalten hatte, in maßgebenden englischen Kreisen Anstoß erregt habe und daß man ihm seine Sympathie für Deutschland übel nehme, aber er galt doch als im englischen Volk ungemein beliebt.

Ich muß hier einschalten, daß Eduard VIII. sich schon einige Male Deutschland gegenüber recht freundlich gezeigt hatte. So hatte er auch ein von mir organisiertes Zusammentreffen zwischen den Führern der deutschen und englischen Frontkämpferorganisationen des Ersten Weltkrieges wärmstens unterstützt. Er hielt bei dieser Gelegenheit eine Rede, in der er zum Ausdruck brachte, daß niemand besser dazu geeignet wäre, die guten Beziehungen zwischen England und Deutschland zu fördern als d i e Männer, die sich in den Schützengräben gegenüber gelegen hätten. Die Rede erregte damals erhebliches Aufsehen, besonders da ein englischer Monarch bekanntlich selten spricht.

Auf dieses Hervortreten des Königs folgten dann noch weitere Frontkämpferbesuche zwischen Deutschland und England und mehrere bedeutsame Kundgebungen, Reden von Frontkämpferführern und Politikern in England und Deutschland und die Rede von Rudolf Heß in Königsberg. Eduard VIII. empfing deutsche Frontkämpfer und Adolf Hitler englische Abordnungen. Die Frage wurde so zu einem aktuellen Thema dieser Jahre ...

In den wenigen Wochen bis zur Thronentsagung des Königs konnte ich keinen besonderen Kontakt mit ihm herstellen. Das lag weder am König noch an mir, die Ereignisse überstürzten sich. Einige Male traf ich mit Eduard VIII. gesellschaftlich zusammen, jedoch meist in größerem Kreis, so daß immer nur kurze Unterhaltungen möglich waren. Eine Aussprache mit dem König, die Freunde vertraulich herbeiführen wollten, kam nicht zustande. Welche Umstände es auch gewesen sein mögen, jedesmal kam etwas Unvorhergesehenes dazwischen.

Eines Tages hörte ich von maßgebender Seite, der König habe erklärt, die bevorstehende Krönung käme für ihn nur zusammen mit Mrs. Simpson in Frage. Von gleicher Seite erfuhr ich: Wenn der König auf seiner Meinung beharre, komme es zu einer Königskrise. Ich war sehr betroffen von dieser Entwicklung, denn ich wußte,

wie eigensinnig Eduard VIII. sein konnte, und ich fürchtete, daß es ihm mit seiner Absicht ernst sei. Maßgebende Kreise in England aber würden sich dem mit allen Mitteln widersetzen — das war nach allem, was ich aus den verschiedensten Lagern hörte, zweifellos zu erwarten. Wie würde das enden? In Kanada beginnend setzte eine Pressekampagne gegen die Heiratsabsichten des Königs ein. Die Dominions könnten — so wurde gesagt — eine solche Heirat nicht gutheißen. Die englische Presse nahm die Meldung auf und damit trieb die Krise schnell ihrem Höhepunkt zu. Es konnte keinen Zweifel mehr geben, daß das Schicksal Eduard VIII. als König entschieden war...

Ich hatte durch einen befreundeten Mittelsmann in Buckingham-Palace um eine Audienz bitten lassen, aber die Antwort erhalten, der König sei nicht anwesend. Es bestand keine Möglichkeit mehr, eine Verbindung mit ihm aufzunehmen und etwas Authentisches zu hören. Später wurde gesagt, daß der König in Fort Belvedere sei. Zweifellos hatte er wohl seine eigenen Pläne zu hoch gestellt und seine Macht überschätzt. Ich glaube nicht, daß Eduard VIII. von Anfang an damit gerechnet hatte, zurücktreten zu müssen. Dazu war er ein zu selbstbewußter Souverän. Als aber dann durch seine Eigenwilligkeit starke Kräfte der Politik und Kirche gegen ihn eingeschaltet wurden, zeigten sich die Grenzen der britischen Königsmacht. Wir hörten dann bald die müde, resignierte Stimme des Königs im Rundfunk, als Eduard VIII. selbst seine Thronentsagung dem britischen Volk und der Welt verkündete.

Die deutsch-englische Sache war mit der Thronentsagung Eduard VIII. um eine Möglichkeit ärmer geworden. Sie hatte auf der englischen Seite einen Faktor verloren, der meine Entsendung nach London mit veranlaßt hatte. 4/101—104

- Sven Hedins Studienreisen im Dritten Reich 1937 21/195—205
- Sven Hedins Buch „Deutschland und der Weltfrieden" 21/191—195
- Ab 1936: „Achse Berlin—Rom" 29/15f.

Selbstbestimmungsrecht zugunsten Deutschlands?

Lord Lothian (der als Philip Kerr an der Versailler Konferenz teilgenommen hatte) erklärte am 29. Juni 1937 in einer Rede in Chatham House:

„Wenn nun der Grundsatz der Selbstbestimmung z u g u n s t e n Deutschlands in der gleichen Weise zur Anwendung käme, wie er g e g e n Deutschland angewandt wurde, so würde das bedeuten: den Wiedereintritt

Österreichs in das Deutsche Reich, die Vereinigung der Sudetendeutschen, Danzigs und möglicherweise Memels mit Deutschland, sowie gewisse Bereinigungen mit Polen in Schlesien und im Korridor." 8/76f.

- Der „Antikomintern-Pakt", Entstehung und Bedeutung 4/110f, 324
- Mussolini-Besuch in Deutschland Oktober 1937 29/16f.

Hitler und die englische Gleichgewichtsthese

Joachim von Ribbentrop urteilt und berichtet:

Entscheidend war die Tatsache, daß es immer wieder England war, das Adolf Hitler entgegentrat, sei es bei den unerläßlichen Revisionen von Versailles, sei es bei der Durchsetzung sonstiger deutscher Forderungen. Bis zum Kriegsausbruch 1939, als es um Danzig und den Korridor ging — jenes Problem, das von England selbst als das Pulverfaß Europas bezeichnet worden war — wurden der deutschen Revisionspolitik von englischer Seite immer von neuem die größten Widerstände entgegengesetzt. Psychologisch wirkte sich diese englische Haltung auf die Einstellung des Führers sehr ungünstig aus. Dennoch hat Adolf Hitler, der in grundsätzlichen Fragen unendlich schwer von seiner Linie abging, an seinem Verständigungswillen bis zum letzten Tage des Kriegsausbruches festgehalten und hat alles versucht, um den Krieg mit England zu vermeiden und doch noch zu einer großzügigen deutsch-englischen Einigung zu kommen.

Ich war der Auffassung und ich habe Adolf Hitler — entgegen allen Behauptungen der englischen Propaganda — immer wieder berichtet, daß England, wenn es keinen anderen Weg sähe, für seine Gleichgewichtsthese ganz zweifellos zu den Waffen greifen und heroisch kämpfen werde, falls wir uns mit ihm über die Stärke unseres Reiches nicht verständigen könnten. Ich hatte schon in den Jahren 1935/36 das Gefühl, daß die Kreise in England, die die alte Gleichgewichtsthese vertraten, eines Tages gegenüber den Verständigungskreisen die Oberhand gewinnen würden. In diesem Zusammenhang sind die Tagebuchnotizen des späteren britischen Premierminister Neville Chamberlain interessant, der schon am 6. Juni 1934 schrieb: „Wir können uns nicht auf Feindseligkeiten mit Japan und Deutschland gleichzeitig vorbereiten, das letztere ist das Problem, auf das wir uns konzentrieren müssen."...

Im Foreign Office war man fest und unwiderruflich eingeschworen auf die These von Sir Eyre Crowe, niemals mit Deutschland zu paktieren und auf die Gleichgewichtsthese, nach der England niemals

mit, sondern immer gegen die stärkste europäische Macht Politik treiben müsse.

Adolf Hitlers Standpunkt war es, daß diese englische These überaltert sei und auch als Theorie nicht mehr im englischen Interesse liege. Den Grund, den er mir hierfür angab, sah er in der Möglichkeit einer großen Machtentfaltung des Ostens und in der Gefahr einer Bolschewisierung Europas, Englands und damit der ganzen Welt, wie sie sich in unserem Zeitalter der sozialen Umwälzungen abzeichne. Die Auffassung Hitlers ging dahin, daß England ein sehr viel stärkeres Deutschland als bisher begrüßen und sogar ein besonderes Interesse an einem solchen haben müsse. Nur ein im Nationalsozialismus geeintes, gegen den Kommunismus immunes, starkes Deutschland könne für Europa und damit auch für das britische Imperium ein wirkliches Bollwerk gegen den Osten bilden. Die alte englische These vom Gleichgewicht der Kräfte werde sich, wie das der Führer einmal in klassischer Form zum Ausdruck brachte, unter den heutigen Verhältnissen niemals mehr für England, sondern nur noch zugunsten Rußlands auswirken.

Ein englisches Imperium als erster Machtfaktor zur See und ein ihm durch ein deutsch-englisches Bündnis zur Seite stehendes Deutschland als erste europäische Macht zur Abwehr des erstarkten aggressiven Ostens — das war das Zukunftsbild Adolf Hitlers, hier sah er die Basis einer neuen Stabilisierung der Kräfte in der Welt und damit der friedlichen Entwicklung der Völker.

Demgegenüber verfochten unsere Gegenspieler in London, Vansittart und Churchill mit wachsendem Erfolg ihre These: ein mittelstarkes Deutschland auf der einen und Frankreich mit seinen Verbündeten in Osteuropa auf der anderen Seite sollten England jederzeit die Möglichkeit bieten, nach freiem Belieben sein Gewicht jeweils in die Schale zu werfen. 4/74—76

Sir Samuel Hoare

Sir Samuel Hoare, der mit Ribbentrop den deutsch-englischen Flottenvertrag unterzeichnet hatte, äußert in seinen Erinnerungen die Ansicht, daß Deutschland nicht die Absicht gehabt habe, sich mit England zu messen:

„Zwischen 1935 und 1939 hätte Hitler leicht seinen Schiffsbau ausdehnen und die drei Wehrmachtsteile um die Wette rüsten lassen können. Aber er bildete sich ein, daß wir ihm, nachdem er uns die Führung zur See überlassen hatte, die Führung zu Lande lassen würden. Die Tatsache, daß wir

beim Abschluß des Flottenpaktes von anderen Motiven geleitet waren als er, änderte nichts an dem schließlichen Ergebnis. ... Wir waren überzeugt, daß eine Blockierung des deutschen Flottenbaues bestenfalls das Gleichgewicht in Europa aufrechterhalten und uns schlimmstenfalls Zeit für die eigene Aufrüstung verschaffen würde." 29/91

Wie Churchill Hitlers Politik deutete

In seinen Erinnerungen hebt Churchill hervor, daß Hitlers Buch „Mein Kampf" (das in den Jahren 1925 und 1926 erschienen war) „eingehendstes Studium durch die politisch oder militärisch führenden Männer der alliierten Mächte verdient hätte. Es stand alles darin". Er selbst scheint sich jedenfalls dieser Lektüre unterzogen zu haben, denn er berichtet, wenn auch in etwas groben Umrissen, so doch im Kern r i c h t i g über Hitlers außenpolitisches Programm:

„Über Deutschlands Außenpolitik", so lautet Churchills Referat über die einschlägigen Ausführungen in ‚Mein Kampf', „darf keine Sentimentalität herrschen. Es wäre töricht, Frankreich aus bloßen Gefühlsgründen anzugreifen. Was Deutschland braucht, ist die Expansion seines Gebietes in Europa. Die deutsche Kolonialpolitik vor dem Kriege war ein Fehler und sollte aufgegeben werden. Deutschland muß seine Ausdehnung bei Rußland und besonders bei den baltischen Staaten suchen. Kein Bündnis mit Rußland ist zulässig. Gemeinsam mit Rußland einen Krieg gegen den Westen zu beginnen wäre verbrecherisch, denn das Ziel der Sowjets ist der Triumph des internationalen Judentums. Das war der ‚eiserne Bestand' seiner Politik."

In der Tat weichen nur wenige Ereignisse der deutschen Außenpolitik der Jahre 1933 bis 1945 von der hier gezeigten Linie ab und das Erstaunliche an dieser so klaren Erkenntnis der Hitler-Politik ist es vor allem, daß Churchill sich nach 1945 offen dazu bekennt, sie s o schon damals erfaßt zu haben. Denn, mag man über die Richtigkeit oder Nützlichkeit oder Erwünschtheit dieser Hitlerlinie wie immer urteilen, für den britischen Beurteiler wurde doch eindeutig klar,

daß jegliches Angriffsdenken in westlicher Richtung abgelehnt und aus den Beziehungen zu England sogar der koloniale Konfliktsstoff bewußt ausgeschaltet wurde,

und daß zweitens die von Hitler betriebene militärische Wiedererstarkung des Reiches sich betont und ausschließlich gegen Osten richtete und von hier aus auch ihren Maßstab erhielt.

Weder vom damaligen noch vom heutigen Standpunkt aus läßt sich erkennen, daß ein tiefgreifender oder gar lebenswichtiger

Widerspruch zwischen diesem Hitler-Programm und den Interessen des Britischen Weltreiches bestand. Die letzteren wurden in jener Zeit noch gemeinhin darin erblickt, das Commonwealth zusammen- und die Herrschaft über Indien aufrechtzuerhalten.

Was konnte es im Lichte solcher Überlegungen Verlockenderes geben, als die Kraft Rußlands im Westen, die Kraft Deutschlands im Osten gebunden zu wissen?!

In all seinen unzähligen Redetexten, den Zeitungsartikeln und bändereichen Erinnerungen gibt uns Churchill auch nicht eine Andeutung dafür, warum er trotz seiner Erkenntnisse über Hitlers wahre politische Ziele immer mit der Lüge operierte, daß England und Frankreich von einem deutschen Angriff bedroht würden und warum er die Idee, Deutschlands Drang nach dem Osten durch Krieg im Westen entgegenzutreten, zu seinem politischen Evangelium erhob.

Wie schon vor 1914, so nahm auch diesmal wieder Churchills Voraussicht erstaunliche Ausmaße an. Bereits aus dem Jahre 1936 — dem Jahre, in dem sich alle Welt zum friedlichen Ereignis der Olympia in Berlin versammelte — berichtete er in seinen Erinnerungen von dem Gespräch mit einem Freund, „der eine hohe Vertrauensstellung in der Regierung einnahm": „Wir sprachen ausschließlich vom kommenden Krieg, der für mich eine Gewißheit war". 8/71f.

Die Kreise um Churchill

Joachim von Ribbentrop urteilt:

Warum aber waren die englische Diplomatie und überhaupt einflußreiche Kreise, die sich um Männer wie Churchill, Vansittart, Duff Cooper und viele andere scharten, Deutschland gegenüber so negativ eingestellt? Hier liegt eine wichtige Ursache für das Scheitern eines großen deutsch-englischen Arrangements in diesen Jahren. Die Antwort auf diese Frage gibt gleichzeitig auch die Antwort auf die Frage nach dem Grunde für den Zweiten Weltkrieg überhaupt. Sie heißt: Gefährdung der „balance of power" in Europa!

Die englische politische Welt war damals in zwei Teile gespalten: Der eine Teil, geführt von einigen wichtigen Kabinettsmitgliedern, zu denen wohl anfangs auch Mr. Baldwin selbst gehörte, eine Anzahl wichtiger Persönlichkeiten des House of Lords und des Unterhauses, maßgebende Männer der Presse, der City und auch des Geisteslebens

waren für eine Verständigung und für ein großzügiges Übereinkommen mit Deutschland.

Der andere Teil, unter Führung Vansittarts und des Foreign Office, waren gegen jede Abmachung mit Deutschland und für ein starres Festhalten an dem Versailler System. Die Politiker der letzten Gruppe sahen schon allein in der Existenz eines s t a r k e n Deutschen Reiches eine Gefahr für die englische These der „balance of power" in Europa. Sie glaubten daher von Anfang an, Adolf Hitler und Deutschland entgegentreten und jede weitere Erstarkung des Reiches verhindern zu müssen. Schon in den Jahren 1935/36 gewannen diese Kreise immer mehr die Oberhand, jedenfalls insofern, als eine neue großzügige Politik von der Gruppe britischer Politiker, die die englischen Interessen durch ein Zusammengehen mit Deutschland wahrnehmen wollten, nicht mehr durchgesetzt werden konnte. 4/71f.

● Vansittarts Rolle 1937—38 29/133—136

„Deutschland wird wieder zerschlagen werden"

Der damalige Völkerbundskommissar in Danzig Carl J. Burckhardt berichtet in seinen Erinnerungen von einem Gespräch mit Churchill, der ihm Anfang 1937 in London erklärte:

„Deutschland werde wieder zu stark, den Deutschen imponiere nur die Kraft; wenn es zu einer Auseinandersetzung komme, würden die maßlosen Übergriffe des Nationalsozialismus England zu einem starken Allianzsystem verhelfen. In fortgeschrittener Stunde aber erklärte er, falls ich in Danzig Schwierigkeiten haben sollte, möchte ich ihm nur berichten, er würde sich die Sache dort gelegentlich selbst anschauen und zum Rechten sehen."

Ein halbes Jahr später sagte Churchill dasselbe genau in etwas anderer Formulierung auch zu Ribbentrop in der Londoner Deutschen Botschaft. In Zukunft sollte nicht nur jede deutsche Handlung in Danzig, sondern auch jedes herumschwirrende Gerücht als „maßlose Übergriffe" ausgelegt werden, um England weitere Bündnispartner zu verschaffen und um die Achsen-Freunde „zu sich hinüberzuziehen. 29/172

Winston Churchill drückte sich in einer Unterredung mit Ribbentrop in der Londoner Botschaft im Herbst 1937 ganz offen aus:

„Wenn Deutschland zu stark wird, wird es wieder wie 1914 zerschlagen werden."

Auf Ribbentrops Antwort, daß es diesmal nicht so leicht sein werde, da Deutschland Freunde habe, erwiderte Churchill:

„Oh we are pretty good at getting them round at the end." (Oh, wir bringen es ganz gut fertig, sie schließlich doch zu uns herüberzuziehen.)

29/27

- Antrag der deutschen Verteidigung im Nürnberger Prozeß, Churchill als Zeugen zu laden: vom Gericht abgelehnt 29/28f.
- Zusammentreffen Churchills und Beaverbrocks mit dem sowjetischen Botschafter in London: „Neue Einstellung" zur Sowjetunion — „Deutschland ist das Hauptproblem" (Juni 1935) 38/25f.

Präsident Roosevelts Chicago-Rede

In einer am 5. Oktober 1937 in Chicago gehaltenen Rede erklärte Präsident Roosevelt, „die Herrschaft des Terrors und der internationalen Rechtlosigkeit" habe einen Grad erreicht, der die zivilisierten Staaten bedrohe. Friede und Freiheit von 90 Prozent der Weltbevölkerung werde von den übrigen 10 Prozent gefährdet. Obwohl er einzelne Länder nicht ausdrücklich nannte, machte der Präsident schon durch diesen Zahlenvergleich deutlich, daß er Japan, Italien und Deutschland, nicht aber die Sowjetunion als diejenigen Staaten verstand, gegen die er ein „gemeinsames Vorgehen" und vieldeutig eine Art „Quarantäne" verlangte. Es verdient angemerkt zu werden, daß diese Drohrede zu einem Zeitpunkt gehalten wurde, als noch keine territoriale Revision von deutscher Seite gefordert war und daß die früheste vertrauliche Besprechung, in der Hitler die Möglichkeit eines kriegerischen Konfliktes bei der Verfolgung seiner Ostraum-Pläne erwähnte (und sie für die Jahre 1943—45 ins Auge faßte), am 5. November 1937, also einen Monat nach dieser Roosevelt-Proklamation stattfand.

8/90

Aus den erbeuteten deutschen Akten zitiert der amerikanische Professor Tansill die Berichte, die der deutsche Botschafter Dieckhoff über die Chicago-Rede nach Berlin sandte. Aus diesen (und anderen) Quellen wird erkennbar, daß die entscheidenden scharfen Formulierungen in dem ursprünglich vom amerikanischen Außenministerium vorbereiteten Redeentwurf nicht enthalten waren. „Diese Formulierungen stammten vom Präsidenten selbst" und seien jedenfalls „erst unmittelbar vor der Ankunft in Chicago" in den Text aufgenommen worden. Es war hier offenkundig wieder einmal der „Gehirn-Trust" am Werk gewesen. Jedenfalls spricht Samuel J. Rosenmann — einer der Hauptmitarbeiter der Roosevelt-Reden und Herausgeber einer offiziellen Sammlung dieser Dokumente — rückblickend voll Stolz von dieser Chicago-Rede; sie sei ein „Meilenstein in der Außen-

politik der Vereinigten Staaten" gewesen. Und der mit dem Präsidenten befreundete Historiograph Emil Ludwig nennt die Rede in seiner Roosevelt-Biographie den „ersten Trommelwirbel im demokratischen Orchester", wobei er scharfsinnig erkannt hatte: „Die einzige Diktatur, der Roosevelt sich spontan angenähert hat, ist die der Russen."

Churchill teilt in seinen Erinnerungen einen Brief mit, den er damals an Eden geschrieben hat, und in dem es heißt:

„Bernard telegrafiert mir, daß er die Ergebnisse seiner Besprechung mit dem Präsidenten (nach unseren Gesprächen in London) niederschreiben will. Ich habe nur wenig Zweifel darüber, daß die Rede des Präsidenten gegen die Diktaturen weitgehend durch unsere Unterhaltung beeinflußt wurde."

24/144

Roosevelt löste die Rußlandabteilung seines Außenministeriums auf.

„Sie hatte sich bei den Kommunisten, sowie bei einigen Liberalen im Hause unbeliebt gemacht, sowohl wegen ihrer skeptischen Einstellung zur Rooseveltschen Politik, als auch wegen der scharfen Gründlichkeit ihrer Analysen. Durch diese Ereignisse wurde die prosowjetische Linie der Roosevelt-Regierung nicht nur bestätigt, sondern sogar verstärkt."

Diese Beurteilung stammt nicht von einem journalistischen Roosevelt-Kritiker, sondern von Botschafter Georg F. Kennan, einem langjährigen hohen US-Diplomaten. Im gleichen Artikel urteilt Kennan mit bemerkenswerter Offenheit:

„Ich glaube, daß dem allgemeinen Verständnis für die Probleme der Gegenwart nicht gedient wird, wenn wir Amerikaner nicht offen anerkennen, daß die Fehler, die zwischen 1935 und 1945 in unserer Politik der Sowjetunion gegenüber gemacht worden sind, zu den schwersten und verhängnisvollsten in der ganzen Geschichte unserer Außenpolitik gerechnet werden müssen."

14/200

Joachim von Ribbentrop urteilt:

Die Beziehungen zwischen Deutschland und den USA waren nach der grausamen Enttäuschung der Hoffnungen, die das deutsche Volk auf Wilsons 14 Punkte gesetzt hatte, bald wieder zufriedenstellend geworden. Das war insbesondere unter der Präsidentschaft Herbert Hoovers der Fall gewesen, dessen persönliche Anteilnahme für die hungernden Massen Deutschlands unmittelbar nach dem Weltkrieg bei uns nicht vergessen worden war.

Bald nach dem Amtsantritt Roosevelts 4. Januar 1933 trat in diesen Beziehungen ein Wandel ein. Die enge Anlehnung Amerikas an den

für Deutschland unannehmbaren französischen Standpunkt in der Abrüstungsfrage und die Entsendung des betont deutsch-feindlichen Mr. William Dodd als Botschafter nach Berlin waren die ersten Anzeichen. Nach einigen Jahren, in denen sich Roosevelt mehr mit innenpolitischen Fragen beschäftigt hatte, wandte er sich 1937 intensiv der Außenpolitik zu, um auf solche Weise die amerikanische Öffentlichkeit von den inneren Schwierigkeiten abzulenken.

In seiner bekannten „Quarantäne"-Rede in Chicago am 5. Oktober 1937 richtete Roosevelt seine Ausführungen in erster Linie gegen Japan; ebenso bezeichnete er Italien wegen des Abessinienkrieges als Angreiferstaat und ohne jeden Grund beschuldigte er auch Deutschland. Bemerkenswerterweise unterließ er es, das ebenfalls autoritäre Rußland zu erwähnen. 4/164

● Hintergründe und Motive der Chicago-Rede 24/212f.; 29/20f.

Hitlers Besprechung am 5. November 1937

Am 5. November 1937 — vier Wochen nach Roosevelts Chicago-Rede — hatte Hitler den Reichskriegsminister von Blomberg, den Reichsaußenminister von Neurath und die Oberbefehlshaber der drei Wehrmachtsteile, Generaloberst Freiherrn von Fritsch, Generaladmiral Dr. h. c. Raeder und Generaloberst Göring in die Reichskanzlei gebeten, um ihnen in einer mehr als vierstündigen Aussprache seine Ansicht über die außenpolitische Lage und die mögliche zukünftige Entwicklung darzulegen. An dieser Besprechung nahm auch Oberst Hoßbach in seiner Eigenschaft als Wehrmachtsadjutant Hitlers teil. Während der Sitzung wurde weder Protokoll geführt, noch sind Notizen gemacht worden.

Ohne von Hitler beauftragt zu sein, fertigte Hoßbach fünf Tage später aus dem Gedächtnis und ohne Unterlage einen handschriftlichen Bericht über diese militärisch-politische Lagebeurteilung an und datierte ihn in seinem Amtszimmer im Kriegsministerium mit dem „10. November 1937". Diese einzige Niederschrift ist verlorengegangen. Nur eine unauthentische, bereits gekürzte Fassung von etwa elf Schreibmaschinenseiten, die nach einer von Dritten angefertigten Kopie der Originalniederschrift Hoßbachs gemacht worden war, wurde im Nürnberger „Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher" vor dem Internationalen Militärgerichtshof als amerikanisches Anklagedokument vorgelegt. Im März 1946 war sie dem Gerichtshof von deutscher Seite zur Verfügung gestellt worden.

Der amerikanische Anklagevertreter Mr. Alderman bezeichnete diese Notizen als ein „Schriftstück von ungeheurer Bedeutung" und zog aus ihm die Schlußfolgerung, es zerstöre „jeden nur möglichen Zweifel über die wohlüberlegten Pläne der Nazis bezüglich ihrer Verbrechen gegen den Frieden". Der Internationale Militärgerichtshof schloß sich trotz wohlfundierter Einwände der Verteidigung dieser Auffassung an und gab in der Urteilsbegründung der Überzeugung Ausdruck, daß diesem Dokument „der allergrößte Wert" zukomme. Die Niederschrift hat dann auch tatsächlich bei der Begründung des Nürnberger Urteils eine ausschlaggebende Rolle gespielt.

Die Zeitgeschichtsschreibung hat diese Auffassung des Nürnberger Gerichts weitgehend kritiklos übernommen und das sogenannte „Hoßbach-Protokoll", das weder ein Protokoll, noch — in der in Nürnberg vorgelegten Fassung — von Hoßbach ist, als den frühesten Beweis der deutschen Eroberungspläne interpretiert. 29/9

- Text der im Nürnberger Prozeß vorgelegten Hoßbach-Niederschrift 29/31—43
- Erklärungen des Generals der Infanterie Friedrich Hoßbach zu der im Nürnberger Prozeß vorgelegten Niederschrift 29/43—46
- Textkritik zur Hoßbach-Niederschrift 29/51—64
- Beurteilung der Hoßbach-Niederschrift durch die Historiker Taylor und Hoggan 29/102—106
- Hitlers Motiv zur Besprechung vom 5. 11. 1937 29/49f.; 52f.

Die deutsche Frage in der Hoßbach-Niederschrift

Die Lösung der deutschen Frage konnte für die Teilnehmer der Besprechung am 5. November 1937 nichts anderes bedeuten, als daß das Problem Österreichs und der Tschechoslowakei in den Jahren zwischen 1943 und 1945 geregelt werden solle, um die Sicherung der deutschen Volksmasse zu garantieren. Die Überlegung, daß dieses Ziel nicht ohne Gewalt erreicht werden könne, fand ihre Ursache darin, daß die Westmächte sich offenkundig zur Niederhaltung Deutschlands vorbereiteten. Aus diesem Grunde werde sich das deutsche Volk früher oder später zum Kampf stellen müssen — das war Hitlers Überzeugung. Der Frage, wann und unter welchen Umständen eine solche Auseinandersetzung eintreten könne, galten die Ausführungen Hitlers vom 5. November 1937. 29/55

Das „Hoßbach-Protokoll" — ein Dokument der innerdeutschen Opposition?

Schon Ende 1936 hatte Hjalmar Schacht — nach Professor Rothfels — durch einen Mittelsmann beim Generalobersten Beck angefragt, ob er zum Vorgehen gegen Hitler bereit sei, und

„Beck soll geantwortet haben, daß eine Änderung des Regimes eine zivile Angelegenheit sei, daß aber, wenn die zivile Opposition die Initiative ergreife, die Armee es nicht an sich fehlen lassen würde."

Im Lichte dieser Vorgeschichte erhält der bereits erörterte Umstand besondere Bedeutung, daß die nachträgliche Hoßbach-Niederschrift über die Besprechung vom 5. November 1937 vermutlich von Generaloberst Beck veranlaßt worden ist. Kaum hatte Hoßbach ihm die am 10. November gefertigte Niederschrift übergeben, als Beck sie zum Anlaß ausführlicher eigener Anmerkungen machte, die das Datum des 12. November 1937 tragen ...

Wie auch immer man die Beckschen Anmerkungen beurteilen mag: Ihre Bedeutung liegt weniger in ihrem Inhalt als in der Verwendung, die sie vermutlich gefunden haben. Es scheint, daß sie benutzt worden sind, um sowohl die politische wie die militärische Opposition zu mobilisieren, um gewissermaßen das Stichwort zu einer „Revolution von oben" zu erteilen, deren Aufgabe es sei, einen angeblich von Hitler gewünschten Krieg zu vereiteln.

Jedenfalls datiert Rothfels den Beginn „des ersten Versuchs gemeinsamen Handelns" der zivilen und der militärischen Opposition auf jene Reichskanzlei-Besprechung und Becks „Reaktion" darauf.

29/82, 90

- Anmerkungen des Generaloberst Beck zu Hoßbachs Niederschrift, Text 29/83—90
- Spätere Aussagen des Besprechungsteilnehmer über die Sitzung am 5. 11. 1937 29/90—101

Chamberlain und Halifax

Neville Chamberlain hatte im Juli 1937 den altgewordenen Baldwin als britischen Premierminister abgelöst und sah sich offenkundig vor der Aufgabe, mit der verfahrenen englischen Politik gegenüber Italien und mit dem Problem Hitler fertig zu werden. Wir wissen heute — vor allem aus seinen von Feiling herausgegebenen Briefen und Tagebuchaufzeichnungen (Keith Feiling: The life of Neville Chamberlain, London 1946), welche Motive die Politik Chamberlains

in jenen Jahren bestimmt habe. Er wollte Zeit gewinnen, „in der wir aufrüsten können" und er wollte „die Achse am Rom-Ende biegen", d. h. er wünschte Mussolini wieder von Hitler zu trennen (eine Politik, die im August 1939 bekanntlich einen überraschenden Erfolg zeitigte, als Italien auf die englisch-französischen Kriegserklärungen an Deutschland nur mit einer Erklärung der „Nichtkriegführung" antwortete).

Daß Chamberlains Politik schließlich genau dort endete, wo er nicht hingeraten wollte: in eine Abhängigkeit Großbritanniens von den Vereinigten Staaten, daß er sich bei seinem Kriegsentschluß 1939 durch die Vorstellung einer putschbereiten deutschen Generalität in eine ganz falsche Berechnung verstricken ließ — das alles steht auf einem anderen Blatt.

Zunächst war zu sagen, daß Chamberlains Konzeption — vom britischen Interessenstandpunkt aus betrachtet — gut durchdacht und geschickt angelegt war; ihr Kernpunkt bestand in dem Versuch, Hitler zu isolieren, indem er ihn in Konflikte mit seinen bisherigen Freunden verwickelte. Erst 1939 glaubte Chamberlain an die Möglichkeit, bei Polen einen Hebel ansetzen zu können, schon 1937 aber war er fest entschlossen, es bei Mussolini zu versuchen.

Hier rückte unvermeidlich das Österreich-Thema wieder in den Vordergrund; auch in Paris war man sich dieses Umstandes lebhaft bewußt. Jedenfalls konnte der österreichische Gesandte in Rom am 10. November 1937 über ein Gespräch mit dem dortigen französischen Geschäftsträger Gesandten Blondel dessen Erklärung berichten:

„Der einzige Lichtblick in der für Frankreich sonst schier unerträglichen Politik Mussolinis sei der, daß man in Paris überzeugt ist, Mussolini werde die Unabhängigkeit und Selbständigkeit Österreichs trotz aller Achsenpolitik solange als nur irgend möglich verteidigen."

Im Lichte dieser zweifellos richtigen Deutung des italienischen Standpunktes muß man die Äußerungen prüfend bewerten, in denen sich wenige Tage später — am 19. November 1937 — der britische Lord Halifax als Vertrauensmann Chamberlains auf dem Obersalzberg Hitler gegenüber erging.

Nach der amtlichen Aufzeichnung erklärte Halifax bei dieser Gelegenheit u. a.:

„daß in England jeder Deutschland als ein großes und souveränes Land achte und auch nur auf dieser Grundlage mit ihm verhandelt werden solle. Die Engländer seien ein Volk der Realitäten und seien vielleicht mehr als andere überzeugt, daß die Fehler des Versailler Diktates richtig gestellt werden müßten . . . Englischerseits glaube man nicht, daß der status quo

unter allen Umständen aufrechterhalten werden müsse. Man erkenne an, daß eine Anpassung an neue Verhältnisse, Korrekturen früherer Fehler und notwendig gewordene Änderungen bestehender Zustände ins Auge gefaßt werden müßte ..."

Halifax ging im weiteren Verlauf des Gespräches so weit, die Änderungen des „status quo", die früher oder später in Europa eintreten müßten, ausdrücklich mit „Danzig, Österreich und Tschechoslowakei" zu bezeichnen. England sei nur daran interessiert, daß diese Änderungen im Wege friedlicher Evolution zustande gebracht würden.

Es stellte sich freilich die Frage, wie Halifax sich die „friedliche Evolution" etwa in der Österreich-Frage — wo sie ja von 1918 an nur von außen her verhindert worden war — oder in der Tschechoslowakei, wo sie unvermeidlich eine tiefgreifende Veränderung der Staatsstruktur zur Folge haben mußte — im tatsächlichen Ablauf vorstellte. Man darf annehmen, daß Halifax mit seinen ermunternden, aber unverbindlichen Bemerkungen an Hitlers Adresse keineswegs die bisherige britische Politik aufgeben wollte, die Botschafter Henderson wenige Monate vorher so treffend dahin charakterisiert hatte, daß ihr eine Stärkung Deutschlands „absolut unerwünscht" sei.

Danzig war in damaliger Sicht völlig uninteressant, denn dort war die „evolutionäre Entwicklung" längst vollzogen; es regierte bereits seit dem 20. Juni 1933 eine nationalsozialistische Regierung. Der Anschluß an das Reich war nur eine Formalie, auf die Hitler bisher nur aus Rücksicht auf seine Freundschaftspolitik mit Polen verzichtet hatte. Daß sich ausgerechnet an dieser Frage der Zweite Weltkrieg entzünden würde, konnte damals niemand in den Sinn kommen.

Halifax' Hinweis auf die Tschechoslowakei war in anderer Weise gegenstandslos. So wie die Dinge im Herbst 1937 lagen, wäre jeder — auch der friedlichste — Versuch, hier eine Änderung der Versailler Grenzen herbeizuführen, an einem Pariser Veto gescheitert, er hätte Krieg mit Frankreich bedeutet.

Blieb Österreich: hier konnte Hitler in Halifax' Worte ein britisches Desinteressement hineindeuten, gewissermaßen „grünes Licht" erkennen. Halifax dagegen durfte sich aus einer erneuten Aktivität der deutschen Politik in Österreich ein nochmaliges Zerwürfnis zwischen Hitler und Mussolini erhoffen — also genau das, was Chamberlain wollte: das „Aufbiegen" der Achse! 34/122—124

- Verstärkte englische Rüstung nach Chamberlains Amtsantritt als Premierminister 29/72—74
- Unterredung Hitler-Halifax am 19. 11. 1937, ausführliche Darstellung 29/107—112

Görings Gespräche mit dem österreichischen Staatssekretär Schmidt im November 1937

Zur gleichen Berliner Jagdausstellung, deren Besuch den Vorwand für Lord Halifax bot (der Berliner Witz nannte ihn um dieses Zusammenhanges willen „Lord Halalifax"), reiste im November 1937 auf Einladung Görings auch Schuschniggs Staatssekretär Dr. Guido Schmidt nach Berlin. Schmidt hatte mehrere Gespräche mit Göring, über die er im Dezember 1937 vor den politischen Leitern der österreichischen „Vaterländischen Front" berichtete. Seine Ausführungen sind in dem späteren Prozeß nach einer knapp formulierten Niederschrift referiert worden. Danach hat Schmidt damals „drei Wege für die Erhaltung der Unabhängigkeit Österreichs" bezeichnet.

„Gegen Deutschland — indifferent mit Deutschland — in Freundschaft mit Deutschland. Der erste Weg kommt nicht in Frage, die Schattenseiten des zweiten, die sich für beide Teile ergeben, kennen wir alle leider viel zu gut. Zweifellos wäre es wünschenswert, wenn wir in die dritte Form zwischenstaatlichen Lebens mit dem Deutschen Reiche hineinwachsen."

In den Gesprächen mit Göring habe er — Schmidt — dazu feststellen können:

„1. daß in Deutschland die Erkenntins, daß die außenpolitische Lage Östereichs günstig ist, immer mehr Platz gewinnt, 2. daß insbesondere die Einstellung Italiens gegenüber Österreich unverändert ist. Äußerung Görings: Italien will nicht nur keinen Anschluß, sondern nicht einmal eine Annäherung zwischen Österreich und Deutschland, 3. keine Gewaltlösung, 4. Österreich vom Standpunkt des Deutschen Reiches nicht das Tor, das ins Freie führt."

Schmidt hatte zweifellos richtig beobachtet. Hitler war sich der internationalen Gefahren in der Österreich-Frage insbesondere mit Rücksicht auf seinen nahezu einzigen Bundesgenossen Mussolini sehr bewußt und wollte gerade hier keine Krise.

Schuschnigg hatte den Stand der Angelegenheit natürlich auch erfaßt: Seine Schwierigkeiten lagen auf dem innenpolitischen Gebiet; das Machtwort, das die illegale NSDAP zur Ruhe bringen konnte, vermochte nur Hitler zu sprechen. Er — Schuschnigg — dagegen hatte es in der Hand, Hitler die Sorge vor einem Bruch mit Italien zu nehmen, ohne deshalb auf das Fernziel einer Vereinigung Österreichs mit dem Reich verzichten zu müssen.

Aus diesen beiden politischen Elementen ergab sich schließlich die berühmt gewordene Begegnung zwischen Hitler und Schuschnigg auf dem Obersalzberg am 12. Februar 1938.

Zwei Monate vorher war schon eine Zusammenkunft zwischen Göring und Schuschnigg ins Auge gefaßt worden, die Staatssekretär Schmidt bei seinem Berliner Besuch angeregt hatte. 34/125

- Göring an Staatssekretär Schmidt im Dezember 1937: Briefliche Vorschläge für eine Verständigung mit der österreichischen Regierung, Text 34/126
- November/Dezember 1937: Meinungsaustausch der Regierungen in London, Paris und Washington über die deutsche Frage 29/115/118
- November/Dezember 1937: Ribbentrop bei Chamberlain 29/112—115
- November/Dezember 1937: Hitler fordert Bericht Ribbentrops; dessen „Schlußfolgerungen" vom 2. 1. 1938 4/116—123 (Text); 29/119—126, 128f., 133

Ribbentrops Lagebeurteilung im Januar 1938

Als Ribbentrop im November 1936 nach London fuhr, waren Hitlers letzte Abschiedsworte an ihn: „Ribbentrop, bringen Sie mir das englische Bündnis."

Die „Schlußfolgerungen" legen dar, daß und warum das erstrebte „englische Bündnis" nicht verwirklicht werden konnte. Sie sind insbesondere eine Antwort auf Hitlers Frage, ob England die deutschen Revisionsforderungen, d. h. eine Veränderung des status quo in Europa, tolerieren werde ...

Die wesentlichen Punkte lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Eine Änderung des status quo im Osten werde nach Ribbentrops Ansicht England immer auf den Plan rufen, wenn Frankreich sich stark genug fühlt, für seine östlichen Bundesgenossen zu marschieren. Frankreich hatte zu jener Zeit Militärbündnisse mit Rußland, Polen und der Tschechoslowakei. Das österreichische und tschechische Revisionsproblem wird von Ribbentrop gesondert als mitteleuropäische Frage behandelt, Polen wird mit keinem Wort erwähnt. Ribbentrop geht davon aus, daß Frankreich England in einen Krieg gegen Deutschland ziehen könne, auch dann, „wenn England den Krieg nicht will". Um das zu verhindern, bedürfe es einer überlegenen „Mächtekonstellation, z. B. Deutschland, Italien, Japan". Nur dadurch sei es zu erreichen, daß Frankreich durch England von einem Eingreifen „im Falle eines östlichen Konfliktes Deutschlands" abgehalten werden könne, da England es vermeiden müsse, gleichzeitig in Ostasien, im Mittelmeer und in Europa zu kämpfen.

2. Für ein „lokales mitteleuropäisches Problem" werde nach Ribbentrops Ansicht „England einen Existenzkampf um sein Weltreich

nicht riskieren", selbst wenn Deutschland dadurch bedeutend gestärkt würde. So sehr ein „klares englisches Zugeständnis in der österreichisch-tschechischen Frage" zugunsten Deutschlands luftreinigend für Europa wirken könnte, so glaubt Ribbentrop doch, daß „England höchstens eines Tages durch die Macht der Verhältnisse gezwungen eine solche Lösung dulden würde". Als „Macht der Verhältnisse" versteht Ribbentrop eine starke deutsche Bündniskonstellation.

3. Ribbentrop fordert deshalb die „Stärkung der Achse Berlin-Rom und des Dreiecks Berlin-Rom-Tokio" und den „Beitritt weiterer Staaten zu dieser Konstellation". Alle drei Staaten müßten sich um die Freundschaft auch des kleinsten ihnen erreichbaren Landes bemühen. Er bezieht sich auf die kurz zuvor erschienenen Artikel des französischen Ministerpräsidenten Flandin, der für „England und Frankreich plus Rußland" versuchte, möglichst viele Staaten für ihre Konstellation gegenüber den „autoritären Staaten Deutschland, Italien und Japan" zu gewinnen. Zu diesem Zweck habe England seine besten Diplomaten nach Portugal, der Türkei und Japan entsandt. Im Gegensatz zu Weizsäckers Annahme, daß England „seine Ruhe in Europa durch Abschlagszahlungen an Deutschland erkaufen" werde, ist Ribbentrop überzeugt, daß England „vor allem auch zukünftig bemüht bleiben wird, die Achse Berlin-Rom zu schwächen bzw. das Dreieck Berlin-Rom-Tokio zu trennen". Ribbentrop zweifelt nicht daran, daß England, „um das Herz des britischen Imperiums schützen zu können, zur gegebenen Zeit alles tun wird, um zu Italien und Japan, selbst eventuell unter großen Opfern, wieder ein gutes Verhältnis herzustellen, d. h. Deutschland auszukaufen" (vgl. dazu: Chamberlains Rüstungsprogramm). **29/129f.**

- Ribbentrops politischer Bericht vom 2. 1. 1938 in der zeitgenössischen Literatur verschwiegen oder verfälscht 4/115; 29/140f.
- Amerikanische Historiker über Ribbentrops „Schlußfolgerungen" 29/118, 143
- Ribbentrops „Schlußfolgerungen" im Nürnberger Prozeß 29/136—140

Januar 1938: Botschaft Roosevelts an Chamberlain

Churchill berichtet in seinen Erinnerungen von einem bedeutungsvollen Besuch, den der damalige amerikanische Unterstaatssekretär Sumner Welles dem britischen Botschafter in Washington am 11. Januar 1938 abstattete — also noch vor dem Beginn der territorialen Revisionen, die das Merkmal des Jahres 1938 ausmachen. Welles überbrachte dem Botschafter eine „geheime und vertrauliche Bot-

schaft von Präsident Roosevelt an Chamberlain". Der Präsident — das war der Inhalt der Botschaft — sei angesichts der „Verschlimmerung der internationalen Lage tief besorgt" und wünsche die Unterstützung der britischen Regierung zur Einberufung einer internationalen Konferenz in Washington; obwohl sich am damaligen politischen Horizont keine irgendwie neuen Probleme abzeichneten, wünschte der Präsident die Angelegenheit sehr dringlich behandelt zu sehen und setzte dem britischen Premierminister den 17. Januar als Termin für die Antwort. Außenminister Eden befand sich in diesen Tagen auf Urlaub in Frankreich; Chamberlain sandte eine höfliche aber ausweichende Antwort nach Washington. Churchill schreibt über diesen, damals der Öffentlichkeit völlig unbekannt gebliebenen Vorgang recht aufschlußreich:

„Präsident Roosevelts Vorschlag, den Einfluß Amerikas dafür zu verwenden, daß die führenden europäischen Mächte zusammenträten und die Möglichkeiten einer umfassenden Regelung besprächen, wobei natürlich die gewaltige Macht der Vereinigten Staaten auf irgendeine Weise ins europäische Spannungsfeld einbezogen worden wäre, dieser Vorschlag wurde von Chamberlain abgelehnt."

Eden war aus dem Foreign Office alarmiert worden, aber er kam zu spät nach London zurück, um noch einzugreifen. Es ergab sich aus d i e s e m Punkt (nicht nur aus einer Meinungsverschiedenheit über Italien, wie der Öffentlichkeit gegenüber vorgegeben wurde) der Konflikt des Außenministers mit dem Premierminister, der am 20. Februar 1938 zum Rücktritt Edens führte.

Es hat den Anschein, daß sich Chamberlain in jener Zeit wenig Vorteil davon versprach, in das Schlepptau eines amerikanischen Präsidenten zu geraten, der sich einige Monate vorher in seiner berühmt gewordenen Chicago-Rede aus undurchsichtigen Motiven heraus zu einer Politik des Eingreifens in die internationale Lage bekannt hatte und von dem nur eines ganz sich sicher war: nämlich daß seine Hilfe teuer würde erkauft werden müssen.

Wie weit die Voraussicht Chamberlains in Wirklichkeit gegangen ist, kann nicht mehr zuverlässig abgeschätzt werden, jedenfalls versprach er sich keine Vereinfachung der in Europa gegebenen Probleme durch ein Mitreden des gesprächigen Franklin Delano Roosevelt.

Diese gewiß nicht unkluge Meinung des britischen Premierministers führte ihn bis zum vertrauten Zwiegespräch mit Hitler; die massive Antwort des amerikanischen Präsidenten erwartete ihn, als er neun Monate später von München nach Hause kam. 8/89—91

Die Österreich-Frage

Bis zur Regierung Dollfuss hatten die österreichischen Staatsmänner ihre Aufgabe darin gesehen, die Unabhängigkeit ihres Landes gegen die Versailler Mächte zu verteidigen und gleichzeitig den näheren Anschluß an Deutschland vorzubereiten. Erst 1934 „hatte sich die österreichische Regierung an die Regierungen Frankreichs, Englands und Italiens gewandt ... um die Unabhängigkeit und Integrität Österreichs gemäß den geltenden Verträgen aufrecht zu erhalten".

Da sich vor allem Italien für die Österreich-Frage interessierte und gegen den Anschlußgedanken Stellung nahm, was insbesondere bei der Konferenz von Stresa 1934 zum Ausdruck kam, wurde dieses Problem in jenen Jahren zu einer Schlüsselfrage europäischer Politik.

Als trotzdem infolge des Abessinien-Konfliktes ab 1935—36 eine Annäherung zwischen Berlin und Rom erfolgte, blieb die Österreich-Frage ein wunder Punkt der „Achse". Mussolini verstand sich noch am 8. Mai 1937 lediglich zu der Erklärung, er werde sich gegen Österreich einstellen, wenn sich in Wien eine „Volksfrontregierung" bilde und

„die österreichische Politik nach Prag oder Paris orientieren wolle ... Das gleiche würde der Fall sein, wenn etwa von der Regierung Schuschnigg eine Annäherung an die Tschechoslowakei stattfinden würde."

Noch fast ein ganzes Jahr lang wurde Schuschnigg offiziell und inoffiziell bedrängt, keinen Ausgleich mit Deutschland einzugehen. Erst am 27. Januar 1938 konnte Papen an Hitler telegrafieren, daß Schuschnigg sich der „Unmöglichkeit" des gegenwärtigen Zustandes bewußt geworden sei und daß er

„dringend die beabsichtigte persönliche Aussprache wünscht und nach Ansicht von Minister Glaise auch zu grundsätzlicher Änderung seiner Haltung bereit wäre".

29/151

Die sog. Blomberg-Fritsch-Krise im Februar 1938

Die geistige Gruppenbildung in der Wehrmachtsführung, die später zu verhängnisvollen Folgen führte, begann — wie Generalfeldmarschall Keitel in seinen Memoiren beleuchtet — bereits am 30. Januar 1933. Sie kristallisierte sich in den Jahren des Wehrmachtaufbaues um die Frage der sog. Wehrmachts-Spitzengliederung — hier glaubte der Generalstab des H e e r e s Ansprüche anmelden zu können, die auf die Parallele 1916—1918 (Hindenburg-Ludendorff) ba-

sierten und mit der „vollziehenden Gewalt" im Kriegsfall sogar eine Art innerpolitische Machtergreifung durch die Heeres-Generalität vorsahen. Blomberg—Keitel waren dagegen Verfechter einer den drei Wehrmachtsteilen — Heer, Luftwaffe, Marine — übergeordneten modernen militärischen Führungsinstanz. Der Heeres-Generalstab unter Beck war nicht bereit, sich einer solchen Spitze unterzuordnen. Es wurden hier — noch zu Zeiten Blombergs — Spannungsmomente sichtbar, die nur indirekt mit Hitler und dem Nationalsozialismus zu tun hatten und doch noch auf die Szene des 20. Juli 1944 mit einwirkten.

Über die Blomberg-Fritsch-Krise des Januar/Februar 1938 sagt Keitel soviel überzeugende Einzelheiten, daß die jahrelange verzerrende Debatte über dieses Thema nun beendet ist. Von „Intrigen" bleibt nichts mehr übrig. Die ganze Geschichte der merkwürdigen Heirat Blombergs gehört dem Bereich der historischen Groteske an — so weitgreifend ihre Auswirkungen waren. Eine davon war die Schaffung des dem Generalstabschef Beck unerwünschten „Oberkommandos der Wehrmacht", die Berufung Keitels zu seinem Chef und damit sein Eintritt in den unmittelbaren Kreis um Hitler.

In den Aufzeichnungen Keitels eröffnet sich dem Leser eine Fülle von neuen Schlaglichtern auf die großen Entscheidungen jener schicksalhaften Jahre — gewissermaßen eine militärische Parallele zu den außenpolitischen Umrissen, die Ribbentrop — ebenfalls seit 4. Februar 1938 unmittelbar an Hitlers Seite — in den gleichen Herbstwochen des Jahres 1946 in einer Nachbarzelle des Nürnberger Gefängnisses niederschrieb! 34/231

Zum politischen Panorama jener Februartage 1938 gehören auch die folgenden Zitate. Am 16. April 1945 — noch in der Haft — notierte Schuschnigg in sein später veröffentlichtes Tagebuch:

„Gespräch mit General Thomas: Wie es bei der schändlichen Behandlung des Generalobersten von Fritsch Anfang Februar 1938 fast zu einer offenen Empörung kam. Gewiß, das war damals als die österreichische Frage in Berchtesgaden zur Diskussion stand. Und unsere Information, daß Hitler mit erheblichen Schwierigkeiten im Inneren rechnen mußte, waren durchaus nicht aus der Luft gegriffen. Wir hatten tatsächlich die Chance, daß Hitler keine Zeit blieb für die Verwirklichung seiner aggressiven außenpolitischen Pläne, aber der Versuch mißlang. Weil maßgebliche militärische Stellen zum Handeln nicht bereit und weil auf das jüngere Offizierskorps kein Verlaß war."

Im Wiener Prozeß gegen den ehemaligen österreichischen Staatssekretär Schmidt trat als Zeuge auch ein Freiherr Hans von Hammerstein-Equord auf, der in den Vorjahren einige Zeit österreichi-

scher Justizminister und im Frühjahr 1938 noch als „Bundeskommissär für Kulturpropaganda" im Wiener Unterrichtsministerium tätig war. Hammerstein-Equord berichtete vor Gericht, daß er

„nach den letzten in Berlin stattgefundenen kulturpolitischen Verhandlungen (Ende November anfangs Dezember 1937) dem Bundeskanzler Nachrichten aus meinem speziellen Verwandten- und Bekanntenkreis in Berlin, der schärfstens gegen den Nationalsozialismus eingestellt war, mitteilen konnte, die mir Dr. Schuschnigg leider damals nicht recht zu glauben schien. Meine Quellen waren mein 1943 verstorbener Vetter Kurt Freiherr von Hammerstein, der bis 1934 Chef der Obersten deutschen Heeresleitung gewesen war, der frühere langjährige Reichswehrminister Geßler und einige andere Herren aus der hohen Generalität und der Wirtschaft und schließlich auch Bischof Preysing aus Berlin. Ob zu dieser Zeit schon eine gegenteilige Beeinflussung des Bundeskanzlers durch den Beschuldigten soweit Platz ergriffen hatte, daß sich der Bundeskanzler meinen Mitteilungen, die mit Wiedergabe der gröbsten Ausdrücke gemachte Mitteilungen waren, in denen in diesen Berliner Kreisen vom nationalsozialistischen Regime gesprochen wurde, verschloß, kann ich nicht beurteilen."

Hammerstein-Equord war im Prozeß als Belastungszeuge gegen Schmidt aufgetreten — daher die abfälligen Bemerkungen über den „Beschuldigten" und seinen Verdacht, dieser habe Schuschnigg anders beeinflußt. Aus Schuschniggs zitierter Tagebuch-Notiz darf geschlossen werden, daß der Bundeskanzler die ihm zugegangene Mitteilungen über eine Berliner „Offiziersverschwörung" im Frühjahr 1938 durchaus ernst genommen hat. 34/148f.

Ribbentrops Berufung zum Reichsaußenminister

In seinen Memoiren schreibt Joachim von Ribbentrop:

Die Ernennung zum Reichsaußenminister kam für mich völlig überraschend. Ich befand mich am 30. Januar 1938 anläßlich der Feier zum Jahrestag der Machtübernahme in Berlin, als mich Hitler bat, noch einige Tage zu bleiben. Es war die Woche der sogenannten Blomberg-Krise. Am 4. Februar ließ der Führer mich zu sich rufen und eröffnete mir, daß er im Rahmen eines Revirements in verschiedenen höheren Stellungen des Staates auch einen Wechsel des Außenministers vornehmen wolle. Der bisherige Reichsaußenminister von Neurath werde zum Präsidenten des Geheimen Kabinettsrats ernannt werden. An seine Stelle solle ich treten.

Bei meiner Amtsübernahme hat mich Adolf Hitler kurz über die allgemeine politische Lage ins Bild gesetzt. Er sagte mir, daß Deutschland sich durch den Aufbau der Wehrmacht und die Rhein-

landbesetzung eine neue Position geschaffen habe. Es sei wieder in den Kreis der gleichberechtigten Nationen eingerückt, und nun sei es an der Zeit, gewisse Probleme ihrer Lösung zuzuführen — Probleme, die nur mit einer starken Wehrmacht, zwar keineswegs durch ihren Einsatz, wohl aber durch ihr bloßes Vorhandensein gelöst werden könnten. „Ein Land — so sagte er — das nicht auch militärisch stark ist, kann überhaupt keine Außenpolitik betreiben." Wir hätten das in den vergangenen Jahren zur Genüge gesehen. Jetzt müsse es unser Bestreben sein, zu unseren Nachbarn in ein klares Verhältnis zu kommen. Die vier Probleme, die er mir nannte, waren Österreich und das Sudetenland, Memel und Danzig mit dem Korridor. Meine Aufgabe lag darin, ihm bei der diplomatischen Lösung dieser Probleme zu helfen. 4/124f.

Schuschnigg in Berchtesgaden

In Wien hatte man sich — wenn auch unter strengster Geheimhaltung — sorgfältig auf das bevorstehende Ereignis vorbereitet. Über Hitlers voraussichtliche Forderungen wußte man seit dem Brief Görings an Schmidt genau Bescheid.

Durch das aktenkundige Vorliegen des seitenlangen Göring-Briefes, ferner durch den Umstand, daß diese Korrespondenz — wie Schuschnigg im Schmidt-Prozeß selbst bekundete — „amtlich behandelt wurde" und die Tatsache, daß ihm in Berchtesgaden keine anderen Forderungen gestellt wurden, als sie schon am 11. November 1937 notifiziert waren, ließ Schuschnigg sich nicht hindern, später wiederholt zu behaupten, Hitlers Bedingungen seien für ihn eine „völlige Überraschung" gewesen.

Unter den zahlreichen Berichten, die es über den tatsächlichen Ablauf der Geschehnisse in Berchtesgaden gibt, ist der nachstehenden — bereits unter dem Eindruck des deutschen Zusammenbruches niedergeschriebenen — Aufzeichnung von Papens über den Besuch Schuschniggs bei Hitler der Vorzug zu geben; sie wurde im Schmidt-Prozeß vorgelegt:

„Die Begrüßung war sehr höflich, aber natürlich fehlte der herzliche Ton. Die beiden trafen sich das erste Mal. Vor dem Frühstück hatten sie eine lange private Aussprache, scheinbar besprachen sie die allgemeine Lage. Dann kam der schwierige Teil... Als ich Hitler den Namen Seyß-Inquart bei den Unterhandlungen am Berghof nannte, fuhr er erschrocken auf ‚Was ist das für ein Mensch? Ich habe nie von ihm gehört. Ist er überhaupt ein Nationalsozialist?' Ich hatte diese Schwierigkeiten erwartet und hatte mir daher den Beistand eines bekannten österreichischen Nationalsoziali-

sten gesichert, der imstande war, dem Führer ein Alibi Seyß-Inquarts zu geben, da mein Urteil in Parteiangelegenheiten dem Führer absolut nicht kompetent war. So willigte Hitler nach vieler Scheu ein und stimmte diesem Manne zu, der auch für die Schuschnigg-Regierung annehmbar war. Die Verhandlungen dauerten den Nachmittag durch bis spät abends und hatten mehrere kritische Momente durchzumachen. Ich kann nicht sagen, ob Hitler die militärische Besetzung androhte oder nicht und die anwesenden Generäle paradieren ließ, wie später berichtet wurde. Er tat es nicht in meiner Gegenwart. Ich erinnere mich nur, daß ich in kritischen Situationen zu Hitler hineinging und ihn zum Rechten wies. Um 11 Uhr nachts war alles erledigt und die Versammlung brach in allgemeiner Zufriedenheit auf."

Der damalige Reichspressechef Dr. Dietrich unterrichtete seine Mitarbeiter über die Vorgänge in Worten starker Anerkennung für Schuschnigg: dieser werde „groß in die Geschichte eingehen" weil er das Österreich-Problem „in langsamer Entwicklung lösen" werde. Am Ende dieser Entwicklung ließ sich natürlich ein Zusammenschluß der beiden Staaten erkennen: aber eben ein Zusammenschluß, der dem historischen und kulturellen Gewicht des Ostmark-Deutschtums gerechter geworden wäre als der überstürzte Anschluß, der statt dessen bereits einen Monat später erfolgte.

Die gelegentlichen Zuspitzungen in den Verhandlungen scheinen sich vor allem daraus ergeben zu haben, daß Hitler vom Inhalt der geheimen Wiener „Punktationen" unterrichtet war, während Schuschnigg offenbar auch sie noch zum Gegenstand des Feilschens machen wollte. Für Hitler waren andere Dinge wichtig als für Schuschnigg: er wollte das Thema Österreich aus dem internationalen Gespräch ziehen und so kam es ihm hauptsächlich darauf an, den von Göring bereits betonten außen-, militär- und wirtschaftspolitischen Gleichschritt zwischen Wien und Berlin zu bewirken. Außerdem kam es ihm auf einen noch stärkeren Ausbau der Stellung des ihm persönlich noch unbekannten, ihm als Vertrauensmann Schuschniggs geschilderten Seyß-Inquart an. Dieser sollte Innenminister werden, um jedenfalls die loyale Durchführung der Amnestie und eine anschließende wirkliche „Befriedung" zu gewährleisten.

Als Gegengabe bewilligte Hitler die Abberufung des bisherigen illegalen Gauleiters Hauptmann Leopold, der wenige Tage nach der Berchtesgadener Zusammenkunft aus Österreich zurückberufen und auch in späteren Jahren dort nicht wieder verwendet wurde.

Papen weist mit Recht darauf hin, daß ein Vergleich der „Punktationen" und des Göring-Briefes mit dem am 12. Februar von Schuschnigg angenommenen Programm zeige, „wie gering die Unterschiede in Wirklichkeit sind".

Der Wiener Volksgerichtshof drückte sich über die Szene am Obersalzberg in seinen Entscheidungsgründen zum Fall Schmidt so aus:

„Tatsächlich gelang es durch das Verdienst des Angeklagten, in einer Reihe von Punkten Milderungen zu erzielen; zum Beispiel konnte die Ernennung Glaise-Horstenaus zum Landesverteidigungsminister, die Entfernung des Generals der Infanterie Zehner, die Entfernung des Gesandten Ludwigs und des Bundeskommissärs Adam, sowie die Einsetzung Dr. Fischböcks als Finanzminister abgewehrt und die Abberufung des illegalen Gauleiters Leopold nach Deutschland durchgesetzt werden. Es haben also die beiden österreichischen Staatsmänner auf dem Obersalzberg keineswegs völlig kapituliert, sondern immerhin einen, wenn auch bescheidenen Erfolg erzielt ..." 34/127—131

- Text des Berchtesgadener Übereinkommens 29/152f.; 34/131
- Ribbentrop erwägt Lösung der österreichischen Frage „in Form eines Staatsvertrages mit Währungs- und Zollunion" 4/132

Schuschniggs Kehrtwendung

Es gibt mehrere Berichte, aus denen sich zeigt, daß Schuschnigg zunächst zur Erfüllung der Berchtesgadener Vereinbarungen bereit gewesen ist. Jedenfalls scheint er nicht unbeeindruckt aus Berchtesgaden zurückgekehrt zu sein. So vertraute er noch am 14. Februar 1938 seinem engen Mitarbeiter, dem Polizeidirektor Skubl, auf dessen Frage nach seinem persönlichen Eindruck von Hitler an: „Ich muß sagen, er hat etwas von einem Seher". Papen glaubte am gleichen 14. Februar sehr positiv nach Berlin berichten zu dürfen; Schuschnigg sei von der Besprechung

„tief beeindruckt, hat gestern und heute scharfen Kampf mit allen Gegnern einer Befriedung geführt, da er entschlossen ist, Zusagen von Berchtesgaden durchzuführen ... Es scheint, daß insbesondere Frankreich, aber auch England, stärkste Vorstellungen am Ballhausplatz erheben, um vor zu weitgehenden Konzessionen an uns zu warnen. Ich habe heute früh kategorisch abgelehnt, irgend einen Vorschlag auf Verschlechterung unterschriebenen Protokolls an Führer weiterzugeben. Bundeskanzler, der mich soeben empfing, mitteilte, daß er trotz aller Widerstände das Abkommen morgen durchzubringen hoffe" ...

In Berchtesgaden hatte sich Schuschnigg noch nicht endgültig gebunden, sondern vereinbart, daß er sich erst nach drei Tagen im Sinne des Abkommens verpflichtet fühle, weil er es zunächst mit seiner Regierung besprechen müsse. Mit Recht weist Papen in seinen Erinnerungen darauf hin:

„Auch jetzt war Schuschnigg noch nicht gebunden. Wenn er die Überzeugung gewonnen hätte, das paraphierte Abkommen sei der Anfang von Österreichs Untergang — wie er es später behauptete — dann konnte er

morgen seine Demission nehmen und den Präsidenten bitten, die Forderungen abzulehnen und eine neue Regierung zu ernennen."

Das tat — was im Hinblick auf die weitere Entwicklung festzuhalten ist — Schuschnigg keineswegs. Im Gegenteil: am 15. Februar 1938 wurde die Reichsregierung in Berlin von der Annahme der Berchtesgadener Abmachungen durch die österreichische Regierung offiziell unterrichtet.

Was sich in den nun folgenden drei Wochen am Wiener Ballhausplatz abspielte, stellt heute noch ein wenig geklärtes Kapitel der neueren europäischen Geschichte dar.

Deutlich ist nur soviel: wir haben es hier bereits mit einer ersten Szene des Zweiten Weltkrieges zu tun. **34/132f.**

- Bericht Papens vom 14. 2. 1938: Schuschnigg hoffe, daß das Abkommen „trotz aller Widerstände" durchzubringen 29/153
- Wendung in Wien zwischen dem 14. und 15. 2. 1938 38/134
- Papens Ansicht: Französischer Gesandter Puaux als Hintergrundfigur bei Schuschniggs Kehrtwendung 34/135
- Britischer Druck auf Wien gegen das Berchtesgadener Abkommen — im Gegensatz zu den Halifax-Erklärungen vom November 1937 29/155; 34/135
- Rücktritt Edens als britischer Außenminister am 18. 2. 1938; Churchill für Annäherung an Italien zur „Verteidigung der Unabhängigkeit Österreichs" 34/136f.
- Hitlers und Schuschniggs Reden am 20. bzw. 24. 2. 1938 29/156f.
- Briefwechsel Otto von Habsburg—Schuschnigg im Februar 1938 34/137f.
- Die Gefahr tschechischen militärischen Eingreifens 34/138
- Schuschniggs Rechnung mit der innerdeutschen Opposition 29/127
- Gespräch des Reichsministers von Neurath mit dem französischen Botschafter François-Poncet: Empfehlung an Frankreich, sich „mit dem Recht der Selbstbestimmung abzufinden" 29/97—100

Die Überraschung des 9. März 1938

Es war für Berlin eine Überraschung, als Schuschnigg am 9. März 1938 in Innsbruck öffentlich verkündete, durch ein innerhalb von drei Tagen abzuhaltendes Plebiszit sollten alle Österreicher sich zur Erhaltung der österreichischen Unabhängigkeit bekennen. Papen hält es für ziemlich klar erwiesen, „daß der französische Gesandte in Wien, Herr Puaux, ein enger Freund und Vertrauter des Bundeskanzlers, der Vater des Gedankens einer Volksabstimmung ist, die nun der französischen Regierung die notwendige Unterstützung liefern soll". Das schließe aber nicht aus, daß Schuschnigg für diesen Schritt im kritischsten Zeitpunkt „voll und ganz verantwortlich ist".

Über den Charakter dieser Volksabstimmung schreibt Papen das Folgende:

„Ein Plebiszit war zunächst nach der österreichischen Verfassung nur durch Parlamentsbeschluß mit der Sanktion des Staatspräsidenten durchzuführen. Beide lagen nicht vor. Ein Plebiszit mit einer nur dreitägigen Vorbereitung schien außerdem eine Unmöglichkeit. Seit langen Jahren waren die Wählerlisten nicht auf dem Laufenden gehalten. Wer war zugelassen, wer nicht? Die Abstimmung konnte nur mit Hilfe der vaterländischen Front organisiert werden, und ein solches Plebiszit mußte von vorneherein eine einseitige politische Angelegenheit werden. Wie wollte man die Menschen hoch oben in den Bergen in dieser Zeitspanne erreichen und informieren?"

Durch das Hinaufsetzen des Wahlalters von einundzwanzig auf vierundzwanzig Jahre wurde die Zahl der Wahlberechtigten auf 3 800 000 Millionen reduziert.

Im „Hochverrats"-Prozeß gegen den seinerzeitigen österreichischen Außenminister Guido Schmidt erklärte der damalige Sicherheitschef Staatssekretär Dr. Skubl über die Volksbefragung:

„Diese erfolgte überfallartig, wenn auch die Frage der Abstimmung wiederholt erörtert war. ... Was mir an dieser Abstimmung nicht gefiel, waren die Methoden, worüber ich auch dem Kanzler und Schmidt gegenüber kein Hehl machte."

Nach Skubls Aussage sollten „öffentliche Angestellte nicht im Wahllokal, sondern bei den Funktionären der vaterländischen Front ihre Stimme" abgeben. Dasselbe war für die Polizei vorgesehen. Die politischen Überlegungen und Hoffnungen, die Schuschnigg zu seinem aufsehenerregenden Schritt vom 9. März 1938 veranlaßt haben, sind heute nicht ganz geklärt. Sicher ist, daß er auf vorherige Rückfrage in Rom von Mussolini vor diesem Abenteuer gewarnt worden war. Dieser bezeichnete das beabsichtigte überstürzte Plebiszit „als eine Bombe, die in der Hand Schuschniggs platzen würde".

Dr. Guido Schmidt berichtete im Laufe seines Prozesses über Besprechungen, die er 1937 mit Vansittart geführt hatte. Dabei habe er „eine englisch-italienische Annäherung" angeregt, „damit Österreich wieder auf Hilfe Italiens rechnen könne. Ich habe erklärt, daß Österreich nicht mehr lange durchhalten könne, die Westmächte müßten wieder Interesse für das Donaubecken bekommen und ihren Blick nicht einseitig nach Afrika und Spanien richten." Schmidt kritisierte hierbei die italienische „Abenteurerpolitik", die für Österreich „verhängnisvoll" sei.

In diesem Prozeß sind manche weitere bemerkenswerte Hinweise zutage gekommen. Schuschnigg war durch seinen Londoner Gesandten Franckenstein (der 1938 in England verblieb und in den englischen Adelstand erhoben wurde) dahin unterrichtet, daß „die Erhaltung der österreichischen Unabhängigkeit britisches Interesse" sei. Der österreichische Außenminister Guido Schmidt hatte wenige Monate vorher in Genf ausführlich mit Vansittart verhandelt und ihn mit Recht als eine „Persönlichkeit von höchstem Einfluß" beurteilt: „Er war Österreich von Herzen freundlich gesinnt." Vansittart äußerte sich dem Österreicher Dr. Matejka gegenüber ausdrücklich dahin, daß der „vorhandene Widerstand gegen den Anschluß nach a u ß e n dokumentiert werden müsse".

Schmidt berief sich in seinem Prozeß auch darauf, daß Churchill nach dem Berchtesgadener Abkommen öffentlich erklärt habe: „Es bestehe jetzt die Möglichkeit, eine Volksabstimmung zu machen und Österreich könnte seine Situation in Europa klären. Dies sagte Churchill in einem Zeitpunkt, da er nicht wissen konnte, daß in Wien bereits beschlossen war, eine Volksabstimmung abzuhalten." Churchills Unkenntnis bleibe dahingestellt ...

Am 8. März 1938 fuhr Ribbentrop nach London, um sich dort als Botschafter zu verabschieden. Hitler hatte sich ihm gegenüber noch am Tage zuvor dahin geäußert, daß „die österreichische Angelegenheit sich im Sinne des Berchtesgadener Abkommens gut anlasse". Um so überraschter war Ribbentrop, als er am 9. März abends in London von Schuschniggs Rede hörte. Am nächsten Morgen führte er ein längeres Gespräch mit Lord Halifax über den Inhalt der Erklärungen Schuschniggs, die ohne Zweifel den auf dem Obersalzberg getroffenen Vereinbarungen widersprachen. Ribbentrop sagte u. a., daß die von Schuschnigg geplante Volksabstimmung — sollten sich die bisher bekannt gewordenen Einzelheiten bestätigen — als ein „schwindelhaftes Manöver" bezeichnet werden müsse. Die Fragestellung, die keinerlei Alternative zulasse, sei sinnlos, denn der Kernpunkt, „ob Österreich sich an das Deutsche Reich in irgendeiner Form enger anschließen sollte, werde durch die Fragestellung umgangen". Das sei geschehen, weil Schuschnigg wisse, daß bei früheren Abstimmungen das österreichische Volk in seiner überwältigenden Mehrheit für einen engeren Anschluß an Deutschland gestimmt habe*. Weitere Abstimmungen seien von den Siegermächten durch Drohungen verhindert worden. 29/157—161

*Vergl. DIE DEUTSCHE FRAGE — Von den Anfängen bis 1933, Seite 186

Was alles sich vor dem prüfenden Blick Schuschniggs ausbreitete, als er sich entschloß, seine bisherige Politik des „Zeitgewinnens" radikal zu ändern und eine Herausforderung Hitlers zu riskieren, läßt sich wie folgt zusammenfassen:

1. Schuschnigg war sich klar darüber, daß Hitlers Revisionspolitik den wachsenden Widerstand der Westmächte mobilisiert hatte und daß jenseits des Atlantik der amerikanische Präsident darauf brannte, einen Ansatzpunkt für ein Eingreifen in Europa zu finden.

2. Schuschnigg wußte, daß der britische Premierminister Chamberlain mit Mussolini paktieren und die Rom—Berlin-Achse dadurch wieder auflösen wollte.

3. Schuschnigg brauchte nur Zeitungen zu lesen, um zu erkennen, daß man in Paris marschierfreudig war — natürlich vorausgesetzt, daß England und Italien sich am Losschlagen beteiligen würden.

4. Schuschnigg war davon unterrichtet, daß eine einflußreiche militärische Oppositionsgruppe in Deutschland auf einen günstigen Augenblick wartete, um sich Hitlers zu entledigen.

5. Schuschnigg war bekannt, daß im Schloß Steenockerzeel sich viele Beziehungen verknüpften und er glaubte vermutlich, daß er von dort das Stichwort der „Barrikaden", auf die zu treten jetzt der rechte Augenblick sei, nicht ohne triftigen Grund erhalten habe.

Während Mussolini davon sprach, daß das Volksabstimmungs-Experiment eine „Bombe" sei, die in Schuschniggs Hand „zerplatzen" werde, war der österreichische Bundeskanzler offenbar der Ansicht, diese Warnung sei nicht so ernst zu nehmen, weil auch Italien nach tatsächlichem Ausbruch der Krise aus seiner „Lethargie" erwachen und sich erneut den Mächten anschließen werde, die sich zum Kampf gegen Deutschland rüsteten.

Kurzum: Schuschnigg träumte, der Scheiterhaufen für Hitlers Ende sei schon fertig geschichtet, er bedürfe nur s e i n e r Fackel, um sich zu entzünden.

Hitlers Instinkt trieb ihn, mit rascher Hand einzugreifen. Erstmals sah er sich einer politischen Lage gegenüber, die er nicht vorhergesehen hatte — bald sollte er erleben, daß solche undurchsichtigen Situationen sich wiederholten, bereits anderthalb Jahre später fand er sich endgültig in sie verstrickt. 34/150f.

In Berlin gab es natürlich keinen Augenblick des Zweifels darüber, daß Schuschnigg durch seine Aktion eine internationale Krise in Gang bringen und zumindest die Berchtesgadener Vereinbarungen wieder außer Kraft setzen wollte.

Hitler beschloß, zunächst 24 Stunden abzuwarten und er verbot der deutschen Presse jegliche Stellungnahme zu Schuschniggs Aktion. Offenbar wollte er den österreichischen Nationalsozialisten das erste Wort überlassen. Er brauchte nicht lange zu warten. Am Mittwochabend hatte Schuschnigg seine Innsbrucker Rede gehalten, am Donnerstagmittag veröffentlichte bereits der bisher so gemäßigte Dr. Jury einen scharfen Artikel in der „Wiener Neuesten Nachrichten" und forderte darin die Verschiebung und geordnete Durchführung der Volksabstimmung. Das war in der Tat angezeigt, wenn der Vorgang überhaupt als politische Kundgebung gelten sollte. Die Antwort Schuschniggs bestand in einer Beschlagnahme der „Wiener Neuesten Nachrichten".

Während dieses ganzen 10. März 1938 glaubte man in Berlin immer noch, durch eine Veränderung des Abstimmungstermins und -textes einen Ausweg zu öffnen, der es ermöglichte die Berchtesgadener Politik mit Schuschnigg doch noch weiterzuführen. Schon die Rücksicht auf Mussolini veranlaßte Hitler, mit der Zähigkeit, deren er in solchen Situationen fähig war, am bisherigen Konzept festzuhalten.

Das Vorgehen Schuschniggs gegen den Jury-Artikel und die demonstrative Legitimisten-Begeisterung für die Volksabstimmung, vielleicht auch der am gleichen 10. März 1938 aus ganz anderen Gründen erfolgte Sturz der französischen Regierung — also die Ausschaltung eines sehr großen Gefahrenmomentes — veranlaßten Hitler am Nachmittag des 10. März der deutschen Presse das Argument freizugeben, daß Schuschnigg die Berchtesgadener Abmachungen gebrochen habe. Aus dem Tagebuch des späteren Generaloberſten Jodl wissen wir, daß Hitler erst am 11. März 1938 mittags um 13 Uhr das militärische Dokument unterzeichnet hat, das unter dem Stichwort „Operation Otto" einen militärischen Aufmarsch für den Fall eines Eingreifens in Österreich anordnete. Hitler verfügte darin unter Punkt 1:

„Wenn andere Maßnahmen sich als erfolglos erweisen, beabsichtige ich, mit bewaffneten Kräften in Österreich einzufallen, um verfassungsmäßige Zustände herzustellen und weitere Gewalttaten gegen die deutschfreundliche Bevölkerung zu verhindern."

Als wesentlichste militärische Operationsaufgabe wurde die „Sicherung der österreichisch-tschechischen Grenze" bezeichnet. Diese war strategisch der neuralgische Punkt des ganzen Österreich-Problems: von Znaim aus konnte Frankreich durch seinen Prager Bundesgenossen innerhalb von zwei Stunden Wien besetzen lassen!

Als Zeitpunkt der Aktionsbereitschaft wurde in Hitlers Befehl der Samstag, 12. März 1938, mittags 12 Uhr festgesetzt. 34/151f.

Die Geschichte eines Nachmittags

Am Vormittag des 11. März 1938 hatten die Minister Seyß-Inquart und Glaise-Horstenau von Schuschnigg erneut die Verschiebung der Volksabstimmung gefordert. Schuschnigg hatte sich wiederum geweigert, dem zuzustimmen, schließlich willigte er in eine Absetzung der Abstimmung. Das war natürlich nochmals ein Schachzug, der dazu dienen sollte die Schuschnigg-Regierung als Opfer einer Gewaltmaßnahme zu deklarieren, während die von den Ministern geforderte Anberaumung einer ordnungsgemäßen Volksabstimmung wirklich innenpolitische Klarheit geschaffen hätte. Schmidt gab in seinem Prozeß die Erklärung, Schuschnigg habe sich gegen eine Hinausschiebung „mit allen Kräften" zur Wehr gesetzt.

„da es klar war, daß in dieser Zeit (die nationalen Elemente forderten eine vierwöchige Verschiebung) eine einmalige Flut nationalsozialistischer Propaganda einsetzen würde."

Dieses Argument ist nicht sehr überzeugend. Selbstverständlich hatte Schuschnigg als Bundeskanzler ungleich mehr technische Propagandamöglichkeiten in der Hand. Und der „Flut nationalsozialistischer Propaganda" war durch das Berchtesgadener Abkommen eine radikale Grenze gesetzt.

Sicher ist, daß Hitler immer noch bereit war, die Schuschnigg-Regierung zu tolerieren, wenn der Bundeskanzler diesen ihm angebotenen Ausweg beschritten hätte. Die plumpe Absetzung der Abstimmung war keine angemessene Antwort auf den Protest der beiden österreichischen Minister. Im ersten der zahlreichen Telefongespräche, die an diesem Nachmittag dann zwischen Wien und Berlin geführt wurden, berichtete Seyß-Inquart um 14.45 Uhr an Göring:

„Der Kanzler hat die Wahlen für Sonntag aufgehoben und dadurch uns in eine schwierige Lage versetzt. Neben der Aufhebung der Wahl werden auch umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen angeordnet, unter anderem Ausgehverbot nach 8 Uhr abends."

Göring nahm zu dieser Erklärung offiziell noch nicht Stellung, bemerkte aber gleich:

„Ich sehe in der Aufhebung der Abstimmung nur eine Verschiebung, aber keine Änderung des gegenwärtigen Zustandes, der durch das Verhalten Schuschniggs infolge seines Bruches des Berchtesgadener Abkommens herbeigeführt wurde."

Eine Stunde später, um 15.50 Uhr, telefonierte Göring wieder — offenbar hatte er inzwischen mit Hitler gesprochen — und teilte mit:

„Berlin kann sich mit der Entscheidung des Kanzlers Schuschnigg in keiner Weise einverstanden erklären. Schuschnigg genießt infolge des Bruches des Berchtesgadener Abkommens nicht mehr das Vertrauen der hiesigen Stellen; es besteht daher auch keinerlei Vertrauen zu seinen künftigen Handlungen. Es wird gefordert, daß die nationalen Minister in Österreich sofort dem Bundeskanzler ihre Demission einreichen und von ihm verlangen, daß er ebenfalls zurücktrete."

Nun geht Schuschnigg zum Bundespräsidenten und reicht seinen Rücktritt ein.

Was am Ballhausplatz in der Zwischenzeit vorgegangen war, hat der Gesandte Hornbostel im Schmidt-Prozeß mit drastischer Offenheit ausgedrückt: er und seine Beamten hätten am 11. März versucht „die Westmächte aufzuputschen", aber Paris und London hatten gesagt, sie würden sich zu einem Krieg nur entschließen, „wenn Italien mitmachen wolle".

Genauer ist zu sagen, daß in Paris an diesem Tage keine funktionierende Regierung bestand — Chautemps war am 10. März zurückgetreten, Leon Blum wurde erst am 13. März als neuer Regierungschef installiert. Pech für Schuschnigg — Glück für Hitler, der in der Tat Anlaß hatte, in Schuschniggs künftige Handlungen „keinerlei Vertrauen" mehr zu setzen!

Ein Zeitvergleich zeigt, daß der britische Premierminister den gerade in London zu Besuch weilenden Reichsaußenminister von Ribbentrop auf ein deutsches „Ultimatum" bereits in den Mittagsstunden des 11. März ansprach, während von einem reichsdeutschen Eingreifen erst ab Nachmittag die Rede sein konnte. Der Gesandte Hornbostel ist also bei seinen Telefonaten den Ereignissen ähnlich vorausgeeilt, wie der Militärattaché Dr. Liebitzky, als er Mussolini von deutschen militärischen Vorbereitungen berichtete, die erwiesenermaßen erst mehrere Tage später ergriffen wurden.

Es stellte sich heraus, daß nicht einmal mit Schuschniggs Rücktritt das politische Tauziehen zu Ende war. Nun weigerte sich der Bun-

despräsident Miklas — immer noch in Anwesenheit Schuschniggs und offenbar auf dessen Rat —, einer neuen Regierungsbildung durch Seyß-Inquart zuzustimmen.

Um 17.20 Uhr erhält Göring von Dr. Mühlmann, einem Vertrauensmann Seyß-Inquarts, hinsichtlich dessen Ernennung zum Nachfolger Schuschniggs folgendes durchgesagt:

„Mühlmann: Die Situation ist so, daß der Bundespräsident noch immer die Zustimmung hartnäckig verweigert und eine diplomatische Aktion, eine offizielle, seitens des Reiches fordert. Wir wollten — drei Nationalsozialisten — ihn jetzt persönlich sprechen, um ihm nahezulegen, in dieser aussichtslosen Situation das einzig Mögliche zu tun, nämlich ja zu sagen. Er hat uns nicht einmal vorgelassen. Es sieht insofern also aus, als ob er keineswegs gewillt wäre, nachzugeben."

Das Schuschnigg-Spiel wird also weitergetrieben: Miklas will, daß Hitler offiziell eingreift, er legt Wert darauf, daß Österreich — offenbar um den Anregungen des Quai d'Orsay nachzukommen — „vergewaltigt" wird.

Göring reißt nun die Geduld und sagt an Seyß-Inquart durch:

„Göring: Also bitte folgendes: Sie möchten sich sofort mit dem Generalleutnant Muff (deutscher Militärattaché in Wien) zum Bundespräsidenten begeben und ihm sagen: wenn er nicht unverzüglich die Forderungen — Sie kennen sie — annimmt, dann erfolgt heute nachts der Einmarsch der bereits an der Grenze aufmarschierten und anrollenden Truppen auf der ganzen Linie und die Existenz Österreichs ist vorbei! Der Generalleutnant Muff möchte sich mit Ihnen hinbegeben und verlangen, sofort vorgelassen zu werden und das auszurichten. Bitte, geben Sie uns unverzüglich Nachricht, auf welchem Standpunkt Miklas bleibt. Sagen Sie ihm, es gibt keinen Spaß jetzt ... Der Einmarsch wird nur dann aufgehalten, und die Truppen bleiben an der Grenze stehen, wenn wir bis 19.30 Uhr die Meldung haben, daß der Miklas die Bundeskanzlerschaft Ihnen übertragen hat."

Dieses Gespräch hat um 17.20 Uhr stattgefunden.

Es vergeht wieder über eine Stunde; um 18.28 Uhr wird Göring von Wien aus verständigt:

„Muff ist jetzt oben gewesen beim Präsidenten; der hat wieder abgelehnt."

Mittlerweile vollzog sich seit den Mittagsstunden in ganz Österreich eine populäre Erhebung; die Landeshauptmannschaften wurden von Nationalsozialisten übernommen, die öffentlichen Gebäude besetzt und beflaggt, die Polizei legte Hakenkreuzbinden an usw.

Am Ballhausplatz aber vergehen weitere Stunden. Um 19.57 Uhr erhält Göring immer noch den gleichen Bescheid; als er Seyß-Inquart

fragt, ob jetzt endlich eine neue Regierung berufen sei, erhält er die Antwort:

„Seyß-Inquart: Das ist nach wie vor abgelehnt. Man stellt sich vor, man läßt es darauf ankommen; auf den Einmarsch; und stellt sich vor, daß nach Maßgabe des Einmarsches die Vollzugsgewalt an andere Personen übergeben wird."

Das heißt in anderen Worten: man will einen deutschen kommandierenden General haben, nicht einen österreichischen Bundeskanzler!

Nun reißt Göring wieder die Geduld — aber es ist unter Berücksichtigung aller Umstände auch heute noch kaum zu sagen, wie anders er hätte antworten sollen:

„Göring: Also gut! Ich gebe den Befehl zum Einmarsch und dann sehen Sie zu, daß Sie sich in Besitz der Macht setzen."

Damit in der Tragödie die Satire nicht fehle: nachdem der Truppeneinmarsch, den Hitler bis 20 Uhr noch hatte vermeiden wollen, befohlen und damit im Rollen ist: gegen 21 Uhr ernennt der Bundespräsident Miklas dann d o c h noch die Regierung Seyß-Inquart und bewirkt so einen legalen Übergang von Regierung zu Regierung.

Wäre diese seit Schuschniggs Rücktritt gebotene Regelung nur eine Stunde früher getroffen worden, dann hätte der ganze „Anschluß" nicht nur vor der Welt, sondern auch vor der Geschichte ein anderes Bild gewonnen!

Die mit dieser Überstürzung des Geschehens verbundene Verwirrung sehr vieler Verhältnisse war Schuschniggs letzte Leistung in seinem fanatischen Kampf gegen Hitler. 34/153—156

● Schuschniggs Anfrage in London (11. 3. 1938): Deutsche Forderung nach Plebiszit wie Saarabstimmung; ausweichende Antwort der britischen Regierung 29/165

Ein Zwischenfall

Im März 1938 dachte kein österreichischer Soldat daran, sich gegen Hitlers „Gewaltstreich" zur Wehr zu setzen. Den einzigen Zwischenfall beim „Anschluß" soll es in Bregenz gegeben haben. Es wird erzählt, daß die Soldaten einer dortigen Bundesheer-Kaserne „mürrisch aus dem Fenster blickten", als eine reichsdeutsche Kompanie blumengeschmückt von Lindau herüberkam. 36/225

- Anschlußstimmung in Österreich 33/158f.
- Erklärung des vormaligen österreichischen Staatskanzlers und späteren Bundespräsidenten Karl Renner: „große geschichtliche Tat des Wiederzusammenschlusses der deutschen Nation" (3. 4. 1938), Wortlaut 34/157
- Stellungnahme Washingtons: zuerst ruhige Reaktion des Außenministers Hull, dann durch Roosevelts Eingreifen „starker Umschwung"; Anschluß gilt nun als „Vertragsbruch, Militarismus und Vergewaltigung" 24/149
- Mai 1938 Hitler-Besuch in Rom; die Brenner-Erklärung und ihre Folge: Option der Südtiroler Deutschen und Umsiedlungs-Aktion 40/68—77

Die Benesch-Mobilmachung am 20. Mai 1938

Während Chamberlain die schwache Grundlage des tschechoslowakischen Staates erkannt hatte, die auf verschiedenen Nationalitäten beruhte, „die gegeneinander eine tiefe Abneigung hatten" und der deshalb „langsam zerfiel" sah der französische Botschafter in Moskau, Robert Coulondre, in der tschechischen Krise die Möglichkeit, das französisch-russiche und französisch-tschechische Militärbündnis zu aktivieren.

Die erste akute Tschechenkrise brach am 20. Mai 1938 aus, als Benesch eine Teilmobilmachung durchführen ließ, weil Deutschland angeblich Truppen gegen die Tschechoslowakei zusammengezogen habe.

Am Tage zuvor hatte Weizsäcker — inzwischen Staatssekretär im Auswärtigen Amt geworden — ein langes Gespräch mit dem britischen Botschafter Henderson. Darüber besteht eine Aufzeichnung, die aber nur drei Sätze enthält. Der Staatssekretär bezeichnet in diesem amtlichen Dokument die angebliche Zusammenziehung deutscher Truppen in Sachsen als „baren Unsinn". Schon am Tage darauf wurde aber in einer Reutermeldung das Gespräch zwischen Weizsäcker und Henderson ausführlich wiedergegeben, obwohl „keine Abrede über eine Presseveröffentlichung zwischen Henderson und dem Staatssekretär erfolgt" war. Henderson entschuldigte sich beim deutschen Außenminister und nannte auch die tschechische Mobilmachung eine „unbedachte Maßnahme von Prag". Er bat weiter, die deutsche Regierung möge trotz des Zwischenfalls von Eger, „bei dem zwei Deutsche aus dem Hinterhalt erschossen worden" waren,

„Geduld haben, denn es sei doch immerhin besser, wenn einige Menschen, so schlimm es sei, dort ihr Leben ließen, als wenn Millionen fallen müßten."

Schließlich bestätigt Henderson in seinen Memoiren, daß Montag, den 23. Mai 1938,

„am Morgen bereits alle, außer den Halsstarrigsten, überzeugt waren, daß die Geschichten über deutsche Truppenzusammenziehungen tatsächlich unwahr waren".

Zu den „Halsstarrigsten" gehörte — wie wir heute wissen — auch Premierminister Chamberlain, der noch am 28. Mai 1938 trotz der Berichterstattung des Berliner Botschafters seinen Schwestern mitteilte, er sei überzeugt,

„1. daß die deutsche Regierung alle Vorbereitungen für einen Coup gemacht hatte, 2. daß sie (die Deutschen) nach unseren Warnungen die Risiken für zu groß hielten, 3. daß sie nach dem allgemeinen Urteil sich bewußt wurden, daß sie durch das Geschehene ihr Prestige verloren hatten und 4. daß sie ihre Bosheit an uns auslassen, weil sie fühlen, daß wir ihnen Schach bieten können. ... Aber der Zwischenfall zeigt, wie völlig unzuverlässig und unehrenhaft die deutsche Regierung ist. ... Eins ist uns völlig klar, obwohl wir nichts darüber sagen können. Der ‚Anschluß' und die englisch-italienischen Vereinbarungen haben zusammen der Achse Rom—Berlin einen häßlichen Knacks versetzt."

Die Notiz läßt darauf schließen, daß der britische Premierminister damals in Prag die Lieblingsidee weiterzuverfolgen versuchte, die einige Wochen vorher in Wien Schiffbruch erlitten hatte. Ribbentrop hatte erklärt: „Vor allem wird England immer bemüht bleiben, die Achse Berlin—Rom zu schwächen."

Für diese kritischen Tage Ende Mai 1938 betont Weizsäcker in seinen Erinnerungen besonders die Doppelrolle, die er zu spielen begonnen hatte ... 29/183—186

Die Sudetenfrage — das „unheimliche Problem"

Der französische Botschafter in Berlin François-Poncet meldete sich am 19. Oktober 1937 beim Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath, um ihm über die Stimmung in Paris zu berichten ...

Unter Prophezeiung eines baldigen radikalsozialistischen Kabinetts in Frankreich, womit er eine Verschlechterung der deutsch-französischen Beziehungen androhen wollte, kam der französische Botschafter noch auf die Vorgänge in der Tschechoslowakei zu sprechen. Neurath antwortete ihm, daß

„die ewigen Provokationen der Sudetendeutschen durch die tschechische Polizei nicht geeignet seien, die deutsch-tschechischen Beziehungen besser zu gestalten. Solange man nicht den Sudetendeutschen eine gewisse Autonomie gebe, sehe ich keine Möglichkeit für eine Normalisierung der deutsch-tschechischen Beziehungen. Es würde sehr verdienstvoll sein, wenn

die französische Regierung sich einmal bei ihrem Freunde Benesch dafür einsetzen würde, daß er den Wünschen der Sudetendeutschen entgegenkommt. Solange er diese schlecht behandle, könne er nicht erwarten, von unserer Seite gut behandelt zu werden." 29/19f.

Joachim von Ribbentrop berichtet:

Adolf Hitler hatte mir gegenüber die sudetendeutsche Frage als eines von den Problemen bezeichnet, bei deren diplomatischer Lösung ich ihm behilflich sein solle. Im Auswärtigen Amt wurde die Frage der an das Deutsche Reich angrenzenden Volksgruppen oft als das sog. „unheimliche Problem" bezeichnet — ein Problem also, das das Auswärtige Amt nicht so in der Hand hatte, wie es im Interesse der deutschen Außenpolitik wünschenswert gewesen wäre.

In einer Rede vom 20. Februar 1938 hatte der Führer Protest gegen die volkspolitische Rechtlosmachung der staatsrechtlich vom Reich getrennten Deutschen erhoben. Es sei für eine Weltmacht von Selbstbewußtsein unerträglich, an ihrer Seite Volksgenossen zu wissen, denen aus Gründen ihrer Sympathie für das Gesamtvolk Leid zugefügt werde. Unter dem Eindruck dieser Erklärung und des bald darauf erfolgten Anschlusses Österreichs erließ der sudetendeutsche Politiker Konrad Henlein einen Aufruf zur Selbstauflösung der deutschen Splitterparteien in der Tschechoslowakei, der den Erfolg hatte, daß die sogenannte „Sudetendeutsche Partei" unter Führung Henleins die maßgebende politische Organisation des Sudetendeutschtums wurde.

Die krisenhafte Entwicklung der Sudetenfrage entstand dadurch, daß auf der einen Seite die Sudentendeutschen ihre Forderungen in Prag immer offener und hartnäckiger vertraten und die Tschechen sich andererseits unnachgiebig zeigten. Die Folgen davon waren hier Ausschreitungen und dort Verhaftungen. Ich habe damals oft mit dem tschechischen Gesandten über die Autonomiebestrebungen der Sudetendeutschen gesprochen und ein weitgehendes Entgegenkommen empfohlen. Aber nicht nur die Haltung der Prager Regierung, sondern auch die der Sudetendeutschen wurde immer starrer.

Im Mai und Juni wurden Gemeindewahlen in der Tschechoslowakei durchgeführt. Die Prager Regierung versuchte durch eine Demonstration ihrer staatlichen Machtmittel einen Druck auf die Wahlhandlung in den deutschen Gebieten auszuüben. Um die Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes vor der Welt zu begründen, wurde in Prag die sogenannte „Wochenendkrise" ausgelöst, indem man die Behauptung in die Welt setzte, Deutschland habe mobil gemacht und ein deutscher Einmarsch stehe bevor. Als wir in Berlin der Wahrheit entsprechend erklärten, daß keinerlei

militärische Maßnahme von unserer Seite erfolgt sei, ließ der tschechische Staatspräsident dies als ein „Zurückweichen" Hitlers interpretieren. Dieser zog daraus die Konsequenz, daß er — wie hier in Nürnberg bekannt wurde — am 28. Mai 1938 den Militärs den Auftrag erteilte, militärische Vorbereitungen gegen die Tschechoslowakei zu treffen. Im Sudetenland selbst hatten die Prager Maßnahmen nicht den gewünschten Erfolg: Die Sudetendeutsche Partei ging aus den Gemeindewahlen in allen deutschen Gebieten mit überragenden Erfolgen hervor. 4/138f.

Die Mission Runciman

Joachim von Ribbentrop berichtet :

Im Sommer 1938 spitzten sich die Dinge zu. Ich sprach mit dem englischen Botschafter Sir Neville Henderson über die eingetretene Entwicklung; wahrscheinlich ist es seiner Initiative zuzuschreiben, daß Lord Runciman von der britischen Regierung nach Prag entsandt wurde, um sich ein klares Bild über die Lage zu verschaffen.

Runciman kam zu der Überzeugung, daß den Grenzbezirken zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland sofort das volle Recht der Selbstbestimmung gegeben werden sollte. Sein Versuch einen Ausgleich zwischen der tschechischen Regierung und der Sudetendeutschen Partei herbeizuführen, scheiterte an der ablehnenden Haltung des Prager Kabinetts.

Die Entsendung Lord Runcimans war allerdings wohl nur der Ausfluß der britischen Erkenntnis, daß noch etwas für den Frieden getan werden müsse, weil England mit seiner Rüstung noch nicht fertig war. Das ergibt sich deutlich aus dem Geheimbericht des tschechischen Gesandten in Paris, Stephan Osusky, an den tschechischen Außenminister Dr. Krofta vom 5. August 1938 über ein Gespräch mit dem Direktor der politischen Abteilung des französischen Außenministeriums René Massigli. Danach hat der damalige britische Luftfahrtminister damit gerechnet, die britische Luftwaffe „in sechs Monaten in Ordnung" zu haben. Aus diesem Grunde lege man „in England eine solche Wichtigkeit dem Gewinnen von Zeit bei".

4/140

● Die Mission Lord Runcimans; Bericht des tschechischen Gesandten in London am 5. 8. 1938: „die Frage des Gewinnens von Zeit spielt eine bedeutende, wenn nicht entscheidende Rolle" 4/308f.

Nach der Benesch-Mobilmachung vom 20. Mai 1938 hatte zwar der deutsche Generalstab am 30. Mai den neuen Eventualplan „Grün" ausgearbeitet, aber die diplomatische Lösung des sudetendeutschen Problems blieb das Ziel der deutschen Politik, für das weitere vier Monate mit Erfolg verhandelt wurde. Die deutsche Opposition dagegen sah „in der Bedrohung des Friedens eine willkommene Gelegenheit", eine „breite Front der Unterstützung" für die Beseitigung Hitlers aufzubauen (urteilt Professor Hans Rothfels in seinem Werk „Die Deutsche Opposition gegen Hitler"). So wird auch aus Weizsäckers Erinnerungen deutlich, daß er es im August 1938, gerade zu dem Zeitpunkt, an dem sich durch die Entsendung Lord Runcimans eine friedliche Entwicklung abzeichnete, für nötig hielt, „London zu warnen und aufzuwecken" und dafür Sorge trug, daß „Runciman über die Gefährlichkeit der Absichten Hitlers nicht im dunkeln blieb", so schreibt Staatssekretär a. D. von Weizsäcker in seinen Erinnerungen. 29/196f.

Am 16. August 1938 erhielt das britische Außenministerium eine Mitteilung des Botschafters Henderson aus Berlin, daß „ein Herr von Kleist" „als Abgesandter der Gemäßigten im Generalstab" nach London reisen würde, um im Foreign Office vorzusprechen. Zwei Tage später flog der pommersche Gutsbesitzer Ewald von Kleist-Schmenzin „unter dem Deckmantel eines Vertreters der alten deutschen konservativen Partei" nach London,

„um Churchill und Lord Lloyd zu sehen, nachdem auch das ‚German War Office', d. h. wohl nicht das OKW, sondern das OKH (Beck, Oster, evtl. auch Canaris) jenem Besuch seine Zustimmung nicht versagte. Offiziell wollte das Foreign Office davon keine Kenntnis nehmen, den Besucher aber andererseits auch nicht abweisen, wenn er bei den entsprechenden Stellen des Außenamtes empfangen zu werden wünschte. Chamberlain wurde von Kleists Aufenthalt in Kenntnis gesetzt."

Kleist erörterte (nach der Darstellung des Professors Roennefarth in seinem Werk „Die Sudetenkrise in der Internationalen Politik") vor allem mit Vansittart, dem Hauptberater der britischen Regierung, „in aller Offenheit" die Frage: „Krieg oder kein Krieg gegen die tschechische Republik". Kleist erklärte, er und sein Kreis wüßten genau, daß für Hitler der Krieg nunmehr eine beschlossene Sache sei, wenn die britische Regierung ihn „nicht stoppte". Kleist-Schmenzin behauptete weiter:

„Alle Generale der Wehrmacht, die meine Freunde sind, wissen es und sie a l l e i n wissen es gewiß und kennen das Datum, an dem die Bombe

platzt; alle ausnahmslos. ... Nach dem 27. September wird es zu spät sein" (Vansittart an Chamberlain am 18. 8. 1939).

Kleist versicherte Vansittart, daß Hitler gestürzt werden müsse und er erwartete „das Vorspiel für das Ende des Regimes", falls, „wie es im Mai gewesen ist", Hitler zum Zurückweichen gezwungen würde. Er sprach natürlich davon, den „Krieg bei dieser Gelegenheit zu vermeiden", worunter er verstand, die sudetendeutsche Frage ungelöst zu lassen.

Kleist-Schmenzin wurde von Vansittart zurückhaltend behandelt und mußte sich hinsichtlich Deutschlands sagen lassen, daß

„jeder Versuch von außen, daß Land offenbar zu entzweien, eher geeignet sein würde, es zu einigen".

Vansittart fertigte daraufhin eine ausführliche Aufzeichnung über sein Gespräch mit Kleist-Schmenzin an und übersandte die Information dem Premierminister Chamberlain. Dieser hatte schon durch den englischen Generalmajor Lord Hutchinson of Montrose ähnliche Nachrichten erhalten. Er hielt diese Berichte für wichtig genug, um dem Außenminister Lord Halifax am 19. August 1938 eine ausführliche Aktennotiz darüber zuzuleiten:

„Ich nehme an, daß von Kleist stark gegen Hitler eingestellt und er außerordentlich bestrebt ist, seine Freunde in Deutschland aufzurütteln, einen Versuch zu machen, Hitler zu stürzen. Er erinnert mich an die Jakobiten am französischen Hofe zur Zeit König Wilhelms, und ich denke, daß wir einen guten Teil abziehen müssen von dem, was er sagt. Nichtsdestoweniger gebe ich zu, ein Gefühl des Unbehagens zu haben, und ich bin nicht sicher, daß wir nichts tun sollten ..."

Der von Chamberlain gebrauchte Vergleich mit den „Jakobiten" war nicht schmeichelhaft, denn die Anhänger des 1688 aus England vertriebenen katholischen Königs Jakob II. hatten trotz der Unterstützung durch Ludwig XIV. weder politischen noch militärischen Erfolg. Für Chamberlain erschien auch der von den deutschen Oppositionellen erteilte tagespolitische Rat einer drohenden Geste nicht überzeugend; er erachtete es offenbar als zu riskant, nochmals — wie im Mai — vorzugeben, England wolle wegen der Tschechoslowakei einen Krieg beginnen. Das von Kleist-Schmenzin benannte „erste Heilmittel" allerdings, von dem Chamberlain nur indirekt spricht, gab ihm offenbar zu denken: Hinsichtlich eines möglichen Sturzes Hitlers war er „nicht sicher, daß wir nichts tun sollten"!

Kleist-Schmenzin hatte also der britischen Regierung alles Wissenswerte über die Bestrebungen, Hitler zu beseitigen, mitgeteilt, aber in London nichts erhalten, womit er seine Verschworenen in Deutschland hätte ermutigen können ...

Nur Winston Churchill — damals ohne Amt — gab Kleist-Schmenzin einen Brief mit, der besagte, „wie man in England die Lage ansah und zu welchen Schritten man sich im Falle einer deutschen Aktion gegen die Tschechoslowakei veranlaßt sehen könnte". Der deutsche „Emissär" erhielt von Churchill den Auftrag, diesen Brief „mehreren Generalen in den Oberkommandos, insbesondere Beck, zu zeigen".

Dieser Brief Churchills wurde nach dem 20. Juli 1944 in Schmenzin von der Polizei gefunden ...

Nach Kleist-Schmenzins Rückkehr von seiner Londoner Reise unternahm lt. Roennefarth:

„Ende August die Oppositions-Gruppe des Auswärtigen Amtes den ersten Schritt, als sie den Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst von Brauchitsch, voll ins Bild setzte".

Brauchitsch soll alles zur Kenntnis genommen, aber kein Verständnis dafür gezeigt haben, daß

„die Wehrmacht die Kohlen aus dem Feuer holen sollte, während sich das Auswärtige Amt aber im Hintergrund hielt".

Es war offenkundig, daß der Vorstoß des Mittelsmannes von Kleist-Schmenzin allzu unbefriedigend verlaufen war, man mußte in London überzeugender auftreten. Roennefarth hat diese Phase gründlich studiert und berichtet darüber auf Grund von Aussagen im späteren sog. Wilhelmstraßen-Prozeß (Nürnberg 1948—49):

„Auf Empfehlung seines Bruders Erich, auf Veranlassung Weizsäckers ‚und gewissermaßen im Auftrage des Generalobersten Beck, der von den oppositionellen Kreisen als das mögliche deutsche Staatsoberhaupt der Zukunft angesehen würde', fand Botschaftsrat Dr. Theodor Kordt sich ‚in die Notwendigkeit versetzt', ‚dem britischen Außenminister einzig dastehende Eröffnungen im Sinne der Erhaltung des Friedens zu machen'. Er sollte das den Landesverrat streifende, u. U. lebensgefährliche Risiko auf sich nehmen und seinen Gesprächspartnern eröffnen, ‚daß er nicht im Namen der Regierung Hitlers, sondern im Namen der deutschen Opposition spreche'. Er sollte die Britische Regierung ‚dringend' ersuchen, ‚eine unmißverständliche Erklärung abzugeben, daß es ihr Ernst sei'." 29/191—198

- Weizsäckers Geheimbesprechung mit dem Danziger Völkerbunds-Kommissar Burckhardt (Ende August 1938) über das „Ausheben des Hitler-Nestes" 29/198—201
- Burckhardt berichtet der britischen Regierung über die Anregungen Weizsäckers 29/202—205
- Die Gisevius-Aussagen über das Wirken deutscher Oppositioneller im Sommer 1938 29/209—213

Die „Weizsäcker-Botschaft" vom 7. September 1938

Als es durch die Mission des Lord Runciman offenkundig geworden war, daß zumindest England für die Tschechoslowakei nicht in den Krieg ziehen wolle, zeigte sich Weizsäcker beunruhigt; er sah darin ein Anzeichen, daß „man in England wieder einmal zu zweifeln schien, ob Hitler nicht nur Theatergetöse mache". Statt den Dingen, die sich offenkundig im deutschen Interesse entwickelten, ihren Lauf zu lassen, legte der Staatssekretär eine lebhafte Aktivität an den Tag, die die britische Regierung weitaus stärker in die Krise verwickeln sollte, als es Chamberlain erwünscht war. Weizsäcker unternahm jenen geheimen Schritt, von dem er Burckhardt in dem Tiergartengespräch bereits unterrichtet hatte und verfaßte eine „Botschaft", deren Wortlaut eine Kusine Erich Kordts auswendig lernte und dem damaligen Geschäftsträger in London, Erichs Bruder Theo Kordt, überbrachte:

„Nach einer Fühlungnahme mit Sir Horace Wilson, dem nächsten Berater Chamberlains, bat Theo Kordt, vom Außenminister insgeheim empfangen zu werden. In der Nacht des 7. September betrat er Downing Street 10 durch den Garteneingang. Er legte Lord Halifax eine von Staatssekretär von Weizsäcker formulierte Erklärung vor", so berichtet Professor Rothfels.

Nachdem Weizsäcker „schon im August" Chamberlain „von der Existenz der Opposition unterichtet und ein ‚Bündnis'" angeregt hatte, sagte Theo Kordt zu Halifax „unter vier Augen":

„Außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Mittel. Heute komme ich zu Ihnen nicht in meiner Eigenschaft als deutscher Geschäftsträger, sondern als Sprecher politischer und militärischer Kreise in Berlin, die mit allen Mitteln wünschen, einen Krieg zu verhindern.

Nach unserer genauen Kenntnis plant Hitler einen Angriff auf die Tschechoslowakei und nimmt an, daß der daraus entstehende Krieg lokalisiert werden könnte, das heißt, daß Frankreich seine Bündnisverpflichtungen der Tschechoslowakei gegenüber nicht erfüllen werde. Die politischen und militärischen Kreise, für die ich spreche, widersetzen sich auf das schärfste dieser Politik. Wir glauben, daß, wenn man Hitlers Gewaltpolitik in diesem Augenblick freie Bahn läßt, dies bedeutet, daß endgültig der Weg versperrt wird für eine Rückkehr zu den Begriffen von Ehre und Anstand unter europäischen Nationen. Nach dem Weltkriege erklärte Lloyd George, daß die Völker und Regierungen in Wirklichkeit in ihn ‚hineingeschliddert' seien. Die Männer, für die ich spreche, sind der Ansicht, daß die Lage im Juli 1914 nicht so ausweglos geworden wäre*, wenn Sir Edward Grey im Namen der britischen Regierung es ganz klar gemacht hätte, daß im Falle eines französisch-deutschen Krieges Großbritannien seinen Beistand leisten würde.

*Vergl. dazu DIE DEUTSCHE FRAGE — Von den Anfängen bis 1933, Seiten 100—104

Diese Warnung zur rechten Zeit würde einen mäßigenden Einfluß auf die Entscheidung der kaiserlichen Regierung gehabt haben. Wenn daher Frankreich willens ist, seine Verpflichtungen gegenüber seinem tschechoslowakischen Verbündeten zu erfüllen, und wenn die Versicherungen des Premierministers ernst gemeint sind, daß das britische Reich in einem solchen Falle nicht beiseitestehen könne, so betrachten es meine Freunde als notwendig, daß die britische Regierung diesen entscheidenden Tatbestand klar hervortreten läßt. Die Erklärung, die wir vorschlagen, kann nicht unzweideutig und fest genug sein für den Zweck, den wir im Auge haben. Hitler und Ribbentrop werden wahrscheinlich gar nicht wagen, einen Krieg zu beginnen, wenn eine offene britische Erklärung es dem deutschen Volke klar vor Augen führt, daß ein großer Krieg im Falle eines Angriffs unvermeidlich ist. Sollte gleichwohl Hitler auf seiner kriegerischen Politik bestehen, so bin ich in der Lage, zu versichern, daß die politischen und militärischen Kreise, für die ich spreche, ‚sich wappnend gegen eine See von Plagen durch Widerstand sie enden' (Zitat aus dem Hamlet-Monolog). In der deutschen öffentlichen Meinung ebenso wie in verantwortlich denkenden Kreisen der Armee ist Hitlers Krieg unpopulär und wird als ein Verbrechen gegen die Zivilisation angesehen. Wenn die erbetene Erklärung gegeben wird, sind die Führer der Armee bereit, gegen Hitlers Politik mit Waffengewalt aufzutreten. Eine diplomatische Niederlage würde einen sehr ernst zu nehmenden Rückschlag für Hitler in Deutschland bedeuten und würde tatsächlich das Ende des nationalsozialistischen Regimes herbeiführen."

Nach Roennefarth versicherte Lord Halifax „dem oppositionellen Geschäftsträger" Theo Kordt:

„die Informationen streng vertraulich behandeln, lediglich dem Premierminister und einen Teil seiner Kollegen darüber unterrichten zu wollen."

Die Reaktion Chamberlains war nach wie vor zurückhaltend, dagegen war die Auswirkung auf die tschechische Regierung, der die Londoner Vorgänge nicht unbekannt blieben, beträchtlich; Roennefarth stellt fest:

„Die Berichte der deutschen Opposition sind am 25. September (1938) auf der Dritten Londoner Ministerkonferenz debattiert worden. Chamberlain soll darauf geantwortet haben: ‚Wer aber garantiert uns dafür, daß Deutschland nicht nachher bolschewistisch wird?' Auch die maßgebenden Männer in Prag wußten um die Oppositionspläne über Dr. Ripka und Dr. Otto Strasser. Dieser erfuhr anläßlich seines Aufenthaltes in der Schweiz (August 1938) von einem höheren deutschen Offizier die Einzelheiten des Aktionsplanes, u. a. auch, daß General Höppner der ‚Leibstandarte SS Adolf Hitler' den Weg von München nach Berlin in Thüringen verlegen sollte. Dr. Ripka informierte sofort Präsident Dr. Beneš und Außenminister Krofta, die ihrerseits, wie Jan Masaryk bestätigte, auch die Gesandtschaften unterrichteten."

Diese Hinweise zeigen, wie rasch die „streng vertraulichen Informationen" der deutschen Oppositionellen damals in den euro-

päischen Regierungskanzleien die Runde machten. Weizsäcker selbst nennt seine Botschaft nach London eine „Konspiration mit dem potentiellen Gegner". In Zukunft sollte sie noch größte Bedeutung erhalten, da sie auch in Rom und Warschau bekannt werden mußte.

Ihre unmittelbare Wirkung war für die Verschwörer zunächst enttäuschend. Chamberlain war im September 1938 mit Rücksicht auf den Stand der britischen Rüstungs- und Bündnispolitik entschlossen, noch nicht einzugreifen. Wie Kordt selbst urteilt, zielte die Weizsäcker-Botschaft darauf ab, daß die britische Regierung gegenüber Hitler eine „klare, wenn auch unenglische Sprache" führen sollte. Das ließ man sich in Downing Street aber nicht vorschreiben.

Die „Botschaft" des Staatsekretärs Weizsäcker wird sich dennoch in Chamberlains Gedächtnis festgesetzt haben — sie sollte kurz nach München geradezu sein Programm werden. Die Hoffnung auf einen durch eine britische Machtdemonstration ausgelösten deutschen Militärputsch wurde ab Winter 1938/39 der Eckpfeiler der Chamberlainschen Deutschland-Politik.

Die Aktivität des geheimen deutschen Widerstandes kam seit der Weizsäcker-Botschaft der Wirkung einer weiteren feindlichen Großmacht gleich, die um so gefährlicher war, als sie fortlaufend „hinter dem Rücken der deutschen Staatsleitung" operierte, wie sich Weizsäcker wörtlich ausdrückt. Wenn auch die britische Regierung im September 1938 nicht daran dachte, offiziell eine provozierende Erklärung an die Reichsregierung zu senden, die den Intentionen der deutschen geheimen Opposition entsprochen hätte, so war es doch für sie von größter Bedeutung, im Rücken der Reichsregierung einen neuen, mächtigen Bundesgenossen zu wissen, der bereit war, die eigene Regierung zum gegebenen Zeitpunkt von innen heraus zu Fall zu bringen und damit die deutsche Kraftentfaltung zu treffen.

29/205—209

Die strategische Lage

Im Sommer 1938 — nach dem Anschluß Österreichs — glaubte Hitler die Einbeziehung auch der seit 1919 im tschechoslowakischen Staatsverband lebenden Sudetendeutschen in das Reich mit den Mitteln politischen Druckes, notfalls militärischer Drohung durchsetzen zu können.

Die Vereinigung Österreichs mit dem Reich hatte gegenüber der Tschechoslowakei eine günstige Ausgangsstellung ergeben. Luftstrategisch gesehen war die Tschechoslowakei ein Pfahl im Fleisch des deutschen Staatsgebildes, und nicht umsonst nannte man sie den

„Flugzeugträger der Alliierten". Flüge von Frankreich nach dort und umgekehrt lagen in der Reichweite der schweren Bomber und ein kombinierter Stoß beider Staaten konnte Nord- von Süddeutschland trennen. Die Grenzen der Tschechoslowakei waren modern befestigt, die Bunkerlinie jedoch weniger stark ausgebaut als die Maginotlinie; allerdings war der einzelne tschechische Bunker sorgfältiger durchdacht, auf flankierende Wirkung war mehr Rücksicht genommen worden.

Auf eine Rundum-Verteidigung waren die Bunker nicht eingerichtet und gegen Angriffe vom Rücken her ziemlich wehrlos. Stellenweise verlief die Bunkerlinie in einem Abstand bis zu 20 Kilometer von der Grenze entfernt mit dieser parallel und machte so an vielen Stellen einen Artillerieaufmarsch des Angreifers auf tschechischem Gebiet notwendig. Der dadurch gewonnene Zeitgewinn kam dem Verteidiger zugute. Die von Hitler beanspruchten Gebiete mußten die tschechischen Grenzbefestigungen in deutsche Hand bringen und damit die Tschechoslowakei von ihrem stärksten Schutz entblößen. Über den Wert dieser Grenzbefestigungen gingen die Ansichten in der Wehrmacht auseinander. Zu befürchten war, daß bei Ausbruch eines bewaffneten Konfliktes mit der Tschechoslowakei Frankreich nicht untätig zusehen, sondern gemäß seiner Bündnisverpflichtungen eingreifen würde ...

Die Bedenken des Heeres hinsichtlich der Stärke der tschechischen Befestigungen wurde von der Luftwaffe nicht im gleichen Maß geteilt. Der Kommandierende General und Befehlshaber des Luftkreises III/Dresden, General der Flieger Kesselring, hatte den Eindruck, daß die auf Luftbildern aufgenommenen tschechischen Befestigungen nicht das halten würden, was man von ihnen annahm ...

Es kam indessen nicht zum scharfen Schuß. Das Münchner Abkommen regelte die Sudetenfrage im Sinne Hitlers, den die Ministerpräsidenten Großbritanniens und Frankreichs durch ihren Flug nach München vor dem Staatsstreich seiner eigenen Armee bewahrten, wie Generaloberst Halder später mißlaunig feststellte. 5/36—39

Statt Staatsstreich: Chamberlain-Besuch bei Hitler

Ohne Kenntnis der wirklichen Einstellung Chamberlains fühlten sich in Berlin die „Verschworenen", ermutigt durch die Teilmobilmachungen der Westmächte und durch die drohende Haltung der britischen Presse, sicher und man hatte den „Termin für den Staatsstreich provisorisch für die Zeit zwischen dem 14. und 16. Septem-

ber festgelegt". Wie Kordt weiter zu berichten weiß, veranlaßte Halder, der sein Amt als neuer Generalstabschef inoffiziell schon am 1. September 1938 angetreten hatte, von sich aus am 13. September,

„daß auch noch ein Offizier nach England reise, um der britischen Regierung auch von militärischer Seite nahezulegen, eine energische Haltung einzunehmen".

Chamberlain aber gedachte der vorsichtigen Politik eines Canning, der „wieder und wieder" geraten hatte, man solle nie drohen, ohne die Drohung verwirklichen zu können.

Der versprochene Umsturz in Deutschland wäre im September 1938 für den englischen Zeitplan verfrüht gewesen. Darin bestand der wichtige Differenzpunkt zwischen den Absichten der deutschen Verschwörer und denen der englischen Regierung. Für London war in diesem Jahr die Zeit noch nicht reif. Polen gehörte noch zum deutschen Allianzsystem, weil es mit Hilfe des Reiches seine Teschener Gebiete von der Tschechoslowakei zurückerhalten wollte. Auch die Achse Berlin—Rom war noch intakt. An ernsthafte britische Drohungen war nicht zu denken. Deshalb telegrafierte Chamberlain am gleichen Tage, an dem Halder einen Offizier als Emissär der Verschwörer nach London schickte, an Hitler:

„Ich schlage infolge der sich zuspitzenden kritischen Lage vor, sofort hinüberzukommen, um Sie zu sehen, und zu versuchen, eine friedliche Lösung zu finden. Ich schlage vor, zu fliegen und bin bereit, morgen zu starten. Ich bitte Sie, den frühesten Zeitpunkt zu bestimmen, an welchem Sie mich sehen können und den Treffpunkt vorzuschlagen. Für eine sehr baldige Antwort wäre ich dankbar."

Chamberlain handelte damit nicht nur gegen Weizsäckers Botschaft, sondern auch ohne den französischen Ministerpräsidenten Daladier verständigt zu haben. 29/218f.

- Die Besuche des britischen Ministerpräsidenten Chamberlain bei Hitler in Berchtesgaden und Godesberg am 15. und 22. 9. 1938 4/141—144; 8/77f.; 29/217—220; 34/52f.
- Die Einstellung der französischen Regierung im September 1938 29/219
- Polens Haltung zur Tschechenfrage 29/188, 191

Roosevelt und die Sudetenkrise

Ende Juni 1938 — noch im Anfangsstadium der „Sudetenkrise" — ließ Roosevelt öffentlich ankündigen, daß die amerikanische Flotte stärker als bisher im Atlantik statt im Pazifik konzentriert werde. Das war deutlich genug und wurde auch in London als weiterer Anruf verstanden, sich auf Krieg vorzubereiten.

Aus dem August 1938 berichtet Professor Barnes „geheime Verhandlungen mit britischen Beauftragten, die später als Wirtschaftsverhandlungen bezeichnet wurden" — und es wohl auch waren, wenn man Kriegs-Vorratskäufe unter den allgemeinen Handelsbegriff einbezieht.

Wahrscheinlich haben die hierbei gewonnenen Kenntnisse über die englische Rüstungssituation den Präsidenten in den darauffolgenden dramatischen Wochen der Sudetenkrise zu einer verhältnismäßig friedfertigen Haltung veranlaßt.

Als sein Botschafter in Paris William C. Bullitt am 3. September 1938 in Bordeaux in öffentlicher Ansprache in Gegenwart von drei französischen Ministern vielversprechend verkündete: „Frankreich und die Vereinigten Staaten sind unzertrennbar im Krieg und im Frieden verbunden", ließ Roosevelt diese Erklärung zurückziehen.

Vertraulich freilich durfte der Londoner Botschafter Kennedy dem britischen Außenminister Lord Halifax am 10. September 1938 versichern: Falls Großbritannien in einen europäischen Krieg verwickelt werde, „dann würde sich die Geschichte des letzten Krieges wiederholen, Amerika aber beträchtlich schneller intervenieren als im vorigen Krieg".

Insgesamt jedoch spielte die Politik des Weißen Hauses im September 1938 keine ernsthafte Rolle in den europäischen Verhandlungen, wenn man von den öffentlichen Telegrammen absieht, die der Präsident Ende September an mehrere Regierungsoberhäupter gerichtet hat und in denen er in allgemeinen Wendungen zu friedlicher Regelung der entstandenen Probleme auforderte, auch eine Konferenz „aller interessierten Staaten" anregte.

Als sich am 29. September 1938 Hitler, Mussolini, Chamberlain und Daladier in München an einen runden Tisch setzten und die Abtrennung der sudetendeutschen Gebiete von der Tschecho-Slowakei und ihre Angliederung an Deutschland beschlossen, ließ sich sagen, daß an dieser innereuropäischen Regelung die Vereinigten Staaten ebensowenig mitgewirkt hatten, wie die Sowjetunion — ein interessanter Umstand, der sich in Kürze in verblüffender Weise auswirken sollte.

24/150f.

Die Münchner Konferenz

Joachim von Ribbentrop berichtet:

Die kühle Atmosphäre der zweiten Besprechung in Godesberg wurde frostig, als während der Konferenz die Meldung von der tschechischen Mobilmachung eintraf. Die Dinge standen nunmehr auf

des Messers Schneide, und sowohl der Führer als auch Chamberlain wollten die Verhandlung abbrechen. Das war gerade der Augenblick, als der Dolmetscher die Vorschläge Adolf Hitlers, wie das sudetendeutsche Problem gelöst werden könnte, verlesen wollte. Es gelang mir durch eine ablenkende Unterhaltung mit dem Führer und durch ein Gespräch mit Chamberlain den eingetretenen toten Punkt in der Verhandlung zu überwinden; schließlich wurde das Gespräch zwischen den beiden Staatsmännern wieder aufgenommen. Es entwikkelte sich dann eine Unterredung von mehreren Stunden und Chamberlain erklärte schließlich seine Bereitschaft, dem britischen Kabinett das deutsche Memorandum zu unterbreiten und seinen Ministerkollegen zu raten, dieses Memorandum in Prag zur Annahme zu empfehlen. — Die Vorschläge Adolf Hitlers sahen die Angliederung der sudetendeutschen Gebiete an das Reich vor — diese sollte mit Rücksicht auf die äußerst gespannte Lage in einer Frist von zehn bis vierzehn Tagen, jedenfalls bis zum 1. Oktober durchgeführt werden.

Chamberlain reiste ab. Ein Tag nach dem anderen verging und die Lage wurde immer unhaltbarer. Endlich ließen sich zuerst der französische, dann der englische Botschafter bei mir mit dem Bemerken melden, sie hätten eine günstige Nachricht in der sudetendeutschen Frage zu überbringen. Gleichzeitig schaltete sich auch Italien ein. Mussolini ließ über Göring seine Bereitschaft zu einer Vermittlung anbieten. Er erklärte dazu, daß Italien seinen Platz gewählt habe und die Westmächte sich „nicht zwei Ländern, sondern einem Block gegenüber sähen".

Die Vorverhandlungen ergaben zunächst Meinungsverschiedenheiten über den Umfang des Gebietes, das an Deutschland angegliedert werden sollte. Sowohl der englische als auch der französische Botschafter unterstrichen die ernstliche Absicht ihrer Regierungen, zu einer Lösung des Problems beizutragen und es kam zur Konferenz von München.

Bei den dortigen Verhandlungen stimmte Mussolini den Gedankengängen des Führers zu. Der englische Premierminister machte gewisse Vorbehalte und wandte ein, man solle zunächst noch einmal mit den Tschechen darüber sprechen. Daladier hielt es aber für richtig, daß die vier Großmächte — nachdem sie an diese Probleme überhaupt herangegangen seien — nunmehr auch eine Entscheidung träfen.

Diese Auffassung setzte sich durch, und so kam es zu dem Vertrag von München, in dem festgelegt wurde, daß das Sudetenland dem Deutschen Reich angegliedert werden solle ...

Das war — in knappen Worten — der Ablauf der Dinge. Der Führer und ich waren außerordentlich glücklich über die Lösung, die gefunden worden war. Die Münchener Lösung stellte tatsächlich ein außerordentliches politisches Ereignis dar. Mein Mitangeklagter Schacht, der entschiedene Gegner des Nationalsozialismus, hat in Nürnberg wiederholt geäußert, in München habe England die Tschechoslowakei Deutschland „zum Geschenk gemacht". 4/143—145

Innerdeutsche Opposition: die „zweitbeste Lösung"

Ablehnend zu den Münchner Ereignissen verhielten sich die Kreise, die in den Wochen vorher von Berlin aus auf die britische Regierung im Sinne eines Widerstandes gegen die deutschen Forderungen eingewirkt hatten. So berichtet Erich Kordt:

„Die Hoffnungen auf ... eine Beseitigung Hitlers waren durch die Einberufung der Münchner Konferenz zunichte gemacht worden ... Einer der Verschworenen in Berlin übermittelte die letzten Nachrichten einem Vertrauten in London und schloß mit der tonlos vorgebrachten Bemerkung: ‚Dies ist die zweitbeste Lösung'." 4/145f.

Hintergrund und Bedeutung der Münchner Entscheidung

Die Versailler Regelungen an der deutschen Ostgrenze waren einleuchtend nur vom Standpunkt der traditionellen, auf Zersplitterung und doppelseitige Bedrohung des deutschen Raumes ausgerichteten französischen Politik. Als daher Hitler die Forderung nach einer Revision der Bestimmungen des Friedensvertrages von Saint Germain hinsichtlich des Sudetenlandes mit dem Nachdruck der wiedererlangten deutschen Großmachtstellung erhob, konnte der britische Ministerpräsident Chamberlain sich als Vermittler anbieten in dem beruhigenden Bewußtsein, daß in dieser Angelegenheit keinerlei unmittelbare britische Interessen auf dem Spiele standen. So flog er denn im September 1938 zuerst nach Berchtesgaden und dann nach Godesberg. Seine selbstgewählte Mission erreichte ihren kritischen Punkt, als sich an Hand der Volkstumskarte (die nun — zwanzig Jahre zu spät — zu Rate gezogen wurde) ergab, daß die Tschechen ihre umfangreichen, dem System der Maginotlinie angepaßten Befestigungen vor allem in die von den Deutschen bewohnten Gebiete gebaut hatten. Sie erlaubten sich nun den ironischen Scherz, der Abtretung der deutschbesiedelten Gebiete, nicht aber der Abtretung der Befestigun-

gen zuzustimmen: diese besaßen zwar für Hitler — da sie gegen Deutschland gerichtet waren — nicht den mindesten Wert, aber sie konnten natürlich auch nicht abtransportiert werden. Fast alle diese Bunker lagen unmittelbar an der Grenze und so gab es keinerlei Raum für einen Kompromiß zwischen der deutschen, von den Tschechen im Prinzip anerkannten Forderung nach einer Eingliederung der deutschen Siedlungsgebiete in das Reich und der Prager Weigerung, auf die teueren Zementblöcke zu verzichten. Das ganze Problem der „Krise", die zur Münchner Konferenz führte, lag daran, die Tatsache anzuerkennen, daß der tschechische Generalstab besser daran getan hätte, seine Verteidigungslinie nicht ausgerechnet im vordersten Grenzbereich einzurichten. Hätten diese Leute weniger an eine zusammen mit der französischen Armee in Süddeutschland zu schlagende Schlacht, sondern an die Geographie ihres Landes gedacht und hauptsächlich die Karpathen befestigt, dann wäre kein „München" nötig gewesen, sondern Chamberlain hätte seine Vermittlerrolle in Godesberg erfolgreich zu Ende führen können.

Das tiefere mit der Sudetenfrage aufgerollte Problem lag freilich nicht in den tschechischen Bunkern, sondern in der Frage, ob es in Europa ein Forum gab, vor dem und von dem territoriale Bestimmungen des Versailler Diktates auf dem Verhandlungswege revidiert werden konnten. D a s war die Frage von München und sie ist damals bejaht worden. In München wurde festgestellt — und das gibt dem Ereignis seinen dauernden historischen Rang — daß Deutschland, England, Frankreich und Italien ohne eine andere Macht befragen zu müssen durch gemeinsamen Beschluß Versailles außer Kraft setzen und die europäischen Verhältnisse neu ordnen konnten!

Das Bedeutsame an jenen Stunden im Münchner Führerbau war einerseits, daß Hitler, Mussolini, Daladier und Chamberlain an einem runden Tisch am Kamin beisammensaßen und andererseits, daß weder Stalin, noch der amerikanische Präsident an ihrer Besprechung und an ihren Beschlüssen teilnahmen!

Auch das ist ein Punkt — und vielleicht sogar der wichtigste — in dem sich die Konferenz von München von den Konferenzen in Versailles und Jalta unterscheidet.

Es war eine der wenigen rein europäischen Entscheidungen, die in diesem Jahrhundert getroffen wurden. 8/77f.

Das Münchner Treffen hatte noch eine weitere, wenn auch nicht ausgesprochene Bedeutung: Jeder Teilnehmer — insbesondere Chamberlain — wußte, daß hinter der tschechischen die russische Frage stand. Wenn er am Morgen nach dem Abkommen demonstrativ Hitler in dessen Wohnung am Münchner Prinzregentenplatz auf-

suchte und ihm die berühmte Friedenserklärung vorlegte („Wir sehen das gestern abend unterzeichnete Abkommen und das deutsch-englische Flottenabkommen als symbolisch für den Wunsch unserer beiden Völker an, niemals wieder gegeneinander Krieg zu führen ..."), bekräftigte das den damals allgemeinen Eindruck über die Bedeutung von München: Desinteressierung der W e s t mächte an den europäischen O s t fragen. Sogar die sog. Konsultationsklausel („Wir sind entschlossen noch andere Fragen, die unsere beiden Länder angehen, nach der Methode der Konsultation zu behandeln ...") ließ sich in diesem Sinne auslegen. Als ein ähnliches Abkommen noch Anfang Dezember 1938 mit den Franzosen geschlossen wurde, war der Sinn der gleiche. Es hat in späteren Memoiren Streit darüber gegeben, ob die Formel „Friede im Westen, freie Hand im Osten" in den damaligen Verhandlungen ausdrücklich ausgesprochen wurde. Darüber mögen die Historiker sich noch genauer orientieren. Sicher ist nur, daß in dieser Formel genau das ausgedrückt ist, auf was es Hitler ankam. Daß er diesen Ausgangspunkt einer selbständigen „Ostpolitik" in München erreicht zu haben schien, erklärt die leidenschaftliche und zielstrebige Gegenbewegung, die von den Vereinigten Staaten ausgehend sofort nach München einsetzte, ohne sie freilich begreiflich zu machen.

Nur ein Gekränktsein über die Nichtbeteiligung der USA an der Münchner Konferenz konnte der Anlaß einer so durchgreifenden politischen Initiative ebensowenig sein, wie etwa das Schicksal des tschechoslowakischen Vielvölkerstaates, der schon für die Interessen Englands nicht von Bedeutung war, von denen der Vereinigten Staaten ganz zu schweigen.

Noch kennen wir nicht die Dokumente des Weißen Hauses, auch nicht diejenigen des Kreml — aber der Schluß liegt nahe, daß wir das Geheimnis des Zweiten Weltkrieges zeitlich in jenen Herbstmonaten des Jahres 1938 zu suchen haben. 34/54f.

- Die Chamberlain-Hitler-Erklärung vom 30. 9. 1938; Ribbentrops Bericht 4/144
- Die Chamberlain-Hitler-Erklärung, Text 4/310
- Chamberlains Tagebucheintrag über das Zustandekommen der Erklärung 4/145

NACH MÜNCHEN: DER ZWEITE DEUTSCHLANDKRIEG

Stalin

Schon eine Woche vor der Münchner Konferenz hatte Stalin einen vergeblichen Versuch unternommen, sich in der Sudetenkrise zum Wort zu melden. Am 21. September 1938 hielt der sowjetische Außenminister Litwinow in Genf, wo er an der Herbsttagung des Rest-Völkerbundes teilnahm, eine Rede, in der er einen gemeinsamen Schritt der in Genf noch vertretenen Staaten vorschlug. Gleichzeitig wurde dem französischen Militärattaché in Moskau die sowjetische Waffenhilfe für den Kriegsfall in Aussicht gestellt (New York Times 12. 10. 1938).

Am gleichen 29. September, an dem in München die Viermächte-Konferenz stattfand und die Sudetenfrage friedlich regelte, berichtete die „New York Times" aufschlußreich aus Genf:

„Maxim Litwinow von Rußland, der einzige Außenminister einer Großmacht, der der Völkerbundstagung beiwohnt, lehnte es ab, einen Kommentar zur Münchner Konferenz zu geben, von der Rußland ausgeschlossen ist. Es ist kein Geheimnis, daß er die britisch-französische Politik ablehnt, die Rußland nur dann heranzieht, wenn militärische Hilfe erwünscht ist. Es gibt Gründe anzunehmen, daß Mr. Litwinow Präsident Roosevelts Vorschlag einer Konferenz aller Interessierten viel vorteilhafter findet, weil diese Rußland einbeziehen würde, aber er zweifelt, ob Kanzler Hitler das annehmen würde ... Die russische Ansicht geht dahin, die Münchner Zusammenkunft bedeute, daß die Situation sich immer noch in der Linie der Nachgiebigkeit befinde und die Tschechoslowakei nur etwas billiger verkauft werde."

Diese Litwinowsche Deutung der Ereignisse findet sich — wie wiederholt zu werden verdient — in der „New York Times" bereits am Morgen des Tages, an dem die Münchner Konferenz begann!

Um diesen Zeitpunkt war der amerikanische Präsident Roosevelt noch nicht darauf eingerichtet, die Politik des britischen Premierministers Chamberlain zu verdammen; er sandte ihm im Gegenteil einen Glückwunsch und äußerte sich auch sonst zunächst im Sinne der „Erleichterung".

Innerhalb weniger Tage wandelte sich jedoch die Szene in dramatischer Weise.

Kaum war der britische Premierminister Chamberlain am 1. Oktober 1938 mit der Botschaft „Friede in unserer Zeit" nach London zurückgekehrt und dort von begeisterten Menschenmassen begrüßt worden, als eine weltweite politisch-propagandistische Gegenbewegung in Gang gesetzt wurde, die unter der Behauptung, München sei eine „Niederlage" gewesen, die „Stop-Hitler"-These verkündete und ganz unverhüllt zur Kriegsvorbereitung aufrief.

Noch müssen die Tatsachen dieser schicksalsschweren Wochen mosaikartig zusammengesucht werden; die Streiflichter freilich, die sich allein schon aus den Zeitungsmeldungen und den wenigen bisher veröffentlichten Aktenstücken ergeben, sind aufklärend genug.

Da ist zunächst zu berichten, daß Maxim Litwinow unverzüglich von Genf nach Paris eilte, obwohl er auf anderen Wegen viel rascher und bequemer hätte nach Moskau zurückreisen können. Ein Journalist hat die Geschichte schon damals instinktiv richtig erfaßt, als er seiner Zeitung berichtete, Litwinow befinde sich „angeblich" auf dem Rückweg von Genf nach Moskau, und er werde „kaum die Gelegenheit versäumen wollen, die Gesichtspunkte seiner Regierung klarzumachen".

Inzwischen wissen wir aus dem vertraulichen Bericht des britischen Botschafters in Paris (veröffentlicht in den „Documents on British Foreign Policy"), welcher Art diese Litwinowschen „Gesichtspunkte" gewesen sind. Schon am 1. Oktober 1938 — die Tinte der Unterschriften Daladiers und Chamberlains unter das Münchner Abkommen war kaum trocken und der Reigen der Zustimmungs-Erklärungen war gerade eröffnet — hatte sich der sowjetische Außenminister in Paris sehr erregt ausgesprochen: Man hätte dem britischen Premierminister nie „erlauben" dürfen, nach Berchtesgaden und Godesberg zu gehen. Aber diese beiden Fehler seien ein Nichts, verglichen mit der „Ungeheuerlichkeit" von München. Hitler habe England und Frankreich „geblufft"; er hätte zurückweichen müssen, wenn sie mit Rußlands Hilfe festgeblieben wären. 24/151—153

Roosevelt

Litwinows Kritik fiel auf günstigen Boden — so haben gleich in diesen Tagen „kurz nach der Münchner Konferenz" in der amerikanischen Botschaft in Paris „einige streng geheime Zusammenkünfte" stattgefunden, über die der amerikanische Historiker William Henry Chamberlin in seinem bekannten Buch „Amerikas zweiter Kreuzzug" unter Berufung auf das persönliche Zeugnis eines Teilnehmers zu berichten weiß:

„Eine Konferenz Botschafter Bullitts mit dem französischen Ministerpräsidenten Daladier und dem französischen Luftfahrtminister Guy La Chambre erinnert sehr stark an die Zeit, da der anglophile Botschafter Walter Hines Page den englischen Außenminister Sir Edward Grey beraten hatte, wie er am besten eine amerikanische Protestnote beantworten solle: das Hauptgesprächsthema war die Lieferung amerikanischer Flugzeuge an Frankreich. Bullitt, der häufig mit Roosevelt Überseegespräche führte, schlug einen Weg vor, auf dem im Kriegsfalle das Verbot der Waffenlieferungen an kriegführende Mächte im Neutralitätsgesetz umgangen werden könnte ..."

Nicht so geheim, aber nicht minder deutlich zeichnete sich in den gleichen ersten Oktobertagen 1938 auch die kriegerische Wendung Englands am politischen Horizont ab: Bereits am 4. Oktober wiederholte die von Winston Churchill angeführte oppositionelle Gruppe im britischen Unterhaus die Parolen Litwinows in anderen Ausdrücken, aber im gleichen Sinne, und würdigte die Chamberlainsche Friedensbemühung als „Appeasement" zum internationalen Schimpfwort herab.

Am nächsten Tage schiffte sich der amerikanische Botschafter in Paris, William Bullitt auf der „Normandie" nach New York ein, wo er am 11. Oktober eintraf und sich beeilte, den Pressevertretern zu versichern, seine Reise habe „keine politische Bedeutung".

Noch ein weiterer wichtiger Reisender war in jenen Wochen aus Europa nach USA zurückgekehrt: der einstige Mitarbeiter Wilsons, Organisator der amerikanischen Kriegsindustrie 1917 bis 1918 und — wie wir bereits wissen — persönlicher Freund sowohl Roosevelts wie Churchills, Mr. Bernard M. Baruch.

Dieser hatte sich in England umgesehen und dort nicht nur die Rüstungssituation geprüft, sondern natürlich auch die Ansichten der Churchill-Opposition studiert. Über diese Ergebnisse äußerte sich Baruch im März 1939 gegenüber Harry Hopkins, dem damaligen Handelsminister und späteren intimen Berater Roosevelts, recht offenherzig. Robert E. Sherwood berichtet in seinem dokumentarischen Werk „The White House Papers of Harry L. Hopkins":

„Baruch stimmte leidenschaftlich mit seinem Freund Winston Churchill überein, der ihm gesagt hatte:: ‚Es wird bald Krieg geben. Wir werden mitmachen und Ihr (die Vereinigten Staaten) werdet auch dabei sein. Sie (Baruch) werden drüben den Laden schmeißen (you will be running the show over there), ich aber werde hier an Ihrer Seite sein! Baruch sprach mit Hopkins über die Realitäten der Situation, wie er sie in Europa gesehen und sie Roosevelt privat berichtet hatte."

Während Bullitt seine Pariser Geheimnisse auf dem üblichen Dienstwege eines zur Berichterstattung zurückkehrenden Botschafters

in Washington zunächst unauffällig abladen konnte, blieben Bernard M. Baruchs Besuche im Weißen Haus den neugierigen Journalistenblicken nicht verborgen, und die Leser der „New York Times" wurden am 14. Oktober 1938 durch den nachstehenden bemerkenswerten Bericht überrascht:

„Bernard M. Baruch, Vorsitzender des einstigen ‚War-Industries Board' warnte heute davor, daß die Vereinigten Staaten für einen Verteidigungskrieg unvorbereitet seien und sich in vieler Hinsicht in der gleichen Lage befänden, die Großbritannien und Frankreich gezwungen hätten, den Münchner Frieden anzunehmen. Mr. Baruch gab seine Ansichten bekannt, als er das Weiße Haus nach einer Konferenz mit Präsident Roosevelt verließ ... Seine Bereitschaft, sich auszusprechen — im Gegensatz zu seiner extremen Schweigsamkeit bei früheren Gelegenheiten — vermittelte den Eindruck, daß er mit Wissen und Zustimmung Mr. Roosevelts sprach, obwohl er betonte, es handle sich ausschließlich um seine eigenen Ansichten. Als er den Arbeitsraum des Präsidenten verließ, diskutierte Mr. Baruch bereitwillig die europäische Lage, die er vorher mit dem Präsidenten besprochen hatte. Er erwähnte wiederholt die ‚tragische mangelnde Bereitschaft Frankreichs und Großbritanniens' und erklärte, die Vereinigten Staaten dürfen sich nicht gestatten, in eine derartige ‚erniedrigende Lage' zu geraten ... Mr. Baruch sprach geradezu begeistert (enthusiastically) über Präsident Roosevelts Interesse für die nationale Verteidigung und sein weit ausgreifendes Programm für 1. entschiedenen Ausbau der Marine durch Schiffe, Flugzeuge und Flottenstützpunkte in Verbindung mit der Armee; 2. Ausrüstung der Armee und Nationalgarde in Stärke von 400 000 Mann mit ganz modernen Waffen; 3. Organisation der Industrie, um den sog. Produktionsengpaß zu überwinden."

Um seine Geschichte für amerikanische Ohren schmackhafter zu machen, ließ Baruch sich außerdem phantasievoll darüber aus, daß eine „echte und unmittelbare deutsche Drohung gegenüber Südamerika" bestehe. „Die lateinamerikanischen Regierungen sind vergleichsweise schutzlos. Nur die Vereinigten Staaten können ihre Eroberung durch eine starke totalitäre Macht wie Deutschland verhindern."

Am nächsten Tag (15. Oktober) erfuhr die Öffentlichkeit, daß inzwischen Roosevelt selbst seine Pressekonferenz „elektrisiert" habe durch die Mitteilung, „daß die Informationen und Ereignisse des letzten Monats eine seit Jahresfrist begonnene Studie über die nationale Verteidigung zum Abschluß gebracht hatten." Der „New York-Times"-Korrespondent fügte hinzu:

„Der Eindruck war unausweichlich, daß er viel beträchtlichere Aufwendungen als bisher sowohl für die Armee wie für die Marine beabsichtigt."

Mit dem geübten Blick des erfahrenen Staatsmannes durchschaute der frühere Präsident Herbert Hoover schon damals die Washingtoner Emsigkeit und erkannte ihre Ziele. In einer öffentlichen Erklärung („New York Times" 27. 10. 1938) kritisierte er unverblümt das „heutige Drängen nach Krieg", verwies darauf, daß Frankreich „mit dem diktatorischen Rußland" durch eine Allianz verbunden sei und stellte nüchtern fest:

„Es gibt ein Dutzend Gründe dafür, uns aus jedem Krieg herauszuhalten, der nicht unmittelbar unsere Unabhängigkeit bedroht. Wir haben reichlich Beweise dafür, daß Zerstörung, Leid und moralischer Niedergang mit dem Frieden nicht enden."

Solchen Mahnungen widmete der amtierende Präsident freilich keinerlei Aufmerksamkeit. **24/158**

- Wilsons und Roosevelts Eingreifen in Europa 2/43f.
- Roosevelt und die antideutsche Weltfront 34/45—50
- Roosevelts „Versuch, mit Rußland zusammen zu arbeiten" 38/342f.
- Sven Hedin über Roosevelts Kriegspolitik 21/241—243

Churchill

„Das Problem war nicht durch die jubelnden Volksmengen zu lösen, die Chamberlain bei der Rückkehr vom Flugplatz willkommen hießen und die Downingstreet und ihre Nebenstraßen füllten ..."

— diese Bemerkung Churchills in seinen Kriegserinnerungen trifft die Situation, der sich der britische Premierminister nach seiner Rückkehr gegenübersah: die Leute auf der Straße waren begeistert und zufrieden, die „politischen Kreise" aber erfaßten das Problem von ganz anderer Seite ...

So haben die Sowjetunion und die USA — die beiden Großmächte, die bei der Münchner Entscheidung ungefragt blieben und sich ausgeschlossen fanden — unverzüglich ihre Sorge vor einer Wiederholung dieses zu ihrem Ärger gelungenen Experiments kundgetan. Konnten nicht die Vier von München Gefallen daran finden, ihre überraschend erwiesene Autorität weiter anzuwenden, um auch noch andere Probleme der Zeit zu prüfen und zu lösen, ohne Moskauer Wünsche und Washingtoner Interessen dabei zu berücksichtigen? Sprach nicht aus der Chamberlain-Hitler-Erklärung eine ähnliche Absicht? Weitblickende Männer hier und dort sahen eine neue Heilige Allianz europäischer Großmächte emporsteigen ...

Vielleicht hätte ein Pitt, ein Castelreigh solchen Möglichkeiten ins Auge geblickt und sich allen Gegenwirkungen verschlossen. Chamberlain war in die neue Lage — wie sich bald herausstellen sollte — mehr durch Zufall als durch Überzeugung hineingeraten und rief schleunigst „pater peccavi", als sich der Zorn der in München Ausgeschlossenen über seinem Haupte entlud.

„Wir haben eine totale, durch nichts gemilderte Niederlage erlitten... Wir stehen einem Unglück (disaster) von erster Bedeutung gegenüber, das England und Frankreich befallen hat... Das System der Bündnisse, auf das Frankreich seine Sicherheit gründete, ist hinweggeschwemmt worden... Niemals kann es zwischen der britischen Demokratie und der Nazimacht Freundschaft geben, dieser Macht, die die christliche Ethik mit den Füßen weggestoßen hat, die barbarisches Heidentum verkörpert..."

Knapp eine Woche, nachdem Chamberlain den Text „Peace in our time" Hitler zur Unterschrift vorgelegt hatte, gibt Churchill in der Unterhaussitzung vom 5. Oktober 1938 den Ereignissen diese erstaunliche Deutung.

Kurze Zeit vor den Münchner Ereignissen hatte er noch den Besuch des Sowjetbotschafters Maisky empfangen, dessen Anregungen an das Foreign Office weitergeleitet, schließlich noch selbst mit Chamberlain gesprochen und darauf gedrängt, daß Rußland in die tschechische Angelegenheit einbezogen werde — eine ironische Anmerkung ist unvermeidlich: das hat er wohl sicher alles nur getan um der christlichen Ethik willen und zur Bekämpfung des Heidentums!

Die hemmungslose Churchillrede wurde zwar an jenem 5. Oktober von den Unterhausabgeordneten in ihren Hintergründen noch nicht begriffen und deshalb mit Verwunderung aufgenommen, aber sie erwies sich als ein Schneeball, der innerhalb kürzester Frist zur Lawine wurde nicht zuletzt deshalb, weil Chamberlain unverzüglich die seltsame Formel von der angeblichen „Kapitulation" in München dadurch annahm, daß er durchblicken ließ, seine Politik im September sei vor allem vom Fehlen einer ausreichenden Luftverteidigung auf der britischen Insel bestimmt worden.

Sollte das bedeuten, daß er bei Vorhandensein einer ausreichenden Anzahl von Flakgeschützen einen Krieg für angemessen und im britischen Interesse gelegen erachtete, nur um die in Versailles befohlene Gestalt und militärpolitische Rolle der Tschechoslowakei aufrechtzuerhalten? Chamberlains Biograph Keith Feiling deutet das in seinem Buch „The Life of Neville Chamberlain" mit der vielsagenden Bemerkung an:

„Viele haben es ausgesprochen und geschrieben, daß Chamberlains erster Grund nach München zu gehen gewesen ist, für einen unvermeidlichen Krieg Zeit zu gewinnen! Er wäre in der Tat ein ungeeigneter Premier gewesen, wenn er das nicht im Sinn gehabt hätte."

Diese Deutung würde freilich den Biedermanns-Besuch am Münchner Prinzregentenplatz und die feierliche Szene der gemeinsamen Hitler-Chamberlain-Erklärung in die Kategorie des reinen Humbugs und der Roßtäuschermanier verweisen und wir wollen zu des verstorbenen britischen Premierministers Ehre annehmen, daß sein Biograph in dieser Hinsicht geirrt hat.

Immerhin folgten die Ereignisse jetzt Schlag auf Schlag:

Am 5. Oktober hatte Churchill seinen großen Angriff im Unterhaus gestartet.

Am 10. Oktober kündigt der britische Kriegsminister Hoare-Belisha die Neuaufstellung von 16 Heeresdivisionen und zahlreicher Spezialtruppenkörper an.

Am 13. Oktober spricht der Schatzkanzler Sir John Simon über die bevorstehende Einführung einer nationalen Dienstpflicht.

Und schon am Abend des 16. Oktober — elf Tage nach seinem Trompetensignal — kann Churchill in einer Rundfunkrede, die über alle amerikanischen Sender verbreitet wird, dem Präsidenten Roosevelt von seinem Erfolg berichten:

„Wir werden zweifellos aufrüsten. Britannien wird, indem es jahrhundertelange Gewohnheiten über Bord wirft, für seine Bürger die nationale Dienstpflicht einführen. Das britische Volk wird erhobenen Hauptes dastehen und allem entgegensehen, was immer auch kommen mag ... Ich glaube, daß wir jetzt endlich der Barbarei den Rang soweit abgelaufen haben, um sie überwachen und vermeiden zu können. Notwendig ist lediglich, daß wir uns darüber klar sind, was im Gange ist und daß wir rechtzeitig unsere Entschlüsse fassen. Selbstverständlich werden wir das schließlich einmal tun und wir werden es zweifellos tun!"

Gewiß stand es uns damals und steht es uns heute nicht an, einen Einwand zu erheben, wenn das britische Kabinett die Rüstung des Heeres oder der Luftwaffe als ungenügend erachtete und sie zu verstärken beschloß; das Überraschende an diesen Geschehnissen war nur ihre dramatische Betonung sowie der Umstand, daß sie ausgerechnet mit der Konferenz von München begründet wurden und daß sie sich unmittelbar an die von Chamberlain vorgebrachte englisch-deutsche Friedenserklärung anschloß.

Nur selten hat sich eine internationale Lage so schnell und so gründlich gewandelt wie die Szene von München: wenige Wochen

später war in London das Wort „appeasement" (Befriedung) zum Schimpfwort und die Parole „Nie wieder München" zum politischen Glaubensartikel geworden.

Kein Mensch dachte mehr daran, was eigentlich der Gegenstand des Münchner Abkommens war und daß sich gegen die dort getroffene Regelung nichts Vernünftiges einwenden ließ — jedermann in England und in der ganzen Welt war nun plötzlich von der Vorstellung besessen, Englands Ehre und Zukunft hinge davon ab, die Restbestände des Versailler Vertrages zu retten.

Man mag Hitlers politische Ziele verurteilen und seine Praktiken verwerfen — bei diesem hastigen und folgenschweren Londoner Szenenwechsel war auch er nur erstaunter, enttäuschter und schließlich verbitterter Zuschauer. 8/78—83

Die „Tragik Europas"

Joachim von Ribbentrop urteilt:

In den Nürnberger Anklageplädoyers wurde erneut die Behauptung aufgestellt, Adolf Hitler habe die Weltherrschaft angestrebt. Ich kann demgegenüber vor der Welt bezeugen, daß der Führer zu mir niemals einen solchen Gedanken geäußert hat. Was sein Denken von Anfang an beherrschte, war vielmehr die Schicksalsfrage des Abendlandes: ob es in der großen sozialen Umwälzung unserer Zeit den nationalen Staaten Europas gelingen werde, sich gegenüber dem aus dem Osten vordringenden Bolschewismus und seinem totalen Machtanspruch mit Erfolg zu behaupten. Adolf Hitler war überzeugt, daß die Entscheidung dieser Frage allein von Deutschland abhinge.

Es ist mehr als ungerecht und unsinnig, wenn die Sieger heute das deutsche Volk entgelten lassen, was man glaubt, seiner ehemaligen Führung vorwerfen zu sollen. Man vergesse nicht, daß der Nationalsozialismus zur Macht kam, weil man Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg keine Chance gab und es politisch und wirtschaftlich dem Abgrund zutreiben ließ. Der Zweite Weltkrieg entstand nicht zuletzt deshalb, weil es auch Adolf Hitler nicht möglich gemacht wurde, die politische und wirtschaftliche Existenzgrundlage des Reiches auf dem Wege freundschaftlicher Vereinbarungen mit der Umwelt zu sichern. Jahrelang hat er versucht, das Gegengewicht gegen den Osten durch ein Bündnis mit England zu schaffen. Für diese politische Konzeption war die deutsche Außenpolitik — wie dies u. a. der Flottenvertrag von 1935 und der Verzicht auf Elsaß-Lothringen beweist — bereit gewesen, auch Opfer zu bringen. Aber England war nicht zu gewin-

nen, es sah in der Entstehung eines starken Deutschlands nicht eine vernünftige Korrektur von Versailles und eine Sicherung gegenüber dem Osten, sondern nur eine Gefährdung der „balance of power" ...

Daß eine deutsch-englische Verständigung nicht zustande kam und daß der Krieg ausbrach wegen einer Frage, deren Lösung — im großen gesehen — im europäischen, also auch im englischen Interesse lag, ist die Tragik Europas. 4/299f.

•

Inzwischen sind im In- und Ausland schon eine ganze Reihe sachkundiger und mutiger Forscher auf Grund ihrer gründlichen Studien aller bisher verfügbaren Quellen zu der Ansicht gelangt, daß der Kriegsausbruch 1939 sich nicht so einfach darstellt, wie dies seit 1945 von der Siegerseite behauptet wird. Wer immer sich einigermaßen sorgfältig mit Hitlers Revisionspolitik und der britisch-amerikanischen Gegenwirkung befaßt, kommt auf Grund der Fakten zu dem Ergebnis, daß Hitler den W e s t krieg ganz gewiß nicht angestrebt, sondern ihm in allen seinen Maßnahmen bis zum 3. September 1939 auszuweichen getrachtet hat. Es gibt hier in der Tat ein „missing link" für die Kriegsschuldthese der Alliierten: Hitlers Augenmerk war während der ganzen Zeit seiner Reichskanzlerschaft stets vor allem nach Osten gerichtet, es bleibt historisch-politisch unverständlich, daß und warum die Westmächte eingegriffen und schließlich die Deutschen gehindert haben, Stalin niederzuringen. 38/222

•

Hitlers politischer Trugschluß basierte vor allem auf seinem Zweifel, daß man in London lieber ein sowjetisches Bündnis und eine abermalige Abhängigkeit von Washington wählen würde, als ihm den Ausbau der deutschen mitteleuropäischen Position zu erlauben. Es läßt sich behaupten, daß die britische Politik 1938/39 dem gleichen Grundirrtum erlegen ist wie 1914: England hat sich auch in den Zweiten Weltkrieg durch mehr gefühlsmäßige Momente hineinführen lassen, es hat sich beide Male gegen ein Deutschland gewandt, das schlimmstenfalls der Londoner Kontinentalpolitik lästig sein konnte, das aber für die britische W e l t stellung mit ihren damals noch gewaltigen Dimensionen keine Gefahr bedeutete. England ist 1939 zum zweiten Male als Seemacht gegen eine Landmacht angetreten; es hat also einen Kampf gewagt, den es a l l e i n niemals mit Erfolg führen konnte und es hat deshalb erneut unvermeidlicherweise die Hilfe gerade d e r Mächte suchen müssen, die die w i r k l i c h e n Aspiranten auf eine globale Vormachtstellung waren und sind. 2/50

Die Frage, ob Hitler sich den Frieden durch einen Verzicht auf seine Politik hätte erkaufen können, ist unbeantwortet geblieben, denn er hielt am Streben nach der „großdeutschen" Einigung seiner Nation und an seiner radikalen Ablehnung des Versailler Systems fest.

Sven Hedin hat diese Problematik zu klar erkannt, als daß er jemals den antideutschen Propaganda-Parolen erlegen wäre — freilich, die Sorge um die Zukunft beunruhigte ihn schon lange bevor die Waffen erneut zu sprechen begannen.

Am 16. Januar 1939 sprach der frühere Reichskanzler von Papen vor einem großen Publikum in der Schwedisch-Deutschen Vereinigung in Stockholm. Er beschäftigte sich besonders mit der Kritik an den deutschen „Methoden":

„Kann sich jemand vorstellen", fragte von Papen, „daß sich Deutschland von den Fesseln des Versailler Friedens hätte befreien und Österreich und Sudetendeutschland seinem Gebiet wieder angliedern könne, ohne daß das ganze Land mit seiner wiedererstandenen Macht diese legitimen Forderungen gedeckt hätte? Wir wünschen, die Umwelt möge uns mit dem Maß der großen geschichtlichen Linie messen."

Sven Hedin hatte die Aufgabe übernommen, von Papen zu danken. Er wiederholte, daß im Frieden von Versailles die Wurzel aller späteren Ereignisse liege. Dort habe man jene unmöglichen Grenzen festgesetzt, die Reibungen und vielleicht neue Kriege hervorrufen. Deutschland sei auch zu Unrecht seiner Kolonien beraubt worden. Deutschlands Weg sei dadurch vorgezeichnet worden: anstelle einer Kolonialmacht eine Kontinentalmacht zu werden!

Gestützt auf diese Ansicht war Sven Hedin fest davon überzeugt, daß kein tiefgehender und ernster Interessengegensatz zwischen England und Deutschland mehr bestand, und er betrachtete die verhängnisvolle Entwicklung des Sommers 1939 mit um so mehr Beunruhigung, als seine deutschfreundliche Einstellung ihn nicht hinderte, auch eine englische Machteinbuße als Weltunglück zu betrachten.

21/208

Freie Hand im Osten?

Der polnischen Regierung wurde am 24. Oktober 1938 in einem Gespräch des Reichsaußenministers mit dem dazu nach Berchtesgaden eingeladenen polnischen Botschafter der offizielle Vorschlag einer „Bereinigung aller bestehenden Reibungspunkte" gemacht: Einzelheiten darüber (Rückkehr Danzigs ins Reich, exterritoriale Reichs-

autobahn durch den sog. Korridor) können in jedem Geschichtskalender nachgelesen werden. Daraus wird ferner ersichtlich, daß am 17. November 1938 zwischen Ribbentrop und Lipski in der gleichen Sache erneut verhandelt wurde, daß am 5. Januar 1939 eine weitere Erörterung des gleichen Gegenstandes zwischen Hitler und dem polnischen Außenminister Beck in Berchtesgaden und schließlich am 25. Januar 1939 nochmalige, wenn auch schon abgekühlte Verhandlungen zwischen Ribbentrop und Beck in Warschau stattfanden. Es ging bei allen diesen Erörterungen — von den Polen zweifellos hingezogen, um die Möglichkeiten des Widerstandes zu prüfen — immer um das gleiche: Die Autobahn glaubten sie nicht von vorneherein ablehnen zu sollen, dem Anschluß Danzigs an das Reich — politisch völlig belanglos, da dort seit 1934 bereits eine nationalsozialistische Senatsregierung wirkte — behaupteten sie, keinesfalls zustimmen zu können.

Den tieferen Sinn der monatelangen Verhandlungen mit Polen hat der damalige polnische Außenminister Beck richtig erfaßt; er schreibt in seinen Memoiren, Ribbentrop habe damals versucht, Polen „in eine anti-russische Kombination hineinzuziehen".

In der Tat unterschieden sich die Vorschläge Hitlers beträchtlich von seinen Forderungen gegenüber der Tschechoslowakei: Es war insbesondere kein Wort von Oberschlesien oder von Abtretungen sonstigen polnischen Staatsgebietes die Rede, wohl aber von einer deutschen Garantie der polnischen Grenzen, also auch der des Korridors. Natürlich bedeutete aber auch schon die exterritoriale Durchschneidung dieses Gebietes praktisch eine militär-politische Einbeziehung Polens in das, was Beck richtig als „anti-russische Kombination" bezeichnete.

Alles das spielte — wie bemerkt — zwischen Oktober 1938 und Januar 1939, keineswegs erst im März 1939, wie oft irreführend berichtet wird...

Die Bedeutung der zeitlichen Unterscheidung ist unschwer erkennbar: Hitler sieht bald nach der Münchner Konferenz die Gegenkräfte sich formieren (schon in der Saarbrücker Rede vom 15. Oktober 1938 zeigt er, wie sehr ihn die erstaunliche internationale Reaktion beunruhigt) und bemerkt erstmals in seinen Verhandlungen mit den Polen, daß die „freie Hand im Osten" wieder dementiert wird. Was er überwunden glaubte: der West-Einspruch gegen sein Fernziel, den Kampf gegen die Sowjetunion, steht nun in neuer Erscheinungsform mit amerikanischem Hintergrund wieder vor ihm!

Diese Linien sind klar genug, sie verwirren sich nur, wenn die Daten nicht richtig in Betracht gezogen werden. **34/58f.**

- Das deutsch-polnische Verhältnis 1936—1938 8/99—102; 29/246—261
- Das Ribbentrop-Lipski-Gespräch am 24. 10. 1938 4/154—156; 29/261—265
- Halifax-Brief 1. 11. 1938: „Hinfort müssen wir mit Deutschlands Vorherrschaft in Zentraleuropa rechnen" 34/54f.
- Grynszpan-Attentat und Synagogenbrand 29/274—277; 32/111—114; 34/56f.
- Professor Grimm über den „Fall Grynszpan" 27/182—185, 195
- Polens erstes „Nein" November 1938 4/156—158; 29/265—272
- Ribbentrops Paris-Besuch Dezember 1938 4/147; 29/272—277
- Französische Erklärung: „Keine Politik im Osten, die Deutschland stört" 29/274, 277, 297
- Unmotivierte Erklärung des britischen Kolonialministers am 7. 12. 1938 im Gegensatz zum Konsultationsabkommen Chamberlain-Hitler 8/92
- Ribbentrop-Lipski-Gespräch am 15. 12. 1938 29/277—279

Die Potocki-Berichte

Die für Hitler und Ribbentrop damals noch schwer durchschaubare Frage, aus welchen Gründen die polnische Regierung unzugänglich blieb, wurde inzwischen dokumentarisch geklärt. Im Herbst 1939 wurden nach der Besetzung Warschaus durch die deutschen Truppen die Berichte der polnischen Botschafter in Washington, London und Paris aufgefunden, die seither nach dem erstgenannten Botschafter als sog. „Potocki-Akten" in die Geschichte eingegangen sind. Sie sind wichtige Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges. Der Nürnberger Gerichtshof lehnte die Potocki-Berichte — obwohl ihre Echtheit unbestritten ist — als Beweismittel zu dem gegen Ribbentrop erhobenen Vorwurf der „Verschwörung gegen den Frieden" ausdrücklich ab.

Aus diesen Dokumenten ergibt sich u. a.:

Bereits vier Wochen nach der ersten Unterredung Ribbentrop-Lipski berichtete der polnische Botschafter in Washington, Graf Jerzy Potocki, am 21. November 1938 über die Politik des Präsidenten Roosevelt. Der amerikanische Botschafter in Paris, Bullitt, der sich zu dieser Zeit in Washington aufhielt, habe ihm in einer ausführlichen Unterredung gesagt, Roosevelt spreche davon,

„daß nur Gewalt, schließlich ein Krieg, der wahnsinnigen Expansion Deutschlands in Zukunft ein Ende machen kann ... Wenn der Augenblick reif ist, wird man zu der letzten Entscheidung schreiten."

Auf Potockis Frage, wie es denn überhaupt zu einer solchen „Auseinandersetzung" kommen könne, „da Deutschland vermutlich nicht England und Frankreich als erster angreifen" werde, erwiderte ihm Bullitt:

„daß vor allem die Vereinigten Staaten, Frankreich und England gewaltig aufrüsten müßten ... In der Zwischenzeit würde Deutschland vermutlich mit seiner Expansion in östlicher Richtung vorwärts schreiten. Es würde der Wunsch der demokratischen Staaten sein, daß es dort im Osten zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen dem Deutschen Reich und Rußland komme ... Es könne sein, daß sich Deutschland zu weit von seiner Basis entferne und zu einem langen und schwächenden Krieg verurteilt werde. Dann erst würden die demokratischen Staaten Deutschland attakkieren und es zu einer Kapitulation zwingen."

Auf die weitere Frage Potockis, „ob die Vereinigten Staaten an einem solchen Krieg teilnehmen würden", antwortete Bullitt:

„Zweifellos ja, aber erst dann, wenn England und Frankreich zuerst losschlagen!"

Ein nicht minder bedeutendes Zeitdokument ist der Bericht Potockis aus Washington vom 12. Januar 1939. Darin heißt es u. a.: Das amerikanische Publikum sei „vollständig unwissend und hat keine Ahnung von der Lage in Europa". Hitler und der Nationalsozialismus werden als das „größte Übel und die größte Gefahr, die über der Welt schweben" hingestellt, um durch die „verschiedensten Verleumdungen das Publikum aufzuhetzen". Interessanterweise würde in der „sehr gut durchgedachten Kampagne ... Sowjetrußland fast ganz ausgeschaltet". Man erwähne es in „freundlicher Weise" und „als ob es mit dem Block der demokratischen Staaten zusammenhinge", wodurch die amerikanische „Sympathie ganz auf seiten des roten Spaniens" sei. Eine „Kriegspsychose wird künstlich geschaffen", wodurch Roosevelt das amerikanische Volk veranlassen wolle, „das enorme Aufrüstungsprogramm anzunehmen", das weit „über die Verteidigungsbedürfnisse" der USA hinausgehe. Um das zu erreichen, habe Roosevelt als erster „den Haß gegen den Faschismus" gepredigt.

Über Roosevelts Zwecke äußert sich der polnische Botschafter:

„1. Er wollte die Aufmerksamkeit das amerikanischen Volkes von den innerpolitischen Problemen ablenken, vor allem vom Problem des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit.

2. Durch die Schaffung einer Kriegsstimmung und die Gerüchte einer Europa drohenden Gefahr wollte er das amerikanische Volk dazu veranlassen, das enorme Aufrüstungsprogramm Amerikas anzunehmen, denn es geht über die Verteidigungsbedürfnisse der Vereinigten Staaten hinaus.

Zu dem ersten Punkt muß man sagen, daß die innere Lage auf dem Arbeitsmarkt sich dauernd verschlechtert, die Zahl der Arbeitslosen beträgt heute schon 12 Millionen. Die Ausgaben der Reichs- und Staatsverwaltung nehmen täglich größere Ausmaße an. Nur die großen Milliardensummen, die der Staatsschatz für die Notstandsarbeiten ausgibt, erhalten noch eine ge-

wisse Ruhe im Lande. Bisher kam es nur zu den üblichen Streiks und lokalen Unruhen. Wie lange aber diese Art staatlicher Beihilfe durchgehalten werden kann, kann man heute nicht sagen. Die Aufregung und Empörung der öffentlichen Meinung und die schweren Konflikte zwischen den Privatunternehmungen und enormen Trusts einerseits und der Arbeiterschaft andererseits haben Roosevelt viele Feinde geschaffen und bringen ihm viele schlaflose Nächte.

Zum zweiten Punkt kann ich nur sagen, daß der Präsident als geschickter politischer Spieler und als Kenner der amerikanischen Psychologie die Aufmerksamkeit des amerikanischen Publikums sehr bald von der innerpolitischen Lage abgelenkt hat, um es für die Außenpolitik zu interessieren. Der Weg war ganz einfach, man mußte nur von der einen Seite die Kriegsgefahr richtig inszenieren, die wegen des Kanzlers Hitler über der Welt hängt, andererseits müßte man ein Gespenst schaffen, das von einem Angriff der totalen Staaten auf die Vereinigten Staaten faselt. Der Münchner Pakt ist dem Präsidenten Roosevelt sehr gelegen gekommen. Er stellte ihn als eine Kapitulation Frankreichs und Englands vor dem kampflustigen deutschen Militarismus hin."

Potocki schließt damit, daß Roosevelt die „jüdische Internationale" in seinen Kampf gegen die totalen Staaten eingeschaltet habe, „ein genialer Schachzug", um einen „sehr gefährlichen Herd für Haß und Feindseligkeit" in Amerika zu schaffen, der die Welt in „zwei feindliche Lager" teile. Die mysteriöse Art der Bearbeitung des ganzen Problems gelte dem Ziel, „kolossale militärische Vorräte für den künftigen Krieg zu schaffen". 29/289—292

- Berichte der polnischen Botschafter in Washington und Paris, November 1938 — Februar 1939, Texte 4/311—317
- Ribbentrop über die polnischen Botschafter-Berichte 4/165f.

Januar 1939: Roosevelt und Chamberlain

Am 4. Januar 1939 richtete Präsident Roosevelt eine Botschaft an den amerikanischen Kongreß, die nicht nur die in seinem Munde nun schon gewohnten Polemiken wiederholte („Der Krieg, der die Welt zu entflammen drohte, wurde vermieden, aber es wird immer klarer, daß die Aufrechterhaltung des Friedens keineswegs gesichert ist"), sondern auch erstmals öffentlich gegen die in den USA seit seinem letzten Präsidentschafts-Wahlkampf 1936 geltenden Neutralitätsgesetze zu Felde zog: „Unser Selbsterhaltungstrieb müßte uns warnen, diesen Zustand weiter bestehen zu lassen." Schließlich bezeichnete Roosevelt es als Ziel der amerikanischen Aufrüstung, die USA müßte eine Wehrmacht besitzen, die stark genug sei, um „plötzliche

Angriffe gegen wesentliche strategische Punkte" zurückzuweisen, einen entsprechenden Widerstand zu leisten und den Endsieg sicherzustellen.

Am 21. Januar 1939 entsandte Roosevelt seinen Botschafter Bullitt wieder nach Paris. Dieser vertraute vor seiner Abreise nochmals dem polnischen Botschafter die Absichten des amerikanischen Präsidenten an: Er reise „mit einem ganzen Koffer voll Instruktionen, Unterredungen und Direktiven vom Präsidenten Roosevelt, vom State Department und von den Senatoren, die zu der Kommission für auswärtige Angelegenheiten gehören ...".

Bereits im Januar und Februar 1939 waren die Beziehungen zwischen London und Washington derart verändert, daß die britische Regierung — wie aus einem amtlich veröffentlichten Dokumentenwerk ersichtlich wird — häufige „persönliche und vertrauliche Informationen für den Präsidenten" nach Washington berichtet und sich völlig der von Roosevelt gestellten Aufgabe „stop Hitler" eingeordnet hatte. 24/159

Der britische Premierminister Chamberlain nahm die Kongreß-Botschaft Roosevelts zum Anlaß, um dem Präsidenten in einer ungewohnten und aufsehenerregenden Erklärung seine Glückwünsche auszusprechen:

„Auf unseren Inseln ... werden die vom Präsidenten zum Ausdruck gebrachten Gefühle als ein neues Zeichen der entscheidenden Rolle begrüßt werden, die die amerikanische Demokratie in den Angelegenheiten der Welt innehat."

In den britischen Aktenbänden ist ferner eine vom 24. Januar 1939 datierte „persönliche und vertrauliche Information für den Präsidenten" veröffentlicht worden. Diese umfangreiche „Information" ist ein für den heutigen Leser in mehrfacher Hinsicht geradezu erschütterndes Dokument. Sie gründet sich angeblich auf eine „large number of reports from various reliable sources" — eine „große Zahl von Berichten aus sehr verläßlichen Quellen" und entwickelt eine Phantasie hinsichtlich vermuteter Pläne Hitlers, die sich nur als hemmungslos bezeichnen läßt. So wird zunächst behauptet — und dies sei bestätigt durch Personen von Hitlers Umgebung (entourage) —, Deutschland beabsichtige demnächst eine selbständige Ukraine unter deutscher Abhängigkeit zu errichten, wobei der britische Außenminister (der diese Depesche zeichnet) keinen Gedanken an den Umstand verschwendet, daß ein solches Projekt immerhin einen deutsch-russischen Krieg zur Voraussetzung hatte. Im nächsten Punkt des erstaunlichen Telegramms an Roosevelt wird dann die These

vertreten, Hitler plane „einen Angriff auf die Westmächte als ein Vorspiel zu einer darauffolgenden Aktion im Osten". Als wahrscheinlich wird dabei nichts weniger als ein „plötzlicher Luftangriff auf England" bezeichnet und dazu vermerkt: „Wir haben eine klare Information von einem Deutschen in hoher Stellung (a highly placed German) erhalten, daß die Vorbereitungen für einen solchen Coup gegenwärtig getroffen werden." Offenbar um Roosevelts Ohr besonders zu betören, wird Hitlers angebliche „sinnlose Wut gegen Großbritannien" hervorgehoben und betont, daß die britische Regierung beschlossen habe, ihre „Verteidigungs- und Gegenangriffsmaßnahmen" (defensive and counteroffensive measures) möglichst zu beschleunigen. Schließlich wird — wiederum eine neue These — die Vermutung entwickelt, Deutschland beabsichtige, einen Streit mit Holland vom Zaun zu brechen und es wird erörtert, was in diesem Falle zu tun sei. Schon in den nächsten Tagen werde sich die britische Regierung mit dieser Frage befassen und „natürlich" werde der Präsident über jede getroffene Entscheidung unterrichtet werden.

Diese „vertrauliche Information", die sich durch ihren Mangel an ernsthaften Argumenten und ihre Fülle von Widersprüchen ebenso auszeichnet wie durch ihre devote Sprache gegenüber dem amerikanischen Präsidenten, kann nur als ein Versuch begriffen werden, Roosevelt hinsichtlich seiner Propaganda zu beraten und ihm anzuempfehlen, er möge in seinen Anti-Hitler-Parolen nähergelegene Gefahrenzonen proklamieren als ausgerechnet Südamerika, dessen Gefährdung die britische Öffentlichkeit wohl kaum als wahrscheinlich und gewiß nicht als alarmierend empfand. So kam es zu diesem reichen Angebot an Kriegsschauplätzen, von denen bemerkenswerter Weise keiner in der Krise des Sommers 1939 eine Rolle spielte. Danzig und Polen wurden in dieser „vertraulichen Information" noch gar nicht erwähnt.

*

Den dritten Grad seines Bekenntnisses zu Roosevelt erreicht Chamberlain schließlich am 28. Januar 1939, als er in einer öffentlichen Rede nochmals jene Neujahrsbotschaft des Präsidenten hervorhebt und nun auch schon selbst von dem angeblichen deutschen „Anspruch auf Weltherrschaft durch Gewalt" fabuliert, dem sich „die Demokratien unweigerlich entgegenstellen" müssen.

Soviel wußte Hitler und wußten wir und wußte alle Welt Ende Januar 1939 über das Ausmaß der Schwenkung, die England nach München vollzogen hatte. Einiges mehr ahnte der deutsche Außenminister, als er am 26. Januar 1939 auf der Rückfahrt von einem überraschend erfolglos verlaufenen Staatsbesuch in Warschau zu seinen

Mitarbeitern sagte: „Jetzt bleibt uns nur der Ausweg, uns mit Rußland zu verständigen, wenn wir nicht völlig eingekreist werden wollen." 8/93, 96f.

- Roosevelt zum niederländischen Gesandten in Washington, Februar 1939: „Bevorstehender deutscher Konflikt mit Holland" 8/97f.
- Beck in Berchtesgaden, Ribbentrop in Warschau, Januar 1939 4/158f; 29/279—286, 295—298
- US-Botschafter Bullitt wieder in Paris 24/159f.

Prag: Ausweg aus der Einkreisung?

Joachim von Ribbentrop urteilt:

Der neu eingeschlagene Weg der britischen Politik zielte ganz offensichtlich auf eine Einkreisung Deutschlands. Schon vor der Eingliederung der Rest-Tschechei wurde in England die Kriegspsychose herangezüchtet. In London wurde der europäische Horizont systematisch nach antideutschen Bündnismöglichkeiten abgesucht. Es war eingetreten, was mir Churchill 1937 prophezeit hatte. Deutschland war nach britischer Meinung zu stark geworden und sollte wieder zerschlagen werden. 4/146f.

•

Nach der so deutlichen Veränderung der englischen Haltung, wie sie sich im Dezember 1938 und Januar 1939 vor aller Welt gezeigt hatte, war Hitler daran gegangen, die Gesamtlage zu überprüfen. Sein Auge mußte fast unvermeidlich erneut an der Tschecho-Slowakei haften bleiben — dieser Staat hatte nach München zwar noch weitere Gebietseinbußen erlitten, aber seine Armee und seine Rüstungsindustrie waren unangetastet geblieben und der politische Standort dieses Machtfaktors im Falle eines europäischen Zusammenstoßes war zumindest fraglich.

Hitler entschloß sich, den Bestrebungen Aufmerksamkeit zu widmen, die von slowakischer Seite an ihn herangetragen wurden und die nichts weniger im Sinne hatten als die Bildung eines eigenen slowakischen Staates. Im Februar 1939 empfing er in der Reichskanzlei den Slowakenführer Professor Tuka, der sofort aufs Ganze ging und ihm erklärte: „Ich lege das Schicksal meines Volkes in Ihre Hände, mein Führer; mein Volk erwartet seine volle Befreiung von Ihnen." Hitler verhielt sich diesem Antrag gegenüber zunächst noch zurückhaltend, aber schon die Tatsache des Tuka-Empfanges mußte

alarmierend wirken. Nach einigen Zwischenspielen, bei denen auch die Prager Regierung eine seltsame Haltung an den Tag legte, erfolgte am 13. März 1939 im slowakischen Landtag die Unabhängigkeitserklärung der Slowakei; darauf marschierten am 14. März ungarische Truppen in die östlichen Gebiete der Tschechoslowakei, die sog. Karpatho-Ukraine ein und als letztes Ereignis dieser Kette von Geschehnissen fuhr der Staatspräsident der auseinandergefallenen Tschecho-Slowakei, Dr. Hacha, nach Berlin und unterschrieb dort die Erklärung, die die Länder Böhmen und Mähren dem Protektorat des Reiches unterstellte. Hitlers wichtigstes Anliegen dabei war es, die bisherige tschechische Armee aufzulösen (auch während des ganzen späteren Krieges gab es kein tschechisches Regiment, so vielerlei Völker sich auch schließlich in der deutschen Wehrmacht versammelten).

An dem Gesamtvorgang läßt sich von vielerlei Gesichtspunkten aus berechtigte Kritik üben; immer war er eine F o l g e der im Laufe des Winters von London ausgehenden Veränderungen der europäischen Lage und sicher lag n i c h t — wie es seither dargestellt wird — ein Bruch des Münchner Abkommens vor ...

Es muß zunächst die Tatsache festgehalten werden, daß die in den Münchner Protokollen ursprünglich vorgesehene Garantie der vier Mächte für die Rest-Tschechoslowakei in Wirklichkeit nie ausgesprochen worden ist. Dies entsprach offenkundig auch den Wünschen des britischen Premierministers. Jedenfalls berichtet sein Biograph Feiling:

„Chamberlain war sehr unglücklich über die Garantie des künftigen tschechischen Staates. Er lehnte es ab, sie in einer Form zu akzeptieren, die England zu selbständigem Handeln gezwungen hätte."

Am 14. März 1939 — also während die Ereignisse noch im Fluß waren — sprach der britische Botschafter in Berlin im deutschen Auswärtigen Amt vor, um sich nach dem Stand der tschechoslowakischen Angelegenheit zu erkundigen. Henderson äußerte dabei „er wolle weder eine Demarche machen noch den Eindruck einer Einmischung seiner Regierung in diese Sache erwecken".

Am 15. März 1939 erklärte Chamberlain dementsprechend im Unterhaus in aller Deutlichkeit:

„Ich darf sagen, daß die Regierung Seiner Majestät sich in letzter Zeit bemüht hat, mit den anderen in München vertretenen Regierungen zu einer Einigung über den Umfang und die Bedingungen einer solchen Garantie (für die Tschechoslowakei) zu gelangen, aber bisher ist es uns nicht möglich gewesen, eine solche Einigung zu erzielen. Unserer Ansicht nach hat sich die Lage von Grund auf geändert, seit der slowakische Landtag die Unab-

hängigkeit der Slowakei erklärt hat. Diese Erklärung hatte die Wirkung, daß der Staat, dessen Grenzen wir zu garantieren beabsichtigten, von innen her zerbrach und so sein Ende fand."

Auch die Frage, ob etwa das zusätzliche Chamberlain-Hitler-Abkommen vom 30. September 1938 verletzt worden sei, ist im Unterhaus (Sitzung vom 23. März 1939) erörtert worden. Ein Abgeordneter hatte sich erkundigt, ob und welche Vorstellungen der britische Botschafter in Berlin erhoben habe „anläßlich des Umstandes, daß die Deutsche Regierung es unterlassen habe, hinsichtlich der jüngsten Entwicklung in Bezug auf die Tschechoslowakei eine Konsultation mit der Regierung Seiner Majestät vorzunehmen, wie Herr Hitler es in der am 29. September 1938 in München unterzeichneten Erklärung versprochen habe?" Der Parlamentarische Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten Austen Butler antwortete darauf im Auftrag der Regierung, die sich natürlich genau bewußt war, daß sie selbst diese Erklärung schon zerrissen hatte und die sie deshalb auch nicht mehr ins Gespräch bringen wollte, mit der folgenden verschnörkelten Bemerkung:

„Meines Wissens enthielt das erwähnte Communiqué keine derartige Erklärung. Der zweite Teil der Frage erledigt sich damit."

Zur Übermittlung dieses Textes bemerkt der damalige deutsche Geschäftsträger in London, Kordt, zutreffend, diese Antwort Butlers könne

„nur dahingehend ausgelegt werden, daß die Britische Regierung den Standpunkt einnimmt, das deutsche Vorgehen in der tschechoslowakischen Frage stelle keinen Verstoß gegen die Konsultationsabrede dar".

Diese Einzelheiten werden dadurch bemerkenswert, daß die britische Regierung trotz dieser Einsichten und trotz der nüchternen Unterhauserklärung vom 15. März drei Tage später den aufsehenerregenden und weitgehenden Schritt unternahm, ihren Botschafter in Berlin „zur Berichterstattung" abzuberufen und auch in diesem Punkte dem Beispiel Roosevelts zu folgen, der den amerikanischen Botschafter schon im November 1938 demonstrativ zurückgezogen hatte. Außerdem wurde ein Protest in Berlin angemeldet, der umso seltsamer klingt, als der britische Botschafter bei seiner Anfrage am 14. März noch nicht einmal den Eindruck einer „Demarche" erwecken wollte. Nun auf einmal wurde der seit München schwelende englisch-deutsche Konflikt in Formen proklamiert, die schon dem Vorbereich einer Kriegserklärung angehören. 8/105—108

- Die tschecho-slowakische Frage nach München 29/299—305
- Der erste Wiener Schiedsspruch 2. 11. 1938 4/148; 29/299

- Ablehnende Haltung der britischen Regierung gegenüber einer Garantie der Tschecho-Slowakei 4/147f.; 8/106f.; 29/300
- Die Unabhängigkeits-Erklärung der Slowakei 8/105—107; 29/301f; 38/135—137
- Ungeklärte Frage: Was ereignete sich im Prager Ministerrat am 9. 3. 1939? 29/301
- Die Hitler-Hacha-Besprechung 4/149f.; 29/302f.
- Ribbentrop über die Prager Ereignisse 4/147—152
- Chamberlains erste Reaktion auf die Prager Ereignisse 29/303f.
- Die englisch-französischen Proteste — neue Phase der Einkreisung 29/304f.
- Münchner Abkommen „von Hitler zerrissen"? 38/30—33

Die Tilea-Lüge

Mittlerweile war die Suche des Foreign Office nach einem Punkt, an dem Hitler gestoppt werden könne, in einer so entfernten Gegend angelangt, wie es für London das Land Rumänien ist. Der rumänische Gesandte in der britischen Hauptstadt gibt am 17. März 1939 Anlaß zu einem hastigen Rundtelegramm des Foreign Office nach Warschau, Ankara, Athen, Belgrad und — Moskau: Herr Tilea (so hieß der Gesandte) habe in Downingstreet vorgesprochen, unter heftiger Betonung der Dringlichkeit erklärt, in Bukarest liege ein deutsches Ultimatum vor und die Frage gestellt: „Was gedenkt die britische Regierung zu tun, falls Rumänien Opfer eines deutschen Angriffs wird?".

Es gab zwei bedenkliche Schönheitsfehler in dieser entschiedenen, ganz auf Krise formulierten Rundfrage an die polnische, türkische, griechische, jugoslawische und sowjetische Regierung: der erste war das offenkundige Nichtvorhandensein einer gemeinsamen Grenze zwischen Deutschland und Rumänien, was einen bevorstehenden Überfall immerhin kompliziert gestalten mußte; der zweite Schönheitsfehler — der durch eine Rückfrage in Bukarest leicht hätte vermieden werden können — ergab sich mit dem Eintreffen eines Blitztelegramms des britischen Gesandten in Bukarest, der das Foreign Office aufforderte, jene dramatische Rundfrage unverzüglich wieder zurückzuziehen.

Sir R. Hoare hatte ein Gespräch mit dem rumänischen Außenminister gehabt und dabei erfahren müssen, daß Herr Tilea in London auf eigene Faust gehandelt hatte, daß die ganze Geschichte von einem „deutschen Ultimatum" (die die „Times" und der „Daily Telegraph" unter die Leute gebracht hatten) f r e i e r f u n d e n war. Sir R. Hoare unterließ es nicht den rumänischen Außenminister „under close cross-examination" — unter scharfes Kreuzverhör — zu nehmen, aber es

kam nichts anderes dabei heraus, als daß die seit einiger Zeit in Gang befindlichen deutsch-rumänischen Wirtschaftsverhandlungen in ganz normalen Bahnen „as between equals" — wie zwischen zwei Gleichberechtigten — verliefen.

Es fielen noch einige unfreundliche Bemerkungen über den rumänischen Gesandten in London, Herrn Tilea, die Sir R. Hoare zu dem Schlußsatz veranlaßten: „Wenn ich auch die Ungeheuerlichkeit seines (des Gesandten) Schwindels (the enormity of his blunder) mit der größten Nachsicht beurteile, so wage ich es doch, den Ansichten des (rumänischen) Außenministers zuzustimmen". 8/104f.

Der britische Außenminister Halifax äußerte sich noch am 15. März 1939 in einer Weisung an Botschafter Phipps in Paris ganz sachlich; er sah in dem Prager Ereignis sogar einen „ausgleichenden Vorteil", „daß es die etwas peinliche Verpflichtung einer Garantie zu einem natürlichen Ende brachte, in die wir und die Franzosen verwickelt waren".

Nach diesen Erklärungen erfolgte in London eine „unterirdische Explosion", wie sich Taylor ausdrückt. Er meint, sie sei in der „öffentlichen Meinung" erfolgt. Obwohl auch der Schatzkanzler Sir John Simon die Garantie eines Staates, „der zu existieren aufgehört hatte", ablehnte, änderte sich Chamberlains Einstellung innerhalb von zwei Tagen. Am 17. März hielt er in Birmingham eine Rede, in der er polemisch Hitlers Vorgehen als „Versuch zur Weltherrschaft durch Gewalt" bezeichnete.

Am gleichen Tage war in Washington mit Billigung des amerikanischen Präsidenten eine amtliche Erklärung veröffentlicht worden, in der das Protektorat Böhmen-Mähren nur als „zeitweilige" Institution bezeichnet wurde. 29/304

Der deutsche Botschafter in London berichtet am 18. März an das deutsche Auswärtige Amt, wie sich nach der anfänglich ruhigen Beurteilung der Ereignisse „die Stimmung zusehends versteift habe:

„Die scharfe Richtung innerhalb des Kabinetts, insbesondere der ganz dem Einfluß des Foreign Office unterlegene Lord Halifax, setzte sich durch."

Wir erinnern uns der Geschichte des Herrn Tilea und des Datums seines Besuches im Foreign Office, der eine solche Lawine von Telegrammen auslöste: es war der 17. März 1939, genau der Tag, an dem die britische Regierung ihre Haltung in der Beurteilung der Prager Ereignisse von Grund auf änderte.

Zu den Fragen, die ewig unbeantwortet im breiten Strom der Geschichte treiben, gehört sicher auch die: inwieweit hat der seltsame

Besuch des rumänischen Gesandten und sein „ungeheuerlicher Schwindel" auf die Meinungsbildung der damaligen britischen Regierung mit eingewirkt und wer war es, der Herrn Tilea diesen Streich angeraten hat? 8/108f.

Im März 1939 bildete die berühmte „Tilea-Lüge" eine nicht unwichtige Episode in der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges; der Versuch, ein deutsches „Ultimatum" zu erfinden und den Rumänen die britische „Garantie" aufzuladen, auf die sich dann zwei Wochen später der polnische Außenminister Beck einließ, ist damals gescheitert. 38/153

- Der Tilea-Zwischenfall und die deutsch-rumänischen Wirtschaftsverhandlungen 29/305—308
- Chamberlains Entwurf einer Erklärung für „Kollektive Sicherheit" unter Einbeziehung der Sowjet-Union (19. 3. 1939) 29/308f.
- Die englische Annäherung an Polen 4/160; 8/102, 109f.
- Zunächst polnisches Zögern gegenüber dem britischen Angebot 4/161f; 166
- Ribbentrops Gespräch mit Botschafter Lipski am 21. 3. 1939 vor dessen Warschau-Reise 4/160; 29/310—313
- Franklin Bouillon in Paris zu Professor Grimm: „Nun ist es soweit: jetzt wird England mit Hitler abrechnen" 27/186

Polnische Kriegsdrohung

Für den 26. März 1939 meldete sich der polnische Botschafter Lipski bei Ribbentrop an und wurde an diesem Tag um 12.30 Uhr vom Reichsaußenminister empfangen. Nachdem Ribbentrop das von Lipski übergebene Memorandum durchgelesen hatte, erklärte er, nach seiner persönlichen Ansicht könne „die polnische Stellungnahme keine Basis für eine deutsch-polnische Lösung darstellen". Er schreibt rückblickend, es habe für ihn eine „völlige Überraschung" bedeutet, als Lipski

„ein — in Nürnberg bezeichnenderweise nicht zugelassenes — Memorandum der polnischen Regierung überreichte, in dem in brüsker Weise die deutschen Vorschläge bezüglich der Rückkehr Danzigs und der exterritorialen Verkehrswege durch den Korridor abgelehnt wurden."

Aus der Aufzeichnung, die Ribbentrop über dieses Gespräch anfertigte, geht hervor, daß er den Botschafter mit ernsten Worten auf die polnischen Truppenzusammenziehungen im Raume Danzig hingewie-

sen und ihn vor möglichen Konsequenzen gewarnt hat, ohne jedoch einen Vergleich mit der tschechischen Krise im Jahre zuvor anzustellen.

Um die Verhandlungen nicht abzubrechen, fragte Ribbentrop, ob nach einer eingetretenen Beruhigung die polnische Regierung

„den deutschen Vorschlag nicht erneut erwägen wolle, damit man auf der von uns vorgeschlagenen Basis ... zu einer Lösung kommen könne".

Auf Lipskis ausweichende Bemerkungen betonte Ribbentrop wiederum, es komme ihm

„vor allem darauf an, zu vermeiden, daß beim Führer der Eindruck entstehe, Polen wolle einfach nicht".

Lipski bemühte sich nicht ernstlich, diesen Eindruck zu verwischen — im Gegenteil, er machte schließlich noch eine persönliche Bemerkung, die bald durch öffentliche Erklärungen von polnischer und britischer Seite bestätigt werden sollte:

„Lipski verschärfte die Situation noch dadurch, daß er auf meinen erneuten Versuch, ihm die Notwendigkeit zur Rückkehr Danzigs zum Reich klar zu machen, erklärte, ‚jede weitere Verfolgung dieser deutschen Pläne, insbesondere soweit sie die Rückkehr Danzigs zum Reich betreffen, bedeuten den Krieg mit Polen'!"

Ribbentrop antwortete darauf,

„daß z. B. eine Verletzung des Danziger Hoheitsgebietes durch polnische Truppen von Deutschland in der gleichen Weise wie eine Verletzung der Reichsgrenzen betrachtet würde".

Als Ribbentrop die „Erklärung, um nicht zu sagen: Drohung Lipskis, die auch im vollen Widerspruch zum Vertrag von 1934 stand", Hitler berichtete, nahm dieser sie, wie Ribbentrop mitteilt,

„sehr ruhig auf, er beauftragte mich aber, dem polnischen Botschafter mitzuteilen, daß eine Lösung natürlich nicht gefunden werden könne, wenn hier von Krieg gesprochen werde". 29/329f.

- Die Entschließungen der polnischen Regierung am 24. März 1939 — amerikanische Einflußnahme 29/313—323
- Polnische Mobilmachungsmaßnahmen — Berichte des deutschen Botschafters in Warschau; zurückhaltende Beurteilung in Berlin 29/317, 331f.
- Wiederholung der polnischen Kriegsdrohung im Gespräch des Außenministers Beck mit Botschafter von Moltke am 28. 3. 1939 in Warschau 29/331f.
- Amtliche Aufzeichnung über die Unterredung des Reichsaußenministers mit dem polnischen Botschafter am 26. März 1939, Text 4/318f.

Ribbentrop nimmt in seinen Erinnerungen mit Recht an, daß Beck die ablehnende Instruktion an Lipski erst erteilt hat, nachdem er der Zusage der britischen Regierung auf seinen Gegenvorschlag gegen den von Chamberlain zunächst angeregten „Viererpakt" sicher war. Dieser Gegenvorschlag bestand darin, daß Beck statt des „Vierer"-Paktes einschließlich der Sowjetunion eine unmittelbare britisch-polnische Allianz wünschte, die dem polnischen Staat außer der militärischen Unterstützung Englands das Ansehen einer Großmacht einbringen würde.

Daß die britische Regierung einer so weitgehenden und allen Traditionen widersprechenden Forderung nachgegeben und Verpflichtungen übernommen hat, die sie aus eigener Kraft nicht erfüllen konnte, erklärt Ribbentrop mit dem Rückhalt, den die englischen Staatsmänner in Amerika gefunden hatten:

„Ich behaupte — und nicht nur die Potocki-Akten beweisen es —, daß diese besonderen Sicherungen für England in einer Zusage Roosevelts gelegen haben, daß die Vereinigten Staaten an dem kommenden Kriege teilnehmen würden, wenn England und Frankreich zuerst losschlügen.

England konnte von sich aus einen Krieg gegen Deutschland nicht beginnen, ohne einen Anlaß, der vom englischen Volke verstanden würde. Ein solcher Grund, der als Berechtigung erscheinen konnte, Deutschland den Krieg zu erklären, war zweifellos die Erfüllung eines verpflichtenden Versprechens Polen gegenüber, ihm im Falle eines Angriffs Hilfe zu leisten. Damit trat die Ehre Großbritanniens und ihre Wahrung in den Vordergrund.

Die Wendung in der britischen Politik war so bedeutend, daß England sie nicht von einer unklaren Haltung Polens abhängig machen konnte. Die britische Regierung hat sich deshalb zu dem von Polen gewünschten Bündnis zweifellos erst dann bereitgefunden, nachdem der polnische Außenminister die bindende Erklärung abgegeben hatte, gegenüber den deutschen Forderungen bewaffneten Widerstand zu leisten.

Diese polnische Erklärung war die Voraussetzung für die Garantie Englands, das sich seinerseits wieder auf die USA stützte; die Folge des britischen Blankoschecks aber war das polnische ‚Nein' gegenüber Deutschland.

Aus diesen Zusammenhängen aber geht deutlich hervor, daß letzten Endes der amerikanische Präsident Roosevelt das polnische ‚Nein' veranlaßt und damit den europäischen Konflikt hervorgerufen hat" (4/167).

Die inzwischen bekannt gewordenen Dokumente und Aussagen der Beteiligten haben allerdings zusätzliche Umstände beleuchtet, die Ribbentrop in Nürnberg, als er seine Aufzeichnungen niederschrieb, noch nicht kennen konnte.

Chamberlain war — trotz der „Druckmittel", von denen der USA-Botschafter Bullitt so häufig sprach — nicht geneigt, die britische

Politik von den Entschließungen des amerikanischen Präsidenten völlig abhängig zu machen. Der Premierminister erwartete die totale Veränderung der internationalen Lage nicht etwa infolge eines langdauernden Krieges, der nur mit Hilfe der USA gewonnen werden konnte und der das Empire ruinieren mußte, er setzte vielmehr seine Hoffnungen auf die Beseitigung Hitlers und den „Kollaps seines Systems" wie Chamberlains Biograph Feiling urteilt.

Zu den in amtlichen Aktenpublikationen nicht verzeichneten und dennoch historisch wichtigen Dokumenten zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges gehört der nachstehende, erstmals im Londoner „Sunday Express" vom 8. November 1953 veröffentlichte Bericht des im Jahre 1939 in Berlin tätigen britischen Journalisten Jan Colvin:

„Als britischer Reporter in Berlin in der Vorkriegszeit unterhielt ich durch Leute des geheimen Widerstandes besondere Beziehungen zum Deutschen Generalstab.

Anfang März 1939, unmittelbar vor der Besetzung von Prag, sagten diese Männer einen Versuch zur Abschneidung des polnischen Korridors gegen Ende des Monats voraus.

Am 26. März beschloß ich, nach London zu fliegen.

In London suchte ich unverzüglich Mr. Winston Churchill in seiner Wohnung in Westminster-Gardens auf. Mr. Churchill betonte sofort mit Nachdruck, daß ich mit Lord Halifax sprechen und dabei nichts auslassen sollte.

Im Foreign Office waren die ersten Leute, die ich traf, Mr. Rex Leeper, Leiter der Nachrichtenabteilung des Foreign Office und Sir Alexander Cadogan, der Unterstaatssekretär. Sie arrangierten es für mich, daß ich bei Lord Halifax Tee trinken sollte...

Lord Halifax forderte mich auf, neben ihm auf einem alten abgeschabten Ledersofa Platz zu nehmen. Er schien an diesem 29. März 1939 von einer stolzen und entschlossenen Idee getragen zu sein. Ich legte die tragische Geschichte des September 1938 dar, in der — nach meiner Ansicht — größere Festigkeit von seiten Englands dazu geführt hätte, daß Hitler von seinem eigenen Generalstab gestürzt worden wäre.

Ich erzählte ihm von dem drohenden Angriff auf Polen. Sofort nahm er den Telefonhörer auf.

‚Den Premierminister bitte.' ...‚Ich möchte gerne, daß Sie Herrn Chamberlain sagen, was Sie soeben mir gesagt haben.'

Mit aufgeschlogenen Mantelkrägen eilten Lord Halifax und ich nach Whitehall hinüber und erreichten Mr. Chamberlains Zimmer im Unterhaus.

Es ist immer ein unfreiwilliger Schock, einem berühmten Manne zu begegnen und wahrzunehmen, wie er immer er selbst ist...

Ich setzte mich und wurde ersucht, meinen Bericht über die Situation in Deutschland zu wiederholen, was ich so sorgfältig wie möglich tat, wobei ich abermals die bevorstehende Bedrohung des polnisches Korridors und Danzigs betonte.

Mr. Chamberlain starrte in seiner unpersönlichen Art vor sich hin und rieb mit Finger und Daumen die weiche Haut seines Halses. ‚Erzählen Sie dem Premierminister, was Sie mir vorher erzählten über die Männer in Deutschland, die gegen Hitler sind', sagte Lord Halifax freundlich, ängstlich darauf bedacht, daß ich ja meine ganze Geschichte wiederhole.

Ich fand es nicht ganz einfach, eine Geschichte zu erzählen, die auf den kapitalen Fehler Chamberlains hinwies, daß er überhaupt nach Berchtesgaden gegangen war.

So taktvoll als möglich sprach ich von den Plänen, die in Berlin zum Sturze Hitlers gefaßt worden waren, wenn Deutschland in einen Krieg auf allen Fronten im September 1938 verwickelt werden sollte und von der Schatten-Regierung, die die Revolution geleitet haben würde.

‚Welches sind die Namen?' wurde ich gefragt. Und so nannte ich zwei von ihnen: Ewald von Kleist und Herbert von Bismarck, den früheren preußischen Unterstaatssekretär des Innern, sowie den General Ludwig Beck, den zurückgetretenen Generalstabschef des Generalstabes und General von Witzleben. (Von diesen lebt nur noch Bismarck.)

Plötzlich fragte Sir Alexander Cadogan:

‚Was würde die Wirkung sein, wenn wir Polen garantierten?'

Dies war das erste Wort, das ich je von einer Garantie an Polen gehört hatte.

‚Es würde die Lage in Deutschland erleichtern' (it would help the situation in Germany) sagte ich.

Neville Chamberlain saß da und starrte und fingerte an seinem Hals herum.

Dann fragte er:

‚Was haben diese a n d e r e n Deutschen uns anzubieten?'

Meine Antwort war, daß ich darüber nur dann berichten könnte, wenn ich abermals mit ihnen gesprochen hätte ...

Bei Kriegsende besuchte ich Mr. Churchill, der in seinem Bett aufsaß. Seine Gedanken waren bereits neuen Problemen zugewandt. Aber als er sich der Vergangenheit erinnerte, sagte er schmunzelnd: ‚So, Sie haben den Krieg überlebt. Und Sie waren es, der ihn begann mit jener Garantie an Polen.'"

Auch der britische Historiker Taylor hat diesen journalistischen Bericht mit Recht zur Beurteilung der Motive Chamberlains in der so mysteriösen Angelegenheit der Polen-Garantie herangezogen. Taylor schreibt über diese Märztage 1939:

„Gerüchte von deutschen Truppenzusammenziehungen an der polnischen Grenze tauchten auf, genau so, wie es ähnliche Gerüchte deutscher Truppenzusammenziehungen gegen die Tschechoslowakei am 21. Mai 1938 gegeben hatte. Diese neuen Gerüchte waren wiederum grundlos. Sie scheinen von den Polen ausgestreut worden zu sein. Sie wurden aber dabei von einigen deutschen Generalen unterstützt, die behaupteten, Gegner von Hitler zu sein. Diese Generale ‚warnten' die britische Regierung. Mit welcher Absicht? ..."

Die Behauptung von einem Ende März 1939 angeblich unmittelbar bevorstehenden deutschen Angriff auf Polen und einem Handstreich auf Danzig, die in allen diesen Dokumenten immer wieder auftaucht, obwohl sie zu Hitlers damaligen tatsächlichen Weisungen im Widerspruch steht, gehört zu den Unwahrheiten, die Geschichte gemacht haben. Was Colvin dem britischen Premierminister davon erzählte, was Beck dem amerikanischen Botschafter erklärte, stimmt überein mit dem Tenor der Opposition im deutschen Auswärtigen Amt... Es wurden hier vermutlich die gleichen Ziele verfolgt wie im September 1938 — der Ausbruch eines Konfliktes sollte nicht vermieden werden, vielmehr als Startschuß zum Sturze Hitlers dienen.

Man hätte erwarten können, daß Hitler auf die polnische Herausforderung zwischen dem 22. und 28. März 1939 mit einer Revision seiner politischen Absichten gegenüber Warschau reagiert hätte. Das war jedoch nicht der Fall. Der amerikanische Historiker Professor Hoggan urteilt über Hitlers Motive:

„Die polnische Freundschaft war nach seiner Auffassung für das Wohl des deutsche Reiches eine Notwendigkeit. Darum blieb Hitler auch angesichts der polnischen Provokation in der Woche nach der Teilmobilisierung am 23. März 1939 ruhig... Große Ziele waren nach seiner Ansicht nicht mühelos zu erreichen, und darum weigerte er sich, die Lage als tragisch anzusehen. Hitler blieb bei der Hoffnung, ein Abkommen zwischen Beck und Halifax würde sich zerschlagen. Dann hätte Deutschland neue Möglichkeiten, seine Beziehungen zu beiden Mächten zu verbessern."

29/332—339

*

Im Hinblick auf die weiteren Geschehnisse des Frühjahrs und Sommers 1939 verdient der Umstand Beachtung, daß sich Chamberlain ernstlich darüber Gedanken machte, wie die von ihm beabsichtigte Eindämmung des deutschen Vordringens bewirkt werden könne, falls Hitler nicht zu den Waffen greifen würde. Feiling beschreibt diese Gedankengänge Chamberlains:

„Wir könnten eines Tages, weit eher als flagranten kriegerischen Aktionen, einer deutschen wirtschaftlichen Durchdringung gegenüberstehen, wie sie bereits in Rumänien versucht wird und die alle Folgen einer Eroberung hätte. Wie aber sollen wir unterscheiden zwischen einem solchen Prozeß und der natürlichen Vorherrschaft Deutschlands auf den südöstlichen Märkten, und wie können wir Deutschland durch ein Ultimatum stoppen oder mit anderen Worten, durch einen präventiven und prekären Krieg, für den er sich, wie er schrieb, ‚niemals persönlich verantwortlich machen wollte'."

Diese Bemerkungen sind sehr vieldeutig; aus den Ereignissen, die nun folgten, lassen sie sich auch dahin begreifen: Hitler sollte an einer weiteren „Durchdringungs"-Politik gehindert und zu „flagranten kriegerischen Aktionen" veranlaßt werden, um der britischen Regierung das Odium des „Ultimatums" und des „Präventivkrieges" zu ersparen. 29/309f.

- Wortlaut des Colvin-Berichtes: „Warum Churchill zu mir sagte: ‚Sie gaben den Startschuß zum Krieg'" 8/113—117; 29/334—338
- Sowjet-Spion Scheliha als Mittelsmann zwischen dem Berliner Auswärtigen Amt und der deutschen Botschaft in Warschau 29/327f.
- Gespräch des US-Botschafters Bullitt mit dem polnischen Botschafter in Paris; dessen Eindruck, daß „das Endziel der Aktionen nicht der Friede ist, sondern die Hervorrufung eines Umsturzes in Deutschland" 29/321
- Entwurf und Bekanntgabe der „Polen-Garantie" durch Chamberlain 29/340f.
- Befragung und Festlegung des polnischen Außenministers Beck durch die britische Regierung hinsichtlich Polens künftiger Haltung gegenüber Deutschland 29/342—349

Danzig als „Symbol"

Chamberlain wollte vom polnischen Außenminister wissen, „ob Deutschland je eine Autobahn gefordert habe". Beck antwortete ausweichend:

„daß nichts, was geschehen sei, über das Stadium von Gesprächen hinausgedrungen sei. Keine geschriebenen Forderungen seien je der polnischen Regierung überreicht worden ... Er zweifle, ob Deutschland einen Konflikt mit Polen wegen lokaler Dinge dieser Art riskieren würde. Er füge privat und vertraulich hinzu, daß es möglich sei, daß Herr von Ribbentrop der Erfinder einiger dieser Ideen sei, aber er zweifle, ob sie die Zustimmung seines Chefs gefunden hätten ... Wenn Polen eine feste Haltung wegen Danzig einnehme und besonders ein fait accompli nicht dulden werde, dann geschehe das nicht wegen Danzig an sich, sondern aus Prinzip ... Danzig sei eine Art Symbol geworden."

Beck hatte also die deutschen Forderungen „nicht wegen Danzig an sich" abgelehnt und trotzdem erhob er diese deutsche Stadt zum „Symbol" Polens. Durch ihren Botschafter Kennard in Warschau kannte die britische Regierung die deutschen Vorschläge vom 24. Oktober 1938, über die nicht nur Ribbentrop, sondern auch Hitler mit Oberst Beck im Januar 1939 verhandelt hatten, ganz genau. Offiziell aber gab Beck erst Ende April 1939 dem britischen Botschafter in

Warschau Kenntnis von den Vorschlägen der deutschen Regierung und teilte ihm mit, daß er sie zurückgewiesen habe. 29/347f.

*

Am 19. November 1937 war Lord Halifax in seinem Gespräch mit Hitler so weit gegangen, die Änderungen des „status quo", die früher oder später in Europa eintreten müßten, ausdrücklich mit „Danzig, Österreich und Tschechoslowakei" zu bezeichnen. England sei nur daran interessiert, daß diese Änderungen im Wege friedlicher Evolution zustande gebracht würden ...

Danzig war in damaliger Sicht völlig uninteressant, denn dort war die „evolutionäre Entwicklung" längst vollzogen; es regierte bereits seit dem 20. Juni 1933 eine nationalsozialistische Regierung. Der Anschluß an das Reich war nur eine Formalie, auf die Hitler bisher nur aus Rücksicht auf seine Freundschaftspolitik mit Polen verzichtet hatte. Daß sich ausgerechnet an dieser Frage der Zweite Weltkrieg entzünden würde, konnte damals niemand in den Sinn kommen.

34/124

Die deutsche Stellungnahme

Joachim von Ribbentrop berichtet:

Am 6. April 1939 schloß Außenminister Beck in London eine vorläufige Vereinbarung über gegenseitige Beistandsverpflichtungen zwischen Polen, England und Frankreich ab. Diese vorläufige Vereinbarung sollte — so hieß es im Communiqué — durch ein späteres Dauerabkommen ersetzt werden.

Als Antwort auf das polnisch-englische Vorgehen kündigte Deutschland am 28. April 1939 durch ein Memorandum, das ich Botschafter Lipski überreichte, die deutsch-polnische Abmachung von 1934. In diesem Memorandum wurde darauf hingewiesen, daß sich Polen mit dem Abschluß des englisch-polnischen Vertrages auf politische Verpflichtungen einer dritten Macht gegenüber eingelassen und die ihm von Deutschland angebotene Regelung der Danzig-Frage und der Festigung freundnachbarlicher Beziehungen zurückgewiesen habe. Der englisch-polnische Vertrag sei ein flagranter Verstoß gegen die deutsch-polnische Erklärung vom 26. 1. 1934, die Polen damit selbst außer Kraft gesetzt habe. Der Beistandspakt zwischen England und Polen sei nicht nur ein Bruch des Nichtangriffspaktes und Freundschaftsvertrages von 1934, der jede gewaltsame Auseinandersetzung

zwischen Polen und Deutschland ausschloß, sondern jetzt wäre Polen bei einem Streitfall zwischen England und Deutschland sogar zu einem Angriff auf uns verpflichtet!

Noch bedeutsamer war, daß der englisch-polnische Pakt in krassem Gegensatz zu der von Chamberlain selbst entworfenen Zusatzerklärung zum Münchner Abkommen stand, die ausdrücklich vorsah, daß England und Deutschland keinerlei politische Verpflichtungen eingehen würden, ohne sich vorher zu konsultieren, was immer auch eintreten möge ...

Es ist von besonderem Interesse, festzustellen, daß der britisch-polnische Beistandspakt bei dem am 18. September 1939 erfolgten russischen Einmarsch in Polen nicht in Kraft trat. Der britische Unterstaatssekretär Austen Butler hat das am 19. Oktober 1939 mit folgender Erklärung begründet:

„Zwischen der polnischen Regierung und der Regierung Seiner Majestät wurde während der Verhandlungen, die zur Unterzeichnung des Abkommens führten, vereinbart, daß das Abkommen nur den Fall eines Angriffs durch Deutschland decken soll."

Diese bedeutsame Tatsache zeigt, daß der Schutz Polens nicht der eigentliche Grund der britischen Garantieerklärung gewesen ist.

England hatte, obwohl Danzig und der Korridor entgegen dem in den vierzehn Punkten Wilsons festgelegten Selbstbestimmungsrecht der Völker rechtswidrig von Deutschland abgetrennt worden waren und obwohl bedeutende Völkerrechtler und maßgebende englische Staatsmänner die Revision dieses Unrechtes als unerläßlich proklamiert hatten, mit Polen ein ausdrücklich gegen Deutschland gerichtetes Militärbündnis geschlossen. Die britische Regierung tat dies, obwohl Chamberlain und Hitler sich in der Münchner Erklärung verpflichtet hatten, daß es nie wieder zu einem deutsch-englischen Krieg kommen solle und obwohl sie wußte, daß die deutsche Regierung mit der polnischen seit Monaten über eine vernünftige und für Polen außerordentlich günstige Lösung des Danzig- und Korridorproblems verhandelt hatte.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß es sich in der Frage Danzig und Korridor um vitale Interessen Deutschlands, keineswegs aber um solche Englands handelte. Man stelle sich folgende Parallele vor. England habe einen Streit mit Irland um einen Verbindungsweg und die britische Regierung habe der irischen einen großzügigen Lösungsvorschlag gemacht. Irland wende sich daraufhin an die deutsche Regierung und schließe mit ihr ein Bündnis gegen England ab, würde in solchem Falle Deutschland nicht mit Recht der Einmischung und der Kriegstreiberei beschuldigt werden? Nicht anders stand es mit

der Polenfrage. Woher nahm England dieses Recht in Osteuropa? Auch ein Gewohnheitsrecht kam nicht in Frage, denn England hatte noch niemals in seiner Geschichte einem Staat in Osteuropa eine automatische Garantie gegeben. Die Folge davon war, daß Polen nunmehr nicht nur zu keinem Übereinkommen mit Deutschland mehr bereit war, sondern auch wieder schärfer gegen die deutschen Minderheiten vorging.

So stand der Frühsommer 1939 im Zeichen zunehmender Verschärfung der europäischen Lage. Maßgebende polnische Politiker sprachen bereits im Mai 1939 von einem bevorstehenden Marsch auf Berlin. Die Bestrebungen Englands, möglichst viele Staaten zur Teilnahme an der Garantie und damit zum Ring um Deutschland zu bestimmen, wurden immer weitgespannter. Frankreich stellte sich an Englands Seite. Die Koalitionspolitik der beiden Regierungen gegen Deutschland wurde am 13. April durch eine britisch-französische Garantieerklärung für Rumänien und Griechenland, sowie am 12. Mai 1939 durch einen englisch-französisch-türkischen Vertrag ergänzt. Mit Moskau wurden Verhandlungen eingeleitet, um auch die Sowjetunion zu einem Militärbündnis gegen Deutschland zu bewegen. Diese englische Einkreisungspolitik erfüllte mich mit wachsender Sorge. Diese Sorge — „cauchemar des coalitions" nannte es Bismarck — verursachte auch mir schlaflose Nächte.

Im Hinblick auf diese Entwicklung schlossen wir am 22. Mai 1939 den deutsch-italienischen Freundschafts- und Bündnispakt. Außerdem hatte ich schon nach dem Mißerfolg der Warschauer Reise dem Führer geraten, Verhandlungen mit Rußland anzubahnen, um die endgültige Einkreisung Deutschlands zu verhindern. 4/163, 169f.

- 11. April 1939 — Hitlers interne Weisungen an die Wehrmacht: Plan „Weiß" für den Fall, daß Polen „eine das Reich bedrohende Haltung" einnehme 29/355
- Hitlers Reichstagsrede am 28. 4. 1939 34/60f; 29/349—354
- Deutsch-italienischer „Stahl-Pakt" und Berliner Vereinbarung über das Optionsrecht der Südtiroler und die Umsiedlung von Optanten 40/70—73

Hitler: Danzig-Anschluß vertagt

In den Morgenstunden des 20. April 1939 — vor der großen Parade anläßlich seines 50. Geburtstages — empfing Hitler in seinem Arbeitsraum in der Neuen Reichskanzlei zahlreiche Delegationen, die ihm Glückwünsche überbrachten. Die hohen Flügeltüren standen weit offen, in ununterbrochener Folge kamen und gingen die Abgesandten

der deutschen Gaue, großer Organisationen, auslandsdeutscher Vereine usw. Der Reichspressechef und seine Mitarbeiter begnügten sich damit, den rasch fließenden Strom der Gäste in einem der Vorräume zu beobachten, gelegentlich Bekannte zu begrüßen usw. Da wurden überraschend die Flügeltüren geschlossen — e i n e Delegation wurde von Hitler gesondert empfangen; er sprach mit ihr minutenlang vertraulich. Die Herren kamen mit ernsten Gesichtern zurück. Natürlich interessierte uns, was vorgefallen war: Hitler hatte den D a n z i g e r n gesagt, ihr Wunsch nach baldigem Wiederanschluß an das Reich müsse vertagt werden, die aufgetretenen Schwierigkeiten und Gefahren seien zu groß geworden. 34/61

- Mai 1939: Britischer Botschafter Henderson vermißt Vorschläge zur Lösung der Danzig-Frage 29/356
- Mai/Juni 1939 — Londoner Regierung befolgt den Rat deutscher Widerstandskreise: „Drohendes Schweigen" 29/358
- Zwielichtige Rolle des Danziger Völkerbunds-Kommissars Burckhardt — er vermittelt nicht, hält Verbindung zur innerdeutschen Opposition 29/170—178, 359—365
- Stellungnahme Mussolinis zur Danzig-Frage: „Wenn Danzig de facto deutsch — warum nicht auch de jure?" 29/366

Hitler nochmals: „Danzig kann warten"

Am 19. Juli 1939 mittags 12 Uhr erhielt der Völkerbunds-Kommissar Burckhardt den Besuch des Danziger Gauleiters Forster, der kurz vorher von einer Reise zu Hitler nach Danzig zurückgekehrt war und ihm eine wichtige Eröffnung machte.

In einer Aufzeichnung, die der Danziger Senator Dr. Böttcher auf Grund von Mitteilungen Burckhardts zu den Akten gab, heißt es darüber:

„Der Gauleiter habe ihm dann gesagt, daß Deutschland von seinen Forderungen wegen Danzig nicht ablasse, daß die Entwicklung jedoch noch ein oder zwei Jahre Zeit habe. Jedenfalls solle alles in ein ruhigeres Fahrwasser geleitet werden. Er werde allerdings den Zeitungsartikel, den er bereits vorher Herrn Burckhardt gezeigt habe, mit Einwilligung des Führers noch erscheinen lassen, dann aber würde die Danziger Presse den Auftrag erhalten, die Danziger Frage ruhen zu lassen und auch der Notenwechsel solle eingeschränkt werden. Deshalb wolle man den Hohen Kommissar mehr als bisher einspannen ..."

Nach Burckhardts eigenem Bericht spielte sich diese Szene folgendermaßen ab:

„Forster erschien bei mir in großer Uniform mit weißer Mütze und weißen Handschuhen. In feierlicher Weise erklärte er mir: ‚Ich bringe Ihnen die neuesten Nachrichten vom Kanzler. Sein Standpunkt in bezug auf Danzig ist derjenige, den er in seiner Reichstagsrede formuliert hat, er ist unverändert. Mein Führer ist der Ansicht, alles müsse auf friedliche Weise gelöst werden, es sei nicht der Mühe wert, wegen Danzig einen Konflikt zu provozieren... Das Danziger Problem kann warten.' ‚Für wie lange?' fragte ich. ‚Drei Wochen, einen Monat oder mehr?' ‚Ein Jahr' antwortete er, ‚auch länger, nichts pressiert, wenn die Polen keine Dummheiten machen'."

Forster erklärte weiter:

„Man ist in Berlin unzufrieden mit der Art, in welcher der Senat mit Polen verhandelt hat. Dieser Notenkrieg war sehr ungeschickt. Mit diesen wahnsinnigen Polen riskiert man jeden Augenblick eine böse Überraschung. Sie müssen uns helfen. Schon als Sie zurückkamen, herrschte die Meinung vor, wir könnten mit diesen Kerlen nicht zu zweit an einem Tische sitzen. Sie werden im Sinne der Befriedung den größten Dienst leisten, wenn Sie jetzt die Funktionen wieder aufnehmen würden, die Ihre Vorgänger ausgeübt haben. Um uns zu helfen, seien Sie unser Vertreter bei den Polen und der polnische Vertreter bei uns."

In einer „dritten Besprechung" wenige Tage später wiederholte Forster:

„alles, was er während der zweiten gesagt hatte, und zwar noch nachdrücklicher. Er sprach sogar von drei Jahren, während welcher hier nichts passieren sollte."

Hitler war also in jenen Tagen zu dem Ergebnis gelangt, daß seine Forderung auf Rückkehr Danzigs zum Reich auf sehr lange Sicht zurückgestellt werden und der Danziger Völkerbundskommissar als Mittelsmann eines „modus vivendi" tätig werden sollte.

Dies hätte die große Stunde Burckhardts sein können, die Gelegenheit, von seiner örtlich begrenzten Stellung aus eine entscheidende Wirksamkeit zur Beruhigung der europäischen Lage und damit zur Erhaltung des Weltfriedens zu entfalten. Burckhardt erfaßte die Bedeutung der ihm mitgeteilten Stellungnahme Hitlers. Er äußerte sich Dr. Böttcher gegenüber zustimmend, „wie richtig es sei, daß die Danziger Frage vorläufig zurückgestellt werde".

Aber es blieb bei dieser Bemerkung; in den entscheidenden zwei Wochen, die nun folgten, sollte sich herausstellen, daß der Hohe Kommissar untätig blieb, während die Polen die Danziger Situation zur Siedehitze verschärften, statt sie zu erleichtern.

Warum man in Warschau damals nicht geneigt war, Hitlers Vertagungsvorschlag anzunehmen, erklärt sich u. a. aus folgendem Ereignis:

In den gleichen Tagen, in denen Hitler in seinen Gesprächen mit Forster zu dem Ergebnis kam, die Dienste Burckhardts zur Beruhigung der Danziger Atmosphäre zu erbitten, war in Warschau der britische General Ironside eingetroffen und hatte — wie der damalige polnische Vizeaußenminister Graf Szembek berichtet — im Beisein des Grafen Potocki, des polnischen Botschafters in Washington,

„in sehr kategorischem Ton erklärt ..., daß jetzt alle Bedenken (hésitation) beseitigt wären. England hat die Lage erkannt und Chamberlain wird nicht wiederum mit seinen Irrtümern von München beginnen. Er sprach mit größter Bewunderung von der Ruhe und der nicht vorhandenen Nervosität der polnischen Bevölkerung, was die Engländer erstaune, die unsere Nation als ein leicht erregbares Volk betrachteten ... Was die militärische Frage betreffe, so bestehe eine verpflichtende Bindung zwischen England und Frankreich. Die Situation von 1914 werde sich nicht erneuern. Die Franzosen werden den strategischen Oberbefehl übernehmen. Ironside selbst wird General Gamelin subordiniert sein ... Ägypten sei das Zentrum des Empires geworden. Die britischen Armeen werden sich dort konzentrieren und werden mit ihren Hilfsmitteln aus Indien unabhängig von der Armee, die in Europa kämpft, vorgehen ... Danzig ist nichts als der Vorwand des zukünftigen Konfliktes ... Die englische Regierung verstehe die Wichtigkeit der Danziger Frage."

Außenminister Beck glaubte sich vermutlich aufgefordert, den „Vorwand des zukünftigen Konfliktes" bald zu liefern.

29/372—374, 380

- Der sog. Danziger Zoll-Inspektoren-Konflikt 29/367—372, 376f.
- Das polnische Ultimatum an den Danziger Senat vom 5. August 1939 29/378—381
- Erklärung der Reichsregierung vom 9. 8. 1939 zum polnischen Ultimatum: ohne Drohung, jedoch mit Hinweis auf mögliche Öffnung der Grenze zwischen Ostpreußen und Danzig 29/382f.

Hitler—Burckhardt am 11. August 1939

Alle inzwischen festgestellten Quellen geben übereinstimmend darüber Auskunft, daß das polnische Ultimatum vom 5. August 1939 Hitler erstmals veranlaßt hat, sich unmittelbar in die Danziger Vorgänge einzuschalten. Den polnischen Schritt beurteilte er offenbar als eine drastische Zurückweisung seines Beruhigungsangebotes.

Hitler berief zunächst den Gauleiter Forster nach Berchtesgaden, um mit ihm zwischen dem 7. und 9. August die entstandene Lage zu besprechen. Erstes Ergebnis der Beratungen war ein diplomatischer

Schritt, mit dem das unmittelbare Interesse der deutschen Regierung an den Danziger Vorgängen klargestellt wurde ...

Als Gauleiter Forster vom Obersalzberg zurückgekehrt war, unterrichtete er zunächst Burckhardt, Hitler

„sei an den letzten Grenzen der Geduld angelangt und verlange zu wissen, welche Gründe einen so vollkommenen Mißerfolg seiner seit Ende Juli unternommenen Versuche einer lokalen Entspannung verursacht hätten. Bei dem Gauleiter, der möglicherweise die Auffassung Hitlers wiedergab, überwog der Gedanke, die polnische Haltung sei wahrscheinlich unter dem Druck von London und Paris entstanden. Auch jetzt wieder versicherte ich, daß die Kabinette der beiden Großmächte im allgemeinen wie im besonderen Fall nicht aufgehört hatten, in mäßigendem Sinn einzuwirken."

Es mag offen bleiben, inwieweit Burckhardt die Entwicklungsgeschichte der polnischen Herausforderung gekannt oder abgewehrt hat. Jedenfalls wird er über Hitlers Zähigkeit verblüfft gewesen sein, als ihm Forster am 10. August 1939 die Einladung zu einem sofortigen Besuch auf dem Obersalzberg überbrachte. In den ersten Augusttagen hatte Burckhardt bereits seine Papiere verbrannt und den Deutschen deutlich genug zu verstehen gegeben, daß er nicht vermitteln könne. Nun sollte er von Hitler nochmals dazu aufgefordert werden ...

Am 11. August 1939 war Burckhardt bei Hitler. Über das Gespräch besteht in den deutschen Akten keine Aufzeichnung. Dagegen erstattete der Hohe Kommissar „am 13. August in Basel den beiden Vertretern von Lord Halifax und von Minister Georges Bonnet, Roger Makins und Minister Piere Arnal", einen ausführlichen Bericht über seinen „Besuch und das mit dem Diktator geführte Gespräch".

Hitler ist nach diesem Burckhardt-Makins-Arnal-Bericht sofort auf die kritische Lage in Danzig eingegangen; er betonte, er selbst habe Forster instruiert, den Hohen Kommissar um seine Vermittlung zu bitten, denn er wisse, daß Burckhardt „objektiv" sei. Forster habe trotz Chodackis „wirtschaftlicher Repressalien und Drohungen nicht in übertriebener Weise gehandelt". Statt das polnische Ultimatum am 4. August zu schicken, hätte ein Telefonanruf Chodackis bei Burckhardt genügt, denn „die Polen wußten, daß Gespräche möglich waren". Hitler habe es für sehr beklagenswert gehalten, daß Chodacki auf „Anweisung von Beck" in einem solchen ernsten Augenblick dem Senatspräsidenten „eine grobe telefonische Botschaft" schickte und daß Beck selbst „alles in der Presse ausposaunte".

Teils „zornig", teils „ruhig", teils mit „hysterischem Gelächter" habe sich Hitler über die Kampfstärke seiner Gegner ausgelassen, um dann aber zu sagen:

„Dieses ewige Gerede über den Krieg ist Narrheit und macht die Völker wahnsinnig ... Ein und für allemal: Ich bin bereit, zu verhandeln und darüber zu sprechen. Aber der Punkt, an dem für mich jede Möglichkeit einer Verhandlung aufhört, ist da, wo man mich beschimpft und mich durch Ultimaten herausfordert."

Da bis jetzt allein Polen in Danzig Gewalt angewandt und mit Krieg gedroht habe, verwies Hitler auf sein „annehmbares Angebot" an Warschau und auf die „akute Gefahr", die er im Jahre zuvor in der Tschechoslowakei beseitigt habe. Bei jedem Schritt, den er tue, finde er England und Frankreich auf seinem Wege. Schließlich habe er von den polnischen Generalstabsplänen gesprochen, „die alle Visionen Alexanders und Napoleons weit übertreffen".

29/382, 385—387

Stalin — von England umworben

Die erste innere Voraussetzung der späteren Berlin-Moskau-Verhandlungen wurde schon durch die Konferenz von München geschaffen, und zwar nicht von deutscher sondern indirekt von englisch-französischer Seite. Nicht mit Unrecht sah Stalin in diesem Ereignis, bei dem über das Schicksal der mit der Sowjetunion verbündeten Tschechoslowakei entschieden wurde, als ob es kein Moskau gäbe, eine Brüskierung seitens der Westmächte. Die Gefühle lassen sich nachempfinden, mit denen Stalin dann im Jahre 1939 die britischen Bemühungen aufnahm, ihn zu einem Bündnis gegen Deutschland zu gewinnen. Seine Revanche bestand in einer Festsetzung hoher Preise für eine Beteiligung Rußlands an einer Einkreisung Deutschlands. Er forderte nicht nur die baltischen Staaten, sondern auch ein Durchmarschrecht durch Polen. An der Weigerung Warschaus, dies zuzugestehen, scheinen die Verhandlungen schließlich gescheitert zu sein.

Die steife Haltung Stalins gegenüber dem ungestümen Drängen der Westmächte, die seit der Jahreswende 38/39 die Entente von 1914 um jeden Preis wiedererstehen lassen wollten, konnte in Berlin um so weniger unbemerkt bleiben, als dort ja eigentlich seit Jahren die Sowjetunion als sicherer Gegner gewertet worden war. 14/192

Ribbentrop-Gegenzug: Pakt mit Moskau

Ribbentrop, der auf der Rückreise von seinem erfolglos verlaufenen Warschau-Besuch Ende Januar 1939 zu seinen Mitarbeitern gesagt hatte: „Jetzt bleibt uns nur der Ausweg, uns mit Rußland zu

einigen, wenn wir nicht völlig eingekreist werden wollen," berichtet in „Zwischen London und Moskau" (4/171):

„Einen Ausgleich mit Rußland zu suchen, war meine ureigenste Idee: ich habe sie beim Führer vertreten, weil ich einerseits die deutsche Außenpolitik im Hinblick auf die Haltung des Westens entlasten wollte, andererseits aber auch, um für den Fall eines deutsch-polnischen Konfliktes die russische Neutralität für Deutschland zu sichern.

Im März 1939 glaubte ich aus einer Rede Stalins dessen Wunsch herauszuhören, die sowjetisch-deutschen Beziehungen zu verbessern. Er hatte davon gesprochen, daß Rußland nicht beabsichtige, für gewisse kapitalistische Mächte ‚die Kastanien aus dem Feuer zu holen'.

Die Rede Stalins legte ich dem Führer vor und bat dringend um die Ermächtigung zu den erforderlichen Schritten, um festzustellen, ob hinter dieser Rede wirklich ein ernsthafter Wunsch Stalins stehe. Adolf Hitler zeigte sich zunächst abwartend und zögernd. Als aber die bis dahin eingefrorenen Verhandlungen über einen deutsch-sowjetischen Handelsvertrag in Gang kamen, sondierte ich doch in Moskau, ob die Möglichkeit einer Überbrückung der politischen Gegensätze und eine Bereinigung der zwischen Berlin und Moskau bestehenden Fragen zu erreichen sei. Die Handelsvertragsverhandlungen, die der Gesandte Schnurre sehr geschickt führte, kamen nach verhältnismäßig kurzer Zeit in Gang ..."

Hitler rechnete aber so ernstlich mit dem baldigen Abschluß eines englisch-sowjetischen Paktes, daß er noch am 29. Juni 1939 entschied, man solle den Russen eine deutliche Absage erteilen; die von ihnen vorgeschlagene Basis sei „für uns nicht tragbar" und an einer Wiederaufnahme der Wirtschaftsbesprechungen mit Rußland sei Deutschland „zur Zeit nicht interessiert"...

Für Hitlers Entschluß, Ribbentrops Ratschläge dann doch zu befolgen, dürften außer den Danziger Ereignissen auch Nachrichten aus London von Bedeutung gewesen sein. Dort hatte am 31. Juli Premierminister Chamberlain im Unterhaus die sofortige Entsendung einer britischen und französischen Militärmission in die Sowjetunion angekündigt. In der Debatte hatten Oppositionsredner wegen der Verzögerung der Unterhandlungen in Moskau Kritik geübt; Chamberlain hatte über die Verhandlungen in Moskau erklärt:

„Ich kann Ihnen heute keinen historischen Abriß über die Verhandlungen in Moskau geben, da ich sehr gut weiß, daß es Völker in anderen Ländern gibt, die eifersüchtig auf den Fortgang dieser Verhandlungen blicken und äußerst froh wären, Handhaben zu besitzen, um die sowjetrussische oder unsere Regierung niederzureiten. Ich möchte ihnen diese Geschosse nicht zur Verfügung stellen."

Die Hauptschwierigkeiten bei den Moskauer Verhandlungen lägen in der Differenzierung des Begriffes „indirekter Angriff", obgleich bei

dem englisch-französischen wie bei dem sowjetrussischen Partner Übereinstimmung darüber herrsche, daß ein indirekter Angriff das gleiche Maß von Gefahr bedeute wie ein direkter. In Moskau habe man es vorgezogen, nicht zu unterzeichnen und keinen Vorschlag anzunehmen, bevor nicht das endgültige Abkommen fertiggestellt sei.

Hitler ersah aus diesen Tatsachen, die auch der deutsche Botschafter in London bestätigte, daß es noch eine Chance gab, das von ihm bisher als fast abgeschlossen beurteilte englisch-französisch-sowjetische Bündnis zu durchkreuzen.

Am 2. August 1939 empfing Ribbentrop zum erstenmal den sowjetischen Botschaftsrat Astachow, um die Handelsbeziehungen wieder aufzunehmen und eine „Normalisierung der deutsch-russischen Beziehungen" anzuregen. Dabei brachte Ribbentrop den deutschen Wunsch nach einer „Neugestaltung unserer Beziehungen" zum Ausdruck, die „unter zwei Voraussetzungen möglich" sei:

„a) Nichteinmischung in die inneren Dinge des anderen Staates, diese glaubt Herr Astachow ohne weiteres zusagen zu können.

b) Verzicht auf eine gegen unsere Lebensinteressen gerichtete Politik. Hierauf wußte Astachow keine ganz eindeutige Antwort zu geben, meinte aber, daß seine Regierung den Wunsch habe, eine Verständigungspolitik mit Deutschland zu führen" (4/173).

Als Zusatz für den Botschafter Graf Schulenburg fügte Ribbentrop hinzu, daß er das Gespräch mit Astachow geführt habe, „ohne irgendwelche Eile zu zeigen". Der russische Geschäftsträger habe mehrfach versucht, das Gespräch zu konkretisieren, worauf Ribbentrop seine Bereitschaft dazu in Aussicht gestellt habe, „sobald grundlegender Wunsch der Sowjetregierung nach Neugestaltung offiziell mitgeteilt wird".

Obwohl Molotow daraufhin mit dem deutschen Botschafter in Moskau am 4. August 1939 „ungewöhnlich aufgeschlossen" sprach und sich zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit bereiterklärte, entstand bei Schulenburg der Gesamteindruck, „daß die Sowjetregierung gegenwärtig entschlossen ist, mit England und Frankreich abzuschließen, falls diese sämtliche sowjetischen Wünsche erfüllen".

Aus einem Privatbrief Weizsäckers, der in Moskau erst am 11. August eintraf, wird klar, daß es noch am 7. August 1939 — als Gauleiter Forster zur Berichterstattung nach Berchtesgaden gerufen wurde — zu keiner ernsthaften Kontaktaufnahme zwischen Berlin und Moskau gekommen war. Hitler zögerte noch immer.

Der Kommentar des britischen Historikers Professor Taylor zu der deutsch-russischen Annäherung anhand der offiziellen Ribbentrop-Schulenburg-Dokumente lautet:

„Wenn Beweisstücke überhaupt einen Wert haben, so zeigen sie, daß die Aussöhnung zwischen Sowjetrußland und Deutschland weit davon entfernt war, lange Zeit geplant gewesen zu sein. Sie war im Gegenteil eine absolute Improvisation sowjetischerseits, wie dies auch seitens Deutschlands fast genau so der Fall war ..."

Am 14. August, drei Tage nach Hitlers fruchtlosem Gespräch mit Burckhardt auf dem Obersalzberg, ergriff Ribbentrop mit einer ausführlichen Instruktion an Botschafter Graf Schulenburg die entscheidende Initiative ...

Hitler hatte sich erst im letzten Augenblick zu Verhandlungen mit Stalin entschlossen. Da alle seine Verständigungs- und Vertagungsversuche auf Ablehnung gestoßen waren, sah er sich einer offenbar zum Handeln entschlossenen Koalition gegenüber, von der er die starke Militärmacht Rußland — wenn irgend möglich — abtrennen wollte. Daß es sich ernstlich um den letzten Augenblick handelte, darüber wurde er vom deutschen Geschäftsträger in London unterrichtet, der noch am 14. August — also eine Woche vor dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Paktes — berichtet:

„Erfahre aus bester Quelle, daß der von Strang erstattete Bericht über Moskauer Verhandlungen optimistisch lautet: Sowjetregierung habe soviel Zeichen für ihren Willen zum Abschluß des Vertrages gegeben, daß an endgültigem Zustandekommen nicht mehr gezweifelt werden könne."

In Wirklichkeit ergab sich hier ein entscheidender Konflikt zwischen den Westmächten und Polen. Die polnische Regierung wurde immer heftiger bedrängt, die sowjetische Militärhilfe anzunehmen, die Beck im April 1939 abgelehnt hatte. Mitglieder der britischen Militärmission in Moskau äußerten sich recht offen darüber, daß Deutschland „im kommenden Kriege im Westen defensiv bleiben, Polen mit überlegenen Kräften angreifen und voraussichtlich im Verlauf von ein bis zwei Monaten überrennen" würde.

Das Dilemma bestand jedoch darin, daß Polen die Hilfe Rußlands wegen der Befürchtung ablehnte, sowjetische Truppen würden ihr Land niemals mehr verlassen. Vor die Wahl gestellt, Polen oder Rußland auf der englischen Seite zu haben, neigte Chamberlain dazu, die polnischen Bedenken zu respektieren, wissend, daß im umgekehrten Fall Beck unweigerlich in die Arme Deutschlands getrieben und es zu einer friedlichen deutsch-polnischen Einigung kommen werde.

- Stalins Rede Anfang März 1939: er werde auf keinen Fall zulassen, daß Rußland „in einen Konflikt hineingerissen wird, dessen Hintermänner die Kastanien gewöhnlich von anderen aus dem Feuer holen lassen" 14/201
- Ribbentrops Instruktion an Botschafter Graf Schulenburg am 14. 8. 1939, Text 4/174—176
- Brief Stalins an Hitler vom 21. 8. 1939, Text 4/177

Ribbentrop im Kreml

Joachim von Ribbentrop berichtet:

Noch bei meiner Abreise nach Moskau war von militärischen Schritten auf unserer Seite nicht die Rede, und ich war der Auffassung, daß Hitler zwar einen starken Druck auf Polen ausüben, aber schließlich das Problem doch auf diplomatischem Wege lösen wollte. Ich hatte die Hoffnung, daß sich England nach Veröffentlichung eines deutsch-russischen Nichtangriffspaktes mehr distanzieren und Polen daraufhin geneigter sein werde, in Verhandlungen mit uns einzutreten.

Im Flugzeug skizzierte ich zunächst zusammen mit Gaus einen Entwurf für den vorgesehenen Nichtangriffspakt. Das erwies sich bei der Besprechung im Kreml als nützlich, da die Russen keinen Text vorbereitet hatten.

Mit gemischten Gefühlen betrat ich zum erstenmal Moskauer Boden. Jahrelang hatten wir der Sowjetunion feindlich gegenübergestanden und uns weltanschaulich auf das äußerste bekämpft. Niemand bei uns war zuverlässig über die Sowjetunion und ihre führenden Männer unterrichtet. Die diplomatischen Berichte aus Moskau waren farblos. Vor allem war Stalin für uns eine Art mystische Persönlichkeit.

Ich war mir der besonderen Verantwortung dieser Mission bewußt, hatte ich doch dem Führer selbst vorgeschlagen, den Versuch einer Verständigung mit Stalin zu machen. War ein wirklicher Ausgleich der beiderseitigen Interessen überhaupt möglich? Zu gleicher Zeit verhandelten immer noch die englischen und französischen Militärkommissionen in Moskau mit dem Kreml über den beabsichtigten Militärpakt. Was an mir lag, das sollte geschehen, um eine Einigung herbeizuführen ...

Stalin hatte im Verlauf des ersten Teiles der Verhandlungen bereits erklärt, daß er gewisse Interessensphären wünsche. Unter „Interessensphäre" ist bekanntlich zu verstehen, daß der interessierte Staat mit den Regierungen der zur Interessensphäre gehörenden Länder ihn allein angehende Verhandlungen führt und der andere Staat

sich daran ausdrücklich desinteressiert. Stalin hat mir dabei zugesagt, daß er nicht an die innere Struktur dieser Staaten rühren wolle. Auf die Stalinsche Forderung nach Interessensphären hatte ich mit einem Hinweis auf Polen erwidert: Die Polen würden immer aggressiver und es wäre gut für den Fall, daß sie es zu einem Krieg kommen ließen, eine Linie festzulegen, damit die deutschen und russischen Interessen nicht kollidierten. Diese Demarkationslinie wurde durch die Flußläufe der Weichsel, des San und des Bug bezeichnet. Ich habe hierbei Stalin gegenüber darauf hingewiesen, daß deutscherseits alles versucht würde, die Dinge in diplomatisch-friedlicher Form zu lösen.

Abkommen, die andere Länder berühren, werden selbstverständlich nicht in Verträgen festgelegt, die für die Öffentlichkeit bestimmt sind, sondern man verwendet dafür Geheimverträge. Noch aus einem anderen Grunde wurde das Abkommen als Geheimvertrag abgeschlossen: die deutsch-russische Vereinbarung verstieß gegen ein Abkommen zwischen Rußland und Polen und gegen den Vertrag, der 1936 zwischen Frankreich und Rußland geschlossen worden war und ein konsultatives Vorgehen bei Vertragsabschlüssen mit anderen Staaten vorsah.

Die Härte der sowjetischen Diplomatie zeigte sich in der baltischen Frage und insbesondere in bezug auf den Libauer Hafen, den die Russen für ihre Interessensphäre beanspruchten. Ich hatte zwar für den Abschluß eines Vertrages uneingeschränkte Vollmacht, hielt jedoch bei der Bedeutung der russischen Forderungen eine Rückfrage bei Adolf Hitler für richtig. Die Verhandlungen wurden deshalb unterbrochen und um 10 Uhr abends, nachdem ich die Zustimmung des Führers erhalten hatte, wieder aufgenommen. Nun gab es keine Schwierigkeit mehr — der Nichtangriffspakt und das geheime Zusatzprotokoll wurden paraphiert und bereits vor Mitternacht unterzeichnet ...

Als ich am nächsten Morgen aus meinem Quartier über die Straße sah, wurde ich von meinen Begleitern auf einige Personen aufmerksam gemacht, die aus dem Fenster eines gegenüber liegenden großen Wohnhauses, des Gebäudes der englischen oder französischen Botschaft, zu uns herüberblickten. Es waren Mitglieder der englischen und französischen Militärmissionen, die seit längerer Zeit über eine englisch-französisch-russische Militärallianz in Moskau verhandelten.

Im Laufe unserer Unterredungen hatte ich Stalin natürlich auch nach diesen Militärmissionen gefragt, er erwiderte: man werde sie mit höflichen Worten verabschieden. Das geschah dann auch; trotzdem glaube ich, daß die Fühlungnahme zwischen den westlichen Militärs und Moskau auch nach ihrer Abreise nie ganz aufgehört hat. Eine

andere Frage, die ich an Stalin richtete, bezog sich darauf, wie unser Pakt mit dem russisch-französischen Vertrag von 1936 in Übereinstimmung gebracht werden könne. Stalin antwortete darauf nur kurz: „Das russische Interesse geht allem anderen vor."

*

Am 24. August flog ich mit unserer Delegation nach Deutschland zurück. Es war vorgesehen, daß ich von Moskau nach Berchtesgaden fliegen solle, um Adolf Hitler auf dem Berghof Bericht zu erstatten. Ich dachte daran, ihm eine europäische Konferenz zur Bereinigung der Polenfrage vorzuschlagen.

Überraschend wurde unser Flugzeug durch Funkspruch nach Berlin umdirigiert, wohin Hitler am gleichen Tage geflogen war. Unsere Maschine mußte aus Sicherheitsgründen einen weiten Umweg über die Ostsee machen. 4/178—185

- Der deutsch-sowjetische Nichtangriffs-Vertrag und das geheime Zusatz-Protokoll vom 23. 8. 1939, Text 29/405—407
- Das „Geheime Zusatzprotokoll" vom 23. 8. 1939 im Nürnberger Prozeß 9/192
- Polnischer Widerstand gegen das von England und Frankreich geforderte Durchmarschrecht für sowjetische Truppen 29/402—404

Alarm der Verschwörer

Staatssekretär von Weizsäcker hatte — wie er in seinen Erinnerungen berichtet — „Hitler von Anfang Mai bis Mitte August 1939 nicht gesehen, auch nicht aus der Ferne", aber er verließ sich auf seine „orientierten Freunde beim Militär", die ihm sagten, „im Herbst komme unweigerlich der Einmarsch in Polen".

Als in Berchtesgaden am 14. August beschlossen wurde, den Außenminister nach Moskau zu entsenden, fürchtete Weizsäcker, es könne „passieren, daß Hitler die Westmächte überflügelte und daß er im Rennen um Stalins Gunst schließlich Sieger blieb". Um das zu verhindern, willigte er ein,

„daß — wieder wie im September 1938 — die Brüder Kordt in London insgeheim in Aktion traten. Sie gaben englischen Freunden einen Hinweis, daß Hitler im Begriff sei, sie in Moskau zu überrunden. Als Antwort bekamen sie, ebenso vertraulich, die Versicherung, das werde nicht passieren. Die britische Regierung werde Hitler die Chance nicht geben, ihr zuvorzukommen. Das war beruhigend ..."

Nachdem Weizsäcker am 14. August 1939 London durch die Gebrüder Kordt hatte wissen lassen, daß Hitler im Begriffe sei, engen Kontakt mit Stalin aufzunehmen, ergänzte er diese Nachricht am nächsten Tag noch durch eine weitere unmittelbare Mitteilung, über die er in seinen Erinnerungen ausführlich berichtet:

„Am 15. August hatte ich im Auftrage Ribbentrops mit Coulondre und Henderson zu reden. In diese Gespräche, die mir willkommen waren, mischte ich kräftige eigene Töne mit doppeltem Effekt: ich konnte in meinen Gesprächsnotizen deutlich machen, daß beide Botschafter einen isolierten deutsch-polnischen Feldzug als vollkommene Fehlspekulation bezeichneten. Und durch die Botschafter konnte ich in Paris und London das suggerieren, was ich für nötig hielt. Coulondre berichtete nach Hause ganz in meinem Sinn, Frankreich müsse gegen Hitler Festigkeit zeigen und gleichzeitig in Warschau dringend zum Maßhalten und zur Kontrolle der Provinzbehörden raten, in deren Händen die Minderheitenbehandlung lag.
Hendersons Berichterstattung nach unserem Gespräch vom 15. August und einem weiteren Gespräch drei Tage später hatte gleichfalls die gewünschte alarmierende Wirkung."

Genau so wie im Vorjahre hat also der deutsche Staatssekretär die britische und französische Regierung jetzt erneut aufgefordert, gegenüber Deutschland „Festigkeit" zu zeigen, was im Zusammenhang mit den vorhergegangenen Informationen in London und Paris nur als Rat vesrtanden werden konnte, Vorschläge Hitlers abzulehnen und nicht einen Kompromiß, sondern den Bruch anzusteuern.

Es gehört zur Terminologie der deutschen Nachkriegsliteratur, dieses geheime Wirken wichtigster Wilhelmstraßen-Beamter als „Friedensaktionen" zu bezeichnen. Ihre tatsächliche Wirkung hat jedoch zum Ausbruch des Krieges erheblich beigetragen...

Weizsäcker deutet seine Motive und seine Überlegungen an einigen Stellen seiner Erinnerungen an. Er glaubte, daß das Schicksal für ihn die Rolle eines Talleyrand vorgesehen habe, der auch „in einer der höchsten Staatsstellen war, als er den Kaiser verriet". Um sich über sein Vorbild zu orientieren, las er nach der Münchner Konferenz das Buch von Emilé Dard „Napoleon und Talleyrand".

In seinem Urlaub „angesichts des mittelländischen Meeres" im Oktober 1938 — einen Monat nach seiner ersten „Botschaft" an Halifax — kam Weizsäcker zu der Überzeugung, daß das

„Talleyrand'sche Muster nur bruchstückweise anwendbar sei, nämlich: Im Dienst verbleiben — ja, den Diktator abschütteln — ja, aber aus eigener Kraft. Nie hätte ich es gebilligt, ich hätte es für völlig unentschuldbar gehalten, die Katastrophe zu begünstigen, den Krieg herbeizuführen, um ihn zu verlieren und auf diese Weise Hitler loszuwerden."

Da Weizsäcker und seine Mitverschworenen im Auswärtigen Amt selbst über keinerlei Machtmittel verfügten, um Hitler aus eigener Kraft zu stürzen, deutet Weizsäckers Bemerkung zweifellos auf die Beck-Halder-Putschpläne hin, die jedoch ein energisches englisches Auftreten gegen Hitler voraussetzten.

Gewiß wollte Weizsäcker keine „Roßkur", keine Niederlage Deutschlands nach einem totalen Krieg, aber spielte er nicht doch vielleicht mit dem Wunschgedanken eines Kriegsausbruchs, der den oppositionellen Generalen den Anlaß zum Putsch bieten würde?

Diesem Gedanken mag Weizsäckers Wunsch nach einer „Triple-Entente" — Frankreich-England-Rußland — gedient haben. Ribbentrops Moskau-Erfolg durchbrach solche Erwägungen. Erich Kordt schreibt unverblümt:

„Zu unserem Entsetzen vollzog sich nun im Gegensatz zu den Eröffnungen, die Vansittart gemacht hatte, die Einigung zwischen Hitler und Stalin."

Zu den Geheimnissen der letzten Augusttage 1939 gehört der Umstand, daß der Ribbentrop-Molotow-Pakt nicht nur die Verschwörer im Auswärtigen Amt überraschte, sondern auch die oppositionelle „Generalität" offenkundig zu einer Modifizierung ihrer Umsturzabsichten veranlaßte. Der für den Fall eines Kriegsausbruchs vorgesehene Sturz Hitlers wurde erst fünf Jahre später versucht.

29/410, 416—419

Warum keine friedliche Lösung der Polen-Krise?

Joachim von Ribbentrop urteilt:

Daß es im Gegensatz zur Sudetenfrage bei dem ähnlich gelagerten Danzig- und Korridorproblem nicht gelang zu einer friedlichen Regelung zu kommen, lag einerseits daran, daß England zum Kriege entschlossen war, weil es eine weitere Erstarkung Deutschlands nicht wünschte und daß andererseits Hitler den Kampf nicht scheute, falls man seine vernünftigen Vorschläge nicht annähme.

Der letzte Schritt der Entwicklung, die mit dem britisch-polnischen Bündnis begonnen hatte, war getan: England wußte, daß Polen dieses englische Bündnis dazu ausnützen werde, um nunmehr immer rücksichtsloser gegen das Deutschtum in seinen Grenzen vorzugehen. Durch Verbindung der englischen Einkreisungspolitik mit dem polnischen Chauvinismus wurde das Problem Danzig-Korridor erst mit dem Dynamit geladen, das den europäischen Frieden eines Tages zwangsläufig in die Luft sprengen mußte.

Es besteht heute keinerlei Zweifel mehr, daß England in den letzten beiden Augusttagen die Möglichkeit gehabt hätte, durch einen Wink in Warschau die Krise und damit die Kriegsgefahr zu beseitigen. Daß die britische Regierung das bewußt nicht tat, zeigt, daß England zum Kriege entschlossen war.

Wir wußten damals allerdings noch nicht, daß man in London auf die bereits erwähnte Verschwörergruppe von maßgebendsten deutschen Militärs und Politikern rechnete und dadurch zu einem leichten Sieg über Deutschland zu kommen hoffte. Diese Verschwörerkreise haben daher einen entscheidenden Anteil am Ausbruch des Krieges. Sie haben alle unsere Bemühungen, zu einer friedlichen Lösung zu kommen, in den letzten Augusttagen vereitelt und bei der englischen Kriegsentscheidung wahrscheinlich den Ausschlag gegeben.

Daß wegen des Danzig-Korridor-Problems der deutsch-englische Krieg ausbrach, ist die Tragik Europas. Ich bin sicher, daß Adolf Hitler eine Lösung dieser Frage in unserem Sinne letzten Endes auch als im englischen Interesse liegend beurteilt hat. Er fürchtete immer, daß der erwachte Osten eines Tages eine gewaltige Macht entfalten werde. Er hat die Bereinigung des deutsch-polnischen Verhältnisses nicht zuletzt deshalb erstrebt, um bessere strategische Abwehrpositionen zu gewinnen. 4/202—204

- Hitlers Ansprache an die Generalität am 22. 8. 1939; Richtigstellung von Falschberichten 29/420—428
- Polnische Teilmobilmachung am 23. 8. 1939 29/400
- Scharfer Brief Chamberlains: Militärische Vorbereitungen der britischen Regierung angekündigt 29/428—434
- Nach Beratung mit Staatssekretär Weizsäcker und Beantwortung des Chamberlain-Briefes: Hitlers Befehl für militärische Maßnahmen 29/434—438
- Ribbentrops Rückkehr aus Moskau am 24. August 1939 29/448f.

Der 25. August 1939

Joachim von Ribbentrop berichtet:

Die Situation, die ich bei meiner Rückkehr aus Moskau vorfand, war wesentlich gespannter, als bei meinem Abflug: Der polnische Druck auf Danzig und die deutsch besiedelten Korridorgebiete waren nicht nur weiter verstärkt worden, auch Grenzzwischenfälle waren hinzugetreten. Die Krise erreichte am Tage nach meiner Ankunft in Berlin ihren ersten Höhepunkt. Ich erfuhr erst jetzt, daß Adolf Hitler während meiner Abwesenheit auf dem Obersalzberg ein sehr ernstes

Gespräch mit dem britischen Botschafter Henderson gehabt hatte, der einen Brief des britischen Premierministers überbrachte. Darin war zum Ausdruck gebracht worden, daß ein kriegerischer Konflikt zwischen Deutschland und Polen England auf den Plan rufen würde. In seiner Aussprache mit Henderson und in einem anschließenden Schreiben an Chamberlain vom 23. August erklärte Adolf Hitler, er sei entschlossen, die Danzig-Korridorfrage zu lösen und werde weitere polnische Provokationen nicht dulden. In englischen militärischen Maßnahmen müsse er einen Akt der Bedrohung des Reiches sehen und werde in diesem Falle die sofortige Mobilmachung der deutschen Wehrmacht anordnen. Die Situation war völlig festgefahren, der Führer war nach Berlin gekommen.

Am Morgen nach meiner Rückkehr aus Moskau, also am Vormittag des dramatischen 25. August, besprach ich mit dem Führer den Brief Chamberlains und schlug ihm vor, noch einmal einen Versuch mit England zu machen. Kurz nach diesem Gespräch erfuhr ich, daß von unserer Seite bereits militärische Maßnahmen eingeleitet wurden. Hitler hat in diesem Zeitpunkt wohl nicht damit gerechnet, daß England eingreifen und wegen Polen einen Krieg beginnen würde. Am frühen Nachmittag erhielt ich durch einen Beamten des Auswärtigen Amtes die Nachricht von der Ratifizierung des britisch-polnischen Vertrages, der am 6. April nur formlos abgeschlossen worden war. Ich eilte mit der Meldung sofort in die Reichskanzlei, um den Führer zur Einstellung der getroffenen militärischen Maßnahmen zu veranlassen — mit den Worten, daß die Ratifizierung des englisch-polnischen Garantievertrages „den Krieg mit England" bedeute, wenn er gegen Polen vorgehe und daß deshalb der „Marschbefehl sofort gestoppt werden" müsse.

Der Führer nahm meine erregt vorgebrachte Mitteilung widerspruchslos hin, er zeigte sich selbst von der Nachricht sehr betroffen. Nach kurzer Überlegung unterrichtete er mich, daß der italienische Botschafter ihm am Vormittag mitgeteilt habe, Italien werde bei einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Polen den Bündnisfall nicht für gegeben erachten.

Hitler war überzeugt, daß die italienische Stellungnahme aus Rom nach London mitgeteilt worden sei und die Ratifizierung des englisch-polnischen Paktes herbeigeführt habe. Adolf Hitler befahl, sofort seinen militärischen Adjutanten Oberst Schmundt herbeizurufen. Schmundt war nicht zu erreichen. An seiner Stelle erschien nach kurzer Zeit der damalige Generaloberst Keitel. Der Führer fragte Keitel, ob es noch möglich sei, die militärischen Maßnahmen anzuhalten. Keitel bejahte das. Darauf gab der Führer Keitel den entsprechenden Befehl mit dem Hinweis, daß ich soeben bei ihm gewesen sei, ihm von

der Ratifizierung des englisch-polnischen Vertrages Mitteilung gemacht habe und daß er „Zeit zum Verhandeln" brauche. 4/186—188

- Persönliche Erinnerung an den Verlauf des 25. August 1939 in der Berliner Reichskanzlei (Helmut Sündermann) 8/86—89
- Tagebuch-Notizen des Generaloberst Halder am 25. August 1939: „Von der Aufschub-Frist wird Gebrauch gemacht"; „Keine Eröffnung der Feindseligkeiten" 29/449, 457
- Erklärungen Hitlers an Botschafter Henderson: Bündnisangebot; ausführliche Zitate aus den amtlichen Aufzeichnungen 29/450—452
- Ratifizierung des englisch-polnischen Garantie-Vertrages in London am 25. August 1939 um 17.36 Uhr 29/452, 456
- Die Haltung Italiens im August 1939 29/443—448, 452—457, 509f., 512
- Absage Italiens an Hitler am 25. August 1939 29/452—457

Das geheime Zusatzprotokoll zum britisch-polnischen Garantievertrag

Es ist zweifelhaft, ob die bisher veröffentlichten Dokumente die polnisch-englischen Verhandlungen jener Tage erschöpfend aufzeigen...

In Wirklichkeit muß in jenen Tagen zwischen London und Warschau nachdrücklich verhandelt worden sein, denn es wurde zu dem britisch-polnischen Garantievertrag ein geheimes Zusatzprotokoll festgelegt, das es der britischen Regierung dann dreieinhalb Wochen später ermöglichte, dem sowjetischen Angriff auf Polen tatenlos zuzusehen und nicht einmal ihre diplomatischen Beziehungen zu Moskau einzuschränken, geschweige denn der Sowjetregierung eine Kriegserklärung zuzustellen.

Die britische Regierung hat angesichts des deutsch-russischen Paktes ihre Polen gegenüber ausgesprochene Garantieverpflichtung in ganz entscheidender Weise eingeschränkt und ihr Risiko entsprechend vermindert: gegen ein russisches Vorgehen war Polen nicht gedeckt! Eigentlich hätte das die polnische Regierung daran erinnern müssen, daß sie noch ein knappes Jahr vorher — unmittelbar nach München — von Hitler eine deutsche Unterstützung im Falle eines Angriffs der Sowjetunion auf Polen erbeten und eine zustimmende Antwort erhalten hatte. Nun setzte die Warschauer Regierung das Schicksal Polens auf die englische Karte, obwohl ihr ausdrücklich versichert wurde, daß gegenüber einem sowjetischen Vordringen ein Eingreifen Englands nicht zu erwarten sei.

Wahrscheinlich glaubte Beck ebenso wie die westlichen Staatsmänner, nur mit einem Kriegsausbruch und nicht mit einem Krieg rechnen zu müssen. Das dürfte die einzige Erklärung für die sonst unverständliche Haltung der Warschauer Regierung in den letzten Tagen des August 1939 sein.

29/441, 443 (Wortlaut des geheimen Zusatzprotokolls: 29/442)

Heute (5. 4. 1945) nachmittag kam im Nachrichtenmaterial noch das nunmehr in London veröffentlichte Geheimprotokoll zum britisch-polnischen Pakt vom 25. August 1939.

Der mit fünfeinhalb Jahren Verspätung bekanntgegebene Text bestätigt, was schon während der Unterhaus-Debatte von Eden gesagt worden war; in Artikel 1 des bisher geheimgehaltenen (aber vielleicht damals schon den Russen mitgeteilten?) Protokolls wird erläutert, daß als der im offenen britischen Beistandsvertrag mit dem Ausdruck „eine europäische Macht" bezeichnete Staat nur „Deutschland" zu verstehen ist. Für den Fall, daß Polen von einer anderen Macht bedroht werde, war nur eine „Konsultation" vorgesehen. Freilich hat nicht einmal diese stattgefunden, als Rußland am 17. September 1939 in Ostpolen einmarschierte.

Unverständlich bleibt, daß der polnische Außenminister Beck sich damals zur Unterschrift unter einen so einseitig auf britische Kriegsinteressen ausgerichteten Geheimvertrag verleiten lassen konnte.

38/334

*

Im Drange der politischen Geschäfte lassen die Engländer nun (16. 12. 1944) die Maske fallen und sagen offen, was die Nachdenklichen längst wissen: daß es ihnen 1939 gar nicht um Polen, sondern um einen Kriegsgrund ging. 38/212

Danzig Ende August 1939 — Eindrücke des Professor Grimm

Von Paris nach Hause zurückgekehrt, fand Grimm die Einladung vor, auf der deutschen Rechtswahrertagung, die Ende August in Bad Zoppot bei Danzig stattfinden sollte, den Hauptvortrag über das Danziger Problem zu halten.

Wenn auch die wenigsten Menschen in der Welt sich ernstlich darum kümmerten — es ging doch um Danzig.

Es war allerdings für Grimm ebenso wie für alle anderen aufmerksamen Beobachter klar, daß im Augenblick nicht so sehr ein deutsch-polnischer Konflikt, als ein englisch-deutscher Machtkampf zur Debatte stand: „England hatte seine Ansprüche als Vormacht Europas angemeldet und Deutschland hatte sich davor nicht gebeugt, dafür sollte es gezüchtigt werden."

Trotzdem schien es Grimm doch wichtig, auch hier noch einmal die Rechtsfrage herauszustellen. Danzig war immerhin der Anlaß, den man benützte, um „Hitler aufzuhalten": „Und im Falle Danzig lagen die Rechtsverhältnisse sonnenklar. Auch unsere Feinde von gestern hatten das immer wieder anerkannt. Am deutlichsten hat sich Lloyd George schon 1919 in Versailles darüber ausgesprochen."

In Zoppot wurde Grimm schon gleich bei der Ankunft mit der Nachricht überrascht, daß Ribbentrop nach Moskau zum Abschluß eines Abkommens mit Rußland geflogen sei. „Die Nachricht wirkte wie eine Bombe. Das schien wie die Befreiung vom Alpdruck des Zweifrontenkrieges. In zuversichtlicher Stimmung wurde der gemeinsame Kongreß der reichsdeutschen und der Danziger Juristen eröffnet."

Der Tag, für den Grimms Referat über die Danzig-Frage angesetzt war, begann denkwürdig mit einer Beschießung des Zoppoter Strandes durch polnische Geschütze. Irgendein Flugzeug hatte sich versehentlich der Grenze bei Gdingen genähert und wurde von polnischer Flak beschossen — die Granatsplitter fielen mitten auf den von Badegästen überfüllten Zoppoter Strand. In das sommerliche Bild des Friedens platzte ein memento mori!

Am späten Abend fand vor dem Kurhaus auf dem Konzertplatz und der Promenade eine große Kundgebung der Danziger Bevölkerung statt; Gauleiter Forster, der inzwischen Staatspräsident von Danzig geworden war, hielt die Ansprache. Die Kongreßteilnehmer nahmen als Ehrengäste an dieser denkwürdigen Veranstaltung teil — „es war ein gewaltiges Ereignis — das Volk von Danzig verlangte Wiedervereinigung mit Deutschland!"

Über den Volkswillen konnte es hier wirklich keinen Zweifel geben, und es gehörte zu den großen Seltsamkeiten der Weltgeschichte, daß die großen Demokratien des Westens ausgerechnet diesen Volksentscheid zum Kriegsanlaß machten.

Der nächste Vormittag brachte die Weisung, daß die reichsdeutschen Kongreßteilnehmer sofort nach Hause zurückkehren sollten. Eisenbahnzüge durch den polnischen Korridor gingen nicht mehr ab; es mußte mit dem Schiff gereist werden.

Zu Hause angekommen, wurde Grimm telefonisch zu einer internen Reichstagssitzung eingeladen:

„Es war die einzige inoffizielle Reichstagssitzung, von der ich weiß. Sie fand in einer Halle der neuen Reichskanzlei statt. Hitler sprach offen von der Lage. Er ließ keinen Zweifel darüber, daß er bei weiterer Unnachgiebigkeit der Polen zum Einmarsch entschlossen sei. Ich entnahm aus seinen Ausführungen, daß er zwar nach einem Einmarsch in Polen mit einer Kriegserklärung Englands und Frankreichs rechnete, aber glaubte, England sei nicht entschlossen, den Krieg wirklich durchzuführen, sondern wenn es die Form gewahrt habe, das niedergeworfene Polen im Stich lassen werde. Wenn das, was Hitler damals den Reichstagsabgeordneten vortrug, wirklich seine letzten Gedanken enthüllte, dann fürchte ich, daß er einen sehr falschen Schluß gezogen hat: Er urteilte zwar richtig, daß die Existenz Polens für England kein lebenswichtiges Problem war, aber er übersah, daß die britische Regierung die Polenfrage ja garnicht um ihrer selbst willen aufgegriffen hatte. Es ging doch um Dinge, die offenbar schon viel früher beschlossen waren. Das war der Krieg: der englische Krieg, zu dem man sich in London entschlossen hatte, als man Ende März den polnischen Oberst Beck in die britische Hauptstadt befahl."

27/188—190

Hitler und England

Joachim von Ribbentrop urteilt:

Wenn es damals eine britische Führung gegeben hätte, die gegen alle Widerstände sich mit der Festlegung eines gemeinsam durchzuführenden Revisionsprogrammes und eines großen politischen Arrangements einverstanden erklärt hätte, so wäre mit Hitler alles zu erreichen gewesen.

Daß man diese Entschlußkraft in England nicht aufbrachte war bei der Charakterveranlagung des Führers besonders bedauerlich. Er bewunderte England und er suchte seine Freundschaft. Er sah die Existenz des Britischen Empires als auch für Deutschland wichtig an. Aber, so sagte er mir öfters in den folgenden Jahren: „Zur Liebe gehören zwei, eine einseitige Liebe tut auf die Dauer nicht gut"...

Entscheidend war die Tatsache, daß es immer wieder England war, das Adolf Hitler entgegentrat, sei es bei den unerläßlichen Revisionen von Versailles, sei es bei der Durchsetzung sonstiger deutscher Forderungen. Bis zum Kriegsausbruch 1939, als es um Danzig und den Korridor ging — jenes Problem, das von England selbst als das Pulverfaß Europas bezeichnet worden war — wurden der deutschen Revisionspolitik von englischer Seite immer von neuem die größten Widerstände entgegengesetzt. Psychologisch wirkte sich diese englische Haltung auf die Einstellung des Führers sehr ungünstig aus. Dennoch hat Adolf Hitler, der in grundsätzlichen Fragen unendlich schwer von seiner Linie abging, an seinem Verständigungswillen bis

zum letzten Tage des Kriegsausbruches festgehalten und hat alles versucht, um den Krieg mit England zu vermeiden und doch noch zu einer großzügigen deutsch-englischen Einigung zu kommen.

Ich war der Auffassung und ich habe Adolf Hitler — entgegen allen Behauptungen der englischen Propaganda — immer wieder berichtet, daß England, wenn es keinen anderen Weg sähe, für seine Gleichgewichtsthese ganz zweifellos zu den Waffen greifen und heroisch kämpfen werde, falls wir uns mit ihm über die Stärke unseres Reiches nicht verständigen könnten ...

Adolf Hitlers Standpunkt war es, daß diese englische These überaltert sei und auch als Theorie nicht mehr im englischen Interesse liege. Den Grund, den er mir hierfür angab, sah er in der Möglichkeit einer großen Machtentfaltung des Ostens und in der Gefahr einer Bolschewisierung Europas, Englands und damit der ganzen Welt, wie sie sich in unserem Zeitalter der sozialen Umwälzungen abzeichne. Die Auffassung Hitlers ging dahin, daß England ein sehr viel stärkeres Deutschland als bisher begrüßen und sogar ein besonderes Interesse an einem solchen haben müsse... Die alte englische These vom Gleichgewicht der Kräfte werde sich, wie das der Führer einmal in klassischer Form zum Ausdruck brachte, unter den heutigen Verhältnissen niemals mehr für England, sondern nur noch zugunsten Rußlands auswirken.

Ein englisches Imperium als erster Machtfaktor zur See und ein ihm durch ein deutsch-englisches Bündnis zur Seite stehendes Deutschland als erste europäische Macht zur Abwehr des erstarkten aggressiven Ostens — das war das Zukunftsbild Adolf Hitlers, hier sah er die Basis einer neuen Stabilisierung der Kräfte in der Welt und damit der friedlichen Entwicklung der Völker ...

In den späteren Kriegsjahren sagte er mir wiederholt: „Ribbentrop, habe ich nicht doch Recht behalten mit meiner Auffassung bezüglich der englischen Gleichgewichtsthese? War sie bei dieser gewaltigen Machtentfaltung Rußlands im Interesse Englands noch richtig? Was wird mit England geschehen, wenn Deutschland heute schwach würde? Wir sind sowohl ideologisch als auch militärisch das letzte Bollwerk vor dem britischen Imperium. Würde Deutschland von Stalin überrannt, so wäre die Bolschewisierung Europas niemals durch die Macht englischer oder amerikanischer Bajonette aufzuhalten. Wäre es nicht besser gewesen, England hätte sich über Danzig und den Korridor zur rechten Zeit mit uns geeinigt, wie ich es dreiviertel Jahr lang durch Sie versuchen ließ, anstatt uns den Krieg wegen Polen zu erklären? Hätte ein Deutschland in seiner Frontstellung gegen ein solch starkes Asien jemals England gefährlich werden können?"

4/72—76

- 26. August 1939: Botschafter Henderson in Hitlers Flugzeug nach London 4/188; 29/457
- 26.—28. August 1939: Beratungen der britischen Regierung über Hitlers Vorschläge 29/458
- Unklarheit über die Haltung der polnischen Regierung und ihre Antwort nach London 4/189; 29/459f.
- 28. August 1939: Britische Antwortnote in Berlin übergeben; angebliche polnische Verhandlungsbereitschaft 4/188—190; 29/460—463
- 29. August 1939: Deutsche Antwortnote an die britische Regierung — Annahme des Verhandlungs- und Garantie-Vorschlages; Erwartung eines polnischen Unterhändlers für den 30. August 1939 4/189—191; 29/463—466
- 29. August 1939: Britischer Botschafter Henderson rät, der Warschauer Regierung die „sofortige Reise von Herrn Beck" vorzuschlagen 4/192; 29/469

Die Stunde der Entscheidung

Statt das deutsche Memorandum unverzüglich nach Warschau weiterzuleiten, telegrafierte Lord Halifax um 23.55 Uhr des 29. August — also anderthalb Stunden nach Eintreffen der Informationen Hendersons — nach Warschau. Seine Nachricht an den dortigen britischen Botschafter enthielt nur einen Hinweis, die deutsche Antwort scheine die Tür zu Verhandlungen „nicht zuzuschlagen", aber keine Mitteilung darüber, daß in Berlin ein Unterhändler erwartet werde. Im Gegenteil, die Depesche enthielt den entscheidenden Ratschlag: „Die Regierung Seiner Majestät könnte es nicht verantworten, der polnischen Regierung von irgendeiner Aktion abzuraten, die sie für ihre Sicherheit als notwendig erachtet", aber die Polen sollten möglichst ein „öffentliches Ankündigen ihrer Generalmobilmachung vermeiden".

Damit hatte Halifax die Würfel geworfen: Statt eines polnischen Unterhändlers traf in Berlin am 30. August die Nachricht von der polnischen Generalmobilmachung ein, die aber nicht geheim stattfand, sondern in Warschau am 30. August ab 16.30 Uhr durch Rundfunk und Plakatanschlag verkündet wurde (die diesbezügliche telefonische Mitteilung der Deutschen Botschaft in Warschau wurde am 30. August um 17.30 Uhr im Auswärtigen Amt in Berlin entgegengenommen).

Zwei Stunden, nachdem Halifax der polnischen Regierung die Mobilmachung anheimgestellt und es unterlassen hatte, ihr Hitlers Einladung zur Entsendung eines Unterhändlers zur Kenntnis zu bringen, telegrafierte er um 2 Uhr morgens des 30. August nach Berlin, der Botschafter möge „sogleich auf geeignetem Wege den richtigen Stellen bekanntgeben", es sei

„unvernünftig, von uns zu erwarten, daß wir heute in Berlin einen Vertreter Polens zur Stelle schaffen".

Henderson übermittelte diese Stellungnahme um 4 Uhr morgens dem Auswärtigen Amt und erklärte in seinem Antworttelegramm an Halifax, er hätte bereits

„gestern abend Herrn Hitler gegenüber eine ähnliche Bemerkung gemacht, worauf er entgegnete, daß man in eineinhalb Stunden von Warschau nach Berlin fliegen könne".

Als eigenen Kommentar fügte Henderson in seinem Telegramm an Halifax erneut hinzu, er

„empfehle noch immer, daß die polnische Regierung diesen in elfter Stunde gemachten Versuch schlucke, direkt mit Herrn Hitler in Fühlung zu treten, sei es auch bloß, um die Welt zu überzeugen, daß sie bereit ist, ihrerseits ein Opfer zur Erhaltung des Friedens zu bringen".

Die britische Regierung hat aber diese Anregung ihres Berliner Botschafters wiederum nicht aufgegriffen ...

Henderson, der so dringlich nach London telegrafiert hatte, der polnische Außenminister Beck müsse nach Berlin kommen, bat noch am Abend des 29. August 1939 den polnischen Botschafter Lipski zu sich und unterrichtete ihn von der deutschen Antwort. Henderson

„flehte ihn an, seine Regierung in Polens eigenem Interesse zu drängen, ohne Verzug eine Persönlichkeit zu benennen, um die vorgeschlagenen Verhandlungen in Berlin zu führen".

Die polnische Regierung war also informiert; sie wird jedoch aus dem Verhalten des britischen Botschafters in Warschau ihre Schlüsse gezogen haben, der der Ansicht war, die Reise eines polnischen Bevollmächtigten nach Berlin bedeute eine „Demütigung"; Polen solle „eher kämpfen und untergehen"!

29/470—473

Die „hinhaltenden Prozeduren" der britischen Regierung

Joachim Ribbentrop urteilt:

Der Zeitpunkt der polnischen Mobilmachung, die uns noch am gleichen Tage vertraulich gemeldet wurde, ist für die Gesamtbeurteilung der Krise von größter Bedeutung. Mit der angeblichen Zusicherung Polens, zu einer direkten Verhandlung mit Deutschland bereit zu sein, steht sie im krassen Widerspruch.

Die Geschichte, an die Ministerpräsident Chamberlain in seiner Unterhausrede vom 1. September 1939 in so feierlicher Form appellierte, wird die Frage zu entscheiden haben, ob nicht die britische Regierung durch ihre in Berlin gezeigte negative Haltung zum deutschen Verhandlungswillen und durch die Verzögerung der Mitteilung des deutschen Vorschlages in Warschau ihre mit dem Angebot der „guten Dienste" übernommenen internationalen Pflichten in kritischer Stunde gröblich verletzte. Die britische Regierung erwog vielmehr offensichtlich wie im Gestrüpp hinhaltender taktischer Prozeduren Deckung gesucht werden könne. Besonders deutlich zeigt sich dies in einem Telegramm, das Halifax am 30. August abends 18.50 Uhr an Botschafter Henderson richtete und das im britischen Blaubuch enthalten ist.

Darin wird Henderson angewiesen, er solle der deutschen Regierung vorschlagen, Warschau auf dem Wege über die polnische Botschaft zunächst einmal zu „Anregungen die Führung von Verhandlungen" betreffend einzuladen (inviting suggestions as to conduct of negotiations), — während doch die Reichsregierung seit dem 28. August bereits im Besitze eines britisch-polnischen Versprechens sofortiger Verhandlungsbereitschaft war und dieses mit einem konkreten Terminvorschlag beantwortet hatte!

Im Laufe des späten Nachmittags des 30. August scheint die britische Regierung ihre Note an die deutsche Regierung fertiggestellt zu haben. Die britische Regierung setzte ihren Botschafter in Warschau von dieser ihrer Antwort im Wortlaut in Kenntnis und ermächtigte ihn erst jetzt, den Text auch der deutschen Note der polnischen Regierung bekannt zu geben. Gleichzeitig ergibt sich aus diesem Telegramm, daß die britische Regierung ihre hinhaltende Taktik weiter verfolgte, indem sie der polnischen Regierung riet, unter gewissen Bedingungen „ohne Verzug" zu direkten Verhandlungen „bereit zu sein". Dieser Rat wurde aber nicht etwa zum Zwecke einer baldigen Bereinigung der Krise erteilt, sondern — wie es aufschlußreich heißt — „im Hinblick auf die innere Lage in Deutschland und auf die öffentliche Meinung der Welt" (from the point of view of the internal situation in Germany and of world opinion)! Mit dem Hinweis auf die „innere Lage in Deutschland" kann aber nach der Aussage des Zeugen Gisevius im Nürnberger Prozeß nur die große Verschwörung gemeint sein, die mit England zusammengearbeitet hat, um die deutsche Regierung zu stürzen. 4/193f.

- Nacht 29./30. August 1939: Weisungen Lord Halifax' an den britischen Botschafter in Warschau bisher unveröffentlicht 4/193; 29/471f.
- Deutsch-polnische Verhandlung an einem neutralen Ort? 29/474f.
- Die Auswirkungen der polnischen Generalmobilmachung 4/195f.

- 30. August 1939: Hitler arbeitet Vorschläge für den polnischen Unterhändler aus 29/475—479
- Mitternachtsgespräch Ribbentrop-Henderson 30./31. August 1939 4/196f.; 29/480—483
- Mitteilung der deutschen 16 Punkte durch Ribbentrop und Dahlerus 29/475—497
- Botschafter Henderson befürwortet die Annahme der 16 Punkte, obwohl „polnischer Verhandlungswille das nationalsozialistische Regime retten kann" 29/495
- Hitlers „Vorschlag für eine Regelung des Danzig-Korridor-Problems, sowie der deutsch-polnischen Minderheiten-Frage" (16 Punkte), Wortlaut 4/320—323; 29/483—486

Die Frist verstreicht

Nachdem der 30. August verstrichen war und die polnische Regierung mit Billigung Londons die Generalmobilmachung verkündet hatte, bemühte sich der britische Außenminister darum, den Eindruck zu beseitigen, daß er Warschau von einer Kontaktaufnahme mit Berlin abgehalten hatte. Halifax telegrafierte um 12 Uhr des 31. August 1939 an Kennard nach Warschau, er möge zusammen mit dem französischen Botschafter der polnischen Regierung vorschlagen:

„daß sie der deutschen Regierung jetzt — am besten direkt, oder wenn nicht, durch uns — bekanntmachen solle, daß sie Kenntnis von unserer letzten Antwort an die deutsche Regierung erhalten habe und daß sie die Annahme des Prinzips der direkten Besprechungen bestätige".

Oberst Beck kam dieser Aufforderung nach und schickte um 12.40 Uhr eine offizielle Weisung an Lipski nach Berlin des folgenden Inhalts:

„Bezugnehmend auf Ihre Berichte, bitte ich Sie, Herr Botschafter, beim Minister des Auswärtigen oder beim Staatssekretär um Audienz anzusuchen und einem von ihnen folgendes mitzuteilen: Diese Nacht wurde die polnische Regierung durch die britische Regierung über ihren Meinungsaustausch mit der Reichsregierung bezüglich der Möglichkeit direkter Besprechungen zwischen der Reichsregierung und der polnischen Regierung benachrichtigt. Die polnische Regierung prüft in günstigem Sinne die Anregungen der britischen Regierung, auf welche eine diesbezügliche förmliche Antwort spätestens in einigen Stunden erteilt werden wird."

Dieser Wortlaut entspricht der Fassung im polnischen Weißbuch. Gleichzeitig aber schickte Beck ein geheimes zweites Telegramm an den polnischen Botschafter in Berlin, das von den deutschen Abwehrstellen entziffert und von Göring auch dem Schweden Dahlerus übergeben wurde.

Dieses geheime Telegramm entsprach der tatsächlichen Haltung Warschaus:

„Ersuchen Sie um eine Unterredung und erklären Sie folgendes:

Diese Nacht erhielt die polnische Regierung von der englischen Regierung eine Mitteilung über einen Meinungsaustausch zwischen der Reichsregierung und der englischen Regierung hinsichtlich der Möglichkeit einer direkten Vereinbarung zwischen der Reichsregierung und der polnischen Regierung.

Die polnische Regierung wird den Vorschlag der englischen Regierung erwägen und in einigen Stunden der englischen eine formelle Antwort geben.

Als besondere und geheime Mitteilung an den Botschafter wird dem folgendes hinzugefügt:

Lassen Sie sich unter keinen Umständen in sachliche Diskussionen ein; wenn die Reichsregierung mündliche oder schriftliche Vorschläge macht, müssen Sie erklären, daß sie keinerlei Vollmacht haben, solche Vorschläge entgegenzunehmen oder zu diskutieren, und daß Sie ausschließlich obige Mitteilung Ihrer Regierung zu übermitteln und erst weitere Instruktionen einzuholen haben."

Daß lediglich der britischen, aber nicht der deutschen Regierung eine formelle Antwort angekündigt wurde, geht aus beiden Fassungen hervor. Obwohl er damit ein wichtiges Regierungsgeheimnis enthüllte, gab Göring in dieser dramatischen Stunde dem Schweden Dahlerus den Text der von den deutschen Stellen entzifferten Geheiminstruktion und forderte ihn auf, sie auch dem Botschafter Henderson zu zeigen, damit er sehe, wie sich Polen in Wirklichkeit verhalte; er fügte mit Nachdruck hinzu, „daß es der Fehler der Polen und nicht Ribbentrops sei, wenn keine Verhandlungen zustande kämen"...

Die Geheiminstruktion des polnischen Außenministers hatte allerdings auch militärische Auswirkungen in Deutschland: Wenn die polnische Regierung ihrem Botschafter sogar die Entgegennahme von Vorschlägen verbot, während sich ihre Generalmobilmachung vollzog, so war es klar, daß Polen an die Waffen appellierte. Nach Jacobsen soll Hitler die „Weisung Nr. 1 für die Kriegsführung" um 12.40 Uhr des 31. August 1939 unterzeichnet haben. Nach Halders Tagebucheinträgen erging um 16 Uhr der Befehl des OKW zum „Antreten", und um 16.20 Uhr wurde angeordnet: „Befehle sollen auslaufen".

Nach den Erfahrungen vom 25. August hatte Hitler noch einen Spielraum von einigen Stunden, um bei einer Änderung der politischen Lage die angelaufenen militärischen Maßnahmen erneut anzuhalten. Ribbentrop war der Ansicht, daß sogar im Laufe des Abends — nach der Rundfunkveröffentlichung der deutschen Vorschläge — noch

eine Chance bestand, den Ausbruch der Kampfhandlungen zu verhindern.

Da der Reichsaußenminister die Geheiminstruktion kannte, die dem polnischen Botschafter am 31. August mittags zugegangen war, ließ er — als dieser sich zum Besuch anmeldete — zunächst zurückfragen, ob Lipski „in der Eigenschaft eines Sonderbevollmächtigten oder in anderer Eigenschaft" ihn sehen wollte. Das war ein deutlicher Wink und bot der polnischen Regierung eine neue Chance: Nun brauchte sie keinen Unterhändler zu entsenden, sondern Lipski nur noch eine „Sondervollmacht" zu erteilen, um die direkten Verhandlungen in letzter Stunde doch noch zustandezubringen.

Lipski erkannte die Bedeutung dieser Anfrage, denn er ließ um 15.15 Uhr den polnischen Außenminister telegrafisch unterrichten und ihm mitteilen, er selbst habe geantwortet, „daß er in seiner Eigenschaft als Botschafter um die Audienz nachsuche, um eine Mitteilung seiner Regierung vorzulegen". Es blieb also Beck freigestellt, diese „Mitteilung" dahin zu erweitern, daß Lipski als Sonderbevollmächtigter handeln könne!

Ribbentrop hat auch diese Möglichkeit noch ausgeschöpft. Um der polnischen Regierung Zeit zu solcher Disposition einzuräumen, bestellte er den polnischen Botschafter erst für 18.30 Uhr in das Auswärtige Amt ...

Botschafter Lipski erschien um 18.30 Uhr des 31. August 1939 im Auswärtigen Amt, o h n e eine neue Weisung aus Warschau erhalten zu haben ...

Das Protokoll über dieses letzte deutsch-polnische Gespräch mit den wiederholten Fragen des Reichsaußenministers nach den Vollmachten des Botschafters zeigt, daß Ribbentrop trotz Lipskis stetem „Nein" noch mehreremale versucht hat, einen direkten deutsch-polnischen Kontakt herzustellen. Aber der polnische Botschafter war weder zu einer Besprechung, geschweige denn zu tatsächlichen Verhandlungen, ja noch nicht einmal zur Entgegennahme der bereits bekannten deutschen 16 Punkte ermächtigt worden. 29/497—505

Joachim von Ribbentrop berichtet:

In seiner Parlamentsrede vom 1. September hat der britische Premierminister Chamberlain wahrheitswidrig behauptet, der polnische Botschafter habe mir am 31. August abends „erneut die polnische Verhandlungsbereitschaft mitgeteilt". Als Antwort darauf hätten dann die deutschen Truppen „ohne noch ein Wort zu verlieren" in den Morgenstunden des 1. September die polnischen Grenzen überschritten. In Wirklichkeit lag zwischen diesen beiden Ereignissen noch die amtliche Verkündung der deutschen 16 Punkte über alle Reichssender am 31. August abends um 21.15 Uhr.

Mit der Veröffentlichung ihrer Vorschläge hatte die deutsche Regierung Polen noch einmal die Möglichkeit eröffnet, den versprochenen Verhandlungen zuzustimmen. Noch hätten sich die Ereignisse korrigieren lassen, wenn die polnische Regierung den ihr jetzt öffentlich zugeworfenen Ball aufgenommen und über ihren Rundfunk eine positive Einstellung mitgeteilt hätte. Der Warschauer Sender hat in der Tat noch am 31. August um 23 Uhr geantwortet. Aber diese Antwort — sie fehlt im britischen Blaubuch — sprach nur von einem „unverschämten Vorschlag" und wies Verhandlungen entrüstet zurück. Deutschland, so wurde zynisch betont, habe vergeblich auf einen Abgesandten Polens gewartet. Die Antwort der Warschauer Regierung bestehe in militärischen Anordnungen.

Diese polnische Haltung wird nur dann verständlich, wenn man zwei Tatsachen berücksichtigt, die zum Teil erst während des Nürnberger Prozesses offenkundig geworden sind:

1. Die britische Regierung hatte in Warschau nicht nur nichts Entscheidendes zur Lösung des deutsch-polnischen Problems getan, sondern sogar einen etwaigen Besuch des polnischen Außenministers Beck in Berlin als „unerwünscht" bezeichnet. Offenbar befürchtete man, daß sich Beck bei einer Aussprache mit Adolf Hitler doch noch zu einer friedlichen Regelung entschließen werde.

2. Botschafter Lipski, offenbar informiert über die Pläne deutscher Oppositionskreise, war der Meinung, daß „bei Kriegsbeginn in Deutschland ein Militärputsch ausbrechen", „Adolf Hitler beseitigt", und „die polnische Armee in spätestens sechs Wochen in Berlin sein werde".

Lipskis Äußerung ist heute verständlich, da nach der Aussage von Gisevius in Nürnberg die deutsche Verschwörergruppe, der Minister, der Generalstabschef, Generäle, höhere Beamte u. a. m. angehörten, England in diesen Tagen beschworen hat, den deutschen Wünschen nicht nachzugeben, „sondern fest zu bleiben", dann gäbe es Krieg, die Armee werde Hitler den Gehorsam kündigen und England könne dann gemeinsam mit ihr den Nationalsozialismus und Hitler beseitigen.

4/199—201

- Aufzeichnung über die Unterredung zwischen dem polnischen Botschafter Lipski und dem Reichsaußenminister am 31. August 1939", Text 29/504
- Ribbentrop über sein letztes Gespräch mit Botschafter Lipski 4/199
- Erklärung der Reichsregierung gegenüber den diplomatischen Vertretern Englands, Frankreichs, Japans, der USA und der Sowjet-Union am Abend des 31. August 1939 4/506f.
- Lipski am 31. August zu Botschaftsrat Ogilvie-Forbes und Dahlerus „eine Revolution in Deutschland wird ausbrechen ... polnische Truppen werden erfolgreich nach Berlin marschieren" 29/519f.

Mussolini-Vorschlag: an Halifax gescheitert

Am 1. September 1939 morgens begannen die Kampfhandlungen an den deutsch-polnischen Grenzen. Hitler erklärte in seiner Reichstagsrede am gleichen Tage: „Seit 4 Uhr 45 wird nun zurückgeschossen", aber er vermied das Wort „Krieg". Es wurden auch keine Schritte unternommen, um den polnischen Botschafter zur Abreise aus Berlin zu veranlassen. Lipski blieb noch mehrere Tage dort.

In Übereinstimmung mit diesem Verhalten Hitlers wurde den deutschen Auslandsvertetern folgende Weisung mitgeteilt:

„In Abwehr polnischer Angriffe sind die deutschen Truppen heute beim Morgengrauen gegen Polen in Aktion getreten. Diese Aktion ist vorläufig nicht als Krieg zu bezeichnen, sondern lediglich als Kampfhandlungen, die durch polnische Angriffe ausgelöst worden sind."

Diese optimistische Einstellung Hitlers mag in heutiger Sicht wirklichkeitsfremd erscheinen, sie gehört aber zum historischen Bild der damaligen politischen Lage. Auch Göring trug sich noch am 3. September 1939 vormittags mit dem Gedanken, nach London zu fliegen. Hitler stimmte diesem Vorhaben auch zu. Die Durchführung wurde nur durch die englische Kriegserklärung verhindert.

Historische Bedeutung erhielt dagegen der Waffenstillstands- und Konferenzvorschlag, mit dem Mussolini den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges fast noch verhindert hätte.

Am 2. September vormittags überbrachte der italienische Botschafter dem Auswärtigen Amt in Berlin die Mitteilung:

„Zur Information läßt Italien wissen, natürlich jede Entscheidung dem Führer überlassend, daß es noch die Möglichkeit hätte, von Frankreich, England und Polen eine Konferenz auf folgenden Grundlagen annehmen zu lassen:

1. Waffenstillstand, der die Armeen läßt, wo sie jetzt sind;
2. Einberufung der Konferenz in zwei bis drei Tagen;
3. Lösung des polnisch-deutschen Streits, welche, wie die Sachen heute liegen, sicher günstig für Deutschland sein würde. Für den Gedanken, der ursprünglich vom Duce ausgegangen ist, setzt sich heute besonders Frankreich ein ..."

Die wichtige Bemerkung, daß sich für den Waffenstillstands- und Konferenzplan „besonders Frankreich" einsetze, war zutreffend ...

Die französische Regierung war so sehr bereit, Mussolinis Plan zuzustimmen, daß sie dies sogar am Nachmittag des 2. September 1939 durch eine amtliche Meldung der französischen Nachrichtenagentur Havas öffentlich bekanntgab:

„Die französische Regierung ist gestern wie mehrere andere Regierungen mit einem italienischen Vorschlag zur Regelung der europäischen Schwierigkeiten befaßt worden. Nach Beratung über diesen Vorschlag hat die französische Regierung eine positive Antwort gegeben."

Aus den italienischen Akten, die der amerikanische Professor Hoggan zitiert, geht hervor, daß Hitler sich „vorbehaltlos mit dem italienischen Vermittlungsplan einverstanden erklärte":

„Er versprach, die Kampfhandlungen in Polen könnten am 3. September mittags eingestellt werden. Um 4 Uhr nachmittags konnte Attolico Ciano kabeln, die Deutschen hätten den italienischen Vorschlag einer Konferenz angenommen."

Zu Fall gebracht wurde der Mussolini-Vorschlag wiederum durch die britische Regierung. Lord Halifax hatte bereits einen neuerlichen Telefonanruf, den Graf Ciano an ihn richtete, „kühl" aufgenommen. Am 2. September nachmittags rief der britische Außenminister seinen französischen Kollegen Bonnet an und teilte ihm mit, „daß die Vorstellung einer Konferenz unmöglich sei, solange die deutschen Truppen einen Teil des polnischen Hoheitsgebietes besetzt hielten. Zuerst müsse dieses geräumt werden."

Mit dieser Forderung hat die britische Regierung auch Mussolinis vermittelnden Vorschlag eines Waffenstillstandes zum Scheitern gebracht. Es gibt weder in der vorhergegangenen noch in der seitherigen Weltgeschichte ein vergleichbares Beispiel. Auch die Forderungen des heutigen Weltsicherheitsrates der UN richten sich bei Ausbruch von Kampfhandlungen zunächst nur auf Waffenruhe; nach dem Rezept der britischen Regierung vom 2. September 1939 wurde bisher nicht wieder verfahren.

Da Frankreich — im Gegensatz zu Großbritannien bereits seit 1919 Polens Verbündeter — den Waffenstillstand befürwortete, die polnische Regierung ihn nicht ablehnte und die britische Regierung sich darüber im klaren war, daß sie den Polen in dem ausgebrochenen Kampf militärische Unterstützung nicht bieten konnte — und dann auch in der Folgezeit niemals geboten hat —, ist die Zurückweisung des Waffenstillstands- und Konferenzvorschlages am 2. September 1939 ein mit normalen politischen Denkbegriffen nicht erklärbares Ereignis — es sei denn, man setzt voraus, daß die Regierung Chamberlain mit dem baldigen sicheren Sturz Hitlers rechnete. 29/507—511

Aus den Aufzeichnungen von Helmut Sündermann:

Ich erinnere mich sehr genau des Augenblickes, an dem am Spätnachmittag des 2. September diese Havas-Meldung vom Deutschen Nachrichtenbüro telefonisch durchgesagt wurde.

Wir Presseleute waren an diesem ereignisreichen Tag zu dritt in der Reichskanzlei; als ich die Meldung sah, sagte ich in jugendlichem Optimismus sofort: „Nun ist alles entschieden", verabschiedete mich und fuhr in der Meinung nach Hause, daß die polnische Krise ihren Höhepunkt überschritten habe. So leichtfertig, wie es sich heute liest, war mein damaliges Urteil nicht: mußte nicht, wenn Frankreich, gewissermaßen Polens Taufpate in Versailles und seither sein Hauptverbündeter, zu Konferenz und gütlicher Beilegung des Danzig- und Korridorproblems bereit war, ein zweites München in der Tat als gesichert gelten?

Am nächsten Morgen stellte ich gerade meine Koffer bereit, um für eine längere Reise gerüstet zu sein (es war davon gesprochen worden, daß die Konferenz in einem der Orte der oberitalienischen Riviera stattfinden sollte), als das Telefon läutete. Der Reichspressechef war am Apparat: „Kommen Sie unverzüglich, die Engländer haben uns soeben Krieg erklärt."

Was war geschehen?

Während die Havas-Meldung die Redaktionen der Weltpresse aufhorchen ließ, tagte das britische Kabinett — und beschloß nicht die Konferenz, sondern den Krieg. Aus dem französischen Gelbbuch, das dieses wichtigste Ereignis der entscheidenden Tage zwar in die Anlage III („Telefongespräche des Herrn Außenministers Georges Bonnet") verweist, aber das Geschehene wenigstens nicht verschweigt, wissen wir sogar die Minute, in der der Zweite Weltkrieg unvermeidlich wurde: Genau um 17.20 Uhr des 2. September 1939 teilte der britische Außenminister Lord Halifax seinem französischen Kollegen mit, daß England den Konferenzvorschlag Mussolinis ablehne. Die Ablehnungsformel war zwar etwas verklausuliert, aber so eindeutig, daß nun die französische Regierung nicht mehr anders konnte, als sich im Sinne ihrer Bündnisse mit England und Polen ebenfalls zur Kriegserklärung an Deutschland zu entschließen. Die Havasmeldung wurde nicht mehr erwähnt, sie verschwand in der Versenkung.

Eine zarte Andeutung der vorhergegangenen Meinungsverschiedenheit drückte sich nur darin aus, daß die am Vormittag in Berlin überreichte britische Kriegserklärungsnote den Beginn des Kriegszustandes auf den 3. September vormittags 11 Uhr, die französische aber erst auf nachmittags 17 Uhr festsetzte.

Mit ziemlicher Offenheit schildert Churchill in seinen Erinnerungen, wie beunruhigt er während des entscheidenden 2. September gewesen ist; der Leser fühlt den Seufzer der Erleichterung, mit dem der Memoirenschreiber berichtet: „Alle in letzter Minute unternommenen Versuche Mussolinis, seine Rolle von München zu wiederholen, wurden abgelehnt."

Etwas korrekter wäre es gewesen, wenn Churchill geschrieben hätte: ... wurden zwar in B e r l i n und P a r i s angenommen, aber in L o n d o n zurückgewiesen. Damit wäre genauer ausgedrückt worden, wo die Parole „Nie wieder München" geprägt und wo sie in entscheidender Stunde durchgesetzt wurde.

Obwohl die Erklärung, die der polnische General Sosnkowski am 31. August 1943 aus Anlaß des vierten Jahrestages des polnischen Kriegseintrittes vor alliierten Pressevertetern abgab, nichts mit dem Mussolini-Vorschlag und nur indirekt mit England etwas zu tun hat, sei sie hier zitiert — in ihren stolzen Worten beleuchtet sie treffend den Hintergrund all dessen, was nach München geschah:

„Der Entschluß Polens vom 30. August 1939, der dem Befehl zur allgemeinen Mobilmachung zugrunde lag, kennzeichnet einen Wendepunkt in der Geschichte Europas. Hitler wurde damit vor die Notwendigkeit gestellt, Krieg zu führen zu einem Zeitpunkt, da er weitere unblutige Siege zu erringen hoffte ..." 8/84f.

- Ribbentrops Hinweise auf den Mussolini-Vorschlag bei Entgegennahme der französischen Kriegserklärung am 3. 9. 1939 29/512f.
- Görings Plan, mit Zustimmung Hitlers am 3. 9. 1939 nach London zu fliegen 29/508
- Chamberlain am 10. 9. 1939: Mussolini-Vorschlag eine „Komplikation" 29/522

Diskussion der Historiker

Mit Leidenschaft ist seit 1945 eine Gruppe von Pseudo-Historikern am Werk, um wenigstens für den Zweiten Weltkrieg eine deutsche Alleinschuld zu konstruieren und das Moskauer Propagandawort vom „Hitlerkrieg" literarisch zu begründen.

Obwohl die formale Szene die deutsche Aktion von 1939 leichter verständlich erscheinen läßt als die von 1914 — immerhin gab es keine Serie deutscher Kriegserklärungen, einen deutschen Angriff auf Polen erst 36 Stunden nach dessen Generalmobilmachung —, wird zäh erklärt, Hitler und er allein habe den Krieg, und zwar exakt diesen Krieg des September 1939 genau so gewollt und „entfesselt".

Mittlerweile wurden drei beträchtlich anders lautende Ansichten zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges wirksam vorgetragen und ernstlich begründet:

Die vom üblichen Vorbringen abweichende Ansicht A verweist auf das notorische Wirken des amerikanischen Präsidenten Roosevelt, der untergründig schon 1933 mit der Anerkennung der Sowjetunion

durch die Vereinigten Staaten und ab Herbst 1937 ganz offenkundig und zielstrebig bemüht war, sich in die europäischen Angelegenheiten einzuschalten und eine antideutsche Front zustande zu bringen.

Eine anderslautende Ansicht B hat der amerikanische Professor David L. Hoggan entwickelt: er wies nach, daß die englische Regierung sich umsichtig und mit hartem Willen zu einer neuerlichen Niederschlagung Deutschlands nur deshalb entschloß, weil der Regierung Hitler die Versailles-Revision zu gelingen schien und das Reich wieder stark geworden war.

Eine weitere Ansicht C verdeutlicht sich aus vielen bisher veröffentlichten Materialien: danach hat die englische Regierung Chamberlain im Jahre 1939 ihre herausfordernde Polenpolitik, ihre Ablehnung aller Vermittlungsversuche, schließlich ihre Kriegserklärung am 3. September 1939 auf die Erwartung gegründet, es bedürfe nur dieses Anstoßes, um mit Hilfe einflußreicher deutscher Widerstandskreise einen baldigen inneren Zusammenbruch des im Jahre 1938 so rasch emporgewachsenen großdeutschen Reiches zu bewirken.

Diese drei Thesen, für deren jede triftige Gründe und bereits eine Fülle von Dokumenten vorgebracht werden können, stimmen in einem Punkt überein: sie zeigen nicht ein aggressives, sondern im Gegenteil ein in seiner Existenz bedrohtes Reich, wie es ja in der Tat — sehr im Gegensatz zu Vansittarts historischen Beschuldigungen — das Schicksal der Deutschen seit dem Mittelalter gewesen war; immer haben allzu viele fremde Mächte ihre Kraft darauf gerichtet, Deutschland niederzuhalten oder niederzuschlagen. 43/93f.

- War die Versailles-Revision ohne Krieg möglich? 29/168
- Chaim Weizmann-Erklärung vom 29. 8. 1939: „Juden an der Seite Großbritanniens" 32/114f.; 34/198—200, 206
- Bericht des Londoner US-Botschafters Kennedy nach Gespräch mit Halifax 4. 9. 1939: „Hoffnung auf einen inneren Zusammenbruch Deutschlands" 29/518
- Rückblickende Erklärung Kennedys: „Es wäre möglich gewesen, Hitlers Vorgehen auf Rußland abzulenken" 4/168
- Sven Hedins Urteil: „Machenschaften der englischen Regierung noch unerfreulicher als Anfang August 1914" 21/210
- Chamberlain am 10. 9. 1939: „Was ich erhoffe, ist nicht der militärische Sieg ... aber ein Zusammenbruch der deutschen inneren Front" 4/204; 8/117; 29/522
- Chamberlains Deutschland-Politik 29/531—538
- Kriegsschuld-Diskussion der Professoren Hofer und Taylor 38/109f.
- Die Hoggan-These 38/18
- Das französische „Gelb-Buch" und deutsche Antwort 27/193f.

Ein dauerhaftes Geschichtsbild erwächst nur aus einer Bewertung von Tatsachen und Zusammenhängen, wie sie w i r k l i c h waren. Da die beiden Weltkriege die bisher einschneidensten historischen Ereignisse unseres Jahrhunderts sind, setzt eine „Bewältigung der Vergangenheit" eine nüchterne Prüfung der sog. Kriegsschuldfrage für 1914 und für 1939 voraus. Auf den ersten Blick erscheint dabei die Verantwortung der kaiserlichen Regierung, die immerhin die Kriegserklärungen an Frankreich und Rußland richtete und die belgische Neutralität verletzte, ernster als die Hitlers, der seinen ersten Angriffsbefehl gegen Polen zurückzog, den zweiten Befehl erst auf Grund der polnischen Generalmobilmachung erteilte, nach Beginn der Kampfhandlungen noch einem Vermittlungsvorschlag Mussolinis zustimmte und auf die ihm trotzdem zugegangenen Kriegserklärungen Englands und Frankreichs noch monatelang mit „Sitzkrieg" reagierte.

Nicht minder wichtig ist freilich die Kriegs u r s a c h e n forschung. Sie entlastet die kaiserliche Regierung fast völlig, Hitler jedenfalls hinsichtlich des Krieges im Westen. Ernstliche Kampfabsichten enthüllt sie in England, vor dem Zweiten Weltkrieg auch in USA. Auch die russische Balkanambition war sowohl 1914, wie 1939 und 1941 ein nicht wegzuleugnender Faktor des Geschehens. Mit der Beendigung der Propagandathesen vom „Kaiser-Krieg", vom „Hitler-Krieg" und von den Deutschen als den „Würgern" unter lauter friedliebenden Völkern, werden freilich beide Katastrophen nicht ihres Verhängnisses entkleidet: heute sind a l l e europäischen Nationen in Wirklichkeit Besiegte und zwei außereuropäische Weltmächte die Herren unseres Kontinents.

34/243

*

Für beide Deutschland-Kriege stellen sich historisch-politisch die Kernfragen: „Waren sie zu vermeiden?" und „Waren sie zu gewinnen?" Nicht einmal für den Ersten Weltkrieg sind diese Fragen völlig geklärt, in der sachlichen Erörterung des Zweiten Weltkrieges stehen wir ganz am Anfang, weil Erregung und Propaganda noch systematisch wachgehalten werden.

Zur weiteren Kernfrage: ich erachte den derzeitigen Hitler-Mythos, d. h. das Verfahren, ihn als einen überdimensionalen und überdies törichten Gewaltmenschen zu zeichnen, nicht nur als historisch ganz unhaltbar, sondern auch als nationalpolitisch unerträglich. Wer von einem „Banditen" spricht, greift nicht nur Hitler, sondern auch

Deutschland an. Welche Urteilskraft ist einem Volk beizumessen, das sich zu diesem Mann einmütiger und nachdrücklicher bekannt hat als zu irgend einer anderen Gestalt seiner Geschichte? Wenn wir Deutschen den Weg zu geistiger Souveränität wiederfinden wollen, werden wir gewiß bedeutende Irrtümer und ernste Mißgriffe Hitlers festzustellen haben (vielleicht hätte er sonst den Krieg wirklich vermieden oder gewonnen?!), aber wir werden uns auch mit den Sätzen abfinden müssen, die zwei seiner ihm nicht einmal persönlich verbundenen Mitarbeiter — beides keine „Nazis" — noch angesichts des Todes 1946 über ihn in Nürnberg sagten: Hitler war der Mann, der „Großdeutschland in die Geschichte gestellt hat" (Seyß-Inquart) und: „Gehandelt hat er, wie alle Heroen in der Geschichte gehandelt haben und immer wieder handeln werden. Er hat sich auf den Trümmern seines Reiches und seiner Hoffnung begraben lassen. Mögen andere ihn deswegen verurteilen — ich kann es nicht" (Jodl).

38/110f.

*

Noch unverhüllter als 1914 ging es bei der britisch-französischen Kriegserklärung des 3. September 1939 um die Kernfrage „Deutschland" — das Reich war nach Versailles wieder zu stark geworden, nun sollte es erneut niedergeworfen werden.

Wie schon in früheren Zeiten kamen die offenherzigsten Erklärungen aus Paris:

„Es geht nicht um Hitler. Es geht um Deutschland, das ewige Deutschland, die einzige deutsche Frage. Ob es nun Bismarck oder Wilhelm II. ist, die Weimarer Republik oder jetzt Hitler, es ist immer dasselbe. Es geht um die deutsche Einheit. Die deutsche Einheit ist der Feind! Diese deutsche Einheit muß zerstört werden."

Mit diesem Aufruf antwortete noch am Tage vor Kriegsbeginn Charles Maurras in seiner „Action Français" auf den nicht minder berühmt gewordenen Artikel eines anderen Franzosen, Marcel Déat, der kurz vorher nachdenklich gefragt hatte „Mourir pour Dantzig?" — „Sterben für Danzig?"

Beide wurden schließlich bestätigt: zuerst starben französische Soldaten für Danzig, und dann wurde wieder einmal die deutsche Einheit zerstört.

43/48f.

RUSSLAND - USA IM HINTERGRUND

Britische Patrioten: vergebliche Appelle

In England gab es vor dem Krieg eine bedeutende „unabhängige politisch-unparteiische Organisation zur Förderung deutsch-englischer Freundschaft", die sich „Link" (zu Deutsch „Bindeglied") nannte. Innerhalb weniger Jahre hatte es die „Link" auf etwa zehntausend Mitglieder aus den verschiedenen Kreisen der Bevölkerung gebracht — ein ungewöhnlicher Erfolg für eine solche Organisation. Die „Link" organisierte Diskussionsabende, Vorträge, Briefwechsel mit deutschen Korrespondenten gleichen Standes — z. B. von Ärzten mit Ärzten, Arbeitern mit Arbeitern usw. — und daraus entstanden Gruppenreisen und Austauschbesuche. Zuletzt fuhren über hundert „Link"-Mitglieder im August 1939 zu den Salzburger Festspielen.

Für die „Anglo-German Review", die Zeitschrift der „Link", schrieben so bekannte Persönlichkeiten wie der frühere Premierminister Lloyd George, der damalige Führer der Labour-Partei George Lansbury (der ebenso wie Lloyd George auch Hitler besuchte), Lord Lothian, Lord Londonderry, der Herzog von Bedford u. a.

„Einige Tage nach dem 3. September 1939", so berichtet Mr. C., eines der führenden Mitglieder der damaligen „Link", „versammelten sich in London eine Anzahl patriotischer Männer und Frauen, um die Lage zu besprechen. Unter anderen waren anwesend Sir Barry und Lady Domvile, Captain R. Gordon-Canning und Sir Alliot Verdon Roe. Es war uns klar, daß der Krieg unmöglich zum Vorteil Englands ausgehen könne und daß ein Sieg zu kostspielig werden müsse, als daß sich Großbritannien dann noch als unabhängige Großmacht werde aufrechterhalten können. Ich nahm zur Versammlung eine Aufzeichnung von sechs Punkten mit; da die zwanzig Anwesenden keine anderen Vorschläge machten, wurden diese sechs Punkte als Unterlage zur Sammlung von Unterschriften und zur Vorlage an die Regierung angenommen. Mehrere hundert Unterschriften wurden dann in der Tat gesammelt; es befanden sich sehr bemerkenswerte darunter. Schließlich unternahm es einer der Unterzeichner — meiner Erinnerung nach war es der Marquis of Tavistock (der spätere Herzog von Bedford) —, das Dokument der britischen Regierung vorzulegen. Den Ausgang der Angelegenheit konnte ich nicht mehr gut verfolgen, weil ich inzwischen verhaftet wurde. In einigen Notizen hat sich die englische Presse damals mit dem Dokument befaßt."

Diese „sechs Punkte" lauteten:

„1. Wir kennen keinen vernünftigen Grund, der die Fortsetzung des Krieges um den Preis von Millionen Menschenleben rechtfertigen würde;

2. wir sind nicht überzeugt, daß der Krieg und die Ursachen, aus denen er entstanden ist, nur einer Nation oder einem Mann zur Last gelegt werden können;

3. wir sind nicht überzeugt, daß die Regierung berechtigt war, unser Land zur Aufrechterhaltung eines status quo in Osteuropa zu verpflichten, den Staatsmänner aller Länder und Parteien aller Richtungen als ungerecht verdammt haben;

4. sowohl als Christen wie als loyale britische Staatsbürger glauben wir, daß es ebenso unrechtmäßig ist, die unverantwortlichen (unjust) Versailler Bestimmungen mit Gewalt aufrechtzuerhalten, wie es unrechtmäßig ist, sie mit Gewalt zu ändern;

5. wir glauben, daß — wenn der Krieg durchgefochten wird bis die eine oder andere Seite einen entscheidenden Sieg erkämpft — keine Wahrscheinlichkeit für einen gerechten und dauerhaften Frieden besteht;

6. wir fordern Seiner Majestät Regierung ernstlich auf, unverzüglich die Initiative zu ergreifen und ihre Bereitwilligkeit auszudrücken, an einer Konferenz zwischen Frankreich, England, Deutschland und Italien teilzunehmen, auf der die zur Diskussion stehenden Fragen auf Grund der 14 Punkte des Präsidenten Wilson geregelt werden sollen."

Nachdem der Krieg ja gerade deshalb ausgebrochen war, weil die Regierung kein „zweites München" wünschte, konnte dieser Schritt nur als eine Episode in die politische Geschichte der damaligen Zeit eingehen. Die Weitsicht und Unanfechtbarkeit ihres letzten Versuches aber ehrt den Verfasser der „Sechs Punkte" ebenso wie ihre Unterzeichner.

Unabhängig von diesen Bestrebungen ist auch der ehemalige Premierminister Lloyd George noch nach Kriegsausbruch für eine Friedensregelung eingetreten. Anfang Oktober 1939 veröffentlichte er einen aufsehenerregenden Aufsatz im „Journal American" und in der „Sunday Times", in dem er im Anschluß an Hitlers Reichstagsrede vom 6. Oktober 1939 u. a. ausführte:

„Die letzte Rede Hitlers kann als Grundlage einer Friedenskonferenz dienen. Der richtige Krieg zwischen Großbritannien und Frankreich einerseits und Deutschland andererseits hat noch gar nicht begonnen. Alle Völker wünschen aufrichtig die Vermeidung eines neuen Weltkrieges ... Weshalb also keine neue Konferenz der wichtigsten Weltmächte vorschlagen, um die Lage zu untersuchen? Hitler scheint einen solchen Gedanken zu hegen ... Er hat schon einige Diskussionspunkte aufgeführt, so die Abrüstung, die Kolonien, den polnischen Staat. Wir haben die Freiheit, andere Diskussionspunkte vorzulegen. Nichts kann verloren sein, vieles kann mit Hilfe einer solchen Konferenz gewonnen werden."

Lloyd George kündigte die Gründung eines „Komitees für Friedensaktionen" an. Am 12. und 13. Oktober 1939 hielt dieses Komitee eine Arbeitstagung ab; eine weitere Wirksamkeit ist nicht bekannt geworden. Zweifellos wurde Lloyd George aufgefordert, seine diesbezügliche Tätigkeit einzustellen; er hat sich später nur noch in Übereinstimmung mit der Politik der Regierung geäußert. Der Aufforderung Churchills, in das Kriegskabinett einzutreten, kam er allerdings nicht nach. Lloyd George starb am 26. März 1945, wenige Wochen vor Kriegsende. 8/176—179; 38/328

Verständigungsfrieden?

Im Sommer 1940, also nach dem englischen Rückzug aus Dünkirchen, glaubte man in Schweden allgemein, London würde nun einem Verständigungsfrieden mit Deutschland nicht mehr so abgeneigt sein wie bisher. Die Stockholmer Regierungskreise waren in dieser Ansicht bestärkt worden, als der schwedische Gesandte in London am 18. Juni melden zu können glaubte, die englische Regierung sei nunmehr tatsächlich verhandlungsbereit. Obwohl man später in London natürlich nichts mehr von diesen Stimmungen wissen wollte, dürfte der schwedische Gesandte doch zutreffend unterrichtet gewesen sein. Nicht unwichtige englische Kreise hatten damals den Plan, Churchill durch Lord Halifax zu ersetzen; inwieweit auch in dieser Lage, wie schon im Sommer 1939, die Einwirkungen des Präsidenten Franklin D. Roosevelt den Kurs Englands bestimmten, ist heute noch ein offenes historisches Problem. 21/226f.

•

Der seinerzeitige Gesandte Schwedens in London Björn Prytz hat am 7. September 1965 erstmals sein Schweigen zu einer wichtigen historischen Aussage gebrochen und in einer schwedischen Rundfunksendung den Inhalt einer Unterredung mit dem damaligen Unterstaatssekretär im Foreign Office, dem heutigen Lord Butler, mitgeteilt. Danach hat Butler ihm am 17. Juni 1940 — dem Tag der französischen Waffenniederlegung — versichert, der Krieg müsse nicht bis zur letzten Entscheidung durchgekämpft werden und eine etwaige Gelegenheit, zu vernünftigen Bedingungen einen Kompromißfrieden zu schließen, werde nicht außer acht gelassen werden. Die „Times" (London) berichtete am 9. 9. 1965 über Butlers damaliges Gespräch mit dem Gesandten Prytz weiter: „Sogenannten ‚diehards' (Chauvinisten) werde es nicht gestattet werden, sich in den Weg zu stellen. Es war nach Prytz offensichtlich, daß Butler damals Churchill als den

wichtigsten dieser ‚diehards' betrachtete. Während der Besprechung wurde Butler vom damaligen Außenminister Lord Halifax angerufen und aufgefordert, seinem schwedischen Besucher zu versichern, daß gesunder Menschenverstand und nicht Herausforderung die britische Politik beherrschen werde." Tatsächlich aber hat sich Churchill damals doch durchgesetzt und Lord Halifax selbst Ende Juli 1940 Hitlers Friedensappell zurückgewiesen. Die britische Regierung hat ihren Einfluß in Stockholm dahin geltend gemacht, daß der Bericht des Gesandten Prytz bisher nicht veröffentlicht wurde. Noch 1964 wurde dem seinerzeitigen Generalsekretär des schwedischen Außenministeriums Erik Bohemann die Verwendung des Textes in seinen Memoiren nicht gestattet. Lord Butler, von der „Times" befragt, erklärte, er wünsche nicht, die Prytz-Mitteilungen zu kommentieren. Die schwedische Regierung hat in einer Sondersitzung unter Vorsitz des Königs beschlossen, den Text des seinerzeitigen Telegramms ihres Gesandten weiterhin geheimzuhalten (Times, London 16. 9. 1965).

38/23

Rudolf Hess

Ilse Hess berichtet:

Mein Mann urteilte als alter Frontsoldat, als der er sich in all den Jahren seit 1933 immer wieder mit leidenschaftlichen Aufrufen an die deutschen, französischen und englischen Kameraden des Ersten Weltkrieges gewandt und ein nachhaltiges Echo gefunden hatte; er sah in einem neuerlichen Waffengang ein Unglück für alle europäischen Völker und darüber hinaus für die Welt. Freilich, als die Würfel gefallen waren und die Kriegsmaschine lief, hat er in seinem Bereich unbeirrbar alles getan, um so rasch und mit so geringen Verlusten wie irgend denkbar, den deutschen Sieg herbeizuführen; einen Sieg, der seiner Vorstellung nach die Jahrhunderte fruchtloser und vernichtender Kriege zwischen den Völkern des europäischen Kontinents abschließen und eine lange Friedenszeit gleichberechtigter Nationen einleiten sollte.

Vom ersten Kriegstag an zielten seine innersten Gedanken auf eine baldige Herbeiführung eines solchen Friedens ab; nach dem Zusammenbruch Frankreichs, als England der einzige Gegner geblieben war, versuchte er zunächst über Albrecht Haushofer, den Sohn seines besten Freundes, des bekannten Geopolitikers Professor Dr. Karl Haushofer, — m i t Wissen Adolf Hitlers — Verbindungen zu führenden englischen Kreisen aufzunehmen. Der Umweg über die

Schweiz und Spanien erwies sich freilich als langwierig und umständlich und die Möglichkeit, zu greifbaren Ergebnissen zu kommen, schien in nebelhafte Ferne zu rücken. Daher gewann in meinem Mann allmählich der Gedanke Gestalt, durch eine ungewöhnliche, Aufsehen erregende Tat die britische, Deutschland gegenüber unversöhnliche Haltung zu beeinflussen. In einem Albrecht Haushofer im Mai 1941 hinterlassenen Brief schreibt er, daß es seiner Meinung nach nur noch möglich sei, „den gordischen Knoten unseliger Verstrickungen zu zerhauen".

*

In seiner Vernehmung durch den britischen Innenminister Lord Simon am 9. Juni 1941 in England erklärte Hess (amtlicher Text):

„Ich weiß, daß mein Kommen wohl von niemandem richtig verstanden worden ist. Denn es ist ein so außergewöhnlicher Schritt, den ich getan habe, daß ich das gar nicht erwarten kann. Deswegen möchte ich beginnen damit, daß ich darlege, wie ich dazu gekommen bin. Ich bin auf den Gedanken gekommen, als ich im Juni des vergangenen Jahres noch während des Frankreichfeldzuges beim Führer war... Ich muß gestehen, daß ich zum Führer kam, überzeugt wie wir alle, daß wir über kurz oder lang, aber einmal sicher England besiegen würden. Und ich vertrat daher den Standpunkt dem Führer gegenüber, daß wir selbstverständlich von England nunmehr zurückfordern müßten an materiellen Gütern — wie den Wert unserer Handelsflotte usw. —, was uns durch den Versailler Vertrag einst genommen wurde. Der Führer hat mir dann sofort widersprochen. Er war der Meinung, daß der Krieg vielleicht der Anlaß sein könnte, endlich zur Verständigung mit England zu kommen, die er angestrebt hatte, seit er politisch tätig ist. Das kann ich bezeugen, daß, seit ich den Führer kenne, seit 1921, der Führer immer davon gesprochen hat, es müßte die Verständigung zwischen Deutschland und England zustande gebracht werden. Sobald er an der Macht sein würde, werde er das tun. Und er sagte mir damals in Frankreich, daß man keine harten Bedingungen, auch wenn man siegen würde, stellen dürfte einem Land gegenüber, mit dem man sich verständigen wolle. Ich habe damals den Gedanken gehabt, wenn man in England das wüßte, könnte es vielleicht möglich sein, daß England seinerseits zu einer Verständigung bereit wäre. Es kam dann des Führers Angebot nach Abschluß des Frankreichfeldzuges an England. Das Angebot wurde bekanntlich abgelehnt. Um so mehr festigte sich bei mir der Gedanke, daß unter diesen Umständen ich meinen Plan verwirklichen müßte."

1/9—12

- Der Hess-Flug nach England 10./11. Mai 1941; Berichte über die Flugvorbereitung und die -durchführung 1/17f., 26f., 31—39, 111f., 129, 159—161; 9/194; 42/31f.
- Britische Dokumente über den Hess-Flug teilweise noch unveröffentlicht 9/188

Churchills Reden in den geheimen Unterhaus-Sitzungen, die während des Krieges abgehalten wurden, erschienen im Jahre 1946 als Buch unter dem Titel: „Secret Session Speeches".

Die darin enthaltenen Texte stellen eine offenbare Wiedergabe der Stenogramme dar, obwohl natürlich nicht feststellbar ist, ob etwa Kürzungen vorgenommen wurden.

Nur von e i n e r Rede — nämlich der wichtigsten — f e h l t der Wortlaut: In den Tagen des Zusammenbruches Frankreichs — am 20. Juni 1940 — sprach Churchill zum ersten Mal in einer Geheimsitzung des Unterhauses. Sicher liegt auch von dieser Rede ein Stenogramm vor, aber in die Buchveröffentlichung ist es nicht aufgenommen worden. Statt dessen werden in Faksimile die Notizen wiedergegeben, die Churchill als Unterlage für diese Rede benutzt hat. Es handelt sich um mehrere Seiten in Schreibmaschinenschrift, mit handschriftlichen Einschaltungen. Manche Sätze sind formuliert, zu anderen Punkten sind nur Stichworte notiert.

Nach diesem Faksimile zeigt sich, daß Churchill in jener entscheidenden Stunde des Krieges, als es schien, als ob England ganz allein auf dem Schlachtfeld übrig geblieben sei, nach einer ausführlichen Darstellung der sich überstürzenden französischen Ereignisse den Unterhaus-Abgeordneten zunächst Hoffnung auf ein Eingreifen der Vereinigten Staaten gemacht hat. In der damaligen Sicht mochte das angesichts der Abneigung der amerikanischen Bevölkerung gegen einen Kriegseintritt noch kühn gewesen sein, aber des Präsidenten Roosevelt war die britische Regierung sich zweifellos sicher. So durfte Churchill dichterisch formulieren — diesen Satz hat er im Wortlaut seiner Redeunterlage eingefügt: „I cannot doubt a whole English speaking world will be in line together and with the oceans and with the air and all Continents except Europe" (Ich kann nicht daran zweifeln, daß die ganze englisch-sprechende Welt sich zusammenfinden wird und mit ihr die Ozeane und die Luft und alle Kontinente, mit Ausnahme von Europa).

Hitlers Vermutung war es stets, Churchill habe schon damals das Argument verwendet, daß die Sowjet-Union gegen Deutschland Front machen werde (wie sich das im Juli 1940 mit der Besetzung der Bukowina abzuzeichnen begann). Churchills Redenotizen schweigen sich darüber aus — nur ganz kurz vor dem Schluß steht in großen Buchstaben dazwischen geschrieben:

RUSSIA

Es ist ein Stichwort und es wird nicht mitgeteilt, was Churchill darüber gesagt hat. So bleibt die Frage, die Hitler sich stellte, unbeantwortet. 8/175f.

Stalins Rechnung

Stalin war klug genug, um die Absicht des amerikanischen Präsidenten zu durchschauen. Wahrscheinlich hatte er vor allem an Roosevelt gedacht, als er Anfang März 1939 in seine erwähnte Rede, die die zeitweise Annäherung an Deutschland einleitete, die Bemerkung einflocht, er werde „auf keinen Fall zulassen, daß unser Land in einen Konflikt hineingerissen wird, dessen H i n t e r m ä n n e r die Kastanien gewöhnlich von anderen aus dem Feuer holen lassen". Es war zu offenkundig, daß man in Washington zwar die Engländer, Franzosen und Polen zur „Stop-Hitler"-Aktion verpflichtete, selbst aber den Lauf der Dinge abzuwarten beabsichtigte. Das Vorbild Roosevelts mußte Stalin ermutigen, eine ähnliche Haltung einzunehmen. Für ihn hatte sich die vorteilhafte Veränderung ergeben, daß Hitler, dessen politisches Ziel angekündigter Weise ausschließlich im O s t e n lag, in einen Kampf im W e s t e n verwickelt wurde und aller Wahrscheinlichkeit nach dort ausreichend geschwächt werden würde. Daß die letztere Erwartung sich nicht erfüllte und die deutsche Wehrmacht sich schließlich ungebrochen dem ursprünglichen Gegner zuwenden konnte, das lag 1939 jenseits aller möglichen Berechnungen. 14/200f.

*

Joachim von Ribbentrop urteilt:

Als ich ... zu Stalin sagte, daß nach meiner Überzeugung nunmehr Deutsche und Russen niemals wieder die Waffen kreuzen dürften, überlegte Stalin eine Weile, bis er dann wörtlich erwiderte: „D a s s o l l t e w o h l s o s e i n." Ich ließ mir diese Bemerkung durch den dolmetschenden Botschaftsrat Hilger wiederholen, weil mir die Formulierung ungewöhnlich erschien.

Noch eine andere Antwort Stalins ist mir aus unseren Gesprächen während meines zweiten Moskauer Besuches fest im Gedächtnis haften geblieben. Als ich bei ihm wegen einer möglichen engeren Bindung über den Freundschaftsvertrag hinaus in Richtung auf ein reguläres Bündnis für die kommenden Kämpfe mit den Westmächten sondierte, antwortete mir Stalin: „Ich werde niemals dulden, daß Deutschland schwach wird."

An diese beiden Äußerungen Stalins habe ich später oft denken müssen. Was hat er damals mit diesen Worten ausdrücken wollen? Scharfe Kritiker der Sowjetunion — unter ihnen auch der frühere englische Botschafter in Berlin, Sir Neville Henderson — behaupten, Stalin habe den Pakt mit Deutschland überhaupt nur abgeschlossen, um den Führer zum Vorgehen gegen Polen zu veranlassen, wohl wissend, daß England und Frankreich dann eingreifen würden. Nach dem voraussichtlichen Siege Deutschlands über Polen werde Rußland erstens wichtige, ihm nach dem letzten Krieg verloren gegangene Gebiete wiedererhalten, zweitens könne es in Ruhe zusehen, wie sich Deutschland im Krieg mit den Westmächten erschöpfe, um dann im gegebenen Augenblick das Gewicht der Roten Armee zum Weitertreiben der Bolschewisierung Europas einzusetzen ...

Meine persönliche Meinung geht dahin, daß Stalin die Verständigung mit Deutschland zunächst als ein besonders gutes Geschäft ansah, das es ja tatsächlich auch war. Ferner mag er wohl auch der Überzeugung gewesen sein, daß Rußland bei einem Kriege zwischen Deutschland und den Westmächten nichts verlieren könne. Vielleicht glaubte er im Westen an die Möglichkeit eines jahrelangen Schützengrabenkrieges wie 1914—18. Würde der Krieg von langer Dauer sein, und Deutschlands Position dadurch schwächer werden, so war das Reich dann wirtschaftlich und ernährungsmäßig um so mehr auf russiche Hilfe angewiesen. War Deutschland der Verlierer, so war der Roten Armee eine große Gelegenheit geboten, nach Mitteleuropa zu gelangen. Würde ein solcher Krieg „remis" beendet, dann waren alle kriegführenden Parteien jedenfalls geschwächt und Rußland sicher nicht im Nachteil. Welche Meinung Stalin wirklich gehabt hat, wird man wohl nie erfahren — aber so ähnlich mögen seine Gedankengänge gewesen sein. Der schnelle deutsche Sieg im Westen war dann sicherlich eine Überraschung für Stalin. Noch während unseres Vormarsches in Frankreich wurde eine neue Tendenz in der sowjetischen Politik uns gegenüber fühlbar, und damit begann die tragische Entwicklung, die zum Ausbruch des deutsch-russischen Krieges im Juni 1941 führte. 4/206—208

Roosevelt, Deutschland und der europäische Krieg

Hitler beendete bekanntlich schon den Polenfeldzug des September 1939 mit einem Friedensangebot, das er in der Reichstagssitzung vom 6. Oktober 1939 verkündete. Der damalige Reichspressechef Dr. Dietrich ließ vor dieser Reichstagssitzung die in Berlin tätigen Korrespondenten amerikanischer Zeitungen zu sich kommen, machte

sie mit den Hauptgesichtspunkten der Hitlerrede vertraut und legte ihnen geradezu beschwörend ans Herz: „Dies ist die Stunde des Präsidenten Roosevelt."

Natürlich war sich Dietrich damals nicht bewußt, wie sinnlos ein solcher Appell sein mußte, denn die Geheimdokumente des Rooseveltschen Eingreifens in das Kriegsvorspiel waren noch nicht bekannt. Immerhin fiel die Dietrich-Aktion allgemein auf, weil sie zweifellos nicht ohne Hitlers Billigung erfolgte. Der Hinweis hat auch das Weiße Haus erreicht, er wurde sogar in der Pressekonferenz des Präsidenten erwähnt — vom Präsidenten aber mit einer leichten Geste abgewehrt.

Über eine ernsthaftere Aktion, bei der Roosevelt noch schlechter abschneidet, berichtet der amerikanische Historiker Professor Tansill auf Grund eigener Forschungen: Ein einflußreicher amerikanischer Erdölkaufmann William Rhodes Davis — eng befreundet mit dem Gewerkschaftsführer John D. Lewis und Mitfinanzier der Rooseveltschen Wahlkampagne 1936 — erwirkte sich dank dieser Beziehungen vom Präsidenten Mitte September 1939 die Genehmigung zu einer politischen Informationsreise nach Rom und Berlin, wo er Anfang Oktober 1939 von Göring zu ausführlichen Gesprächen empfangen wurde. Davis gab die — zweifellos irrige — Ansicht zum Besten, Präsident Roosevelt sei mit einem Kompromiß einverstanden, der Deutschland Danzig und den Korridor zubillige und er würde auch eine weltwirtschaftliche Regelung befürworten, „durch die jede Nation mit den Rohstoffen, Gütern und Waren versorgt werden würde, die sie zur Aufrechterhaltung ihrer wirtschaftlichen Integrität und ihres Wohlergehens wesentlich braucht".

Göring fand Davis' Erklärung mit Recht „sehr überraschend, weil in Deutschland der Eindruck herrscht, daß die Gefühle Mr. Roosevelts jetzt gegen Deutschland gerichtet sind"; er besprach sich mit Hitler und empfing Mr. Davis am 3. Oktober 1939 ein zweites Mal, diesmal mit einer ganz konkreten Zustimmung:

„Sie können Mr. Roosevelt versichern, daß Deutschland, wenn er vermitteln will, einer Regelung zustimmen wird, durch die ein neuer polnischer Staat und eine unabhängige tschechoslowakische Regierung ins Leben träten. Diese Information ist jedoch für ihn allein bestimmt, und er soll von ihr nur Gebrauch machen, wenn das notwendig ist, um eine Friedenskonferenz herbeizuführen ... Was mich selbst und meine Regierung betrifft, so wäre ich glücklich, an ihr teilnehmen zu können, und sollte ich im Falle des Zustandekommens einer solchen Konferenz Deutschland vertreten, so würde ich Washington als Konferenzort zustimmen.

Mr. Davis eilte mit dieser wichtigen Mitteilung nach Amerika zurück, wo er — tagelang vergeblich versuchte, zum Präsidenten vorzu-

dringen. Als das erstaunlicherweise überhaupt mißlang, schrieb er Roosevelt einen ausführlichen schriftlichen Bericht über seine Gespräche mit Göring. Weder er, noch Göring, noch Hitler hörten jemals wieder etwas von dieser Angelegenheit, und sie wäre völlig vergessen, wenn nicht Professor Tansill sie ans Licht gezogen hätte.

Roosevelts Bestrebungen und Hoffnungen richteten sich nicht auf eine „Vermittlung"; er wartete im Gegenteil sehr offenkundig auf Ereignisse, die es ihm ermöglichen sollten, selbst unmittelbar in die Kriegshandlungen einzugreifen...

Die nachstehende Übersicht über die einschlägigen Ereignisse erhebt nicht Anspruch auf Vollständigkeit — sie beschränkt sich auf die wichtigsten Daten:

Bei Kriegsausbruch im September 1939 galt zunächst das Neutralitätsgesetz von 1936, das — auf Grund der Erfahrungen im Ersten Weltkrieg — im Kriegsfall sowohl die Gewährung von Anleihen wie die Ausfuhr von Kriegsmaterial an Kriegführende, außerdem die Einreise amerikanischer Staatsbürger in Kampfzonen verbot.

Roosevelt begann natürlich sofort, sich für verschiedene Abänderungen einzusetzen und es gelang ihm, im November 1939 das Waffenausfuhr-Verbot aufheben zu lassen. Freilich wurde noch die sog. „Cash and Carry"-Klausel eingefügt, d. h. Kriegführende, die Kriegsmaterial geliefert erhalten wollten, mußten es in amerikanischen Häfen abholen und bar bezahlen. Da nur England in der Lage war, Lieferungen über den Atlantik zu transportieren, war es klar, welche Bedeutung die Gesetzesänderung hatte — immerhin war in dieser Angelegenheit noch der Schein der Neutralität gewahrt.

Von vorneherein bedenklicher war die Erklärung vom 5. September 1939, in der der amerikanische Präsident — ohne jeden historischen oder rechtlichen Vorgang — die Gewässer an der atlantischen Küste Amerikas in einer Breite von mehreren hundert Seemeilen zu einer „Sicherheitszone" erklärte. Durch eine Neutralitäts-Patrouille amerikanischer Kriegsschiffe sollten Kriegführende aus diesem Gebiet ferngehalten werden. Die praktische Bedeutung dieser merkwürdigen Maßnahmen schildert Großadmiral Dönitz in seinem Erinnerungswerk „10 Jahre und 20 Tage".

„Es kam auch sehr bald nach Kriegsausbruch zu völkerrechtswidrigen Kriegshandlungen amerikanischer Seestreitkräfte im Atlantik. Sie beschatteten deutsche Dampfer, die aus Häfen der Vereinigten Staaten ausgelaufen waren und die versuchten, die deutsche Heimat zu erreichen. Die amerikanischen Seestreitkräfte meldeten durch Funkspruch den Standort dieser Schiffe an englische Kriegsschiffe, so daß die Engländer auf die deutschen Dampfer operieren konnten. Als Folge blieb unseren Schiffen nichts anderes übrig, als sich selbst zu versenken."

Bereits wenige Monate nach diesen einleitenden Geschehnissen — als Hitler nach einem Winter des „Sitzkrieges" die englisch-französische Kriegserklärung mit seinem erfolgreichen Frankreich-Feldzug beantwortete — rief der Präsident nicht nur die Franzosen in bombastischen Erklärungen zu einem sinnlosen, materiell nicht unterstützten weiteren Widerstand auf, er schuf auch eine erstaunliche neue Tatsache mit dem „Verkauf" von 50 Zerstörern an die britische Regierung.

Für die Übergabe dieser Kriegsschiffe (sie erfolgte im September 1940) ließ er sich fünf bisher britische Kolonialgebiete im westindischen Bereich, außerdem Flotten- und Luftstützpunkte im englischen Neufundland, auf Bermuda und in Britisch Guyana „auf 99 Jahre" einräumen. Daß durch diese Gegenleistungen der Zerstörerverkauf für die Vereinigten Staaten ein gutes Geschäft war, ändert nichts an der Neutralitätswidrigkeit dieser Kriegsschiffübertragung. Sie verletzte eindeutig den Artikel 8 der Haager Konvention von 1907, und das veranlaßte Churchill zu seiner Bemerkung, dieser Vorgang allein würde „die deutsche Regierung berechtigt haben, den Vereinigten Staaten den Krieg zu erklären".

Weit davon entfernt, dies zu tun, gab Hitler der deutschen Presse am 5. September 1940 die Weisung, die in Amerika über den Verkauf der Zerstörer entstandene Debatte „nicht zu beachten"!

Den nächsten weitausholenden Schritt zum Krieg unternahm Roosevelt in den ersten Monaten 1941 mit dem Gesetz über das sogenannte Pacht- und Leihsystem. Diese Regelung trat am 11. März 1941 in Kraft: Sie gewährte England volle und zwar kostenlose Belieferung mit jeglichem Kriegsmaterial aus amerikanischer Fertigung.

Bald darauf ging es weiter „durch die Hintertür zum Krieg": Am 18. April 1941 erklärte der amerikanische Admiral King, daß die im September 1939 verkündete „Sicherheitszone" nunmehr bis zum 26. Grad westlicher Länge ausgedehnt werde. Diese Linie lag 2310 Meilen von Amerika und nur 740 Seemeilen von Europa entfernt. Das war deutlich. Daß Roosevelt entschlossen war, dem Krieg „nachzulaufen", konnte nun jedes Schulkind auf dem Globus ablesen.

Wenige Wochen später, am 7. Juni 1941, besetzten amerikanische Streitkräfte Island, befestigten diese Insel und führten von da ab regelmäßig Schiffsgeleitzüge von Amerika bis dorthin durch. Bisher hatten sich amerikanische Schiffe aus dem unmittelbaren Blockadegebiet rund um England ferngehalten und der Präsident wußte, daß Hitler seinen U-Booten nur hier „freie Jagd" gestattete. Am 20. Juni 1941 traf erstmals ein deutsches U-Boot im erklärten Kriegsgebiet ein amerikanisches Schlachtschiff an — als die deutsche U-Bootführung diese Meldung erhielt, verbot sie sofort den Angriff, trug diese Sache

aber Hitler vor. Dieser bestätigte das Verbot und befahl, daß auch im Seekriegsgebiet um England Angriffe nur gegen einwandfrei als feindlich erkannte, keinesfalls gegen amerikanische Kriegsschiffe gerichtet werden dürften. Dönitz sagt mit Recht, daß jetzt infolge der Vermischung amerikanischer Seestreitkräfte mit englischen für die deutsche U-Boot-Kriegführung ein Zustand erreicht war, „der in einem Krieg einmalig war".

•

Am 30. Oktober 1940 hatte der Präsident in der Sorge um seine zweite Wiederwahl den amerikanischen Eltern noch verkündet:

„Da ich zu Euch Vätern und Müttern rede, gebe ich nochmals diese Versicherung; ich habe dies schon öfters gesagt, aber ich wiederhole und wiederhole es: Unsere Jungens werden nicht in einen fremden Krieg geschickt werden."

Als er nach solchen Beschwörungen erneut gewählt war, hat er diese Art von Kundgebungen nicht mehr wiederholt, aber es war klar genug, daß ein Kriegseintritt ohne die bisher fehlende Bereitschaft des amerikanischen Volkes nicht gewagt werden konnte, ganz abgesehen von der verfassungsmäßigen Schwierigkeit, die darin lag, daß der in seinen Entscheidungen sonst so unabhängige Präsident für den Sonderfall einer Kriegserklärung die Zustimmung des Kongresses benötigt.

Allen jahrelangen Bemühungen zum Trotz waren Öffentlichkeit und Parlament mißtrauisch geblieben. Ein durch und durch Roosevelt-freundlicher amerikanischer Historiker Professor A. Bailey stellt fest: „Das Land war in überwältigender Mehrheit gegen einen Kriegseintritt buchstäblich bis zum Tag von Pearl Harbor" und der berühmte Ozeanflieger Lindbergh hatte zu Roosevelts Ärger noch am 24. April 1941 erklärt:

„Uber hundert Millionen Menschen unseres Landes sind gegen den Eintritt in den Krieg. Wenn die Grundsätze der Demokratie irgend etwas zu besagen haben, so ist das Grund genug für uns, draußen zu bleiben!"

Der frühere Präsident Hoover erhob ebenfalls seine warnende Stimme:

„Die Erfahrung lehrt, daß Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie den Völkern nicht durch Schlachten aufgezwungen werden können."

Senator Nye, der 1936 den Nye-Ausschuß zur Untersuchung des amerikanischen Eintritts in den Ersten Weltkrieg geleitet hatte, prangerte Roosevelts Politik mit geradezu brutaler Deutlichkeit an (27. April 1941):

„Wir werden von denselben Mächten zum Narren gehalten, die uns im Weltkrieg zum Narren gehalten haben... Wenn wir je in diesen Krieg verwickelt werden, so wird er von den künftigen Geschichtsschreibern nur mit einem Namen bezeichnet werden. ‚Der Krieg des Präsidenten', weil jeder seiner Schritte seit seiner Rede in Chicago auf den Krieg hinlenkte."

Es gab für Roosevelt wachsende Widerstände auch in den Reihen der eigenen Partei, und die letzte Änderung der Neutralitätsgesetze konnte im November 1941 im Repräsentantenhaus nur dadurch zur Annahme gebracht werden, daß eine Reihe von widerspenstigen Abgeordneten wenigstens zum Fernbleiben von der Abstimmung veranlaßt werden konnten.

Das geschah in einer Zeit, in der amerikanische Zerstörer auf Befehl des Präsidenten bereits Jagd auf deutsche U-Boote machten.

24/169—174, 180f.

•

Joachim von Ribentrop schreibt:

Wir verfolgten kein anderes Ziel, als die USA aus dem Kriege herauszuhalten.

Diese Politik erforderte auf deutscher Seite ein Übermaß von Zurückhaltung. Obwohl uns ganz klar war, daß die englisch-französische Kriegserklärung am 3. September 1939 auf Roosevelts Druck erfolgt war, antworteten wir auf keine der zahllosen Provokationen, die ich nur in Stichworten in die Erinnerung zurückrufe: Kriegsmaterialliefe rungen größten Stils an England, Wirksamkeit amerikanischer Flieger in der britischen Luftwaffe, Abgabe von 50 Zerstörern an England, Besetzung Islands, Schließung der deutschen Konsulate, endlich der berüchtigte Schießbefehl Roosevelts an amerikanische Schiffe gegen deutsche U-Boote. Die Lage der deutschen U-Bootkommandanten wurde dadurch äußerst schwierig. Trotzdem blieb die deutsche Zurückhaltung, von deren Richtigkeit ich den Führer immer wieder überzeugen konnte, unabänderlich bestehen.

Selbst als amerikanische Schiffe deutsche U-Boote angriffen und Großadmiral Raeder wiederholt bei Hitler vorstellig wurde, hielt ich es für meine Aufgabe, jede Änderung der deutschen Politik gegenüber den USA zu verhindern, zumal Deutschland keine divergierenden Interessen zu Amerika hatte. Um den Konflikt zu vermeiden, wurde auf keine Provokation geantwortet.

4/251f.

Stalin greift zu: Polen, Baltikum, Bessarabien, Bukowina

In seinen entscheidenden politischen Entschlüssen, die schließlich zum Kriege mit Rußland führten, wurde Hitler durch seinen Respekt

vor der Persönlichkeit und der Energie Stalins wohl eher bestärkt als zurückgehalten. Der Georgier erwies sich vom ersten Tage an als ein zäher und zielbewußter Partner. Schon die öffentliche Begründung für die Mitte September 1939 erfolgende Moskauer Kriegserklärung an Polen war wenig schmeichelhaft — der Kreml tat so, als ginge es darum, Ukrainer und Weißrussen vor deutscher Besetzung zu beschützen. Angesichts des vorliegenden Geheimvertrages über die Einteilung der Interessengebiete war dies eine These, die Hitler nicht als Freundlichkeit gegenüber Deutschland empfinden konnte. Stalin beeilte sich allerdings diesmal noch, ein Pflaster auf die Wunde zu legen, indem er eine bedeutende Veränderung der Interessengrenze vorschlug: nicht mehr die Weichsel, sondern der Bug sollte nun die deutsch-russische Demarkationslinie werden — um den Preis der endgültigen Beseitigung des polnischen Staates, woran sich Moskau interessiert zeigte. 14/194

•

Am 17. September 1939 hat sich Stalin nicht geniert, dem militärisch bereits besiegten Polen eine risikofreie Kriegserklärung zu überreichen. Damals hat man in London dazu geschwiegen, obwohl man vor aller Welt Polen „garantiert" hatte. 38/123

•

Es gab damals einige schlichte Gemüter, die des Glaubens waren, die britische Regierung müsse nun — da sie doch Polens staatliche Existenz garantiert habe — auch der Sowjetunion den Krieg erklären. Es zeigte sich, daß diese Sorge ganz unbegründet war und die Chamberlain-Halifax ihre Gefühle für die Polen hinreichend begrenzt hatten — nur gegen Hitler war der polnische Staat für sie wichtig. So konnte der britische Unterstaatssekretär Butler wenn auch mit einiger Verzögerung am 19. Oktober 1939 im Unterhaus die beruhigende Erklärung abgeben, es sei zwischen der polnischen und britischen Regierung vereinbart worden, daß der abgeschlossene Pakt nur gegenüber D e u t s c h l a n d wirksam sein sollte (vergl. dazu so „Das geheime Zusatzprotokoll zum britisch-polnischen Garantievertrag" Seite 168). 8/120

•

Joachim von Ribbentrop berichtet von seiner zweiten Moskau-Verhandlung Ende September 1939:

Erneut zeigte sich die Zähigkeit der Russen bei der diplomatischen Verfolgung ihrer Ziele, als Stalin und Molotow unter Verzicht auf

gewisse Gebiete in Polen (Lublin) im Gegensatz zu den im August getroffenen Abmachungen nun auch Anpruch auf Einbeziehung Litauens in die sowjetische Interessensphäre erhoben. Weil die Russen in dieser Frage ganz hartnäckig blieben, verständigte ich vom Kreml aus den Führer telefonisch. Einige Zeit später wurde ich von ihm wieder angerufen, er erklärte mir — anscheinend nicht ganz leichten Herzens — daß er einverstanden sei, Litauen mit in die russische Interessensphäre einzuschließen. Er fügte hinzu, „ich möchte ein ganz enges Verhältnis herstellen". Als ich diese Bemerkung Stalin übermittelte, meinte er lakonisch: „Hitler versteht sein Geschäft".

•

Die Sowjet-Regierung ging im Herbst 1939 sofort daran, die Baltenstaaten zu besetzen. Gerade in dem Augenblick, als ich zu meinem zweiten Besuch ankam, sah ich die baltischen Minister mit bleichen Gesichtern den Kreml verlassen — Stalin hatte ihnen kurz zuvor mitgeteilt, daß seine Truppen in ihre Länder einmarschieren würden.

Am Tage des Abschlusses unseres Grenz- und Freundschaftsvertrages schloß die Sowjetunion mit Estland, dann am 5. Oktober 1939 mit Lettland und am 10. Oktober mit Litauen militärische Beistandspakte ab. In diesen Staatsverträgen ließ sich die UdSSR das Recht einräumen, innerhalb der genannten Länder Stützpunkte für ihre Kriegsmarine und Küstenartillerie, ferner Flugplätze für ihre Luftwaffe und schließlich Standorte für ihre Land- und Luftstreitkräfte zu unterhalten.

Wenige Wochen später hat Rußland dann auch durch seinen Winterkrieg mit Finnland weitere Gebietserwerbungen erreicht. Bei dieser Auseinandersetzung standen sehr viele Deutsche — auch Adolf Hitler — mit ihren Sympathien auf Seiten der Finnen. Das war menschlich verständlich, auch ich habe Finnland in Erinnerung an die Waffenbrüderschaft des Ersten Weltkrieges mein Mitgefühl in diesem Kampfe nicht versagt, aber ich war mir doch bewußt, daß aus solcher gefühlsmäßigen Einstellung im Hinblick auf unsere Beziehungen zur Sowjetunion viele Schwierigkeiten für die deutsche Politik entstehen mußten.

Mitte Juni 1940 wurde das gesamte Litauen, auch der in der deutschen Interessensphäre liegende Teil ohne vorherige Benachrichtigung der Reichsregierung von der Sowjetunion besetzt; kurz darauf geschah das gleiche mit Lettland und Estland. Am 3., 5. und 6. August 1940 wurden Estland, Lettland und Litauen schließlich durch Beschluß des Obersten Sowjets als Bundesrepubliken in die Sowjetunion einbezogen. Die wirtschaftlichen Abmachungen Deutschlands mit diesen Staaten, die nach den Moskauer Verhandlungen nicht beeinträchtigt

werden sollten, wurden von der Sowjetregierung einseitig aufgehoben. Die drei Staaten wurden bolschewisiert, die bestehenden Regime rigoros beseitigt.

Gegen Ende des Frankreich-Feldzuges, am 23. Juni 1940, traf ein Telegramm unseres Botschafters aus Moskau ein, wonach die Sowjetunion in den nächsten Tagen die rumänische Provinz Bessarabien zu besetzen beabsichtige, und uns dies nur mitteilen wolle. Gleichzeitig gelangte ein Hilferuf des Königs von Rumänien an den Führer, der wegen des russischen Ultimatums um einen Rat bat. Adolf Hitler war damals von dem schnellen russischen Vorgehen ohne vorherige Konsultation mit uns betroffen; in Erfüllung unserer Moskauer Verpflichtungen legte er aber dem Rumänenkönig nahe, sich der Besetzung nicht zu widersetzen. Die rumänische Regierung stimmte daraufhin der Forderung der Sowjetregierung zu, mit der Bitte, ihr genügend Zeit für die Evakuierung dieses großen Gebietes zu lassen. Darauf stellte die Sowjetunion ein neues Ultimatum und begann bereits vor dessen Ablauf mit der Besetzung von Teilen der Bukowina und anschließend Gesamt-Bessarabiens bis an die Donau. Daß hierbei auch die vorwiegend deutsch besiedelte Nordbukowina, altes österreichisches Kronland, ohne jede Verabredung von den Russen mitbesetzt wurde, hat Hitler besonders überrascht. Er empfand diesen Schritt Stalins als ein Zeichen des russischen Druckes nach Westen.

4/205, 225f.

Gespräch mit Hitler, Oktober 1939

Am Montag, den 16. Oktober 1939, um 12 Uhr mittags, wurde Sven Hedin in der neuen Reichskanzlei von Hitler empfangen. Dieser Besuch vollzog sich nicht ohne Zeremoniell. Sven Hedin wurde vom Staatsminister Dr. Meissner — der schon zu Eberts und Hindenburgs Zeiten an der Spitze der Präsidial-Kanzlei gestanden hatte — bei Hitler eingeführt. Auch ein Vertreter des Auswärtigen Amtes, der damalige Legationsrat, spätere Botschafter Hewel wohnte dem Gespräch bei.

Sven Hedin brachte zunächst das Problem Finnland zur Sprache; Hitler antwortete zurückhaltend, die russischen Ansprüche an Finnland seien gemäßigt und vernünftig und sollten angenommen werden.

Sven Hedin: „Wenn es aber doch zum Krieg kommt?"

Hitler: „Ja, dann wird Deutschland strenge Neutralität bewahren."

„Und wenn sich Schweden genötigt sehen sollte, Finnland zu Hilfe zu eilen, wie würden Sie sich dazu stellen?"

Darauf Hitler: „Ich würde auch weiterhin Neutralität bewahren. Ich glaube jedoch nicht, daß eine schwedische Hilfsaktion in einem wirklichen ernsthaften Konflikt soviel bedeuten könnte."

Hitler, bisher in der Defensive gegenüber Sven Hedins besorgten Fragen, ging nun zum Angriff über: Er beklagte sich — nicht mit Unrecht — über die Haltung der schwedischen Presse. Auch in Finnland hätte man in den vergangenen Wochen angesichts der seinerzeitigen deutschen Hilfe im Jahre 1918 größere publizistische Rücksichtnahme zeigen können. Nur Dänemark habe sich seit Kriegsausbruch völlig korrekt verhalten.

Nachdem Hitler, nunmehr Herr des Gespräches, Indien und Japan gestreift hatte, kam er ausführlich auf das deutsche Verhältnis zum Westen zu sprechen. Mit Frankreich wünsche er nichts als Frieden, er habe keine Forderungen an diese Macht zu stellen. Das gleiche gelte für England. Die Aufrechterhaltung des britischen Imperiums sei auch vom deutschen Standpunkt aus wünschenswert. Aber England müsse sich damit abfinden, nicht mehr länger die Verhältnisse auf dem europäischen Festland diktieren zu können.

Hier schaltete sich Sven Hedin wieder ein: „Wenn aber" — fragte er — „Deutschland und die Westmächte ihre Kräfte in einem mehrjährigen Krieg erschöpfen, entsteht dann nicht die Gefahr, daß sich die russische Herrschaft nach Westen über den Kontinent ausbreitet und Europa bolschewisiert wird?!"

Natürlich beantwortete Hitler damals — im Oktober 1939, wenige Wochen nach seinem Pakt mit Stalin — diese Kernfrage ausweichend: Nein, eine solche Möglichkeit halte er für ausgeschlossen. Stalin habe den Gedanken einer Weltrevolution aufgegeben.

Auf Sven Hedins weitere ernste Frage, ob nicht die Hilfsquellen der Vereinigten Staaten von Nordamerika, wie im Ersten Weltkrieg so auch jetzt, zugunsten der europäischen Westmächte eingesetzt werden würden, antwortete Hitler, die Entscheidung werde fallen, bevor noch Amerika Zeit gehabt habe in den Krieg einzutreten.

21/213f.

Der Finnland-Krieg

Bald spitzte sich die finnische Frage zu: Im Vertrauen vor allem auf Unterstützung durch die Westmächte lehnte die finnische Regierung die zweifellos recht unbilligen russischen Forderungen ab, die auf Landabtretungen, u. a. von Hangö und anderen Punkte, einschlossen. Görings auf Umwegen übermittelte Mahnung — „das kann alles später korrigiert werden" — nützte in diesem Zusammenhang wenig. Moskau ließ sich durch nichts aufhalten. Die Sowjet-

regierung kündigte ihren Nichtangriffspakt mit Finnland mit sofortiger Wirkung, und unter dem lächerlichen Vorwand einiger Schüsse auf der Karelischen Enge schritt Rußland am 30. November zum Angriff. Der Finnische Winterkrieg 1939—40, „der Krieg der hundert Tage" hatte begonnen.

Es ist hier nicht der Platz, die Geschichte dieses Krieges zu schreiben. Die Sowjetunion wurde zwar als „Angreifer" aus dem Völkerbund ausgeschlossen, doch imponierte dies niemand (und war schon wenige Jahre später — während des Nürnberger Prozesses — völlig vergessen!).

Daß die Absicht Rußlands dahin ging, Finnland als selbständigen, westlich orientierten Staat zu vernichten, wurde unzweifelhaft, als von Moskau aus eine finnische kommunistische „Regierung" unter der Leitung des alten finnischen Kommunisten Kuusinen organisiert wurde und ihren Sitz in Finnisch-Karelien nahm. Das finnische Volk nahm den Kampf mit allen Kräften auf; er wurde eine Zeitlang mit unerwartetem Erfolg geführt.

In jenen Monaten hielt der große Krieg gewissermaßen noch den Atem an — England und Frankreich hatten zwar Deutschland den Krieg erklärt, aber gekämpft, erbittert gekämpft, wurde nur in Finnland.

Zehn Wochen lang focht dieses kleine Land unter schweren Opfern und mit verzweifelter Tapferkeit gegen eine gewaltige Übermacht. Finnland mußte nahezu allein kämpfen. Zwar ließ Schweden dem Land eine umfassende materielle Hilfe angedeihen, ja es lieferte unter Außerachtlassung seiner strikten Neutralität sogar Waffen; schwedische Freiwilligen-Verbände übernahmen allmählich Teile der finnischen Nordfront. Wäre der Kampf weitergegangen, dann hätte sich Schwedens unmittelbarer Kriegseintritt vermutlich nicht vermeiden lassen. Es war natürlich vorauszusehen, wie das Drama trotz aller persönlicher Überlegenheit der Skandinavier, vor allem in den Waldkämpfen, enden mußte.

Aus dem Westen erfuhr Finnland zwar wortreiche, aber nur platonische Sympathiebezeugungen. Weder England noch Frankreich hatten Lust, wegen Finnland in einen Krieg mit Rußland verwickelt zu werden, dagegen wuchs hier das Interesse, unter dem Vorwand einer Finnlandhilfe die schwedischen Erzfelder in Lappland und den Hafen von Narvik zu besetzen.

Umgekehrt dürfte die Lage ähnlich gewesen sein: Auch Stalin schreckte seinerzeit davor zurück, um Finnlands willen in einen großen Konflikt zu geraten. Vergeblich hatten die Finnen daher nicht gekämpft. Ohne den heroischen Widerstand, den Finnland leistete, und seine dadurch bewiesene militärische Leistungsfähigkeit

wäre das Land okkupiert worden und dem gleichen Schicksal verfallen wie Estland, Lettland und Litauen. Die schweren Opfer des Winterkrieges retteten, was sich weltpolitisch gesehen von der nationalen Freiheit Finnlands retten ließ — eine Tatsache, die auch nach allem, was später eintrat, Geltung behielt.

Solange die Kämpfe in Finnland andauerten, waren die Aussichten hoffnungslos genug: Das finnische Viermillionenvolk allein gegen die gewaltige Übermacht der Sowjetunion!

Die besondere Schwierigkeit der Lage bestand darin, daß die gegebene Schutzmacht Finnlands, das Deutsche Reich, durch den Pakt mit der Sowjetunion gerade in dieser Frage gebunden war, obgleich die Sympathien des deutschen Volkes zweifellos den finnischen Kämpfern galten ...

Sven Hedin wußte, wie sehr der deutschen Regierung damals die Hände gebunden waren, und er kannte die Gründe. Er war aber auch davon überzeugt — und seine Vermutung erwies sich später als richtig — daß Rußland durch seine kriegerische Aktion gegen Finnland weit über die geheimen Klauseln des deutsch-russischen Vertrages hinausgegangen war, und daß die zur Schau getragene Gleichgültigkeit der deutschen Regierung gegenüber dem unglücklichen Schicksal Finnlands einer Zwangslage, nicht aber einer Überzeugung entsprach. 21/216—218

Der sowjetische Aufmarsch

Joachim von Ribbentrop berichtet:

Im Frühherbst 1940 erhielt der Führer Nachrichten über zunehmende sowjetrussische Truppenstationierungen entlang der Grenze von Ostpreußen, in Polen und in Bessarabien. Danach sollten allein vor Ostpreußen 22 sowjetische Divisionen stehen, ferner starke Truppenmassen auch im östlichen Polen und in Bessarabien 30 russische Korps. Nach Beendigung des Frankreich-Feldzuges hat mich Hitler zum ersten Male über solche Symptome dieser einem befreundeten Staat gegenüber immerhin ungewöhnlichen Machtentfaltung unterrichtet. Ich habe mich bemüht, ihn zu beruhigen. Er ging damals auch nicht weiter auf die Frage ein und sagte mir nur, ich möge ein wachsames Auge auf die Dinge haben.

Ende August 1940 besuchte mich Generalfeldmarschall Keitel in Fuschl und sprach mich auf die russische Frage an. Der Führer habe

auch mit ihm über eine mögliche Bedrohung durch die Sowjetunion gesprochen. Ich habe Keitel, der hinsichtlich einer Auseinandersetzung mit Rußland militärische Bedenken hatte, zugesagt, ich werde beim Führer alles tun, um von unserer Seite die guten Beziehungen zur Sowjetunion aufrechtzuerhalten.

Einige Zeit später hatte ich über die russische Frage eine erneute Unterredung mit Adolf Hitler im neuen Führerbau in München. Er war sehr erregt. Neue Nachrichten über Truppenbewegungen auf der russischen Seite waren eingetroffen. Der Führer erwähnte auch Meldungen über sowjetische Absichten auf dem Balkan. Außerdem hatte er Polizeimeldungen über zunehmende Tätigkeit kommunistischer Agenten in deutschen Fabriken vorliegen. Zum erstenmal äußerte er sich sehr heftig über von ihm vermutete Absichten der Sowjetunion. Er erwog die Möglichkeit, daß Stalin den Pakt mit uns überhaupt nur in der Annahme eines langen Krieges im Westen abgeschlossen habe, um uns erst wirtschaftliche und dann politische Bedingungen diktieren zu können.

Meines Erachtens war Adolf Hitler damals schon längere Zeit von gewissen Kreisen, auch der Partei, dahingehend beeinflußt worden, daß die deutsch-russische Freundschaftspolitik Nachteile und Gefahren für Deutschland im Gefolge haben könnte. Auch von militärischer Seite muß auf ihn ein gewisser antirussischer Einfluß ausgeübt worden sein, der sich vor allem im Zusammenhang mit dem finnischen Krieg in dem Sinne geltend machte, daß wir Finnland aus militärisch-strategischen Gründen nicht preisgeben dürften. Hitler gewöhnte sich daran, in seinem Kreis fast demonstrativ von den „tapferen Finnen" zu sprechen. Da die Sowjets in der Finnlandfrage nach unserem Vertrag im Recht waren, war die Einstellung des Führers außenpolitisch ausgesprochen unbequem. Andererseits war Rußland mit seinem Druck auf Rumänien, der sich auch in der Frage der Donaukommission unerfreulich bemerkbar machte, zweifellos im Unrecht.

Die großen sowjetischen Truppenkonzentrationen in Bessarabien erfüllten Adolf Hitler auch wegen der weiteren Kriegführung gegen England mit ernster Besorgnis, denn wir konnten auf das für uns lebenswichtige rumänische Öl unter keinen Umständen verzichten. Machte Rußland hier einen Vorstoß, so waren wir für die weitere Kriegführung vom guten Willen Stalins abhängig. Solche Perspektiven mußten natürlich Hitlers Mißtrauen gegenüber der russischen Politik erwecken. Er sagte mir bei jener Unterredung in München, daß er nun auch seinerseits militärische Maßnahmen in Erwägung ziehen werde, da er nicht die Absicht habe, sich vom Osten her überraschen zu lassen. 4/228f.

Bereits am 20. November 1939 fiel ausländischen Beobachtern in Moskau auf, daß ein an Stalin gerichtetes Telegramm einer Veteranenorganisation in den Zeitungen veröffentlicht wurde, in dem von „kommenden Schlachten mit den kapitalistischen Raubvögeln" die Rede war. Der Moskauer „Times"-Korrespondent beurteilte den Vorgang schon damals als „propagandistische Vorbereitung für eine sowjetische Intervention im Krieg" (Times, London 21. 11. 39). Dem polnischen General Anders, der im Frühjahr 1940 im Moskauer Lubjanka-Gefängnis gefangen gehalten wurde, sagten die dortigen Vernehmungsbeamten: „Glauben Sie nicht, daß wir echte Freunde Deutschlands sind. Wir hassen nur die Engländer noch mehr. Aber, sobald die Deutschen geschwächt sind nach der Niederlage Frankreichs und Großbritanniens werden wir antreten (push forward) und ganz Europa besetzen". Aus dem September 1940 berichtet General Anders:

„Mehrmals hatten mir NKWD-Beamte offen erklärt, daß die Sowjetunion nur auf den Zeitpunkt warte, in dem die westlichen Mächte sich weißgeblutet haben, um dann zu intervenieren und die Sowjetordnung in Europa einzuführen. Diese Bemerkungen beschäftigten mich lebhaft und ich kam zum Schluß, daß meine Vermutung, zwischen Deutschland und den Sowjets müsse sehr bald Krieg ausbrechen, wohl begründet war."

Inzwischen sind auch die genauen Daten des russischen und deutschen Aufmarsches an der damaligen Demarkationslinie untersucht worden. Dabei ergab sich, daß die vielfach vertretene Ansicht, die sowjetische Truppenkonzentration sei eine Folge der deutschen gewesen, im tatsächlichen historischen Ablauf keine Stütze findet. Stalin begann seine militärischen Vorbereitungen in Westrußland bereits zu einem Zeitpunkt, in dem Hitler noch keineswegs zum Angriff auf die Sowjetunion entschlossen war. Auch in der Endphase zeigte der Verlauf des Aufmarsches eine beachtliche zahlenmäßige Unterlegenheit auf deutscher Seite. So waren Ende April 1941 erst 56 deutsche Divisionen im Osten bereitgestellt, auf russischer Seite zu diesem Zeitpunkt dagegen bereits 106 Divisionen. Anfang Juni hatte sich die Zahl der deutschen Divisionen auf 93 vermehrt, die der russischen auf 131. 30/123f.

Die amerikanische Zeitschrift „Saturday Evening Post" veröffentlichte am 13. 5. 1950 eine Darstellung des früheren sowjetischen Generals Alexei Markoff. Danach ordnete Stalin nach der Niederlage Frankreichs im Sommer 1940 „Kriegsvorbereitungen gegen Deutschland an, weil Hitler zu schnell gewann". Markoff hatte im Frühjahr 1941 ein Truppenkommando an der russischen Westgrenze. Auf seine

Frage, wieviel Zeit ihm für die Kampfausbildung seiner Mannschaften zur Verfügung stehe, erhielt er vom sowjetischen Generalstab die Antwort: „Bis Herbst; wir sind noch nicht fertig. Wir werden losschlagen, sobald es für uns günstig ist" (We will strike when convenient for us). 24/181

- Ribbentrop über den sowjetisch-finnischen Winterkrieg 4/226, 229
- Anzeichen sowjetisch-englischer Annäherung 1940/41 4/237, 245
- Brief Ribbentrops an Stalin 13. 10. 1940; Einladung an Molotow zu einem Besuch in Berlin 4/230f.
- Molotow-Besuch in Berlin 12.—14. 11. 1940; sowjetisches Interesse an Bulgarien und die Türkei von Hitler mit Zurückhaltung aufgenommen; Ribbentrops Bericht 4/231—235
- Aussprache Ribbentrop-Hitler im Dezember 1940: Hitler befürchtet russische Kontrolle der rumänischen Ölgebiete und erachtet es als „unmöglich", den Sowjets Stützpunkte an den Dardanellen zuzubilligen 4/235f.
- Hitler zu Sven Hedin am 5. 12. 1940: Finnland könne sich nun im Gegensatz zum Winterkrieg „völlig sicher fühlen" 21/229
- Hitlers Plan „Seelöwe" (Landung in England) im Juli-August 1940 vorbereitet, im Hinblick auf den Sowjet-Aufmarsch und die USA-Kriegsdrohung aufgegeben 5/98—105

Putsch in Belgrad

Über den Inhalt des politischen Gesprächs mit Molotow hat Hitler am 22. Juni des darauffolgenden Jahres die bekannte dramatische Schilderung gegeben, die sich in neueren Veröffentlichungen bestätigt. Hitler scheint keine Bedenken gehabt zu haben, die sowjetische Expansion in Richtung Persischer Golf oder Indien zu ermuntern, aber er weigerte sich abrupt, die Moskauer Wünsche bezüglich der Dardanellen, des Balkans und des Mittelmeeres auch nur zu diskutieren. In späteren Äußerungen ging Hitler nicht auf Einzelheiten ein, aber er sprach manches Mal von den ‚unerfüllbaren Forderungen Stalins', die Molotow vorgetragen habe.

Wenige Monate nach dem Molotow-Besuch begannen bereits die beiderseitigen Truppenaufmärsche die Weltdiskussion zu beschäftigen. Auch Stalin ließ keinen Zweifel mehr, daß er die Absicht hatte, die Wege der deutschen Politik zu kreuzen. Nur m i t Berlin konnte er in die Ostsee vorstoßen, Ostpolen und Lemberg gewinnen, aber nur g e g e n Hitler konnte der alte russische Traum der Durchdringung des europäischen Südostens Gestalt gewinnen.

Ein entscheidender Schritt auf diesem Wege war der sog. Belgrader Putsch in den letzten Märztagen 1941. Bekanntlich wurde dort die

Regierung Zwetkowitsch, die wenige Tage vorher in Wien den Beitritt zum Drei-Mächte-Pakt vollzogen hatte, von dem General Simowitsch gestürzt, Prinzregent Paul abgesetzt und der minderjährige König Peter zum sofortigen Regierungsantritt veranlaßt. Dieser dramatische Vorgang, der uns in Berlin völlig überraschte und über den wir zunächst nur ganz spärliche Nachrichten auf dem Wege über Sofia erhalten konnten, hatte ebenso interessante Hintergründe wie schwerwiegende Folgen. Hier zeichnete sich — wenigstens politisch — bereits die alliierte Front ab, wie sie dann im zweiten Abschnitt des Krieges offen in Erscheinung trat.

Kurz vor dem Putsch hatte Präsident Roosevelt den damaligen Oberst, späteren General Donovan als Sondergesandten in die Balkanländer gesandt, um dort den Widerstand gegen die deutsch-italienische Politik zu ermuntern und zu einer Art Blockbildung anzuregen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß auch die Moskauer Politik in diesem Raume eine ähnliche Tendenz, wenn auch mit anderen Fernzielen verfolgte.

Die Auswirkungen der Belgrader Ereignisse waren nicht minder bedeutsam als ihre Hintergründe. Der durch den Simowitsch-Putsch veranlaßte Feldzug gegen Jugoslawien hat, wie wir heute wissen, den Beginn der deutschen Operationen gegen Rußland um mehrere bedeutungsvolle Wochen verzögert und die für dieses gewaltige Unternehmen so wichtige Sommer- und Herbstperiode um einen vielleicht entscheidenden Zeitraum verkürzt.

Eine Episode der Belgrader Putschtage verdient festgehalten zu werden: Noch am Nachmittag vor dem deutschen Angriff auf Jugoslawien verbreitete Tass (die sowjetamtliche Presseagentur) eine Meldung über den Abschluß eines Freundschafts- und Beistandspaktes der Sowjetunion mit Simowitsch. Dieser Vertrag (der die Beteiligung Moskaus an dem Belgrader Putsch offenkundig machte) hätte angesichts des deutschen Angriffes den casus belli zwischen Deutschland und der Sowjetunion bedeuten müssen, wenn sich Stalin nicht eine kleine, aber wichtige Hintertüre offen gelassen hätte: Das Inkrafttreten des Vertrages wurde — wie üblich — vom Austausch von Ratifikationsurkunden abhängig gemacht, es wurde aber bemerkenswerter Weise ausdrücklich bestimmt, daß dieser Vorgang in B e l g r a d stattfinden solle. Da die jugoslawische Hauptstadt bereits zwei Tage später in deutscher Hand war, ist der Vertrag juristisch nicht zur Realität geworden, obgleich er einen politischen Tabestand von ernster Bedeutung bildete. Die Drohung an Hitler und der Interessenanspruch Moskaus auf den Balkanraum waren deutlich genug. Das

Problem des Berliner Kongresses von 1877 und des Juli 1914 zeichnete sich erneut vor der Weltöffentlichkeit ab. 14/197f.

Joachim von Ribbentrop berichtet:

Mir wurde die Absicht zum Angriff auf Rußland als feststehend erst nach dem Jugoslawien-Feldzug erkennbar, der am 6. April 1941 begann.

Ich befand mich in Wien, als der Führer anrief, ich möge zu ihm in seinen Sonderzug kommen, der irgendwo in der Nähe stand. Dort eröffnete er mir seinen endgültigen Entschluß, die Sowjetunion anzugreifen. Nach seinen Mitteilungen bestätigten alle ihm vorliegenden militärischen Nachrichten, daß die Sowjetunion große Vorbereitungen entlang der ganzen Front von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer treffe. Er sei nicht gewillt sich überraschen zu lassen, wenn er einmal eine Gefahr erkannt habe. Der Pakt, den Moskau mit der serbischen Putsch-Regierung Simowitsch abgeschlossen habe, sei ein ausgesprochener Affront gegenüber Deutschland und ein klares Abgehen vom deutsch-russischen Freundschaftsvertrag. Ich habe in dieser Unterredung den Empfang des Botschafters Graf Schulenburg empfohlen, der dann auch tatsächlich noch am 28. April 1941 in Wien stattfand. Ich selbst wollte unbedingt noch eine diplomatische Klärung mit Moskau versuchen. Hitler lehnte aber jetzt jeden weiteren derartigen Schritt entschieden ab und verbot überhaupt, mit irgend jemand über diese Angelegenheit zu sprechen; alle Diplomatie werde an der ihm klar gewordenen russischen Haltung nichts mehr ändern, sie könne ihm aber bei einem Angriff das wichtige taktische Überraschungsmoment nehmen. Er bat mich, nach außen eine klare Haltung in seinem Sinne einzunehmen und sagte mir, das Abendland werde eines Tages verstehen, warum er die sowjetischen Forderungen abgelehnt habe und gegen den Osten vorgegangen sei ...

Hitler war bekanntlich schon seit etwa 1938 der Überzeugung, daß England und Amerika gegen uns in den Krieg treten würden, sobald sie genügend aufgerüstet seien. Er befürchtete, daß beide Mächte sich mit Rußland verbünden würden und Deutschland dann eines Tages gleichzeitig einem Angriff von Osten und Westen ausgesetzt sein werde, wie dies schon einmal 1914 geschehen war. Im Laufe des Jahres 1940 sind ihm diese früheren Besorgnisse erneut gekommen, er hielt es für möglich, daß Rußland auf Grund seiner wiederaufgenommenen Verhandlungen mit England uns zu gleicher Zeit mit einer englisch-amerikanischen Offensive angreifen werde. Der gleichzeitige Einsatz des Gesamtpotentials von Amerika und Rußland erschien ihm als furchtbare Gefahr für Deutschland. Die große Sorge des Führers bestand darin, im weiteren Verlauf des Krieges in eine

Ost-West-Zange, in einen menschen- und materialzersplitternden Zweifrontenkrieg gigantischen Ausmaßes verwickelt zu werden. Er hoffte, sich im Osten Luft verschaffen zu können bis zu dem Zeitpunkt, in dem das englisch-amerikanische Potential im Westen zum Einsatz kommen würde.

Dies war die wichtigste Überlegung Adolf Hitlers, wie er sie mir nach Beginn des russischen Krieges 1941 erläutert hat. Er hat sich zum Angriff entschlossen in der Hoffnung, die Sowjetunion schon nach wenigen Monaten ausschalten zu können. Sein Irrtum über Rußlands Potential und Amerikas Hilfe war verhängnisvoll. Ganz sicher war er sich aber selbst nicht, denn er sagte mir damals ausdrücklich: „Wir wissen nicht, welche Kraft dahinterliegt, wenn wir die Türe im Osten wirklich aufstoßen müssen." 4/238—240

Wurde Stalin „überrascht"?

Es kann nicht die Rede davon sein, daß Stalin der Termin des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion unbekannt war. Er wußte sogar, daß Hitler den Angriffstermin zuerst auf den 15. Juni 1941 festgesetzt und dann nochmals verschoben hatte.

In den Kriegsjahren 1941—1945 erntete Stalin die Früchte dessen, was er seit 1925 für die kommunistische Arbeit im europäischen Bereich unermüdlich gepredigt hat; noch in den letzten Junitagen 1941 wurden die deutschen Funkabhörstellen von der Tatsache überrascht, daß sich mit einem Schlage Dutzende von Kurzwellen-Sendern, von denen man bisher nie etwas gehört hatte, im Äther meldeten und Funksprüche von sich gaben, die auch durch geschickteste Methoden nicht entziffert werden konnten. Man wußte nur, daß im Sprachgebrauch des sowjetischen Spionagedienstes Kurzwellengeräte als „Spieluhren" und Funker als „Musiker" bezeichnet wurden. So gab man diesem ganzen, aus dem Nichts aufgetauchten geheimnisvollen Orchester den einprägsamen Namen „die Rote Kapelle".

Der amerikanische Historiker David I. Dallin urteilt in seiner gründlichen Untersuchung über die Sowjet-Spionage nüchtern, daß mit dem 22. Juni 1941 „für den sowjetischen Untergrund die Zeit der Bewährung gekommen" war und daß „die Leistung des Gesamtapparates ... bemerkenswert und fast einzigartig" gewesen sei.

Das war in der Tat der Fall. Der Kreml erhielt nicht nur den Zeitpunkt des deutschen Angriffes schon Tage vorher mitgeteilt, er wurde in der Folgezeit über nahezu jede wichtige Maßnahme der deutschen Kriegführung mit einer Gründlichkeit unterrichtet, für die es in der

bisherigen Geschichte der Kriegsspionage kein vergleichbares Beispiel gibt.

*

Die Legende, Stalin sei „überrascht" worden, wird sogar durch Veröffentlichungen aus den Tagen vor dem Ausbruch des Rußlandkrieges widerlegt. Das sowjetamtliche Tass-Büro gab bereits am 13. Juni 1941 die „Einberufung russischer Reservisten" zu (vgl. „Times", London 14. 6. 1941).

In ihrer Ausgabe vom 21. Juni 1941 berichten die Londoner „Times":

„Gestern beschäftigte sich der Moskauer Rundfunk mit den sowjetischen militärischen Vorbereitungen (‚soviet military preparations'). Der Sprecher erklärte, daß in vielen Teilen der Sowjetunion Manöver abgehalten werden. In ihnen werden die Lehren des sowjet-finnischen Krieges und des deutschen Westfeldzuges berücksichtigt. Ganze Regimenter unternehmen umfangreiche Marschbewegungen durch Sumpfgegenden."

Der „Diplomatische Korrespondent" der „Times" erwähnt, daß Ortsbezeichnungen nicht genannt wurden, und er fügt vielsagend hinzu: „aber die berühmten Pripetsümpfe liegen im Westen". Außerdem wird bemerkt: „Obwohl es in Moskau ruhig zu sein scheint, wächst die Spannung in allen westlichen Gebieten der Sowjetunion." Diese verschlüsselten Mitteilungen — in London 24 Stunden vor dem deutschen Angriff veröffentlicht — berichten deutlich genug von der voll im Gang befindlichen, wenn nicht bereits abgeschlossenen Mobilisierung.

Bereits am 8. Mai 1941 hatte der gleiche „Diplomatische Korrespondent" der „Times" die damals erfolgte demonstrative Übernahme der Ministerpräsidentschaft durch Stalin (der bis dahin kein offizielles Regierungsamt bekleidete) mit der treffenden Bemerkung kommentiert: „Stalin hat damit das Deck freigemacht für schnelle Entscheidungen unter seiner direkten Verantwortlichkeit."

*

Als mit Hitlers Angriff der seit 1933 zu erwartende deutsch-sowjetische Krieg ausbrach, befand sich Stalin hinsichtlich seiner Verteidigung in vorteilhafter Lage: Seine seit 1928 systematisch gerüstete Armee hatte während des bisherigen Kriegsverlaufes „Gewehr bei Fuß" gestanden, die amerikanische Versorgung war ihm sicher, durch einen in der bisherigen Weltgeschichte einzigartig dastehenden Nachrichtendienst war er über die Absichten seines Gegners nicht nur im

allgemeinen, sondern auch in allen wichtigen Einzelheiten zuverlässig und rechtzeitig informiert — so konnte er es sich leisten, den Angreifer bereits in Grenznähe zu erwarten und dort zu stellen.

Es wurde seither verschiedentlich, neuerdings sogar von sowjetischer Seite behauptet, Stalin habe die Vorbereitungen vernachlässigt. Diese Ansicht läßt sich ernsthaft nicht vertreten, man braucht nur daran zu erinnern, ein wie umfangreicher sowjetischer Truppenaufmarsch im Sommer 1941 von den vorstoßenden deutschen Armeen in Westrußland angetroffen wurde. Der französische General Guilleaume, langjähriger Militärattaché in Moskau, schätzt in seinem nüchtern militärischen Buch „Warum siegte die Rote Armee?" die Zahl der den angreifenden Deutschen anfänglich entgegenstehenden sowjetischen Divisionen auf „nur einhundertfünfzig", da am 22. Juni „die sowjetische Mobilmachung und Zusammenziehung noch nicht beendet" gewesen sei. 14/203, 211f.

Hitler: „Der Krieg mit Rußland war unvermeidlich geworden"

In den in England publizierten Hitler-Bormann-Aufzeichnungen finden sich die folgenden Reflexionen Hitlers zu seinem folgenschweren Entschluß, im Juni 1941 Rußland anzugreifen:

„Ich kam zu meiner Entscheidung unmittelbar nach dem Besuch Molotows in Berlin im November (1940), denn damals wurde mir klar, daß Stalin uns früher oder später fallen lassen und zum Feind übergehen würde. Hätte ich Zeit gewinnen sollen um unsere Vorbereitungen besser zu vervollständigen? Nein — wenn ich das getan hätte, würde ich die Initiative aus der Hand gegeben haben; und nochmals nein: denn die knappe und gefahrvolle Atempause, die wir gewonnen hätten, wäre uns teuer zu stehen gekommen. Wir hätten uns den sowjetischen Erpressungen hinsichtlich Finnlands, Rumäniens, Bulgariens und der Türkei unterwerfen müssen. Das kam natürlich nicht in Frage. Das Dritte Reich als Verteidiger und Schirmherr Europas hätte diese befreundeten Länder nicht auf dem Altar des Kommunismus opfern können. Ein solches Verhalten würde ehrlos gewesen sein und wir wären dafür bestraft worden. Sowohl vom moralischen wie vom strategischen Gesichtspunkt aus wäre das ein miserables Spiel gewesen. Der Krieg mit Rußland war unvermeidlich geworden was immer wir taten; und ihn zu verschieben konnte nur bedeuten, daß wir später unter weit weniger günstigen Bedingungen zu kämpfen hatten. Deshalb entschied ich mich bald nach Molotows Abreise, mit Rußland abzurechnen, sobald die Wetterlage das erlauben würde."

An anderer Stelle äußerte Hitler zum gleichen Thema gegenüber Bormann:

„Das Verhalten der Russen während des Sommers 1940, die Tatsache, daß sie die baltischen Staaten und Bessarabien geschluckt hatten, während wir im Westen beschäftigt waren, erlaubte mir keine Illusionen über ihre weiteren Absichten. Und wenn ich noch solche gehabt hätte, so würde Molotows Besuch im November ausgereicht haben, sie zu vertreiben ... Stalin, dieser unvergleichliche und unerschütterliche Erpresser, versuchte nur Zeit zu gewinnen, um seine vorgeschobenen Positionen in Finnland und am Balkan zu konsolidieren. Er versuchte, mit uns Katze und Maus zu spielen.

Die Tragödie war — von meinem Blickpunkt aus — von der Tatsache bezeichnet, daß ich nicht vor dem 15. Mai angreifen konnte und daß ich, wenn ich mit meinem ersten Ansturm Erfolg haben sollte, nicht später als zu diesem Termin angreifen mußte. Stalin allerdings hätte seinen Angriff früher ansetzen können ..."

Vorher hatte Hitler über die Möglichkeit eines Sieges in diesem Kampf bemerkt:

„Unsere absolut einzige Chance, Rußland niederzuwerfen war, die Initiative zu ergreifen. denn einen Defensiv-Krieg gegen die Sowjet-Union zu führen, war gar nicht möglich. Wir konnten es nicht wagen, der Roten Armee die Vorteile des Geländes zu überlassen, ihr unsere Autobahnen für ihre schnellen Verbände und unser Eisenbahnnetz für ihren Nachschub einzuräumen. Aber wenn wir die Offensive ergriffen, dann konnten wir die Rote Armee in ihrem eigenen Bereich schlagen, in den Sümpfen und in den weiten und schlammigen Flächen; in einem durchzivilisierten Land konnten wir das nicht ...

Warum 1941? Weil angesichts der stetig wachsenden Macht unserer westlichen Feinde, wir — wenn wir überhaupt handeln wollten — das mit geringst möglicher Verzögerung tun mußten. Auch Stalin war nicht untätig! An beiden Fronten war der Faktor Zeit gegen uns. Deshalb war die wirkliche Frage nicht: ‚Warum schon am 22. Juni 1941', sondern eher ‚warum nicht schon früher?' Wären nicht die Schwierigkeiten gewesen, die uns die Italiener und ihr idiotischer Feldzug in Griechenland bereitet haben, würde ich Rußland einige Wochen früher angegriffen haben. Für uns war das Hauptproblem, die Russen solange wie möglich zurückzuhalten und mein persönlicher Angsttraum war die Furcht, daß Stalin die Initiative ergreifen würde, bevor ich dazu in der Lage war." 38/41f.

- Das Wirken der „Roten Kapelle" und anderer sowjetischer Spionageorgane 1941—1945; ihre Verbindung zur innerdeutschen Opposition 14/203—211

Was sich zunächst vollzog, war ein dramatischer moralischer Zusammenbruch einer Riesenarmee — nicht weniger als anderthalb Millionen sowjetischer Soldaten streckten innerhalb eines Vierteljahres die Waffen, ohne daß es irgendwo zu einer formellen Kapitulation größerer Truppenkörper gekommen wäre (wie das bei Hitlers „Blitzkriegen" 1939—40 vielfach der Fall gewesen ist). In dieser Hinsicht steht der deutsche militärische Angriffserfolg des Sommers 1941 in der Kriegsgeschichte einzig da.

Alle Funksprüche über Hitlers operative Geheimnisse nützten dem sowjetischen Oberkommando damals nicht das geringste — das Problem bestand einfach darin, daß der russische Soldat in diesen Wochen (sehr im Gegensatz zu später) nicht willens war, sich rückhaltlos für das Regime, dem er zu dienen hatte, einzusetzen.

Der von Lenin verkündete „neue Glaube" versagte völlig, die große Krise des Marxismus hatte eingesetzt: in den riesigen Kesselschlachten von Minsk, Uman, Kiew, Wjasma und Briansk zerstob die Botschaft „Proletarier aller Länder vereinigt Euch".

Auf deutscher Seite hatte sich der Beweis der Nichtigkeit der Theorien des Karl Marx schon vorher vollzogen: Es läßt sich nicht in genauen Zahlen berechnen, wieviele der etwa drei Millionen deutschen Soldaten, die im Morgengrauen des 22. Juni 1941 von Ostpreußen bis Bessarabien gegen die Sowjetunion antraten, noch wenige Jahre vorher fanatische Gefolgsleute des Bolschewismus gewesen sein mögen. Da die KPD in ihrem letzten Erfolgsstadium sich vor allem auf Erwerbslose und damit — da die Arbeitslosigkeit natürlich die jungen Jahrgänge stärker als die älteren erfaßte — vor allem auf Jugendliche stützte, darf man die Zahl der deutschen Soldaten, die einstmals Kommunisten waren, ohne Übertreibung auf mehrere Hunderttausend ansetzen — und doch gab es weder 1939 noch 1941, noch irgendwann später für die deutsche Wehrmacht (sehr im Gegensatz zu den Verhältnissen des Ersten Weltkrieges) ein irgendwie ernsthaftes Überläuferproblem. Karl Marx hatte nicht einmal mehr Wirkung, als Hitler den Angriff auf das einst von so vielen deutschen Arbeitern angebetete „Sowjet-Paradies" befahl! Auf beiden Seiten der Fronten hatte der Prophet Marx sein Spiel ausgespielt...

Stalin erkannte bald, was zu tun war. Er warf eilig alle marxistische Theorie in die Ecke und gab sich Rechenschaft darüber, daß er sich nur behaupten konnte, wenn er der Moral seiner Truppen eine neue Stütze schuf.

Als die deutsche Armee vor den Toren Moskaus stand, da sprach Stalin nicht mehr von „Bourgeois" und „Proletariern", sondern er

rief am 7. November 1941 auf dem Roten Platz vor dem Kreml seinen Truppen zu:

„Möge Euch in diesem Krieg das glorreiche Beispiel unserer großen Vorfahren begeistern, die da sind Alexander Neski, Dimitri Donskoi, Kuzma, Minin, Dimitri Pojarski, Alexander Suworow, Michail Kutusow!"

Drei Monate später, am 23. Februar 1942, verkündete er erneut zum „Tag der Roten Armee":

„Jeder Soldat der Roten Armee kann mit Stolz von sich behaupten, einen gerechten Krieg zu führen, einen Befreiungskrieg, einen Krieg für die Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes. Die Rote Armee verfolgt in diesem Krieg ein erhabenes Ziel, das sie Heldentaten vollbringen läßt. Deshalb erzeugt der Krieg zum Wohle des Vaterlandes bei uns Millionen von Helden und Heldinnen, die bereit sind, für die Freiheit ihres Vaterlandes zu sterben."

Das war der Tenor der sowjetischen Propaganda, als der Kampf um Sein oder Nichtsein entbrannt war.

R u ß l a n d , nicht mehr das Erbe des Karl Marx, wurde verteidigt!

14/213—215

Roosevelt: Schiffsladungen für Stalin, Schießbefehl gegen deutsche U-Boote

„Nach Ansicht der Regierung der Vereinigten Staaten ist jeglicher Kampf gegen den Hitlerismus, von welcher Seite aus er immer geführt wird, von Vorteil für unsere eigene Verteidigung und Sicherheit. Hitlers Armeen sind heute die Hauptgefahr für Nord- und Südamerika."

Dies ließ Roosevelt durch den Unterstaats-Sekretär Welles bereits am 23. Juni 1941 verkünden. Natürlich waren weder Nord- noch Südamerika jemals von deutschen Armeen bedroht — aber das waren und blieben die Formeln, mit denen Roosevelt sein Volk in den Krieg an der Seite Stalins gelockt hat. 14/202

*

Unmittelbar nach dem Beginn des deutschen Feldzuges gegen die Sowjetunion war es eine der ersten Maßnahmen Roosevelts, seinen Vertrauten Harry Hopkins nach Moskau zu senden und auch den Sowjets seine „Pacht- und Leihhilfe" anzubieten; bald standen die russischen Forderungen und ihre Erfüllung an der Spitze des Leihprogramms!

Hopkins zeichnete über sein erstes Gespräch mit Stalin am 28. Juli 1941 u. a. folgende Bemerkungen auf:

„Ich sagte Stalin, daß ich als persönlicher Beauftragter des Präsidenten käme. Der Präsident betrachte Hitler als den Feind der Menschheit und wünsche deshalb die Sowjetunion in ihrem Kampf gegen Deutschland zu unterstützen. Ich machte ihm nachdrücklich klar, daß der Präsident und unsere Regierung fest entschlossen seien, der Sowjetunion jede nur mögliche Hilfe zum frühesten Termin zukommen zu lassen."

Kaum war Hopkins aus Moskau zurückgekehrt, als Roosevelt, Churchill und ihre Stäbe sich zum „Atlantik-Treffen" versammelten, die Besetzung des neutralen Persiens zwecks Öffnung eines Nachschubweges für die Sowjets beschlossen und ein gemeinsames Ergebenheitstelegramm an Stalin richteten:

„In diesem Augenblick arbeiten wir zusammen, um Sie mit einem Maximum der von Ihnen dringendst benötigten Nachschubgüter zu versorgen. Viele Schiffsladungen haben unsere Küsten bereits verlassen und noch mehr werden unverzüglich folgen" (Roosevelt-Churchill-Botschaft an Stalin vom 12. August 1941).

Anfang September 1941 kam es dann auf dem Atlantik endlich zu dem vom Präsidenten so sehr herbeigewünschten, von Hitler in Erinnerung an den Ersten Weltkrieg so ängstlich vermiedenen Zwischenfall.

Der Vorgang wurde später von amerikanischer Seite untersucht und stellte sich danach so dar: Der US-Zerstörer „Greer" war von einem englischen Flugzeug auf ein zehn Seemeilen entfernt stehendes deutsches U-Boot aufmerksam gemacht worden; der Zerstörer nahm sofort Fahrt auf dieses Ziel, ortete es und gab nun seinerseits den Standort des U-Bootes den Engländern genau bekannt, die durch ein Flugzeug Wasserbomben werfen ließen. Das U-Boot wurde aber nicht getroffen, die „Greer" blieb ihm auf der Spur, bis der U-Boot-Kommandant nun seinerseits einen Torpedoschuß gegen den Zerstörer abschoß, der freilich ebenfalls fehlging. Es war also — wie bei der Marco-Polo-Brücke in Peking — eigentlich nichts passiert, was den Präsidenten nicht hinderte, sofort ans Mikrophon zu eilen und zu verkünden, die Handlungsweise des deutschen U-Bootes — nicht etwa die des Zerstörers „Greer"! — sei ein „Akt der Piraterie" gewesen, und es sei „kalte unerbittliche Notwendigkeit", diesen „unmenschlichen, hemmungslosen Abenteurern der Welteroberung" bewaffnet entgegenzutreten.

Am 15. September 1941 gab daraufhin der amerikanische Marineminister Knox bekannt, die USA-Flotte habe Befehl „alle Handelsstörer der Achsenmächte, gleichviel ob sie als Überwasser- oder

Unterwasser-Piraten auftreten, mit allen verfügbaren Mitteln aufzubringen oder zu zerstören".

Großadmiral Dönitz — damals noch Befehlshaber der U-Boote — bemerkt in aller Trockenheit:

„Infolge dieses ‚Schießbefehls' des amerikanischen Präsidenten befanden sich ab Anfang September 1941 die Vereinigten Staaten in der Atlantikschlacht praktisch im Kriege mit Deutschland."

Was von deutscher Seite daraufhin geschah, berichtet der Großadmiral wie folgt:

„Aus berechtigter Sorge vor weiteren Verwicklungen, die der Rooseveltsche ‚Schießbefehl' mit sich bringen würde, wandte sich Großadmiral Raeder am 17. September 1941 an Hitler. Ich hatte ihn bei dieser Besprechung zu begleiten. Der Oberbefehlshaber stellte dar, daß die deutschen Seestreitkräfte sich in einer unhaltbaren Lage befänden. Hitler blieb jedoch bei seinem Befehl, daß die U-Boote sich nur wehren dürften, wenn sie angegriffen würden."

Dieser, wie Dönitz mit Recht bemerkt, „in der Kriegsgeschichte und im Völkerrecht wohl einmalige Zustand zwischen zwei Nationen" wurde erst mit dem Kriegseintritt Japans beendet. 24/174—176

- November 1941: Geheimes amerikanisch-englisches Ultimatum an Finnland — Rückzug der finnischen Truppen von der sowjetischen Murmansk-Bahnlinie 21/238

Die Russen und die Amerikaner

Bismarck hatte Rußland „die Verwendung seiner überschüssigen Kräfte nach Osten hin" empfohlen, dem Hitler-Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister lag ein ähnliche Idee zugrunde: tatsächlich finden sich in der Geschichte des modernen Rußland manche wichtige Epochen, in denen dieses Reich seine große Aufgabe im Pionierzug nach Asien erkannte und in diesem kühnen Streben echt europäische Wesensmerkmale entwickelte und geschichtliche Leistungen vollbrachte. Von der Vertreibung der Türken bis zur Durchdringung Sibiriens und — in unserer Zeit — der kraftvollen Einflußnahme im mandschurisch-chinesischen Raum gibt es stolze russische Traditionen, die gleichzeitig entscheidende zivilisatorische Kraftentfaltungen für Europa waren und sind.

Die entgegengesetzte Richtung russischer Politik: der konzentrische Ansatz der slawischen gegen die germanischen Völker, die Bündnisse mit dem Westen zur Zermalmung Kern-Europas, die Entwicklung russischer Machtansprüche im mitteleuropäischen Raum, hat sich

freilich in den ersten fünfzig Jahren unseres Jahrhunderts als vorherrschend erwiesen. Stalin hat die Politik der panslawistischen Intriganten am Zarenhof noch ein Stück weitergetrieben: die Idee des russischen Protektorates über alle slawischen Staaten hat er in eine handfeste Besitzergreifung umgesetzt ...

Die Namen zweier Präsidenten bezeichnen die Neuorientierung der amerikanischen Politik im 20. Jahrhundert: Wilson — der Professor — griff in Europa ein in der Absicht, die Welt zu beglükken, Roosevelt — der Demagoge — tat das gleiche mit dem Ziele, sie zu beherrschen. Der Erstere ließ sich nicht ohne Widerstreben in den Krieg hineinziehen, der Letztere wirkte mit Geschicklichkeit und Leidenschaft auf dieses Ziel hin, ja sein Spiel begann längst, bevor in Europa der erste Schuß fiel. Für ihn wurde der Zweite Weltkrieg ein wirkungsvolles Verfahren, um die Kräfte der europäischen Großmächte aufzureiben und sie zum Ausverkauf ihres Welteinflusses zu zwingen. 2/26f. 43f.

*

„Was bedeutet die Neuordnung in Europa und in Asien und in welcher Weise wird hier die UdSSR eingeschaltet?" — das war vielleicht die wichtigste Frage, die Molotow an Hitler stellte und die unbeantwortet im Raume stehengeblieben war. Würde es für Moskau ein ausreichender Preis gewesen sein, Bulgarien und die Dardanellen zu erhalten, oder bot Roosevelt Verlockenderes?

Nach dem, was sich später in Teheran und Jalta ereignete, kann man zur Ansicht gelangen, daß in diesem dreiseitigen politischen Spiel des Forderns, Bietens und Überbietens Deutschland diplomatisch auch dann den Kürzeren gezogen hätte, wenn Hitler geduldiger gewesen wäre, nicht so rasch zu Mißtrauen bereit und zum Präventivkrieg entschlossen.

In den Augen der Russen waren jedenfalls die Chancen ungleich verteilt: Auf der Seite Roosevelts konnte halb Europa und fast ganz Asien gewonnen werden; die Japaner dagegen träumten von „Großostasien", Hitler vom „Germanischen Reich", warum also „Viermächtepakt"? Lieber den Krieg — wenn nicht heute so doch morgen.

Hitler wartete nicht und so endete der Kampf, der als begrenzte deutsch-polnisch-französisch-englische Auseinandersetzung begonnen hatte als russisch-amerikanischer Vernichtungskrieg inmitten Europas. 34/78

- Der japanische Angriff auf Pearl Harbour 8. Dezember 1941 24/189—191
- Die Bedeutung der japanischen Strategie für die europäische Kriegsentwicklung 24/188; 30/160—163

VERNICHTUNGSKRIEG

Churchill und der Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung

Der Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung — jenes Kriegsverbrechen, das während des Zweiten Weltkrieges die meisten und die unschuldigsten nichtkämpfenden Opfer forderte und diesem Krieg bald den Charakter eines „Vernichtungskrieges" aufprägte — hat in keinem der zahlreichen „Kriegsverbrecher"-Prozesse nach 1945 auch nur die geringste Rolle gespielt. Dafür und für den Umstand, daß die Entwicklungsgeschichte der sog. „strategischen" Luftkriegsführung zu den seit Kriegsende totgeschwiegenen historischen Tatbeständen gehört, gelten die gleichen Ursachen: es gibt hier keine Schuld f r a g e , sondern es steht außerhalb jeglichen Zweifels völlig fest, daß der Bombenkrieg gegen offene Städte und gegen die nichtkämpfende Bevölkerung von britischer Seite bewußt gewünscht und begonnen worden ist.

Im einzelnen sind zu dieser Angelegenheit folgende Tatbestände von Bedeutung:

Zu Beginn der Kampfhandlungen gegen Polen erklärte Hitler am 1. September 1939 in seiner Rede vor dem Reichstag, er beabsichtige, die Vorschläge aufrechtzuerhalten, die er früher schon hinsichtlich der Luftkriegführung gemacht habe, er wolle keinen „Kampf gegen Frauen und Kinder" führen und habe der deutschen Luftwaffe deshalb Befehl gegeben, sich bei den Angriffen auf militärische Objekte zu beschränken. Nur wenn die andere Seite sich von den Regeln humaner Kriegführung entferne, könne sie „nichts anderes erwarten, als daß wir den gleichen Schritt tun".

Hitlers angekündigter Befehl ist tatsächlich erteilt worden und bis zum Sommer 1940 in Kraft geblieben. Weder während des Feldzuges in Polen, noch in Dänemark, Norwegen, Holland, Belgien und Frankreich hat es irgendeine deutsche Luftoperation gegeben, die nicht in unmittelbarem örtlichen Zusammenhang mit einer militärischen Bewegung stand. Warschau wurde erst mit Bomben belegt, als die Stadt eingeschlossen und vom Gegner zur Festung erklärt worden war. In einer 24stündigen Frist erhielt das Diplomatische Corps und die Zivilbevölkerung Gelegenheit, die Stadt vor Beginn der mit Artilleriebeschießung verbundenen Bombardierung zu verlassen. Der Luftangriff auf Rotterdam im Mai 1940 wurde durch Befehlsirrtum ausgelöst — er fand in der falschen Annahme statt, daß die Übergabe abgelehnt sei und die Stadt erstürmt werden müsse. Ge-

genüber England galt vom ersten Kriegstag bis zum 20. Juni 1940 ein Verbot jeglichen Angriffs auf ein Landziel ohne Rücksicht darauf, ob es militärischer oder ziviler Art war.

Zunächst gab es auf britischer Seite offenbar einen ähnlichen Befehl. Daß am 4. September 1939 — am Tage nach der britischen Kriegserklärung — nachmittags um 17.57 Uhr zwei britische Bomben auf die Stadt Esbjerg abgeworfen wurden und eine dänische Frau den blutigen Reigen der Luftkriegstoten des Zweiten Weltkrieges einleitete, geht vermutlich auf einen Fehlwurf zurück. Jedenfalls entschuldigte sich die britische Regierung in Kopenhagen und leistete Schadenersatz.

Während des ganzen Herbstes und Winters 1939/40 beschränkte sich die britische Luftwaffe auf Aufklärungsflüge und Flugblattabwürfe über dem Reichsgebiet, die deutsche Luftwaffe auf Angriffe gegen Schiffsziele.

Bei einer Besprechung des britischen Premierministers Chamberlain mit dem französischen Ministerpräsidenten Daladier am 17. November 1939 (das Protokoll fiel in deutsche Hand und wurde im Weißbuch Nr. 8 des Auswärtigen Amtes veröffentlicht) wurde zwar der Plan, das Ruhrgebiet zu bombardieren (wobei es — wie Chamberlain bemerkte — „offensichtlich unmöglich wäre, den Verlust menschlichen Lebens unter der Zivilbevölkerung zu vermeiden") gründlich erörtert, die Verwirklichung jedoch im Hinblick auf das noch ungünstige Kräfteverhältnis zur deutschen Luftwaffe zurückgestellt.

Ein etwas mysteriöser Vorfall ereignete sich in den ersten Januartagen 1940. Am 10. Januar meldete das britische Reuterbüro offiziell, die RAF habe „die Insel Sylt mit Bomben belegt", während dort deutscherseits keine Einschläge beobachtet wurden. Es hatte wieder ein Fehlwurf, diesmal auf der dänischen Insel Röm stattgefunden. Schließlich wurden in der Nacht zum 12. Januar in der Nähe der Stadt Westerland doch noch drei britische Sprengbomben abgeworfen, allerdings richteten sie keinen Schaden an. Das waren die ersten Bombenabwürfe auf deutsches Gebiet im Zweiten Weltkrieg; das deutsche Oberkommando nahm von dem Vorfall nicht ernstlich Notiz und zog keine Schlußfolgerungen daraus. Es blieb beim Verbot, Bodenziele auf der britischen Insel anzugreifen, allerdings kam es am 16. März 1940 bei einem Luftangriff auf Kriegsschiffe in der Bucht von Scapa Flow auch auf deutscher Seite zu einem Fehlwurf, bei dem ein Arbeiter auf einem britischen Flugplatz getötet wurde. Die Gesamtanlage des Angriffs machte es aber auch für den Gegner erkennbar, daß es sich um Irrtum handelte.

Am 20. März erfolgte dann von britischer Seite ein nächster, bedenklich weiterführender Schritt mit einem Angriff auf den Hindenburgdamm, der Sylt mit dem Festland verbindet: der Damm blieb unbeschädigt, aber dafür wurde zum ersten Mal ein Wohnhaus zerstört. Als dann — einen Monat später, in der Nacht zum 24. April 1940 — neuerliche Bombenabwürfe auf den Badeort Wennigstädt und auf die Stadt Heide in Holstein stattfanden, sah sich das Oberkommando der Wehrmacht erstmals zu einer am 25. April veröffentlichten warnenden Erklärung veranlaßt, daß die deutsche Fliegertruppe noch den strikten Befehl habe, „offene Feindstädte ohne militärische Bedeutung nicht anzugreifen". Nach einer genaueren Untersuchung der Bombenangriffe auf Wennigstädt und Heide wurde am 26. April von deutscher Seite festgestellt, daß die Feindseite „den Luftkrieg gegen unverteidigte Orte ohne jede militärische Bedeutung eröffnet" habe. Trotzdem verblieb es auch weiterhin und während des Frankreichfeldzuges bei den bisherigen Befehlen für das Verhalten der deutschen Luftwaffe und bei dem Verbot jeglichen Angriffes auf Bodenziele in England.

Der — von den genannten Zwischenfällen abgesehen — seit September 1939 bestehende „Luftkriegsfriede" wurde einseitig von britischer Seite beendet, als Churchill britischer Premierminister geworden war. Am 27. Januar 1940 hatte er — damals noch Erster Lord der Admiralität — in einer Rede in Manchester die erstaunliche Bemerkung gemacht:

„Viele Leute wundern sich, daß Großbritannien von der deutschen Luftwaffe noch nicht angegriffen worden ist. Auch ich selbst habe mir diese Frage oft gestellt"

— als er Regierungschef geworden war zögerte er keinen Tag, nun seinerseits die Initiative zu ergreifen.

Der britische Luftmarschall J. M. Spaight nennt in seinem Buch „Bombing vindicated" (London 1944) den 11. Mai 1940 als den historischen Tag, „an dem wir unsere strategische Luftoffensive gegen das Reich eröffneten" und er bezeichnete diesen Entschluß als eine „großartige Entscheidung". Von nun ab meldete in der Tat der deutsche OKW-Bericht fast täglich Nachtangriffe britischer Flugzeuge auf verschiedene westdeutsche Städte. Die Angriffe waren damals nicht sehr wirkungsvoll und wurden von der deutschen Luftwaffe nicht erwidert, aber Spaight stellt mit Recht ausdrücklich fest, „daß wir (die Royal Air Force) es waren, die mit der strategischen Bomberoffensive begannen". Es gab über diese Aktionen ziemlich lebhafte Auseinandersetzungen mit der französischen Regierung, die vergeblich wünschte, die britische Luftwaffe in der Schlacht um Frankreich

eingesetzt zu sehen (vgl. die Niederschrift Daladiers über seine Unterredung mit Churchill am 16. Mai 1940 und Telegramm Reynauds an den britischen Premierminister im Deutschen Weißbuch Nr. 8).

Hitler zögerte noch während des ganzen Verlaufs des Frankreichfeldzuges, deutsche Vergeltungsmaßnahmen zu befehlen. Bis zum 20. Juni 1940 — also mehr als vierzig Tage nach dem Beginn der britischen Luftoffensive gegen das Reichsgebiet — hat die deutsche Luftwaffe keinen sog. „strategischen" Luftangriff, keine Operation durchgeführt, die nicht mit einer Kampfhandlung der Erdtruppen in Verbindung stand und einem unmittelbaren militärischen Zweck diente.

Ab 20. Juni 1940 wurden von deutscher Seite erstmals Landziele auf englischem Boden angegriffen, doch wurde auch hier zunächst der Versuch gemacht, wahllose Bombardierung zu vermeiden; die Angriffe blieben auf Flugplätze, Häfen und Industriewerke beschränkt. Städte wurden nicht einbezogen bis nach sechsmaligen britischen Provokationsangriffen auf Berlin die deutsche Luftwaffe erstmals am 7. September 1940 — also fast vier Monate nach dem Beginn der britischen Städtebombardierung — Angriffsbefehl auf London erhielt.

Angesichts dieser auch dem aufmerksamen Zeitungsleser bekannten Tatsachen und im Hinblick auf den Umstand, daß die Nürnberger Anklagebehörde wohlweislich den Bombenkrieg nicht in ihr Anklageprogramm aufnahm, ist die Frivolität kaum begreiflich, mit der Churchill seine Urheberschaft an dieser Kriegführungsart später abzuleugnen versucht hat; im Band I seiner Erinnerungen (Deutsche Ausgabe) findet sich auf Seite 33 folgender Satz:

„Nachdem die Deutschen einmal das verabscheuungswürdige Bombardieren offener Städte aus der Luft begonnen hatten, übten die Alliierten mit ihrer ständig zunehmenden Schlagkraft zwanzigfache Vergeltung und erreichten den Höhepunkt mit den Atombomben, die Hiroshima und Nagasaki von der Erde auslöschten."

Bei allem Respekt vor einer historischen Persönlichkeit, die in ihrem Lande hohe Würden bekleidet hat, kann gewiß kein Leser dieses ominösen Satzes umhin, den Memoirenschreiber Churchill in diesem für eine englisch-deutsche Wiederverständigung so wichtigen Punkt einer Falschaussage gegenüber der Öffentlichkeit und einer Irreführung der Geschichtsschreibung zu beschuldigen. 8/142—145

Das im November 1944 in London veröffentlichte Buch des damaligen britischen Unterstaatssekretärs J. M. Spaight: „Bombing vindicated" (zu deutsch etwa: „Bombenwurf gerechtfertigt") stellt

geradezu eine Verherrlichung des britischen Bombenkrieges dar, des „strategischen Bombardements", das als Erfindung der britischen Kriegführung gerühmt wird. Spaight befaßt sich zunächst ausführlich mit der Geschichte des Luftterrors. Er erkennt ausdrücklich die Aufrichtigkeit der deutschen Vorschläge von 1935 und 1936 zur Unterbindung des Bombenkrieges im Hinterland an und unterstreicht den Ernst, mit dem diese Vorschläge der Welt unterbreitet wurden, in seiner Darstellung des Aufbaues der deutschen Luftwaffe. Sie war nach Spaight für die Zusammenarbeit mit der Erdtruppe geschaffen, man habe in ihr in Deutschland nur eine Form der Fernartillerie gesehen.

So ernst die Vorschläge zur Abschaffung des Bombenkrieges von deutscher Seite gemeint waren, so wenig ernst wurden sie in England genommen. Spaight teilt mit, daß Großbritannien seine Luftwaffe schon mehr als 20 Jahre vor Beginn des Krieges vom Heer freigemacht habe. Während die deutsche Luftwaffe nur für den taktischen Einsatz vorgesehen war, hat Großbritannien von Anfang an auf den strategischen Bombenkrieg hingearbeitet, den Terrorkrieg hinter den Fronten, als dessen entscheidenden Stichtag Spaight den 11. Mai 1940 heraushebt. Wie Spaight zugibt, leiten die berüchtigten Viermotorigen ihren Ursprung auf das Jahr 1936 zurück. Schon damals faßte man den Entschluß zum Bau großer Langstreckenbomber, die größere Bombenlasten tragen sollten als eine ganze Staffel damals es vermochte.

Das Buch bestätigt weiter, daß sich die deutsche Haltung zum Luftkrieg nach Kriegsausbruch nicht geändert hat. Man erwartete nach dem Zusammenbruch Polens entscheidende Luftangriffe auf England. Sie blieben aus und „die Erklärung lag darin", so schreibt Spaight, daß eine Bombardierung von „strategischen" Fernzielen nach deutscher Ansicht „ein Mißbrauch der Luftwaffe gewesen wäre". Auch die deutschen Luftangriffe auf Warschau und Rotterdam, die von Churchill und Genossen so gern gegen uns angeführt werden, gehörten, wie Spaight ausdrücklich bestätigt, zur taktischen Offensive, da in beiden Fällen die deutschen Armeen vor den Toren standen. Im Gegensatz dazu war es von Anfang an der Zweck der britischen Bomberkommandos, Deutschland zu bombardieren:

„Wir haben angefangen, Ziele auf dem deutschen Festland mit Bomben anzugreifen, ehe die Deutschen angefangen haben, Ziele auf dem britischen Festland anzugreifen. Das ist eine historische Tatsache, die offen zugegeben worden ist."

So offen ist das freilich seither n i c h t wieder zugegeben worden!

Der 11. Mai 1940 sei der Tag gewesen, „an dem wir unsere strategische Luftoffensive gegen das Reich eröffneten" und dies habe eine „großartige Entscheidung bedeutet"; der 11. Mai 1940 war auch der erste Tag, an dem Churchill britischer Premierminister war.

38/198—201

Inzwischen ist eine amtliche Veröffentlichung erschienen, in der die britische Luftkriegsplanung und -taktik ausführlich dargestellt wird: „The Strategic Air Offensive against Germany 1939—45 by Sir Charles Webster and Noble Frankland, London 1961." In diesem mehrbändigen Werk wird festgestellt, daß das britische Kriegskabinett den entscheidenden Beschluß, den völkerrechtswidrigen Luftkrieg gegen die am Kriegsgeschehen nicht beteiligte Zivilbevölkerung zu beginnen, in der Sitzung vom 15. Mai 1940 offiziell gefaßt hat. In dieser kriegsgeschichtlichen Darstellung wird zugegeben, daß die Terror-Luftkriegführung (die auf deutscher Seite nach amtlichen Schätzungen — ohne die nicht erfaßbaren Dresden-Opfer — etwa 600 000 Tote unter der Zivilbevölkerung forderte) ein Fehlschlag gewesen ist, weil der Wille der deutschen Bevölkerung nicht gebrochen worden und die Wirkung auf die Rüstungsproduktion erstaunlich gering gewesen sei. Nach den genauen Nachkriegsfeststellungen der britischen Behörden hat die deutsche Industrieproduktion während des ganzen Kriegsablaufes nur eine Einbuße von höchstens 2,71 Prozent infolge der Luftangriffe erlitten.

In bezug auf die für die Zivilbevölkerung besonders verlustreichen Angriffe auf die Stadt Dresden am 13. und 14. Februar 1945 stellt Webster fest, daß Premierminister Churchill am 27. Januar 1945 den englischen Luftfahrtminister schriftlich aufforderte, sein besonderes Augenmerk auf die deutschen Städte im Osten zu richten. Churchills dringlicher Hinweis sei „mehr als deutlich" gewesen; der Premierminister habe offensichtlich gewünscht, „den Russen bei der bevorstehenden Konferenz in Jalta zu zeigen, daß die strategische Luftwaffe fähig sei, den russischen Feldzug im Osten zu unterstützen". In Wirklichkeit war die damals durch Flüchtlinge überfüllte Stadt Dresden ein Ziel ohne jede militärische Bedeutung. 30/25

Als am 12. Februar 1945 die Meteorologen günstiges Wetter für den Raum Dresden voraussagten und der erste Angriff für den 13. befohlen wurde, ließ man die Besatzungen teilweise irreführend dahin unterrichten, es handle sich um einen Angriff auf das deutsche Oberkommando des Heeres u. ä. Es gab aber auch Einheiten, denen klar gesagt wurde, worum es sich handelte. So erklärte der Nachrichtenoffizier einer Staffel der 100. Luftflotte „das eigentliche Ziel

des Luftangriffes sei, möglichst viele in der Stadt Zuflucht findende Flüchtlinge zu töten und hinter der Ostfront Panik und Chaos zu verbreiten". Einige Tage später wurden die Besatzungen der 3. Bomberflotte in radikaler Klarheit nach Chemnitz eingewiesen:

„Sie fliegen heute nach dorthin, um alle Flüchtlinge zu töten, die aus Dresden entkommen sein mögen."

Diese, auch für das abgestumpfte Gewissen von Bomberbesatzungen erkennbar kriminellen Befehle wurden widerspruchslos befolgt. Keinem Kommandeur und keinem Besatzungsmitglied wurde bisher der Prozeß gemacht. Im Gegenteil: sie alle tragen heute noch ihre Orden und reisen als Touristen durch Europa. Und beim Ableben des Hauptverantwortlichen ließ die deutsche Bundesregierung einen Kranz an der Bahre des Verstorbenen niederlegen... Einen Krieg muß man gewinnen!

Über die Zahl der in Dresden Getöteten gehen die Schätzungen auseinander. Der deutsche Sachverständige Hans Rumpf nennt in seinem Buch „Das war der Bombenkrieg" 225 000 als die Zahl, die sich „in der internationalen Diskussion seit längerer Zeit hält". Der englische Historiker David Irving hält die Zahl von 135 000 „mit einem hohen Maß an Wahrscheinlichkeit als die beste Schätzung".

Als Opfer des Hiroshima-Angriffes am 6. August 1945 ermittelten die Japaner 92 000 Menschen als getötet oder vermißt.

Auch die Atombombe konnte den Dresdner Flüchtlingsmord als das größt-beweisbare Massaker der bisherigen Weltgeschichte nicht überbieten. 38/272

- Sommer 1940: Beginn und Steigerung des Luftkrieges gegen die Zivilbevölkerung 32/51—53
- Der alliierte Bombenkrieg gegen die deutsche Zivilbevölkerung in der zweiten Kriegsphase 13/7—19, 43f.; 15/109f., 118f.; 38/52f., 187 228, 256—258, 268—273, 289, 309, 319f., 339

Luftkrieg und Völkerrecht

Der im Zweiten Weltkrieg von britischer Seite erstmals bewußt und systematisch zu Terrorzwecken gegen die Zivilbevölkerung gerichtete Luftkrieg, der schließlich 1945 mit Dresden und Hiroshima zu extremen Katastrophen führte, stellt ein neuzeitliches Verbindungsglied zwischen „ehrlichem" Kriegsgeschehen und Massenmord dar.

Unabhängig von solchen Wertungen und Unterscheidungen ist zu sagen: das geltende Völkerrecht hat sich — so unerfreulich und

änderungsbedürftig dies sein mag — all solcher Vorgänge noch nicht in dem Sinne angenommen, daß dort wo derartige Verbrechen erduldet worden sind — und in unserer „zivilisierten" Gegenwart immer noch erduldet werden —, eine Wiedergutmachung stattzufinden habe. Daß diese Verbrechen vom Völkerrecht nicht gedeckt sind, steht zwar außer Zweifel, umgekehrt aber hat die Völkergemeinschaft bisher keine Mittel gefunden, um solche Taten zu verhindern oder zu ahnden. Schon die unparteiische Untersuchung und eine allgemeinstrafrechtliche Verfolgung oder gar zivilrechtliche Behandlung solcher Geschehnisse würde eine unabhängige Weltgerichtsbarkeit voraussetzen, die es weder 1945 gab noch heute gibt.

Auch hier ist das Recht noch nicht zum Weltkriterium geworden; dieses ist immer noch bei Macht und Gewalt verblieben. 43/90

Die Atlantik-Charta „nicht für Deutschland"

Der amerikanische Präsident — Franklin D. Roosevelt, der vierte Nachfolger Wilsons — verzichtete keineswegs auf Deklamationen, die der Welt dartun sollten, daß die Vereinigten Staaten den Weg des Krieges nur beschreiten würden, um daran anschließend eine besser eingerichtete Welt des Friedens zu begründen. Manche Formeln aus den einstigen Vierzehn Punkten wurden in die „Atlantik-Charta" übernommen, die Roosevelt dem britischen Premierminister Churchill am 14. 8. 1941 zur Mitunterschrift vorlegte. Diese Erklärung verdient auch heute noch Beachtung; sie hat nicht zuletzt dadurch Geschichte gemacht, daß sie die Axt an das britische Weltreich legte. Die Forderung, daß „die souveränen Rechte und autonomen Regierungen aller Völker, die ihrer durch Gewalt beraubt wurden, wieder hergestellt werden" sollten, mußte mit dem Sieg der Alliierten zur Auflösung der europäischen, also vor allem der englischen Kolonialherrschaften führen, und so ist es auch geschehen.

Mit der Sowjetunion wurde glimpflicher verfahren. Indem die Atlantik-Charta in ihrem sechsten Hauptsatz sich ausdrücklich und nur gegen die „Nazi-Tyrannei" richtete, war ihr die Spitze gegen Moskau genommen. Es mochte über das deutsche Dritte Reich in schärfster Weise geurteilt werden, unbestreitbar war dennoch schon damals, daß ein totalitäres Regime nicht nur in Deutschland anzuprangern und zu beseitigen war. Wer — wie es noch Wilson getan hatte — ein allgemein gültiges Programm für den Weltfrieden entwerfen wollte, mußte Tyrannei überall verurteilen, aber das paßte natürlich keineswegs in das Konzept des August 1941, in dem es

Roosevelt und Churchill vor allem darauf ankam, die Kampfkraft der Stalinschen Sowjetunion zu erhalten und neu zu beleben.

Um jeden etwa noch möglichen Zweifelsrest auszuschließen, wurde überdies bekanntgegeben, daß die „Charta Deutschland nicht zunutze kommen" solle. Am 22. Februar 1944 erklärte Churchill im englischen Unterhaus ausdrücklich, daß die „Anwendung der Atlantik-Charta als Rechtsgrundlage auf Deutschland nicht in Frage komme". Schließlich kamen sogar die alliierten Propagandisten überein, die Atlantik-Charta nicht mehr zu erwähnen. Das letzte Flugblatt, das noch auf sie Bezug nahm, erschien im Herbst 1943.

43/49—51

● Die „Atlantic Charta", August 1941, Text 43/49f.

„Germany must perish"

Während Präsident Roosevelt im August 1941 — damals befanden sich die Vereinigten Staaten noch nicht im Krieg — nur andeutete, welche Weltveränderungen er sich von seinem Eingreifen in den europäischen Konflikt erhoffte, gab es in seinem Umkreis bereits phantasievoll tätige Gehirne, die im „neutralen" Amerika sehr im Gegensatz zur behutsamen britischen Flugblatt-Propaganda dramatische Programme für die künftige „Kontrolle Deutschlands" nicht nur erdachten, sondern auch öffentlich verkündeten.

Die radikalste dieser Publikationen ließ der deutsche Reichspropagandaminister Dr. Goebbels übersetzen und in Großauflage verbreiten. Sie war in New York — auch schon im Sommer 1941 — ausgerechnet vom Präsidenten der „American Federation of Peace", der amerikanischen „Friedensgesellschaft", Theodore Nathan Kaufmann, veröffentlicht worden. Unter dem Titel „Germany must perish" verkündete Kaufmann nicht weniger als ein Programm der biologischen Vernichtung des deutschen Volkes durch Massensterilisierung.

Hatte sich das britische Vernichtungsdenken vor allem gegen die machtpolitische Erscheinungsform des deutschen Volkes, das deutsche Reich, gerichtet, so trat in den amerikanischen Kriegszielerklärungen eine dem historischen Karthago-Beispiel unmittelbar entsprechende Formel zutage. Die Deutschen als Volk auszulöschen, erschien einigen einflußreichen amerikanischen Gruppen als ein erwünschtes und erzwingbares Programm.

Gegen die geisteskranken Forderungen des Theodore Nathan Kaufmann wurden vom Weißen Haus auch dann keine Erklärungen

abgegeben, als dessen Sterilisierungsplan ein häufig vorgetragenes Kernstück der deutschen Propaganda geworden war. 43/51f.

Kaufmann erklärte die Pläne einer „Kontrolle" Deutschlands als unzureichend und begründete dies mit naturwissenschaftlichen Argumenten:

„Man kann einen Tiger aus seiner gewöhnlichen Umgebung, seinem Lager im Dschungel, entfernen; mit Geduld kann man ihn vielleicht soweit zähmen, daß er sich streicheln läßt, aus der Hand frißt und tut, was man ihm befiehlt. Je mehr er äußerlich diesen Anforderungen entspricht, um so tiefer irren wir uns aber, wenn wir glauben, er habe seine Dschungelzeit vergessen. Dies wäre ein verhängnisvoller Irrtum. Denn es kommt unfehlbar die Zeit, wo die Tigerseele erneut den Tiger dazu treibt, seine Zähne und Klauen zu gebrauchen. Durch diese unausweichliche Reaktion auf den Naturtrieb kehrt der Tiger wieder zum Gesetz des Dschungels zurück. Er wird wieder ein Würger.

Genauso ist es mit dem deutschen Volk. Es mag zwar vorübergehend auf zivilisierende Einflüsse reagieren; es mag scheinbar die oberflächlichen Gepflogenheiten und das äußere Benehmen gesitteter Völker annehmen; in seinem Inneren lebt jedoch jene Kriegsseele weiter, die es immer wieder, wie den Tiger, zum Morden anstachelt. Und keine Besserung der Lebensverhältnisse, keine Vernunft oder Zivilisierung wird je imstande sein, diesen Grundzug seines Wesens zu ändern. Denn wenn diese Kriegspsyche in über zwei Jahrtausenden nicht ausgemerzt werden konnte, wer könnte da erwarten, daß dieses Wunder plötzlich über Nacht eintreten würde?"

In ähnlicher Weise hat in England bekanntlich Lord Vansittart argumentiert...

Kaufmann verwarf die Idee einer „Überwachung Deutschlands durch eine bewaffnete internationale Macht":

„Selbst wenn ein so ausgedehntes Unternehmen durchführbar wäre, so würde das Leben selbst dies vereiteln. Genau wie der Krieg den Krieg erzeugt, erzeugt Unterdrückung Aufstand. Unerhörte Schrecknisse würden daraus folgen.

Wir sehen also, daß es keinen Mittelweg gibt; daß kein Ausgleich, kein Kompromiß möglich ist, daß keine politische oder wirtschaftliche Teilung in Erwägung gezogen werden kann. Es gibt letzten Endes keine andere Lösung als diese: Deutschland muß sterben und für immer vom Erdboden verschwinden! Und glücklicherweise, wie wir gleich sehen werden, ist diese Lösung nicht mehr undurchführbar."

In aller Ausführlichkeit und Genauigkeit erörterte Kaufmann die „Lösung" des deutschen Problems, wie er es begriff:

„Die Bevölkerung Deutschlands ohne die eroberten und einverleibten Gebiete beträgt etwa 80 Millionen, die sich auf die beiden Geschlechter

nahezu gleichmäßig verteilen. Um die Auslöschung der Deutschen zu erzielen, braucht man nur etwa 48 Millionen Menschen zu sterilisieren, denn die Männer über 60 und die Frauen über 45 sind in dieser Zahl nicht einbegriffen, da sie nur in beschränktem Maße fortpflanzungsfähig sind.

Zur Sterilisierung der Männer wäre die Behandlung in den Heeresgruppen als organisierten Einheiten am leichtesten und am schnellsten durchzuführen. Angenommen, daß etwa 20 000 Ärzte dazu eingesetzt würden und jeder von ihnen pro Tag mindestens 25 Operationen vornähme, so würde es höchstens einen Monat dauern, bis die Sterilisierung in den Heeresgruppen durchgeführt wäre. Wenn man natürlich über eine größere Anzahl von Ärzten verfügte, und es stehen, zieht man die vielen beteiligten Völker in Betracht, weit mehr als die erwähnten 20 000 zur Verfügung — so wäre noch weniger Zeit erforderlich. Die Bilanz der männlichen Zivilbevölkerung könnte innerhalb von drei Monaten abgeschlossen werden. Da die Sterilisierung der Frauen und der Kinder etwas mehr Zeit beansprucht, kann man für die Sterilisierung der ganzen weiblichen Bevölkerung Deutschlands einschließlich der Kinder eine höchstens dreijährige Frist anberaumen... Nach vollständiger Sterilisierung wird der Bevölkerungszuwachs durch Geburten in Deutschland aufhören. Auf Grund der normalen Sterblichkeitsziffer von 2 Prozent jährlich wird das deutsche Leben jährlich um 1 500 000 Seelen schwinden. So wird innerhalb von zwei Geschlechtern dasjenige zur vollendeten Tatsache werden, was sonst Millionen Menschenleben und jahrhundertelange Anstrengung gekostet hätte, nämlich die Auslöschung des Deutschtums und seiner Träger. Mangels der Möglichkeit sich weiter fortzupflanzen, wird der deutsche Wille durch Abschrumpfung sterben und Deutschlands Macht zu einer ‚quantité négligeable' herabsinken."

Kaufmann fügte seiner Schrift eine Kartenskizze bei, auf der er zeigte, wie nach seiner Ansicht das deutsche Siedlungsgebiet zwischen Holland, Polen, Frankreich, der Tschechei und Jugoslawien aufgeteilt werden sollte; bemerkenswert in dieser Zeichnung ist, daß Kaufmann schon damals — im Frühjahr 1941 — die polnisch-sowjetische Grenze im Verlauf der sog. Curzon-Linie einzeichnete: so, wie S t a l i n sie drei Jahre später von seinen Alliierten forderte. 30/27—29

•

Der französische Professor Paul Rassinier urteilt:

Während der zweiten Hälfte des Jahres 1941 erschien das berühmte Buch „Germany must perish" (eines gewissen amerikanischen Juden Theodore N. Kaufmann), von dem man sagen kann, daß es den baldigen Kriegs-Eintritt der Vereinigten Staaten an der Seite Englands, Frankreichs und Rußlands ankündigte.

In diesem Buch setzt Theodore N. Kaufmann ganz schlicht auseinander, daß alle Deutschen auf Grund der alleinigen Tatsache, daß sie Deutsche sind, selbst wenn sie Antinazis, Kommunisten, Judenfreunde seien, nicht zu leben verdienen und daß man nach dem Kriege 20 000 Ärzte einsetzen werde, von denen jeder täglich 25 deutsche Männer oder Frauen zu sterilisieren hätte, so daß es nach drei Monaten keinen zeugungsfähigen Deutschen in Europa mehr gäbe und das deutsche Volk in 60 Jahren auf dem Kontinent völlig ausgelöscht sein würde. Er versicherte außerdem, daß dies auch die Ansicht der deutschen Juden sei.

Hitler ließ dieses Buch über alle Rundfunksender verlesen. Man kann sich denken, was für einen Eindruck es auf die öffentliche Meinung Deutschlands machte. 32/116

● Faksimile-Wiedergaben aus „Germany must perish" von Theodore N. Kaufmann 32/237—241

Die Wolgadeutschen

Im Spätsommer 1941 hat Stalin die sofortige Auflösung der bis dahin an der Wolga bestehenden Wolgadeutschen Republik angeordnet und die Austreibung der dort lebenden 400 000 Deutschen innerhalb von 24 Stunden befohlen.

Niemand weiß, wieviel Menschenleben dieses Vorausexperiment der späteren Deutschenvertreibung aus den deutschen Ostgebieten damals gekostet hat. Die 400 000 Deutschen der aufgelösten Wolgarepublik (sie waren die Nachkommen von 27 000 schwäbischen Bauern, die die Zarin Katharina die Große Ende des 18. Jahrhunderts angesiedelt hatte) wurden im Winter 1941 im Fußmarsch über den Ural nach Sibirien getrieben; die Überlebenden wurden in Kasakstan, Usbekistan und in der Kirgisischen Republik verstreut untergebracht und unter Kontrolle gehalten. Nach Zeitungsberichten findet man sie heute auch als Bergarbeiter in den sibirischen Bergbaugebieten. Immerhin haben sie ihr Deutschtum so zäh bewahrt, daß auch wieder deutschsprachige Schulen für sie eingerichtet wurden.

Ähnliche kollektive Strafmaßnahmen wie gegen die Wolgadeutschen hat die Sowjetregierung während und nach dem Kriege gegen mehrere Kaukasusvölker und gegen die Krim-Tataren angeordnet. Einige dieser Völkerschaften wurden 1957 „rehabilitiert" und durften in ihre alten Wohngebiete zurückkehren. Dieses Recht haben die Wolgadeutschen ausdrücklich nicht wieder erhalten; es sind ihnen nur in ihren sibirischen Streusiedlungen die staatsbürgerlichen Nor-

malrechte zurückgegeben worden, die in der Sowjetunion nicht viel bedeuten. Es lebt also auch die Wolgadeutsche Republik nicht wieder auf.

Der Stalin-Ukas vom 28. August 1941 war nicht nur Vorbild der späteren Austreibungen, er bildete auch die erste Maßnahme jener überdimensionalen Massen-Verfolgungen, die 1944 Frankreich und Griechenland gegen die „Kollaborateure" in Gang gesetzt, später unter den verschiedensten Vorzeichen jahrelang ganz Europa überschwemmte und deren juristische Formalitäten vom Moskauer Professor Trainine nach dem Muster der bolschewistischen „Klassenjustiz" der Jahre 1918—21 ausgedacht worden waren. 38/232f.

Die deutschen Judenmaßnahmen — Wendepunkt 1941

Helmut Sündermann berichtet:

Als im Herbst 1943 dänische Juden verhaftet wurden und die Auslandspresse darüber sensationelle Berichte veröffentlichte, wandte ich mich in meiner damaligen Eigenschaft als Stellvertretender Pressechef der Reichsregierung an das zuständige Reichssicherheitshauptamt mit dem Ersuchen um grundsätzliche Informationen, damit ich auf der Berliner Auslandspressekonferenz Stellung nehmen könne. Die erbetenen Auskünfte wurden unverzüglich erteilt; ich habe sie am 7. Oktober 1943 in einer Erklärung vor den in Berlin tätigen Auslandspressevertretern verwendet.

Zur Rechtslage wurde der Standpunkt eingenommen, daß von den im deutschen Bereich lebenden Juden feindselige Handlungen zu erwarten und Sicherungsmaßnahmen nicht nur nach Kriegsrecht zulässig, sondern auch erforderlich seien (auch die amerikanischen Behörden haben während des Krieges Sicherheitsinternierungen nach rassischen Gesichtspunkten durchgeführt: nach Pearl Harbour wurden in den Staaten der Westküste zahlreiche Einwohner japanischer Volkszugehörigkeit — auch wenn sie amerikanische Staatsbürger waren — verhaftet und für Kriegsdauer in Lagern untergebracht). Es wurde auf die in der Tat erstaunliche Erklärung des Zionistenführers (und späteren Präsidenten von Israel) Dr. Chaim Weizmann verwiesen, der in einem veröffentlichten Staatspapier dem britischen Premierminister Chamberlain am 5. September 1939 folgendes mitteilte:

„Ich wünsche in nachdrücklichster Form die Erklärung zu bestätigen, daß wir Juden an der Seite Großbritanniens stehen und für die Demokratie kämpfen werden. Aus diesem Grunde stellen wir uns in den kleinsten und

größten Dingen unter die zusammenfassende Leitung der britischen Regierung. Die jüdische Vertretung ist bereit, in sofortige Abkommen einzutreten, um alle menschlich-jüdische Kraft, ihre Technik, ihre Hilfsmittel und alle Fähigkeiten nützlich einzusetzen."

In einem Dokumentarwerk von H. G. Adler „Die verheimlichte Wahrheit — Theresienstädter Dokumente" wird behauptet, ich hätte die Weizmann-Erklärung „entstellt" wiedergegeben. Die zitierte Fassung lag in Berlin damals nach der in den Londoner „Times" vom 5. 9. 1939 erfolgten Veröffentlichung vor. Adler stellt nun fest, daß der Originaltext am 8. 9. 1939, also drei Tage später, in der „Jewish Chronicle" wie folgt wiedergegeben wurde:

„In this hour of supreme crisis, the conciousness that the Jews have a contribution to make to the defence of sacred values impels me to write this letter. I wish to confirm in the most explicit manner the declaration which I and my colleaques made during the last months, and especially in the last week: that the Jews 'stand by Great Britain and will fight on the side of the democracies'. Our urgent desire is to give effect to these declarations. We wish to do so in a way entirely consonant with the general scheme of British action, and therefore would place ourselves, in matters big and small, under the co-ordinating direction of His Majesty's Gouvernment. The Jewish Agency is ready to enter into immediate arrangement for utilizing Jewish manpower, technical ability, resources, etc. The Jewish Agency has recently had differences in the political field with the Mandatory Power. We would like these differences to give way before the greater and more pressing necessities of the time. We ask you to accept this declaration in the spirit in which it is made."

Der Textvergleich ergibt, daß die wesentlichen Stellen seinerzeit von der „Times" zutreffend berichtet wurden und daß die Berliner Stellungnahme dazu sich nicht etwa auf falsche Unterlagen gründete. H. G. Adler erkennt das auch durch die Bemerkung an:

„Es stimmt zwar, daß es unklar bleibt, im Namen welcher Juden Weizmann seine Zusagen gab, aber gewiß konnte er nur für jene sprechen, die seiner indirekten Autorität unterstanden (über eine direkte verfügte er nicht), also vor allem für die Juden Palästinas. Trotzdem ist zuzubilligen, daß dieser Brief in seiner gerade darin unzulänglichen Formulierung kein diplomatisches Meisterwerk war und dem nationalsozialistischen Staat eine willkommene Waffe für propagandistische und noch viel tragischere Zwecke auslieferte, als Hunderttausende und vier Wochen später Millionen von Juden in seiner Gewalt waren. Am beklagenswertesten ist dabei die Kurzsichtigkeit, mit welcher der Glaube an eine einheitliche jüdische Weltmacht genährt wurde, die dem Nationalsozialismus als Erzfeind vorschwebte."

Eine weitere Tatsache, die H. G. Adler erwähnt, war in Berlin damals unbekannt: Weizmann sandte seine ominöse Note am 29. August 1939 an den britischen Premierminister, sprach also bereits vor Kriegsausbruch vom „Kampf" an der Seite Großbritanniens. Dieser merkwürdige Umstand läßt sich wohl nur so erklären, daß der Kriegsentschluß des britischen Kabinetts damals bereits feststand und Weizmann dies wußte.

Jedenfalls waren angesichts so weitreichender Erklärungen, die auch die im deutschen Machtbereich lebenden Juden mit einschlossen, deutsche Sicherungsmaßnahmen im Krieg nicht unberechtigt. Nach den Informationen, die ich damals erhielt und an die Auslandspresse weitergab, hat sich das Reichssicherheitshauptamt im ersten Stadium des Krieges bis in den Herbst 1940 darauf beschränkt, die Auswanderung der Juden zu fördern und zu beschleunigen. Diese Politik habe beendet werden müssen, weil nicht nur beträchtliche Werte, sondern auch wichtige Informationen den Weg über die Grenzen genommen hätten.

Die Einführung des sog. „Judensterns" im September 1941 wurde als erste sichtbare Maßnahme gegen das „unterirdische Treiben der Juden insbesondere bei der Verbreitung von Gerüchten unter der deutschen Bevölkerung" bezeichnet. Als nächstes habe man sich mit dem Ernsterwerden des Krieges zur Zusammenfassung der Juden in eigenen Wohngebieten entschlossen. Diese Maßnahme habe sich nicht bewährt, weil die Juden in diesen Ghettos sich bewaffnet und militärisch organisiert hätten. Nun erst — im Herbst 1943 — sei man dazu übergegangen, das zu tun, wozu die deutschen Behörden schon bei Kriegsausbruch berechtigt gewesen seien, nämlich die Juden in Lagern zu internieren. Für alte und kranke Juden habe man aber aus humanitären Gründen das Ghetto-System beibehalten und ihnen die ganze Stadt Maria-Theresienstadt im Protektorat Böhmen und Mähren zur Verfügung gestellt, wo sie unter Selbstverwaltung lebten. Hinsichtlich der Verhaftung der in Dänemark lebenden Juden, die bis dahin von der Besatzungsmacht unbehelligt geblieben waren, wurde auf die jüdische Beteiligung von Sabotageakten verwiesen, die nun auch hier eine deutsche Sicherungsmaßnahme erforderlich machten.

Die damaligen Angaben über die noch nach Kriegsbeginn zugelassene Auswanderung von Juden aus dem deutschen Machtbereich werden durch eine im Dokumentarwerk von Poliakov-Wulf: „Das Dritte Reich und die Juden" (Berlin 1955) Seite 245 wiedergegebene Statistik bestätigt. Danach sind bis 31. 12. 1942 insgesamt 557357 von 929000 im Zeitpunkt der jeweiligen Machtübernahme

im Altreich, Ostmark und Protektorat Böhmen und Mähren lebenden Juden ausgewandert.

Alle diese Hinweise waren nicht unzutreffend, aber es war auch mir damals nur die halbe Wahrheit gesagt worden. So vertretbar die Sicherungsmaßnahmen erscheinen mochten, so gab und gibt es keine Rechtfertigung für die Maschinerie heimlicher Tötung, die von einer kleinen Gruppe von Fanatikern in Gang gesetzt wurde ...

Völlig klar ist und außer jedem Zweifel steht, daß die deutsche Öffentlichkeit an diesen dunklen Geschehnissen ebenso unbeteiligt war wie das britische Volk am Beginn des Bombenkrieges gegen offene Städte oder das amerikanische an den Atombombenwürfen auf Hiroshima und Nagasaki. Obwohl sich diese Ereignisse — im Gegensatz zu Auschwitz — vor aller Augen abspielten, so waren doch auch sie das Ergebnis von Kriegsentscheidungen, die ohne jede Einflußmöglichkeit von außen her nur von einigen Wenigen getroffen wurden. 8/195—197; 34/198—200

Einer von dem jüdischen Schriftsteller Joseph Wulf herausgegebenen Veröffentlichung „Presse und Funk im Dritten Reich" entnehme ich, daß ich in meiner damaligen Eigenschaft als Stellvertretender Pressechef der Reichsregierung im Juli 1944 auf der Berliner Auslandspressekonferenz erneut zu internationalen Meldungen über „Mißstände" bei der Behandlung der „in Europa ansässigen Juden" Stellung genommen habe. Das „Deutsche Nachrichtenbüro" gab meine Ausführungen damals wie folgt wieder:

„Erst 1941 seien die ersten Maßnahmen gegen die Juden in Europa ergriffen worden, und zwar habe es sich um die Verordnung zum Tragen des Judensterns gehandelt. Später wurde dann durch eine planmäßige Isolierung und Einschaltung der Juden in den europäischen Arbeitsprozeß diese erste Maßnahme erweitert. Bei den Maßnahmen zur Isolierung und Einschaltung in den Arbeitsprozeß habe man eine ganze Reihe von humanitären Gesichtspunkten zur Anwendung gebracht, es seien z. B. alle alten Juden ausgenommen worden, ebenso solche, die etwaige besondere Verdienste aufzuweisen hatten. Diese Juden seien mit ihren Angehörigen in einer besonderen jüdischen Gemeinschaft untergebracht, die in Theresiensadt im Protektorat Böhmen und Mähren ihren Sitz habe. Erst kürzlich sei diese Siedlung von Delegierten des Internationalen Roten Kreuzes aufgesucht worden.

Die anderen Juden, die zu Arbeitszwecken eingeschaltet wurden, werden normalerweise zunächst in einem großen Sammellager auf ihren zweckmäßigen Arbeitseinsatz hin geprüft. Die nicht Arbeitsfähigen kämen in ein sogenanntes Familienghetto, alle übrigen werden gemäß ihrer beruflichen Ausbildung eingesetzt, wobei als Grundsatz gelte, daß Ehepaare beieinander bleiben. Bei der Verteilung würden die einsatzfähigen Juden den einzel-

nen Bedürfnisträgern, wie der Organisation Todt, der Landwirtschaft usw. zur Verfügung gestellt. Mit der Verteilung der Juden auf diese wirtschaftlichen Bedürfnisträger ende dann überhaupt die staatspolitische Bereinigung."

Es gibt heute leider keinen Zweifel darüber, daß diese — mir vom Reichssicherheitshauptamt zur Verfügung gestellte — Information nur eine halbe Wahrheit enthielt und „Familienghettos" zu diesem Zeitpunkt nicht mehr existierten. Ich war allerdings so überzeugt von der sachlichen Richtigkeit meiner Ausführungen, daß ich — wie aus der zitierten DNB-Meldung hervorgeht — geradezu provokativ hinzugefügt habe: „Über alle diese Tatsachen sind die jüdischen Organisationen in der ganzen Welt unterrichtet."

Im Rückblick erscheint es wirklich erstaunlich, daß man mir nicht im Juli 1944 von London und New York aus entgegengetreten ist; aber das deckt sich mit den bemerkenswerten Hinweisen, die die jüdische Historikerin Hanna Arendt in ihrem bekannten Buch „Eichmann in Jerusalem" mitteilt und auch mit der Tatsache, daß von einer Judenermordung auch von jüdischer Seite bis Kriegsende nichts berichtet wurde. 38/140f.

*

Der französische Professor Paul Rassinier untersuchte das Problem der jüdischen Menschenverluste im Zweiten Weltkrieg:

Wenn sich der Historiker der Frage nach der Höhe der Verluste zuwendet, ich meine jenen Zahlen, die als Maß für die Größe des Verbrechens gebraucht worden sind, so erfüllt dieses Problem ihn weder mit größerer Erleichterung noch mit größerer Bestürzung, Dies ist der Grund: Wenn auch politische Kreise der ganzen Welt erklären, daß sechs Milionen Juden getötet worden seien, so bestätigt das vorliegende statistische Material diese Schätzung bei weitem nicht.

In seiner Anklagerede in Nürnberg am 21. November 1945 drückte sich Richter Jackson so aus:

„Von 9,6 Millionen Juden, die in dem von den Nazis beherrschten Europa lebten, sind nach amtlichen Schätzungen sechzig von hundert umgekommen. 5,7 Millionen Juden werden in den Ländern, in denen sie früher lebten, vermißt. Über 4,5 Millionen davon lassen sich weder durch normale Sterblichkeit oder Auswanderung erklären, noch sind sie unter den Verschleppten."

Die Anklage lautet also auf 4 500 000.

Im Urteil wird diese Zahl nicht angegeben, und von da an hält sich nun jeder für berechtigt, die Zahl der Opfer nach seinen Vorstellun-

gen oder nach seiner Phantasie zu schätzen. Während der Verhandlungen gab der englische Ankläger Sir David Maxwell-Fyfe beim Verhör Görings am 21. März 1946 freie Fahrt für die unsinnigsten Schätzungen, als er erklärt:

„Es ist bewiesen, daß insgesamt Juden und andere Personen eingeschlossen, ungefähr 10 Millionen Menschen kaltblütig ermordet wurden, abgesehen von denen, die im Kampf getötet wurden."

Die Presse hörte es und gab weiter „10 Millionen Juden ...".

Das war ein bißchen dick. Männer wie Billig, Poliakow, Alexandrov, Jakob Lechtinsky, Shalom Baron, letzterer Inhaber des Lehrstuhls für jüdische Geschichte an der Columbia-Universität usw., haben komplizierte Erwägungen angestellt, um die genau Zahl zwischen der niedrigsten (4,5 Millionen) des Justice Jackson und der höchsten (10 Millionen), für die man zu unrecht die Erklärung Sir David Maxwell-Fyfe anführt, festzulegen und kommen so auf 6 Millionen getötete Juden, eine Zahl, die bemerkenswerterweise ziemlich nahe am arithmetischen Mittel aus beiden liegt. Einige präzisieren, daß 4 bis 5 Millionen in Auschwitz-Birkenau, der Rest in anderen Lagern vernichtet wurde, um den Eindruck zu erwecken, sie hätten die Frage gründlich untersucht.

Wir wollen sehen, was von alledem stimmen kann.

Als Richter Jackson die Zahl der in dem von den Nazis besetzten Europa lebenden Juden mit 9 600 000 angab, handelte es sich um eine übertriebene Schätzung. In meinen Büchern „Die Lüge des Odysseus" und „Was nun, Odysseus?" habe ich Arthur Ruppin, die größte Autorität — und damit den berühmtesten — der jüdischen Statistiker herangezogen, der die Zahl dieser Bevölkerung für die Jahre 1930—1932 auf 8 710 000 schätzte, eine Annahme, die von allen Historikern, Juden und Nichtjuden, anerkannt wurde. Die Jüdische Dokumentenzentrale in Paris teilte offenbar noch am 4. Juni 1960 seine Meinung, als sie eine Statistik veröffentlichte, in der für die Zeit der Kriegserklärung (unter Abzug der Auswanderung aus Mitteleuropa in andere Länder seit 1933) eine Zahl von 8 294 500 schätzte. Jedoch sind hierin 3 Millionen russische Juden einbegriffen; wenn man diese abzieht, kommt man zum Schluß, daß die Zahl der Juden, die in direkte Berührung mit dem Nazismus gekommen sind, nach Arthur Ruppin bei 5 710 000, nach der Jüdischen Dokumentenzentrale in Paris bei 5 294 000 liegen dürfte.

Die Frage ist nur, ob jene 3 Millionen Russen nicht doch in die Hände der während des Winters 1941—42 siegreich nach Rußland einrückenden deutschen Armeen gefallen sind. Auf diese Frage ant-

worte ich ohne das geringste Zögern, daß nicht nur fast diese ganzen 3 Millionen russischen Juden, sondern auch die meisten Juden aus Polen und den baltischen Staaten mit deutschen Polizisten niemals das geringste zu tun gehabt haben, aus dem einfachen Grunde, weil sie beim deutschen Vormarsch die Flucht ergriffen hatten. Nicht nur in Frankreich gab es einen Wettlauf zu den Pyrenäen ...

Am 5. Dezember 1942 schrieb der jüdische Journalist David Bergelson in einer Moskauer Zeitung: „Dank der Evakuierungsmaßnahmen wurde der größte Teil der Juden in der Ukraine, in Weißrußland, Litauen und Lettland (80 Prozent) gerettet." Die Annexion Galiziens, Bessarabiens, der Bukowina und der baltischen Staaten hatte alle Juden dieser Länder unter sowjetische Kontrolle gebracht. Die polnischen Juden flohen bis zur Einnahme von Warschau ebenfalls vor den deutschen Truppen und suchten z. T. auf russischer Seite, z. T. in Ungarn Schutz. Während sich die deutschen und russischen Truppen diesseits und jenseits der polnischen Demarkationslinie, die durch den deutsch-sowjetischen Pakt festgelegt war, einrichteten, pflegte man deutscherseits sogar Juden aus der deutschen Zone den Russen zu übergeben ...

Es ist klar, daß man die Zahl der vor den deutschen Konzentrationslagern durch Flucht oder durch Auslieferung nach Rußland geretteten Juden nicht genau angeben kann, aus dem Gesagten kann man nur schließen, daß sie recht hoch war.

Dann gab es aber noch Leute, die Hitler nicht liebten, aber von Stalin ebensowenig erbaut waren. Sie flohen in das damals nicht besetzte Ungarn, wo der Reichsverweser Horthy laut Joel Brand bis zur Ankunft der Deutschen am 19. März 1944 gegenüber den Juden eine liberale Politik betrieb. In seinem „Bericht des jüdischen Rettungskomitee aus Budapest" schreibt Dr. Reszö Kasztner, daß „die Besetzung Ungarns durch die Deutschen das Todesurteil für die nahezu 800 000 Seelen zählende ungarische Judenheit brachte." Hieraus kann man durch Vergleiche mit den Statistiken vor der Hitler-Aera schließen, daß ungefähr 500 000 dieser Juden erst seit kurzer Zeit dort lebten. Woher waren sie gekommen? Aus Österreich (1938), dann aus der Tschechoslowakei und aus Polen (1939). Während dieser düsteren Jahre bis zum 19. März 1944 war Ungarn die große Hoffnung der Juden Mitteleuropas und die Zwischenstation für die Fahrt in die Freiheit via Constanza oder Konstantinopel.

Wenn uns die Jüdische Dokumentenzentrale sagt, daß 1946 in Polen nicht mehr als 500 000 von den ehemals 3 300 000 Juden lebten, da die anderen vernichtet worden waren, dann ist das sicherlich falsch. Von diesen andern lebte bestimmt eine beträchtliche Anzahl in Rußland, in Zentral-Asien (wohin die Russen — wie David Bergel-

son noch mitteilt — alle Juden, die zu ihnen kamen, weiterleiteten), in Israel, in Afrika oder in den USA und in Lateinamerika.

Die Jüdische Dokumentenzentrale hat ganz einfach die im deutschbesetzen Europa fehlenden Juden gezählt, hat aber nicht das Anwachsen der jüdischen Bevölkerung im übrigen Teil der Erde mitberücksichtigt.

Wünscht man noch eine Probe für die Leichtfertigkeit dieser Berechnungen? Die Jüdische Dokumentenzentrale hat beispielsweise mitgeteilt, daß in Rußland 1946 nur noch 600 000 Juden am Leben waren. Nun, auf dem Kongreß der Jewish Agency hat ihr Präsident Nahum Goldman im Juli 1961 berichtet, daß in Rußland 3 Millionen Juden unter der Gefahr bolschewistischer Verfolgung lebten. Wie läßt sich anders als mit einer Fälschung der Statistiken von 1946 erklären, daß sich 600 000 Personen im Verlauf von 15 Jahren auf 3 Millionen vermehrt hätten.

Sein Historiker-Diplom in der Hand hat am 24. April 1961 Shalom Baron, Professor für jüdische Geschichte an der Columbia-Universität, als Zeuge der Anklage vor den Schranken des Jerusalemer Gerichtshofs erklärt, daß der Prozentsatz der jüdischen Bevölkerungszunahme in der Welt seit 1945 etwa bei 20 Prozent für diese 15 Jahre liegt, was auch wahrscheinlich ist. Wenn die von der Jüdischen Dokumentenzentrale veröffentlichten Zahlen richtig wären, dürften heute nur 600 000 plus 20 Prozent, das sind 720 000 Juden und nicht, wie Nahum Goldman behauptet, 3 Millionen in Rußland leben. Aber Shalom Baron hat noch genauere Angaben gemacht: „1939 gab es etwa 16 Millionen Juden auf der ganzen Welt. Wir müßten heute 19 Millionen sein. Wir sind aber nur 12 Millionen." Die Beziehungen zwischen den drei Zahlen sind sicherlich richtig: 16 Millionen weniger 6 Millionen Vernichtete zuzüglich 20 Prozent sind 12 Millionen ... Aber allein in den Vereinigten Staaten, Rußland und Israel leben schon fast 12 Millionen und das würde bedeuten, daß es in der übrigen Welt keine oder fast keine Juden mehr gäbe, was offensichtlich unrichtig ist, denn in Wirklichkeit gibt es schon wieder 16—17 Millionen Juden auf der Welt. 32/97—101

•

Erschreckend waren die Enthüllungen, die ab Ende Mai 1945 die Welt und das deutsche Volk erschütterten und aus denen — wie immer die zahlenmäßigen Übertreibungen gewesen sein mochten und noch sind — deutlich wurde, daß eine Unzahl von Juden, die man nur interniert glaubte, Opfer planmäßiger Tötungsaktionen geworden waren.

Schon der Umstand, daß auch die feindliche Kriegspropaganda vor 1945 zwar vielerlei Falsches über Judenverfolgung aber nicht dieses Richtige berichtet hat, macht das Entscheidende deutlich. Es hat nicht nur keinen Auftrag, keine Ermächtigung, keine Zustimmung des deutschen Volkes zu diesen — noch heute nicht voll aufgeklärten und in Gerichtssälen auch nicht aufklärbaren — Geheimvorgängen gegeben, es fehlte sogar die primitivste Voraussetzung für eine Schuld: das Mitwissen.

Der nach 1945 in Basel lehrende, im Kriege in Heidelberg tätige Professor Karl Jaspers, der sich seit damals in der Weltöffentlichkeit als der leidenschaftlichste und radikalste Verfechter einer „deutschen Schuld" gebärdet, verkündete schon im Sommer 1945: „Niemand ist unbetroffen, der nicht sein Leben eingesetzt hat gegen das Verbrechen". Die Deutschen hätten „auf die Straße gehen", sie hätten „schreien müssen", „als man die Juden abtransportierte". Jaspers ist, wie man weiß, ein Philosoph und deshalb sicher auch ein mutiger Mann; das Geforderte hätte er gewiß getan und das Opfer seines Lebens gewagt — aber es war ja nicht so, daß man in einem dramatischen und dem Volke deutlich bewußten Akt „die Juden abtransportierte" — und überdies ließ sich der reine Abtransport, die Internierung, im Kriege begreifen und rechtfertigen; diese Maßnahme fand ihre Parallele im gleichzeitigen Vorgehen mancher damaliger Feindländer — so haben z. B. die Vereinigten Staaten nach Pearl Harbour nicht gezögert, in Kalifornien alle amerikanischen Staatsbürger japanischer Abstammung — immerhin über 117 000 — sowohl zu verhaften wie ihre Vermögenswerte von mehr als 350 Millionen Dollar zu enteignen. Weder die Kennzeichnung noch die Festnahme oder der Abtransport von mutmaßlichen Kriegsgegnern ist unter Bedingungen harten Kriegsgeschehens für ein Volk Anlaß zum Aufschrei — das konnte nur die Kenntnis von beabsichtigter Tötung sein und dieser Vorgang ist so geheimgehalten worden, daß es bekanntlich sogar begründete Zweifel darüber gibt, ob Hitler von Himmler voll unterrichtet wurde.

Die Antwort darauf zu finden, ist wiederum eine Sache des Historikers; es handelt sich hier um eine Frage, die mit der uns vorliegenden moralisch und politisch nichts zu tun hat. Für die Antwort, die wir suchen, sind dagegen die Feststellungen, die ein amerikanisches Tribunal im Jahre 1949 in Nürnberg getroffen hat, von durchgreifender Bedeutung. Im sog. „Wilhelmstraßen-Prozeß" hatte sich damals Dr. Otto Dietrich zu verantworten, der ab 1931 Reichspressechef der NSDAP, ab November 1937 bis April 1945 außerdem noch Pressechef der Reichsregierung, also der maßgebliche Mann für die nationalsozialistische Pressepolitik gewesen ist.

Dr. Dietrich wurde im April 1949 zu sieben Jahren Haft verurteilt und bereits im Sommer 1950 aus dem Gefängnis Landsberg entlassen. Nur zwei der drei Richter hatten die Verurteilung befürwortet, der dritte Richter wollte den ehemaligen Reichspressechef freigesprochen wissen. Sowohl die Urteilsbegründung wie auch die „abweichende Meinung" des Richters Powers waren in gleichem Maße aufschlußreich. Das Gericht hat in einem Prozeß, der fünfzehn Monate dauerte, alles einschlägige Aktenmaterial der Berliner Regierungsbehörden durchgearbeitet. Im Falle Dietrich kam das Urteil zu dem Ergebnis, dieser habe an dem „Programm zur Ausrottung der europäischen Juden indirekt mitgewirkt"; indem er „die wahre Natur der Deportationen v e r h e i m l i c h t e", habe er die deutsche öffentliche Meinung „dahin beeinflußt, daß sie diesem Programm zustimmte". Richter Leon W. Powers hat in seiner abweichenden Meinung mit Recht darauf hingewiesen, daß diese These in sich unlogisch ist; der eine Vorwurf schließe den anderen aus. Überdies habe sich in dem gesamten, dem Gericht vorgelegten Material „kein Hinweis" gefunden, daß der ehemalige Reichspressechef „irgendetwas mit der Formulierung und der Durchführung dieses Programms zu tun hatte oder von der Existenz eines solchen Programms irgendwie in Kenntnis gesetzt war".

In einleitenden allgemeinen Bemerkungen hatte Richter Powers ausgeführt:

„Nach meinem Urteil ist es unzutreffend zu sagen, daß alle Deutschen mit wenigen Ausnahmen an der Judenverfolgung beteiligt waren ... Es ist nach meiner Ansicht auch ungenau anzunehmen, daß jede Erwähnung einer ‚Endlösung' der jüdischen Frage Ausrottung bedeutete. Tatsache ist, daß — als die ersten Maßnahmen gegen die Juden eingeleitet wurden — der Ausdruck ‚Endlösung' üblich wurde. In den Anfangsstadien bedeutete das Wort Deportierung der Juden nach Madagaskar. Als ein Ergebnis der Wannsee-Konferenz bedeutete ‚Endlösung' Deportierung in Arbeitslager im Osten. Außer für einige wenige Initiatoren bedeutete sie niemals Ausrottung."

Damit ist das Entscheidende gesagt: so erschreckend und verwerflich diese Geheimvorgänge waren, sie begründen auch nicht den Schimmer einer allgemein-deutschen Schuld. 43/83—85

- Zum Geheimnis der „Endlösung" 27/267—271; 32/112, 117; 34/204—217
- Zur Frage der Himmler-Vollmacht 32/91f., 95; 34/74f., 195, 213 f.; 38/143—146
- 1940—1942: Der „Madagaskar-Plan" zur Regelung der Judenfrage 32/115f.
- Kritik des französischen Professors Rassinier an den Nachkriegspublikationen über Auschwitz 32/88—120, 134, 226—236, 242—245

Roosevelt: „Bedingungslose Kapitulation"

Am 24. Januar 1943 tat Präsident Roosevelt in Casablanca kund, daß sein Kriegsziel die „bedingungslose Kapitulation" der Achsenmächte sei. Er hat damit eine Formel höchst zweifelhaften Charakters geprägt. Ihr widmete der damalige amerikanische Außenminister Hull in seinen Memoiren ein ganzes Kapitel, in dem er die Gründe darlegt, die ihn veranlaßten, dieses Schlagwort abzulehnen. Er fand nicht nur, daß eine solche Kriegsziel-Proklamation den gegnerischen Widerstand unvermeidlich stärken mußte, sondern auch, daß dieses Prinzip „logischerweise von den Siegernationen die Bereitschaft forderte, in jeder Weise die nationale und örtliche Regierung der eroberten Länder zu übernehmen". Daß ein Kriegsziel dieser Art zwar der Denkweise Dschingis Khans, nicht aber dem seit Ende des Mittelalters entwickelten Völkerrecht entsprach, störte Hull offenbar nicht so sehr; er erörtert im Gegenteil ausführlich, daß und warum er seine Kritik an der „bedingungslosen Kapitulation" für sich behielt:

„Nachdem der Präsident dieses Prinzip in Casablanca so ausdrücklich aufgestellt hatte, konnten wir nichts anderes tun, als ihm wenigstens der Form nach zu entsprechen."

Immerhin sei bereits die italienische Kapitulation im September 1943 „obwohl nach außen hin auf bedingungsloser Basis" in Wirklichkeit eine ausgehandelte Waffenniederlegung gewesen.

Nicht nur in den Regierungskanzleien, auch an den kämpfenden Fronten warf die Roosevelt-Parole einer „bedingungslosen Kapitulation" Probleme auf, die beantwortet werden mußten. Es hat nie eine verbindliche Erklärung der damaligen „großen Drei" — Roosevelt, Stalin, Churchill — darüber gegeben, was der amerikanische Präsident unter „bedingungsloser Kapitulation" verstehen wollte. Das völkerrechtliche Merkmal einer „Kapitulation" war es bislang, daß sie im Gegensatz zu einem „Waffenstillstand" eine weitgehende Niederkämpfung des Gegners zur Voraussetzung hatte und diesem infolgedessen nur noch wenige Möglichkeiten blieben „Bedingungen" zu stellen. Immerhin hatte die sog. Haager Landkriegsordnung von 1907, an die auch die Vereinigten Staaten durch ihre Unterschrift gebunden waren, für den Extremfall einer Kapitulation die Bestimmung vorgesehen:

„Kapitulationen sollen den Forderungen der militärischen Ehre Rechnung tragen. Einmal abgeschlossen, sollen sie von beiden Parteien gewissenhaft beobachtet werden."

Ein amtliches englisches Flugblatt, das im März 1945 über den deutschen Linien abgeworfen wurde, teilte auch mit „Was Kapitulation n i c h t bedeutet“:

„Kapitulation bedeutet nicht, daß der einzelne Soldat jemals der Willkür eines Feindes ausgesetzt ist. Als Kriegsgefangener untersteht er dem Schutz der Genfer Konvention, welche genaue Bestimmungen über seine Behandlung, Verpflegung, Unterbringung usw. enthält und welche vorsieht (Artikel 75, Vertrag vom 27. Juli 1929), daß Kriegsgefangene sobald wie möglich nach Friedensschluß nach Hause zurückzuschicken sind.

Kapitulation bedeutet nicht, daß der einzelne an Kriegsverbrechen unbeteiligte Deutsche von den Alliierten zur Verantwortung gezogen wird. Massenvergeltung gehört zu den Dingen, gegen welche die Alliierten kämpfen. Präsident Roosevelt hat erklärt: ‚Die Vereinten Nationen haben nicht die Absicht, das deutsche Volk zu versklaven. Es ist unser Wunsch, dem deutschen Volk die Möglichkeit zu normaler friedlicher Entwicklung als nützlichem und geachteten Glied der europäischen Völkerfamilie zu geben.‘“

Es ist zwar nicht feststellbar, wann und wo Präsident Roosevelt eine solche Erklärung abgegeben hat, aber die Tatsache, daß dem kämpfenden deutschen Soldaten die Behandlung nach den Vorschriften der „Genfer Konvention“ propagandistisch zugesagt wurde, verdient festgehalten zu werden. Es handelt sich um das einzige Versprechen, das den Deutschen während des Krieges gemacht wurde — es blieb unerfüllt. 43/53—55

•

Als der amerikanische Präsident in den Tagen der Stalingrad-Schlacht die „bedingungslose Kapitulation“ zum Programm erhob, war es klar, daß er damit den vollen a m e r i k a n i s c h e n Einsatz ankündigte, um den R u s s e n den Weg zu i h r e m Zielraum freizukämpfen. Das war es dann auch, was zwischen dem 6. Juni 1944 und dem 8. Mai 1945 geschah. 38/372f.

•

Am 18. Januar 1945 verkündete Churchill erneut die Politik der „bedingungslosen Kapitulation“. Offenbar hat es darüber hinter den Kulissen einige Diskussionen gegeben ...

„Wie sollen wir uns gegenüber dem schrecklichen Feind verhalten, mit dem wir uns jetzt im Handgemenge befinden? Soll eine bedingungslose Kapitulation stattfinden oder sollten wir Vorkehrungen für einen ausgehandelten Frieden treffen? ... Das Prinzip der bedingungslosen Kapitulation wurde vom Präsidenten der Vereinigten Staaten verkündet, und ich billigte es dort und damals im Namen Großbritanniens. Ich bin sicher, daß

diese Forderung, als sie erhoben wurde, richtig gewesen ist, obwohl viele Angelegenheiten, die sich inzwischen zu unseren Gunsten entschieden haben, damals noch in der Schwebe waren. Sollten wir diese Erklärung, die in den Tagen unserer verhältnismäßigen Schwäche und Erfolglosigkeit verkündet wurde, jetzt abschwächen, wo wir die Periode der Herrschaft und Macht erreicht haben?

Ich bin mir klar darüber, daß nichts uns veranlassen sollte, das Prinzip der bedingungslosen Kapitulation aufzugeben und in irgendwelche Verhandlungen mit Deutschland oder Japan einzutreten, unter welcher Maske immer sie sich darbieten würden ..."

Wobei noch zu bemerken ist, daß Churchill wie auch Roosevelt in dieser wichtigen Frage es stets vermieden, die Irrsinnsforderung nach „bedingungsloser Kapitulation" etwa auf die Reichsregierung Hitler zu begrenzen ... 38/240f.

- Die Entstehungsgeschichte der Roosevelt-Formel: „Bedingungslose Kapitulation". Bericht Lord Hankeys 30/65

Erster Teilungsplan: Österreich

In der Teheraner Konferenzsitzung am 1. Dezember 1943 kam es zu einer längeren Debatte über die künftige „Aufteilung Deutschlands". Präsident Roosevelt befürwortete die Aufteilung in fünf Einzelstaaten; der Kaiser-Wilhelm-Kanal, Hamburg, das Ruhr- und Saargebiet sollten überdies internationaler Kontrolle unterstellt werden.

Churchill meinte, der Präsident habe da einen „ganzen Mund voll genommen"; er schlug seinerseits vor, sich mit einer Abtrennung Preußens zu begnügen und ganz Süddeutschland — die Pfalz, Baden, Württemberg und Bayern — einer „Donauföderation" zuzuschlagen, die — offenbar mit Wien als Hauptstadt — auch Ungarn einschließen sollte.

Stalin wandte sich sofort mit allem Nachdruck gegen diesen Plan: deutsche Gebiete in größere Konföderationen einzubeziehen, würde nur „den deutschen Elementen eine Gelegenheit bieten, einen neuen großen Staat aufzubauen". In Stalins Augen gab es nur eine Gefahr: „die Wiedervereinigung von Deutschland". Von deutscher Seite werde immer wieder danach gedrängt werden, und es werde die Hauptaufgabe der künftigen Internationalen Organisation sein, diese Tendenz der Deutschen zu neutralisieren und „gegen sie wirtschaftliche und andere Maßnahmen und — falls nötig — Gewalt anzuwenden, um ihre Einigung und Wiederbelebung zu verhindern".

Churchill erkundigte sich bei Stalin, ob der Marschall sich ein Europa der „kleinen Staaten" vorstelle, „zerstückelt, aufgeteilt und schwach".

Stalin antwortete: „Nicht Europa, wohl aber Deutschland."

Und Präsident Roosveelt gab seine Meinung dahin kund, daß Deutschland „eine viel geringere Gefahr für die Zivilisation darstellte, als es 107 Provinzen hatte".

Churchill murmelte zwar noch, daß er „größere Einheiten" (larger units) erhoffe, aber hinsichtlich Österreichs blieb es bei der bereits einen Monat vordem veröffentlichten „Moskauer Deklaration", in der gesagt worden war, Deutschland sei „auf die Grenzen von 1937 zu reduzieren" und der Staat Österreich wieder herzustellen. Obwohl in diesem Text vom Sudetenland nicht die Rede war, so ergab sich aus der damaligen Österreich-Erklärung die heute noch geisternde sinnwidrige Vorstellung, ein Friedensvertrag mit Deutschland habe nicht von den Grenzen bei Kriegsbeginn, sondern von denen des 31. 12. 1937 auszugehen. 43/288f.

Stalin und Roosevelt: „Erschießung der deutschen Führungsschicht"

In den im Jahre 1961 von amerikanischen State Department veröffentlichten Dokumenten zur sog. Teheran-Konferenz (21. 11. bis 2. 12. 1943) findet sich die nachstehende amtliche Aufzeichnung über einen Meinungsaustausch zwischen Marschall Stalin, Präsident Roosevelt und Premierminister Churchill während eines gemeinsamen Dinners am 29. November 1943:

„In Bezug auf die künftige Behandlung Deutschlands entwickelte Marschall Stalin die These, die er bereits vorher ausgedrückt hatte, nämlich, daß wirklich wirksame Maßnahmen zur Kontrolle Deutschlands vorbereitet werden müßten, sonst würde Deutschland in 15 bis 20 Jahren wieder aufstehen und die Welt in einen neuen Krieg treiben. Er sagte, daß zwei Bedingungen erfüllt werden müßten:

1. Mindestens 50 000 und vielleicht 100 000 der deutschen Führungsschicht müssen physisch liquidiert werden (‚At least 50 000 and perhaps 100 000 of the German Commanding Staff must be physically liquidated').

2. Die siegreichen Alliierten müßten die wichtigen strategischen Punkte der Welt in Besitz behalten, so daß Deutschland sofort gestoppt werden könnte, wenn es nur einen Muskel rühre.

Der Präsident sagte scherzend, er würde die Zahl der deutschen Führungsschicht, die exekutiert werden sollte, auf 49 000 oder mehr (‚at 49 000 or more') festsetzen. Der Premierminister erhob scharfe Einwendungen gegen das, was er eine kaltblütige Ermordung von Soldaten nannte, die für ihr Land gekämpft hatten ..."

Diese düstere Szene ist inzwischen auch von einem Sohn Roosevelts und von Churchill in dessen Memoiren geschildert worden: bei Roosevelts „scherzender" Bemerkung handelte es sich um ein Eingreifen in die Debatte, nachdem Churchill seinen Widerspruch bereits angemeldet hatte.

Stalin war kein Witzbold — sein Vorbringen diente einer Feststellung und einer Erkundung: Er wollte, um späteren Einreden vorzubeugen, im voraus mitteilen, wie er in Deutschland vorzugehen beabsichtigte und er wollte herausbringen, inwieweit die Alliierten sich dieser „leninistisch-stalinistischen" Aktion anschließen würden.

Im zweiten Teil seiner Bemerkung erklärte Stalin unüberhörbar einen Anspruch der Sowjetunion, an einem weltweiten militärischen Stützpunktsystem beteiligt zu werden. Darauf ging Roosevelt nicht ein, Churchill antwortete spitz, England beabsichtige, keine neuen Stützpunkte zu erwerben aber Singapore und Hongkong zu behalten.

Das Ergebnis der Diskussion deutete Stalin zunächst richtig dahin, daß einem Blutbad in Deutschland zwar von amerikanischer Seite kein ernsthafter Widerstand entgegengesetzt werde, daß aber einfache Massenerschießungsaktionen, wie sie noch während der russischen Revolutionsjahre, später bei seinem Vorgehen gegen selbständige Bauern in der Ukraine, dann 1939 in den baltischen Staaten und 1940 in Katyn möglich waren, im mitteleuropäischen Raum zu dramatisches Aufsehen erregen und angesichts des englischen Widerspruches doch zu Schwierigkeiten führen könnten.

Nach Moskau zurückgekehrt, ließ er sich deshalb den Völkerrechtslehrer der dortigen Universität, einen Professor Aron Naumowitsch Traïnine kommen und beauftragte ihn mit der Ausarbeitung einer Grundsatzschrift, die dann tatsächlich zur Grundlage dessen geworden ist, was seither als „Nürnberger Justiz" und in ihrem Schatten als „Entnazifizierung" ein beunruhigender Bestandteil der Nachkriegsgeschichte wurde.

Traïnines Arbeit wurde zu Stalins Zufriedenheit noch so rechtzeitig fertiggestellt, daß sie schon im Winter 1944/45 übersetzt werden und in einer französischen Ausgabe öffentlich zugänglich gemacht werden konnte. Unter dem Titel „La responsabilité penale des Hitleriens" erschien die sowjetische Denkschrift bereits im Januar 1945 als Broschüre in Paris. Nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht wurde Professor Traïnine nach London entsandt. Er hat dort entscheidenden Anteil an der Ausarbeitung des sog. Londoner Statuts gehabt, mit dem am 8. August 1945 (am gleichen Tag, an dem in Moskau Außenminister Molotow dem Botschafter Sato unter Verletzung des sowjetischen-japanischen Nichtangriffs-

paktes eine durch nichts provozierte Kriegserklärung überreichte) die alliierte Siegerjustiz kodifiziert wurde.

In Traïnines Schrift war Stalins Teheraner Programm einesteils gemäßigt andererseits ausgeweitet worden. Die schlicht-wahllose „Erschießung der deutschen Führungsschicht" war durch ein umfassendes System pseudo-gerichtlicher Verfolgung ersetzt, der physische Ausrottungsplan durch ein soziales Deklassierungsprogramm ergänzt worden.

„Die marxistische Schulung hatte sie gelehrt, daß man, wenn in einer Gesellschaft eine bestimmte Geisteshaltung herbeigeführt werden soll, mit der Umgestaltung ihres sozialen Systems ... beginnen sollte"

— so hat ein Engländer später den Gedankengang des sowjetischen Programms gekennzeichnet ...

Um alle diese Kategorien gründlich zu erfassen, entwickelte Traïnine — lange bevor die alliierte Propaganda sich der bei Kriegsende in deutschen Konzentrationslagern vorgefundenen Zustände bemächtigte und sie zur Begründung der Bestrafungspolitik heranzog — den Grundgedanken, daß alle „Komplizen" Hitlers in internationaler Sicht als „Kriminelle" zu gelten hätten und daß zu diesem Kreis der Straffälligen keineswegs nur die Parteiführer oder sonst hervorgetretene Repräsentanten des Nationalsozialismus gehörten. Das Hauptanliegen für Traïnine war die Ausmerzung der Industrieführer, der Gelehrten, der Ingenieure, der Beamten und Künstler. Die geistige Oberschicht, die Deutschland mit der Kultur der Welt verband, sollte nahezu ausnahmslos als „verbrecherisch" diffamiert werden.

Dem sowjetischen Völkerrechtslehrer war natürlich genau bekannt, daß eine Bestrafung dieser Art dem geltenden Völkerrecht widersprach. Er bezeichnete deshalb die einschlägige Lehre des Völkerrechts als „überholt" und forderte von den Alliierten, sich bei der Bestrafung Deutschlands über „veraltete Bedenken" hinwegzusetzen.

Traïnines Formel vom „état criminel" vom „Verbrecherstaat", ging davon aus, daß alle Beamten, Soldaten und Techniker, kurz alle Deutschen, die dem Dritten Reich gedient haben, folgerichtig nun als Komplizen des Hauptverbrechers Hitlers anzusehen seien und entsprechend bestraft werden dürften und müßten.

Mit dieser These setzte Traïnine schließlich Stalins Teheraner Ansichten auch bei den Engländern durch ...

Zu Beginn der Jalta-Konferenz hatte Präsident Roosevelt am 4. Februar 1945 eine persönliche Aussprache mit Stalin. Einleitend erklärte der Präsident, „er (Roosevelt) sei noch blutdürstiger hinsichtlich der Deutschen als ein Jahr vorher und er hoffe, daß Mar-

schall Stalin erneut einen Trinkspruch auf die Hinrichtung von 50 000 Offizieren der deutschen Armee ausbringen werde" („... he hoped that Marshall Stalin would again propose a toast to the execution of 50 000 officers of the German army"). Dies sagte Präsident Roosevelt — obwohl ihm damals bereits bekannt war, daß tausende von kriegsgefangenen polnischen Offizieren im April 1940 bei Katyn durch sowjetische Genickschüsse tatsächlich ihr Leben verloren hatten.

Bei der hier wörtlich zitierten amtlichen Niederschrift handelt es sich um ein einmaliges und beispielloses Dokument: kein anderes Aktenstück des Ersten oder Zweiten Weltkrieges behandelt in derart zynischer Offenheit zehntausendfachen Massenmord.

Bei dieser Gelegenheit verzichtete Stalin, der inzwischen den Traïnine-Plan veranlaßt hatte, auf konkrete Ausführungen, er sagte aber, daß „die Deutschen Wilde seien und daß sie die schöpferischen Leistungen der Menschen offenbar mit sadistischem Haß vernichten". An dieser Stelle vermerkte der amerikanische Protokollführer: „Der Präsident stimmte dem zu."

Der britische Premierminister war bei diesem Gedankenaustausch nicht anwesend. 43/100—103

- Katyn: Der sowjetische Massenmord an polnischen Offizieren April 1940; internationale Tatsachenfeststellungen 30/42f.; 38/275—277
- Verschleppungsverluste im Sowjetbereich 1940/41: ca. 1,5 Millionen Polen und Ukrainer, ca. 190 000 Litauer, Letten und Esten 32/46
- Die alliierten Kriegsverbrechen: Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung, Roosevelt-Schießbefehl September 1941, Katyn, Hiroshima usw. 38/315, 327
- Präsident Trumans Befehl zum warnungslosen Atombomben-Abwurf, Juli 1945 24/197; 30/267f., 304f., 399f.
- Auslieferung kriegsgefangener Kosaken an die Sowjetunion 1945 38/348
- Auslieferung internierter Litauer, Letten und Esten an die Sowjetunion 1945 21/261f.
- Massenmorde nach 1945 43/89
- Professor Grimm über Traïnines „Komplizentheorie" 27/257f., 262f.
- Durchsetzung der sowjetischen Auffassung in der alliierten „Kriegsverbrecher"-Justiz 27/257f.; 43/103f.

„Sowjetoffensive im Westen"

Aus den Aufzeichnungen von Helmut Sündermann, Juni 1944:

Schon im November 1942, als die Nachricht von der Durchfahrt beträchtlicher Kriegsschiffeinheiten und Geleitzüge durch die Straße von Gibraltar im Führerhauptquartier bekannt wurde, war dort die

Aufregung nicht gering. Niemand konnte die Frage beantworten, wohin wohl diese Landungsflotte sich wenden werde. Wie eine drohende Wolke lag einen Tag lang die Möglichkeit in der Luft, daß die Amerikaner und Engländer sich mit einem kühnen Sprung in Korsika und in Südfrankreich festsetzen könnten — wo sie keinerlei Widerstand erwartete, da diese Teile Frankreichs bis dahin von deutschen Truppen nicht besetzt waren. Die Kunde von der Landung in Nordafrika wurde demgegenüber als Erleichterung empfunden. Das deutsche Ostheer kämpfte damals noch im Kaukasus und bei Stalingrad, zahlreiche gute Divisionen standen auf afrikanischem Boden, in Frankreich lagen zwar — nördlich der Demarkationslinie — erhebliche Kräfte, doch befanden sich diese meist in Auffrischung und mußten erst zusammengefaßt werden, von der italienischen Armee waren wirkungsvolle Kampfleistungen nicht zu erwarten — eine angloamerikanische Landung in Südfrankreich mit anschließender schneller Operation im französischen oder oberitalienischen Raum hätte für die deutsche Kriegführung unvermeidbar zur Katastrophe werden müssen... Jedenfalls atmete man bei uns zunächst auf, als die britischen und amerikanischen Truppen in Casablanca, in Algier und Marokko einzogen; und wir beeilten uns, Südfrankreich zu besetzen, um der Wiederholung einer so überraschenden Situation gründlich vorzubeugen.

Seit diesen aufregenden Tagen bestand praktisch schon eine Art Zweifronten-Krieg. Trotz des Fehlschlages im Kaukasus und der Niederlage bei Stalingrad, wäre die deutsche Kraft im Osten noch stark genug gewesen, um — aufgefüllt durch die im Winter in der Heimat ausgebildeten Reserven — im Sommer 1943 auf diesem Kriegschauplatz erneut erfolgreich aufzutreten. Die Verluste der Russen waren bei ihrer ersten großen Gegenoperation beträchtlich gewesen. Nun aber mußten sich die Blicke des Führerhauptquartiers wieder nach dem Westen und in den Süden richten, kampfkräftige Reserven, bestausgestattete Divisionen mußten hier versammelt werden, der Balkan gewann neue Bedeutung, Norwegen durfte nicht vernachlässigt werden...

Das Thema der „Zweiten Front" ist fast so alt wie unsere Rußland-Offensive. Im Archivmaterial finde ich bald, was ich suche, um meinen Artikel, wie er jetzt geschrieben werden muß, einzuleiten:

„Es war bereits in den ersten Augusttagen 1941, als die britische ‚Sunday Times' die folgenden bemerkenswerten Worte schrieb: ‚Selbst wenn die Invasion den Engländern zehntausende von Toten und Verletzten kosten würde — so bemerkt man in Moskau — dürfte eine derartige Offensive trotzdem nicht unterlassen werden.'

Dieser vor nunmehr drei Jahren veröffentlichte Satz enthält alles, was auch heute noch zu sagen ist. Was man damals in Moskau ‚bemerkte', führen die Churchill und Roosevelt nunmehr nach langem Zögern, aber wortgetreu aus. Es ist wahrlich eine S o w j e t-Offensive, die wir im Westen erleben"...

Es ist ein Geschehen voll von Wagnissen und Möglichkeiten, das jetzt seinen Anlauf nimmt. Wenn wir die Invasion glatt abschlagen würden, wäre die deutsche Lage von Grund auf zu unseren Gunsten verändert. Werden wir uns ihr schließlich in längerem Kampf erwehren, dann wird der Krieg zwar noch nicht gewonnen sein, aber der Gegner hat dann keine ernsthafte Chance mehr, mit uns fertig zu werden. Wenn wir aber die Invasion verlieren würden, d. h. es dem Feind gelingt, in Frankreich zu weiträumigen Operationen zu kommen, so würde unsere Lage zweifellos sehr schwierig werden. Wir könnten dann nur noch darauf abzielen, dem Feind seine Absicht, eine „bedingungslose Kapitulation" durchzusetzen, zu teuer werden zu lassen, ihn also „zur Vernunft zu zwingen". 38/14—16, 20

- Der 20. Juli 1944 — Ereignis und Problematik 18/182—186, 195—197; 21/252; 34/218—227, 231; 38/62—69, 76—82, 87—92, 97, 102—104, 281
- Londoner Kommentare: Kein Verhandlungsfriede mit einer deutschen Putschregierung 38/70, 101
- August/September 1944: Warschauer Aufstand der National-Polen — von den Russen angeregt, jedoch nicht unterstützt 38/87, 98, 102, 111, 118f.
- Das Schicksal Polens 1944/45 30/113—115, 136—140; 38/118—120, 147, 230
- 2. Oktober 1944: Kapitulation der Warschauer Aufständischen, weil „ohne ernstliche Hilfe von außen" 38/147
- Sowjetische Kriegserklärung an Bulgarien 6. 9. 1944 38/123

Der Morgenthau-Plan

Als im August 1944 für die amerikanische Regierung der Zeitpunkt gekommen war, ein Programm für die Behandlung Deutschlands nach der Beendigung des Krieges aufzustellen, beschäftigten sich zunächst die beiden zuständigen Ministerien: das Außenamt (State Department), das die politischen Konsequenzen zu beurteilen hatte, und das Kriegsministerium, das etwaige Besatzungsstreitkräfte instruieren mußte, mit den einschlägigen Fragen.

Es stellte sich bald heraus, daß Präsident Roosevelt nicht beabsichtigte, nur die zuständigen Fachleute zu hören. Er bestimmte außerdem den Schatzsekretär Henry Morgenthau und überdies seinen intimen Berater Harry Hopkins zu Mitgliedern des Kabinettausschusses, der eine „Deutschlandpolitik" ausarbeiten sollte; Außenmini-

ster Hull wurde formell zum Vorsitzenden bestimmt. In seinem Arbeitszimmer fand am 5. September 1944 die erste Besprechung statt, und es ergab sich sofort, daß die Ansichten Hulls und die des Kriegsministers Stimson mit denen des von Roosevelt hinzubestimmten Finanzministers Morgenthau keineswegs übereinstimmten.

Morgenthau hatte sich freilich gut gerüstet und kam mit einem fertigen Plan, der die folgenden Kernpunkte enthielt:

1. Deutschland solle „entmilitarisiert" werden. Das bedeute vollständige Entwaffnung der deutschen Wehrmacht und des deutschen Volkes einschließlich totaler Zerstörung der deutschen Rüstungsindustrie und Abtransport der anderen „Schlüssel-Industrien".

2. Die neuen Grenzen Deutschlands: Polen solle denjenigen Teil Ostpreußens erhalten, der nicht an Rußland falle, außerdem den südlichen Teil von Schlesien. Für Frankreich waren das Saargebiet und die Pfalz bis Koblenz vorgesehen.

3. Aufteilung Restdeutschlands: Österreich solle wieder hergestellt, sowie eine süddeutsche und eine norddeutsche Staatengruppe gebildet werden.

4. Das Ruhrgebiet als das „Herz der industriellen Macht" sei aus dem deutschen Staatsgebiet herauszulösen, es sei zu „internationalisieren" und solle „so geschwächt und kontrolliert werden, daß es in absehbarer Zeit kein Industriegebiet wieder werden kann". Insbesondere sollten innerhalb von sechs Monaten nach Beendigung der Feindseligkeiten „alle Industrieanlagen vollständig demontiert, alle Kohlengruben-Ausrüstungen entfernt und die Kohlengruben geschlossen werden".

5. Reparationen sollten nicht durch Zahlungen, sondern wirksamer durch „Abtretung der vorhandenen deutschen Hilfsquellen" erhoben werden, insbesondere durch „Abtretung deutscher Gebiete und Privatrechte", durch „Abtransport und Verteilung der industriellen Anlagen", durch „Beschlagnahme aller deutschen Guthaben jedweder Natur außerhalb Deutschlands", schließlich wörtlich: „durch Zwangsarbeit Deutscher außerhalb Deutschlands".

6. Erziehung und Propaganda: Alle Schulen und Universitäten seien vorerst zu schließen bis „geeignete Lehrer und Schulbücher" verfügbar seien. Ebenso seien alle deutschen Zeitungen und Zeitschriften einzustellen, „bis entsprechende Kontrollen gewährleistet und bestimmte Programme aufgestellt sind".

7. Politische Dezentralisation: um die vorgesehene deutsche Teilung „zu erleichtern und ihr Bestehen zu festigen" sollten die Militärbehörden

a) alle leitenden Beamten der Reichsregierung entlassen und nur mit Lokalverwaltungen verhandeln,

b) die Wiedererrichtung innerdeutscher Länderregierungen in die Wege leiten und die preußischen Provinzen als selbständige Länder errichten;

c) nach der Teilung Deutschlands sollen die verschiedenen Länderregierungen ermutigt werden, eine „Bundesregierung zu organisieren für jedes der neuaufgeteilten Gebiete".

8. Die alliierten Militärregierungen sollten keine Maßnahmen treffen, die etwa die deutsche Wirtschaft „erhalten oder stärken".

9. Während der Dauer von zwanzig Jahren nach der Kapitulation sollten „durch die Vereinten Nationen entsprechende Kontrollen einschließlich der Kontrolle über den Außenhandel" beibehalten werden, um den Neuaufbau von Schlüsselindustrien zu verhindern.

10. Agrar-Programm: aller Großgrundbesitz solle aufgehoben, außerdem das Erbhofgesetz beseitigt werden.

11. Aufstellung eines Programms zur Bestrafung von Kriegsverbrechern und für die Behandlung nazistischer Organisationen" (sog. Entnazifizierung).

Ein zwölfter Punkt behandelte „Uniformen und Paraden", ein dreizehnter die Beschlagnahme aller Militär- und Zivilflugzeuge und der vierzehnte den baldigen Rückzug der amerikanischen Truppen und die Überlassung der Kontrolle Deutschlands an die „kontinentalen Nachbarn" — eine Formel, die offenbar darauf berechnet war, auch England fernzuhalten und den Russen alles allein zu überlassen.

Es nimmt nicht wunder, daß Außenminister Hull sofort erschrak, als er dieses Papier zum ersten Mal überlas und daß auch Kriegsminister Stimson heftig dagegen Stellung nahm. Beide eilten unverzüglich zum Präsidenten und Hull verschwieg nicht seine Ansicht, daß dieser Plan von „blinder Rache" diktiert sei und daß insbesondere die Absicht, die Ruhrkohlenbergwerke zu zerstören, ein „Verbrechen gegen ganz Europa darstelle". Stimson drückte sich ähnlich aus und Roosevelt war sich bald im klaren darüber, daß Morgenthau hoffnungslos überstimmt werden würde, wenn die Angelegenheit weiterhin dem „Kabinettsausschuß" überlassen blieb.

Der Ausweg, den der Präsident diesmal fand, entsprach wiederum seiner bewährten Kriminalroman-Phantasie. Es handelt sich um eine verblüffende Geschichte, über die der amerikanische Publizist John T. Flynn berichtet:

„Am 11. September (1944) fuhr Roosevelt nach Quebec, um Churchill zu treffen. Während der Dauer der Quebec-Konferenz hörten weder Hull noch Stimson weiteres vom Morgenthau-White-Plan. Da aber Roosevelt beabsichtigte, die Angelegenheit hier zu behandeln, war es nötig, daß sowohl Hull wie Stimson von dort fernblieben. Zu Hull sagte Roosevelt, daß in der Konferenz nur militärische Fragen behandelt werden würden. Wir wissen nicht, was er Stimson erzählte, denn, falls militärische Fragen das Konferenz-Thema waren, mußte sicherlich der Kriegsminister anwesend sein. Wie dem auch gewesen sein mag — er lud Morgenthau nach Quebec ein, ohne Hull und Stimson davon zu unterrichten. Dort legte Morgenthau den schändlichen (infamous) Whiteplan Churchill und Roose-

velt vor. Churchill war ärgerlich und unwillig. Als sein Außenminister Anthony Eden in Quebec eintraf, protestierte auch dieser nachdrücklich gegen diesen Plan. Aber er mußte feststellen, daß Churchill bereits zugestimmt hatte. Warum? Churchill, der das Ende des Krieges sich nähern sah, war sehr beunruhigt über Englands finanzielle Lage und bemühte sich, von Roosevelt einige weitere Leih-Pacht-Milliarden für den Nachkriegs-Gebrauch zu erhalten. Solange Churchill dem Morgenthau-White-Plan widersprach, blieb Roosevelt fest gegenüber dem Gedanken jeglicher zusätzlicher Hilfeleistung für England. Schließlich sagte Churchill ‚Was erwarten Sie von mir, was soll ich tun? Soll ich Männchen machen und bitten wie Fala (Roosevelts Hund)?' Morgenthau versprach dann in einem Gespräch mit Churchill Nachkriegskredite in Höhe von sechseinhalb Milliarden Dollar. Churchill verzichtete auf seine Einwände und der Morgenthau-White-Plan war angenommen."

So weit die Quebec-Geschichte; es gab einige Tage später noch einen unvorhergesehenen Zwischenfall: Das „Wallstreet-Journal" veröffentlichte den „Plan" und die deutsche Propaganda bemächtigte sich der Morgenthau-Thesen, um den militärischen Widerstand im Raum von Aachen neu zu beleben. Hitler wandte sich von dem Gedanken, in Ostpreußen das Ende zu suchen wieder ab und organisierte die „Ardennen-Offensive" — in Washington aber kämpften die überrumpelten Minister Hull und Stimson einige wenig erfolgreiche Rückzugsgefechte durch. 24/205—209; 30/107

Ohne es so unmittelbar zu verdeutlichen, wie Theodore N. Kaufmann in seiner Schrift „Germany must perish" es getan hatte, zielte auch der ernstlich zur amerikanischen Regierungspolitik erhobene Deutschland-Plan des US-Finanzministers Henry Morgenthau jr. auf Völkermord ab; indem er die völlige „Entindustrialisierung Deutschlands" — das Ruhrgebiet sollte zur „Schafweide" gemacht werden — forderte, sah Morgenthau den physischen Untergang von beträchtlichen Teilen des deutschen Volkes vor, denn sie lebten ja von der Industrie, die Morgenthau zerstören wollte. Den „Morgenthau-Plan" hat sich bekanntlich Präsident Roosevelt zu eigen gemacht und auch der britische Premierminister Churchill setzte während der Konferenz von Quebec im September 1944 seine Unterschrift unter Morgenthaus Programm.

Es ist richtig, daß der Kreis um Morgenthau trotz des erzielten Anfangserfolges schließlich nicht mächtig genug war, um den präzisen Volksvernichtungspunkt seines „Planes" unverändert durchzusetzen, aber es kann nicht übersehen werden, daß die meisten Kritiker Morgenthaus nur an den aufgeworfenen praktischen Problemen Anstoß nahmen. Der bekannte „Präsidentenberater" Bernard Baruch gibt

wohl die Stimmung im Weißen Haus richtig wieder, wenn er offenherzig über seine eigene Einstellung berichtet:

„Eine Zeitlang sympathisierte ich ... mit Henry Morgenthaus radikalem Plan, Deuschland in ein reines Agrarland zu verwandeln, aber ich sah bald ein, daß das nicht durchführbar wäre."

Baruch selbst versuchte sich in einem 14-Punkte-Programm für Deutschland: die deutsche „Kriegsindustrie" müsse ausgelöscht werden, indem man die Fabriken demontiere und „in befreundete Länder in Ost und West" verlagere. Die deutschen Handelsorganisationen in der ganzen Welt müßten „ausgerottet", die deutschen Ein- und Ausfuhren kontrolliert, die deutschen „Junker", Generalstabsoffiziere und Industrielle den Russen überstellt werden als „Arbeitskräfte zur Reparationszwecken". Überhaupt sei es entscheidend, mit Rußland in diesen Angelegenheiten zu einer Vereinbarung zu kommen, denn Deutschland sei der „Schlüssel zur Frage, ob Rußland, England und die Vereinigten Staaten weiterhin zusammenwirken können (can continue to get along)".

In diesen Sätzen spiegelt sich aufschlußreich die Geisteshaltung, mit der wichtige Kreise der Siegermächte im Frühjahr 1945 daran gingen, aus ihrem militärischen Sieg politische Konsequenzen zu ziehen: zumindest wollten sie ein deutsches Ersatz-Karthago durchsetzen und in der gemeinsamen Ausplünderung und Niederhaltung Deutschlands dem bisherigen Bündnis mit den Sowjets weiteren Sinn verschaffen, ja eine Art Weltregiment unter dieses Vorzeichen stellen. 30/28—31

*

Die ursprüngliche Forderung des US-Finanzministers Morgenthau nach absoluter Auslöschung des deutschen Industriestaates also nach der Zerstörung der Lebensgrundlagen eines modernen 80-Millionen-Volkes hat — wie erwähnt — im Laufe des Winters 1944—45 einige Korrekturen erfahren. Eine Regierungskommission, der — außer Morgenthau und seinem später als kommunistischen Agenten verdächtigten Unterstaatssekretär Dexter White — Staatssekretär Grew, John McCloy, William C. Clayton, H. Freeman Matthews und andere Regierungsbeamte angehörten, erarbeiteten ein Memorandum über die „US-Politik bezüglich Deutschlands für die erste Periode nach der Niederlage".

Ausgehend von dem Gedanken, daß die „Behandlung deutscher Angelegenheiten" grundsätzlich auf „Dezentralisation" auszurichten sei und daß jeder Besatzungszonen-Kommandeur nach den Richtlinien seiner Regierung verfahren solle, insoweit von seiten des

künftigen Kontrollrates keine gesamtdeutschen Direktiven erlassen würden, sind in diesem Schriftstück alle hinreichend bekannten Gemeinplätze über die „Bestrafung der Kriegsverbrecher", „Entfernung von Nazi-Mitgliedern aus allen öffentlichen Ämtern", die Errichtung eines „koordinierten Systems zur Kontrolle der Erziehung", „um die Nazi- und militaristischen Doktrine völlig auszulöschen" usw. enthalten. „Die deutschen bewaffneten Streitkräfte einschließlich des Generalstabs und aller halbmilitärischen Organisationen werden sofort demobilisiert und derart aufgelöst, daß ihr Wiederaufleben oder ihre Reorganisation für alle Zeit (permanently) verhindert wird." In allen diesen Punkten wurde der „Morgenthau-Plan" fast wörtlich übernommen. Nur hinsichtlich der wirtschaftlichen Bestimmungen — Morgenthau wollte bekanntlich jegliche industrielle Einrichtung zerstört wissen und das Ruhrgebiet zu „Weideland" verwüsten — wurde eine Kompromißformel gesucht und gefunden. Die „Lösung" bestand nun in einer „Kontrolle", die einerseits für die „Zerstörung der Kriegsindustrie", andererseits aber auch für die Aufrechterhaltung solcher Produktionen sorgen sollte, die für Reparationszwecke verwendet werden konnten. Die Schriftzüge Morgenthaus sind freilich auch in dieser Kompromißformel deutlich genug zu erkennen. Die wichtigsten Sätze lauten:

„Kontrollen sollen der deutschen Wirtschaft insoweit auferlegt werden, als es notwendig ist, (a) Programme für die industrielle Abrüstung und Entmilitarisierung, für Reparationen und zur Unterstützung befreiter Gebiete durchzuführen, wie sie von höherer Stelle angeordnet werden und (b) um die Produktion und die Wartung von Gütern und Diensten zu sichern, die für die Besatzungsstreitkräfte und ‚displaced persons' (verschleppte Personen) in Deutschland benötigt werden und die lebenswichtig sind, um Hungerepidemien oder solche Seuchen oder Bevölkerungsunruhen zu vermeiden, die die Besatzungsstreitkräfte gefährden würden. Nichts soll in Ausführung des Reparations-Programms oder auf andere Weise geschehen, was den Lebensstandard in Deutschland auf eine höheres Niveau heben würde als es in irgend einem der benachbarten Länder der Vereinten Nationen besteht... Wiederkehrende Reparationsleistungen dürfen weder durch ihre Form noch durch ihr Ausmaß den Wiederaufbau oder die Entwicklung einer deutschen Schwerindustrie erforderlich machen und sie dürfen nicht die Abhängigkeit anderer Länder von der deutschen Wirtschaft begünstigen."

Dieses „Memorandum" wurde mit den Unterschriften aller Beteiligten — von Grew bis Morgenthau — dem Präsidenten Roosevelt nach seiner Rückkehr aus Jalta vorgelegt und von diesem am 10. März 1945 mit dem Vermerk versehen „OK — FDR".

Eine wenig veränderte Umarbeitung dieses vom Präsidenten so schnoddrig gebilligten Textes bildete dann die berüchtigte „Direktive ICS 1067", nach der die amerikanische Besatzungspolitik bis in den Juli 1947 geregelt blieb. 30/116—118

*

Morgenthau war kein extremer Einzelgänger sondern der amerikanische Finanzminister und persönliche Freund des Präsidenten Roosevelt, Sprecher sehr einflußreicher Kreise. Sie fühlten sich als „Fortschrittler" und wollten ein „deutsches Karthago" nicht nur um die Deutschen aus der künftigen Welt auszuschalten, sondern auch um mit diesem Enteignungsexempel einen Angriff gegen die „Sozialstruktur" sogar ihres eigenen Landes vorzutragen.

Auch aus diesem Grunde erschien ihnen das nach einem militärischen Zusammenbruch Deutschlands zu erwartende Übergreifen der Sowjetunion in den mitteleuropäischen Raum nicht unerwünscht; Präsident Roosevelts Verhalten noch auf der Konferenz von Jalta war offenkundig von solchen Vorstellungen beherrscht. 43/52f.

- Bekanntwerden des Morgenthau-Planes im September 1944 38/105f., 131—133, 138f.
- Oktober 1944: Deutscher „Volkssturm"-Aufruf als Antwort auf den Morgenthau-Plan 38/165
- Roosevelts vierter Wahlkampf: „Wir gehen ... zur größten Epoche freier Errungenschaften freier Menschen" 38/152
- Der unterlegene republikanische Präsidentschafts-Kandidat Dewey kritisiert Morgenthaus „Plan, wie das deutsche Volk nach dem Kriege vernichtet werden soll" 38/181
- Harry D. Whites mysteriöser Selbstmord nach Vernehmung im Spionagefall Hiss 1948 14/225

Churchill: „Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten"

Die Lage, der sich Churchill im Sommer und Herbst 1944 gegenübersah, kennzeichnet der offiziöse „Survey of International Affairs 1939—1946", der vom Königlichen Institut für Internationale Angelegenheiten herausgegeben wird, mit folgenden, zwar etwas poetischen aber doch recht treffenden Worten:

„Im Osten sah er die russische Macht sich über den Balkan und in Richtung auf Mitteleuropa ausbreiten wie einen majestätischen und gigantischen Gletscher, der überall wo er ankam die Wärme des westlichen Einflusses in den bäuerlichen Ländern Osteuropas zum Erstarren brachte. Im Westen

sah er die Vereinigten Staaten in nie geträumter Machtentfaltung, viel zu überrascht von ihrer neuentdeckten Stärke, um zu wissen, was mit ihr anzufangen sei. Noch schlimmer: er sah zu Hause, wie ernstlich die britische Macht und die nationale Wirtschaft durch den Krieg zugrundegerichtet waren ..."

Was tat der sonst so einfallsreiche Winston Churchill, um diese Probleme zu meistern: er fuhr zunächst nach Quebec, verbeugte sich vor Roosevelt und setzte — wie ihm geheißen ward — seine Paraphe unter den Plan, mit dem der amerikanische Schatzsekretär Morgenthau (und nicht nur er) Deutschland in eine Wüste und Europa in ein wogendes Chaos versetzen wollte.

Und damit es nicht erscheine, als sei er nur mit halbem Herzen mit von der Partie, stellte er sich am 15. Dezember 1944 vor die Bänke des Unterhauses und hielt dort die niedrigste Rede, die wohl je ein Minister des Königs vor diesem Parlament gehalten hat, indem er die beschlossene Vertreibung von Millionen Deutschen aus den Ostgebieten als eine staatsmännische Tat anpries.

Nachdem er die sowjetische Forderung der sogenannten Curzon-Linie als künftige polnische Ostgrenze erörtert hatte, sagte Churchill nach den Agenturberichten u. a.:

„Den Polen steht es von seiten Rußlands und Großbritanniens frei, ihr Staatsgebiet auf Deutschlands Kosten nach Westen auszudehnen. Ich beabsichtige nicht, jetzt genaue Einzelheiten zu besprechen, aber die Ausdehnung Polens in dieser Richtung wird sehr beträchtlich sein und durch England und Rußland befürwortet werden, die wiederum durch eine zwanzigjährige Allianz miteinander verbunden sind ... Transferierung von mehreren Millionen Menschen wird durchzuführen sein vom Osten in den Westen oder in den Norden und die Austreibung der Deutschen — denn das wird vorgeschlagen: die völlige Austreibung der Deutschen — aus den Gebieten, die Polen erwirbt. Eine Vertreibung ist, soweit wir überblicken können, die befriedigendste und dauerhafteste Methode." 8/125; 30/144f.; 38/211f.

De Gaulle: Frankreichs „lebenswichtige Bedingungen"

Aus den Aufzeichnungen von Helmut Sündermann:

3. Dezember 1944. General de Gaulle, dessen „Befreiungs-Ausschuß" erst kürzlich von den Alliierten als französische Regierung anerkannt wurde, ist in Moskau eingetroffen und mit „großem Bahnhof" empfangen worden. Nicht nur Molotow erschien, sondern auch General Antonow, der Chef des sowjetischen Generalstabes. Das

wird dem Franzosen besonders geschmeichelt haben, denn der militärische Beitrag, den die Gaullisten im Westen leisten, ist gering und beschränkt sich auf ein paar Divisionen. Die Hauptmacht stellen die Amerikaner.

18. Dezember 1944. Nachdem der französische General de Gaulle aus Moskau wieder abgereist ist, wird der Text des Abkommens veröffentlicht, das er mit Stalin „für die Dauer von 20 Jahren" abgeschlossen hat. Darin wird nicht nur für den gegenwärtigen Krieg beiderseitiger Beistand vereinbart, sondern auch für diese lange Zukunft.

Die zwei Mächte versichern sich auch, daß keine von ihnen „Allianzen schließt oder Koalitionen beitritt, die gegen eine der beiden gerichtet sind". Das ist eine deutliche Belehrung für die Leute, die in England von einem von den Russen unbeeinflußten „Westpakt" träumen. Hauptanliegen des sowjetisch-französischen Vertrages ist in Artikel 3 formuliert:

„Die Hohen Vertragschließenden werden in gemeinsamer Bemühung alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um nach Abschluß des gegenwärtigen Konflikts mit Deutschland jegliche neue Drohung, die von Deutschland ausgehen könnte, von vornherein auszumerzen..."

Im Interesse an der Niederhaltung Deutschlands war sich schon Richelieu mit dem türkischen Sultan einig. Diesmal vollzieht sich das Spiel freilich in umgekehrter Richtung. Da de Gaulle überdies im Westen bisher schlecht behandelt wurde, ist er für Stalin eine geeignete Figur zu einem Rösselsprung über den Rhein hinüber.

22. Dezember 1944. Nachdem der Moskauer Vertrag unterzeichnet ist, beteiligen sich nun auch die de Gaulle-Franzosen an den „Deutschland-Plänen". Dr. Dietrich gibt folgende Tagesparole durch, die auf eine Führerbemerkung zurückgeht:

„Die Raub- und Vernichtungsabsichten des Feindes, die erst kürzlich durch Churchill proklamiert wurden, fanden jetzt ihre Bestätigung durch die Haßausbrüche des französischen Außenministers Bidault, der Deutschland seiner sämtlichen Industriegebiete berauben, Sowjetpolen bis nach Mitteldeutschland ausdehnen und die französiche Grenze tief nach Westfalen verlegen will."

10. Februar 1945. Auf die ohne ihn tagende Jalta-Konferenz zielt eine Rundfunkrede des Generals de Gaulle am Montagabend. In drei Monaten, so versicherte er, werde Frankreich doppelt so viele Divisionen haben wie im Dezember (als er in Moskau war); wieviel (oder wie wenige) es damals waren und dann sein werden, darüber sagte der General nichts. Aber er kündigte an, daß „bei der Beset-

zung ganz Deutschlands, die notwendigerweise dem Siege folgen wird", die französische Armee „schrittweise das Übergewicht im Westen erhalten" werde. Hinsichtlich der Zukunftsregelungen habe Frankreich seine Alliierten wissen lassen, daß es sich an keine Bestimmung gebunden halte, die ohne französisches Einverständnis getroffen werde; die französische Regierung erkenne nur solche Lösungen an, die mit ihren eigenen Interessen übereinstimmen. Was sich de Gaulle darunter vorstellt, sagte er ohne Zimperlichkeit:

„Die endgültige Anwesenheit französischer Streitkräfte den ganzen Rhein entlang, die Abtrennung der linksrheinischen Gebiete und des Ruhrbeckens von dem, was in Zukunft der oder die deutschen Staaten sein werden, die Unabhängigkeit Österreichs usw. sind für Frankreich lebenswichtige Bedingungen."

38/203, 215f., 204f.

Benesch: „Das Problem der Deutschen radikal lösen"

Zu denen, die sich in der internationalen Propaganda zum Worte meldeten, gehörte auch Herr Benesch, seines Zeichens abgedankter (Oktober 1938) und aus eigenem Entschluß (1940) wieder politisch tätiger „Präsident der Tschecho-Slowakei". Er verkündete von London aus in einer Ansprache zu Weihnachten 1944 einiges Erstaunliche:

„Wir in der Tschecho-Slowakei werden nicht zum Jahre 1938 zurückkehren. Wir werden eine neue Verfassung haben und eine dezentralisierte Verwaltung, insbesondere für die Slowakei ... Es wird eine tschechische Verwaltung in den tschechischen Gebieten eingerichtet werden, eine slowakische in der Slowakei und eine ukrainische in der Karpatho-Ukraine."

Soweit klang das nach später, aber nützlicher Einsicht; dann kam noch der Pferdefuß: „Das Problem unserer Deutschen werden wir radikal lösen."

Was „radikal" bedeutet, darüber gab Herr Benesch keine Auskunft.

38/219

Die Konferenz von Jalta

Aus dem Protokoll der zweiten Vollversammlung am 5. Februar 1945, 16—20 Uhr, Livadia-Palast:

Marschall Stalin fragte, ob die drei Alliierten bei Übergabe der bedingungslosen Kapitulation eine Zergliederung Deutschlands erwähnen soll-

ten. Wäre es nicht vielleicht sogar gut, diesen Bedingungen eine Klausel hinzuzufügen, die besagt, daß Deutschland zergliedert werden würde, ohne auf Details einzugehen?

Der Premierminister (Churchill) sagte, er glaube nicht, daß eine Notwendigkeit bestehe, mit irgend einem Deutschen irgend eine ihre Zukunft betreffende Frage zu erörtern ...

Der Präsident (Roosevelt) sagte, daß in Bezug auf Reparationen zuerst die Frage der Wünsche und Bedürfnisse der Haupt-Alliierten, dann erst jene der kleinen Länder wie Belgien, Holland, Norwegen usw. erörtert werden müssen. Er sagte, er möchte die Frage der russischen Wünsche in Bezug auf die Ausnützung der deutschen Arbeitskraft aufwerfen.

Marschall Stalin erwiderte, daß ein Plan für Reparationen in Waren ausgearbeitet worden sei, daß sie jedoch noch keinen Plan in Bezug auf die deutsche Arbeitskraft vorlegen könnten ...

Aus dem Protokoll der vierten Vollversammlung am 7. Februar 1945, 16 Uhr, Livadia-Palast:

Marschall Stalin bemerkte, daß die meisten Deutschen in diesen Gebieten (östlich der Oder) bereits vor der Roten Armee davongelaufen seien.

Der Premierminister (Churchill) sagte, dies vereinfache natürlich das Problem und in Bezug auf die Frage des Raumes glaube er, daß die Tatsache, daß Deutschland im Kriege sechs bis sieben Millionen Menschen verloren habe und voraussichtlich noch eine Million mehr verlieren werde, dieses Problem vereinfachen werde.

Marschall Stalin sagte, daß die Deutschen wohl eine oder zwei Millionen mehr Menschen verlieren würden.

Die gleiche Diskussion nach einem anderen Protokoll:

Premierminister: Da ist dann noch das Problem, wie sie in Deutschland zu behandeln sind. Wir haben sechs oder sieben Millionen getötet und werden wahrscheinlich noch eine Million töten, bevor der Krieg aus ist.

Stalin: Eine oder zwei?

Premierminister: Oh, ich habe nicht die Absicht, dies irgendwie zu begrenzen.

Dinner am 8. Februar 1945, 21 Uhr, Jossupowsky-Palast:

Die Atmosphäre des Dinners war äußerst herzlich und im ganzen wurden 45 Toaste ausgebracht. Marschall Stalin war in ausgezeichneter Stimmung und sogar in bester Laune. Die meisten der Trinksprüche erfolgten routinemäßig — auf die Streitkräfte der repräsentativen Länder, auf die militärischen Führer und auf die fortgesetzte Freundschaft der drei Großmächte ...

Marschall Stalin trank auf die Gesundheit des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Er sagte, er und Mr. Churchill hätten jeder in seinem Land verhältnismäßig einfache Entscheidungen zu treffen gehabt. Sie hätten gegen Hitlerdeutschland um ihre nackte Existenz gekämpft; doch sei da noch

ein dritter Mann, dessen Land nicht ernstlich durch eine Invasion bedroht gewesen sei, der aber vielleicht eine umfassendere Auffassung des nationalen Interesses gehabt habe und der, obwohl sein Land nicht unmittelbar gefährdet gewesen sei, der hauptsächlichste Schmied der Werkzeuge gewesen sei, die zur Mobilisierung der Welt gegen Hitler geführt hätten. Er erwähnte in diesem Zusammenhang das Pacht- und Leihabkommen als eine der bemerkenswertesten und ausschlaggebenden Leistungen des Präsidenten zur Bildung der gemeinsamen Front gegen Hitler und zur Erhaltung der Alliierten im Felde gegen Hitler.

Der Präsident sagte in seiner Antwort auf diesen Trinkspruch, er empfinde die Atmosphäre dieses Dinners wie die innerhalb einer Familie ...

Aus dem Protokoll der siebenten Vollversammlung am 10. Februar 1945, 16 Uhr, Livadia-Palast:

Es folgte eine langwierige und bisweilen etwas hitzige Diskussion zwischen Marschall Stalin und Churchill über die Frage der Reparationen. Es war das das einzige Mal während der Konferenz, daß Stalin Ärger zeigte. Er hegte offenbar den Verdacht, das Auftreten der Briten gegen die russischen Reparationen bilde einen Teil eines Programms zur Errichtung eines starken Deutschlands.

An einem Punkt der Diskussion sagte er geradeheraus, wenn die Briten nicht wollten, daß die Russen Reparationen bekommen sollten, sollten sie dies offen sagen. Das verneinte Mr. Churchill natürlich nachdrücklich.

Diese knappen, aber für das Niveau der Jalta-Konferenz bezeichnenden Zitate aus den umfangreichen amtlichen Dokumenten, die die amerikanische Regierung im Jahre 1954 veröffentlichte, zeigen einen weltpolitischen Einfluß an, wie ihn weder jemals vorher, noch seither wieder ein russischer Regierungschef auszuüben in der Lage war. Mit wenigen, aber bestimmenden Worten lenkte Stalin diese Konferenz ...

Stalin diktierte, Roosevelt fügte sich — ein langer, ereignisreicher Weg von den Tagen der Anerkennung der Sowjetunion und des Besuches Litwinows im November 1933 bis zu den Szenen im Livadia-Palast auf der Krim!

14/218—224

- Das Jalta-Kommuniqué — Stellungnahme Hitlers und Goebbels' 38/268, 321
- Kritik im Britischen Unterhaus: „Jalta-Kommuniqué im Gegensatz zur Atlantic Charter" 38/391
- Deutschland und die USA — rückblickende Meinungsäußerung Hitlers Ende Februar 1945 38/294

Arbeitskräfte als „Reparationen"

Aus den Aufzeichnungen von Helmut Sündermann:

10. Februar 1945: Der Londoner „Daily Mirror" hat — ohne sich darüber aufzuregen — die mutmaßliche Forderung der Sowjets auf Abstellung deutscher Arbeitskräfte mit etwa sechs Millionen Mann berechnet.

11. März 1945: Wir haben das Original eines „Befehls" übermittelt erhalten, den die sowjetischen Ortskommandanten in den besetzten deutschen Gebieten als Plakat zum Aushang bringen. Der Text ist vorgedruckt, Datum und Ort werden jeweils eingesetzt. Die Unterlage stammt vom 12. Februar aus der schlesischen Stadt Oels. Der „Befehl Nr. 2" mobilisiert die gesamte männliche Bevölkerung der Stadt im Alter von 17 bis 50 Jahren zwecks „Absendung zur Arbeit". Daß es sich nicht etwa um einen örtlichen Arbeitseinsatz handelt, sondern tatsächlich um dauernde Verschickung, zeigt die unter Punkt 2 des Befehls aufgeführte Liste von Gegenständen, die die Einberufenen mitzubringen haben. Es ist auch überaus bezeichnend, daß die Verschickten Verpflegung für mindestens 10—15 Tage mitzubringen haben — die bolschewistischen Sklavenhalter ersparen sich augenscheinlich die Mühe, selbst für die Verpflegung auf dem langen Marsch zu sorgen! In Punkt 3 wird ausdrücklich ‚nochmals wiederholt', daß alle Deutschen dieser Deportation unterliegen, gleichviel, ob sie marsch- oder arbeitsfähig sind oder nicht. 38/265, 306f.

Ilja Ehrenburg

Der Sowjetpropaganda gelang es, sich auch im großen Wettbewerb der Haßgesänge — trotz erstaunlichster Leistungen sowohl der Engländer wie der Amerikaner auf diesem Gebiete — an die Spitze zu setzen. Berühmtberüchtigt wurden die sadistischen Sätze des Moskauer Schriftstellers Ilja Ehrenburg, die den russischen Soldaten zum Vormarsch in Deutschland mit auf den Weg gegeben wurden:

„Tötet!
Es gibt nichts, was in den Deutschen unschuldig ist!
Die Lebenden nicht und die Ungeborenen nicht!
Folgt der Weisung des Genossen Stalin!
Zerstampft für immer das faschistische Tier in seiner Höhle!
Brecht mit Gewalt den Rassenhochmut der germanischen Frauen!
Nehmt sie als Beute!
Tötet, ihr tapfer vorwärts stürmenden Rotarmisten!"

Das blieben nicht nur Worte. In den düsteren Wochen des Frühjahrs 1945 gab es für die russischen Soldaten keinen Unterschied der Klassen — alle deutschen Männer und vor allem alle deutschen Frauen waren damals ihr Freiwild. Nicht das Banner einer Revolution wurde entfaltet; Rassenhaß in seiner tierischen Form war die Parole. 14/216

7. März 1945: Generaloberst Guderian spricht vor der Berliner Pressekonferenz über die sowjetische Truppen-Propaganda; er hält die Berichte über Ausschreitungen der Sowjetsoldaten in den von ihnen besetzten deutschen Gebieten nicht für „zusammenhanglose Vorkommnisse, wie sie sich im Kriege immer einmal ereignen"; es seien vielmehr folgende Tatsachen offenkundig:

„1. Durch eine mit Systematik betriebene Propaganda sind die in der Sowjetarmee vereinigten östlichen Völker planmäßig auf den Zeitpunkt vorbereitet worden, an dem es den Bolschewisten gelingen würde, in Deutschland vorzudringen. Für diesen Augenblick ist durch die gemeinsten Lügen und Verdrehungen in den Angehörigen der sowjetischen Wehrmacht ein solcher Vernichtungsrausch erzeugt worden, daß es bei der ersten Berührung mit wehrlosen deutschen Menschen zu den furchtbaren Greueln kommen mußte, die sich tatsächlich dann ereignet haben. 2. Neben dieser Vorbereitung wurden den Angehörigen der Roten Armee bei Beginn der Winteroffensive in den Befehlen ihrer Kommissare und Kommandeure ganz klar Plünderungs- und Mordanweisungen erteilt."

Als Beweis dafür zitierte Generaloberst Guderian den Text eines Tagesbefehls, den der Oberbefehlshaber der 1. Weißrussichen Front, Shukow, zu Beginn der Januar-Offensive an seine Truppen erlassen hat; Guderian sagte dazu:

„Dieser Befehl beginnt bereits mit der Formel, es gelte jetzt, ‚dem faschistischen Tier in seiner eigenen Höhle den Garaus zu machen'. Shukow fährt fort: ‚die Zeit ist gekommen, mit den deutsch-faschistischen Halunken abzurechnen. Groß und brennend ist unser Haß! Wir werden uns grausam rächen für alles.' Mit Ausdrücken wie ‚faschistisches Getier', ‚Hitlersche Menschenfresser' und ähnliches schiebt dann der Marschall der Sowjetunion die Schuld an den Opfern, die der Welteroberungsplan des Bolschewismus den Völkern Rußlands bisher kostete, dem deutschen Volk zu und droht ihm eine vielfache Vergeltung, d. h. also praktisch die Ausrottung unseres 90-Millionen-Volkes an.

Was die sowjetische Soldateska an Morden, Quälereien, Vergewaltigungen und Plünderungen jetzt im deutschen Osten begeht, entspricht dem Geist dieses Befehls."

Natürlich hat sich der sowjetische General diese Ausdrücke nicht selbst ausgedacht, sondern sie von oben her diktiert bekommen; sie entstammen offenkundig der dichterischen Phantasie des uns sattsam bekannten Ilja Ehrenburg. 38/300f.

*

6. März 1965: Kürzlich hat sich „Times Literary Supplement" mit Herrn Ehrenburg beschäftigt, der sich heute als gesitteter Schriftsteller darstellt und von seiner einstigen Funktion als literarischer Kriegshetzer nichts mehr wissen will. Der englische Kritiker ist nicht so vergeßlich, er nennt Ehrenburg einen „Morale-builder for Stalin", erinnert an ein Stalinwort, wonach Ehrenburg ihm „30 Divisionen wert" gewesen sei, und spricht kühl von „Ehrenburgs antideutscher Haßpropaganda". Daß er diese jetzt abzuleugnen versuche, sei der „schwache Punkt" der Ehrenburg-Memoiren. Die Wahrheit sei, daß noch in der letzten Kriegsphase Ehrenburgs Parolen: „Die Stunde der Rache hat geschlagen" und: „Deutschlands Städte brennen — ich bin glücklich" die russischen Truppen sehr ermutigt hätten, sich in Deutschland „wie wild" zu gebärden, Stalin selbst sei zum Schluß Mitte April 1945 noch gegen Ehrenburg eingeschritten und habe den Tiraden ein Ende gesetzt. 38/299

● Feststellungen einer internationalen Kommission über Zustände in sowjetischbesetzten deutschen Ortschaften, November 1944 38/175f.

Deutsche Regierung „nicht vorgesehen"

Aus den Aufzeichnungen von Helmut Sündermann:

10. Februar 1945: Manche unserer Militärs scheinen zu hoffen, daß die zur Zeit stattfindende „Dreier-Konferenz" am Schwarzen Meer mit einem Krach endet. Der Führer erwartet offenbar das Gegenteil und will, daß die Presse ihre Leser auf eine von dort zu erwartende „Proklamation an das deutsche Volk" vorbereitet. Es ist klar, daß eine von den Sowjets vorbereitete „Regierung" mit ein paar Generalen als Aushängeschild in Wirklichkeit nur einen Zwischenschritt zur Bolschewisierung ganz Deutschlands bedeuten würde. Deshalb beschäftigt sich der Führer besonders mißtrauisch mit der in der internationalen Presse diskutierten Möglichkeit einer Einsetzung des in Rußland aus gefangenen deutschen Offizieren gebildeten „Seydlitz-Komitees" in Königsberg . . .

Ein Sprecher der de Gaulle-Regierung hat in Paris inzwischen auf Fragen von Journalisten versichert, daß nach seiner Kenntnis das Moskauer Generals-Komitee gewiß nicht als deutsche Regierung anerkannt werde, sondern „ausschließlich zu Propagandazwecken benützt wird, um die Moral des deutschen Heeres und des deutschen Volkes zu untergraben".

14. Februar 1945. Überraschend in dem umfangreichen Jalta-Kommuniqué ist das Fehlen einer Deutschland-Erklärung. Für das deutsche Volk scheint man nicht einmal mehr Worte übrig zu haben. Auf meine diesbezügliche Bemerkung meint der Führer freilich, daß die Alliierten möglicherweise eine solche Aktion zu einem späteren Zeitpunkt doch noch unternehmen.

22. Februar 1945. Das amerikanische INS-Büro bestätigt, was kürzlich schon ein Pariser Sprecher von sich gab: In Washingtoner Regierungskreisen werde zum Jalta-Kommuniqué, „um ihm die richtige Auslegung zu geben" betont, daß eine deutsche Regierung „nicht vorgesehen sei". 38/264f., 268, 282

Die „Steinigung Deutschlands"

Aus den Aufzeichnungen von Helmut Sündermann:

17. Februar 1945: Im Auslands-Nachrichtenstoff finden sich jetzt nur noch selten Stimmen, die für unseren deutschen Standpunkt Verständnis zeigen. Immerhin hat der nationale Oppositionsführer in Südafrika, Dr. Malan, es gewagt, die Krim-Konferenz als einen „Betrug an der Atlantik-Charter" zu bezeichnen und daran zu erinnern, daß Deutschland ein Bollwerk gegen den Bolschewismus sei. Diese Bemerkungen haben den amtierenden südafrikanischen Ministerpräsidenten General Smuts sehr empört und er hat Dr. Malan belehrt, er möge es unterlassen, „einen der großen Augenblicke der Geschichte" zu „engstirniger politischer Propaganda zu mißbrauchen".

Der große schwedische Asienforscher und treue Freund Deutschlands Sven Hedin wird übermorgen 80 Jahre alt. Erst kürzlich hat er in Stockholm einen Artikel gegen die amerikanischen „Deutschlandpläne" veröffentlicht, in dem er kein Blatt vor den Mund nahm:

„In einer fünf Jahre lang Tag für Tag durch eine raffinierte Agitation zum wahnwitzigen Haß gegen das deutsche Volk aufgestachelten Menschheit findet Roosevelts Verkündung von der ‚notwendigen Vernichtung Deutschlands' einen fruchtbaren Boden. In Wirklichkeit aber verhält es sich so, daß Deutschland nur deshalb in Fetzen gerissen und zerstückelt werden

soll, weil man seine Fähigkeiten, seine Geschicklichkeit, seine Ideen als Hindernis auf dem Wege zur nordamerikanischen Weltherrschaft empfindet."

Auch seinen eigenen Landsleuten sagte Sven Hedin ein sehr ernstes und durchaus aktuelles Wort; die Frage, ob eine schwedische Kriegserklärung zu erwarten sei, ist erst in den Lagebesprechungen der letzten Tage wieder besprochen worden:

„Über unsere eigenen Wege senken sich düstere Schatten und Schweden ist ernster bedroht als je in seiner Geschichte ... Unser Volk läßt sich von seiner verblendeten Presse und einer wilden Agitation verführen und will nicht glauben, daß es so Schritt um Schritt näher an den Rand des Abgrunds geführt wird. Es vergißt seine eigene heroische Größe und Ritterlichkeit in der Vergangenheit, um sich ohne Scham einer bodenlosen Feigheit in der Gegenwart hinzugeben und teilzunehmen an der allgemeinen Steinigung Deutschlands."

Die „Steinigung Deutschlands" — das ist ein treffender Ausdruck für all das, was seit drei Jahrzehnten im Gange ist und sich nun zu einem Furioso steigert. 38/274f.

- März 1945: Vergebliche deutsche Friedensfühler 38/311
- Gründung der „Vereinten Nationen" — Beitrittsbedingung: Kriegserklärung an Deutschland 38/287, 308
- Tod Roosevelts und Amtsantritt Präsident Trumans 30/86—91; 38/342
- Molotow in Washington 30/92
- Amerikanische Strategie im April 1945: Halt an der Elbe, Berlin und Prag den Russen überlassen 24/211f.; 30/48—40; 38/345f., 352
- April 1945: Hitlers Ausblick auf die deutsche Lage nach dem Zusammenbruch 38/335
- Hitlers Ende 16/134; 30/48f.; 34/79, 158, 195, 222, 232, 236, 240f.; 38/285f., 319, 338, 354—361

UNTERWERFUNG

Die Kapitulationsurkunde — zurückgehalten

Am 25. Juli 1944 einigten sich Beauftragte der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion in London über einen geheimen Text, der als Dokument einer „bedingungslosen Kapitulation" bei Kriegsende von deutschen Bevollmächtigten unterzeichnet werden sollte. Dieser Text war mit der Überschrift „Unconditional surrender of Germany" versehen und in vierzehn Punkte gegliedert. In einem einleitenden Satz sollten „die deutsche Regierung und das deutsche Oberkommando" „die völlige Niederlage der deutschen Streitkräfte" „erkennen und anerkennen" und „hierdurch Deutschlands bedingungslose Kapitulation verkünden". Im wichtigsten Punkt 12 des Textes sollte die deutsche Regierung insbesondere bestätigen, daß die USA, Großbritannien und die Sowjetunion „die oberste Gewalt in bezug auf Deutschland besitzen" und daß diese Mächte „in Ausübung dieser Gewalt" „Maßnahmen ergreifen, die sie für den künftigen Frieden und die Sicherheit als erforderlich halten, einschließlich der vollständigen Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands".

Während der Konferenz von Jalta fand man heraus, daß für die Deutschlandpläne der Alliierten diese Formulierungen nicht ausreichten. Alle drei Regierungschefs waren damals von dem Gedanken beseelt, Deutschland müsse jedenfalls aufgeteilt werden, und es war klar, daß Punkt 12 der vorgesehenen Kapitulationsbedingungen immer noch Deutschland als Ganzes behandelte.

In der Sondersitzung der Außenminister vom 6. Februar 1945 schlug deshalb der damalige US-Staatssekretär Stettinius vor, in Punkt 12a des Kapitulationstextes solle unmittelbar nach dem Begriff „Entmilitarisierung" das Wort „dismemberment", also „Zerstückelung", Deutschlands eingefügt werden. Der britische Außenminister Eden empfand diesen Ausdruck als zu plump; er schlug vor, statt dessen von „Maßnahmen zur Auflösung des deutschen Einheitsstaates" zu sprechen. Das brachte den sowjetischen Außenminister Molotow in Harnisch; er wünschte nun eine ausführliche Formel: „Um den Frieden und die Sicherheit Europas zu gewährleisten" würden „Maßnahmen zur Zerstückelung Deutschlands" getroffen werden. Die ganze Debatte endete schließlich mit einer Rückkehr zum Vorschlag Stettinius' und es wurde nun ein Text der Kapitulationsurkunde vorbereitet, der dem entsprach.

Das Dokument lag in Eisenhowers Hauptquartier in mehreren Ausfertigungen bereit, nur für Ort, Datum und Unterschriften war freier Platz gelassen.

Als dann freilich am 6. Mai 1945 der deutsche Generaladmiral von Friedeburg und anschließend Generaloberst Jodl als Bevollmächtigte des neuen Reichsoberhauptes Großadmiral Dönitz im alliierten Hauptquartier in Reims eintrafen, um eine geregelte Waffenniederlegung der deutschen Wehrmacht anzubieten, bekamen sie das so umständlich vorbereitete Geheimdokument nicht zu Gesicht. Weder Dönitz noch Jodl wußten überhaupt etwas von dem Text, der seit Jalta in Eisenhowers Schublade lag; ihnen wurde ein Papier vorgelegt, dessen Überschrift nicht mehr „Unconditional surrender of Germany" lautete, sondern entscheidend eingeschränkter „Act of military surrender", zu deutsch: „Urkunde über die militärische Kapitulation"...

Die Gründe, die das alliierte Hauptquartier zur Zurückziehung der ursprünglichen 14-Punkte-Erklärung veranlaßt hatten, sind in der einschlägigen Literatur bisher nur angedeutet worden, allerdings klar genug: man befürchtete, daß Dönitz die Unterzeichnung einer Kapitulationsurkunde verweigern würde, wenn in ihr die seit Juli 1944 vorgesehenen und in Jalta noch verschärften Erklärungen über die politische Kontrolle und Aufteilung Deutschlands enthalten wären. Die Klausel des Punktes 4 konnte dagegen für das deutsche Staatsoberhaupt keinen Anhaltspunkt für eine Unterschriftsverweigerung bieten: die in Entwicklung begriffenen „Vereinten Nationen" hatten die Grundsätze der „Atlantik-Charter" ausdrücklich übernommen, der einschlägige Punkt des neuen Kapitulationstextes war deshalb sogar ermutigend: er stellte den Weiterbestand eines gesamtdeutschen Staatswesens nicht in Frage und bestätigte ihn sogar.

Es muß hier noch gesagt werden, daß eine Zustimmung etwa zu einer „Entmilitarisierung" oder gar mit einer „Zerstückelung Deutschlands", wie sie im geheimgehaltenen Text der ursprünglich vorgesehenen Kapitulationsurkunde vorgesehen war, die Befugnisse des Staatsoberhauptes überschritten und völkerrechtlich deshalb ebenso unwirksam gewesen wäre, wie es zivilrechtlich die Unterschrift eines Familienvaters ist, der versuchen würde, seine Kinder in die Sklaverei zu verkaufen. Dieses staatsrechtliche Grundsatzproblem ist jedoch in Reims nicht aufgetreten, eben weil einige Generale in Eisenhowers Hauptquartier das Widersinnige und Unrealisierbare einer „Kapitulation Deutschlands" erkannten; durch die Beschränkung auf eine zumutbare militärische Kapitulation haben sie es dem Großadmiral Dönitz ermöglicht, seinen Bevollmächtigten die Unterzeichnung der Urkunde zu gestatten. 43/56—58

- Erklärung des amerikanischen Professors Moseley zur Frage, weshalb das ursprünglich vorgesehene Kapitulationsdokument zurückgehalten wurde 30/69f.; 43/58

Militärische, nicht politische Kapitulation der deutschen Streitkräfte

In Reims wurde dem Generaloberst Jodl zur Unterschrift ein Text vorgelegt, der mit den Worten „Urkunde über die militärische Kapitulation" überschrieben war. Die fünf Punkte haben folgenden Wortlaut:

„1. Der Unterzeichnete, handelnd im Namen des deutschen Oberkommandos, erklärt hiermit die bedingungslose Kapitulation aller Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft, welche sich in diesem Augenblick unter deutscher Kontrolle befinden, gegenüber dem Obersten Befehlshaber der Alliierten Expeditionsstreitkräfte und gleichzeitig gegenüber dem Oberkommando der Sowjettruppen.

2. Das deutsche Oberkommando wird sofort an alle deutschen Kommandostellen der Land-, See- und Luftstreitkräfte und an alle unter deutscher Kontrolle stehenden Streitkräfte Befehle erteilen, Kampfhandlungen um 21.01 Uhr mitteleuropäischer Zeit am 8. Mai einzustellen und in den zu dieser Zeit besetzten Stellungen zu verbleiben. Kein Schiff, kein Fahrzeug oder Flugzeug darf unbrauchbar gemacht, noch darf dem Schiff- oder Flugkörper, dem maschinellen Teil oder der Ausrüstung irgendeine Beschädigung zugefügt werden.

3. Das deutsche Oberkommando wird sich sofort mit den in Betracht kommenden Befehlshabern in Verbindung setzen und die Ausführung irgendwelcher weiteren Anordnungen sicherstellen, die von dem Obersten Befehlshaber der Alliierten Expeditionskräfte und von dem Oberkommando der Sowjettruppen erlassen werden.

4. Die Urkunde militärischer Übergabe präjudiziert nicht ihre Ersetzung durch ein allgemeines Kapitulationsinstrument, das von und im Namen der Vereinten Nationen Deutschland und den Streitkräften in ihrer Gesamtheit auferlegt wird.

5. Falls das deutsche Oberkommando oder irgendwelche unter seiner Kontrolle stehenden Streitkräfte nicht entsprechend dieser Kapitulationsurkunde handeln, werden der Oberste Befehlshaber der Alliierten Expeditionsstreitkräfte und das Oberkommando der Sowjettruppen die ihnen geeignet erscheinenden Strafmaßnahmen ergreifen oder in anderer Weise vorgehen.

Gezeichnet zu Reims (Frankreich), um 2 Uhr 41 am 7. Tage des Mai 1945.
Im Namen des deutschen Oberkommandos:

Jodl

In Gegenwart von:
Im Namen des Obersten Befehlshabers der Alliierten Expeditionskräfte:

W. B. Smith

Im Namen des Oberkommandos der Sowjettruppen:

Susloparow

Generalmajor der französischen Armee (Zeuge):

F. Sevez"

Politischen Charakter hatte nur Punkt 4 der Urkunde. Sein Text wurde den deutschen Unterhändlern nicht erläutert und mußte von ihnen dahin verstanden werden, daß die Reichsregierung nach erfolgter militärischer Kapitulation noch über ein weiteres Dokument zu verhandeln habe, in dem politische Bestimmungen formuliert sein würden. Daß nicht die „Alliierten", sondern die damals in Gründung begriffene internationale Organisation der „Vereinten Nationen" als Träger und Vollzieher solcher politischer Bestimmungen bezeichnet war, durfte Dönitz und seinen Beauftragten als eine vertrauenerweckende Formulierung gelten; als Programm dieser „Weltfriedens-Organisation" waren bereits zahlreiche Grundsätze im Sinne des Lebens- und Selbstbestimmungsrechtes der Völker verkündet worden.

Auch ohne solche optimistische Deutung des Punktes 4 der Kapitulations-Bedingungen bestand für Dönitz kein Anlaß, etwa auf Grund dieses allgemeinen Textes, der ja auch für i h n nicht „präjudizierend" war und der die politische Weiterexistenz Deutschlands ausdrücklich anerkannte, die Unterschriftleistung zu verweigern. Da die Siegermächte in der Folgezeit von der Bestimmung des Punkt 4 nicht Gebrauch machten und der Regierung Dönitz die darin angekündigte weitere Urkunde nicht vorlegten, hat es in der Tat keine politische Kapitulation Deutschlands gegeben — ein historisches Faktum von einiger Bedeutung auch noch für die heutige Gegenwart!

Das Ansinnen an eine Regierung, für den Staat, dessen Interessen sie wahrzunehmen hat, mit politischer Wirkung „bedingungslos zu kapitulieren" — also fremden Mächten auf dem Vertragswege Verfügungsfreiheit über das eigene Volk einzuräumen — wäre freilich absurd gewesen. Eine solche Forderung zu erfüllen, hätte völkerrechtlich eine unwirksame Sittenwidrigkeit bedeutet. Selbst-

verständlich können Regierungen — gleich welcher Art — nicht so weitgehend über das Staatsschicksal verfügen. Völker befinden sich nicht im Privatbesitz ihrer Regenten; mittelalterliche Vorstellungen dieser Art gehören längst der Vergangenheit an, schon die Grundbegriffe eines „Völker"-Rechtes widersprechen ihnen.

Als Präsident Roosevelt in Casablanca die „bedingungslose Kapitulation" der Achsenmächte als Kriegsziel proklamierte, hatte er ein Propagandaschlagwort höchst zweifelhaften Charakters formuliert; zu ernsthafter Anwendung war es nicht brauchbar.

Dem besiegten Deutschland gegenüber konnten die Alliierten nur zwischen zwei Verfahrensweisen wählen: Sie mußten entweder den deutschen militärischen Widerstand bis zum letzten Quadratmeter deutschen Reichsbodens niederkämpfen und dadurch jegliche staatliche deutsche Autorität auslöschen; dann hatten sie völkerrechtlich den Zustand der sog. „debellatio" bewirkt und waren dann zu eigener politischer Verfügung im deutschen Raum berechtigt, freilich dennoch nicht zur Mißachtung naturrechtlicher Grundprinzipien.

Den anderen möglichen Weg haben die Alliierten im Mai 1945 beschritten: Sie traten mit der amtierenden deutschen Reichsregierung in ein Vertragsverhältnis, um mit Hilfe ihrer tatsächlichen Befehlsgewalt die Kampfhandlungen vorzeitig zu beenden; mit dieser Vereinbarung aber erkannten sie die deutsche Regierung als existierend an, mußten ihr auch die politischen Fragen der Zukunft Deutschlands vorlegen und eine Unterschriftsverweigerung gegenüber übermäßigen Forderungen dieser Art riskieren.

Solche Überlegungen haben — wie wir heute wissen — auf alliierter Seite in den entscheidenden Tagen tatsächlich eine beträchtliche Rolle gespielt ...

Zweifellos war Eisenhower richtig beraten, als er das anmaßende 14-Punkte-Dokument über die „Unconditional surrender of Germany" sang- und klanglos unter den Tisch fallen ließ. Großadmiral Dönitz hätte gewiß nie Vollmacht zur Unterschrift unter ein Papier erteilt, in dem die „Zerstückelung Deutschlands" festgelegt und von deutscher Seite anerkannt werden sollte! Historische Tatsache ist, daß eine solche Unterschrift weder gefordert noch erteilt wurde und daß deshalb — was immer seither zur Aufteilung Deutschlands von seiten der Siegermächten geschehen ist — völkerrechtlich für die Deutschen nur „res inter alios acta" ist. So lautet der lateinische Fachausdruck für einen Vorgang, durch den fremde Mächte über einen dritten Staat verfügen, ohne dessen Mitwirkung oder Zustimmung dabei zu erhalten und deshalb auch: ohne ihn zu einer Anerkennung des Geschehenen zu verpflichten. 30/63—66, 71f.

- Regierungsübernahme durch Großadmiral Dönitz am 1. Mai 1945 30/50f.
- Dönitz' Maßnahmen zur Vorbereitung der Waffenniederlegung 30/51f.
- Wehrmachtskapitulation für den Nordraum 4. Mai 1945 30/52—55
- Die Verhandlungen des Generaloberst Jodl in Reims 30/56—63
- Zur Vorgeschichte des Artikels 4 der Reimser Urkunde 43/58f.
- Stalins Ansprache am 9. Mai 1945: „Der uralte Kampf der slawischen Völker ... hat mit dem Sieg über Deutschland geendet" 14/216f.; 30/124, 126
- Churchills Befürchtungen im Mai 1945 8/126; 30/32—37; 43/121f.

Die Reichsregierung Dönitz

Die staats- und völkerrechtliche Lage ab 9. Mai 1945 war klar: durch die militärische Kapitulation wurde den alliierten Streitkräften nun die Möglichkeit eröffnet, ohne weiteren Widerstand das ganze Reichsgebiet zu besetzen. Dies geschah anschließend — mit Ausnahme eines Sondergebietes in Flensburg-Mürwik, das als Sitz der Reichsregierung und des OKW freigehalten wurde. Auch der Funkverkehr der Regierung Dönitz wurde nicht behindert. Hinsichtlich der Besatzung waren die Siegermächte — da sie ja mit der Regierung des besiegten Staates in Vertragsverhältnis getreten waren, um die „debellatio" zu vermeiden — an die einschlägigen Vorschriften der Haager Landkriegsordnung gebunden.

Diese völkerrechtliche Tatsache war von weittragender Bedeutung; sie soll hier nur mit einigen Sätzen eines französischen Völkerrechtlers bezeichnet werden, der die Haager Landkriegsordnung wie folgt charakterisiert:

„Das Haager Recht beruht auf dem alten Rechtsgrundsatz, nach dem der zeitlich begrenzte Besitz oder die de facto-Gewalt nur ein begrenztes Recht auf die Verwaltung verleiht. Die occupatio bellica ist nur ein Kriegsereignis. Bis zu dem Augenblick, in dem die Staatsgewalt wieder legal und beständig wird — sei es durch die Rückkehr der besetzten Gebiete unter die Oberhoheit der legalen Regierung, sei es durch die Konsolidation der Rechte der Besatzungsmacht, gemäß einem Annektionsabkommen — müssen die Rechte des feindlichen Staates auf die Gebiete, die wieder in seine Hand zu gelangen bestimmt sind, gewahrt werden. Die Sorge um diesen Punkt tritt besonders deutlich in der Abfassung des Artikels 55 hervor, der genau vorschreibt, daß ‚der besetzende Staat sich nur als Verwalter und Nutznießer der öffentlichen Gebäude, Liegenschaften ... zu betrachten hat, die dem feindlichen Staat gehören. Er soll den Bestand dieser Güter erhalten und sie nach den Regeln des Nießbrauchs verwalten ..."

Es bedarf keiner Erörterung, daß diese völkerrechtlichen Vorschriften den Absichten eines „Karthago für die Deutschen" diametral zuwiderliefen.

Aber immerhin hatte es einige Tage lang den Anschein, als ob diese tatsächlich gegebene Völkerrechtslage von den Alliierten respektiert werden würde.

Nachdem zunächst während des mehrtägigen Vorganges der Waffenniederlegung die militärischen Angelegenheiten durch einen deutschen General im Hauptquartier Eisenhower behandelt wurden, der mit dem OKW in Flensburg laufende Verbindung hielt, erschien am 12. Mai in Mürwik unter Leitung des amerikanischen Generals Rooks eine „alliierte Überwachungs-Kommission", der auch britische und sowjetische Mitglieder angehörten. Sie wurden auf Schiffen untergebracht.

Am 13. Mai vormittags ließ General Rooks den Großadmiral Dönitz für 12 Uhr um seinen Besuch auf der „Patria" ersuchen. Als Dönitz an Bord erschien, wurde er korrekt empfangen — sogar mit präsentierenden Posten, was angesichts des noch bestehenden Kriegszustandes protokollarisch übertrieben war, aber der Stellung Dönitz' als Staatsoberhaupt entsprach ...

*

Großadmiral Dönitz schreibt in seinen Erinnerungen:

„Ich durfte nur der Gewalt weichen; anderenfalls hätte ich zu der Spaltung Deutschlands, wie sie heute besteht, in politischer Beziehung zumindest formell die Handhabe gegeben."

In diesen Überlegungen war der Kern der Angelegenheit angesprochen: Die völkerrechtlich ganz zweifelsfreie Existenz der Reichsregierung Dönitz stand tatsächlich dem freien Schalten und Walten der Siegermächte im deutschen Raum — insbesondere hinsichtlich künftiger Regelungen — ernstlich im Wege.

Dies wurde zunächst von Stalin mit sicherem Blick erkannt und er scheute sich nicht, von seinen Alliierten die rechtswidrige Beseitigung der Reichsregierung in aller Öffentlichkeit zu verlangen, nachdem sich die internen Auseinandersetzungen über diese Frage offenbar in die Länge zogen ...

Am 20. Mai 1945 schoß die Moskauer „Prawda" eine volle Breitseite:

„Die Diskussion bezüglich des Status der faschistischen Bande um Dönitz dauert an. Einige bekannte alliierte Kreise halten es nach wie vor für notwendig, die ‚Dienste' von Dönitz und seiner Mitarbeiter in Anspruch zu

nehmen. Im englischen Parlament wurde diese Bande als ‚Verwaltung Dönitz' bezeichnet. Zur Beruhigung der öffentlichen Meinung in den angelsächsischen Ländern wurde dieser Tage erläuternd darauf hingewiesen, daß Dönitz ein Kriegsgefangener sei, der unter der Kontrolle der Alliierten Aufgaben zu erfüllen habe. Diese Aufgaben sollen mit der Abrüstung der deutschen Wehrmacht und der Versorgung der deutschen Bevölkerung zusammenhängen. Die Engländer lieben bekanntlich die Paradoxe, jedoch ist das Paradox mit Dönitz nicht nur lächerlich, sondern auch gefährlich."

Mit diesem „Prawda"-Artikel waren die Würfel gefallen.

Am 20. Mai war diese sowjetische Erklärung in Moskau bekanntgegeben worden — am 22. Mai erhielt Dönitz die Aufforderung, am darauffolgenden Morgen zusammen mit Generaloberst Jodl und Generaladmiral von Friedeburg auf der „Patria" zu erscheinen. Dönitz berichtet:

„Ich antwortete lediglich: ‚Kofferpacken!' Ich hatte keinen Zweifel, daß der Zeitpunkt unserer Beseitigung durch Gefangennahme gekommen war."

Die offizielle Bekanntgabe der Verhaftung der Reichsregierung am 23. Mai 1945 aus dem Hauptquartier Eisenhowers wiederholte dann eifrig den Ton des „Prawda"-Leitartikels:

„Das alliierte Oberkommando gab laut United Press bekannt, daß Großadmiral Dönitz und alle Mitglieder der sog. ‚Dönitz-Clique', die sich bisher als deutsche Regierung bezeichnete, als Kriegsgefangene in Gewahrsam genommen wurden. Unter den Verhafteten befinden sich auch alle Mitglieder des deutschen Oberkommandos der Wehrmacht in Flensburg."

Das alliierte Oberkommando vergaß hinzuzufügen, daß es noch zwei Wochen vorher mit dieser „Dönitz-Clique, die sich bisher als deutsche Regierung bezeichnete", einen Staatsvertrag über die Waffenniederlegung der deutschen Streitkräfte abgeschlossen hatte.

Immerhin bleibt es bemerkenswert, daß Stalin die „Flucht in die Öffentlichkeit" antreten mußte, bevor er seine Alliierten dazu bewegen konnte, die Brücke des Völkerrechts hinter sich zu verbrennen. Dann allerdings ging es hemmungslos vorwärts auf dem eingeschlagenen Weg: „Dem Sieger ist alles erlaubt..."

Welcher staatsrechtliche Zustand in Deutschland seit dem 23. Mai 1945 besteht, ist unter den Fachgelehrten umstritten.

Man braucht nicht Völkerrechtler zu sein, um die Problematik der Dönitz-Verhaftung zu erkennen. Wenn eine völlige „Niederkämpfung" Deutschlands stattgefunden hätte, dann durfte kein Kapitulationsvertrag unterzeichnet werden und die Regierung Dönitz mußte spätestens im Zuge der Kriegshandlungen ihrer Funktion entkleidet werden. So aber hat sie ihr Amt tatsächlich auch nach

Beendigung der Kämpfe noch ausgeübt; ihre Verhaftung wurde damit zu einem ungerechtfertigten Gewaltakt ...

Sogar der spätere „Nürnberger Gerichtshof" war sich über diese Rechtslage nicht im Zweifel; in der Begründung des am 1. Oktober 1946 gegen Dönitz ergangenen Urteils (10 Jahre Gefängnis, obwohl die gegen die U-Boot-Kriegführung vorgebrachten Anschuldigungen fallen gelassen werden mußten) stellte der Gerichtshof ausdrücklich fest: „Am 1. Mai 1945 wurde er Nachfolger Hitlers als Staatsoberhaupt" — die Frage, ob und wodurch diese Funktion eigentlich erloschen sei, wurde nicht erörtert. 30/72f., 77—81, 83f.

- Regierungstätigkeit der Reichsregierung Dönitz; Ministerbesprechungen, Verhandlungen mit den Alliierten; Protokolle im OKW-Tagebuch 30/73—77
- Verhandlung Eisenhower-Churchill über das Schicksal der Reichsregierung Dönitz am 16. 5. 1945 30/78
- Überfallartige Besetzung der Flensburger Enklave; ungehöriges Verhalten der eingesetzten britischen Einheiten bei der Verhaftung der Reichsregierung 18/241f.; 30/84f.
- Feststellungen des Bundesverwaltungsgerichts (1962): die zivilen Mitglieder der Regierung Dönitz seien „Repräsentanten der politischen Staatsgewalt geblieben" 30/82f.

Das Deutsche Reich „ein Rechtssubjekt"

Als die Siegermächte nach einigen Auseinandersetzungen am 23. Mai 1945 ihre Zuflucht zur Verhaftung der Geschäftsführenden Reichsregierung nahmen und als sie sich in der Folgezeit weder an die Haager Landkriegsordnung noch an die Genfer Konventionen hielten, haben sie nur einen Beweis mehr dafür geliefert, daß ein Staat auch im 20. Jahrhundert jeder Willkür ausgesetzt ist, wenn er die Machtmittel zu seiner Verteidigung preisgibt oder verliert; aber sie haben kein neues Recht gesetzt.

Statt, wie in Punkt 4 der Kapitulationsurkunde vorgesehen, zunächst die Reichsregierung Dönitz mit einem politischen Dokument der „Vereinten Nationen" zu konfrontieren, haben die Alliierten nach dem Flensburger Gewaltakt mit ihrer Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 in höchst widerspruchsvoller Weise die politische Verfügungsmacht über Deutschland usurpiert, indem sie die Kapitulation der deutschen Streitkräfte in bewußter Verfälschung des Textes als eine „Kapitulation Deutschlands" bezeichneten und überdies das Fehlen einer deutschen Regierung, die sie selbst verhaftet hat-

ten, als „Argument" dafür aufführten, daß nunmehr Deutschland der gemeinsamen Regierung der Siegermächte unterstellt wurde.

Das Völkerrecht räumt dem Sieger viele Möglichkeiten ein und gewährt dem Besiegten nur geringen Schutz: die Siegermächte wären berechtigt gewesen, Deutschland zu annektieren und unter sich aufzuteilen. In der Erklärung des 5. Juni 1945 haben die Alliierten jedoch ausdrücklich festgestellt, daß eine Annexion nicht erfolge. Solche Maßnahmen hätten ja auch wieder nicht zur beabsichtigten „Bestrafung" der Deutschen führen können, sondern zu einer Rechtsgleichstellung der Annektierten mit den Staatsbürgern der Siegerstaaten geführt. Die amerikanische Besatzungszone in Deutschland der 50. Staat der USA? Ein kurioser Gedanke, der natürlich nicht in Betracht gezogen wurde.

Wenn aber nicht Annexion — dann blieb Deutschland, was es gewesen war, und die Besatzungsmächte hatten nicht mehr Rechte als „die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wieder herzustellen und aufrecht zu erhalten". Mit Mut und Deutlichkeit haben die deutschen Völkerrechtslehrer auf einer Hamburger Tagung bereits am 16. und 17. April 1947 folgende Feststellungen getroffen:

„1. Das Deutsche Reich ist auch nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht und der Besetzung ein Staat mit eigenen Staatsangehörigen und ein Rechtssubjekt im Sinne des allgemeinen Völkerrechts geblieben.

2. Es ist als ein solches Rechtssubjekt Mitglied der Völkergemeinschaft, an deren Normen gebunden und zur Mitarbeit fähig und berufen.

3. Die allgemeinen Grundsätze der in der Haager Landkriegsordnung geregelten Besetzungsrechte gelten für das ganze Gebiet der Völkerrechtsgemeinschaft, daher auch für Deutschland, und können durch partikularen Rechtswillen einzelner Staaten nicht außer Kraft gesetzt werden."

Dies sind historisch-rechtliche Grundtatsachen, die auch heute und in Zukunft für jeden Verantwortlichen von Bedeutung sind und fest im Sinn behalten werden müssen, wenn die seitherige deutsche Entwicklung beurteilt werden soll ...

Einem vernünftigen Verhalten der Siegermächte auf deutschem Boden stand die Haager Landkriegsordnung in keiner Weise entgegen; sie konnten auch „Gesetze und Einrichtungen der Nazi-Regierung" suspendieren und ein neues deutsches Parlament wählen lassen, um sie legal zu ändern oder aufzuheben. Nur die beabsichtigte Morgenthau-Politik ließ sich mit der Haager Landkriegsordnung nicht vereinbaren ...

Im Lichte dessen, was im Mai 1945 wirklich geschah, war die anschließende alliierte Besatzungspolitik in nahezu allen ihren Er-

scheinungsformen ein jahrelanger völkerrechtlich verwerflicher Machtmißbrauch, für den Deutschland Ausgleich fordern kann.

43/58, 60f.

Greuel und Greuelpropaganda

Aus den Aufzeichnungen von Helmut Sündermann:

18. April 1945. Dr. Dietrich sagt: „Es bleibt uns nichts erspart — jetzt beginnt die Greuelpropaganda."

Er meint Meldungen, die gestern von den Amerikanern über das von ihnen bereits am 11. April überrollte Konzentrationslager „Buchenwald" bei Weimar verbreitet wurden. Dort habe man 21 000 Gefangene als „lebende Wracks" angetroffen; seit Januar seien fast ebensoviel Häftlinge in diesem Lager verhungert. Gestern — also eine Woche nach der Besetzung des Lagers — hat man tausend Einwohner Weimars unter Aufsicht amerikanischer Militärpolizei nach Buchenwald marschieren lassen, um Leichen zu besichtigen. Das Lager wird derzeit von einem „Häftlingsausschuß" verwaltet; trotz sofortiger Fürsorge sterben angeblich täglich noch an die vierzig der bisherigen Insassen.

Heute melden die Engländer Ähnliches aus einem Lager Belsen bei Bremen. Ein britischer Sanitäts-Offizier berichtet von mehreren tausend Typhusfällen in diesem Lager und von einem „fünfzig Meter langen, dreißig Meter breiten und zwei Meter hohen" Leichenhaufen unbestatteter Typhus-Toter. Es habe in dem total überfüllten Lager sogar an Wasser gemangelt. Nach der Besetzung habe man die ausgehungerten Insassen mit Gewalt daran hindern müssen, die Vorratslager zu stürmen. Der Lagerkommandant, „ein typischer brutaler Deutscher", habe ihm bei einer Rundfahrt selbst ganze Gruppen von Sterbenden gezeigt. Noch während der Übernahme des Lagers sei von deutschen Wachmannschaften auf Häftlinge geschossen worden.

Während die Amerikaner Zivilbevölkerung aus Weimar nach Buchenwald geschafft haben, lassen die Engländer deutsche Kriegsgefangene durch Belsen marschieren; eine „Bilddokumentation" wird angekündigt.

Damit nicht genug: Eine Gruppe britischer Unterhaus-Abgeordneter ist vom Hauptquartier Eisenhowers eingeladen worden, Buchenwald zu besichtigen.

Im letzten Telefongespräch mit Berlin wurde Dr. Dietrich davon unterichtet, daß der Führer zu den englischen und amerikanischen Greuel-Berichten über Buchenwald und Belsen vom Reichssicher-

heits-Hauptamt die Auskunft erhalten hat, es sei kein wahres Wort daran. In Belsen hätten die Engländer in das Lager hineingeschossen und dadurch seien Verluste entstanden. Der Führer hat eine scharfe Richtigstellung angeordnet, die möglichst noch heute in den Berliner Blättern erscheinen und über alle noch funktionierenden Dienste verbreitet werden soll.

Auf die Veröffentlichung der angekündigten „Richtigstellung" haben wir damals in Berchtesgaden vergeblich gewartet. Hitlers letzte Presseweisung war noch am gleichen Tag von ihm widerrufen worden. Als das Material für die Presseveröffentlichung zusammengestellt werden sollte, hatte man Hitler doch noch zutreffend gemeldet, daß der ihm zunächst erstattete „Bericht" über die Vorgänge in Belsen falsch war und daß „in den letzten Wochen" tatsächlich „ernste Mißstände" in den Konzentrationslagern eingetreten seien — vor allem durch die Rückführung von Häftlingen bei Feindannäherung und durch Überfüllung der in deutscher Hand verbliebenen Lager.

Anstelle der beabsichtigten Presseaktion erteilte Hitler dem Auswärtigen Amt den Auftrag, durch Vermittlung der Schweizer Regierung den Alliierten mitzuteilen, daß keine weiteren Gefangenenlager mehr geräumt, sondern sie den Feindmächten bei Annäherung übergeben werden sollten. Der Erhalt und die Annahme dieses Angebotes wurde in Washington am 23. April 1945 offiziell bestätigt.

Einige Tage vorher — am 12. April — hatte das amerikanische Kriegsministerium eine Verlautbarung über die Verhältnisse in deutschen Kriegsgefangenenlagern veröffentlicht und zu dem „erbarmungswürdigen Zustand" befreiter amerikanischer Kriegsgefangener mitgeteilt, daß die Verhältnisse in den Lagern bis Mitte Dezember 1944 „einigermaßen gut" gewesen seien. Dann sei jedoch das deutsche Transportsystem zusammengebrochen: „Das Versorgungsproblem wurde kritisch, und es wurde auch unmöglich, Rote-Kreuz-Sendungen zu den Lagern durchzubringen." Die propagandistische Auswertung der in den Lagern angetroffenen Zustände setzte erst einige Tage nach dieser Verlautbarung ein. 38/350—352

*

Professor Dr. Friedrich Grimm berichtet aus dem Mai 1945:

Das niederschmetterndste Erlebnis, das wir Deutschen, ich glaube, a l l e Deutschen, in diesen ersten Tagen nach dem Zusammenbruch haben auf uns nehmen müssen, war die Greuelpropaganda der Gegner, mit der wir damals erstmalig in diesem Umfang Bekanntschaft machen mußten, oder besser gesagt, wie mit einem Kübel von Unrat geradezu übergossen wurden. Dieses Erlebnis wirkte erschütternd auf ein Volk, das so rechtlich und menschlich denkt wie das deutsche,

das auch in den beiden letzten furchtbaren Kriegen, die unsere Generation heimgesucht haben, in seiner Mehrheit bestrebt war, selbst dem Feind gegenüber die Gesetze von Recht und Menschlichkeit zu achten. Ich war auf diese Prüfung vorbereitet, denn ich hatte in den letzten Monaten vor dem Zusammenbruch täglich die Schweizer Presse gelesen, hatte mit Sorge festgestellt, daß die deutschen Stellungnahmen nicht mehr beachtet wurden und ahnte also, was uns bevorstehen würde. Trotzdem war auch ich erschüttert über die Wucht der Greuelpropaganda, die dann über uns hereinbrach.

Das fing schon in Tiengen an, als mir der Kapitän Loquin die Greuelbilder von Oradour und Buchenwald vorlegte. Das wurde in Waldshut beim Regiment fortgesetzt. Es fehlte aber auch in Donaueschingen nicht, wo mir der sehr wohlmeinende Chef des Sicherheitsbüros verschiedene Flugblätter mit aufreizenden Schlagzeilen und Greuelbildern vorlegte. Ich bemerkte, wie sehr auch die Offiziere von Donaueschingen von diesen Veröffentlichungen beeindruckt waren. ‚Dazu müssen Sie Stellung nehmen!' so sagten sie. ‚Das dürfen Sie nicht leicht nehmen. Das ist es, was uns alle, aber auch die ganze Welt gegen Sie aufbringt.' In Donaueschingen konnte ich zum ersten Mal ein paar ruhige Gegenbemerkungen machen ...

In Lindau hatte ich dann ein Erlebnis, das für meine persönliche Einstellung zum Greuelkomplex von entscheidender Bedeutung wurde. Eines Morgens meldete sich bei mir ein französischer Kommandant, der sich als Universitätsprofessor aus Montpellier vorstellte. Er begann ein hochgeistiges Gespräch: das deutsch-französische Problem als geschichtliches Phänomen. Er war sehr beschlagen, und es war ein Genuß, ihm zu folgen.

Plötzlich kam er auf die Greuel zu sprechen: Oradour — Buchenwald. Wie ich dazu mich stelle? Ich erwiderte: „Da rennen Sie bei mir offene Türen ein. Ich bin deutsch-französischer Rechtsanwalt, Rechtslehrer und Vizepräsident der Deutsch-Französischen Gesellschaft. Aus all diesen Gründen bin ich für das Recht, für den Ausgleich, für die Verständigung. Ich nehme es mit all dem sehr ernst. Ich verurteile das Unrecht wie Sie, viel stärker noch als Sie, nicht nur um des Unrechts an sich willen, für das es keine Entschuldigung gibt, sondern als Deutscher, weil es den deutschen Namen entehrt und endlich, weil es mir meine Lebensarbeit zerschlägt. Über die Verurteilung der Greuel als solcher herrscht also Einverständnis. Aber es gibt da zwei Dinge. Die muß man auseinanderhalten: die Greuel selbst als Tatsachen, und die Art, wie davon in der Propaganda Gebrauch gemacht wird. Greuel und Greuelpropaganda sind zweierlei. Die Greuel verurteile ich, die Greuelpropaganda aber auch, auch um der Gerechtigkeit willen und für unser Volk" ...

Mein Gegenüber wurde unruhig. Ich fuhr fort: „Ich verurteile die Taten, aber ich wende mich dagegen, daß aus so traurigen Vorkommnissen des Krieges Giftwaffen gemacht werden, die den Haß verewigen sollen. Ich wehre mich gegen die Übertreibungen, Verallgemeinerungen und Lügen. Wir wissen doch, wie es im vorigen Kriege war. Wir kennen die Veröffentlichungen des Northcliffe-Büros, das Buch von Klotz ‚De la guerre à la paix', worin er die Erfindung des Märchens von den abgehackten Kinderhänden erzählt, und vor allem das klassische Buch über Greuelpropaganda von Ponsonby: ‚Die Lüge im Kriege', in dem die ganzen Methoden der Greuelpropaganda des vorigen Krieges offenbar werden. Ganze Behörden hat es gegeben, die nichts anderes fabrizierten, als Greuelbilder, Leichenbilder und Leichenhaufen durch Photomontage zusammengestellt."

Da sprang der Kommandant auf: „Ich sehe, ich bin an einen Fachmann geraten. Ich bin gar kein Professor aus Montpellier. Ich bin vom Contre-espionnage-Bureau. Seit einigen Monaten tue ich nichts als das: Greuelpropaganda. Das war die entscheidende Waffe in diesem Kriege, damit haben wir den totalen Sieg erfochten."

Ich erwiderte: „Jawohl, Sie haben den totalen Sieg. Nun aber wird es Zeit, daß Sie diesen Kampf einstellen!"

„Nein", rief nun der Kommandant aus. „Jetzt fängt es erst richtig an. Wir werden fortfahren, jahraus, jahrein! Wir werden diese Propaganda noch steigern; bis in der Welt der letzte Funke der Sympathie für Deutschland ausgelöscht, und das deutsche Volk selbst so restlos zerknirscht sein wird, daß es sich nie wieder erheben kann."

Damit stand er auf, ich konnte ihm nur noch die Worte nachrufen: „Dann werden Sie eine große Verantwortung auf sich laden."

27/247—249

•

In der Stockholmer Zeitung „Dagsposten" vom 9. Mai 1945 veröffentlichte Sven Hedin unter der Überschrift „Siegeszug der Propaganda" einen warnenden Artikel, einzigartig nicht so sehr durch seinen Inhalt — eine Erinnerung daran, wie zweifelhaft die Entente-Propaganda des Ersten Weltkrieges sich nachträglich erwiesen hat und wie empfehlenswert deshalb auch jetzt Vorsicht gegenüber der Flut von antideutschen Greuelgeschichten sei — als durch den Zeitpunkt, in dem er geschrieben und veröffentlicht wurde: Am Tage nach der deutschen Kapitulation, unmittelbar vor dem Beginn jener millionenfachen Verfolgungswelle, die damals fast ganz Europa desorganisierte.

Sehr vergeblich erinnerte Sven Hedin daran, daß der Bombenterror gegen die deutsche Zivilbevölkerung moralisch ebensowenig vertretbar war, wie das KZ-System, für das damals hemmungslos alle Deutschen in der ganzen Welt verantwortlich gemacht wurden.

Es war die Stunde überschwenglicher Siegeranmaßung und eifernder Rachsucht, ungehört verhallte Sven Hedins Mahnung: „Haß ist und bleibt der schlechteste Ratgeber." 21/257

- 25. April 1945. Erstmalig öffentliche Erklärung eines „polnischen Rates für die Rettung der Juden"; es seien 6 Millionen Juden ermordet worden 38/141
- Himmlers Tod unter mysteriösen Umständen 38/145f.
- Ungeklärte Fragen über die Zustände in den deutschen Konzentrationslagern; das Problem der Zeugen in den KZ-Prozessen nach 1945; Erklärung des amerikanischen Rechtsanwalts Pinter: „Immer wieder falsche oder unbegründete Anklagen" 38/173f.
- Die „Berufszeugen" im Internierungslager Dachau 10/206—208
- Gaskammern im KZ Dachau? 10/205f.

Deutschland als Beute

Mit der Verhaftung der Reichsregierung Dönitz war eine wichtige Vorentscheidung zur Potsdamer Konferenz getroffen worden: die Existenz eines deutschen Staatswesens sollte geleugnet, Deutschland als Siegerbeute behandelt werden. 30/85

- Ende April 1945: Einsetzung der Regierung Renner in Wien durch die sowjetische Militäradministration 43/292—294
- Anfang Mai 1945: „Gruppe Ulbricht" mit sowjetischem Militärflugzeug aus Moskau nach Berlin verbracht 14/235f.; 43/266, 269—273
- Mai 1945: Südtirol erneut unter italienischer Verwaltung 40/80—94
- Ende Mai 1945: Einsetzung einer bayerischen Regierung in München 43/106
- Zur Vorgeschichte der Oder-Neiße-Linie — polnischer Exilministerpräsident erklärt in London (17. 12. 1944): „Wir wollen weder Breslau noch Stettin" 30/145
- Die sowjetische Politik in Osteuropa Frühjahr 1945 30/93, 109, 140—146
- Übergabe ostdeutscher Gebiete an die Polen April—Juni 1945 30/127, 147—152
- Beginn der Deutschen-Austreibung aus dem Sudetenland 30/155f.; 33/92
- Rückzug der amerikanisch-britischen Truppen aus Mitteldeutschland am 1. und 2. Juli 1945; Übergabe Westsachsens, Thüringens und Mecklenburgs an die Sowjets 30/33f., 131—136; 43/155
- Juli 1945: Einmarsch französischer Truppen in das Saargebiet 11/139

- Juli 1945: Otto von Habsburg fordert die „Deportierung" der deutschen Staatsbürger aus Österreich 38/168
- Herbst 1945: Abschiebung von „Volksdeutschen" aus Wien nach Westdeutschland 33/284f.
- 1945—1947: 7,3 Millionen Deutsche aus Ostdeutschland vertrieben 32/46

Stalins Geheimnis

Präsident Truman schrieb am 5. Januar 1946 — fünf Monate nach der Potsdamer Konferenz — an seinen Außenminister Byrnes die Sätze:

„In Potsdam sahen wir uns fertigen Tatsachen gegenüber und waren durch die Umstände geradezu gezwungen, die Besetzung Ostpolens durch die Russen und die Besetzung Schlesiens östlich der Oder durch Polen gutzuheißen. Es war ein glatter Gewaltakt."

Das Gedächtnis des Präsidenten war nicht das beste. Die Polen hatten keineswegs nur die Gebiete „östlich", sondern bis zur Neiße auch beträchtliches deutsches Land westlich der Oder besetzt. Und die „Umstände", unter denen Truman sich zur Zustimmung „gezwungen" sah, waren nicht zuletzt durch seine eigenen Entschlüsse zur Verschiebung der Konferenz, zur Verhaftung der Regierung Dönitz, zum Rückzug der amerikanischen Truppen, zur Anerkennung der sowjetabhängigen Polenregierung usw. herbeigeführt worden.

Als dann die Konferenz von Potsdam schließlich und endlich zu ihrer ersten Sitzung zusammentrat, gab es nicht mehr viel zu entscheiden, denn alles für Europa Wesentliche war bereits so geregelt wie Stalin es wünschte.

Für den kritischen Beobachter war von vorneherein unschwer zu erkennen gewesen, daß alle diese Wünsche Stalins sich gewiß nicht auf eine Befriedung Europas richteten. Wie darüber hinaus seine wirklichen Ziele beschaffen waren, das hatte er in vertrautem Kreis im Winter 1944/45 bereits in aller Deutlichkeit ausgesprochen. Milovan Djilas schilderte aus jener Zeit die nächtliche Szene in Stalins Landhaus:

„Einmal stand er auf, zog die Hosen hoch, als trete er zu einem Ringkampf oder Boxkampf an, und rief, fast wie hingerissen: ‚Der Krieg wird bald vorbei sein. In fünfzehn oder zwanzig Jahren werden wir uns erholt haben, und dann werden wir es noch einmal versuchen.'"

Der Montenegriner Djilas — damals noch ein junger Mann — empfand die Bedeutung dieses Erlebnisses:

„Seinen Worten haftete etwas Schreckliches an, hatte doch ein furchtbarer Krieg noch nicht sein Ende gefunden. Es war aber auch etwas Eindrucksvolles an seiner Kenntnis von den Pfaden, die er einzuschlagen hatte . . ."

In der Tat hat Stalin hier im Eifer einer angeregten Stunde sein Geheimnis preisgegeben — auch das Geheimnis seines Verhaltens vor Potsdam und in Potsdam: es ging ihm nicht um die Beendigung dieses, sondern um die Vorbereitung des nächsten Krieges . . .

30/156f., 405

Was die ideologische Seite betraf, so legte sich Stalin eine sehr nüchterne Überlegung zurecht, die er seinem jungen Freund Djilas zu Ende des Zweiten Weltkrieges mit den Worten verdeutlicht hat:

„Dieser Krieg ist nicht wie in der Vergangenheit: wer immer ein Gebiet besetzt, der legt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf. Jeder führt sein System ein, soweit seine Armee vordringen kann. Es kann gar nicht anders sein."

Nach diesem Rezept hat die sowjetische Politik seit 1945 nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Osteuropa verfahren: Die militärische Besetzung durch die Rote Armee führte zur Einführung des Moskauer „gesellschaftlichen Systems", das seinerseits wieder als Mittel gebraucht wurde und wird, um die machtpolitische Anwesenheit Rußlands in diesen Ländern zu rechtfertigen und fortzusetzen.

Von der ersten Stunde des Sieges an wurde diese Linie auch in der sowjetisch besetzten Besatzungszone Deutschlands verfolgt und eingehalten: ihre Erscheinungsformen wechselten, das Kernanliegen blieb unverändert. Wohin der russische Soldat seinen Fuß gesetzt hatte, dort sollte er bleiben.

43/266f.

Potsdam

Der ernsthafte Schwerpunkt der amerikanischen Interessen lag und liegt seit dem Eintritt der Vereinigten Staaten in die Weltpolitik, also seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts, in Ostasien. Und hier schien noch 1945 Großbritannien eher im Wege zu stehen als die Sowjetunion.

Es war dieser weltpolitische Hintergrund, der die Jalta- und Potsdam-Konferenzen beherrschte und der erklärte, warum der britische Ministerpräsident bei den Konferenzen sich geradezu einer russisch-amerikanischen Front gegenübersah und Stalin die Szene so souverän dirigierte. Noch in und nach Potsdam konnten die Russen die stillschweigende Zustimmung Präsident Trumans zu den beiden für

Moskau wichtigsten Entscheidungen buchen: zur sowjetischen Beherrschung Ost- und Südost-Europas und zur Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Elbe und aus dem Sudetenland.

In den Tagen, in denen diese tiefgreifenden Vorgänge erörtert wurden, war der amerikanische Präsident ganz erfüllt von der Spannung des bevorstehenden Sieges über Japan, von der Sorge vor einer vorzeitigen Kapitulation des japanischen Kaisers und der Hoffnung auf einen dramatischen Effekt der Atombombe. Als diese ihm Ende Juli als einsatzbereit gemeldet wurde, drängte Truman auf rasche Beendigung der Konferenz und stärkte bei Stalin die Erwartung, daß auch er wie sein Vorgänger Roosevelt bereit sei, eine russische Hegemonie in ganz Europa als logische Folgerung aus der deutschen Niederlage anzuerkennen.

Als Realist war sich Stalin dennoch der tatsächlichen Schwierigkeiten bewußt, die nach einer Konsolidierung seiner Macht in den von den russischen Truppen besetzten Gebieten für eine weitere Ausdehnung des sowjetischen Machtbereiches auftreten mußten. Der Krieg war zu Ende, in Westeuropa regierten die Amerikaner; erst ihr Abzug konnte der sowjetischen Hegomonie den Weg freigeben. Das Wichtigste war offenkundig, den westlichen Alliierten die Besetzung Deutschlands zur drückenden Last werden zu lassen und dafür boten sich zwei Wege an: Einerseits die Forderung nach „Reparation" für die Sowjetunion auch aus den westdeutschen Besatzungsgebieten und andererseits die möglichst harte Weiterführung der Verelendungspolitik im deutschen Raum bis zu dem Punkt, in dem die Sowjets als „Retter aus der Not" erscheinen konnten — sowohl den ausgehungerten und ermatteten Deutschen als auch einem amerikanischen Präsidenten, der seine Soldaten in anderen Weltgegenden würde nützlicher verwenden wollen, als ausgerechnet im unruhigen Europa ...

So ähnlich lauteten wohl die Überlegungen Stalins, der stets wußte, was er wollte, und der bis dahin auch meist erreicht hatte, was er sich vornahm.

43/104f.

Aus dem Protokoll der vierten Plenarsitzung der Potsdamer Konferenz (20. 7. 1945):

Stalin stellte fest, ihm scheine, daß die italienische Frage und die Frage der anderen Satellitenstaaten insgesamt Fragen der hohen Politik seien. Das Ziel einer solchen Politik sei es, diese Länder von Deutschland als einer großen Kraft zu trennen. (Originaltext: „The purpose of such a policy was to separate these countries from Germany as a great force".) Es gebe zwei Methoden, durch die das geschehen könne. Die eine sei die Anwendung von Gewalt. Diese Methode sei von den Alliierten erfolgreich in Italien angewandt worden und durch die sowjetischen Streit-

kräfte in anderen Satellitenstaaten. Aber die Anwendung von Gewalt allein sei nicht ausreichend, um die Satellitenstaaten von Deutschland zu trennen. Wenn sie sich auf die Anwendung von Gewalt beschränkten, bestehe die Gefahr, daß gerade dies ein günstiges Element für die Verbindung dieser Länder mit Deutschland erzeugen werde. Deshalb sei es ratsam, die Methode der Gewalt durch die Methode zu ergänzen, die Lage dieser Satelliten zu verbessern. Dies scheine ihm das einzige Mittel zu sein, die Satelliten an sich zu ziehen, um sie ein für allemal von Deutschland abzusondern ... Der einzige Weg, das zu tun, sei, einen tiefen Graben (channel) zwischen den Deutschen und den Satellitenstaaten zu ziehen.

Aus dem Protokoll der fünften Plenarsitzung der Potsdamer Konferenz (21. 7. 1945):

Stalin: Was Churchills Feststellung über die Westgrenze betreffe, daß Polen jetzt zu viel erhalte, so gäbe er zu, daß die Vorschläge der polnischen Provisorischen Regierung Deutschland Schwierigkeiten verursachen würden.

Churchill unterbrach: ‚Für uns alle.'

Stalin sagte weiter, daß es unsere Politik sei, den Deutschen Schwierigkeiten zu bereiten, um es der deutschen Macht schwierig zu machen, sich wieder zu erheben. Es wäre besser, den Deutschen Schwierigkeiten zu machen als den Polen.

Der Präsident bemerkte, es wäre schlecht, den Alliierten Schwierigkeiten zu verursachen.

Stalin sagte, daß je weniger Industrie es in Deutschland gebe, desto größer der Markt für amerikanische und britische Waren sein werde. Er frage, was am besten sei. Wir hätten den Staat, der mit unseren Ländern konkurrierte, auf die Knie gezwungen. Deutschland war ein gefährlicher Geschäftsrivale, weil es einen niedrigen Lebensstandard hatte. Er wiederholte: ‚Was ist das Beste?'"

Nach Cohens Aufzeichnung sagte Stalin: „Wir haben für Euch einen Konkurrenten vernichtet ..." 30/241—243, 263

- Berichte und Protokolle der Potsdamer Konferenz (17. 7. bis 1. 8. 1945) 30/186—397
- Index zu den Potsdamer Sitzungsprotokollen 30/429—431
- Amtliche Verlautbarung über die Konferenz von Potsdam 2. 8. 1945, Wortlaut 30/410—423
- Die amerikanisch-russische Sonderverhandlung und Einigung über die Oder-Neiße-Linie während der Potsdamer Konferenz 30/306—308, 333, 344, 368
- Einfluß des erfolgreichen Atombomben-Experiments von Alamogordo (16. 7. 1945) auf die Haltung der US-Delegation in Potsdam 24/196—199; 30/185f., 199—201, 249f., 266—268, 288, 305f., 321f., 330f., 399
- 1945—1949: Entwicklung der Sowjetunion zur Atommacht 43/158

Obwohl Frankreich seit seiner Niederlage 1940 im Zweiten Weltkrieg keine Rolle mehr gespielt hatte, deshalb auch zu den großen Kriegskonferenzen nicht zugelassen worden war, wurden die Franzosen anschließend als vierte „Besatzungsmacht" anerkannt.

Präsident Roosevelt wollte die amerikanischen Besatzungstruppen schon bald nach Kriegsende aus Europa zurückgezogen und an ihrer Stelle französische Streitkräfte in steigendem Umfang an der militärischen Kontrolle Deutschlands beteiligt wissen. Die französisch-russische Entente aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg bot dafür einen traditionellen Hintergrund; auch ein Besuch General de Gaulles in Moskau im Dezember 1944 stand im Zeichen solcher Ausblicke.

Die französische Besatzungspolitik ab Sommer 1945 zeichnete sich dann durch besondere Borniertheit, die Forderungen Frankreichs auf den Vier-Mächte-Außenminister-Konferenzen und im Berliner Kontrollrat durch Maßlosigkeit Richelieuscher Überlieferung aus:

„Ihre Grundgedanken waren von General de Gaulle entworfen worden. Sie wurden von Außenminister Bidault und der Kammermehrheit auch nach dessen Abgang bis in den Winter 1947 unverändert beibehalten. Die Hauptpunkte waren:

1. Schaffung eines Sicherheitsglacis an der französischen Ostgrenze durch Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes von Deutschland.

2. Langdauernde Besatzung, während der die Demilitarisierung vollzogen, die deutsche Wirtschaft durch Demontagen planmäßig reduziert, die Rohstoffquellen des Reiches ausgebeutet und zugleich Denazifizierung, Reedukation und Demokratisierung durchgeführt werden konnten.

3. Staatenbundliche Aufteilung des Reiches, am besten in die traditionellen Länder."

Anscheinend hat de Gaulle das Konzept seiner Nachkriegspolitik gegenüber Deutschland im Jahre 1944 endgültig fertig gehabt.

Der erste, vor dem er seine Pläne im Zusammenhang enthüllte, war Stalin. Ihm gegenüber nahm er in der Grenzfrage bereits jene Einstellung ein, die Bidault bis zur Moskauer Konferenz ohne Erfolg beibehielt: Anerkennung der Annexionen durch die Sowjetunion und Polen im Osten gegen sowjetische Zustimmung zu den französischen Amputationsplänen im Westen. 43/129f.

- Die französische Saarpolitik 1945—1947 11/141—149, 153—164
- Presse- und Rundfunkpolitik an der Saar nach 1945 11/170f.
- Zollschranken an den Ostgrenzen des Saargebietes errichtet (1946) 11/148f.

- Machenschaften zur Einführung einer neuen Saarverfassung (1947) 11/161—163, 171f.
- Nach 1947: Französische „Saarkonventionen" 11/166—168, 173
- Die Rolle des Johannes Hoffmann 1945—1953 11/142, 145f., 153—156, 172f.
- Die Saarfrage 1950—1955 43/168—171
- Die Saarpolitik des Bundeskanzlers Adenauer 11/178—180, 183, 189, 194, 196
- DOS — Deutsche Opposition Saar 1952 11/174—176
- Naters-Plan: „Europäisierung" der Saar 11/180—183
- Oktober 1955: Zweites Saarplebiszit 11/191—197; 27/276

Der Zugriff der Sieger

Bereits im Mai 1945 war — mit dem Schwerpunkt im sowjetischen Besatzungsbereich — mit überstürzten Abtransporten von Industrieanlagen, technischen Apparaturen und sonstigen Vermögenswerten begonnen worden. Noch in den letzten Monaten des Krieges waren von Moskau aus Spezialkommandos in den ganzen Vormarschbereich der Sowjetarmeen von Wien bis Berlin entsandt worden, die sich mit nichts anderem als mit der Beschlagnahme und dem Abtransport solchen Beutegutes befaßten. Als die Amerikaner im Juli 1945 ihren Sektor in Berlin besezten, mußten sie feststellen, daß dort sogar 7000 Kühe fortgetrieben waren und die Kühlanlage im Schlachthaus fehlte, weil die Russen sie abmontiert hatten. Diese seien auch, als die Amerikaner kamen, „gerade dabei gewesen, die letzten Maschinen aus dem amerikanischen Nähmaschinenwerk Singer zu stehlen".

Im Westen sah es freilich nicht viel anders aus. In der elften Potsdamer Plenarsitzung am 31. 7. 1945 konnte Stalin dem amerikanischen Präsidenten eine präzise Aufstellung darüber vorhalten, was die amerikanischen und englischen Truppen Ende Juni bei der Räumung Thüringens mitgenommen hatten — nicht nur Transportmittel (102 Lokomotiven, 12757 Güterwagen), sondern auch ganze Fabrikeinrichtungen, darunter die Laboratorien der Zeiss-Werke in Jena. Auch die Mitführung von Wissenschaftlern durch die abziehenden amerikanischen Besatzungsbehörden wurde — teilweise unter Namensnennung — in der sowjetischen Aufzeichnung beanstandet. Präsident Truman sagte eine Unterstützung zu, von der man nie wieder etwas gehört hat ...

Die Potsdamer Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 tagte, beschäftigte sich nicht etwa, wie es ihre Aufgabe gewesen wäre, mit diesen Angelegenheiten, mit der Überleitung des Kriegs-

in den Friedenszustand, sondern — was Deutschland betraf — nur mit der Frage der weiteren Verteilung der Beute.

Dabei spielten auch noch die deutschen Vermögenswerte im Ausland eine nicht geringe Rolle. Es gab während der Konferenz sogar einige Auseinandersetzungen darüber, denn die Russen hatten in Rumänien als „deutsches Eigentum" auch Ölraffinerien beschlagnahmt und Ölleitungen abmontiert, zu denen englische und amerikanische Gesellschaften Besitztitel vorweisen konnten. Eine Besonderheit bildeten die deutschen Vermögenswerte in den neutralen Ländern. Sie wurden in einem amerikanischen Aktenstück vom 27. 7. 1945 auf 737,2 Millionen Dollar geschätzt, das sind nach dem heutigen Umrechnungskurs fast 3 Milliarden D-Mark. In der Aufstellung fehlten noch die Angaben über die in Spanien belegenen deutschen Werte. Über diese Vermögen gab es in der Folgezeit manche Diskussionen nicht nur mit der spanischen, sondern auch mit der Schweizer und schwedischen Regierung. Im Endergebnis aber erlangten die Siegermächte tatsächlich die Verfügungsgewalt über die meisten dieser Werte, über die ebenso wie über die in den Feindländern beschlagnahmten deutschen Besitztitel und Patente im Widerspruch zu der völkerrechtlichen Situation vom alliierten „Kontrollrat" disponiert wurde, genauer gesagt: jede der Großmächte bediente sich nach ihrem Bedarf ...

Die deutsche Handelsflotte wurde unter den Alliierten ganz offiziell als Kriegsbeute verteilt.

Ein materiell nicht fest berechenbarer, aber dennoch mit hohem Wert anzusetzender Verlust für die deutsche Wirtschaft war und blieb die Beschlagnahme deutscher Patente und Warenzeichen. Sie wurde ergänzt durch die Ermittlungen, die ein anglo-amerikanisches „Untersuchungsteam" unmittelbar nach der Besetzung anstellte, um deutsche Geheimerfindungen, Produktionsverfahren usw. auszuforschen. Diese Zwangseintreibung von Kenntnissen bildete, wie der britische Historiker Balfour bemerkt, auch „eine Art Reparationen".

Ein unmittelbarer technischer Gewinn war damit vor allem für die Amerikaner verbunden, die die in Deutschland gewonnenen Erkenntnisse wirksam zu nutzen wußten und auch kein Hehl daraus machten.

So veröffentlichte „Harpers Magazine" in New York schon im Oktober 1946 eine umfangreiche Reportage: „Secrets by the thousends" von C. Lester Walker, in der die Sammlung von „Kriegsgeheimnissen" in Wright Field (Ohio) und die Tätigkeit der dortigen Behörden farbig geschildert wurde:

„Es wird geschätzt, daß über 1 Million verschiedener Gegenstände überprüft werden müssen, und daß diese höchstwahrscheinlich alle wissenschaftlichen, industriellen und militärischen Geheimnisse Nazi-Deutschlands enthalten. Ein Washingtoner Regierungsbeamter nannte sie die größte Einzelquelle dieses Typs in der Welt, die erste planmäßige Ausbeutung der Gehirnkraft eines fremden Landes."

Damals — im Herbst 1946 — war nach Angaben der Zeitschrift für das „Amt der technischen Dienste" immer noch ein „europäischer Stab" eifrig tätig, darunter allein in Frankfurt-Höchst, der Zentrale der deutschen IG-Farben, „hundert Auswerter, die sich fieberhaft abmühen".

Vom Kunststoff-Magnetofonband über neuartige Taschenlampen-Batterien, Kunstfaser-Novitäten bis zu unbekannten Methoden der Lebensmittelkonservierung ließen sich die staunenden Journalisten in Wright Field berichten. Am stärksten beeindruckte sie freilich, was sie über „Nazi-Geheimnisse" auf dem militärischen und Luftfahrt-Gebiet erfuhren ...

Heute noch bemerkenswert ist, daß das seitherige amerikanische Programm der Weltraumschiffahrt (ebenso wie das russische) aus einer Art „geistiger Kriegsbeute" entwickelt wurde ...

Bereits im Ersten Weltkrieg hatten sich die Amerikaner deutscher Erfindungen bemächtigt und jahrelang frei darüber verfügt. Die damals beschlagnahmten deutschen Patente bildeten die Grundlage für den Aufbau der amerikanischen Chemie-Industrie und für das Anlaufen einer neuen metallurgischen Industrie. Der Wert dieser deutschen Beiträge für den amerikanischen Wirtschaftsaufstieg der 20er Jahre wurde schon damals auf mehrere Milliarden Dollar geschätzt — aber eine Gutschrift auf das „Reparations"-Konto der Weimarer Republik ist niemals erfolgt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde noch gründlicher, umfassender und systematischer dadurch verfahren, daß man die deutschen Patente — soweit sie allgemeiner wirtschaftlicher Natur waren — schließlich jedem nichtdeutschen Interessenten gegen eine geringe Gebühr frei zur Verfügung stellte. In einer Mitteilung des amerikanischen State Departments wurde Anfang August 1946 festgestellt, daß diese Freigabe etwa 100 000 deutsche Patente erfaßte; es sei „gewährleistet, daß die Patente nicht zu einem späteren Zeitpunkt an ihre früheren deutschen Inhaber zurückfallen könnten" ...

Das alles waren bare Werte, die die Alliierten von den Deutschen kassierten, ohne daß auch nur Gutschriften dafür erfolgten. Der Nutzen für die Empfänger war in diesen Fällen beträchtlich, nicht minder bedeutend der Schaden für die deutsche Wirtschaft. Sie mußte sich —

als es ihr endlich wieder erlaubt war — nicht nur ihren Platz am Weltmarkt neu erobern, sondern auch nochmals einen kostspieligen Prozeß der Entwicklung neuer konkurrenzfähiger deutscher Verfahren bewältigen, um wieder „nach vorne" zu kommen.

43/69—71, 229—234

- Deutsche Industrie im Mai 1945 noch produktionsbereit 43/63f.
- Deutsche Kohlenvorräte 1945 43/64f.
- Katastrophensommer 1945 als Folge der alliierten Besatzungsmaßnahmen 43/70f.
- „Reparations"-Entnahmen der Sowjetunion aus der sowjetischbesetzen Zone; geschätzter Wert bis 1953: 66,4 Milliarden DM 43/279—281
- Russische Beutetransporte aus Österreich 1945 33/202f., 259f.
- „Reparations"-Lieferungen an die Sowjetunion aus deutschen Westzonen 43/119f.
- Bildung eines sowjetischen Industrie-Konzerns in Österreich (USIA) 43/295f.
- Russische Besatzungspraxis; Anekdoten 33/174—177, 274, 296
- Alliierte „Demontage"-Politik ohne Völkerrechtsgrundlage 43/207
- Noch 1947: 852 deutsche Industriewerke auf „Demontagelisten" 43/207
- Aktiver Widerstand gegen die alliierten Demontagen und deren Beendigung 1950 43/208—210
- Wert der westalliierten „Demontagen" auf 6 Milliarden D-Mark geschätzt 43/209
- Drosselung der deutschen Stahlproduktion von 16,7 Millionen Tonnen (1944) auf 5,8 Millionen Tonnen (1945) 43/72
- Drohender Zusammenbruch der europäischen Wirtschaft infolge der alliierten Besatzungspolitik 43/118—122
- Schädigung der österreichischen Wirtschaft nach Kriegsende; Schätzung 10 Milliarden D-Mark 43/296

„Automatic Arrest"

Der amerikanische Präsident Roosevelt fand in Teheran nichts Grundsätzliches am Vorschlag Stalins auszusetzen, 50 000 sog. „Naziführer" kurzerhand zu erschießen; er beendete die Diskussion mit einem „Witz": er schlage als „Kompromiß" vor, nicht Fünfzigtausend, sondern nur Neunundvierzigtausendfünfhundert sollten erschossen werden.

Als Deutschland dann knapp anderthalb Jahre nach dieser Teheran-Konferenz zusammenbrach, bestand die endgültige Lösung des Problems darin, daß jede der Besatzungsmächte zunächst tat, was ihr beliebte. Niemand wird je erfahren, was alles mit den von den Sowjets Verhafteten geschehen ist. Wer vermag zu schätzen, wieviele von ihnen dem Genickschuß, wieviele nur dem Hunger zum Opfer gefallen

sind — auch hier war die „Laune des Schicksals" am Werk, denn eine Anzahl von Zivilinternierten, auch „Prominente" darunter, sind in der Tat sogar aus Sibirien zurückgekehrt.

Das amerikanische Verfahren des „Automatic Arrest", das die westlichen Alliierten mit wenig Abweichungen übernahmen, ist in einer Ende April 1945 an den amerikanischen Befehlshaber in Deutschland gerichteten, inzwischen veröffentlichten Geheimdirektive „ICS 1067" niedergelegt worden ... „Umerziehung" zu betreiben war offenbar nur ein Schlagwort für die Propaganda und um untergeordnete Organe zu leidenschaftlichem Wirken zu veranlassen. Der wirkliche Grund der Massenverhaftungen war es offensichtlich, eine Schicht von Menschen aus der Öffentlichkeit zu entfernen — ob für dauernd oder nur zeitweilig, das alles blieb ungesagt, späteren Direktiven und einem „semi-judicial body", einer halb-gerichtlichen Einrichtung vorbehalten, wie sich die Weisung so schlicht und treffend ausdrückte. 10/219, 221f.

Die von Himmler übernommenen Konzentrationslager reichten nicht aus, Dutzende neuer Namen solcher Massengefängnisse wurden der düsteren Liste der bis dahin bekannten hinzugefügt. Die Besatzungsmächte waren gewiß berechtigt, zur Sicherung der Ruhe und Ordnung vorbeugende Internierungen vorzunehmen; aber was hier geschah, hatte mit dem Selbstschutz der fremden Truppen keinerlei inneren Zusammenhang mehr, es war auch keine „Geiselnahme", sondern eine uferlose Maßnahme, die zur völligen Verwirrung der Staats- und Wirtschaftsordnung führen mußte.

Der „Automatische Arrest" — so hieß die Formel der Westmächte, die die Sowjets nur allzugern übernahmen, um ihre übliche NKWD-Praxis mit einem neuen Vorzeichen zu versehen — erfaßte nicht nur alle führenden Nationalsozialisten, sondern grundsätzlich auch die höheren Beamten, Wirtschaftsführer und überhaupt jeden deutschen Zivilisten, der in leitender Position tätig war ...

Die Zahl der als „Aktivisten" und „Hauptschuldige" unter den „Automatic Arrest" fallenden Personen wurde allein in der US-Zone mit 322 000 errechnet.

Über die bereits im Sommer 1945 tatsächlich vorgenommenen Verhaftungen gab das amerikanische Hauptquartier in Paris am 16. Juni 1945 bekannt, daß allein „in den beiden letzten Monaten" durch „amerikanische Sicherheitskräfte" „fast 50 000 Nationalsozialisten verhaftet" wurden. Es entspreche einer „durchschnittlichen Verhaftung von 700 Mann im Tag".

Unzutreffend war der Ausdruck: „Mann", denn es wurden zu Tausenden auch Frauen und Jugendliche verhaftet. In der US-Zone wur-

den bis September 1945 66 500 Verhaftungen, in der britischen Besatzungszone bis Ende 1945 rund 70 000 durchgeführt ...

Zu den dann jahrelang „Internierten", die unter oft barbarischen Lebensbedingungen vegetieren mußten (die tägliche Ernährung sank zeitweilig unter 900 Kalorien — ein Drittel des Lebensbedarfes), gehörten nicht nur Deutsche — viele in Deutschland lebende Ausländer wurden ebenfalls verhaftet, darunter auch Diplomaten fremder Mächte ...

Mochte die Internierungs-Aktion im völkerrechtlich legitimen Sicherungsanspruch der Besatzungsmächte kurzfristig ihre Begründung finden, so waren die weit darüber hinausgreifenden, durch nichts zu rechtfertigenden „Beschäftigungsverbote" für Millionen weitere Deutsche eine Brutalmaßnahme, die ganz offenkundig auf Desorganisation und Verelendung abzielte. Nicht nur in sämtlichen Behörden, Universitäten, Schulen usw. mußten alle „Parteimitglieder" entlassen werden, auch in der Privatwirtschaft durften bisherige Nationalsozialisten — Männer wie Frauen — nur noch in „einfacher Arbeit" beschäftigt werden, Betriebsinhabern wurden „Treuhänder" vorgesetzt usw. Dies alles in einem Lande, dessen Wirtschaftsleben sich bereits seit fast sechs Jahren ohne die wehrfähigen Männer behelfen mußte — ein trauriger Feldzug gegen Frauen und Greise, eine absurde Kampagne nicht zur Bekämpfung, sondern zur Erzeugung von Hunger und Not ...

Im gleichen Katastrophensommer — hervorgerufen nicht durch höhere Gewalt, sondern durch menschliche Absicht — begann die Millionenmasse der Vertriebenen aus den Ost- und Sudetengebieten, soweit sie die Frühjahrsmonate 1945 überlebt hatten, nach Restdeutschland einzuströmen. Sie alle brachten „ihre Mäuler mit", wie Churchill sich geschmackvoll auszudrücken wußte. Über die hier eingetretenen Menschenverluste wurden ebensowenig jemals deutliche Zahlen ermittelt und mitgeteilt wie über die nach der Kapitulation der Wehrmacht von den Alliierten übernommenen deutschen Kriegsgefangenen. Obwohl seit August 1945, dem Ende des Ostasien-Krieges, keinerlei Grund zur weiteren Festhaltung geltend gemacht werden konnte, wurde „angesichts des Bedarfs anderer Länder an Arbeitskräften eine frühzeitige Repatriierung nicht als vordringlich erachtet"; die Überlebenden mußten im Westen jahrelang, im Osten ein volles Jahrzehnt auf die Heimkehr warten. 43/65—71

- NSDAP — eine Verschwörung? 32/65—70
- Zahl der NS-Parteimitglieder etwa 8 Millionen 43/111
- Verhältnis der „Entnazifizierung" zur sowjetischen „Revolutionsjustiz" der Jahre 1918—21 43/116

- Übernahme der sowjetischen „Komplizen-Theorie" in die westdeutschen „Entnazifizierungs"-Gesetze 43/102—104, 108—110
- „Entnazifizierung" in Österreich 33/151f., 155, 188, 238, 240f., 258
- In Österreich 549 353 „Belastete" nach dem „NS-Verbotsgesetz" 43/294
- In der britischen Zone 2 144 022 Deutsche „geprüft" 43/117
- Die Durchführung der „Entnazifizierung" in den Westzonen 27/259—262; 43/110—115
- „Entnazifizierung" in sowjetischer Praxis 43/157f.
- Hess über die „Entnazifizierung" 1/95—99
- General Pattons Versuch, die „Entnazifizierung" zu beenden; seine Abberufung im Oktober 1945 43/106f.
- Verhaftung von Frau Göring, Frau Hess usw. 1/91, 124f.; 43/116
- Innenpolitische Absichten der „Entnazifizierung" 43/114
- Ab 1948 öffentliche Kritik an der „Entnazifizierung" in den deutschen Westzonen 43/114—116
- Erlebnisse in Internierungslagern 6/58—62; 10/54—216; 27/245., 261f.
- Internierungslager in „deutscher Verwaltung" 10/211
- „Nürnberger Justiz" 10/214; 27/262—267, 271—273; 29/7, 29f.; 32/30—35, 38, 44f.; 38/316—318, 326f.; 43/132
- Delikt „Angriffskrieg" weder 1945 noch seither definiert 29/7f.
- Diskussion über einen geplanten „UN-Weltgerichtshof"; Vorbehalt des US-Senats 35/99f.
- Eingabe der Gesamtverteidigung an das Nürnberger Tribunal (19. 11. 1945) Völkerrechts-Hinweis, Text 32/223—225
- Der „Fall Hess" in Nürnberg 1/53f., 61—66; 9/189—195
- Das Nürnberger „Zeugengefängnis" 6/140; 27/262—267
- Sowjetische „Kriegsverbrecher"-Justiz 27/105—133, 153, 157—164
- Lidell Hart zur „Kriegsverbrecher"-Justiz 43/181f.
- Die „NS-Prozesse" in der Bundesrepublik 38/170—175
- „Kriegsverbrecher"-Justiz nach dem Ersten Weltkrieg: Handeln aus Patriotismus als Schuldausschließungsgrund 27/33f., 39
- Professor Grimms Grundsatzforderung nach Generalamnestie; „tabula-rasa"-Prinzip bisher nach allen Kriegen 27/277—280
- 1965: Aufhebung der Verjährungsfrist zwecks Fortführung sog. NS-Prozesse 38/304f., 312—318, 324—328, 43/314
- Oktober 1966: Nach Haftentlassung von Schirach und Speer — Hess allein im Spandauer Gefängnis 42/271f., 275—277
- Erklärung der Familie Hess zur weiteren Inhaftierung von Rudolf Hess 42/273—275

Österreich und Südtirol

Die Protokolle der alliierten Außenminister-Konferenzen, in denen der Verbleib Südtirols unter italienischer Herrschaft dekretiert wurden, sind bisher nicht veröffentlicht. Über die Vorgänge hinter den Kulissen wissen wir nur wenig, wir müssen uns im wesentlichen an

das halten, was in jener Zeit über die Südtirol-Frage in den Zeitungen zu lesen war.

Die Tiroler Gegenargumentation wurde im Sommer 1945 durch einen offenen Brief des aus Südtirol ausgewiesenen Innsbrucker Universitätsprofessor Dr. Reut-Nicolussi an den italienischen Außenminister Dr. Alcide de Gasperi im „Berner Bund" eröffnet. Ende August richtete der Fürstbischof von Brixen, Johann Geisler, und mit ihm der gesamte deutsche Klerus von Südtirol, eine Petition an die Alliierten, in welcher das Selbstbestimmungsrecht gefordert wurde. In ganz Südtirol fanden unter den Augen der amerikanischen Militärregierung mächtige Großkundgebungen statt, bei denen die Wiedervereinigung mit Österreich gefordert wurde.

Auch die in Wien wieder amtierende österreichische Regierung „entschloß sich, das von breiten Massen der österreichischen Bevölkerung, nicht nur Tirols, getragene Verlangen zu vertreten, die Rückgliederung Deutsch-Südtirols zu fordern", wie Dr. Adolf Schärf, nachmaliger Bundespräsident Österreichs, in seinem Buch „Österreichs Wiederaufrichtung im Jahre 1945" feststellt. Sie wandte sich am 5. September 1945 in einem Appell an die Londoner Außenministerkonferenz, in dem sie die Volksabstimmung in Südtirol über die endgültige Zugehörigkeit dieses Gebietes verlangte. Eine solche Volksabstimmung sollte im Friedensvertrag der Alliierten mit Italien angeordnet werden. Das offizielle Kommuniqué der Londoner Außenministerkonferenz, die am 2. Oktober 1945 endete, enthielt zur Südtirol-Frage aber keinerlei Stellungnahme ...

Ganz ohne Echo blieben die österreichischen Bemühungen nicht. Am positivsten war die Einstellung der französischen Regierung, aber auch in England gab es nicht wenige, die die Berechtigung der Volksabstimmungsforderung für Südtirol einsahen und für sie eintraten. So erhob sich sogar der weltbekannte britische Deutschenhasser und jahrelange höchste Beamte des Foreign Office, Lord Vansittart, am 26. Februar 1946 im Londoner Oberhaus, um mit allem Nachdruck zu erklären, das „einzig Richtige" sei, Südtirol „ohne weitere Intrigen" an Österreich zurückzugeben und den Italienern Trient zu belassen. Für Österreich sei Südtirol lebenswichtig. Die Alliierten hätten 1943 in Moskau beschlossen, Österreich „noch einmal und vielleicht die letzte Chance zu geben".

„Welche Narren würden wir sein", so mahnte Vansittart, „wenn wir ihnen diese letzte Chance nicht ernstlich geben und wenn wir mit offenen Augen noch einmal die gleichen Fehler machen. Wir mögen Italien gegenüber milde verfahren hinsichtlich Triest, wo es eine unanfechtbare italienische Mehrheit gibt. Hier ist in der Tat ein Fall gegeben, in dem wir sowohl gerecht wie milde sein können, aber der Platz, an dem wir nicht

gerecht und milde gleichzeitig sein könnnen, ist Südtirol. Italien mag sich für seine Dienste im Ersten Weltkrieg unterbezahlt gefühlt haben, aber in dieser Gegend wurde es zweifellos überbezahlt; und ihm die gleiche Münze nochmals zu zahlen nach einem Jahrzehnt der Treulosigkeit ist nicht Politik, sondern Irrsinn."

Vansittart und die Welt mußten bald darauf erleben, daß die diesmal in Paris tagende Außenminister-Konferenz in der Tat diesen „Irrsinn" beschloß. In der Sitzung vom 30. 4. 1946 wurde zunächst die Forderung der österreichischen Regierung auf Abhaltung einer Volksabstimmung in Südtirol abgelehnt.

Was sich — wieder einmal — hinter den verschlossenen Türen abgespielt hat, läßt sich nur ahnen und deuten. Es mag sein, daß die englische Stimme und — wie man hörte — auch die französische für Tirol und Österreich geltend gemacht wurde, aber ihr Gewicht — das hatte sich schon in Potsdam gezeigt — war nicht bedeutend genug, wenn die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion sich zu einer gemeinsamen Auffassung entschieden hatten. Zu den wenigen Fragen, in denen damals in den Anfangsstadien des „kalten Krieges" noch eine amerikanisch-russische Übereinstimmung zustande kam, gehörte leider auch Südtirol.

Wie solche Entscheidungen damals getroffen wurden, das hat Präsident Truman in seinen Memoiren sehr anschaulich geschildert. Truman erzählt, daß Churchill vor allem in italienischen Angelegenheiten, „es nötig fand, lange Reden zu halten, um sich schließlich doch dem bereits vorliegenden Tatbestand zu fügen":

„Während dieser langen Exkurse Churchills pflegte sich Stalin auf den Ellbogen zu stützen, an seinem Schnurrbart zu zupfen und zu sagen: ‚Warum sagen Sie nicht ja? Die Amerikaner sagen ja, und wir sagen ja. Sie werden am Ende auch ja sagen, weshalb tun Sie es nicht gleich?' Das hemmte dann den Redefluß. Churchill sagte am Ende gleichfalls ja, aber erst mußte er seine Rede halten."

So ähnlich mag es am 30. April 1946 in Paris zugegangen sein, nur daß nicht Stalin und Truman, sondern Molotow und Byrnes am Tisch saßen und ihnen gegenüber nicht Churchill England vertrat, sondern der Außenminister der Labour-Regierung Ernest Bevin.

Churchill hielt „seine Rede" doch noch, freilich als Oppositionsführer und im Unterhaus. Sie änderte — wie die vielen sonstigen Reden über Südtirol — nichts mehr am Geschehenen, aber sie war dennoch bemerkenswert.

Churchill begann seine Ausführungen mit einer ironischen Bemerkung über die Außenminister-Konferenz der „großen Vier — oder der großen Drei — oder der großen Zweiundeinhalb, wie anti-

englische amerikanische Zeitungen gelegentlich schreiben". Mit besonderem Mißvergnügen habe er — Churchill — in den Zeitungen von dem „einstimmigen" Beschluß der Außenminister gelesen, Südtirol wieder Italien zuzusprechen. Er kenne in ganz Europa keine Situation, die deutlicher dafür spreche, die Prinzipien der Atlantik-Charta und der ihr folgenden UN-Charta anzuwenden, wie für das Volk, „das in dieser kleinen aber klar abgegrenzten Region lebt":

„Warum wird den Bewohnern dieses gebirgigen und schönen Landes, des Landes Andreas Hofers, nicht erlaubt, ein Wort über ihre eigene Zukunft für sich selbst zu sprechen? Warum kann es dort nicht ein faires und freies Plebiszit unter Aufsicht der großen Mächte geben?"

Diese Frage Churchills — vor zwei Jahrzehnten gestellt — ist bis heute unbeantwortet geblieben ...

Erneut wurde in Paris über die Südtiroler verfügt, ohne sie anzuhören und ohne ihren längst kundgetanen Willen zu berücksichtigen. Die „hohe Politik" schritt wieder einmal über sie hinweg. Und nochmals hatten vermeintliche Nützlichkeits-Erwägungen bei den Alliierten über die als Kriegsziel deklarierten Rechtsgrundsätze gesiegt. Sie hatten beschlossen, daß Italien seinen alten afrikanischen Kolonialbesitz, beträchtliche Teile von Venezia Giulia an Jugoslawien, kleinere Gebiete an Frankreich und den Großteil seiner Kriegsflotte verlieren sollte; sozusagen als Preis dafür beließ man dem italienischen Staat die Souveränität über Südtirol. Dazu kam, daß die im Krieg so gefeierte Allianz zwischen Washington, London und Moskau keineswegs zu einem idyllischen Weltfrieden geführt hatte und daß es schon 1946 kaum mehr möglich war, mit der Sowjetunion irgendeine gemeinsame Beschlußfassung zu erreichen. Am leichtesten einigte man sich auf Kosten der Südtiroler.

Offen war nur die Frage, ob dazu auch noch einmal eine österreichische Unterschrift geleistet werden würde. 40/97—100

- Frühjahr 1946: Pariser Diskussion um Tiroler „Grenzberichtigungen" — auch diese abgelehnt 40/101—103
- 21. August 1946: Anhörung des österreichischen Außenministers in Paris 40/104f.
- Englische Kritik an der Re-Italianisierung Südtirols 1946 40/103f.
- 5. September 1946: Gruber-de Gasperi-Abkommen; Vorgeschichte und Zustandekommen 40/105—107
- Gruber-de Gasperi-Abkommen, Text und Textkritik 40/108—113
- Keine freie Zustimmung der Südtiroler Bevölkerung zum Gruber-de Gasperi-Abkommen 40/124
- 1947: Italienische Manipulation — staatsrechtliche Verbindung der deutschen Provinz Bozen mit der italienischen Provinz Trient zu einer „Region" 36/117; 40/125—127

- Italienische Verwaltungs-Praxis und Unterwanderungspolitik in Südtirol 40/124—138
- Südtiroler Widerstand gegen die neue Italianisierungspolitik 40/140—165, 174—185
- Politische Lösung der Südtirolfrage? 40/147—153, 156—161, 166—173, 186—203
- Sowjetischer Druck auf die österreichische Innnenpolitik nach 1945 43/296—305
- Die österreichischen Wahlen im November 1945: Kommunisten nur vier Parlamentsmandate 33/255, 274f.; 43/297
- Kommunistischer Aufstandsversuch Oktober 1950 unter den Augen der Sowjetbesatzung gescheitert 43/300—302
- Der österreichische „Staatsvertrag" 1955; erneutes Anschluß-Verbot; Vorgeschichte und Kritik 43/303—307
- Propaganda um die „Österreichische Nation" 43/306—309
- Manifest der Deutschen Burschenschaft in Österreich (9. 5. 1959): „Es gibt keine österreichische Nation, es gibt nur ein deutsches Volk" 36/113f.
- Die Südtiroler — eine „österreichische" oder eine deutsche Minderheit? 40/152
- Deutsche Bundesrepublik und Südtirol 40/78f.

Die Krise der Morgenthau-Politik

Zwingende wirtschaftliche Tatsachen und unerwartete weltpolitische Veränderungen haben schließlich der alliierten „Komplizen"-Justiz auf deutschem Boden ein Ende gesetzt. Schon in Potsdam waren einigen Fachleuten der amerikanischen Delegation gewisse Bedenken gekommen. Als sich endgültig herausstellte, daß die Russen die deutschen Ostgebiete — landwirtschaftliche Produktionsstätten von großer Bedeutung — den Polen übergeben hatten, die Deutschen hier und aus dem Sudetenland vertrieben worden waren und immer noch vertrieben wurden, da war unschwer vorherzusehen, daß die Westzonen nur unter großen Schwierigkeiten würden ernährt werden können.

Wenn dann noch im Sinne des Morgenthau-Planes die deutsche Industrie-Produktion weiter zerstört statt wieder aufgebaut, die deutsche innere Ordnung weiter aufgelöst statt gefestigt werden würde, dann war der Zeitpunkt nicht mehr fern, an dem auch der amerikanische Steuerzahler zur Deckung des unvermeidlichen Defizits herangezogen werden mußte. Das alles spielte sich ja vor den Augen der ganzen Welt in Europa ab. Abweisende Erklärungen aus Washington konnten da nicht helfen; wenn die Deutschen die ihnen fehlenden Lebensmittel gegen selbstverdientes bares Geld kaufen

sollten, dann mußten sie vorher Waren produzieren und diese exportieren dürfen...

Die Währungsreform wurde zum 21. Juni 1948 von den westlichen Besatzungsmächten zwar bereits mit der Absicht der Normalisierung, aber noch sehr rücksichtslos durchgeführt; sie bedeutete zunächst „den Ruin Dutzender und Hunderter deutscher Industrie-Unternehmen", da ihre Forderungen an das Deutsche Reich für erloschen erklärt wurden. Der „Kopfgeld"-Start machte alle Deutschen gleich arm, zwang den einfachsten wie den reichsten Mann, unverzüglich etwas zu tun und zwar das Richtige zu tun. Von der „Geldseite" her hat es sich „um eine ungeheure Enteignung" gehandelt.

Zunächst stiegen denn auch die Preise, Arbeitslose stauten sich vor den Arbeitsämtern. Aber dennoch war geradezu über Nacht ein neuer Optimismus in die Deutschen gefahren. Da war ab 1949 die zu Investitionen anregende Steuerpolitik des Bundesfinanzministers Schäffer zu loben, der rasche Abbau der Rationierungs- und Zwangswirtschaft durch Wirtschaftsminister Erhard — er erklärte schon am 25. Juni 1948 gegen den Rat einflußreicher Leute: „Der einzige Bezugschein ist jetzt die Mark." Das war etwas verfrüht gesagt; aber es dauerte nicht mehr lange und dann war es wirklich so...

Die amerikanische Regierung war im Verlauf des Jahres 1948 deutlicher als jemals zuvor darüber belehrt worden, daß Stalin sie zum Rückzug an allen Fronten zwingen wollte. Der in China schon 1945 ausgebrochenen Krise (die schließlich im Sommer 1949 zum militärischen Zusammenbruch des Tschiang-Kai-Schek-Regimes und am 21. 9. 1949 zur Ausrufung der chinesischen „Volksrepublik" in Peking führte) war Ende Juni 1948 die Blockade Berlins durch die russischen Besatzungsbehörden gefolgt. Hier hat sich dann ein überraschender amerikanischer Widerstandswille dokumentiert. Zwar gab Präsident Truman — dem sein nächster Wahltermin im November 1948 vor Augen stand — dem Verlangen der amerikanischen Militärs nicht nach, die die Durchfahrt für Versorgungstransporte in die Westsektoren der geteilten deutschen Hauptstadt mit einem Panzerdurchbruch erzwingen wollten, aber mit der berühmten „Luftbrücke" wurde doch das Exempel statuiert, daß Berlin nicht im Wege der Erpressung den Russen ausgeliefert werde. Wie stets, wenn — was allzu selten geschah — mit Stalin Fraktur gesprochen wurde, fügte er sich schließlich: in der Nacht zum 29. Juli 1949 durften sang- und klanglos die Transportzüge nach Berlin wieder rollen.

So war während der ganzen Zeit, in der es um die Konstituierung der Bundesrepublik ging, das sichtbarste Zeichen der Weltpolitik die amerikanische Entschlossenheit, den Sowjets Halt zu gebieten und zwar genau in Deutschland...

Wie stets, wenn etwas erfolgreich verläuft, haben sich seither viele Verantwortliche gemeldet, die sich ein wesentliches oder gar das Hauptverdienst am deutschen „Wirtschaftswunder" zuschreiben, als ob es sich dabei um eine „Maßnahme" gehandelt habe. Ein amerikanischer Professor, der ein profundes Buch über die einzelnen Phasen und die wichtigsten Momente dieses „Wunders" geschrieben hat, gab dem Kapitel über die tieferen Ursachen des Phänomens die trokkene aber treffende Überschrift: „Wirtschaftliche Bedeutung des deutschen Charakters".

Das trifft den Kern der Sache ebenso wie ein Wort Alfried Krupps — jenes 1967 verstorbenen merkwürdigen Mannes, der anstelle seines Vaters in einem Nürnberger Prozeß angeklagt und verurteilt, dann aber 1951 wieder freigelassen wurde und erneut an die Spitze der Weltfirma seiner Familie trat. Von ihm wird der Satz berichtet, den er bei der Entlassung aus dem Landsberger Gefängnis sagte: „Wir werden die verlorene Zeit wieder aufholen", und eine weitere Bemerkung, die genau ausdrückt, wie es sich mit dem „Wunder" in Wirklichkeit verhielt: „Der einzige Weg, uns auszuschalten, wäre der gewesen, jeden einzelnen Deutschen umzubringen".

So war und bleibt es in der Tat. Für die Deutschen ist allein das Recht zur Arbeit lebensnotwendig, sowie die Möglichkeit, Erspartes anzusammeln und den Arbeitsertrag von heute in der Leistung von morgen wieder einzusetzen.

Zu einer wirtschaftlichen Krise kommt es bei den Deutschen nur, wenn sie in ein Chaos hineingezwungen werden, wie es nach Versailles und im Zeichen der Morgenthau-Praxis geschehen war — und wie es immer wieder geschehen kann, solange die deutsche Frage politisch ungelöst bleibt. 43/117f., 148—151, 164

AUF EWIG GETEILT?

Die Gründung der Bundesrepublik

Am 1. Juli 1948, zehn Tage nach der Währungsreform, wurden alle Ministerpräsidenten der drei deutschen Westzonen nach Frankfurt zum amerikanischen General Clay bestellt; formell waren es freilich die drei Militärgouverneure der westlichen Besatzungszonen, die den Ministerpräsidenten mehrere Dokumente überreichten. Im ersten dieser Papiere wurden die deutschen Länderchefs aufgefordert, eine Versammlung einzuberufen, die eine Verfassung für die drei Zonen ausarbeiten sollte. Die Mitglieder dieser Versammlung waren nach einem bestimmten Schlüssel von den gesetzgebenden Versammlungen der Länder zu wählen.

Diese Versammlung sollte eine demokratische Verfassung ausarbeiten für eine Regierungsform föderalistischen Typs, die am besten geeignet sei, die „gegenwärtig zerrissene deutsche Einheit schließlich wiederherzustellen, und die Rechte der beteiligten Länder schützt, eine angemessene Zentral-Instanz schafft und die Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten enthält."

Die vielleicht wichtigste Vorschrift lautete dahin, daß das von der „verfassunggebenden Versammlung" ausgearbeitete Grundgesetz dann durch V o l k s a b s t i m m u n g in Kraft gesetzt werden sollte.

Erstaunlicherweise haben die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder genau diesem Punkt so nachdrücklich und langanhaltend widersprochen, daß die Militärgouverneure sich im Frühjahr 1949 bereit erklärten, darauf zu verzichten. Das offizielle Argument der Deutschen lautete dahin: mit einer Volksabstimmung werde der neuen Verfassung zu große Bedeutung zugeschrieben, sie könne dann einer deutschen Wiedervereinigung im Wege stehen usw. Daß das nur ein oberflächliches Argument war und die ernsteren Gründe tiefer lagen, darüber gab es schon damals keinen Zweifel. Anderthalb Jahrzehnte später wurde die Deutung, das Plebiszit sei zurückgewiesen worden, weil die Ministerpräsidenten dem Grundgesetz nur geringe Wichtigkeit beimessen wollten, offiziell aufgegeben...

Mit dem Grundgesetz wurde sehr wohl ein ernster staatspolitischer Akt vollzogen, den durch ein Plebiszit zu bestätigen, nicht nur angezeigt, sondern auch erforderlich war: alle Staatsgewalt geht vom Volke aus!

Schon um dieses Grundsatzes willen mußten die Ministerpräsidenten im Juni 1948 und nach ihnen der aus ernannten Vertretern der

Landtage gebildete „Parlamentarische Rat" die gebotene Gelegenheit mit fester Hand ergreifen. Eine demokratische Verfassung war zu entwerfen, zu der die Volksmehrheit ihr „Ja" zu sagen hatte — hier konnte, durfte und mußte ein Durchbruch, eine Klärung der deutschen Lage erreicht werden: Kein Wort, kein Regelung war zumutbar, die nicht der allgemeinen Zustimmung gewiß war.

Die Militärgouverneure behielten sich zwar — ohne andere Rechtsgrundlage als die zweifelhafte „Deutschlanderklärung" vom 5. 6. 1945 — die Genehmigung der Verfassung vor. Aber konnten sie einen Text verwerfen, der durch allgemeine Volksabstimmung genehmigt war, oder konnten sie bei vorhergehendem Kontrollverfahren erwarten, daß die Ministerpräsidenten vor das Volk hinträten mit einem Grundgesetz, das von der Besatzungsbehörde in wichtigen Punkten geändert worden war?

Bei kritischer Prüfung ergab sich aus der Aufforderung zum Plebiszit sowohl die Gelegenheit wie die Verpflichtung, im Wege der Verfassungsprozedur den Deutschen wieder die innere Selbstsicherheit und äußere Unabhängigkeit zu erwirken, die sie so lange entbehrt hatten.

Ein Verlangen, das die Ministerpräsidenten — bevor sie der Aufforderung zum Verfassungsentwurf überhaupt nähertraten — zu stellen hatten, war eine Erklärung der drei Besatzungsmächte darüber, wann und wie sie die Kontrollen und die militärische Besetzung deutschen Gebietes zu beenden beabsichtigten. Natürlich konnte nur für ein im völkerrechtlichen Sinne souveränes Staatswesen ein Grundgesetz entworfen und dem Volke zur Annahme empfohlen werden. Der von den Militärgouverneuren gebrauchte Ausdruck „demokratische Verfassung" führte logisch zu diesem Standpunkt. Es gibt keine „demokratische Verfassung" für ein nicht souveränes, unter fremder Aufsicht stehendes Volk. Und es gehört zu den Grotesk-Anekdoten der modernen Geschichte, daß die Bundesrepublik Deutschland bei ihrer Konstituierung im September 1949 noch nicht einmal ihre auswärtigen Beziehungen selbst wahrnehmen und daß sie bis 1952 kein Außenministerium einrichten durfte. Ja, der neuernannte Bundeskanzler Adenauer mußte in der berühmt gewordenen Nachtsitzung vom 24. zum 25. November 1949 auf offener Tribüne des Bundestages in einer Auseinandersetzung mit dem Kommunisten Renner feststellen, daß die Bundesrepublik „überhaupt keine Souveränitätsrechte" besitze, daß sie „keinen völkerrechtlichen Vertrag eingehen" könne. Daß alle diese Klärungen eine logisch zwingende Voraussetzung jeglicher Arbeit an einer Verfassung waren und daß sie — falls das Grundgesetz gemäß dem Wunsch der Militärgouver-

neure einer Volksbefragung unterstellt wurde — auch gegenüber den Besatzungsmächten politisch durchgesetzt werden konten: daran ist kein vernünftiger Zweifel möglich.

Statt jedoch die von den westlichen Siegermächten, genauer gesagt: von den Vereinigten Staaten, angebotene Gelegenheit, „reinen Tisch zu machen", mit Umsicht zu ergreifen und wahrzunehmen, hob auf deutscher Seite ein fast einjähriges Wortgefecht an, an dessen Ende das heutige Grundgesetz stand. Dessen Regelungen des innerstaatlichen Lebens, der persönlichen Freiheitssicherung usw. dürfen — wenn auch nicht als erschöpfend — so doch als wohldurchdacht und ausgewogen gelten. Die Tatsache, daß mit der Schaffung der westdeutschen Bundesrepublik noch nicht der deutsche Staat wieder erstanden ist, wurde in der Präambel des Grundgesetzes mit beachtlicher Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht:

„Im Bewußtstein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das Deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassunggebenden Gewalt dieses Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden."

Dieser Text ist gut formuliert, denn er bindet jede Regierung der Bundesrepublik an die Zielsetzung der staatlichen Wiedervereinigung Gesamt-Deutschlands; auch dieser Gesichtspunkt würde freilich noch wirksamer hervortreten, wenn das Grundgesetz wirklich vom „Volk" bestätigt worden wäre.

Der wesentliche Grund, weshalb die Ministerpräsidenten die Volksabstimmung über das Grundgesetz gescheut haben, dürfte freilich der Artikel 139 gewesen sein, der da lautet:

„Die zur ‚Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus' erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt."

Damit war — statt mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes endlich einen Schlußstrich unter die besatzungsbefohlene politische Verfolgung zu ziehen — diese ausdrücklich anerkannt . . .

In kritischer Prüfung muß gesagt werden, daß die Abgeordneten, die anstelle des im Sinne absoluter Demokratie allein dazu berufenen Volkes das Grundgesetz in Kraft gesetzt haben, in diesem Artikel 139 — wenn er auch nur als „Übergangsbestimmung" figuriert — eine indirekte Zustimmung zu den „Schuld"-Behauptungen und zu den Verfolgungspraktiken der Siegermächte ausgedrückt haben, ohne dazu ermächtigt gewesen zu sein.

Es gehört zu den Zweifelsfragen jener Jahre, inwieweit diese Einstellung und dieses formale Zugeständnis den verantwortlichen Deutschen aufgezwungen wurde — womit es gegenstandslos wäre — und inwieweit sie freiwillig zu Erklärungen bereit waren, deren Unhaltbarkeit sie kennen und deren Folgenschwere sie beurteilen konnten . . .

Jedenfalls zeigt sich in dieser wichtigen Phase, in der erstmals seit 1945 von deutscher Seite wieder politisch gehandelt werden konnte, ein offensichtliches Ausweichen und ein Haltmachen vor all den Fragen, auf die es ankam, wenn ernsthaft eine neue Richtung eingeschlagen werden sollte.

Die Alternative war unschwer zu erfassen: wenn es schon nicht möglich war, den gesamtdeutschen Staat neu zu begründen, dann mußte wenigstens die gebotene Gelegenheit zur Bildung eines Teilstaates bis zur letzten denkbaren Konsequenz genutzt werden, dann mußte die Bundesrepublik als volldemokratisches kraftvolles Staatswesen so eingerichtet werden, daß es sich mit politischen Mitteln aus der Machtfessel der Siegermächte freiringen, zu unabhängigen Initiativen, zum eigenwilligen Ergreifen günstiger Gelegenheiten, ja zum Ertrotzen seines nationalpolitischen Anliegens kräftigen konnte.

Das deutsche politische Problem war damals nicht und ist heute nicht das einer „Öffnung" nach Osten oder Westen, sondern das der Wiederherstellung nationaldeutscher Selbstbestimmung und Entschlußfreiheit. Damals war bereits so gewiß wie es heute ist: daß die Überwindung einer jahrzehntelangen Bedrohung, Einengung, Niederhaltung Deutschlands und die Begründung eines unbestrittenen und unbedrohten gesamtdeutschen Volksstaates als Mittel- und Schwerpunkt Europas, kurz: eine ernsthafte Lösung der deutschen Frage, von niemand in der Welt den Deutschen angetragen oder für sie durchgesetzt wird. Diese politische Leistung müssen wir selbst vollbringen. Daß wir uns nicht schon 1949 bewußt auf sie vorbereitet haben, das hat der Bundesrepublik Deutschland ein politisches Schicksal der Halbheiten und Selbsttäuschungen eingetragen, die sie immer wieder und immer ernster und dramatischer vor die Frage des „was nun?" stellt.

43/140—147

Als die Westmächte die Gründung der Bundesrepublik wünschten und zuließen, wurden auch die Ulbricht, Pieck und Grotewohl für die Russen wichtiger als sie es vordem waren. In dem Maße, in dem sich die politischen Verhältnisse im Westen Deutschlands normalisierten, ließ die Sowjetregierung eine ähnliche Entwicklung auch in der russischen Besatzungszone und die Gründung der „Deutschen Demokratischen Republik" zu. Dabei stand nicht nur der machtpolitische Gesichtspunkt der Anwesenheit russischer Truppen im mitteleuropäischen Raum, der dadurch bewirkten militärischen Einkreisung der in Rußland insgeheim stets als unzuverlässig beurteilten Polen, sondern auch der Wunsch im Vordergrund, die ungeregelte „Reparations"-Entnahme der ersten Nachkriegsjahre in praktischere Dauerformen überzuleiten, schließlich erneut der Gedanke, wenigstens propagandistisch in den westdeutschen Raum einzuwirken.

Welche politischen Schachzüge immer man dabei als wünschenswert und zweckmäßig erachtete — nie hat man dabei außer Acht gelassen, der Gruppe Ulbricht zu verdeutlichen, wer in der sowjetischen Besatzungszone wirklich „Herr im Hause" ist...

Diese Leute waren aus Rußland nach Deutschland verbracht worden, um hier für die Sowjetunion „politische Arbeit zu leisten": das war ihr Auftrag vor zwei Jahrzehnten, und dabei ist es seither geblieben.

Von allen abhängigen Regierungen, die die Sowjets im Laufe der Jahre in Osteuropa eingesetzt haben, blieb die Ulbrichts die unterwürfigste. Jede Richtung und Richtungsänderung der Moskauer Politik wurde in Pankow gefügig angenommen, gelegentlicher Kritikversuch innerhalb der eigenen Reihen hart ausgelöscht. Um den großen Volkswiderspruch, wie er sich am 17. Juni 1953 leidenschaftlich äußerte, zu überleben, bedurfte die Gruppe Ulbricht freilich der sowjetischen Panzerhilfe.

Was an politischen Geschehnissen in dem Machtbereich der sog. „deutschen demokratischen Republik" zu verzeichnen war und ist, gewinnt nur insoweit und nur dadurch Bedeutung, daß sich eine zuverlässige, oft buchstabengetreue Reproduktion der Moskauer Meinungen und Weisungen vollzieht. Wenn dem amerikanischen Botschafter in Bonn ein ungeschriebenes Vetorecht in Angelegenheiten der großen Politik zugeschrieben wird, so ist die russische Botschaft in Berlin „Unter den Linden" die Behörde, die dem „Staatsratvorsitzenden" Ulbricht und seinem Stab nicht nur in allgemeinen Richtungsfragen, sondern auch in allen bedeutenden Verwaltungs- und

Wirtschaftsangelegenheiten tägliche Weisungen erteilt, ihre Durchführung überwacht und sie auch durchzusetzen weiß...

Als der in der ersten DDR-Regierung als Außenminister tätige bürgerliche Politiker Georg Dertinger die damalige SED-Parole: „Deutsche an einen Tisch" wörtlich nahm, sich in Berlin mit westdeutschen Politikern traf und mit ihnen die Möglichkeit erörterte, im Zuge einer gemeinsamen Wiedervereinigungspolitik im Westen die Amerikaner, im Osten die Russen zum Abzug aus Deutschland zu bewegen, wurde er am 15. Januar 1953 über den Kopf der Regierung hinweg von den unmittelbar russisch dirigierten „Organen der Staatssicherheit" — wie die amtliche Mitteilung lautete — verhaftet. Dertingers eigene Partei, die „Christlich-Demokratische Union" der Sowjetzone beeilte sich zu verkünden, daß Dertinger „schändlichen Verrat an den hohen Zielen unseres nationalen Kampfes um Einheit und Frieden" verübt habe... Anderthalb Jahre nach der Verhaftung des Außenministers wurde in Ostberlin amtlich gemeldet, daß Dertinger unter Ausschluß der Öffentlichkeit vom „Obersten Gericht der DDR" zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Aus der Urteilsbegründung wurde mitgeteilt, Dertinger habe sich

„zum Ziel gesetzt, die Deutsche Demokratische Republik und die Errungenschaften der Arbeiter- und Bauernmacht zu beseitigen und die Ausbeutungsverhältnisse der Monopolisten, Großgrundbesitzer und Faschisten wiederherzustellen. So wurde zwischen Dertinger und dem amerikanischen Agenten und besonderen Vertrauten Adenauers und zeitweiligen Staatssekretär der Bonner Regierung, Otto Lenz, in einer in Westberlin stattgefundenen Besprechung ein genauer Plan zum Sturz der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik festgelegt."

Da eine Wiedervereinigung Deutschlands, die Neubegründung eines gesamtdeutschen Staates, nach den Gesetzen der Logik die formalrechtliche Auflösung sowohl der Bundesrepublik wie auch der DDR zur Folge haben mußte, warf diese Begründung der Verurteilung Dertingers ein grelles Schlaglicht auf die seither mehrmals nicht minder deutlich beleuchtete Tatsache, daß die sowjetische Politik zwar die Debatte über die deutsche Wiedervereinigung wünscht, ernsthafte Schritte in dieser Richtung jedoch verhindert und unterbricht.

43/271, 273—275

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker

Wir haben längst erfaßt, daß es „Menschenrechte" gibt: Den Anspruch des Individuums auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, Aus-

schaltung von Menschenhandel und Sklaverei und dergleichen allgemeine und heute nirgends mehr bestrittene Grundsätze.

Diesen anerkannten Postulaten des „Naturrechts" entsprechen die Forderungen unserer Zeit, ähnliches auch im internationalen Recht als „Selbstbestimmungsrecht der Völker" durchzusetzen. Der Kampf um dieses Recht, das Völkern und Volksgruppen zubilligt, über ihren politischen Status selbst zu entscheiden, hat in der nationalen und internationalen Politik der letzten fünfzig Jahre eine hervorragende Rolle gespielt. Seit es zu Ende des Ersten Weltkrieges in Ost und West als Ideal allgemein verheißen wurde, ist es eine der revolutionärsten Grundsätze der internationalen Beziehungen.

Dieses Selbstbestimmungsrecht ist klar naturrechtlichen Ursprungs, denn es fußt auf der natürlichen Gegebenheit des Volkstums; darauf gründet sich auch die ungeheuere moralische Kraft, die ihm innewohnt.

Auf dem Felde der internationalen Politik wurde das Selbstbestimmungsrecht in bemerkenswerter Weise bereits im Jahre 1526 geltend gemacht und zwar im Zusammenhang mit der Rücktrittserklärung König Franz I. von Frankreich von dem in diesem Jahr geschlossenen Pariser Frieden. Dieser Vertrag sah die Abtrennung Burgunds von Frankreich vor — eine Maßnahme, der sich die burgundischen Stände mit Erfolg widersetzten. In der an Kaiser Karl V. gerichteten Erklärung des französischen Königs wurde festgestellt:

„Es ist ein Grundsatz des Rechts, daß man keine Städte und Provinzen gegen den Willen ihrer Bewohner an eine andere Macht übertragen kann, es sei denn, daß die Bewohner selbst zustimmen."

Der Selbstbestimmungsgrundsatz als Recht eines Volkes konnte freilich nicht im Absolutismus, sondern erst mit dem Übergang zu demokratischen Staatsformen allgemeine Bedeutung gewinnen. Zum Durchbruch kam er zu Ende des Ersten Weltkrieges, als sowohl von Moskau wie von Washington aus das Selbstbestimmungsrecht der Völker als das bestimmende Prinzip für die Gestaltung des kommenden Friedens verkündet wurde. Das entsprechende Völkerrechts-Postulat hat dann auch weiteren positiv-rechtlichen Niederschlag gefunden, freilich — wie wir wissen — nicht überall ...

Durch das bolschewistische Manifest der russischen Regierung vom 15. November 1917 wurde es als Richtlinie für die staatliche Neugestaltung auf dem Gebiete des russischen Zarenreiches aufgestellt und im Frieden von Brest-Litowsk festgehalten, was danach zum Ausscheiden der nichtrussischen Ostseevölker aus dem russischen Staatsverband führte.

Seitens der Alliierten war es bekanntlich der amerikanische Präsident Wilson, der in seiner berühmt gewordenen „14-Punkte-Erklärung" vor dem amerikanischen Kongreß am 18. Januar 1918 die Forderung nach dem „principle of self determination" (Prinzip der Selbstbestimmung) erhob, in der Mount-Vernon-Rede am 4. Juli 1918 (Punkt 2) und in der Rede in New York vom 27. September 1918 (Punkt 1) wiederholte und präzisierte. Durch die sogenannten „Lansing-Noten" vom 23. Oktober und 5. November 1918 an das Deutsche Reich, sind die Erklärungen Wilsons nachträglich zu rechtsverbindlichen, die alliierten und assoziierten Mächte verpflichtenden Willenskundgebungen geworden. Der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker sollte dem zukünftigen Friedensschluß und der zukünftigen internationalen Politik zugrunde gelegt werden. Mit der Unterzeichnung des Vertrages über den Waffenstillstand ist die von Wilson verkündete, den weitaus größten Teil der Völkerrechtgemeinschaft verpflichtende völkerrechtliche Norm ernstlich proklamiert worden; von da an hätten Gebietsfragen nur noch auf Grund freier Annahme („free acceptance") seitens der unmittelbar betroffenen Bevölkerung gelöst werden dürfen.

Die Tatsache, daß nach Beendigung des Ersten Weltkrieges die feierlich übernommenen völkerrechtlichen Verpflichtungen dem deutschen Volk gegenüber nicht eingehalten und viele Millionen Deutsche im Widerspruch zu dem verbindlich verkündeten Selbstbestimmungsrecht fremden Staaten ausgeliefert wurden, hat die Drachensaat gesät, die zwanzig Jahre später zum Zweiten Weltkrieg führte.

Für die heutige völkerrechtliche Situation ist von besonderer Bedeutung, daß die Satzungen und die Beschlüsse der „Vereinten Nationen" für deren Mitglieder bindend sind und ein Verstoß gegen sie als Rechtsbruch zu gelten hat.

Kapitel I Artikel 1 der Satzung der UN vom 26. Juni 1945 beschäftigt sich mit dem Zweck dieser Organisation. Als diese werden in Absatz 2 genannt: „Freundschaftliche Beziehungen zwischen den Staaten herbeizuführen, die sich auf die Achtung vor dem Grundsatz der Rechtsgleichheit und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker gründen." Der dritte Absatz des gleichen Artikels statuiert die „Achtung der Menschenrechte" und da der Katalog dieser Menschenrechte im Jahre 1952 um einen Artikel vermehrt wurde, nämlich „daß alle Völker und alle Nationen das Recht auf Selbstbestimmung haben sollen", liegt also in der Satzung der UN eine doppelte und klare Verankerung des Selbstbestimmungsrechtes vor.

Wie erwähnt, besteht an der verbindlichen Verpflichtung zur Einhaltung dieser Satzung durch die Mitglieder kein Zweifel. Die staatliche Souveränität steht für die UN-Mitglieder unter permanenter

normativer Auflage; ihre Ausübung muß mit dem Selbstbestimmungsrecht vereinbar sein. Subjektiv wirkt die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes als Einführung konkreter Pflichten für die Inhaber des staatlichen Herrschaftsrechtes. Objektiv bedeutet es eine normative Begrenzung der Staatsgewalt. Mit anderen Worten, der Wille zur Selbstbestimmung darf in einem UN-Mitgliedstaat nicht behindert und das Ergebnis muß respektiert werden, wenn er sich nicht eines Verstoßes gegen die UN-Satzungen schuldig machen will.

40/186—189

Der „Nationalismus"

Gegen den Nationalismus hilft kein Polizeiknüppel, hier gibt es nur ein Rezept: es müssen die Reibungspunkte beseitigt werden, an denen sich noch immer nationalistische Leidenschaften entzündet haben.

Hierfür ist als Grundforderung der Verzicht jeder europäischen Nation auf volkstums- oder gebietsmäßige Erwerbungen zu Lasten eines anderen Volkes unseres Erdteils auszusprechen. Es kann und darf in Europa keine Germanisierungs-, Italianisierungs-, Polonisierungs- usw. Bestrebungen mehr geben, es kann nicht mehr nach Gebietserwerbungen jenseits der seit Jahrhunderten festliegenden Völkergrenzen Ausschau gehalten werden.

Eine solche bedingungslose Anerkennung der historisch gewordenen und zusammengewachsenen nationalen Einheiten ist die entscheidende Voraussetzung, die conditio sine qua non für die ernstliche Erreichung europäischer Gemeinschaftsziele. Wer das Schicksal Europas vor Augen hat, muß als erstes mit Gewissenhaftigkeit darüber wachen, daß niemals und nirgends, in keinem einzelnen und in keinem Volk ein innerer Konflikt zwischen Nationalgefühl und europäischer Haltung entsteht oder auch nur entstehen kann. Im Gegenteil: es möge dafür gesorgt sein, daß die uns vertraute Leistung für unser Volk stets und überall dem Dienst an Europa identisch bleibt!

2/19f., 43/226

„Schuld"-Legende — Verzicht auf Wiedervereinigung?

Kein Weg rechtlichen und historischen Denkens führt zu einer „deutschen Schuld" oder zu einer „deutschen Haftung". Da aber die Siegermächte aus moralisch-propagandistischen Gründen nicht auf die erstere und in praktischer Absicht nicht auf die letztere Fiktion

verzichten, sind erfindungsreiche Köpfe immer wieder am Werk, um in gedanklicher Akrobatik Hilfskonstruktionen zu errichten und Phantasielinien aufzuzeichnen, die durch das Labyrinth der Tatsachen zu den gewünschten Zielen führen sollen.

Die originellste — wenn für diese ernste Angelegenheit nicht das schärfere Wort gilt: die dreisteste — dieser Leistungen hat der 1957 verstorbene britische Lord Vansittart vollbracht.

Einige Zeit nach seinem Ausscheiden aus dem britischen Außenministerium, von der Zurückhaltung befreit, zu der ihn seine Beamteneigenschaft verpflichtet hatte, sandte Vansittart im November 1943 nach Moskau eine Botschaft, in der er unverblümt zum Ausdruck brachte, daß nach seiner Ansicht der zweite Krieg keineswegs gegen Hitler, sondern gegen die Deutschen geführt wurde:

„Ich sah und sagte den Kampf voraus, sogar bevor die Nazis an die Macht gekommen waren und ich wußte, daß England und die Sowjetunion einmal gemeinsam den Deutschen gegenüberstehen würden."

Vansittarts Parolen über Deutschland, wo er nie tätig war und über die Deutschen, von denen er seit einer Schiffsreise im Schwarzen Meer wußte, daß sie das einzig „mörderische" unter lauter „friedlichen" Völkern sind, hat er noch während des Krieges in seinen Büchern „Black record" und „Lessons of my life" mit weitreichenden Rückblicken begründet. Schon im Jahre 378 in der Schlacht von Adrianopel habe „die deutsche Barbarei die lateinische Zivilisation zertreten", später hätten zwei Jahrhunderte „Militarismus" die deutsche Nation „endgültig mißgeformt", jetzt sei zu sagen: „75 Prozent Deutsche sind seit 75 Jahren — die Zahlen sind leicht zu merken — darauf aus gewesen, ihre Nachbarn anzugreifen".

Historische Fakten oder gar ihre Prüfung interessierten Vansittart nicht; der Umstand, daß Preußen-Deutschland im Jahre 1870 sich einer Kriegserklärung des Kaisers Napoleon III. zu erwehren hatte und nur durch die Schlacht von Sedan vor der Übermacht gerettet wurde, war dem Lord gleichgültig. Es ging ihm nur darum, zu verkünden, „daß die deutsche Nation nicht nur angeklagt werden kann, sondern angeklagt werden muß", daß Deutschland „zum Gewohnheitsverbrecher" geworden und daß es „absolut unmöglich" sei, „für Europa zu sein ohne gegen Deutschland zu sein".

Diese Tiraden, die sich der Argumentation entziehen, wären völlig unbeachtlich und müßten nur als Kuriosum bezeichnet werden, wenn nicht der Mann, der sie erdachte und auf geduldiges Papier niederschrieb, in den entscheidenden Jahren vor 1939 in wichtigster Schlüsselstellung der englischen Politik gewirkt hätte ...

Auch dem Philosophie-Professor Karl Jaspers ist die deutsche Geschichte der letzten zwei Jahrhunderte ein Greuel, schon die Feldzüge Friedrichs des Großen — so wenig sie sich außer durch ihren Erfolg von ähnlichen Auseinandersetzungen jener Zeit unterscheiden — gelten ihm „niederträchtig", zum Jahre 1933 erkennt er „die Vorgeschichte eines Jahrhunderts". Der Welt „graue" vor den Deutschen und das mit Recht, denn nicht nur vor 1933, sondern auch schon vor 1914 habe Deutschland „unheilvolle Richtungen" eingeschlagen; für das, was später geschah sei überhaupt „nicht Hitler schuld, sondern die Deutschen, die ihm folgten". Die Zahl der „Unbelasteten" benennt Jaspers für 1945 mit: „diese vielleicht 500 000 Deutschen", wobei er offensichtlich die Nein-Stimmen der Reichstagswahl von 1938 als Grundlage der Schätzung herangezogen hat...

Ob der Professor Jaspers in Heidelberg sich an den damaligen Volksabstimmungen beteiligt und in der Stille der Wahlzelle ein geheimes „Nein" eingezeichnet hat, ob er also selbst zu einer halben Million Deutschen gehört, die das noch 1938 getan haben, darüber hat er nichts verlautbart. Man darf jedoch hoffen, daß er zu diesem Kreis der „in ihrer politischen Überzeugung stets Unerschütterten" gehörte, denn sonst müßte man diesen seit 1945 so lautstark und immer wieder auftretenden Schuldprediger selbst zu den Deutschen rechnen, die „einen Verbrecherstaat aufbauen, ihm dienen oder mit ihm mitlaufen konnten".

Nach Jaspers gab es damals auch keinen „rationalen", sondern einen „sittlichen Irrtum". Allerdings räumt er ein, daß es keine „moralische Kollektivschuld" gebe, er proklamiert aber statt dessen eine „kollektive politische Haftung". Sie gründe sich auf den Umstand, daß die Deutschen gegen Hitler keinen „Bürgerkrieg begannen und führten". Alle Deutschen „haften dafür, daß Hitler herrschte", natürlich insbesondere für den „von Hitler vom Zaun gebrochenen Krieg". Dieser Krieg wiederum hat „neue Tatsachen geschaffen" und „mit diesen neue Rechtsvoraussetzungen geschaffen".

Ja, der Philosoph, von dem man erwarten sollte, daß ihm der Blick in die Weltgeschichte und ihren dauernden Wandel nicht fremd sei, wird so sehr von der Leidenschaft des Tages erfaßt, daß er die derzeitigen mitteleuropäischen Grenzen — ausgerechnet die Grenzen von 1945 — zu „Resultaten der bisherigen politischen Geschichte" und als nunmehr etwas „Endgültiges" proklamiert.

In ihre „Haftung" sind die Deutschen so sehr verstrickt, daß schon ihr Verlangen nach Wiedervereinigung zur „Sorge" veranlaßt, daß ihre Forderung nach Selbstbestimmung eine „Zumutung" an die Welt, ja die Berufung auf das Völkerrecht „Bedrohungen des Friedens" bedeuten.

Wir Deutschen werden „Friedensfeinde", wenn wir den „Sinn der bedingungslosen Kapitulation verkennen" und nicht ohne Widerspruch alles annehmen, was die Sieger des Krieges beschließen, den „wir verschuldet und verloren haben". Den Haftungsgedanken, der im Zivilrecht zur materiellen Wiedergutmachung führen kann und sich in ihr erschöpft, weitet Jaspers zur kategorischen Forderung nach willenloser Selbstaufgabe aus.

Ein „vae victis" auszusprechen war bisher siegreichen Feldherren im Zeichen der Hybris vorbehalten — noch niemals hat diese Formel als Ordnungs- und Friedensrezept gegolten. Im Munde eines Philosophen ist sie neu und verblüffend ...

Jaspers formulierte den Satz: „Für die Freiheit könnten wir auf Wiedervereinigung verzichten."

Für welche Freiheit? Freiheit für u n s : das ist doch n a t i o n a l e Freiheit. Was aber ist nationale Freiheit, wenn in ihr nicht einmal ein gemeinsamer Beschluß staatlicher Zusammenfassung erlaubt wäre?

Er sagt an anderer Stelle: „Der eigentliche Sinn der Politik ist die Errichtung, die dauernde Befestigung, die Selbstbehauptung der Freiheit in einer staatlichen Gestalt." Wie könnte diese Forderung für die Deutschen erfüllt werden o h n e Wiedervereinigung?! ...

Was bei Vansittart noch als Kriegspropaganda, als Rechtfertigung eigenen politischen Wirkens, was bei pseudo-wissenschaftlichen Publizisten als bequeme Anpassung an gegebene Machtverhältnisse gelten mag: bei Jaspers wird mit Sprachgewalt ein Programm daraus. Die Einseitigkeit der Blickrichtung, die Blindheit gegenüber jeder anderen Seite zeigt bei den landläufigen „Schuld"-Rednern an, daß es ihnen nicht um Weltverbesserung geht, sondern einfach darum, die Deutschen bei ihrem derzeitigen politischen Schicksal zu beruhigen.

Jaspers geht auch in dieser Beziehung einen wichtigen Schritt weiter. Ein „verblasenes Schuldbekenntnis" bedeutet ihm nur etwas, wenn „Folgerungen daraus verwirklicht" werden. Für ihn hat die Gewalt, die er ausdrücklich als schöpferische Kraft auch für die heutige Gegenwart anerkennt, zumindest im Jahre 1945 absolut recht gehabt; deshalb ist nach ihm die Unterwerfung der Deutschen eine moralische Dauerpflicht geworden.

Jaspers Proklamation an die Zukunft besagt, daß die Welt besser eingerichtet und der Friede nur gesichert sei, wenn die Deutschen unter Kontrolle gehalten werden und ihr Land geteilt bleibt.

Für jeden denkenden Deutschen, der weiß, daß sein Volk die ihm 1945 aufgezwungene Rolle weder verdient hat, noch sie auf die

Dauer annehmen darf und wird, endet an diesem Punkt die Diskussion ...

Seit 1919 und erneut seit 1945 stört und zerstört die Zwecklüge von der deutschen Schuld das Zusammenleben der europäischen Völkerfamilie; sie hat Zerteilungen begründet, die zum Widerstand führen und Grenzziehungen veranlaßt, die Revision verlangen. Sie hat von den Deutschen materielle Leistungen erpreßt, die schon einmal zum volkswirtschaftlichen Ruin geführt haben und erneut dazu führen können, sie hat die Erniedrigungen und Beleidigungen eines großen Volkes zu einem Paria-System erhoben, wie es auch die geduldigste Nation auf die Dauer nicht erträgt. 43/91f., 95—99

Versäumte Gelegenheiten?

Im westdeutschen Bereich wird der 17. Juni wieder wie üblich mit einiger Verlegenheit als Erinnerungstag an den Volksaufstand 1953 begangen. In Wirklichkeit ist das ein zu Festreden ganz ungeeigneter Anlaß, ein beschämendes Gedenken: Die damals in der ganzen Zone leidenschaftlich gegen die Russenherrschaft revoltierenden Arbeiter hätten sich durchgesetzt, wenn nur wenigstens einige Regimenter aus dem Westen und durch das Brandenburger Tor ihnen zu Hilfe gekommen wären. Erst nach 24 Stunden vorsichtigen Wartens — als es völlig klar war, daß man in der Bundesrepublik reden aber nicht handeln würde — walzten die russischen Panzer die Volkserhebung nieder. 38/38f.

Als am 16. Juni 1953 in Ost-Berlin ein Arbeiteraufstand begann, der sich blitzartig auf die ganze sowjetisch besetzte Zone Deutschlands ausdehnte und am 17. Juni zu riesigen Straßendemonstrationen führte, da verweigerte die amerikanische Kommandantur in Wien dem dort weilenden Regierenden Bürgermeister Reuter die erbetene Mitnahme in einem Militärflugzeug zur Rückkehr nach Berlin. Und als die wütenden Menschenmengen die Berliner Straßensperren niederrissen, die sowjetischen Grenzschilder und Transparente verbrannten, da übernahm die westalliierte Militärpolizei die Abriegelung dieser Übergänge, ja britische Soldaten zogen zum Schutz eines russischen Ehrenmales auf. Französische Militärpolizisten versuchten, dem Durchmarsch einer Ostberliner Arbeiterdemonstration durch den französischen Sektor entgegenzutreten. Als dann — Stunden später — die sowjetischen Panzer in Ost-Berlin einrückten und die Menge niederzuwalzen begannen, rührte sich vom Westen her keine Hand. Der Aufstand der Deutschen drüben blieb der NATO ebenso

unbeachtlich wie dreieinviertel Jahre später, Ende Oktober und Anfang November 1956, die ungarische Erhebung, in deren Verlauf sich die Sowjettruppen tagelang zurückgezogen hatten, weil sie mit dem Eingreifen der Westmächte rechneten. 43/172

*

Im Sommer 1955 — zwei Jahre nach Stalins Tod — waren die Verträge mit den Westalliierten durchwegs abgeschlossen, der Aufbau der Bundeswehr hatte begonnen, eine Genfer „Gipfelkonferenz" ergebnislos stattgefunden: da reiste Bundeskanzler Adenauer auf Einladung der Sowjetregierung nach Moskau. Die Verhandlungen über das, was zur Besprechung vorgesehen war, verliefen wie erwartet, oder genauer gesagt: günstiger als erwartet. Die überlebenden deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion durften — zehn Jahre nach Kriegsende — endlich heimkehren. Ein Botschafter-Austausch wurde vereinbart. Die deutsche Wiederbewaffnung, die noch Stalin mit seinem Notenkrieg hatte verhindern wollen, wurde als Tatsache anerkannt. Nach Adenauers Bericht erklärte Chruschtschow sogar ausdrücklich: „Es wäre auch nicht realistisch, die Frage so zu stellen, daß die Bundesrepublik aus der NATO austritt."

Nach all diesen Klärungen ergab sich beim Besuch auf einer Datscha außerhalb Moskaus eine Szene, die Adenauer wie folgt schildert:

„Kurz vor Abfahrt der russischen Herren forderte mich Chruschtschow auf, doch mit ihm einmal durch den Garten zu gehen und die Herbstblumen zu betrachten, Chruschtschow nahm diesen Spaziergang zum Anlaß, mir gegenüber ein höchst bedeutsames Angebot zu machen.

Chruschtschow kam wieder auf Rotchina zu sprechen. Er bezeichnete Rotchina als das größte Problem. ‚Stellen Sie sich vor, Rotchina hat jetzt schon über sechshundert Millionen Menschen. Jährlich kommen noch zwölf Millionen hinzu. Alles Leute, die von einer Handvoll Reis leben. Was soll', und dabei schlug er die Hände zusammen, ‚was soll daraus werden?'

Ich dachte mir: Lieber Freund, du wirst eines Tages ganz zufrieden sein, wenn du im Westen keine Truppen mehr zu unterhalten brauchst!

Chruschtschow sagte ziemlich unvermittelt: ‚Wir können diese Aufgaben lösen! Aber es ist sehr schwer. Darum bitte ich Sie, helfen Sie uns. Helfen Sie uns mit Rotchina fertig zu werden!' Zögernd fügte er hinzu: ‚Und mit den Amerikanern . . .'

Diese Bitte, ihm zu helfen, hat Chruschtschow während meines Moskauer Aufenthaltes dreimal ausgesprochen.

Ich ging nicht darauf ein. Es wäre eine Untreue gegen Europa und Amerika gewesen."

Auf die dreimalige Frage des russischen Regierungschefs nicht wenigstens die gebotene Gegenfrage zu stellen, welche Form, welchen Inhalt und welchen Preis die „deutsche Hilfe" haben sollte — das war gewiß eine „Nibelungentreue", die durch das NATO-Bündnis nicht gerechtfertigt war und die auch in historischer Sicht gegen die deutschen und europäischen Interessen verstieß.

Denn mit einem Rußland, das nicht nach Westen drängt, sondern nach Osten blickt, ist eine Verständigung schon mehrmals fruchtbar gewesen und sie wird stets möglich bleiben.

Wir wissen nicht, ob jemals wieder russische Geheimpapiere europäischen Forscheraugen zugänglich werden, und so bleibt wahrscheinlich die Frage offen, ob und wie jenes Schweigen des Bundeskanzlers Adenauer die bisher neueste Orientierung der Weltpolitik ausgelöst oder sie mitbestimmt hat: Die untergründige Verständigung zwischen Moskau und Washington über die „Eindämmung" Chinas, vielleicht mit dem Hintergedanken einer späteren Teilung auch dieses mächtigen Landes.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß die amerikanisch-russische „Entspannung" eine kaum mehr stillschweigende, sondern oft sogar ausgesprochene Anerkennung des „status quo" in Europa einschließt und daß die Bundesrepublik sich seitens ihrer „Verbündeten" zu Beiträgen in Form von Verzichtserklärungen und einer „Ostpolitik" aufgefordert sieht, die ebenfalls von dem Grundgedanken gekennzeichnet ist, daß das, was im Jahre 1945 geschah, weitere Dauer haben soll.

43/200—202

•

In Berlin gab es nach der Krise von 1948—49 und nach den Vorgängen, die 1953 ein militärisches Auftreten der Bündnispartner erfordert hätten, eine bedeutende und kennzeichnende Zuspitzung Ende November 1958, als der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow in ziemlich gleichlautenden Noten an die Westmächte ultimativ den Abzug der Besatzungsmächte aus West-Berlin, die Erklärung dieses Stadtteiles als „entmilitarisierte Freie Stadt" forderte und dabei auch die gesamtdeutsche Frage erwähnte.

Die Wahrscheinlichkeit aufweichbaren Widerstandes und politischer Verwirrung auf der Gegenseite wurde in Moskau diesmal so sanguinisch beurteilt, daß man sich zur Anwendung einiger neuer, vom sowjetischen Standpunkt aus geradezu waghalsiger Argumente verleiten ließ — einige Thesen jener sowjetischen Berlin-Noten forderten dazu heraus, sie weiter zu entwickeln und sie als ein Programm der deutschen Befreiung und kontinentalen Wiedergesundung sowohl in Moskau wie in Washington neu zu präsentieren.

Das durchschlagendste Argument, das die Russen in ihrer Note an die Vereinigten Staaten vorbrachten, wurde von ihnen selbst wie folgt formuliert:

„Ist es tatsächlich möglich, darauf zu bestehen, daß das Besatzungsregime in Deutschland oder in irgendeinem seiner Teile mehr als dreizehn Jahre nach dem Ende des Krieges aufrechterhalten wird? Jede Besetzung ist ein Ereignis von begrenzter Dauer ..."

In der gleichen Note war weiter zu lesen:

„Die Besetzung Deutschlands ist seit langem zu einer Angelegenheit der Vergangenheit geworden und alle Versuche, das Verschwinden der Sonderrechte ausländischer Mächte in Deutschland zu verhindern, werden zu einem gefährlichen Anachronismus."

Diese Sätze konnten nicht präziser aussprechen, was Millionen von Deutschen seit Jahren dachten und was das Kernproblem der Deutschlandfrage seit 1945 ist; die russische Regierung hat mit diesen Sätzen damals nicht nur ihrer eigenen Potsdam-Glorifizierung widersprochen, sie hat auch verdeutlicht, daß mit ihren Noten nicht allein die Berlin-, sondern die ganze Deutschland-Frage auf die Tagesordnung der Entscheidungen gesetzt wurde. In den zitierten Sätzen der Sowjetnote an die Vereinigten Staaten war ganz offenkundig der Angelpunkt einer gegenwartsnahen und zukunftsbestimmten deutschen und europäischen Interessenpolitik umrissen.

Deutschland liegt in der Mitte und von hier aus muß deshalb unvermeidlich die Gesundung ausgehen. Die Berlin-Angelegenheit mußte zu einem Teilproblem zusammenschrumpfen, wenn die Russen bei der großen Kernfrage der Besetzung Deutschlands beim Wort genommen wurden, wenn sie im Zuge einer Gesamtregelung, die uns von allen fremden Abhängigkeiten befreite und endlich unsere Vollsouveränität herstellte, gezwungen wurden, auch ihrerseits ihre Sonderrechte im deutschen Raum „zum Verschwinden zu bringen", wie sie sich etwas holprig aber deutlich ausgedrückt haben.

Ein weiterer in den damaligen Sowjetnoten entwickelter Gedankengang verdiente volle Aufmerksamkeit:

„Die Sowjetregierung hat bereits wiederholt erklärt, daß weder die UdSSR noch die USA oder irgendein anderer Staat befugt ist, das Problem der Wiedervereinigung der DDR und der Bundesrepublik zu behandeln. Es ist Sache der Deutschen in Ost- und Westdeutschland, wann sie dazu bereit sind und den Wunsch haben; das ist ihre Sache, über die sie sich selbst verständigen müssen."

So hieß es in der an die westdeutsche Bundesregierung übergegebenen Note. In der gleichen Note wurde — allerdings nur in bezug auf West-Berlin — erklärt:

„Die Sowjetunion ist nicht für den Bruch der eingebürgerten Ordnung, sondern dafür, daß Westberlin so existiert, wie das seine Bevölkerung wünscht; wenn diese für das bestehende soziale System ist, so ist das der eigene Wille der Bewohner Westberlins, und die Sowjetregierung wird die freie Stadt unabhängig von ihrer staatlichen und sozialen Einrichtung respektieren."

In der Note an die USA wurde zum gleichen Thema noch ausführlicher gesagt:

„Die sowjetische Regierung ist der Ansicht, daß die Bevölkerung Westberlins nach der Beendigung der ausländischen Besatzung das Recht erhalten sollte, eine Lebensform nach ihrer eigenen Wahl zu finden. Sollten die Einwohner Westberlins wünschen, ihre auf das private kapitalistische Eigentum gestützte Lebensform beizubehalten, so liegt das bei ihnen. Die Sowjetunion wird ihrerseits jede Entscheidung der Westberliner respektieren. "

Es bedarf hier keiner Erörterung über die verschiedenen formalistischen Fallstricke in diesen Erklärungen, auch nicht über die angeblich „sozialistischen" Merkmale Ostberlins oder über die ebenso phraseologisch gedeutete „kapitalistische" Lebensweise der Westberliner. In der Welt der Wirklichkeit lebt diesseits und jenseits des Brandenburger Tores die gleiche Sorte von Deutschen. Eine recht hartnäckige Sorte. Sie haben dem Bombenterror getrotzt; sie haben den russischen Einmarsch überlebt und sind sich wohl ziemlich einig in dem Wunsch, die fremden Herren loszuwerden, spezialiter Herrn Ulbricht...

Auch im angeblich „sozialistischen", nüchterner gesagt: im russischen, Lager schätzt man es, sich auf den Volkswillen zu berufen, und in fast jeder der damaligen sowjetischen Noten war davon die Rede: Mußte nicht eine einfache schlichte Volksabstimmung über einfache, schlichte Fragen der einfachste und schlichteste Weg sein, um zu erkunden, was die Berliner in ihrer Gesamtheit eigentlich wirklich wollen?! Fragt doch die Westberliner, ob sie den Anschluß an die Ostberliner Gesetzgebung wünschen; falls ja, dann ist das ganze Problem „Freie Stadt" in einfachster Weise gelöst. Es besteht nicht der leiseste Verdacht, daß etwa die in Westberlin lebenden Kapitalisten vermöge ihrer Anzahl die Abstimmung ernstlich beeinflussen könnten. Es handelt sich klar um ein Votum der Westberliner Werktätigen. Und ebenso: laßt doch die Ostberliner darüber abstimmen, ob sie sich der „Freien Stadt" anschließen wollen.

Und weiter: Was für Berlin recht ist, sei für Deutschland billig. Wer den Frieden will und nicht nur davon redet — und ebenso, wer die deutsche Wiedervereinigung zu fördern wünscht ohne den Hintergedanken, daraufhin den anderen Teil seinem Einfluß zusätzlich zu unterstellen, der konnte (und kann) dem Verfahren einer international-neutral überwachten Volksabstimmung, für die es bereits praktisch bewährte Vorbilder gibt, kein ernsthaftes Argument entgegensetzen — vor allem dann nicht, wenn etwa außer zu Zugehörigkeitsfragen auch die Bündnisfrage des wiedervereinigten Deutschland (NATO — Warschauer Pakt) dem Volksentscheid unterworfen wird.

In der Note an die Vereinigten Staaten versichert die Moskauer Regierung im November 1958 ausdrücklich:

„Die Sowjetunion vertritt den Standpunkt der völligen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des deutschen Volkes wie in die irgendeines anderes Volkes."

Dazu schrieb damals die in Coburg erscheinende deutsche Zeitschrift „Nation Europa":

„Auch eine Phrase kann Gewicht bekommen, wenn man sie fest ergreift — sowohl Berlin wie die Wiedervereinigung der beiden durch Besatzungsdekrete geschaffenen deutschen Staaten sind zweifelsfrei ‚innere Angelegenheiten des deutschen Volkes'. Regeln wir sie endlich durch längst fällige Volksabstimmungen, die allein auch dem künftigen Staatswesen die Autorität einer volksnahen Eigenschöpfung verleihen können.

Die Russen haben ihre ‚völlige Nichteinmischung' verkündet. Wo ist der deutsche Staatsmann, der die gleiche Erklärung bei den Amerikanern erwirkt und dann Herrn Chruschtschow beim Wort nimmt?!"

Das Fazit der Affäre blieb bestürzend: Nicht einmal im Bereich der Präzisierung naheliegender Forderungen zur deutschen Wiedervereinigung ließ sich eine ernsthafte Bündnisfront der Westmächte mit der Bundesrepublik bilden, nicht einmal eine Formel für eine überzeugende politische Initiative wurde geprägt. Die Bundesrepublik war und blieb darauf verwiesen, das deutsche Verlangen nach staatlicher Selbstbestimmung durch die monotone Wunschparole „Wiedervereinigung in Freiheit und Frieden" einzuschränken, damit den Verbündeten keinesfalls eine Verbindlichkeit zu ernstlichem Handeln erwachse. Würde wenigstens dazugesagt werden: „durch Selbstbestimmung und Volksentscheid", dann könnte aus der Chamade eine Fanfare werden.

Am 7. September 1959, am zehnten Jahrestag der Begründung der Bundesrepublik, traf Adenauer die heute noch gültige triste Feststellung:

„Alle Bemühungen um die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit haben die Deutschen keinen Schritt vorangebracht."

Die Frage nach der Ursache dieses Fehlschlages stellte der Bundeskanzler nicht. War es nur ein Versagen des Bündnisses oder hatte der 1967 einige Monate nach Adenauer verstorbene Abgeordnete Dr. Thomas Dehler recht, als er am 29. 6. 1956 von der Bundestagstribüne aus den Vorwurf einer „Passivität der Bundesregierung" erhob, sich zur Überzeugung bekannte: „Notwendiges geschieht nicht" und „mit gesteigerter Leidenschaftlichkeit" die Frage stellte: „Was ist möglich und was ist notwendig, um den Rechtsanspruch auf Wiedervereinigung durchzusetzen", der „nach wie vor besteht und mit allen Mitteln von uns geltend gemacht werden muß".

Gewiß ist nur, daß die bisherigen Bundesregierungen die Kernfrage der gesamtdeutschen Existenz in Europa niemals „mit allen Mitteln" zum Hauptanliegen ihrer Politik gemacht haben.

Als Bundeskanzler Adenauer am 10. 6. 1960 in Düsseldorf zu den Delegierten der Landsmannschaft Ostpreußen sprach, formulierte er sorgfältig:

„Die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht auch für das deutsche Volk in allen seinen Gliedern ist e i n Grundzug der Politik der Bundesregierung."

Er sagte nicht, diese Forderung sei d e r Grundzug der deutschen Politik.

43/193—198

Bismarck in Bonn?

Januar 1965. Die Jahreswende hat uns die übliche Hochflut von Phrasen beschert, unter denen die beste das Wort war, die Deutschen müßten Wiedervereinigungs-„Unruhe" zeigen.

Im vergangenen Jahrhundert hat freilich alle Unruhe vom Hambacher Fest bis zur Revolution 1848 kein Ergebnis erbracht; erst Bismarck setzte durch willensstarkes, zielstrebiges, ja auch „rücksichtsloses" Handeln wenigstens die „kleindeutsche" Lösung gegen allen fürstlichen Partikularismus und vielseitige europäische Mißgunst durch. Sein politisches Handeln war gekennzeichnet von Kunst und Geschicklichkeit, aber nur das genügte schon damals nicht. Er bedurfte auch der festen Grundlage der preußischen Staats- und Wehrmacht, deren Gewicht er wirksam einzusetzen verstand.

Wie steht es heute mit der Bundesrepublik? Wer betreibt ernsthaft ihre Kräftigung? Suchen nicht allzu viele ihr politisches Emporwachsen zu hindern, nicht zuletzt sogar unsere „Verbündeten"?

Im Kommentar der „Süddeutschen Zeitung" ist zu lesen:

„Amerikanische Regierungsbeamte haben zum Jahreswechsel das Verlangen nach einer neuen Deutschlandinitiative recht eindeutig beantwortet: sie sehen keine Aussichten dafür, daß in absehbarer Zeit ein sinnvolles Gespräch über die deutsche Wiedervereinigung mit der Sowjetunion geführt werden kann. Gegenüber dieser Deutlichkeit nimmt sich die Erläuterung des Bonner Regierungssprechers zu den Berichten aus Washington eher verlegen aus. In Bonn hat man lediglich zu sagen gewußt, daß die Bundesregierung an ihrer ‚Politik beharrlicher Aktivität' in der deutschen Frage festhalten werde. Freilich: solche nichtssagenden Floskeln müssen wohl herhalten, wenn aus der Hauptstadt des stärksten Verbündeten ganz unverblümt eine Distanzierung vom oft propagierten Ziel baldiger neuer Schritte gemeldet wird."

Das Blatt stellt das fest, aber es ist weit davon entfernt, sich ernstlich zu beunruhigen oder gar den Schluß zu ziehen, der sich nach den Gesetzen der Logik aufdrängt: Wenn — was nicht nur richtig, sondern für den, der die beiden Weltkriege begriffen hat, durchaus nicht überraschend ist — die amerikanische Politik sich keineswegs für eine deutsche Wiedervereinigung interessiert, dann werden wir nach Möglichkeiten Ausschau halten müssen, sie aus eigener Kraft durchzusetzen. „Bismarck in Bonn?" — so heißt der Titel eines kürzlich erschienenen Journalistenbuches, das die bestehende Mangelsituation kennzeichnen will. Schon der Titel sagt alles. 38/227, 229

„Nie" und „immer" in der europäischen Geschichte

9. April 1965. Herr Kossygin, seit Chruschtschows Sturz Rußlands derzeitiger Regierungschef, hat Schlesien bereist und hat — um die Polen wieder fester an die Kandare zu bekommen — mit starkem Wort erklärt: „Die Deutschen werden Breslau n i e wiedersehen."

Wenn wir und die, auf die wir vertrauen, immer so weitermachen wie heute, könnte er recht haben.

Aber was heißt „immer" oder gar „nie" in der europäischen Geschichte?

38/339

Die Deutschen und Europa

Am 29. September 1967 schrieb der westdeutsche Bundeskanzler Kiesinger in einem Brief an den Sowjetzonen-Ministerpräsidenten Stoph u. a. die Sätze:

„Nach unserer Überzeugung ist die deutsche Nation politisch mündig... Der alleinige Souverän, das deutsche Volk, will nach unserer Überzeugung in einem Staate leben... Das Recht der Selbstbestimmung ist unter den Völkern unbestritten. Der Tag wird kommen, an dem dieses Recht auch dem deutschen Volke nicht mehr verweigert werden kann."

Als Kommentar fügte der Bundeskanzler die einleuchtenden Sätze hinzu: „Es gäbe einen einfachen Weg, um festzustellen, was das deutsche Volk will: eine freie Volksabstimmung". Er ergänzte: „Dazu ist man aber drüben nicht bereit."

Dies läßt sich so schroff nicht behaupten; es muß dazu gesagt werden: über eine gesamtdeutsche Volksabstimmung ist in den mehr als zwei Jahrzehnten seit 1945 von offizieller Seite noch nie ernstlich gesprochen worden. Es gibt kein Dokument, in dem die Westmächte sie gefordert hätten und keine Stellungnahme der Sowjetunion, in der diese Regelung ausdrücklich abgelehnt worden wäre. Deutsche Staatskunst hat sich an dieser offenkundigen Aufgabe bisher nicht versucht. Sie ist der Prüfstein unserer Bündnispolitik. 43/317

*

Eine „europäische Idee", die nicht die verständige und entschlossene Lösung der deutschen Frage, also die Wiederaufrichtung unseres Nationalstaates einschließt und voraussetzt, wäre eine Utopie, die die treibenden Kräfte und tragenden Pfeiler der weißen Völkergemeinschaft außer Acht läßt. Wer deren machtvolle Allianz als nötig erachtet — es gibt überzeugende Gründe für sie —, der muß vorurteilsfrei das jahrhundertealte deutsche Nationalanliegen befriedigen und einen gesamtdeutschen Staat im Herzen Europas nicht nur dulden, sondern wünschen.

Genau diese Entwicklung zu behindern und auszuschließen, damit wieder eine Zwangslage zu schaffen, die eines Tages zu neuer Rebellion führen muß — das ist seit 1945 das wesentliche Merkmal der europäischen wenn nicht sogar der Weltpolitik gewesen und bis heute geblieben.

Wie der Erste Weltkrieg mit Versailles nicht beendet, sondern in veränderter Form gegen Deutschland fortgeführt wurde, so müssen wir auch heute — nach zwei Jahrzehnten — an allzuviel drastischen Merkmalen erkennen, daß die „Germania est delenda"-Parole als „Richtlinie" der europäischen Politik nicht einmal von denen aufgegeben wurde, die uns seither als „Verbündete" gelten. Die immer wieder geforderte „Anerkennung" des damals in Siegerwillkür mit uns Geschehenen, der Teilungen und Vertreibungen, der moralischen Verdächtigungen und wirtschaftlichen Erpressungen, des erzwunge-

nen machtpolitischen Zwergwuchses — das alles sind Merkmale eines blind weitergeführten Krieges, nicht eines zukunftbewußten Friedens!

Und gilt schon für die europäische Befriedung der Satz: „ohne die Deutschen geht es nicht", so noch überzeugender für das Weltproblem der ungleichartigen Bevölkerungsvermehrung und seine wirklichkeitsgerechte Bewältigung.

Die Weltkrise ist zu ihrer heutigen dramatischen Form durch die beiden Vernichtungskriege gegen die Deutschen gesteigert worden — sie ist nur zu überwinden durch die Wiederherstellung einer weißen Willensgemeinschaft, und diese wiederum beginnt erst, wenn die immer noch andauernde antideutsche Niederkämpfungsaktion abgelöst sein wird durch die Gegenbewegung der bewußten Wiedereinfügung einer lebensstarken und lebensfreudigen deutschen Nation in die Front der Völker, die eine Weltverantwortung tragen und ihr gerecht werden wollen.

Die dazu nötige Umkehr des Denkens und Handelns ist — ganz im Gegensatz zu allem, was uns seit zwei Jahrzehnten vorgepredigt wird — vor allem von denen zu fordern, die seit einem halben Jahrhundert Krieg gegen uns führen, ohne sich bisher zum Frieden bereit gefunden zu haben.

Für das, was wir, die Überwältigten, von unserer Seite aus tun sollten und leisten können, zeichnen sich aus solchen Ausblicken klare Linien ab.

Es sind drei Richtungen, in die sich eine auf die Zukunft ausgerichtete nationaldeutsche Politik durch deutliche Wegmarkierungen verwiesen sieht:

Erstens: aus eigener Kraft und Überlegung müssen und können wir dem moralisch-propagandistisch-politischen Kesseltreiben und unserer damit bezweckten seelischen und materiellen Entkräftung und Erpressung entgegentreten. Die antideutsche Welthetze war mörderischer Unsinn und ist es bis heute geblieben — ein Lähmungsprozeß, der die ganze weiße Welt verwirrt und ihr den Blick auf die wichtigere Wirklichkeit verdüstert. Wenn wir auch unter die beiden Weltkriege in ihren tatsächlichen Auswirkungen nicht ohne weiteres und nicht nur von uns aus einen Schlußstrich ziehen können, so muß es wenigstens in unserer Willensbildung endlich geschehen. Insbesondere sind die hierzulande immer noch agierenden „Schuld-und-Sühne"-Propagandisten (den Engländern, Russen und Amerikanern predigen sie nichts!) antideutsche Kriegsverlängerer und Haßorganisatoren, die eine lapidare Zurechtweisung nötig haben. Unsere Souveränität — so begrenzt sie ist — reicht zu solchem Entschluß aus; es gibt keine Entschuldigung für Verantwortliche, die heute im-

mer noch glauben, den Selbstmörder-Weg des moralischen Kapitulationseifers weitergehen und das widerstandslose Unterwerfungsverhältnis in einen Dauerzustand überführen zu dürfen.

Zweitens: die Durchsetzung unseres nationalstaatlichen Anspruchs bedarf einer auf dieses nahe Ziel deutlich ausgerichteten Bündnispolitik. Eine Überprüfung unserer Vertragsverhältnisse wird unerläßlich sein; Bündnisse, die nur uns für andere verpflichten, ohne die Partner zur wirksamen Leistung für unser Wiedervereinigungsanliegen zu nötigen, haben in nationalpolitischer Sicht keinen Sinn. Die sterile Politik des „status quo" von 1945 konnte in den ersten Jahren nach der Errichtung der Bundesrepublik kurzfristig unserer Stabilisierung dienen; längst ist der Zeitpunkt gekommen, sie dynamisch zu gestalten. Die Tatsache, daß die Bundesrepublik als deutscher Rest- und Kernstaat heute wirtschaftlich wieder eine Großmacht ist, politisch jedoch als Satellit gilt, sollte die Verantwortlichen zu ernster Selbstkritik veranlassen ... Wie schwierig es freilich ist, auf dem Felde der Bündnispolitik den rechten Weg zu finden, hat uns das historische Beispiel Hitlers gezeigt. Um daraus ein Gleichnis zu ziehen: es kommt für die deutsche Politik darauf an, ein „1938" zu erreichen ohne dafür mit einem „1939" bezahlen zu müssen.

Drittens: für das große Fernziel — die weiße Völkerallianz unter entschiedener Mitwirkung einer neugekrätigten, also auch in ihrem angestammten historischen Lebensraum siedelnden deutschen Nation werden wir die Kunst der Beharrlichkeit nötig haben und glückhafte Veränderungen der großen Weltlage abwarten müssen ... Wozu freilich zu bemerken ist, daß der Mantel der Weltgeschichte bekanntlich nur den mit sich reißt, der seinen Saum im rechten Augenblick zu fassen versteht und auch kräftig genug ist, um es energisch zu tun ...

Deutsche Dichter haben in den Völkern die „Gedanken Gottes" gesehen, deutsche Realisten erkennen in ihnen die Mosaiksteine eines naturnahen Weltbildes; sie wissen, daß der Erdkreis den Frieden, den er braucht, nur durch Ordnung gewinnen kann, durch verständige und deshalb gerechte Ordnung.

Nicht g e g e n die Deutschen, m i t den Deutschen — das ist das Losungswort der Zukunft. 38/367—371, 373

Das Problem einer künftigen deutschen Politik, ebenso wie das einer dauerhaften europäischen Einigung, liegt nicht zuletzt in der Frage: Wie kann die deutsche Sehnsucht nach Zusammenschluß verwirklicht und trotzdem den anderen europäischen Völkern die Furcht genommen werden, daß der deutsche Volkskoloß sie erdrükken könnte.

Im bisherigen Europa gab es auf diese Frage keine Antwort, das künftige aber schließt sie in sich ein — nur einer europäischen Völkergemeinschaft, die sich gemeinsam verteidigt, die gemeinsam produziert und gemeinsam in der Welt auftritt, wird es erträglich sein, die Deutschen vereint zu sehen. Im festgeschmiedeten Bund der dreihundert Millionen, der innereuropäische Kämpfe ausschließt, sind auch siebzig Millionen Deutsche keine „Gefahr" mehr!

Wenn es keine anderen Gründe für die Bildung der europäischen Gemeinschaft gäbe — die in ihr nach all dem Vorhergegangenen allein denkbare Lösung der deutschen Frage wäre schon ein zwingendes Argument, sie zu verwirklichen.

Die bisherigen Koalitionen vermochten im deutschen Problem nur eine Aufgabe der Bekämpfung und Niederhaltung zu erkennen, in Wirklichkeit aber geht es um eine vernünftige E i n o r d n u n g — diese Leistung muß erst noch vollbracht werden. Die Formel von den „zwanzig Millionen Deutschen zuviel" hat sich für alle Europäer als Katastrophe erwiesen, es muß eine bessere gefunden werden.

2/60f.

Die Forderung der denkenden Jugend

Wir haben das Wort Knut Hamsuns vor Augen:

„Die Jugend ist die vom Leben angeheuerte neue Mannschaft. In ihr liegt alle Kraft und Herrlichkeit. Soll etwas aus den Angeln gehoben werden, so weicht das Alter ohnmächtig zurück und der junge Mensch tritt vor."

Wir wissen, daß die Jugend ein Recht hat, aufzubegehren, sich über Gewohntes hinwegzusetzen, zu den Wurzeln der Dinge vorzustoßen; sie mag dabei Schwierigkeiten des Tages außer Acht lassen, wenn sie nur mit wachen Augen Ausschau hält.

Manche nützen das Recht der Jugend zur Demonstration von Eitelkeiten und Dummheiten.

Wir rebellieren anders — wir denken nach und suchen neue Wege zu neuen Zielen.

In diesem Buch, das abzuschließen wir eingeladen wurden, war uns vor allem das Profunde wichtig: daß realistisch nur urteilt, wer die Weltgeschichte als Völkergeschichte begreift, die Zukunftsaufgabe also nicht in der Leugnung oder gar Zerstörung der Nationen, sondern in ihrer Erhaltung und in einer gerechten Ordnung ihrer Beziehungen erblickt.

Wir rebellieren als junge Deutsche, die jahrelang angehalten wurden, die Vergangenheit ihres Volkes im Lichte einer zweifelhaften „Umerziehung" zu betrachten . . .

Wir sehen die deutsche Vergangenheit im Ausblick über die Jahrhunderte so klar, wie sie wirklich war, nicht so unbegreiflich, wie sie uns beigebracht wurde.

Wir erkennen unser Schicksal in der „Lage des deutschen Siedlungsraumes inmitten des Kontinents", in der seit 1648 von außen her bewirkten Pulverisierung des alten deutschen Reiches, in der schon drei Jahrhunderte währenden Einengung und Schmälerung des deutschen Volksbodens in Ost, West und Süd — und umgekehrt im Naturrecht der Deutschen auf die Wiederherstellung eines „regnum teutorum".

Mit ernster Leidenschaft, die unserer Jugend entspricht, sind wir überzeugt, daß wir nicht über die Drosselung, sondern über die Wiederbelebung des deutschen Selbstverständnisses nachzudenken haben, daß wie alle anderen Völker auch die Deutschen das Recht auf ihren Staat besitzen, und daß wir als einheitliche deutsche Nation unseren angestammten Platz in der Völker-Welt fordern dürfen und wieder einnehmen müssen.

Die Deutschen werden nicht „gesundschrumpfen", sie werden auch nicht auf die Dauer geteilt und für ewige Zeiten unterdrückt bleiben; wer von der alten Generation — gebeugt durch gewiß harte Schicksalsschläge — sich derart in die Resignation verstrickt hat, dem gilt unser Mitleid; andere, die uns solche Denkweisen als „Politik" empfehlen, verachten wir. In allen Bereichen des geteilten Deutschland wird mit der Ablösung der Generationen unaufhaltsam auch eine Ablösung des Geistes der Unterwerfung stattfinden ...

Die europäische und Welt-Ordnung setzt die Anerkennung des Lebensrechtes aller Völker, das Abwägen der ihnen eigenen Lebensbedürfnisse und die Abgrenzung ihrer Lebenssphären voraus.

Auf diese Ansichten gründet sich unsere Überzeugung, daß wir als junge Deutsche über unsere Gegenwart zutiefst beunruhigt sein müssen, und daß für die Zukunft ernste Forderungen aufzustellen wir das Recht und die Pflicht haben.

Auch hier greifen wir an die Wurzel: Am Anfang steht der Wille — „der Worte sind genug gewechselt".

Im gesamtdeutschen Bereich ist die Bundesrepublik der bedeutendste Teilstaat — die ihr vom Schicksal zugewiesene Aufgabe: das deutsche „Piemont" zu werden. Dieses kleine Königreich wurde im 19. Jahrhundert zum Ausgangspunkt der gesamtitalienischen Wiedervereinigung durch leidenschaftliche Entschlossenheit, soldatische Kraft und staatsmännische Kunst.

Aus diesen drei entscheidenden Elementen muß auch die Bundesrepublik ihr Gesetz des Handelns entwickeln.

Die leidenschaftliche Entschlossenheit: Sie beginnt mit dem Ende des Geistes der Selbstaufgabe; sie erfüllt sich, wenn das deutsche Volk und der deutsche Staat ihren Platz in der Völkergemeinschaft zurückgewonnen haben.

Soldatische Kraft: Sie erwächst aus dem Volk, sie dient dem Volk, sie ist nur ihm verpflichtet. Auftrag des deutschen Soldaten in West und Ost ist die deutsche Wiedervereinigung.

Die deutsche staatsmännische Kunst: Sie beginnt mit einem Schlußstrich, der bis heute nicht gezogen wurde, obwohl er längst das Gebot der Stunde ist: Unter dem Vorzeichen der Diffamierung der Deutschen, der Schwächung, Teilung und Niederhaltung Deutschlands gibt es weder eine „Einigung Europas" noch eine „Entspannung" oder gar eine „Weltfriedensordnung".

Deutsche staatsmännische Kunst: Sie wird von der Geschichte ausschließlich danach bemessen werden, ob, wann und wie sie die deutsche Wiedervereinigung durchsetzt. Der gute Wille allein reicht nicht aus, das leere Wort wird verworfen werden, jeder Verzicht als Verrat gelten — an Deutschland, und an Europa.

Wer die Vergangenheit unseres Kontinents kennt und an seine Zukunft denkt, weiß, daß es keine europäische Völkerordnung ohne eine geeinte und gesundete deutsche Nation geben kann. Das Europa von morgen wird nicht aus Teilung und Zerstörung sondern aus der Erhaltung, der Befreiung und der Allianz der europäischen Völker zu neuer Weltgeltung aufsteigen. 43/312—317

Wir richten den Blick nach vorne und stellen uns nicht nur die Frage, sondern auch die Aufgabe: Wie soll Deutschland und Europa in den nächsten Generationen leben?

Ordnungsdenken — und d a s ist unser Anliegen — ist auf D a u e r ausgerichtet, es muß sich an den natürlichen, beständigen Tatsachen orientieren, auch wenn es politisch nur gegen große Widerstände durchzusetzen ist: Jedem Volk seinen Staat und seinen Raum — anders geht es nicht! Erst die nationale, dann die übernationale Gemeinschaft! Wir können die zweite Aufgabe nicht befriedigend lösen, wenn wir dabei vor der ersten die Augen verschließen. Europa als Ordnungsfaktor steht gewiß erst dann, wenn kein Volk mehr willkürlich getrennt ist.

Das kommende Europa der Völker, wie es die denkende deutsche Jugend vor Augen sieht, endet natürlich nicht an der Elbe und Salzach, wie die „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft" von heute. Es ist nicht die Organisation Resteuropas, wie die europäischen Festredner sie uns so eifrig empfehlen, weil sie geistig im Jahre 1945 stehengeblieben sind.

Wie die deutsche Staatsidee stets alle Deutschen umfaßt hat und künftig wieder umfassen wird, so schließt auch unsere Europa-Idee den so völkerreichen europäischen Osten nicht aus. Wir haben hier ein politisches Programm vor uns, dessen Verwirklichung ebenso unerläßlich ist, wie es deutsche Wiederbesinnung und Entschlußkraft voraussetzt ...

Unser Standpunkt ist klar: Wir haben nichts gemein mit denen, die sich mit dem feigen Gefühl bescheiden, daß sie „davongekommen" seien und deren Lebensinhalt sich im trügerischen „Wirtschaftswunder" erschöpft. Statt dessen fordern wir — zunächst von uns selbst — den Willen zur Zukunft! 36/237f.

VERZEICHNIS DER TEXTE

Hitler

Frühe Begegnungen 9
Die Krise der Erfüllungspolitik 17
Hindenburg 18
Das Ermächtigungsgesetz 21

Die Revision von Versailles und Saint Germain

Nach der Machtergreifung 26
Der Völkerbund und das Versailler System 27
Die Abrüstungs-Konferenz 28
Hitlers erste außenpolitische Rede 29
Der Austritt aus dem Völkerbund 29
Der deutsch-polnische Pakt 31
Widerstände gegen die Hitler-Pilsudski-Politik 34
Dollfuss-Schuschnigg und Mussolini 35
Antideutsche „Stresa"-Front 39
Barthou 40
Die Sowjetunion in Genf 41
„Status quo" im Saargebiet 42
Saarabstimmung mit Fragezeichen 43
Das Plebiszit 45
Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht 46
Polen 49
Pilsudskis Tod 50
Englische und deutsche Rüstungspolitik 51
Der deutsch-englische Flottenvertrag 53
Die Wilhelmstraßen-Opposition und das Flottenabkommen 55
Vansittart 56
Ein Treffen Hitler-Baldwin? 59
Der französisch-sowjetische Pakt und die Rheinland-Besetzung 60
Hitlers Verständigungsvorschläge — Wiedereintritt in den Völkerbund? 63
Olympische Spiele 1936 — im Zeichen des Friedens 66
Der Ausbruch des spanischen Bürgerkrieges 68
Deutsche Hilfeleistung für Franco 69
König Eduard VIII. und die deutsch-englische Verständigung 71
Selbstbestimmungsrecht zugunsten Deutschlands? 73
Hitler und die englische Gleichgewichtsthese 74
Sir Samuel Hoare 75
Wie Churchill Hitlers Politik deutete 76
Die Kreise um Churchill 77
„Deutschland wird wieder zerschlagen werden" 78
Präsident Roosevelts Chicago-Rede 79
Hitlers Besprechung am 5. November 1937 81
Die deutsche Frage in der Hoßbach-Niederschrift 82
Das „Hoßbach-Protokoll" — ein Dokument der innerdeutsche Opposition? 83
Chamberlain und Halifax 83
Görings Gespräche mit dem österreichischen Staatssekretär Schmidt im November 1937 86
Ribbentrops Lagebeurteilung im Januar 1938 87
Januar 1938: Botschaft Roosevelts an Chamberlain 88

Die Österreich-Frage 90
Die sog. Blomberg-Fritsch-Krise im Februar 1938 90
Ribbentrops Berufung zum Reichsaußenminister 92
Schuschnigg in Berchtesgaden 93
Schuschniggs Kehrtwendung 95
Die Überraschung des 9. März 1938 96
Schuschniggs Motive 99
Hitlers Antwort 100
Die Geschichte eines Nachmittags 101
Ein Zwischenfall 104
Die Benesch-Mobilmachung am 20. Mai 1938 105
Die Sudetenfrage — das „unheimliche Problem" 106
Die Mission Runciman 108
Die innerdeutsche Opposition und die Sudetenfrage 109
Die „Weizsäcker-Botschaft" vom 7. September 1938 112
Die strategische Lage 114
Statt Staatsstreich: Chamberlain-Besuch bei Hitler 115
Roosevelt und die Sudetenkrise 116
Die Münchner Konferenz 117
Innerdeutsche Opposition: die „zweitbeste Lösung" 119
Hintergrund und Bedeutung der Münchner Entscheidung 119

Nach München: der zweite Deutschlandkrieg

Stalin 122
Roosevelt 123
Churchill 126
Die „Tragik Europas" 129
Freie Hand im Osten? 131
Die Potocki-Berichte 133
Januar 1939: Chamberlain und Roosevelt 135
Prag: Ausweg aus der Einkreisung? 138
Die Tilea-Lüge 141
Polnische Kriegsdrohung 143
Die Hintergründe der Drohung 145
Danzig als „Symbol" 149
Die deutsche Stellungnahme 150
Hitler: Danzig-Anschluß vertagt 152
Hitler nochmals: „Danzig kann warten" 153
Hitler-Burckhardt am 11. August 1939 155
Stalin — von England umworben 157
Ribbentrop-Gegenzug: Pakt mit Moskau 157
Ribbentrop im Kreml 161
Alarm der Verschwörer 163
Warum keine Lösung der Polen-Krise? 165
Der 25. August 1939 166
Das geheime Zusatzprotokoll zum britisch-polnischen Garantievertrag 168
Danzig Ende August 1939 — Eindrücke des Professors Grimm 169
Hitler und England 171
Die Stunde der Entscheidung 173
Die „hinhaltenden Prozeduren" der britischen Regierung 174
Die Frist verstreicht 176
Mussolini-Vorschlag: an Halifax gescheitert 180
Die Diskussion der Historiker 183
Die Kernfragen 185

Rußland-USA im Hintergrund

Britische Patrioten: vergebliche Appelle 187
Verständigungsfrieden? 189
Rudolf Hess 190
Churchills Hoffnungen 192
Stalins Rechnung 193
Roosevelt, Deutschland und der europäische Krieg 194

Stalin greift zu: Polen, Baltikum, Bessarabien, Bukowina 199
Gespräch mit Hitler, Oktober 1939 202
Der Finnland-Krieg 203
Der sowjetische Aufmarsch 205
Putsch in Belgrad 208
Wurde Stalin „überrascht"? 211
Hitler: „Der Krieg mit Rußland war unvermeidlich geworden" 213
Die Krise des Sowjet-Marxismus 215
Roosevelt: Schiffsladungen für Stalin, Schießbefehl gegen deutsche U-Boote 216
Die Russen und die Amerikaner 218

Vernichtungskrieg

Churchill und der Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung 220
Luftkrieg und Völkerrecht 226
Die Atlantik-Charta — „nicht für Deutschland" 227
„Germany must perish" 228
Die Wolgadeutschen 231
Die deutschen Judenmaßnahmen — Wendepunkt 1941 232
Roosevelt: „Bedingungslose Kapitulation" 242
Erster Teilungsplan: Österreich 244
Stalin und Roosevelt: „Erschießung der deutschen Führungsschicht" 245
„Sowjetoffensive im Westen" 248
Der Morgenthau-Plan 250
Churchill: „Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten" 256
De Gaulle: Frankreichs „lebenswichtige Bedingungen" 257
Benesch: „Das Problem der Deutschen radikal lösen" 259
Die Konferenz von Jalta 259
Arbeitskräfte als „Reparationen" 262
Ilja Ehrenburg 262
Deutsche Regierung „nicht vorgesehen" 264
Die „Steinigung Deutschlands" 265

Unterwerfung

Die Kapitulationsurkunde — zurückgehalten 267
Militärische, nicht politische Kapitulation der deutschen Streitkräfte 269
Die Reichsregierung Dönitz 272
Das Deutsche Reich „ein Rechtssubjekt" 275
Greuel und Greuelpropaganda 277
Deutschland als Beute 281
Stalins Geheimnis 282
Potsdam 283
Französische Wünsche 286
Der Zugriff der Sieger 287
„Automatic Arrest" 290
Österreich und Südtirol 293
Die Krise der Morgenthau-Politik 297

Auf ewig geteilt?

Die Gründung der Bundesrepublik 300
„Deutsche demokratische Republik" 304
Das Selbstbestimmungsrecht der Völker 305
Der „Nationalismus" 308
„Schuld"-Legende — Verzicht auf Wiedervereinigung? 308
Versäumte Gelegenheiten? 312
Bismarck in Bonn? 318
„Nie" und „immer" in der europäischen Geschichte 319
Die Deutschen und Europa 319
Die Forderung der denkenden Jugend 323

NAMENVERZEICHNIS

ADENAUER Konrad 287, 301, 313f. 317f.
ALEXANDER I., König v. Jugoslawien 41
ANDERS Wladislaw 207
ARENDT Hannah 236
ATTOLICO Bernardo 181

BALDWIN Stanley 35, 58—60, 77, 83
BARNES Harry Elmer 117
BARON Shalom 237, 239
BARTHOU Louis 40, 44, 47
BARUCH Bernard M. 124f., 253f.
BEAVERBROOK William M. Lord 79
BECK Josef 33f., 49, 66, 132, 138, 143—145, 148—150f., 155f., 160, 169, 171, 173f., 176, 178f.
BECK Ludwig 83, 91, 109, 111, 147, 165
BENESCH Eduard 105, 107—109, 113, 259
BEVIN Ernest 295
BIDAULT Georges 258, 286
BISMARCK Otto von 23, 33, 152, 186, 318f.
BLOMBERG Werner von 20f., 81, 90f.
BLUM Léon 67, 70, 102
BONNET Georges 156, 181f.
BRANDIS Cordt von 9f., 66, 336
BRAUCHITSCH Walther von 111
BRIAND Aristide 48
BRUNING Heinrich 18, 35
BULOW Bernhard Wilhelm von 34f., 55
BURCKEL Josef 44
BULLITT William C. 50, 117, 124, 133f., 136, 138, 145, 149
BURCKHARDT Carl 78, 111f., 153—156, 160
BUTLER Lord Austen 140, 151, 189f., 200
BYRNES James J. 282, 295

CADOGAN Sir Alexander 146f.
CANARIS Walter Wilhelm 56, 58, 109
CAROL II. König von Rumänien 202
CECIL Robert Lord 48
CHAMBERLAIN Neville 42, 51—53, 74, 83—85, 87—89, 99, 102, 105f., 109f., 112—121, 123, 126—128, 133, 135, 137—141, 143, 145—149, 151, 155, 158, 160, 166f., 175, 178, 181, 183f., 200, 221, 232
CHAUTEMPS Camille 102
CHODACKI Marrian 156
CHRUSCHTSCHOW Nikita 313f., 317, 319
CHURCHILL Sir Winston 53, 75—80, 88f., 96, 98, 109, 111, 124, 126—128, 138, 140, 147, 149, 182f., 189f., 192f., 197, 217, 222—225, 227f., 242—246, 250, 252f., 256—258, 260f., 272, 275, 285, 292, 295f.
CIANO Galeazzo Graf 161
CLAY Lucius D. 300
CLEMENCEAU Georges 43
COLVIN Jan 146, 148f.
COOPER Duff 77
COULONDRE Robert 105, 164
CRAIGIE Sir Robert 54, 57
CROWE Sir Eyre 56, 58, 74

DAHLERUS Birger 176f., 179
DALADIER Eduard 35, 116—118, 120, 123, 221, 223
DAVIS William Rhodes 195
DEAT Marcel 186
DEHLER Thomas 318
DELBOS Yvon 41
DERTINGER Georg 305
DEWEY George 256
DIETRICH Otto 94, 153, 182, 194f., 240, 258, 277
DJILAS Milovan 282f.
DÖNITZ Karl 196, 198, 268, 270—275
DOLLFUSS Engelbert 35—38, 90
DOMVILE Sir Barry 187
DONOVAN William 209
DOUMERGUE Gaston 47

EBERT Friedrich 202
EDEN Sir Anthony 48—50, 58, 65, 73, 80, 89, 169, 253, 267
EDUARD VIII. König v. England 71f.
EHRENBURG Ilja 262—264
EICHMANN Adolf 236
EISENHOWER Dwight 268, 273—275, 277
ERHARD Ludwig 298

FEILING Keith 42, 52, 83, 127, 139, 146, 148
FLANDIN Pierre Etienne 88
FORSTER Albert 153—156, 159, 170
FRANCO Francisco 69f.
FRANCOIS-PONCET André 96, 106
FRANZ I. König von Frankreich 306
FRIEDEBURG Hans Georg von 268, 274
FRIEDRICH d. Große, König v. Preußen 310
FRITSCH Werner von 81, 90f.
FUNK Walter 13

GASPERI Alcide de 294, 296
GAULLE Charles de 257f., 265, 285
GAUS Friedrich 161
GAMELIN Maurice 155
GESSLER Otto 92
GISEVIUS Hans Bernd 111, 175, 179
GLAISE-HORSTENAU Edmund 90, 95, 101
GOEBBELS Joseph 15, 66, 228, 261
GÖRING Hermann 35, 81, 86f., 93f., 101—103, 118, 176f., 180, 183, 195f., 203, 237
GOLDMANN Nahum 239
GREW Joseph 254f.
GREY Sir Edward 58, 112, 124
GRIMM Friedrich 13f., 16, 47, 63, 133, 143, 169f., 248, 278, 293, 335
GROTEWOHL Otto 304
GRUBER Karl 296
GRYNSZPAN Herschel 133
GUDERIAN Heinz 263
GUILLEAUME General A. 213

HABSBURG Otto von 96, 282
HACHA Emil 139, 141

HALDER Franz 115f., 165, 168, 177
HALIFAX Viscount Edward 58, 85f., 96, 98, 110, 112f., 117, 133, 142, 146—150, 164, 173—176, 181f., 184, 189f., 200
HAMMERSTEIN Kurt von 20f., 92
HAMMERSTEIN-EQUORD Hans von 91f.
HANKEY Lord Maurice 244
HART Lidell 293
HAUSHOFER Albrecht 190f.
HAUSHOFER Karl 190
HEDIN Sven 66f., 73, 126, 130, 184, 202f., 205, 208, 265f., 280f.
HENDERSON Arthur 58
HENDERSON Sir Neville 85, 105, 108, 139, 153, 164, 167f., 173—177, 194
HENLEIN Konrad 107
HESS Ilse 190, 293, 333, 336
HESS Rudolf 11, 16, 72, 190f., 293, 336
HEUSS Theodor 23
HEWEL Walter 202
HILGER Gustav 193
HIMMLER Heinrich 240f., 281, 291
HINDENBURG Paul von 17—19, 22f., 25, 28—30, 90, 202
HIROHITO Kaiser von Japan 284
HISS Alger 256
HITLER Adolf 7—223, 231, 238, 240, 244, 247, 253, 261, 277f., 309f., 322
HOARE Sir Robert 141f.
HOARE Sir Samuel 55, 58, 75
HOFER Walter 184
HOFFMANN Johannes 46, 287
HOGGAN David L. 82, 148, 181, 184
HOOVER Herbert 80, 126, 198
HOPKINS Harry 124, 216f., 250
HORE-BELISHA Leslie 128
HORTHY Nikolaus von 238
HOSSBACH Friedrich 81—83
HULL Cordell 105, 242, 251—253

IRONSIDE William Edmund 155
IRVING David 226

JACKSON Robert H. 236f.
JACOBSEN Hans Adolf 177
JAKOB II. König von England 110
JASPERS Karl 240, 310f.
JODL Alfred 100, 186, 268—270, 272, 274
JOUVENEL Bertrand de 61
JURY Hugo 100

KAAS Ludwig 20
KARL V. Deutscher Kaiser 306
KASZTNER Reszö 238
KATHARINA II.. Zarin v. Rußland 231
KAUFMANN Theodore N. 228, 230f., 253
KEITEL Wilhelm 90f., 167, 205f.
KENNAN George F. 80
KENNARD Sir Howard W. 149, 174
KENNEDY Joe 117, 184
KESSELRING Albert 115
KIESINGER Kurt Georg 319f.
KLEIST-SCHMENZIN Ewald v. 109—111, 147
KNOX Frank 44f., 217
KORDT Erich 34, 55f., 111f., 119, 140, 163 bis 165
KORDT Theodor 111—115, 163f.
KOSSYGIN Alexej N. 319
KROFTA Kamil 108, 113
KRUPP von Bohlen Halbach Alfried 299
KUUSINEN Otto 204

LANSBURY George 187
LANSING Robert 306
LAVAL Pierre 41, 50
LAW Bonar 58
LENIN Wladimir 42, 215
LENZ Otto 305
LEOPOLD Josef 94f.
LINDBERGH Charles 198
LIPSKI Josef 33, 35, 51, 132f., 143—145, 150, 174, 176, 178—180
LITWINOW Maxim 31, 41, 122—124, 261
LLOYD GEORGE David L. 15, 29—31, 58, 109, 112, 170, 187—189
LONDONDERRY Lord Charles 187
LOTHIAN Lord Philip 73, 187
LUDENDORFF Erich 90
LUDWIG Emil 80

MACDONALD Ramsey 28f., 58
MACKENSEN Hans Georg von 67
MAISKI Iwan M. 127
MALAN Daniel F. 265
MARX Karl 215f.
MASARYK Jan 113
MAURRAS Charles 186
MAXWELL-FYFE David Sir 237
MC CLOY John 254
MEISSNER Otto 29, 202
MIKLAS Wilhelm 103
MILCH Erhard 70
MOLOTOW Wjatscheslaw 159, 165, 200, 208, 213f., 218f., 246, 257, 266f., 295
MOLTKE Hans Adolf von 144
MONSELL Lord Breton M. 55
MORGENTHAU Henry 250—256, 297, 299
MOSELY Philip 269
MOTTA Guiseppe 42
MUHLMANN Kajetan 103
MUFF Wolfgang 103
MUSSOLINI Benito 23, 31, 36f., 70, 74, 84—86, 90, 97, 99f., 102, 117f., 120, 153 180—183, 185

NAPOLEON I. Kaiser d. Franzosen 157, 164
NAPOLEON III. Kaiser der Franzosen 309
NEGRIN Juan 70
NEURATH Konstantin v. 63f., 81, 92, 96, 106
NORTHCLIFFE Lord Alfred 280
NYE Gerald P. 198

OGILVE-FORBES Sir George 179
OSTER Hans 109
OSUSKY Stefan 108

PADEREWSKI Ignaz 31
PAGE Hines Walter 124

PALACIOS Teodoro 68, 336
PAPEN Franz v. 16, 18f., 38, 90, 93—97, 131
PATTON George S. 293
PAUL Prinzregent von Jugoslawien 209
PAUL-BONCOUR Josef 34, 48
PETER König von Jugoslawien 209
PIECK Wilhelm 304
PILSUDSKI Josef 32—34, 49—51
PINTER Stephen 281
PITT William 127
PLANETTA Otto 37f.
POINCARE Raimond 40
POLIAKOV Léon 234, 237
POTOCKI Jerzy 133f., 145, 155
POWERS Léon W. 241
PREYSING Konrad von 92
PRYTZ Björn 189f.
PUAUX Gabriel 96

RAEDER Erich 81, 199, 218
RASSINIER Paul 47, 53, 230, 236, 341, 336
READING Rufus Daniel 58
REINTHALLER Anton 38
RENNER Karl 105, 281
REUT-NICOLUSSI Eduard 294
REUTER Ernst 312
REYNAUD Paul 31, 223
RIBBENTROP Joachim von 16, 21, 26, 31, 35, 40, 48, 54, 56, 59, 62—66, 69, 71, 74, 75, 77f., 80, 87f., 91f., 95, 98, 106f., 113, 118, 121, 129, 131—133, 135f., 143—145, 149f., 150, 157—161, 165f., 170—172, 174, 176—178, 183, 193, 199f., 205, 208, 210, 233
RICHELIEU Armand Jean D. 258, 286
RIPKA Hubert 113
RÖHM Ernst 37,
ROENNEFARTH Hellmuth K. 109, 111, 113
ROOKS General 273
ROOSEVELT Franklin Delano 29, 31, 79f., 88f., 99, 116f., 120, 122—126, 128, 130, 133—138, 140, 145f., 183, 189, 192—199, 209, 216—219, 227f., 242—247, 250, 252f., 255f., 260f., 266, 271, 284—286, 290
ROSENMANN Samuel J. 79
ROTHFELS Hans 83, 109, 112
RUMPF Hans 226
RUNCIMAN Viscount Orme 108f., 112

SATO Naotake 246
SCHACHT Hjalmar 83, 119
SCHÄFFER Fritz 298
SCHÄRF Adolf 294
SCHAUMBURG-LIPPE Friedrich Christian Prinz zu 10—12, 66, 333, 336
SCHELIHA Rudolf von 149
SCHIRACH Baldur von 293
SCHLEICHER Kurt von 19f.
SCHMIDT Guido 86f., 91—94, 97f., 101
SCHMUNDT Rudolf 167
SCHNURRE Julius Karl 158
SCHULENBURG Friedrich Werner v. d. 159—161, 210
SCHUSCHNIGG Kurt von 35—37, 39, 86f., 90—96, 98—104
SEYDLITZ Walter von 264
SEYSS-INQUART Arthur 93f., 101, 103f., 186
SHERWOOD Robert E. 124
SHUKOW Gregori K. 263
SIMON Sir John 42, 48, 54, 58, 128, 142, 191
SIMOWITSCH Duschan 209f.
SKUBL Michael 95, 97
SMITH Walter Bedell 270
SMUTS Jan Christian 265
SOSNKOWSKI Kasimir 183
SOTELO Calvo 68
SPAIGHT J. M. 222—224
SPEER Albert 293
SPENGLER Oswald 13
STALIN Josef W. 47, 67, 122, 157f., 160—165, 172, 193f., 199—204, 206—208, 210—217, 228, 231f., 242, 244—248, 258—262, 264, 272—274, 282—287, 290, 295, 298, 313
STETTINIUS Edward R. 267
STIMSON Henry L. 251—253
STOPH Willy 319
STRESEMANN Gustav 27, 58
STRANG Sir William 160
STRASSER Gregor 19
STRASSER Otto 113
SUNDERMANN Helmut 168, 181, 232, 248, 257, 262, 264f., 333—336
SZEMBECK Jan 34, 49f., 155

TALLEYRAND Charles Maurice 164
TANSILL Charles Callan 65, 79, 195f.
TAYLOR A. J. P. 82, 142, 147, 159, 184
TILEA Viorel 141—143
TIRPITZ Alfred 57
TODT Fritz 236
TRAININE Aron Naumowitsch 232, 246—248
TRUMAN Harry 248, 266, 282—285, 287, 295, 298
TSCHIANG Kai Schek 298
TUKA Vojtech 138

ULBRICHT Walter 281, 304, 316

VANSITTART Lord Robert 56—60, 75, 77f., 97f., 109f., 165, 184, 229, 294f., 309, 311

WEBSTER Charles 225
WEIZMANN Chaim 184, 232—234
WEIZSÄCKER Ernst von 88, 105f., 109, 111f., 114, 116, 159, 163—166
WELLES Sumner 88, 216
WELS Otto 20
WHITE Harry Dexter 252, 254, 256
WILHELM II. Deutscher Kaiser 7, 18, 186
WILSON Woodrow 15, 27, 80, 124, 126, 151, 188 219, 227
WILSON Sir Horace John 112
WITZLEBEN Erwin von 147
WULF Joseph 234f.

ZEHNER Wilhelm 95
ZWETKOWITSCH Dragischa 209

Bibliographisches Verzeichnis der Druffel-Bücher 1–43

Diese vollständige Übersicht nennt sämtliche in den Jahren 1952 bis 1967 erschienenen Verlagswerke des Druffel-Verlages. Bei Erscheinen des vorliegenden Buches waren die Werke mit der Verlagsnummer 2, 3, 5, 8, 11, 13, 15, 16, 20, 24, 27, 32 und 37 beim Verlag vergriffen. Die lieferbaren Titel sind dem jeweils neuesten Verlagsverzeichnis zu entnehmen.

Verlags-nummer	Titel und bibliographische Angaben	Erscheinungszeit der Erstauflage
1	Ilse Hess: England—Nürnberg—Spandau, Ein Schicksal in Briefen. 176 Seiten — 3 Bildtafeln	Oktober 1952
2	Heinrich Sanden: Europa ohne Phrase. 92 Seiten	März 1953
3	Erich Kern: Buch der Tapferkeit. 192 Seiten — 13 Bildtafeln — 5 Kartenskizzen	September 1953
4	Joachim von Ribbentrop: Zwischen London und Moskau, Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen. Aus dem Nachlaß herausgegeben von Annelies von Ribbentrop. 336 Seiten — 12 Bildtafeln	Dezember 1953
5	Alkmar von Hove: Achtung Fallschirmjäger, Eine Idee bricht sich Bahn. Geleitwort von Generaloberst a. D. Kurt Student. 231 Seiten — 13 Bildtafeln — 7 Kartenskizzen	September 1954
6	Friedrich Christian Prinz zu Schaumburg-Lippe: Souveräne Menschen, Kleine Lebensregeln — groß geschrieben. 140 Seiten — 1 Bildtafel	November 1954
7	Dr. Julius Lippert: Lächle — und verbirg die Tränen, Erlebnisse und Bemerkungen eines deutschen „Kriegsverbrechers". 224 Seiten — 1 Bildtafel — 6 Zeichnungen	Februar 1955
8	Helmut Sündermann: Alter Feind — was nun? Wiederbegegnung mit England und Engländern. 208 Seiten — 6 Bildtafeln	Oktober 1955
9	Ilse Hess: Gefangener des Friedens, Neue Briefe aus Spandau. 196 Seiten — 8 Bildtafeln	November 1955
10	Jon Gheorghe: Automatic Arrest, Wie die kleinen Kreuzfahrer des Onkel Sam die Europäer „umerziehen" wollten — und wie sie es machten. 224 Seiten — 1 Bildtafel — 5 Zeichnungen	März 1956
11	Sepp Frisch: Die Saar blieb deutsch, Ein Rückblick 1680—1955. 200 Seiten — 7 Bildtafeln	September 1956

Verlags-nummer	Titel und bibliographische Angaben	Erscheinungszeit der Erstauflage
12	Hans Ulrich Rudel: Von den Stukas zu den Anden, Am höchsten Vulkan der Erde. 136 Seiten — 8 Bildtafeln (Druffel-Jugendbuch)	November 1956
13	Marc Augier: Götterdämmerung, Europa 1945. 206 Seiten — 1 Bildtafel — 2 Zeichnungen	März 1957
14	Helmut Sündermann: Das Erbe des falschen Propheten, Moskaus Kampf um Deutschland von Lenin bis heute — und morgen? 264 Seiten — 12 Bildtafeln	Oktober 1957
15	Rudolf Nowotny: Walter Nowotny „Tiger vom Wolchwstroj", „Fliegerwunder aus Österreich". 140 Seiten — 10 Bildtafeln — 2 Faksimile (Druffel-Jugendbuch)	November 1957
16	Emilio Esteban Infantes: Blaue Division, Spaniens Freiwillige an der Ostfront. Deutsche Übersetzung von Werner Haupt. 136 Seiten — 9 Bildtafeln — 6 Kartenskizzen	März 1958
17	Hans Heyck: König zwischen Tod und Sieg, Friedrich der Große im Siebenjährigen Krieg. 160 Seiten — 2 Bildtafeln — 9 Zeichnungen von Menzel (Druffel-Jugendbuch)	März 1958
18	Herbert Bruder: Ich komme wieder, Ein deutscher Soldat erzählt. 247 Seiten — 1 Bildtafel	Oktober 1958
19	Arthur Erhardt: Der Junker und der deutsche Traum, Die Wiederbegründung des Reiches durch Otto von Bismarck. 164 Seiten — 2 Bildtafeln — 6 Zeichnungen aus dem „Kladderadatsch" (Druffel-Jugendbuch)	Februar 1959
20	Helmut Sündermann: Das Dritte Reich, Eine Richtigstellung in Umrissen. 95 Seiten	Mai 1959
21	Dr. Rütger Essén: Sven Hedin, Ein großes Leben. 280 Seiten — 12 Bildtafeln — 6 Kartenskizzen	Oktober 1959
22	Unvergeßliche Bilder, Deutsche Maler aus sechs Jahrhunderten, Auswahl und Einleitung Dr. Hans W. Hagen. 128 Seiten — 96 Tafeln (Druffel-Geschenkbuch)	November 1959

Verlags-nummer	Titel und bibliographische Angaben	Erscheinungszeit der Erstauflage
23	Heinz von Arndt: Das Abenteuer der Befreiung, Ernst Moritz Arndt und die Forderung seiner Zeit. 188 Seiten — 4 Bildtafeln — 1 Faksimile (Druffel-Jugendbuch)	März 1960
24	Helmut Sündermann: Die Pioniere und die Ahnungslosen, Skizzen amerikanischer Vergangenheit und Gegenwart. 240 Seiten — 8 Bildtafeln — 2 Kartenskizzen	Oktober 1960
25	Leuchtendes Leben, Deutsche Gedichte aus acht Jahrhunderten, Auswahl und Einleitung: Hans Heyck, Holzschnitte Ferdinand Kieslinger. 128 Seiten (Druffel-Geschenkbuch)	November 1960
26	Martin Lüders: Der Soldat und das Reich, Paul von Hindenburg, Generalfeldmarschall und Reichspräsident. 256 Seiten — 1 Kartenskizze — 3 Faksimile (Druffel-Jugendbuch)	März 1961
27	Professor Dr. Friedrich Grimm: Mit offenem Visier, Aus den Lebenserinnerungen eines deutschen Rechtsanwalts. Als Biographie bearbeitet von Hermann Schild. 284 Seiten — 8 Bildtafeln	Oktober 1961
28	Zeitenspiegel, Zweihundert Anekdoten aus der deutschen Geschichte, Auswahl Gert Sudholt. Zeichnungen Hasso Freischlad. 120 Seiten (Druffel-Geschenkbuch)	Dezember 1961
29	Annelies von Ribbentrop: Verschwörung gegen den Frieden, Studien zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges. 548 Seiten — 11 Bildtafeln — 2 Kartenskizzen	Juni 1962
30	Helmut Sündermann: Potsdam 1945, Ein kritischer Bericht. Mit den Protokollen der 13 Sitzungen, in denen über Deutschland und Osteuropa entschieden wurde. 440 Seiten — 4 Bildtafeln — 3 Kartenskizzen	November 1962
31	Ruf der Heimat, Bilder aus dem deutschen Osten, Einleitendes Gedicht „Bekenntnis" von Agnes Miegel. 164 Seiten — 80 Tafeln — 1 Übersichtskarte (Druffel-Geschenkbuch)	März 1963

Verlags-nummer	Titel und bibliographische Angaben	Erscheinungszeit der Erstauflage
32	Paul Rassinier: Was ist Wahrheit? Zum Fall Eichmann oder Die unbelehrbaren Sieger. 248 Seiten	Juni 1963
33	Brigitte Pohl: Fastnacht der Dämonen, Erlebnisse einer Wienerin. 304 Seiten — 1 Bildtafel	November 1963
34	Helmut Sündermann: Das Dritte Reich, Eine Richtigstellung in Umrissen, Erweiterte Neuauflage. 252 Seiten.	März 1964
35	Barry Morris Goldwater: Warum nicht Sieg? Neuer Ausblick auf die amerikanische Politik. Autorisierte Übersetzung. 184 Seiten	Oktober 1964
36	Peter Degner: Wille zur Zukunft, Zeugnisse denkender Jugend. 240 Seiten	November 1964
37	Torquato Luca de Tena: Der Rebell, Hauptmann Palacios und die Russen. Deutsche Übersetzung Helmfried Knoll. 206 Seiten — 2 Bildtafeln — 1 Kartenskizze	März 1965
38	Helmut Sündermann: Deutsche Notizen, Erlebnis — Widerspruch — Erwartung. 376 Seiten — 4 Bildtafeln — 2 Kartenskizzen	November 1965
39	Cordt von Brandis: Vor uns der Douaumont, Aus dem Leben eines alten Soldaten. 232 Seiten — 1 Bildtafel — 3 Kartenskizzen	Februar 1966
40	Dr. Norbert Burger: Südtirol wohin? Ein politisches Problem unserer Zeit — und seine Lösung. 212 Seiten	Juni 1966
41	Friedrich Christian Prinz zu Schaumburg-Lippe: . . . Verdammte Pflicht und Schuldigkeit . . ., Weg und Erlebnis 1914—1933. 288 Seiten — 1 Bildtafel — 1 Faksimile	Oktober 1966
42	Ilse Hess: Antwort aus Zelle Sieben, Briefwechsel mit dem Spandauer Gefangenen, Einleitung von Wolf Rüdiger Hess. 284 Seiten — 2 Bildtafeln	März 1967
43	Germanus: Bilanz der Unterwerfung, Deutsche Entscheidungen morgen. 320 Seiten — 4 Bildtafeln	November 1967

DIE DEUTSCHE FRAGE

Von Hitler bis H